DOUGLAS MURRAY

DER SELBSTMORD EUROPAS

IMMIGRATION, IDENTITÄT, ISLAM

Mit einem Vorwort des Autors für die deutsche Ausgabe

FBV

EDITION TICHYS EINBLICK

DOUGLAS MURRAY

DER SELBSTMORD EUROPAS

IMMIGRATION, IDENTITÄT, ISLAM

Aus dem Englischen von Krisztina Koenen

FBV

EDITION TICHYS EINBLICK

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Für Fragen und Anregungen:
info@finanzbuchverlag.de

5. Auflage 2019

EDITION TICHYS EINBLICK

Nymphenburger Straße 86
D-80636 München
Tel.: 089 651285-0
Fax: 089 652096

Die englische Originalausgabe erschien 2017 bei Bloomsbury Continuum, einem Imprint von Bloomsbury Publishing Plc, unter dem Titel The Strange Death of Europe. Immigration, Identity, Islam.

Übersetzung: Krisztina Koenen
Redaktion: Werner Wahls
Umschlaggestaltung: Manuela Amode
Umschlagabbildung: Muster auf Weltkugel: istock images, Umrisse Europa: shutterstock/okili77
Satz: ZeroSoft SRL, Timisoara
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print 978-3-95972-105-9
ISBN E-Book (PDF) 978-3-96092-179-0
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-96092-180-6

Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter

www.finanzbuchverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter www.m-vg.de.

INHALT

VORWORT

Europa begeht Selbstmord. Oder zumindest haben sich seine Führer dafür entschieden. Ob die europäischen Bürger ihnen auf diesem Weg folgen wollen, ist freilich eine andere Frage.

Wenn ich sage, dass Europa dabei sei, sich selbst auszulöschen, dann meine ich nicht, dass die Last der Regulierungen durch die Europäische Kommission unerträglich geworden sei oder dass die Europäische Menschenrechtskonvention nicht genug getan habe, um die Ansprüche irgendeiner Gemeinschaft zu befriedigen. Ich meine damit vielmehr, dass die Zivilisation, die wir als europäische bezeichnen, dabei ist, Selbstmord zu begehen, und weder Großbritannien noch irgendein anderes westeuropäisches Land kann diesem Schicksal entrinnen, weil wir alle unter den gleichen Krankheiten leiden. Im Ergebnis wird am Ende der Lebensdauer der meisten Menschen, die heute Europa bevölkern, Europa nicht mehr das sein, was es mal war. Wir werden den einzigen Ort auf der Welt, der unsere Heimat war, verloren haben.

Man kann freilich darauf hinweisen, dass es während der Geschichte immer schon Vorhersagen des europäischen Niedergangs gegeben habe und dass ohne diese Todesprophezeiungen Europa nicht Europa wäre. Aber der Zeitpunkt mancher Ankündigungen ist überzeugender als andere. In seinem autobiografischen Werk *Die Welt von gestern – Erinnerungen eines Europäers,* das 1942, kurz nach seinem Tod erschienen ist, schrieb Stefan Zweig über die Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg: »Todgeweiht schien mir Europa durch seinen eigenen Wahn, Europa, unsere heilige Heimat, die Wiege und das Parthenon unserer abendländischen Zivilisation.«

Eines der wenigen Dinge, die ihn etwas Hoffnung schöpfen ließen, war, dass er in den Ländern Südamerikas – wohin er schließlich geflohen war – neue Ableger seiner eigenen Kultur entdeckt hatte. In

Argentinien und Brasilien erlebte er, wie eine Kultur von einem Land in ein anderes auswanderte, sodass, selbst wenn der Baum, der diese Kultur hervorgebracht hatte, gestorben war, er immer noch »neue Blüten, neue Frucht« hervorbringen konnte. Selbst wenn sich Europa zu dieser Zeit vollständig zerstört hätte, blieb Stefan Zweig noch der Trost: »Was Generationen vor uns und um uns geschaffen, es ging doch niemals ganz verloren.«[1]

Heute ist der europäische Baum – hauptsächlich wegen der Katastrophe, die Zweig beschrieben hat – am Ende tatsächlich verloren. Europa zeigt heute kaum noch den Wunsch, sich zu reproduzieren, für sich zu kämpfen und für sich zu streiten. Die Machthaber bilden sich ein, dass es nichts ausmachen würde, wenn die Europäer und die europäische Kultur der Welt verloren gingen. Einige unter ihnen haben sich klar dafür entschieden, das Volk aufzulösen und sich ein anderes zu wählen, wie Bertolt Brecht in seinem Gedicht »Die Lösung« 1953 ironisch vorgeschlagen hatte. Der ehemalige liberal-konservative schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt erklärte dazu als Begründung, nur »Barbarei« stamme aus Ländern wie seinem, während alle guten Dinge von außen kämen.

Die gegenwärtige Krankheit geht nicht auf eine einzige Ursache zurück. Die aus der jüdisch-christlichen Tradition, der Kultur der alten Griechen und Römer, den Entdeckungen der Aufklärung hervorgegangene Kultur ist nicht durch *eine* bestimmte Ursache zum Einsturz gebracht worden. Zu diesem letzten Akt ist es durch die Verkettung zweier Umstände gekommen, die schließlich dazu geführt haben, dass sich unsere Zivilisation nicht mehr wird erholen können.

Der erste Umstand ist die Bewegung der Massen nach Europa. In allen westeuropäischen Ländern begann dieser Prozess nach dem Zweiten Weltkrieg als Antwort auf den Mangel an Arbeitskräften. Sehr schnell wurde Europa süchtig nach Einwanderung, und zwar so sehr, dass sie nicht mehr aufgehalten werden konnte, auch wenn man es gewollt hätte. Infolgedessen wurde das, was einst Europa war – die Heimat der Menschen Europas –, Schritt für Schritt zur Heimat der ganzen Welt. Die Orte, die einst Europa waren, wandelten sich zu einem »Irgendwo«. Die Orte, wo mehrheitlich pakistanische Einwanderer lebten, wurden in allem Pakistan ähnlich, bis auf den geografischen Ort selbst. Denn die Neuankömmlinge und ihre Kinder

aßen die Gerichte ihres Herkunftslandes, sprachen die Sprache ihres Herkunftslandes und praktizierten die Religion ihres Herkunftslandes. Die Straßen in den kalten und verregneten nördlichen Regionen Europas bevölkerten Leute, die gekleidet waren, als lebten sie in den Gebirgsausläufern in Pakistan oder inmitten der Sandstürme Arabiens. »Das Imperium schlägt zurück«, sagten manche Beobachter mit kaum verhülltem Hohn. Doch während die europäischen Imperien längst verschwunden waren, sind diese neuen Kolonien offensichtlich für die Ewigkeit gedacht.

Während der ganzen Zeit fanden die Europäer Wege, so zu tun, als könnte das funktionieren. Indem sie – zum Beispiel – darauf bestanden, dass dieses Maß an Einwanderung normal sei. Oder dass die Integration gelingen würde, wenn auch nicht bei der ersten Generation, dann doch bei deren Kindern oder Enkeln. Oder dass es überhaupt nicht wichtig sei, ob die Neuankömmlinge sich integrieren würden oder nicht. Und die ganze Zeit wurde die Möglichkeit, dass es nicht gut gehen würde, verdrängt. Die Migrationskrise der letzten Jahre jedoch lässt diese Schlussfolgerung noch zwingender erscheinen.

Was mich zum zweiten Element der Verkettung führt. Selbst die Massenbewegung von Millionen nach Europa hätte nicht so fatale Auswirkungen, wenn nicht Europa zur gleichen Zeit – ob durch Zufall oder nicht – den Glauben an seine Überzeugungen, Traditionen und an seine eigene Legitimität verloren hätte. Zahllose Faktoren haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Aber einer gehört gewiss dazu, nämlich die Art, wie die Westeuropäer »das Gespür für die tragische Seite des Lebens« verloren haben, wie Miguel de Unamuno es formuliert hat. Sie haben vergessen, was Stefan Zweig und seine Generation so schmerzhaft gelernt hatten: dass alles, was man liebt, selbst die größten und kultiviertesten Zivilisationen der Geschichte, von Menschen hinweggefegt werden können, die ihrer nicht würdig sind. Man kann diese tragische Seite des Lebens ignorieren. Eine der wenigen anderen Möglichkeiten, sie zu verdrängen, besteht darin, an den menschlichen Fortschritt zu glauben. Das ist gegenwärtig die beliebteste Vorgehensweise.

Doch während der ganzen Zeit hegen wir schreckliche, selbst erfundene Zweifel, die wir manchmal versuchen zu überspielen. Mehr denn auf jedem anderen Kontinent und jeder Kultur lasten auf Europa

Schuldgefühle wegen seiner Vergangenheit. Neben diesem zur Schau gestellten Misstrauen sich selbst gegenüber gibt es auch noch die nach innen gewandte Version dieser Schuld. Denn Europa leidet auch unter einer existenziellen Müdigkeit und unter dem Gefühl, dass sich die Erzählung von Europa möglicherweise abgenutzt hat und man deshalb zulassen sollte, dass eine neue Erzählung beginnt. Die Massenmigration – das heißt die Ersetzung von großen Teilen der europäischen Bevölkerung durch Menschen aus der Fremde – ist eine Art der neuen Erzählung: Wir scheinen gedacht zu haben, Veränderung könne auch eine Erholung sein. Diese existenzielle Zivilisationsmüdigkeit ist keine europäische Besonderheit. Aber dass dieses Gefühl gerade in dem Moment eine Gesellschaft befällt, in dem sich eine neue Gesellschaft auf den Weg macht, muss zu elementaren, epochalen Veränderungen führen.

Hätte man über diese Vorgänge diskutieren können, wären Lösungen möglich gewesen. Doch selbst 2015, während die Migrationskrise hochkochte, war das, worüber man reden und denken durfte, eingeschränkt. Auf dem Höhepunkt der Krise, im September 2015, fragte Kanzlerin Merkel Facebook-Chef Mark Zuckerberg, was man tun könne, um die Bürger Europas davon abzuhalten, ihre Migrationspolitik auf Facebook zu kritisieren. »Arbeiten Sie daran?«,[2] fragte sie ihn, und in der Tat, er arbeitete daran. Es hätte unbegrenzte Kritik, Gedanken- und Diskussionsfreiheit geben müssen. Im Rückblick ist es wahrlich bemerkenswert, wie weit wir unsere Diskussionsfreiheit eingeschränkt haben, während wir unsere Heimat für die Welt öffneten. Vor 1000 Jahren war die Bevölkerung von Genua und Florenz nicht so gemischt wie heute, aber sie ist in der Gegenwart immer noch erkennbar italienisch, und die Stammesunterschiede haben mit der Zeit eher ab- als zugenommen. Man scheint zu glauben, dass irgendwann in der Zukunft Eritreer und Afghanen sich ebenso mit den Europäern verschmelzen werden, wie sich Genuesen und Florentiner zu Italienern verschmolzen haben. Auch wenn die Hautfarbe der Menschen aus Eritrea und Afghanistan anders und ihre ethnische Herkunft entfernter sein mögen, aber Europa werde immer noch Europa bleiben und seine Bevölkerung werde im Geiste von Voltaire und Paulus, Dante, Goethe und Bach zu einer Einheit zusammenwachsen.

Wie an so vielen weitverbreiteten Selbsttäuschungen ist auch an dieser etwas dran. Der Charakter Europas hat sich ständig verändert, und wie das Beispiel Venedigs zeigt, hat es eine unvergleichliche Bereitschaft gezeigt, fremde Ideen und Einflüsse aufzunehmen. Angefangen mit den antiken Griechen und Römern, haben die Völker Europas Schiffe ausgesandt, um die Welt zu entdecken und über ihre Erfahrungen nach Hause zu berichten. Nur selten reagierte die Welt freundlich auf ihre Neugierde, aber trotzdem stachen die Schiffe weiter in See und kamen mit Erzählungen und Entdeckungen zurück, die den europäischen Geist bereicherten. Die Empfänglichkeit der Europäer war außerordentlich, aber sicherlich nicht grenzenlos.

Die Frage, wo die Grenzen einer Kultur liegen, ist von den Anthropologen endlos diskutiert worden, eine eindeutige Antwort darauf gibt es nicht. Aber Grenzen gibt es auf jeden Fall. Zum Beispiel war Europa nie ein islamischer Kontinent. Doch das Bewusstsein darüber, dass sich unsere Kultur fortwährend und fast unmerklich ändert, hat tiefe Wurzeln. Die antiken griechischen Philosophen haben das Rätsel verstanden und im berühmten Paradoxon des Schiffes von Theseus dargestellt. Wie Plutarch notiert, haben die Athener das Schiff des Theseus aufbewahrt und mit neuen Planken ausgebessert, wenn Teile beschädigt waren. Die Frage war: Ist das immer noch das Schiff des Theseus, wenn es nur noch Teile enthält, die nicht zum ursprünglichen Schiff gehört haben?

Wir wissen, dass die heutigen Griechen nicht das gleiche Volk wie die antiken Griechen sind. Wir wissen auch, dass die heutigen Engländer nicht dieselben sind wie vor 1000 Jahren. Das Gleiche gilt für die Franzosen. Und doch sind sie erkennbar Griechen, Engländer und Franzosen, und sie alle sind Europäer. In diesen Identitäten können wir eine kulturelle Abstammung entdecken, eine Tradition, die bestimmte – gute wie schlechte – Eigenschaften, Sitten und Verhaltensweisen hinterlassen hat. Wir können die großen Bewegungen der Normannen, Franken und der keltischen Gallier erkennen, die bedeutende Veränderungen mit sich gebracht haben. Aber wir wissen auch aus der Geschichte, dass manche Bewegungen langfristig nur zu unbedeutendem kulturellen Wandel führen, andere jedoch unwiederbringliche Veränderungen zur Folge haben. Das Problem entsteht nicht dadurch, dass der Wandel akzeptiert wird, sondern

daraus, dass zu schnelle Veränderungen zu etwas völlig Verschiedenem führen und wir uns selbst in etwas verwandeln, das wir nie sein wollten.

Gleichzeitig sind wir verwirrt und fragen uns, wie das alles funktionieren soll. Während wir im Allgemeinen darüber einig sind, dass es für ein Individuum unabhängig von seiner Hautfarbe möglich ist, eine bestimmte Kultur in sich aufzunehmen (vorausgesetzt, es ist ein gewisses Maß an Begeisterung sowohl auf der Seite des Individuums als auch auf der Seite der Kultur vorhanden), wissen wir auch, dass sich Europäer nicht beliebig verändern können. Wir können nicht Inder oder Chinesen werden. Und doch erwartet man von uns, dass wir glauben, dass jeder nach Europa kommen und Europäer werden könne. Wenn Europäer zu sein, nichts mit Rasse zu tun hat – wie wir hoffen wollen –, dann geht es in allererster Linie um Werte. Das macht die Frage nach den europäischen Werten so besonders wichtig. Darüber hinaus gibt es noch eine andere Debatte, die uns sehr zu verwirren scheint.

Sind wir eigentlich Christen? Das ist die Frage. In den 2000er-Jahren spitzte sich diese Debatte zu, als es um den Wortlaut der neuen EU-Verfassung ging, in der das christliche Erbe des Kontinents nicht mal mehr erwähnt wurde. Papst Johannes Paul II. und sein Nachfolger versuchten die Weglassung zu korrigieren. Johannes Paul II. schrieb 2003: »In völliger Respektierung der Unabhängigkeit der staatlichen Institutionen von der Kirche … möchte ich mich noch einmal an die Begründer der künftigen europäischen Verfassung wenden, auf dass darin ein Bezug auf das religiöse und insbesondere auf das christliche Erbe Europas deutlich werde.«[3] Die Debatte spaltete Europa nicht nur geografisch und politisch, sie verwies auch auf eine unübersehbare Bestrebung, nämlich auf den Wunsch zu beweisen, dass es im Europa des 21. Jahrhunderts ein selbsttragendes System der Rechte, Gesetze und Institutionen gebe, die auch ohne die Quelle, die sie nachweislich ins Leben rief, existieren kann. Ähnlich wie Kants Taube sinnen wir darüber nach, ob wir denn in einem luftleeren Raum ohne Luftwiderstand nicht noch schneller fliegen könnten. Vom Erfolg dieses Traumes hängt vieles ab. An die Stelle der Religion trat die immer pompösere Sprache der Menschenrechte (selbst ein Begriff christlichen Ursprungs). Wir haben die Frage nicht beantwortet, ob unsere erworbenen Rechte auf einem Glauben beruhen, den der Kontinent

verloren hat, oder ob sie eigenständig existieren können. Das war am Ende eine drängend ungelöste Frage, während von gewaltigen neuen Bevölkerungsgruppen erwartet wurde, dass sie sich integrierten.

Zur gleichen Zeit kam eine Frage von ähnlich großem Gewicht auf, nämlich nach der Bedeutung und dem Sinn des Nationalstaates. Seit dem Westfälischen Frieden 1648 bis ins späte 20. Jahrhundert betrachtete man den Nationalstaat in Europa im Allgemeinen nicht nur als den besten Garanten der verfassungsmäßigen Ordnung, sondern auch als den entscheidenden Garanten des Friedens. Doch auch diese Überzeugung erodierte. Eine politische Persönlichkeit Mitteleuropas, der deutsche Kanzler Helmut Kohl, erklärte 1996: »Der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts kann die großen Probleme des 21. Jahrhunderts nicht lösen.«[4] Die Auflösung der europäischen Nationalstaaten sei so wichtig, behauptete Kohl, weil »die Politik der europäischen Einigung … in Wirklichkeit eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert (ist)«.[5] Einige widersprachen ihm, und 20 Jahre später zeigte mehr als die Hälfte der Briten, dass sie von Kohls Argumenten nicht viel hielten. Aber unabhängig davon, welche Meinung man auch immer in dieser Frage vertritt: Sie ist zu wichtig, als dass sie in Anbetracht der großen Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung unbeantwortet bleiben dürfe.

Während wir zu Hause nicht einmal unserer selbst sicher sind, unternehmen wir große Anstrengungen, um unsere Werte im Ausland zu verbreiten. Doch wo auch immer unsere Regierungen und Armeen im Namen der »Menschenrechte« interveniert haben – im Irak 2003, in Libyen 2011 –, haben wir die Lage nur noch verschlimmert und waren am Ende im Unrecht. Als der Bürgerkrieg in Syrien begann, forderten viele in den Ländern des Westens, man möge im Namen der Menschenrechte, die tatsächlich verletzt worden sind, intervenieren. Aber niemand zeigte sich bereit, diese Rechte zu verteidigen, weil wir den Glauben an unsere Fähigkeit, sie im Ausland zu fördern, verloren hatten – egal, ob wir zu Hause an sie glaubten oder nicht. Irgendwann musste man der Möglichkeit ins Auge sehen, dass die »letzte Utopie«, das heißt, die Errichtung des ersten Universalsystems, das die Rechte des Menschen nicht vom Willen der Götter und Tyrannen abhängig macht, am Ende eine gescheiterte europäische Bestrebung sein könnte. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, so stehen die Europäer im 21.

Jahrhundert ohne eine vereinigende Idee da, die die Gegenwart ordnen und in eine Zukunft weisen könnte.

Zu jeder Zeit wäre der Verlust der einigenden Erzählungen über unsere Vergangenheit sowie der Ideen zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft ein schwerwiegendes Problem. Aber in einer Epoche radikaler sozialer Veränderungen und des Aufruhrs sind die Folgen fatal. Menschen aus aller Welt strömen gerade zu einer Zeit nach Europa, zu der es selbst nicht mehr weiß, was es sein soll. Und während die Einwanderung von Millionen Menschen aus anderen Kulturen in eine starke und durchsetzungsfähige Kultur hätte funktionieren können, kann die Einwanderung in eine von Schuld zermarterte, abgestumpfte, sterbende Kultur nicht gut gehen. Selbst jetzt noch reden die führenden Politiker Europas von verstärkten Anstrengungen, Millionen von Neuankömmlingen einzugliedern.

Aber diese Anstrengungen werden ergebnislos bleiben. Wenn man so viele und so verschiedene Menschen wie möglich integrieren möchte, muss man eine umfassende und einwandfreie Definition von Integration finden. Wenn Europa die Heimat der Welt werden will, muss es eine Definition für sich finden, die weit genug ist für die ganze Welt. Aber noch bevor dieser Wunsch in sich zusammenbricht, werden unsere Werte – weil zu weit gefasst – jede Bedeutung verlieren. Während die europäische Identität in der Vergangenheit auf sehr spezifischen, um nicht zu sagen, philosophisch und geschichtlich tief fundierten Werten (der Herrschaft des Rechts, einer Ethik, die aus der Geschichte des Kontinents und der Philosophie herauskristallisiert wurde) beruhte, bestehen heute Ethik und Glaube – das heißt die Identität und die Ideologie Europas – aus »Respekt«, »Toleranz« und (die höchste Stufe von Selbstverleugnung) »Diversität«. Solch flache Selbstdefinitionen können zwar noch ein paar Jahre halten. Aber sie sind nicht imstande, die tiefe Loyalität hervorzubringen, die eine Gesellschaft braucht, um für eine lange Zeit zu überleben.

Das ist nur ein Grund dafür, warum unsere europäische Kultur, die viele Jahrhunderte überdauert und die Welt mit so vielen Errungenschaften bereichert hat, nicht überleben wird. Die letzten Wahlen in Österreich und der Aufstieg der Alternative für Deutschland scheinen zu beweisen, dass die Verteidigung der eigenen Kultur weiterhin inakzeptabel ist, während die kulturelle Erosion

ununterbrochen voranschreitet. Stefan Zweig hatte recht, als er diese Geisteskrankheit und das Todesurteil erkannte, das die Wiege und der Parthenon der westlichen Zivilisation über sich selbst gesprochen haben. Nur im Zeitpunkt irrte er sich. Es sollte noch einige Jahrzehnte dauern, bevor das Urteil vollstreckt wurde – durch uns an uns selbst. In diesen Jahren des Übergangs, in denen wir uns heute befinden, haben wir beschlossen, anstelle der Heimat der Europäer »Utopia« zu errichten, im ursprünglichen griechischen Sinne des Wortes als »kein Ort«. Dieses Buch ist ein Bericht darüber, wie das geschehen konnte.

****

Für die Recherchen und das Schreiben dieses Buches war ich mehrere Jahre auf dem Kontinent unterwegs, oft in Gegenden, die ich sonst nicht besucht hätte. Ich besuchte die südöstlichsten Inseln Griechenlands und den südlichsten Vorposten Italiens, war im Herzen Nordschwedens, in zahllosen Vororten in Frankreich, Holland und Deutschland und in vielen anderen Orten unterwegs. Während ich das Buch schrieb, hatte ich Gelegenheit, mit vielen Vertretern der Öffentlichkeit zu sprechen, ebenso mit Politikern, Akteuren des politischen Lebens aller Richtungen, mit Grenzposten, Mitarbeitern von Geheimdiensten, Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen und vielen anderen, die an der vordersten Front stehen. Die Gespräche mit den Neuankömmlingen in Europa, mit Leuten, die buchstäblich einen Tag zuvor dort angekommen waren, waren in vielerlei Hinsicht am aufschlussreichsten. Auf den südeuropäischen Inseln, wo sie an Land gingen, und an den Orten auf ihrem Weg nach Norden haben sie über ihre eigenen Geschichten und Tragödien erzählt. Sie alle betrachteten Europa als den Ort, wo sie glaubten, ihr Leben am besten führen zu können.

Jene, die bereit waren, mit mir zu sprechen, haben sich selbst dazu entschieden. Manchmal, wenn ich gegen Abend außerhalb eines Camps unterwegs war, tauchten Leute auf, die sich – milde ausgedrückt – nicht im Geiste der Großzügigkeit und Dankbarkeit unserem Kontinent näherten. Aber viele andere waren ausnehmend freundlich und dankbar dafür, ihre Geschichten erzählen zu dürfen. Was auch immer meine eigenen Ansichten über die Lage, die sie hierhergebracht hatte,

und über die Reaktionen unseres Kontinents sein mochten, ich habe die Unterhaltungen immer mit den einzigen Worten beendet, die ich aufrichtig und ohne Vorbehalte aussprechen konnte: »Viel Glück!«

VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

In diesem Buch geht es um Europa im Allgemeinen und um Deutschland im Besonderen. Die darin beschriebenen Ereignisse wurden von Deutschland angetrieben und können nur korrigiert werden, wenn sie von Deutschland vernünftig angegangen werden. Jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, sehe ich keinen Grund zum Optimismus, weder diesbezüglich noch sonst.

Natürlich weiß ich, dass nichts weniger willkommen ist, als wenn jemand aus einem anderen Land – aus Großbritannien vermutlich am allerwenigsten – den Deutschen sagt, was sie tun und lassen sollen. Aber dieses Buch will keine politischen Vorschläge geschweige denn Vorschriften machen oder den Menschen sagen, wie sie sich zu verhalten haben. Es versucht vielmehr, die Lage zu beschreiben, in der wir uns befinden und zu der viele unglückliche und unaussprechliche Tatsachen gehören. Es stellt die große Frage: »Sind Sie sich sicher, dass Sie damit zufrieden sind?« Wenn es einen Grund für den Erfolg dieses Buches in Großbritannien gibt, dann ist es die Bereitschaft so vieler Menschen, die Fakten vollständig kennenzulernen und die Frage – wie schon vermutet – mit »nein« zu beantworten. Wenn aber die Antwort der Mehrheit »nein« ist, dann besteht die Notwendigkeit, die bisher eingeschlagene Richtung ernsthaft und schnell zu ändern, um die Katastrophen, vor denen in den letzten Kapiteln des Buches gewarnt wird, zu vermeiden.

Zurzeit ist eine Kurskorrektur in Deutschland unwahrscheinlich. Und wenn es einen guten Grund gibt, diese Vorhersage zu wagen, dann ist es die gravierende Einschränkung und Behinderung der öffentlichen Debatte. Schon sehr lange beobachte ich die in Europa hin und her

wabernden Debatten über die Einwanderung und frage mich, wie zwei Einschätzungen miteinander vereinbar sein können. Ein Teil der Öffentlichkeit (wahrscheinlich die Mehrheit) beklagt, dass man über die Einwanderung nicht reden könne. Ein anderer (zweifellos kleinerer) Teil antwortet darauf: »Warum sagen Sie so etwas? Wir reden über nichts anderes mehr als über die Einwanderung.« Normalerweise würde man sagen, beide Erklärungen können nicht gleichzeitig wahr sein. Aber diesmal schon. Es ist wahr, dass wir viel Zeit damit verbringen, über die Einwanderung zu reden. Doch was nicht stattfindet, ist die Diskussion, die sich die Menschen wünschen.

Tatsache ist, dass selbst heute – und das gilt für Deutschland mehr als für jedes andere europäische Land – die Debatten über die Einwanderung weitgehend auf der Oberfläche bleiben und so gut wie niemals zu den Fragen vordringen, die der allgemeinen Öffentlichkeit so wichtig sind. Während meiner Reisen durch den Kontinent ist mir klar geworden, dass die Öffentlichkeit nicht wissen will, ob zusätzliche 200 000 Migranten im Jahr (nur als Beispiel) eine weitere Milliarde Euro zusätzliche Steuereinnahmen bringen oder mit einer weiteren Milliarde die Sozialsysteme belasten. Natürlich interessieren sich die Leute für diese Fragen und machen sich deshalb Sorgen. Aber was die Öffentlichkeit wirklich haben will, sind Antworten auf viel tiefer gehende, brennende Fragen. Sie will zum Beispiel wissen, ob diese Menschen, die gekommen sind, für immer bleiben werden, was sie hier tun und werden wollen. Man will wissen, ob die Ankömmlinge Teil der europäischen Kultur werden oder ihre eigene Kultur unter besseren wirtschaftlichen Bedingungen beibehalten wollen. Man will wissen, ob die Einwanderer Deutsche werden wollen, und wenn ja, was es bedeutet, ein Deutscher zu sein. Man möchte auch wissen, warum der Rest der Welt in jede andere Kultur flüchten kann, während die Deutschen gefangen sind in ihrem Deutschsein, wo auch immer sie sich auf der Welt befinden. Im Guten wie im Schlechten.

Politiker aller Richtungen haben versucht, das Thema so zurechtzubiegen, dass es ihren eigenen politischen Ansichten dienlich ist und sie so gut wie möglich in ihren politischen Nachrufen wegkommen. Fakten kann man bis zu einem bestimmten Grad zurechtbiegen. Aber wenn sie in einem Maße bekannt werden, wie es in Deutschland zurzeit täglich passiert, dann können sie nicht mehr

zurechtgebogen werden. In einigen Ländern wie Frankreich und Holland gibt es eine weitgefächerte und lebhafte Debatte. In anderen Ländern – und dazu gehört auch Großbritannien – ist die Diskussion furchtsam und fast nicht vorhanden. Deutschland scheint mir das Land zu sein, in dem diese Fragen am wenigsten diskutiert werden und in dem die Debatte am stärksten eingeschränkt und politisiert ist. Zum Teil ist das eine Spiegelung der Medien, die immer noch glauben, ihre Aufgabe sei es, zwischen der Öffentlichkeit und den Tatsachen zu vermitteln, statt die Tatsachen offenzulegen.

Aber selbst die treuesten Mainstream-Medien müssen immer noch in einem gewissen Maße über Tatsachen berichten. Denn sowohl in Deutschland als auch in allen anderen Ländern kann sich die Öffentlichkeit die Fakten auch so zusammenreimen. Sie findet sie in den Kurznachrichten der Zeitungen und erkennt die Geschichten, die früher ein Aufmacher gewesen wären und jetzt auch noch unaufhaltsam durchsickern. Die Bürger glauben nicht, dass die Notwendigkeit, während der Silvesterfeiern in Berlin einen Schutzraum für Frauen zu errichten, entstanden ist, weil die Frauenfeindlichkeit unter normalen Deutschen plötzlich zugenommen hat. Auch glauben sie nicht, dass das Anwachsen der sexuellen Gewalt und der Gesetzlosigkeit einfach so über Nacht geschehen ist. Sie sind sehr gut imstande, die Zusammenhänge zu erkennen. Wenn die Bürger die Nachrichten über die Zunahme von Gewalt im Jahr 2017 lesen, wissen sie genau, wie es geschehen konnte, auch wenn alle, deren Aufgabe wäre, sie zu informieren, ihr Bestes tun, um sie davon abzuhalten.

Natürlich gibt es noch Nachhutgefechte und Versuche, die Öffentlichkeit daran zu hindern, die offenkundigen Zusammenhänge zu erkennen. Immer noch kann man sich darauf verlassen, dass Experten, die von der Regierung unterstützt und gefördert werden, Gegenargumente und Falschmeldungen verbreiten. Es gibt sogar »Experten«, die behaupten, Deutschland sei heute sicherer denn jemals zuvor. Das sind die gleichen Leute, die vermutlich auch davon überzeugt sind, dass die Migration niemals für Probleme verantwortlich, sondern vielmehr die Lösung für alle Probleme sei. Ich gehe auf diese Auffassungen in den vorderen Kapiteln dieses Buches ein. Seitdem die erste Ausgabe erschienen ist, habe ich allerdings eine Steigerung dieser Tendenz in Deutschland beobachtet, die sich kein Satiriker hätte

ausdenken können, und zwar die Behauptung eines regierungstreuen Experten, dass das Problem der Gewalttätigkeit unter Migranten nur durch noch mehr Migration gelöst werden könne.

Auch wenn die Öffentlichkeit diese Behauptungen durchschaut, ist ihr nun ein neues Hindernis in den Weg gestellt worden: die immer schärfere Kontrolle der Meinungen und der Möglichkeit, sie auszudrücken. Das Netzdurchsetzungsgesetz (Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken), das unlängst in Kraft getreten ist, ist nur ein weiteres Instrument, die deutschen Bürger daran zu hindern zu sagen, was sie mit ihren eigenen Augen sehen. Aufwiegelung war bis dahin schon eine Straftat und wurde verfolgt, nun ist »Hassrede« zur Hauptlosung in einem Kampf geworden, der in Wahrheit um das Recht auf Redefreiheit geführt wird. Es geht nicht darum, dass die bestehenden Gesetze, die sich gegen Aufwiegelung richten, zu schwach wären. Jetzt wird auf Leute gezielt, die nichts anderes tun, als Ansichten zu äußern, die in scharfem Gegensatz zur gegenwärtigen Politik der deutschen Regierung stehen. Es ist eine der finstersten Entwicklungen der letzten Jahre, dass ein Zusammenschluss von Regierungsbehörden und privaten Firmen darüber entscheidet, was »Hassrede« ist. Dem kommt nur noch die – auch an Kinder – gerichtete Aufforderung gleich, Leute zu melden, die falsche Ansichten äußern.

Wollte man die dahinterstehenden Motive wohlwollend interpretieren, könnte man sagen, dass die Regierung und die mit ihr zusammenarbeitenden privaten Internetunternehmen in vorderster Front gegen eine nativistische Gegenreaktion auf die Politik der deutschen Regierung kämpfen. Tatsächlich ist der Versuch, legitimen Dissens für illegal zu erklären, der sicherste Weg, um eine solche Gegenreaktion hervorzurufen. Wenn jene, die so agieren, tatsächlich die Wiederkehr von Vergangenem verhindern wollen, dann haben sie die denkbar dümmste Vorstellung von der Vergangenheit. Wer wirklich glaubt, die Probleme der Weimarer Republik seien dadurch entstanden, dass man damals keine Gesetze gegen »Hassrede« hatte, der weiß nichts über die Weimarer Republik.

Natürlich schickten die deutschen Wähler 2017 eine eindeutige Botschaft an die Kanzlerin, die die Entgleisung und den Zusammenbruch der europäischen Einwanderungspolitik zu

verantworten hat. Die Unzufriedenheit war unübersehbar, trotzdem gab es kaum Zeichen dafür, dass sie registriert worden wäre. Vielleicht hat Angela Merkel inzwischen eingesehen, dass sie einen Fehler gemacht hat. Vielleicht besteht sie deshalb darauf, die Grenzen weiterhin offen zu halten und die »Familienzusammenführung« fortzusetzen, weil man einen Fehler dieses Ausmaßes nicht zugeben kann. Doch es war nicht nur ihr Fehler. Es war ein Fehler der ganzen politischen Klasse, die sich geweigert hat, die Konsequenzen ihrer kurzfristigen Aktionen zu überdenken. Es war ein Fehler der Medien, die sich einbildeten, ihre Aufgabe sei es zu belehren, statt zu informieren. Und es war ein Fehler des ganzen Kontinents, der nun, entweder in einem Anfall von Pflichtvergessenheit oder Geistesabwesenheit, zu einer neuen Identität gelangte.

Die Wahlen 2017 in Deutschland zeigten – wie auch in Österreich – noch etwas anderes: nämlich wie man die Fehler einer ganzen Generation wieder beheben kann. In beiden Ländern gibt es jeweils eine Partei, die Antworten auf die Sorgen der mit Merkels Politik unzufriedenen Bürger sucht. In beiden Ländern werden sie als »Populisten«, »Fanatiker«, manchmal sogar als »Faschisten« und »Nazis« bezeichnet. Es ist noch zu früh, um sagen zu können, wohin sich diese Parteien entwickeln werden. Vielleicht werden einige unter ihnen ihre schärfsten Kritiker bestätigen. Oder sie werden diesen Weg nicht gehen, und es wird die Zeit kommen, in der erkannt wird, dass man sich Sorgen um die Zukunft des eigenen Landes machen kann, ohne ein »Faschist« zu sein. Aber es kann auch schiefgehen. Ein Urteil ist an der gegenwärtigen Wegkreuzung nicht möglich. Wir müssen die Reaktionen auf die von Kanzlerin Merkel über unseren Kontinent gebrachte Realität im Auge behalten. Wenn wir diesen Prozess steuern wollen, müssen wir – unter anderem – unsere Warnungen »trocken halten« wie einst das Schießpulver und nicht zulassen, dass sie durch übermäßigen Gebrauch unwirksam werden. Wir müssen die Erklärungen und Aktionen dieser neuen Parteien sorgfältig prüfen, sie fair und genau beurteilen und mit ihnen wie mit jeder anderen Partei umgehen statt in der Art eines Scharfrichters, der sich schon für die Hinrichtung entschieden hat, bevor er auch nur einen Beweis gesehen hätte.

Vor allem müssen die Mainstream-Parteien des Zentrums und ihre Anhänger die Sorgen und Herausforderungen aufgreifen, die in diesem Buch beschrieben werden. Sie sollten nicht nur auf sie reagieren, sondern sie ehrlich aufnehmen und sie ansprechen. Ich hoffe, sie werden es tun. Denn wenn aus dem Zentrum keine Antworten kommen, werden die Bürger zulassen, dass sie von anderswo kommen. Die Zukunft Deutschlands und ganz Europas hängt davon ab, ob der politische Mainstream ernsthaft auf diese Fragen antwortet. Ernsthaft und bald.

Douglas Murray
5. Februar 2018

KAPITEL 1
DER ANFANG

Um Ausmaß und Geschwindigkeit der Veränderungen in Europa zu begreifen, lohnt es sich, einige Jahre zurückzugehen, in die Zeit vor der letzten Migrationskrise, in eine Ära »normaler« Migration. Und auf ein Land zu blicken, das von den jüngsten Turbulenzen einigermaßen verschont geblieben ist: Großbritannien.

Die Ergebnisse der vorletzten Volkszählung für England und Wales wurden 2002 veröffentlicht. Schaut man danach die Ergebnisse der nächsten Volkszählung 2011 an, wird es offensichtlich, wie dramatisch sich das Land innerhalb nur einer Dekade verändert hat. Stellen wir uns jetzt jemanden vor, der 2002 beschlossen hätte, die damaligen Resultate auf die nächsten zehn Jahre hochzurechnen. Seine Aussage wäre gewesen: »Weiße Briten werden am Ende des Jahrzehnts zu einer Minderheit in ihrer eigenen Hauptstadt, und die muslimische Bevölkerung wird sich in den kommenden zehn Jahren verdoppeln.«

Wie wäre das Echo auf diese Erklärung gewesen? Die Ausdrücke »alarmistisch« und »Panikmache« wären gewiss unter den Wertungen, ebenso wie »rassistisch« (obwohl sich der Ausdruck damals noch im Frühstadium seiner Entwicklung befand) und sicherlich auch »islamophob«. Mit Sicherheit jedoch kann man sagen, dass Hochrechnungen dieser Art nicht freudig begrüßt worden wären. Wer daran zweifelt, sollte sich nur an einen bezeichnenden Vorfall erinnern: 2002 hat ein Journalist der *Times* einige viel weniger bestürzende Bemerkungen über die wahrscheinliche Zukunft der Migration gemacht. Der damalige Innenminister David Blunkett denunzierte sie – seine parlamentarischen Sonderrechte nutzend – als »an Faschismus grenzend«.[6]

Doch ungeachtet der Schmähungen hätte der Verfasser einer solchen Vorhersage uneingeschränkt recht gehabt. Die nächste Volkszählung, die 2011 erhoben und 2012 veröffentlicht wurde, enthüllte genau die oben beschriebenen Fakten und noch viel mehr. Sie zeigte, dass die Zahl der Menschen, die im Ausland geboren wurden und in England und Wales lebten, allein in den zehn Jahren um drei Millionen gestiegen war. Sie zeigte auch, dass sich nur 44,9 Prozent der Einwohner Londons als »weiß, britisch« bezeichnet haben. Und es wurde auch bekannt, dass fast drei Millionen Menschen in England und Wales in Haushalten lebten, in denen nicht ein Erwachsener Englisch als Hauptsprache nutzte.

Das waren gravierende ethnische Veränderungen für ein Land, zu welchem historischen Zeitpunkt auch immer. Hinzu kamen ähnlich eklatante Erkenntnisse über die Veränderung der religiösen Verhältnisse in Großbritannien. Es zeigte sich, dass außer dem Christentum fast alle Glaubensrichtungen dabei waren zu erstarken. Nur Großbritanniens historische nationale Religion befand sich im freien Fall. Die Zahl der Menschen, die sich zum Christentum bekannten, verringerte sich von 72 auf 59 Prozent. Die Zahl der Christen in England und Wales nahm um mehr als vier Millionen ab und fiel von 37 auf 33 Millionen.

Während das Christentum diesen Einbruch verzeichnete – ein Einbruch, der sich noch dramatisch weiter verstärken wird –, führte die Masseneinwanderung fast zur Verdoppelung der muslimischen Bevölkerung. Zwischen 2001 und 2011 stieg die Zahl der Muslime in England und Wales von 1,5 auf 2,7 Millionen. Dies waren allerdings nur die offiziellen Zahlen. Denn es wurde allgemein angenommen, dass sie durch die illegale Einwanderung weit höher hätte angesetzt werden müssen. Man nahm an, dass sich mindestens eine Million Menschen illegal im Lande aufhielten und keinerlei Volkszählungsunterlagen ausgefüllt hatten. Jene Gemeinden (Tower Hamlets und Newham), die in den betreffenden Jahren am schnellsten, nämlich um 20 Prozent, gewachsen sind, waren auch jene, die die größte muslimische Einwohnerschaft im Vereinigten Königreich hatten. Hier wurden auch die wenigsten Zensus-Fragebögen zurückgesandt, jeder fünfte Haushalt schickte die Fragebögen nicht zurück. Das legt die Vermutung nahe,

dass die tatsächlichen Zahlen noch höher lagen, als die schockierenden Ergebnisse der Volkszählung annehmen ließen.

Obwohl der Befund der Volkszählung schwer zu verdauen war, wurde er – nicht anders als jede flüchtige Nachricht – innerhalb von wenigen Tagen abgehandelt. Dabei war er eine Zusammenfassung der jüngsten Vergangenheit und der unmittelbaren Gegenwart des Landes und ein Blick in seine unvermeidliche Zukunft. Das Studium der Ergebnisse der Volkszählung ließ nur eine mögliche Schlussfolgerung zu, nämlich dass die Massenmigration dabei war, das Land vollständig zu verändern – oder besser gesagt, es bereits vollständig verändert hatte. Im Jahr 2011 war Großbritannien ein radikal anderer Ort, als es über viele Jahrhunderte war. Aber Fakten, wie dass in 23 von 33 Londoner Bezirken weiße Briten eine Minderheit waren, riefen eine Reaktion hervor, die mindestens so aufschlussreich war wie die Ergebnisse selbst.[7] Der Sprecher des nationalen Amtes für Statistik (ONS) feierte die Ergebnisse als eine machtvolle Demonstration der »Diversität«.[8]

Es war schockierend, dass die Reaktion der Politik und der Medien nur eine einzige Stimme kannte. Wenn Politiker der wichtigen Parteien die Frage der Volkszählung ansprachen, begrüßten und feierten sie einhellig deren Ergebnis. Und so ging es weiter, über Jahre. 2007 sprach der damalige Oberbürgermeister von London, Ken Livingstone, stolz über die Tatsache, dass 35 Prozent der in London arbeitenden Menschen in einem fremden Land geboren wurden.[9] Die Frage stand im Raum, ob es für dieses Verhältnis eine optimale Größe gibt oder nicht. Über Jahre hinweg war das Gefühl von Aufregung und Optimismus über die Veränderungen im Lande die einzige angemessene Haltung, untermauert durch die Behauptung, dass dies nichts Neues sei.

Doch während des Großteils seiner Geschichte, aber sicherlich während des letzten Jahrtausends, hatte Großbritannien eine außerordentlich stabile Bevölkerung aufzuweisen. Selbst die normannische Eroberung 1066 – vermutlich das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Insel – hat nur dazu geführt, dass nicht mehr als 5 Prozent der Bevölkerung normannisch wurden[10]. Die Bevölkerungsbewegungen davor und auch danach fanden ausschließlich zwischen der irischen Insel und jenen Ländern statt, die später das Vereinigte Königreich bilden sollten. In der Periode nach

1945 mussten einige spezifische Lücken auf dem Arbeitsmarkt geschlossen werden, vor allem in dem Bereich des Transports und bei dem neu gegründeten staatlichen Gesundheitswesen National Health Service, NHS. Und so begann die Epoche der Masseneinwanderung, obwohl zunächst noch verhalten. Das 1948 verabschiedete Britische Staatsbürgerschaftsgesetz, British Nationality Act, ließ die Einwanderung aus dem früheren Empire – dem heutigen Commonwealth – zu. Anfang der 50er-Jahre nahmen einige tausend Menschen diese Möglichkeit wahr. Bis zum Ende des Jahrzehnts waren mehrere zehntausend gekommen, und in den 60ern wurde die Zahl der Ankömmlinge sechsstellig. Die meisten von ihnen kamen von den Westindischen Inseln, aus Indien, Pakistan und Bangladesch, um in Fabriken zu arbeiten. Sie empfahlen wieder andere, meistens aus ihren Familien oder Klans, die ihnen dann folgten und ähnliche Arbeiten verrichteten.

Obwohl es deshalb und wegen der möglichen Folgen für das Land eine gewisse öffentliche Besorgnis gab, waren die wechselnden Regierungen, ob Labour oder Konservative, nicht in der Lage, die Bewegung aufzuhalten. Ebenso wie in den Ländern des Kontinents wie Frankreich, den Niederlanden und Deutschland gab es in Großbritannien kaum Klarheit, noch weniger Einverständnis darüber, was die Ankunft dieser Arbeiter bedeutete. Man wusste nicht einmal, ob sie bleiben würden. Erst als es offensichtlich wurde, dass sie bleiben und die Chance nutzen würden, ihre ausgedehnten Familien mitzubringen, wurden die Folgen erkannt.

Was die folgenden Jahre betrifft, so wären einige sehr spezifische Parlamentsbeschlüsse zu erwähnen, zum Beispiel jene, die die Kriminalität unter Migranten betreffen. Aber es gab nur sehr vereinzelte Versuche, den Trend umzukehren. Selbst als die Gesetzgebung versuchte, auf die wachsenden Befürchtungen der Öffentlichkeit zu reagieren, hatte dies unerwartete Folgen. Ein Beispiel ist das 1962 verabschiedete Commonwealth-Einwanderungsgesetz, das vordergründig zum Ziel hatte, die anhaltende Flut der Migranten zu begrenzen und sie davon zu überzeugen, wieder heimzukehren. Es hatte die genau entgegengesetzte Wirkung, weil es viele Migranten veranlasste, ihre Familien in das Vereinigte Königreich zu bringen, solange es noch möglich war. Da die Migranten aus dem

Commonwealth nach 1962 nicht mehr nachweisen mussten, dass sie einen Job in Großbritannien hatten, schwoll der Strom weiter an. Erst 1971 wurde mit einem neuen Einwanderungsgesetz der Versuch unternommen, den daraus resultierenden Ansturm einzudämmen. Und so kam es, dass sich alle Regierungen mit den Konsequenzen einer Situation auseinandersetzen mussten, die da war, obwohl es niemals den Plan gab, die Einwanderung in diesem Maße zuzulassen.

Zu den Auswirkungen gehörten auch ernsthafte Rassenunruhen. Noch lange in Erinnerung geblieben sind die schweren Tumulte von Notting Hill 1958, eine gewalttätige Konfrontation zwischen westindischen Einwanderern und weißen Einwohnern. An diese Siedepunkte erinnert man sich gerade deshalb, weil sie die Ausnahme und nicht die Regel waren. Während Argwohn und Beunruhigung wegen der Fremden auf niedriger Stufe durchaus vorhanden waren, scheiterten alle Versuche, daraus Kapital zu schlagen, konsequent und auf allen Ebenen. Insbesondere gilt das für die Versuche von Oswald Mosley, dem ehemaligen Anführer der British Union of Fascists (BUF), später des Union Movement. Als Mosley versuchte, die Krawalle von Notting Hill zu instrumentalisieren, und bei den Parlamentswahlen von 1959 kandidierte, erreichte er nicht einmal zweistellige Ergebnisse. Die Briten erkannten zwar, dass die Einwanderung Probleme bereitete, sie wussten jedoch zugleich, dass die früher schon abgelehnten Extremisten keine Antworten darauf hatten.

Die Schwierigkeiten rührten nicht zuletzt daher, dass jene, die den Einladungen folgten und ins Land kamen, Diskriminierungen ausgesetzt waren. Eine Antwort auf diese Probleme waren die Gesetze über Rassenbeziehungen (Race Relation Acts) von 1965, 1968 und 1976, die Diskriminierung aufgrund von »Farbe, Rasse, ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit« für gesetzwidrig erklärten. Es ist kennzeichnend dafür, wie wenig durchdacht die ganze Angelegenheit war, dass solche Gesetze nicht vorausschauend entworfen, sondern erst infolge unübersehbarer Probleme verabschiedet wurden. 1948 gab es keine Gesetze über Rassenbeziehungen, weil weder die große Zahl der Emigranten noch die damit einhergehenden Probleme vorhergesehen wurden.

Während der ganzen Zeit zeigten die Ergebnisse der Meinungsumfragen, dass die britische Öffentlichkeit die

Einwanderungspolitik ihrer Regierungen mehrheitlich ablehnte und die Zahl der Einwanderer für zu hoch hielt. Eine von Gallup 1968 durchgeführte Umfrage ergab, dass 75 Prozent der Briten meinten, die Kontrollen der Einwanderung seien nicht scharf genug. Bald stieg diese Zahl auf 83 Prozent.[11] Das war der einzige Zeitpunkt, zu dem Einwanderung für kurze Zeit das Potenzial hatte, zu einem bedeutenden Politikum zu werden. Just zu dieser Zeit hielt der Abgeordnete und Minister des konservativen Schattenkabinetts Enoch Powell in Birmingham eine Rede vor der Konservativen Vereinigung und eröffnete damit eine Debatte, die allerdings auch schnell wieder beendet wurde. Obwohl der Wortlaut nicht ganz dem entsprach, was davon allgemein bekannt wurde, war die »Ströme aus Blut«-Rede voller prophetischer Vorhersagen über die Zukunft Großbritanniens, sollte die Einwanderung in dem Maße fortdauern. Zunächst zitierte Powell Euripides: »Wen die Götter vernichten wollen, den machen sie zuerst wahnsinnig.« Und er fuhr fort: »Wir müssen als Nation wahnsinnig sein, buchstäblich wahnsinnig, wenn wir es zulassen, dass jährlich 50 000 Familienangehörige einwandern, die zum größten Teil das Material für den künftigen Zuwachs der von den Migranten abstammenden Bevölkerung liefern. Es ist, als würde man einer Nation dabei zusehen, wie sie eifrig den Scheiterhaufen für die eigene Beerdigung errichtet.«[12] Obwohl Powells Rede von Identität und der Zukunft des Landes handelte, ging es dabei auch um praktische Probleme – um die Überlastung des öffentlichen Dienstes und die Schwierigkeiten, im Krankenhaus aufgenommen zu werden oder Plätze für die Kinder in der Schule zu finden.

Powell wurde von seinem Parteiführer Edward Heath sofort seines Postens im Schattenkabinett enthoben, und er verlor jedwede politische Unterstützung durch den Mainstream, politisch war er erledigt. Die Unterstützung durch die Bevölkerung allerdings war groß. Die Meinungsumfragen zeigten, dass drei Viertel der Befragten seine Meinung teilten und 69 Prozent überzeugt waren, seine Entlassung durch Heath sei falsch.[13] Viele Jahre später sagte einer der Gegner Powells in der Konservativen Partei, Michael Haseltine, dass Powell, hätte er sich zu jener Zeit um die Führerschaft der Konservativen beworben, mit einem Erdrutschsieg gewählt worden wäre, und hätte er sich um die Ministerpräsidentschaft beworben, hätte es einen

»nationalen Erdrutschsieg« gegeben.[14] Doch politisch gab es keinen Weg für Powell, seine politische Karriere war beendet, und er blieb bis an sein Lebensende im politischen Abseits.

Seit der »Ströme von Blut«-Rede gehört es zum Allgemeingut in Großbritannien, dass Powells Einlassungen nicht nur seine eigene Karriere ruiniert haben, sondern zumindest zu Lebzeiten dieser Generation auch die Möglichkeit einer offenen und ehrlichen Debatte über die Frage der Migration. Seine reißerische Sprache und seine düsteren Warnungen bewirkten, dass jeder, der seither Sorgen wegen der Migration äußerte, Gefahr lief, als ein Anhänger Powells gebrandmarkt zu werden. Sicherlich haben es Teile von Powells Rede seinen politischen Gegnern sehr einfach gemacht, ihn zu attackieren, und Leute, die politisch rechts von ihm standen, spendeten ihm Beifall. Aber am bemerkenswertesten ist, wie geradezu untertrieben seine Feststellungen heute erscheinen: so zum Beispiel die Feststellung, dass es in Großbritannien eine Straße gab, in der nur noch eine weiße Frau lebte. In den auf die Rede folgenden Diskussionen und Interviews wurde der Fall dieser Frau als erfunden zurückgewiesen, weil niemand glauben wollte, dass es diese Straße geben könnte. Hätte Powell jemand 1968 geraten, in seiner Rede die Vorhersage zu wagen, dass noch zu Lebzeiten seiner Zuhörer weiße Briten in ihrer Hauptstadt eine Minderheit sein würden, hätte er diesen Berater als Verrückten entlassen. Selbst sein berühmtester Prophet hat das Unheil, das die Migration über fast alle europäischen Länder bringen sollte, erheblich unterschätzt.

In Wahrheit haben Powells Einlassungen die Diskussion für eine ganze Generation nicht nur deshalb unmöglich gemacht, weil es die Stimmung anheizte, sondern weil es Politikern ermöglichte, sich für die Folgen ihrer Politik nicht rechtfertigen zu müssen. Viele haben die Schlussfolgerung gezogen, dass die Bahn, auf dem sich das Land befand, nicht änderbar sei. In den 60er-Jahren gab es durchaus noch parlamentarische Debatten darüber, ob man Migranten nicht in ihre Ursprungsländer zurückschicken sollte, wenn sie zum Beispiel Straftaten begangen hatten.[15] Später wurden Gesetze verabschiedet, die Scheinehen, ausschließlich eingegangen, um die Staatsbürgerschaft zu erschleichen, verboten.[16] Doch in den 70er- und 80er-Jahren war die Zahl der Migranten so groß geworden, dass jede Politik, die auf ihre

Verringerung zielte, unmöglich wurde, auch wenn man das für wünschenswert erachtete. Wie viele andere Länder war Großbritannien in einer Lage, die nicht gewollt war, und sah sich deshalb zu Improvisationen gezwungen, um die Herausforderungen dieser neuen Realität zu bewältigen. Doch es ist kennzeichnend für das Ausmaß der unausgesprochenen Sorgen darüber, was diese Herausforderungen bedeuteten, dass es während dieser ganzen Zeit unmöglich war, selbst in der aufrichtigsten Weise über die Wahrheit zu sprechen.

Im Januar 1984 veröffentlichte der Leiter einer Schule in Bradford einen Artikel in dem kleinen Magazin *The Salisbury Review.* Ray Honeyford fasste darin einige Erfahrungen zusammen, die er als Leiter einer Schule gesammelt hatte, in der 90 Prozent der Schüler aus Migrantenfamilien kamen. Er erwähnte, dass einige muslimische Väter ihren Töchtern verboten, am Tanzunterricht, an Schauspielgruppen und am Sport teilzunehmen. Er schrieb auch darüber, dass die Behörden zu solchem und ähnlichem kulturellen Verhalten schwiegen, zum Beispiel auch, wenn Kinder während der Ferien nach Pakistan verschickt wurden. Er setzte sich dafür ein, die Schüler zu ermutigen, die Landessprache zu sprechen und die britische Kultur kennenzulernen, um nicht in eine Parallelwelt abzugleiten.

Sofort wurde eine Kampagne gegen ihn eröffnet. Der muslimische Bürgermeister von Bradford forderte die Entlassung Honeyfords und beschuldigte ihn noch Jahre später unter anderem des »kulturellen Chauvinismus«.[17] Unter landesweiten Protesten gegen den »Rassisten« wurde Honeyford gezwungen, seinen Beruf aufzugeben, er sollte nie mehr im Bildungswesen arbeiten. In seinem als beleidigend empfundenen Artikel hatte er behauptet, dass es wegen der Korrumpierung der Politik und selbst der Sprache schwierig sei, über diese Angelegenheiten ehrlich zu schreiben. Wie er behandelt wurde, bestätigt den Befund. Wieso wurde ein angesehener Schulleiter, gegen den es nie eine Beschwerde gegeben hatte, nach diesem Vorfall zum Rückzug gezwungen? Die einzige Erklärung ist, dass in der Zeit bereits die einfachsten Wahrheiten zu diesem Thema unerträglich waren. Es begann das Zeitalter eines politischen und sozialen Paradigmas, das fortan unangemessen als »Multikulturalismus« bezeichnet wurde, und 1984 war es noch nicht möglich, die Grundlagen dieses Glaubens anzugreifen. Es wäre sicherlich ein schwacher Trost für Honeyford, dass

einige Jahrzehnte später viele sagten, dass er womöglich recht hatte. Als er 2012 starb, hatten viele begriffen, dass die Aussagen seines Artikels richtig waren.

Während der 80er- und 90er-Jahre riss der Strom der unter dem Banner des Multikulturalismus vom indischen Subkontinent und anderen Ländern Einwandernden nicht ab. Aber es herrschte ein unausgesprochener Konsens, dass die Migration – die immer noch weiter anschwoll – in aller Stille eingeschränkt werden müsse. Nach dem erdrutschartigen Wahlsieg von Labour 1997 wurde dieser Konsens jedoch aufgekündigt. Kaum dass die Regierung Tony Blairs an die Macht kam, öffnete sie die Grenzen in einem selbst für die Nachkriegsjahrzehnte beispiellosem Maße, und das, obwohl es dafür weder eine Verpflichtung oder eine erklärte Zielsetzung gab. Sie hob die Regeln auf, die betrügerische Heiratserlaubnisse herausfiltern sollten. Sie öffnete die Grenze für jeden, der für den britischen Arbeitsmarkt geeignet schien. Die Definition der Eignung war so weit verwässert, dass sogar Aushilfen in Restaurants als »qualifizierte Arbeiter« galten. Und so, wie sie die Grenzen für die ganze Welt öffnete, tat die Blair-Regierung es auch für die neuen EU-Mitglieder aus Osteuropa. All diese Maßnahmen führten zu dem Zustand des Landes bei der nächsten Volkszählung 2011.

Es gibt natürlich mehrere Erklärungen dafür, wie der Ansturm der Migranten nach 1997 zustande kam. Eine, die berühmt geworden ist, stammt vom früheren Labour-Redenschreiber Andrew Neather. Demnach soll die Blair-Regierung bewusst die Einwanderungsregeln gelockert haben, »um die Rechten mit der Nase in die Diversität zu stupsen« und eine Wählerschaft zu kreieren, die mit Sicherheit loyal zur Labour Party stehen würde.[18] Nach dem Aufschrei, den seine Erinnerungen von 2009 verursachten, ließ er diesen Teil sperren. Andere Labour-Verantwortliche sagten, sie wüssten gar nicht, wer Neather sei. Aber es ist nicht schwer zu erkennen, wie leicht jemand, egal, wie untergeordnet seine Rolle auch war, diesen Eindruck von den Ereignissen jener Jahre haben konnte.

Zum Beispiel war nach der Ernennung von Barbara Roche zur Ministerin für Asyl und Einwanderung während der ersten Legislaturperiode Blair sofort klar, dass sie eine vollständige Revision der britischen Asyl- und Einwanderungspolitik anstrebte. Während

Blair sich anderen Dingen widmete, änderte Roche die bis dahin gültige Politik in jeder Hinsicht. Ab sofort durften alle bleiben, die, egal, ob berechtigt oder nicht, in Großbritannien Asyl begehrten, weil – wie sie einem Beamten mitteilte – es zu aufwendig sei und an die Emotionen rühren würde, sie zurückzuschicken. Roche war auch davon überzeugt, dass die bis dahin bestehende Einschränkung der Einwanderung »rassistisch« sei und die ganze Atmosphäre der Migrationsdebatte »toxisch«. Während sie im Amt war, hat sie mehrfach bestätigt, dass sie Großbritannien transformieren wolle. »Roche hat ihre Aufgabe nicht darin gesehen, die Einreise nach Großbritannien zu kontrollieren, sondern in einer breiteren, ganzheitlichen Art das Gesamtbild zu betrachten«, sagte ein Kollege über sie. »Sie wollte, dass wir die Vorteile der multikulturellen Gesellschaft erkennen.«

Weder der Premier noch Innenminister Jack Straw hatten ein Interesse daran, die neue Asylpolitik infrage zu stellen. Sie hatten auch nichts gegen die Tatsache, dass unter Roche jeder, der nach Großbritannien eingereist war, egal, ob er einen Job hatte oder nicht, als »Wirtschaftsmigrant« betrachtet wurde. Jedwede Kritik verwarf Roche als rassistisch. Tatsächlich war Roche, die ihre Kollegen kritisierte, sie seien zu weiß, der Meinung, dass allein schon die Erwähnung der Migrationspolitik rassistisch sei.[19] Was sie und einige um sie herum anstrebten, war eine umfassende Veränderung der britischen Gesellschaft. Roche – ein Abkömmling von Juden aus dem Londoner East End – glaubte daran, dass Einwanderung immer eine gute Sache sei. Zehn Jahre nach den Veränderungen, die sie zu verantworten hatte, sagte sie in einem Interview voller Zufriedenheit: »Ich liebe die Diversität Londons. Ich fühle mich darin so gut aufgehoben.«[20]

Die Aktivitäten von Roche und vielen anderen in der Labour-Regierung von 1998 unterstützen die Annahme, dass es sich dabei um eine Politik der bewussten sozialen Transformation handelte: um eine Art »Kulturkrieg« gegen die britischen Bürger, wobei man die Migranten sozusagen als Rammbock benutzte. Eine andere Theorie, die dieser nicht grundsätzlich widerspricht, geht davon aus, dass es sich um ein bürokratisches Versagen handelte, wobei alles schon unter mehreren aufeinanderfolgenden Regierungen außer Kontrolle geraten sei, nur wurde erst unter New Labour dessen spektakuläres Ausmaß offenkundig. Das Missverhältnis zwischen den Neuankömmlingen, die

die Labour-Regierung erwartet hatte, und jenen, die dann tatsächlich eintrafen, spricht für diese Annahme. Als Labour zum Beispiel 2004 die freie Einreise von Bürgern aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern genehmigte, rechnete sie damit, dass jährlich etwa 13 000 Menschen einreisen würden. Eine von der Regierung bestellte Studie behauptete, dass man, sollten die Einschränkungen aufgehoben werden, die Flut würde »total kontrollieren« können. Das aber traf nicht zu. Die Regeln für die Arbeitsaufnahme wurden unter anderem so geändert, dass Facharbeiter und ungelernte Migranten unter der Bezeichnung »ausländische Arbeitskräfte« einreisen und bleiben konnten. Die meisten blieben. Wenig überraschend schossen die Zahlen nach oben, und sie waren noch höher, als selbst die glühendsten Anhänger der Masseneinwanderung je angenommen hatten. Man erwartete, dass sich die Zahl der Migranten aus der EU höchstens verdoppeln würde. Tatsächlich lagen die Vorhersagen über die Neuankömmlinge in den fünf Jahren der ersten Regierung Blair um eine Million daneben.[21] Vor allem haben die Experten der Regierung nicht vorhergesehen, welche Anziehungskraft das Vereinigte Königreich auf Menschen in Ländern mit bedeutend niedrigerem Einkommensniveau und fehlendem Mindestlohn ausüben würde. Infolge dieser Politik stieg die Zahl der in Großbritannien lebenden Osteuropäer von 170 000 im Jahr 2004 auf 1,24 Millionen 2013.[22]

Diese massive Unterschätzung wäre natürlich für jeden vorhersehbar gewesen, der die Geschichte der Nachkriegsmigration kannte, als die Zahl der Einwanderer ebenfalls mehrfach unterschätzt wurde. Aber es zeigt sich auch, dass in den frühen Labour-Jahren die Einwanderungskontrolle nicht zu den Prioritäten der Regierung gehörte. Am wichtigsten jedoch ist, dass die Behauptung, jede Einschränkung der Migration sei »rassistisch« (selbst wenn sie sich auf weiße Osteuropäer bezieht), jede Kritik fast unmöglich macht. Wie auch immer, ob die Politik des Migrationsanstiegs unbemerkt blieb oder offiziell gutgeheißen wurde, Widerspruch dagegen gab es in der britischen Regierung nicht.

Was auch immer die Gründe und Motive dafür waren, es ist nur selten festgestellt worden, dass die Reaktion der Bevölkerung auf die massive Zunahme der Migration und die schnelle Veränderung von Landesteilen ausnehmend tolerant war. Es gab im darauffolgenden

Jahrzehnt keine bedeutenden rassistischen Ressentiments oder Gewaltausbrüche. Die einzige rassistische politische Partei, die British National Party, wurde bei den Wahlen regelmäßig abgestraft. Meinungsumfragen und der Augenschein des Lebens im Lande zeigten, dass die meisten Menschen keinerlei Feindseligkeit den Migranten und Menschen anderer Ethnien gegenüber hegten. Aber eine Umfrage nach der anderen zeigte auf, dass eine Mehrheit sehr beunruhigt war darüber, was dies für das Land und seine Zukunft bedeutete. Trotzdem wurden auch die zaghaftesten Versuche innerhalb der politischen Klasse, diese Probleme anzusprechen (so wie 2005 die Konservativen, die mit ihrem Wahlplakat Grenzen für die Migration vorschlugen), vom Rest der politischen Klasse verdammt mit dem Ergebnis, dass weiterhin keine ernsthafte öffentliche Diskussion stattfand.

Vielleicht haben die aufeinanderfolgenden Regierungen jeder Couleur jahrzehntelang nicht nur deshalb jede echte Diskussion verweigert, weil sie annahmen, die Bevölkerung sei mit ihnen nicht einverstanden, sondern auch, weil sie die Kontrolle verloren hatten. Die Konservative Partei in Koalition mit den Liberalen Demokraten versprach 2010, die Zahl der Einwanderer von Hunderttausenden pro Jahr auf Zehntausende zu reduzieren – ein Versprechen, das sie im Amt wiederholte. Doch zu keinem Zeitpunkt erreichten sie auch nur annähernd die anvisierten Zahlen. Ebenso erging es der nachfolgenden rein konservativen Regierung, die das gleiche Versprechen machte. Kurzum, nach fünf Jahren Koalitionsregierung und am Anfang einer konservativen Regierung, die sich beide verpflichtet hatten, die Einwanderung zu reduzieren, gingen die Migrantenzahlen nicht zurück, im Gegenteil, sie stiegen auf die Rekordhöhe von netto 330 000 Einwanderern im Jahr.[23]

KAPITEL 2
WIE WIR SÜCHTIG NACH EINWANDERUNG WURDEN

In den erwähnten Jahrzehnten spielte sich mit geringen Abweichungen fast genau die gleiche Geschichte in ganz Westeuropa ab. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Einwanderung von Arbeitskräften zunächst erlaubt und dann gefördert. Während der 50er- und 60er-Jahre legte man in Westdeutschland, Schweden, den Niederlanden und Belgien unter anderem Programme für »Gastarbeiter« auf, um den Mangel an Arbeitskräften zu beheben. In Deutschland kamen sie nach dem Deutsch-Türkischen Anwerbeabkommen von 1961 überwiegend aus der Türkei, in den Niederlanden und Belgien ebenfalls, aber auch aus Nordafrika und den ehemaligen Kolonien. Ein Teil der Emigranten kam infolge der Dekolonisierung. Frankreich hatte im 19. Jahrhundert Teile Nordafrikas kolonisiert, die Briten den indischen Subkontinent. Nun fühlte man sich diesen ehemaligen Staatsbürgern gegenüber irgendwie verpflichtet. Zumindest wollte man ihnen bei den Gastarbeiter-Programmen Priorität einräumen. Womöglich war es unvermeidlich oder sogar gerecht, dass sich im 20. Jahrhundert die Einwohner dieser Kolonien revanchierten, nicht als Eroberer, sondern als Staatsbürger.

In jedem westeuropäischen Land erlagen die Behörden genau den gleichen falschen Einschätzungen wie die britischen, nicht zuletzt indem sie glaubten, die ersten Gastarbeiter blieben nur für eine begrenzte Zeit und würden in ihre Heimatländer zurückkehren, sobald ihre Arbeit getan war. Überall schienen die Regierungen überrascht worden zu sein, dass stattdessen die meisten dieser Gastarbeiter in den

Aufnahmeländern Wurzeln schlugen und ihre Familien nachziehen lassen wollten, dass diese Familien Unterstützung brauchten und ihre Kinder in die Schule schicken wollten. Sobald dies geschehen war, wurde es noch unwahrscheinlicher, dass sie jemals zurückkehren würden. Und obwohl die Heimat immer noch lockte, bewirkte der Lebensstandard, den diese Arbeiter nun errungen hatten, dass viel mehr von ihnen blieben als zurückkehrten. Weil Europa zu der Zeit, als es seine Grenzen öffnete, selbst noch bedürftig war, begriff man nicht, wie attraktiv es selbst in diesem ärmlichen Zustand für die Welt war.

Selbst als die Vereinbarungen über die Gastarbeiter ausliefen – wie zwischen Westdeutschland und der Türkei 1973 –, strömten die Menschen weiter ins Land. Und jene, die zunächst als Gastarbeiter gekommen waren, erwarben die Staatsbürgerschaft oder die doppelte Staatsbürgerschaft. Nach nur fünf Jahrzehnten lebten 2010 allein in Deutschland mindestens vier Millionen Menschen türkischer Abstammung. Als sich Frankreich der Einwanderung aus Algerien öffnete, erfüllten sie das, was Charles de Gaulle in Algerien am 4. Juni 1958 versprach: »Ich … erkläre, dass Frankreich von diesem Tag an in ganz Algerien nur eine einzige Kategorie von Bewohnern kennt: Es gibt nur Franzosen im Vollsinne, mit denselben Rechten und denselben Pflichten.«[24] Als sich allerdings die Bewegung aus Algerien in Richtung Frankreich ernsthaft in Bewegung gesetzt hatte, gab selbst de Gaulle privat zu, dass sich Frankreich nur so weit anderen Rassen öffnen dürfe, wie diese Menschen eine »kleine Minderheit« blieben. Seine Vertrauten behaupten, dass er selbst zutiefst unsicher war, ob Frankreich imstande sein würde, mehrere Millionen Neuankömmlinge aus anderen Kulturkreisen zu absorbieren.[25]

Obwohl es Unterschiede in der Migrationspolitik der Nachkriegszeit gab, machten alle westeuropäischen Länder die gleiche Erfahrung: Eine kurzfristige Politik war dabei, sehr langfristige Folgen zu zeitigen. Jedes Land hechelte endlos hinter dem Problem her, große politische Entscheidungen mussten im Laufschritt getroffen werden. Und in jedem Land verschob sich im Laufe der Jahrzehnte die Richtung der Debatte. So falsch, wie sich die Vorhersagen der 50er-Jahre erwiesen hatten, waren auch die in den darauffolgenden Jahrzehnten. In jedem Land klaffte eine riesige Diskrepanz zwischen den Erwartungen und der tatsächlichen Anzahl von Menschen, die kamen. Und mochten auch

offizielle Statistiken eine Geschichte erzählen, die Erfahrungen der europäischen Bevölkerung erzählten eine andere.

Als Antwort auf die Beunruhigung der Bevölkerung sprachen die Regierungen, die Mainstream-Medien und die politischen Parteien aller Couleur von der Kontrolle der Migration. Manchmal standen sie im Wettbewerb miteinander um die härtesten Formulierungen. Aber im Laufe der Jahre stellte sich heraus, dass es sich hierbei nur um Wahlfinten handelte. Die Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und der politischen Realität schien von anderen Kräften verursacht worden zu sein als die übliche Diskrepanz zwischen der Blindheit und dem fehlenden Willen der Politik und den Problemen der Bevölkerung. Vielleicht wurde deshalb nichts dafür getan, den Trend aufzuhalten, weil niemand, der an der Macht war, daran glaubte, dass irgendwas getan werden könnte. Sollte das die Wahrheit gewesen sein, so war es nicht möglich, sie auszusprechen. Niemand wäre auf dieser Grundlage gewählt worden, und so entstand auf dem ganzen Kontinent die Tradition, Dinge zu sagen und Versprechungen zu machen, die nicht zu verwirklichen waren.

Womöglich begann sich deshalb die Reaktion auf die sich herausbildende Realität gegen jene zu wenden, die ihre Sorgen darüber zum Ausdruck brachten, auch wenn sie die Meinung der großen Mehrheit vertraten. Statt die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen, begannen die Politiker und die Medien, sie zu beschimpfen. Sie wurde nicht nur des »Rassismus« und der »Bigotterie« beschuldigt, es wurden auch Ablenkungsmanöver gestartet, die das Handeln ersetzten. All das konnte man nach der Volkszählung von 2011 beobachten, einschließlich der Aufforderung, die Bevölkerung möge sich mit der Lage »abfinden«.

In einer Kolumne mit der Überschrift »Kauen wir nicht an der Migration herum, sondern bringen wir die Saat der Integration aus«, reagierte der damalige konservative Oberbürgermeister von London, Boris Johnson, auf die Volkszählung wie folgt: »Wir sollten aufhören, über den Dammbruch zu lamentieren. Ja, er hat stattgefunden. Jetzt können wir den Prozess der Absorption nur so verdaulich machen wie nur möglich.«[26] Sunder Katwala vom linken Thinktank »British Future« reagierte auf die Ergebnisse der Volkszählung im gleichen Ton. Er sagte: »Die Frage, ob man diese Entwicklung möchte oder nicht, beinhaltet, dass man eine Wahl hätte und sagen könnte: ›Lass uns keine Diversität

haben.‹« Er bestand jedoch darauf, dass dies nicht möglich sei. »So sind wir – und das ist unabwendbar.[27]

Vielleicht hatten sie beide recht und sprachen das aus, was in dieser Situation jeder Politiker hätte sagen müssen. Doch diese Bemerkungen bergen etwas Kaltes in sich. Was vollständig fehlt, ist das Gespür dafür, dass es da draußen Menschen geben könnte, die nicht einfach »darüber hinwegkommen« möchten, die die Veränderung ihrer Gesellschaft ablehnen und niemals um die Veränderung gebeten haben. Es war weder Johnson noch Katwala aufgefallen, welche Wut sich über die Tatsache angesammelt hatte, dass alle wichtigen politischen Parteien über Jahre hinweg Entscheidungen getroffen hatten, die meilenweit von der öffentlichen Meinung entfernt waren. Keinem der beiden war es auch nur eingefallen, welches Maß an politischer Entrechtung in solchen Äußerungen steckt. Nicht nur, weil sie einen Prozess, der noch im Gange war, als abgeschlossen darstellten, sondern auch, weil all das in einem Ton vorgetragen wurde, als sprächen sie zu einer revanchistischen Minderheit und nicht zur Mehrheit der Wahlbevölkerung.

Im gleichen Monat, in dem darauf bestanden wurde, dass sich die Bevölkerung mit der Migration »abfinde«, kam eine Umfrage von YouGov zum Ergebnis, dass 67 Prozent der Bevölkerung glaubten, die Migration der vergangenen zehn Jahre sei »eine schlechte Sache«. Nur 11 Prozent glaubten, dass es sich um eine gute Sache handelte.[28] Seither kommt eine Umfrage nach der anderen zum gleichen Ergebnis. Regelmäßig bezeichnen die Befragten die Migration als ihre größte Sorge. Eine Mehrheit unter ihnen beschreibt regelmäßig die negative Auswirkung der Migration auf die öffentlichen Dienstleistungen und die Wohnungslage sowie auf die Identität der Nation.

Freilich, der politische Drang, »eine rote Linie zu ziehen«, und die Warnungen vor politischen Schuldzuweisungen erhöhten die Wahrscheinlichkeit, dass die Politiker, die sich bis dahin nicht für ihre Fehler verantworten mussten, in Zukunft die gleichen Fehler weiter wiederholen würden. Bis 2012 haben sämtliche großen politischen Parteien in Großbritannien zugegeben, dass die Migration zu hoch ist. Doch selbst während sie das taten, insistierten sie weiterhin, dass sich die Bevölkerung damit »abfinden« solle. Keine der Parteien hatte einen klaren, geschweige denn einen Erfolg versprechenden Plan, wie die

Richtung geändert werden könnte. Die Meinungsumfragen zeigten auch, dass die Unterlassung von Maßnahmen gegen die Migration bei gleichzeitigem Geschwätz darüber die Hauptursache des Vertrauensverlustes zwischen den Wählern und ihren politischen Repräsentanten war.

Doch es ist nicht nur die politische Klasse, die außerstande ist, die Probleme der Mehrheit anzusprechen. In derselben Nacht, als die Ergebnisse der Volkszählung von 2011 in der wichtigsten politischen Nachrichtensendung der BBC, in »Newsnight«, besprochen wurden, erklärten drei Viertel der Teilnehmer, wie sehr sie die Befunde der Volkszählung begeisterten und dass sie deshalb keinerlei Grund zur Sorge erkennen könnten. Bei dieser Gelegenheit sagte der Philosoph A. C. Grayling, selbst ein sehr erfolgreicher Einwanderer aus Sambia (damals noch Nordrhodesien): »Im Ganzen gesehen, glaube ich, dass diese Ergebnisse eine sehr positive Sache sind und gefeiert werden sollten.« Die Kritikerin und Dramatikerin Bonnie Greer, ebenfalls eine Migrantin (aus den USA), widersprach nicht, sondern war mit Boris Johnson der Meinung, dass die Migration nicht aufgehalten werden könne.[29] Während der Sendung war die Haltung, mit der Zeit gehen zu wollen, offensichtlich. Womöglich ist in dieser Frage der Drang, mit dem Hauptstrom in Einklang zu sein, deshalb so stark, weil der Preis dafür, den Konsens zu verlassen, einmalig hoch ist. Wenn man in einer Studiodiskussion über den Haushalt etwas Falsches sagt, wird man schlimmstenfalls der finanziellen Ignoranz bezichtigt oder der Missdeutung der Stimmung in der Bevölkerung. Aber wer mit der Stimmung der überwiegenden Mehrheit in der Migrationsfrage einverstanden ist oder sie sogar unterstützt, der setzt seinen Ruf, seine Karriere und seinen Lebensunterhalt aufs Spiel.

Was aber unter all dem angesagten Konsens in dem Londoner Studio verloren ging, war die Meinung all jener Leute, die zu Hause saßen, in einer Welt, mit der sich öffentlich zu beschäftigen nur wenige überhaupt bereit waren. Es ist einfach, über die guten Seiten der Einwanderung zu sprechen: Indem man sie bejaht, ist man für Offenheit, Toleranz und Aufgeschlossenheit. Aber die negativen Seiten zu sehen, sie gar zu erwähnen, ruft Anschuldigungen hervor wie Engstirnigkeit, Intoleranz, Xenophobie und kaum verborgener

Rassismus. Was insgesamt dazu führt, dass es nicht mehr möglich ist, die Haltung der Mehrheit zum Ausdruck zu bringen.

Selbst wenn man glaubt – wie es die meisten tun –, dass eine gewisse Einwanderung eine gute Sache ist und ein Land zu einem interessanteren Ort macht, folgt daraus noch nicht, dass mehr Migration noch besser ist. Es bedeutet auch nicht, dass es – egal, wie viele gute Seiten sie auch haben mag – nicht auch schlechte Seiten gibt. Das muss man offen feststellen können, ohne dass einem Bösartigkeit unterstellt wird. Denn es stimmt nicht, dass die Migration umso mehr Vorteile für die Gesellschaft mit sich bringt, je mehr Menschen kommen. Wenn man die Masseneinwanderung feiern kann, weil man glaubt, dass sie uns als Ganzes bereichert, muss es auch möglich sein zu erklären, dass sie uns in mancher Hinsicht ärmer macht, nicht zuletzt deshalb, weil sie kulturelle Probleme mit sich bringt oder wiedererweckt, von denen wir hofften, sie würden nie wiederkehren.

Im Januar, noch vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkszählung von 2011, wurden neun muslimische Männer – sieben aus Pakistan und zwei aus Nordafrika – in Old Bailey in London wegen des Handels mit Kindern zwischen 11 und 15 Jahren schuldig gesprochen und verurteilt. Eines der Opfer, ein elfjähriges Mädchen, wurde als Sklavin mit dem Initial seines »Besitzers« oder besser, seines Missbrauchers, »M« wie Mohammed, gebrandmarkt, um sie zu seinem Besitz zu machen und sicherzustellen, dass das für andere sichtbar wurde. Der Vorfall fand nicht in einer saudischen oder pakistanischen Provinz statt, nicht einmal einer jener im Norden liegenden, vergessenen Städte, in denen sich in dem gleichen Zeitraum viele ähnliche Fälle ereigneten. Nein, das passierte in Oxfordshire zwischen 2004 und 2012.

Niemand wird behaupten, dass Gruppenvergewaltigung und Kindesmissbrauch nur von Migranten begangen würden. Aber die Herausbildung besonderer Formen von auf Kindesmissbrauch spezialisierten Banden verweist auf spezifische kulturelle Ansichten und Haltungen, die eindeutig bei Migranten vorzufinden sind. Das zeigen mehrere von der Regierung veranlasste Untersuchungen.[30] Diese vormittelalterlichen Ansichten beziehen sich auf Frauen, insbesondere nicht-muslimische Frauen, andere Religionen, Rassen und sexuelle Minderheiten. Es hat jedoch Jahre gedauert, bis Fakten wie diese an die

Öffentlichkeit gelangten. Denn jene, die auf sie hätten hinweisen können, mussten befürchten, als Rassisten abgestempelt zu werden oder dass ihre bescheidenen Karrieren noch für viel weniger zerstört werden würden als im Falle des Schuldirektors Ray Honeyford.

Diese Haltung hatte einen weitreichenden einschüchternden Effekt, der weit über die Fernsehstudios hinausging und viel ernsthaftere Konsequenzen hatte. Als die Fälle von bandenmäßiger Vergewaltigung vor Gericht kamen, berichteten die Medien voller Beschönigungen, vermutlich um die Öffentlichkeit daran zu hindern, entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. So wurden zum Beispiel die Gangs wie im Fall von Oxfordshire als »asiatisch« beschrieben, auch wenn sie ausschließlich aus muslimischen Männern pakistanischer Herkunft bestanden. Nur selten wurde vor den Gerichten oder in den Medien erwähnt, dass die Opfer deshalb ausgewählt wurden, weil sie keine Moslems waren. Statt ihre Aufgaben furchtlos und ohne Parteilichkeit zu erfüllen, benahmen sich Polizisten, Staatsanwälte und Journalisten, als sei es ihre Aufgabe, zwischen den Fakten und der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Natürlich mündet all das niemals in einer »akzeptablen« Diskussion über die Einwanderung. Die Bandenvergewaltigungen zum Gegenstand einer BBC-Diskussion über Migration zu machen, käme der Behandlung von Sodomie in einer Dokumentation über kränkelnde Haustiere gleich. Es werden nur die Guten und Glücklichen gezeigt, während das Böse außen vor bleibt. Dabei geht nicht nur die Schärfe der Diskussion verloren, auch die milden, alltäglichen Probleme der Bevölkerung werden nicht gehört. Es geht gar nicht um wilde Anklagen, sondern nur um das schlichte Bedauern darüber, dass die Gesellschaft, in der man aufgewachsen ist, ohne Rücksicht auf die Ansichten der Mehrheit verändert wurde.

Noch etwas anderes ging in den behaglich einvernehmlichen Diskussionen wie in Newsnight verloren: der Bezug zu dem, was wir als »unsere Kultur« zu bezeichnen pflegten. Die größte Ironie der endlosen Freudenfeste über die Diversität ist, dass das Einzige, was nicht gefeiert wird, genau die Kultur ist, die diese Diversität in erster Linie ermöglicht hat. Bei allen Reaktionen der Politik und der Medien auf die Ergebnisse der Volkszählung von 2011 konnte man verschiedene Zwischenstationen einer selbstzerstörerischen Reise erkennen.

Nach dieser Periode der außergewöhnlichen Veränderungen während der vergangenen Jahrzehnte wurde tatsächlich behauptet, es sei »nichts Neues« geschehen. Dieses Argument hört man in ganz Westeuropa. Bei uns geht das Argument meistens so: »Großbritannien war immer schon ein Schmelztiegel verschiedener Rassen und Abstammungen. Wir sind tatsächlich eine Nation von Einwanderern.« So war die Argumentation zum Beispiel eines mit Wohlwollen aufgenommenen Buches von Robert Winder, das in den Jahren Tony Blairs herauskam und häufig benutzt wurde, um die Politik der Regierung zu rechtfertigen. Im Buch wurde unter anderem argumentiert: »Wir alle sind Einwanderer, je nachdem, wie weit man in der Geschichte zurückgeht.« Und außerdem sei Großbritannien immer schon eine »Mischlingsnation« gewesen.[31] Barbara Roche behauptete das Gleiche in einer Gesprächsrunde im Londoner East End 2011: »Wenn wir von Einwanderung oder Migration sprechen, ist die Verführung groß, zu glauben, dies sei etwas, was sich im 19. Jahrhundert ereignete. Ich bin Jüdin. Teile meiner Familie kamen im späten 19. Jahrhundert. Ich stamme mütterlicherseits von sephardischen Juden ab, also müssten Teile meiner Familie noch weit davor gekommen sein. Aber man neigt dazu zu denken, Einwanderung sei eine neuere Entwicklung, wenn nicht des 19. Jahrhunderts, dann eine Nachkriegserscheinung. Das ist weit von der Wahrheit entfernt. Ich habe immer daran geglaubt, das Großbritannien ein Land der Migranten sei.«[32] Natürlich kann Frau Roche das glauben. Davon wird es aber noch nicht wahr.

Bis zur zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts waren die Einwandererzahlen in Großbritannien praktisch vernachlässigbar. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten waren wir niemals eine »Nation der Migranten«. Es gab zwar öfter ein Rinnsal von Migranten, aber etwas wie Massenmigration war so gut wie unbekannt. Tatsächlich war es in einem Maße unbekannt, dass, wenn es mal passierte, die Menschen darüber noch jahrhundertelang sprachen. Wie zu erwarten, kommt bei heutigen Diskussionen über die Einwanderung in das Vereinigte Königreich der Fall der Hugenotten immer wieder auf. Die Hugenotten waren Protestanten, die vor der Verfolgung in Frankreich flohen und denen Karl II. 1681 Zuflucht in Großbritannien anbot. Die Einwanderung der Hugenotten hatte mehr Spuren hinterlassen, als es

den meisten heute bewusst ist. Trotz der Nähe der Religionen und der Kulturen, die damals die französischen und englischen Protestanten auszeichnete, hat es Jahrhunderte gedauert, bis die Hugenotten in die britische Gesellschaft integriert waren, und noch heute verstehen sich viele ausdrücklich als Abkömmlinge der Hugenotten. Der andere auffallende Punkt bei den Hugenotten – und deshalb werden sie auch so oft erwähnt – ist das Ausmaß der Einwanderung. Man nimmt an, dass nach 1681 bis zu 50 000 Hugenotten ankamen, für die damalige Zeit eine fraglos enorme Bevölkerungsbewegung. Doch sie hatte eine ganz andere Größenordnung als die Masseneinwanderung, die Großbritannien in den letzten Jahren erlebt hat. Seit der Blair-Regierung ist in Großbritannien die gleiche Zahl von Migranten angekommen wie die Hugenotten, aber nicht einmalig in der Geschichte, sondern innerhalb von wenigen Monaten. Und diese Einwanderung bestand keineswegs aus französischen Protestanten. Das andere Beispiel, das gerne strapaziert wird, um von einer »Nation der Migranten« zu sprechen, sind die 30 000 Menschen aus Uganda asiatischer Herkunft, die in den 70er-Jahren von Idi Amin enteignet und des Landes verwiesen wurden. Die britischen Erinnerungen an diesen einmaligen Fall von Einwanderung sind voller Stolz und guter Gefühle, weil es eine bedeutende, aber beschränkte Hilfe für verzweifelte Menschen war und weil die ugandischen Asiaten einen spürbaren und dankbaren Beitrag zum öffentlichen Leben leisteten. Nach 1997 kam die gleiche Zahl von Einwanderern alle sechs Wochen nach Großbritannien.

Die Menschenbewegungen der vergangenen Jahre – sogar schon vor der europäischen Migrationskrise – waren von grundsätzlich anderer Quantität, Qualität und Kontinuität als alles Vorhergegangene. Trotz dieser Tatsache bleibt es die beliebteste Art, die Veränderungen der letzten Jahre zu kaschieren, indem man so tut, als sei in der Geschichte schon Ähnliches passiert. Der besondere Vorteil dieses Arguments ist, dass man so tun kann, als seien die von der Migration verursachten Probleme nichts, womit wir nicht schon in der Vergangenheit zu tun gehabt und sie erfolgreich bewältigt hätten. Das Argument suggeriert fälschlicherweise, alle Herausforderungen der Gegenwart seien normal. Darauf folgt ein ganzes Spektrum von impliziten und expliziten Behauptungen, mit denen so getan wird, als habe unser Land überhaupt

keine Kultur, oder wenn, dann seien diese Kultur und Identität so schwach und verbraucht, dass wir ihnen nicht nachzutrauern bräuchten, sollten sie eines Tages verschwinden.

Noch einmal Bonnie Greer in der Sendung »Newsnight«: »Da gibt es immer dieses scheinbar sichere ausgesprochene oder unausgesprochene Argument, dass es eine britische Identität gebe. Ich finde das sehr interessant. Ich denke, es macht die Briten gerade großartig, dass sie keine so grundfeste Definition von Identität haben wie die Amerikaner.« Diese Erklärung wäre fast nirgendwo sonst in der Welt akzeptabel, insbesondere nicht von einem Einwanderer selbst: Eure Kultur war immer schon so, sie hat noch nie existiert. Wenn jemand das Gleiche in Greers Heimat Chicago von sich geben würde, wäre es nicht so höflich zur Kenntnis genommen worden wie in »Newsnight«.

Aber es gab noch schärfere Formulierungen in dieser Ära der Massenmigration. 2004 zeigte Channel 4 eine Dokumentation mit dem Titel »100 % English«. In diesem Film wurde eine Gruppe weißer Briten gezeigt, von denen klar angenommen wurde, sie seien Rassisten. Zu ihnen gehörte auch Margaret Thatchers loyaler Kabinettskollege Norman Tebbit. Man machte DNA-Tests bei ihnen und kam zum Schluss, dass sie tatsächlich »Ausländer« waren. Jedem der Betroffenen wurden die Ergebnisse triumphierend vorgelegt, nur um zur gleichen Schlussfolgerung zu gelangen: »Seht ihr, wir sind am Ende alle Ausländer. Also braucht ihr euch keine Sorgen um Einwanderung und nationale Identität zu machen.« Wahrscheinlich wäre niemand so unverschämt gewesen, so etwas mit einer anderen Bevölkerungsgruppe zu veranstalten. Aber offensichtlich gelten neuerdings für Briten und andere Europäer andere Verfahrensregeln. Das sind Methoden, um mit einer Veränderung, die nicht aufgehalten werden kann, umzugehen, indem man das Denken der Menschen in den betreffenden Ländern verändert.

Es gibt aber noch eine andere, wesentlich stärkere Behauptung. Sie besagt, dass diese Vernichtung genau das ist, was unsere Gesellschaft verdient. »Ist euch bewusst, was Weiße alles angestellt haben?«, wird man gefragt. »Und ihr Europäer in Besonderem? Ihr seid durch die ganze Welt gefahren, lebtet in fremden Ländern, plündertet sie aus und versuchtet, ihre eigene lokale Kultur vernichtet. Das ist die

Heimzahlung. Oder Karma.« Der Romanschriftsteller Will Self (zurzeit Professor für Gegenwartsdenken an der Brunel University in London) trug ebendiesen Angriff in der BBC vor, in der gleichen Woche, als die Ergebnisse der Volkszählung von 2011 veröffentlicht wurden. Während der wichtigsten Diskussions-Show des Senders, »Question Time«, erklärte er: »Bis zur Suezkrise waren die meisten davon überzeugt, dass Britischsein im Wesentlichen bedeutet, nach Übersee zu fahren, schwarze und braune Menschen zu unterwerfen, ihnen ihren Besitz und die Früchte ihrer Arbeit wegzunehmen. Das war der Kern der britischen Identität, das Britische Empire. Einige Angehörige der politischen Klasse haben neuerdings versucht, diese Idee wiederzubeleben – mit wenig Erfolg.«[33]

Lassen wir die Behauptung erst mal beiseite, dass irgendwer aus der politischen Klasse in den letzten Jahren versucht haben soll, das Britische Empire wiederzubeleben. In diesen Kommentaren kann man die unverhohlene und offene Stimme der Rache vernehmen. Sie überwindet rassische und religiöse Grenzen und kann sich gegen sich selbst oder andere richten. Sie besagt, dass Großbritannien jetzt beispiellos für die Taten der Geschichte bestraft werden muss. Wenn das auch nur teilweise die gegenwärtige Transformation erklärt, dann ist das, was wir durchmachen, kein Unfall oder pure Nachlässigkeit an den Grenzen, sondern ein kalter und willentlicher Akt von Sabotage. Von den Motiven mal abgesehen, muss die ultimative Frage gestellt werden, die unsere Politiker nur widerwillig stellen: Wie lange muss das so weitergehen? Ist ein Ende dieser Transformation abzusehen? Oder ist das erst der Anfang?

Die Volkszählung von 2011 wäre eine gute Gelegenheit gewesen, diese Fragen zu stellen. Doch sie wurde, wie alle anderen Gelegenheiten seit dem Zweiten Weltkrieg, als man die Debatte um die Migration hätte führen können, erbärmlich verpasst. Nicht nur, dass es keine Antworten gab, es wurden auch keine sachdienlichen Fragen gestellt. Zum Beispiel wurde bei aller Selbstzufriedenheit über die Entwicklungen niemals die Frage gestellt: Wenn die Tatsache, dass weiße Briten in ihrer eigenen Hauptstadt inzwischen eine Minderheit sind, tatsächlich eine Demonstration von Diversität ist (wie der Sprecher des Statistischen Amtes erklärte), bis zu welchem Punkt gilt das? Die Volkszählung zeigte ja gerade, dass es in manchen Bezirken Londons gar keine Diversität

mehr gibt. Nicht, weil es zu wenig Menschen mit Migrationshintergrund gibt, sondern weil dort zu wenig weiße Briten wohnen, um diese Bezirke divers zu machen.

Seit der Volkszählung von 2011 wuchs der Strom der Migranten immer noch weiter an. Der Unterschied zwischen den offiziellen und tatsächlichen Zahlen schwankt beachtlich. Ein Indiz dafür ist, dass, obwohl die Netto-Einwanderung jedes Jahr seit der Volkszählung mit weit über 300 000 angegeben wird, die Zahl der vergebenen Nationalen Versicherungsnummern (die für die Arbeitsaufnahme notwendig sind) mehr als doppelt so hoch ist. Der Bevölkerungszuwachs im Vereinigten Königreich geht ausschließlich auf die Einwanderung und die höhere Geburtenrate der Migranten zurück. 2014 stammten 27 Prozent aller Lebendgeburten in England und Wales von Frauen, die im Ausland geboren wurden. 33 Prozent der Neugeborenen hatten mindestens ein Migranten-Elternteil. Diese Zahl verdoppelte sich seit den 90er-Jahren.

Ohne weitere Steigerung bei der Zahl von Migranten wird selbst nach der zurückhaltenden Einschätzung des Statistischen Amtes die Bevölkerung Großbritanniens von heute 65 Millionen auf 70 Millionen innerhalb eines Jahrzehnts steigen, auf 77 Millionen bis 2050 und über 80 Millionen 2060.[34] Aber diese Hochrechnung beruht auf der Annahme, dass die Zahl der Migranten unter den gegenwärtigen Stand sinken würde. Würde sie jedoch auf dem Niveau seit 2011 bleiben, würde die britische Bevölkerung bereits 2040 auf über 80 Millionen steigen und auf 90 Millionen 2060 – was eine Steigerung von 50 Prozent seit 2011 bedeuten würde.

Demografische Vorhersagen sind freilich schwierig, es gibt viele Varianten, die falsche Ergebnisse hervorbringen können. Aber es gibt einen Konsens unter ernst zu nehmenden Statistikern, dass, selbst wenn sich die Migration nicht in dem Maße wie in den vergangenen Jahren fortsetzt, die demografische Zusammensetzung des Landes sich noch bedeutend ändern wird, und das schon zu Lebzeiten der Leser dieses Buches. David Coleman, Professor für Demografie an der Universität Oxford, hat zum Beispiel gezeigt, dass jene, die sich bei der Volkszählung 2011 als weiße Briten bezeichnet haben, 2060 nicht mehr die Mehrheit in Großbritannien bilden würden. Aber er betont auch, dass, falls das Tempo der gegenwärtigen Migration anhält oder sich gar

beschleunigt, dieser Zustand viel schneller erreicht werde, und zwar so schnell, dass schon »die gegenwärtigen Einwohner Großbritannien nicht mehr wiedererkennen werden«.[35]

Statt das gegenwärtige Niveau der Einwanderung zu feiern, wäre es womöglich sinnvoll, wenn die Feiernden präzisieren würden, welches Maß an »Diversität« sie anstrebten und was das optimale Verhältnis für sie wäre. Ist das Planziel 25 Prozent weiße Briten in London – oder im ganzen Land – in Ordnung? Oder sollen es lieber 10 Prozent sein? Oder überhaupt keine? Und eine letzte Frage, vielleicht die schwerwiegendste: In Anbetracht des Umfangs der Anklagen gegen sie dürften diese weißen Briten jemals berechtigte Argumente hervorbringen oder gar ihr Schicksal beklagen?

Ohne einen radikalen Plan von einer britischen Regierung zur Abwehr dieser Entwicklung ist kaum absehbar, wie der Trend aufzuhalten sein soll. Nicht nur, weil seit 70 Jahren keine der Regierungen imstande war, im Bereich Migration zutreffende Vorhersagen zu treffen, sondern auch, weil der Widerstand gegen einen solchen Plan enorm wäre. Kommen wir noch einmal auf Will Self zurück, der nach der Volkszählung von 2011 unter stürmischem Applaus in der BBC sagte: »Leute, die sich der Opposition gegen die Migration anschließen, sind in der Regel Rassisten (Applaus der Zuschauer) … Sie hegen eine Antipathie gegen Menschen mit brauner und schwarzer Hautfarbe.« Nachdem wir lange schon den Punkt erreicht haben, dass weißen Briten nur noch das Schweigen über die Veränderungen in ihrem Land übrig bleibt, scheint man inzwischen von ihnen zu erwarten, still und zufrieden sich selbst abzuschaffen, indem sie die Schläge hinnehmen und den Verlust ihres Landes akzeptieren. »Kommt darüber hinweg. Es ist nichts Neues. Ihr seid ein Nichts.«

Es ist unmöglich, die verblüffende Rachsucht zu übersehen, mit der die Probleme der Briten – und insbesondere die der weißen Arbeiter und Mittelschicht – durch Politiker und Experten behandelt werden. Vielleicht wird das »sich Ergeben und Hinnehmen« irgendwann mit einem unvorhersehbaren Nachspiel zu Ende gehen. Wenn jedoch in der Zwischenzeit ein Politiker versuchen sollte, dieser Möglichkeit zuvorzukommen und sich in Demut zu üben, dann wäre es ratsam, zum Ausgangspunkt zurückzukehren. Vergleichen wir nur die

Aussagen von so vielen Wählern aus der weißen Arbeiterschaft und der Mittelschicht, die in den letzten Jahren als Klischees herabgewürdigt wurden, mit den Erklärungen der Führer aller Mainstream-Parteien. Hatten denn diese verachteten weißen Wähler, egal, wie sie beleidigt und beschimpft wurden, nicht recht, als sie sagten, sie würden ihr Land verlieren? Egal, ob einer der Meinung ist, dass sie das nicht denken, nicht sagen oder nicht so sagen sollten, dass sie die Veränderungen mit mehr Bereitschaft hätten akzeptieren sollen: Halten wir doch für einen Moment inne und denken daran, dass die Stimmen, die fast alle dämonisiert und verworfen wurden, letzten Endes jene waren, deren Voraussagen den Realitäten am nächsten kamen.

KAPITEL 3
SELBSTRECHTFERTIGUNGEN

Seit Ende des 20. Jahrhunderts verfolgten die europäischen Regierungen die Politik der Massenmigration ohne öffentliche Unterstützung. Doch eine soziale Veränderung dieses Ausmaßes kann einer Gesellschaft gegen ihren Willen nicht aufgezwungen werden, außer man hat gute Argumente. Die den Europäern angebotenen Argumente sind teils moralischer, teils technokratischer Natur. Sie wechseln je nach Lage und politischer Opportunität. Hier einige der häufigsten Behauptungen: Migration dieses Ausmaßes bringe wirtschaftliche Vorteile für unsere Länder; wegen der »alternden Gesellschaft« sei mehr Migration notwendig; Migration bringe vielfältige Kulturen ins Land und mache es interessanter; und selbst wenn das alles nicht zutreffen sollte, die Globalisierung mache die Massenmigration unaufhaltsam.

Diese Rechtfertigungen sind miteinander verflochten und haben die Tendenz, austauschbar zu sein. Sollte man mit der einen scheitern, kann man gleich auf die andere zurückgreifen. Meistens kommt das ökonomische Argument als Erstes, aber ebenso gut kann das Moralische am Anfang stehen. Wenn Sie durch die Massenmigration nicht wohlhabender geworden sind, dann werden Sie wenigstens zu einem besseren Menschen. Wenn die Migration Ihr Land nicht zu einem besseren Ort macht, dann zumindest zu einem reicheren. Mit der Zeit haben all diese Argumente entsprechende Wirtschaftszweige produziert, in denen sich Menschen der Aufgabe widmen, deren Wahrheit zu untermauern. Jedes Mal kommen die Begründungen erst nach den Ereignissen, so, als habe man abschließende Rechtfertigungen für Ereignisse gesucht, die ohnehin eingetreten wären.

ÖKONOMIE

In den vergangenen Jahren ist zum Beispiel ein Forschungszweig entstanden, der beweisen soll, dass die in Europa stattgefundenen sozialen Veränderungen den Kontinent bedeutend reicher gemacht hätten. Tatsächlich trifft das genaue Gegenteil zu, wie jeder, der in einem Wohlfahrtsstaat des 21. Jahrhunderts lebt, am eigenen Leib erfahren hat. Nachdem sie ein ganzes Arbeitsleben lang in das System eingezahlt haben, wissen die berufstätigen Europäer, dass der moderne Wohlfahrtsstaat im Wesentlichen so funktioniert: Man kann gewisse Leistungen vom Staat erwarten (wenn man krank, arbeitslos oder alt wird), weil man während seines Arbeitslebens in das System eingezahlt hat. Es wird Menschen geben, die wenig eingezahlt haben, aber deren Kosten werden durch jene gedeckt, die wenig entnommen haben.

Es ist jedem einsichtig, dass eine Familie, die in ihrer Wahlheimat ankommt und niemals in das System eingezahlt hat, eine ziemlich lange Zeit brauchen wird, bis sie so viel Steuern gezahlt hat, wie sie dem System für Wohnung, Schulen, finanzielle Zuwendungen und andere Sozialleistungen des europäischen Wohlfahrtsstaates entnimmt. Ebenso wird es jedem einleuchten, der auf dem Arbeitsmarkt – vor allem auf dessen unterem Ende – zu Hause ist, dass ein einigermaßen geschlossener Arbeitsmarkt anders funktioniert als einer, der die Arbeitskräfte weltweit rekrutiert. Auch wenn es vom Gesichtspunkt eines Arbeitgebers ein offensichtlicher Vorteil ist, massenweise billige Arbeitskräfte zu importieren, ist es auf der anderen Seite ebenso offensichtlich, dass ein vollkommen offener Arbeitsmarkt dazu führt, dass am unteren Ende Arbeiter aus ihren Jobs verdrängt werden von Menschen, die aus Ländern mit viel niedrigeren Lebensstandards und Löhnen kommen und die deshalb bereit sind, für weniger Geld zu arbeiten.

Es gibt noch ein falsches Argument. Seit vielen Jahren herrscht Wohnungsnot im Vereinigten Königreich. Bedeutende Teile der Grüngürtel mussten geopfert werden, um den Mangel an Wohnraum zu lindern. 2016 hätten 240 000 neue Wohnungen gebaut werden müssen

– alle paar Minuten eine. Sicher, die Zahl der Einpersonenhaushalte ist gestiegen, aber das ist nicht allein der Grund, warum uns diese Zahl 240 000 als eine unumstößliche Lebenstatsache präsentiert wird. Die neuen Wohnungen müssen gebaut werden, um all die neuen Menschen unterzubringen, die jedes Jahr zu uns kommen. Angenommen, die Migrationsrate der letzten Jahre hält an, müsste im Vereinigten Königreich jedes Jahr eine Stadt der Größe von Liverpool gebaut werden. Aber natürlich kann der Neubau nicht mit der Nachfrage mithalten. Das Gleiche gilt für die Schulen. Dass Plätze in den Schulen fehlen, ist kein urbaner Mythos und keine Folge der wachsenden Geburtenrate bei jenen, die schon länger im Vereinigten Königreich leben. Es hat mit den Neuankömmlingen zu tun, die ihre Kinder in die Schule schicken müssen. Man schätzt, dass 2018 in 60 Prozent der Gemeinden Grundschulplätze fehlen werden. Der gleiche Mangel ist beim Nationalen Gesundheitssystem (National Health Service, NHS) entstanden, der allein für Übersetzer 20 Millionen Pfund im Jahr ausgibt, und in den anderen staatlichen Bereichen sieht es nicht anders aus.

Weil die Fakten so offenkundig sind, bedarf es konzentrierter Anstrengungen, um so zu tun, als stimmten sie nicht. Ein Beispiel dafür ist ein Bericht, sozusagen das Gründungsdokument der Massenmigration unter der Blair-Regierung. »Migration: Eine ökonomische und soziale Analyse« wurde 2000 fertiggestellt, es ist ein gemeinsames Produkt der Economics and Resource Analysis Unit des Innenministeriums und der Performance and Innovation Unit der Regierung – von Organisationen, deren Namen schon geeignet sind, die Gegner einzuschläfern. Die Mitarbeiter beider Einheiten waren dafür bekannt, dass sie die Massenmigration unterstützten. Sie hatten die offensichtliche Aufgabe, den »intellektuellen Überbau« zu liefern, mit dem die Minister ihre schon bestehenden Ansichten unterfüttern konnten.[36]

In diesem zukunftsweisenden Bericht stand, dass Migranten »generell einen geringen Einfluss auf die nationalen Löhne und die Beschäftigung haben«. Eine Methode dabei war, außergewöhnliche Migranten vorzustellen und dabei zu behaupten, sie seien die Regel. Oder einfach nur darauf zu bestehen, es gebe kaum Beweise dafür, dass »einheimische Arbeiter durch die Migration geschädigt worden seien«.

Und weiter: »Unternehmertum und Eigenständigkeit scheinen hoch zu sein (unter Migranten im Vereinigten Königreich höher als sonst in Europa). Die Zeitung *Le Figaro* schätzte zum Beispiel, dass seit 1995 etwa 150 000 Unternehmer nach Großbritannien umgesiedelt seien, unter anderem wegen besserer Transportwege durch den Eurotunnel. Dazu gehörten Internet- und sonstige Hightech-Unternehmen. Ein Unternehmen, das vorgestellt wurde, ist eine Computer-Design-Firma, die nach Ashford in Kent umgezogen ist.«

Es zeugt schon von einem hohen Maß an Verlogenheit, wenn nach Jahrzehnten der Einwanderung aus der Dritten Welt ein französisches Hightech-Unternehmen als typischer Fall von Migration vorgestellt wird. Die meisten Menschen, die seit dem Zweiten Weltkrieg nach Großbritannien kamen, waren kaum gebildete aus armen Gesellschaften: Das genau war der Grund, warum sie hier ein besseres Leben suchten. Auch wenn sie irgendeine Qualifikation besaßen, zeigte sich bald, dass sie nicht mit den einheimischen gleichwertig war, und so mussten auch diese Menschen ganz unten in ihrem Beruf anfangen. Es bestand eine einzige Möglichkeit zu beweisen, dass Migranten nicht nur im gleichen Maße zur Gesellschaft beitragen wie jene, die bereits in Großbritannien arbeiten und Steuern zahlen, sondern sogar in höherem Maße: Man stellte sie als hoch qualifizierte Individuen mit hohem Netto-Wert aus Erste-Welt-Ländern dar. Das Klischee vom »durchschnittlichen Migranten«, der ein wirtschaftlicher Segen für das Land ist, funktioniert nur, wenn solche Ausnahmen als die Regel dargestellt werden.

Alle Versuche, die Vorteile der Migration ökonomisch zu begründen, beruhen auf diesem Trick. Er wurde unter anderem von EU-Kommissarin Cecilia Malmström und dem EU-Abgeordneten Peter Sutherland benutzt. In einem gemeinsamen Artikel von 2012 erklärten sie, dass, solange Europa seine Grenzen für die Massenmigration nicht öffne, »all die Unternehmer, Migranten mit akademischen Abschlüssen in Länder wie Brasilien, Südafrika, Indonesien, Mexiko, China und Indien strömen und so Europa zu einer verarmenden Region machen werden«.[37]

Eine der wenigen Studien über dieses Thema kommt vom Centre for Research and Analysis of Migration an der University College London (UCL). Sie wurde sehr häufig zitiert. 2013 veröffentlichte das

Zentrum ein Arbeitspapier mit dem Titel »Die finanziellen Auswirkungen der Einwanderung auf das Vereinigte Königreich«. Dieses Arbeitspapier – also kein fertiger Bericht – wurde in den Medien besonders häufig dargestellt. Die BBC zeigte die Geschichte als Aufmacher mit dem Titel: »Die neuerlich angekommenen Migranten leisten leisten einen ›Netto-Beitrag‹«. Der Film behauptete, dass die »neuerlich angekommenen Migranten« nicht etwa für Abflüsse aus dem staatlichen Sozialsystem verantwortlich seien, sondern vielmehr »bemerkenswert stark« zu ihm beigetragen hätten.[38] Die nationalen Medien folgten der eigenen positiven Presseerklärung des UCL und konzentrierten sich auf die Behauptung, dass »die letzte Welle der Einwanderer – das heißt jene, die seit 2000 im Vereinigten Königreich ankamen und die Treiber des starken Bevölkerungswachstums waren – viel mehr Steuern bezahlt als soziale Zuwendungen erhalten haben«.[39]

An anderer Stelle im Arbeitspapier wurde behauptet, die Einwanderer seien weit davon entfernt, eine finanzielle Last für den Steuerzahler zu sein, es sei sogar »weniger wahrscheinlich«, dass sie zu einer Belastung für den Staat würden als die Menschen ihres Ankunftslandes. Ebenso wurde behauptet, dass die unlängst eingewanderten seltener Sozialwohnungen beanspruchten und um 45 Prozent seltener staatliche Hilfen und Steuernachlässe erhielten. Sicherlich fragten sich einige, nachdem sie diese Behauptungen hörten, wie die Somalier, Pakistaner und Bangladeschi es geschafft haben, dem Schatzamt so viel Geld zukommen zu lassen. Die Studie behalf sich mit dem üblichen Trick, die wohlhabendsten und am wenigsten kulturfremden Migranten als typisch darzustellen. Die UCL-Studie konzentrierte sich auf die am »höchsten qualifizierten Migranten«, vor allem auf die Einwanderer aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (die EU plus Norwegen, Island und Lichtenstein). Ins Zentrum der Argumentation rückte so die Feststellung, dass diese Menschen 34 Prozent mehr Steuern zahlten, als sie in Form von Sozialleistungen erhielten, während britische Einheimische 11 Prozent weniger Steuern zahlten, als sie Sozialleistungen bekamen. Plötzlich wurde jeder, der die finanziellen Vorteile der Migration in Zweifel zog, zum Gegner der in Großbritannien arbeitenden wohlhabenden Liechtensteiner.

Doch wenn man sich in dieses Arbeitspapier vertiefte, musste man feststellen, dass die Realität eine vollkommen andere war, als die Medien

und selbst die Universität uns weismachen wollten. Obwohl die eigenen Schätzungen der UCL besagten, dass »unlängst aus dem Europäischen Wirtschaftsraum Eingewanderte zwischen 2001 und 2011 mit 22 Milliarden Pfund zur Wirtschaft des Vereinigten Königreiches beitrugen«, waren die finanziellen Auswirkungen aller Migranten aus allen Herkunftsländern zusammengenommen vollkommen andere. Tatsächlich konnten nur über die aus dem Europäischen Wirtschaftsraum unlängst Eingewanderten solch positive Behauptungen aufgestellt werden. Wenn man sich vom angedichteten Spin löst, zeigt die UCL-Untersuchung, dass Migranten, die nicht aus dem Europäischen Wirtschaftsraum stammen, etwa 95 Milliarden Pfund mehr Sozialleistungen erhielten, als sie an Steuern eingezahlt hatten. Wenn man die Periode zwischen 1995 und 2011 zur Grundlage nimmt und alle Migranten zusammengenommen betrachtet (und nicht nur die zweckdienliche hoch qualifizierte Auswahl), dann haben diese nach den eigenen Untersuchungen des ULC bedeutend mehr entnommen, als sie eingezahlt haben. Mit anderen Worten: Die Migration hat das Land in dem besagten Zeitraum erheblich ärmer gemacht.

Nachdem Kritik an der Methodologie, der Richtung und am Vertuschen von entscheidenden Daten aufgekommen war, veröffentlichte der UCL eine vollendete Fassung der Studie. Selbst wenn man nur die UCL-eigenen Daten zu dem Zeitpunkt berücksichtigte, waren die Ergebnisse noch schwerwiegender. Der vollständige Bericht zeigte, dass die frühere Angabe über 95 Milliarden die Kosten der Migration weit unterschätzte. Tatsächlich haben die Migranten das Vereinigte Königreich zwischen 1995 und 2011 mehr als 114 Milliarden Pfund gekostet, die endgültige Summe dürfte sogar auf 159 Milliarden Pfund steigen. Es muss gar nicht erst hinzugefügt werden, dass die Nachricht, die Migration habe Großbritannien mehr als 100 Milliarden Pfund gekostet, keine Schlagzeilen gemacht hat, und in keinem Nachrichtenblatt stand ein Artikel mit der Überschrift: »Unlängst Eingewanderte kosteten die britischen Steuerzahler mehr als 100 Milliarden Pfund«. Wie auch, wenn die entscheidenden Untersuchungsergebnisse es nicht einmal in die Zusammenfassung der Publikation schafften, die sie entdeckt hatte?[40]

Wenn es um die Migration geht, gelten die gleichen Regeln der Beweisführung und die gleichen Prozesse der Strukturanalyse wie sonst

überall auch. Wegen des Regierungsberichts des Jahres 2000 wandte sich die britische Regierung an zwei Wissenschaftler, Sarah Spencer und Jonathan Portes, die beide für ihre migrationsfreundlichen Ansichten bekannt waren, um die Bestätigung für ihre Politik zu erhalten. Für diese Arbeit galten die sonst strengen akademischen Regeln nicht. Welche Behauptung auch immer erwünscht war, ein »Beweis« für ihre Richtigkeit fand sich immer. Wenn dagegen unerwünschte Umstände aufkamen, fand man dafür »keinen Beweis« oder nur »Einzelberichte«. Es gab zum Beispiel nur »Einzelberichte« darüber, dass »eine hohe Konzentration von Migrantenkindern, die Englisch nicht als Hauptsprache beherrschen, zu großem Druck auf die Schulen« und »ein wenig Besorgnis unter den Eltern« führt. Dabei handelte es sich nicht nur um einige »Einzelberichte«, sondern vielmehr um »Erzählungen«, vorgetragen von »einigen«. Das erklärt auch, warum die Massenmigration angeblich »nur theoretisch« den Druck auf den Wohnungsmarkt, den Personentransport und andere Teile der Infrastruktur durch Übervölkerung und Überlastung verstärken könnte. Es soll suggeriert werden, dass die Realität eine völlig andere sei. Wie konnte nur jemand auf die Idee kommen, dass mit dem Zustrom von Menschen mehr Wohnungen notwendig seien?

Aber diese Befunde sind nicht weiter erstaunlich bei Autoren, deren Vorgeschichte zeigt, dass sie die Massenmigration als ein Gut an und für sich unterstützen. Doch während sich ihre Arbeit als ökonomische Analyse der Vorteile der Migration präsentierte, war sie in Wahrheit nicht nur ein Bauplan des sozialen Wandels, sondern auch der Cheerleader dafür. Eines der Argumente für die Massenmigration war, dass »Migrantenkinder eine größere Diversität in die Schulen des Vereinigten Königreichs« bringen würden. Auch die möglichen Sorgen britischer Arbeiter wurden ähnlich beiseitegeschoben. Zum Beispiel fand man »kaum Belege dafür, dass einheimische Arbeiter durch die Massenmigration Schaden nehmen würden«. Tatsächlich würden »Migranten keinen Einfluss auf die Job-Aussichten der Einheimischen haben«.

Die Regierungsverbindungen von Persönlichkeiten vom Rande der akademischen Welt wie Spencer und Portes verliehen der Argumentation nicht nur die Fassade der Seriosität, sondern auch den Stempel des Offiziellen. Nachdem die Publikation veröffentlicht worden

war, hatten Minister wie Roche etwas in der Hand, wenn sie darauf insistierten, dass die Massenmigration statt Problemen ungetrübte wirtschaftliche Vorteile bringen würde. Und wenn sich jetzt noch jemand wunderte, wie unter der Labour-Regierung die Einwanderung solche Ausmaße annehmen konnte, so ist eine der Erklärungen, dass sie durch Studien wie diese angefeuert wurde.

Was immer auch die anderen Vorteile der Migration sein mögen, Tatsache ist, dass die wirtschaftlichen Vorteile allein bei dem Migranten selbst liegen. Es sind die Migranten, die öffentliche Dienstleistungen nutzen, an deren Kosten sie sich vorher nicht beteiligt haben. Es sind die Migranten, die von Löhnen profitieren, die höher sind als in ihren Herkunftsländern. Außerdem verschicken sie sehr häufig das Geld, das sie verdienen – oder mindestens Teile davon –, an ihre Familien außerhalb Großbritanniens, statt es in die einheimische Wirtschaft zurückfließen zu lassen. Jene Medien, die sich für das Argument starkmachen, die Massenmigration würde alle reicher machen und wir alle auf der Flut von Reichtum mitschwimmen, die von den Migranten erzeugt wird, vergessen eine entscheidende Sache: Selbst wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes wächst – was zwangsläufig eintritt, wenn die Zahl der arbeitenden Menschen wächst –, bedeutet das noch lange nicht, dass Individuen davon profitieren. Nur das BIP pro Kopf kann das anzeigen. Und es gibt keinen Beweis dafür, dass die Massenmigration das BIP pro Kopf vergrößert hätte. Deshalb suchen die Anwälte der Massenmigration bei anderen Argumenten Zuflucht, nachdem sie in diesem Thema verloren haben.

ALTERNDE BEVÖLKERUNG

Das zweite Argument besagt, dass die Europäer immer älter werden und deshalb mehr Menschen einwandern müssten. Andernfalls werde es in unserer Gesellschaft nicht genügend junge Leute geben, um den Älteren ihren Lebensstandard zu erhalten.

Dieses Argument kommt wieder einmal von der EU-Kommissarin Cecilia Malmström und dem EU-Abgeordneten Peter Sutherland – beide internationale Autoritäten und Befürworter der Masseneinwanderung. 2012 behaupteten sie, »die alternde europäische Bevölkerung ist in der Geschichte beispiellos. Die Zahl der Arbeitskräfte wird dramatisch sinken und könnte sich um fast ein Drittel bis zur Mitte des Jahrhunderts verringern, was ungeheure Konsequenzen für das europäische Sozialmodell, für die Vitalität der europäischen Städte, die Fähigkeit zu Innovation und Wettbewerb und für die Beziehungen unter den Generationen haben wird, da die Alten stark auf die Jungen angewiesen sein werden. Und während die Geschichte uns lehrt, dass Länder, die die Energie und Lebendigkeit der Neuankömmlinge begrüßen, im internationalen Wettbewerb am besten abschneiden, bewegt sich Europa in die entgegengesetzte Richtung und verstärkt den Schutz seiner Grenzen.«[41] Die beste Antwort auf diese Herausforderung sei – schließen die beiden –, die nächste Generation aus dem Ausland zu importieren. Bevor wir feststellen, warum das ein schlechtes Argument ist, sollten wir anerkennen, dass ein kleiner Kern von Wahrheit darin steckt.

Wenn die Bevölkerung eines Landes auf einem stabilen Niveau bleiben soll, muss sie eine Fertilitätsrate von etwa 2,1 haben. Das heißt, um das langfristige Bevölkerungsniveau zu halten, müssten jeweils zwei Menschen 2,1 Kinder haben. In den vergangenen Jahren ist die Rate in ganz Europa unter dieses Niveau gefallen. Zum Beispiel lag sie in Portugal 2014 nur bei 1,23, ein Faktor, bei dem sich die Bevölkerung in der nächsten Generation halbieren würde. Zur Zeit der Jahrtausendwende hat die Fertilitätsrate in keinem europäischen Land

das entscheidende Niveau von 2,1 erreicht, insbesondere Deutschland lag mit 1,38 deutlich darunter.[42]

Interessanterweise gab es eine Zeit, da im Westen linke Parteien und insbesondere die Grünen genau für diese Entwicklung warben, um die Bevölkerungsexplosion aufzuhalten. Sie empfahlen zum Beispiel – und das trotz der abstoßenden Konnotation mit den chinesischen Zwangsmaßnahmen, um genau diese Politik durchzusetzen –, dass jedes Paar nur ein Kind haben solle, um eine »optimale Bevölkerungsgröße« zu erreichen. Man erwartete, dass dabei die entwickelten Länder die Vorreiter sein würden. Es fiel nicht weiter auf, dass die grünen Parteien, sobald die Migrationswelle aus den Ländern der Dritten Welt nach Europa anschwoll, aufhörten, für irgendwelche Obergrenzen oder Einschränkungen der Fortpflanzung zu argumentieren. Während sie die weißen Europäer ermutigten, sich nicht mehr fortzupflanzen, waren sie gegenüber dunkelhäutigen Migranten erheblich zurückhaltender. Nichtsdestotrotz ist die Idee, die Europäer hätten nicht genug Kinder und müssten infolgedessen sicherstellen, dass die nächste Generation durch Migranten aufgefüllt werde, ein katastrophaler Trugschluss, und das aus mehreren Gründen.

Der erste besteht darin zu glauben, die Bevölkerung eines Landes müsse immer gleich groß bleiben oder sogar immer größer werden. Zu den europäischen Nationalstaaten gehören einige der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde überhaupt. Es leuchtet nicht ein, dass sich die Lebensqualität in diesen Ländern durch eine wachsende Bevölkerung verbessern würde. Hinzu kommt die Tendenz der neu hinzukommenden Migranten, in die großen Städte und nicht in die dünn besiedelten Gebiete zu ziehen. Unter den europäischen Staaten gehört Großbritannien zusammen mit Belgien und den Niederlanden zu den am dichtesten besiedelten Ländern. England allein ist das am zweitdichtesten bevölkerte Gebiet in Europa.[43] Migranten hegen nicht den Wunsch, sich auf der schottischen Hochebene oder in der Wildnis von Dartmoor niederzulassen. Die ständig weiter anwachsende Bevölkerung führt zu Problemen in genau jenen Gebieten, wo ohnehin schon Wohnungsknappheit herrscht und der öffentliche Nahverkehr unter der Last der schnell wachsenden Bevölkerung zusammenzubrechen droht. Wenn sich jemand Sorgen um die Lebensqualität in Europa machen sollte, so müsste er sich darüber

Gedanken machen, wie die Bevölkerung zu reduzieren wäre, und nicht noch zu deren Wachstum beitragen.

Nehmen wir einmal an, wir brauchten die Migration, um das Bevölkerungsniveau halten zu können. Wenn man sich darüber einig ist, dass in einem bestimmten Land ein stabiles oder leicht steigendes Bevölkerungsniveau gewünscht ist, wäre es bestimmt angemessener, zuerst darüber nachzudenken, warum die Menschen im eigenen Land gegenwärtig nicht genug Kinder bekommen. Ist es, weil sie sie nicht haben wollen? Oder wollen sie sie nicht, weil sie sie nicht haben können? Sollte Letzteres zutreffen, müsste man die Regierung fragen, ob sie was tun könnte, um eine Situation zu schaffen, in der die Menschen die Kinder bekommen können, die sie gerne hätten.

Die Tatsachen in den meisten Ländern – das Vereinigte Königreich inbegriffen – zeigen, dass der Grund für das niedrige Reproduktionsniveau nicht der fehlende Wunsch nach Kindern ist. Die Zahlen beweisen das genaue Gegenteil. 2002, während Migrationsexplosion unter Labour, zeigte eine Bevölkerungsstudie des Statistischen Amtes ONS, dass nur 8 Prozent der britischen Frauen keine Kinder wünschten und 4 Prozent nur ein Kind haben wollten. Der häufigste Wunsch war zwei Kinder (55 Prozent), weitere 14 Prozent wollten drei Kinder, 14 Prozent vier und 5 Prozent fünf oder mehr. Wenn man sich eine Gesellschaft wünscht, die stabil ist oder nur leicht wächst, würden die erfüllten Kinderwünsche auch für die 8 Prozent Frauen reichen, die keine Kinder wollten.[44]

Warum haben Europäer zu wenig Kinder? Diese Frage wurde bereits untersucht, und zwar sowohl vom biologischen als auch vom soziologischen Gesichtspunkt her. Doch es fehlt eine Tatsache, die vielen Europäern bekannt sein dürfte. Ein Paar mit durchschnittlichem Einkommen macht sich Sorgen darüber, wie es sich auch nur ein Kind leisten könnte. Dazu gehört der Verlust eines Haushaltseinkommens für mindestens ein Jahr. Zwei Kinder erwecken noch mehr Sorgen und Kopfzerbrechen. Fast jeder kennt ein Paar, bei dem beide gute Jobs haben und sie sich trotzdem niemals in der Lage sehen, ein drittes Kind zu bekommen. Tatsächlich haben zurzeit nur drei Typen von Familien drei Kinder oder mehr: die sehr reichen, die armen und die unlängst eingewanderten – insbesondere jene, die aus Dritte-Welt-Ländern kamen. Denn jede Zuwendung vom europäischen Wohlfahrtsstaat ist

besser als das, was sie in ihren Herkunftsländern gehabt haben. Währenddessen sorgen sich einheimische Europäer wegen der Konkurrenz um die Plätze in den Schulen und um die Wohnungsnot, die die Häuserpreise nach oben treiben. Wie soll man sich da ein Kind leisten, geschweige denn drei? Es könnte sogar vorkommen, dass im Gegensatz zu Spencer und Portes einige Eltern das hohe Maß an »Diversität« in den lokalen Schulen nicht besonders schätzen und sich wünschen, ihre Kinder würden unter Menschen mit ähnlichem kulturellen Hintergrund unterrichtet werden. Das bedeutet vor allem für jene Eltern, die in den Innenstädten oder in städtischen Vororten wohnen, dass sie sich darüber Sorgen machen werden, ob sie sich ein Haus in einer Mittelschichts-Wohngegend werden leisten können, um ihr Kind im Einzugsgebiet einer weniger »diversen« Schule großzuziehen. Wenn sie ihr Kind nicht so großziehen können, wie sie es möchten, werden sich die Menschen dagegen entscheiden, so viele Kinder zu bekommen, wie sie es sich eigentlich wünschen.

Wenn die Menschen optimistisch in die Zukunft schauen, tendieren sie dazu, auch das Kinderbekommen optimistisch zu sehen. Wenn sie jedoch eine Zukunft voller ethnischer und religiöser Zersplitterung sehen, werden sie es sich zweimal überlegen, Kinder in diese Welt zu setzen. Wenn die europäischen Regierungen sich solche Sorgen um den Rückgang der Bevölkerungen machen, dass sie erwägen, Bevölkerungen mit einer höheren Reproduktionsrate aus anderen Weltgegenden zu importieren, wäre es dann nicht sinnvoller, zuerst Maßnahmen zu ergreifen, die die eigene Bevölkerung ermutigen, mehr Kinder zu zeugen? In Polen beispielsweise hat die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in den letzten Jahren das Kindergeld angehoben und damit versucht, die nationale Geburtenrate zu erhöhen, um auf keinen Fall von der Migration abhängig zu sein. Zumindest sollten Regierungen untersuchen, ob sie zurzeit nicht Dinge tun, die die Lage noch verschlimmern.

Dann ist da noch das Problem der alternden Gesellschaft. Es trifft zu, dass die Menschen in Europa länger leben als jemals zuvor, und die nächste Generation wird noch länger leben, es sei denn, ein größerer Krieg oder eine Seuche finden statt. Und obwohl ein längeres Leben oft als eine fürchterliche Last, ja als eine Plage für die Gesellschaft beschrieben wird, sollten wir uns doch bewusst machen, dass es für die

meisten Individuen etwas sehr Positives ist. Es hat auch eine Reihe von Vorteilen für die ganze Gesellschaft, nicht zuletzt die, dem kulturellen Jugendwahn mit der Erfahrung des Alters zu begegnen. Der Fluch der alternden Gesellschaft ist nur dann einer, wenn er so dargestellt wird. Doch selbst wenn man der Meinung ist, Langlebigkeit sei ein Fluch für die Gesellschaft, gibt es viele Dinge, die man tun kann, bevor man sich entscheidet, die nächste Generation von einem fremden Kontinent zu importieren.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lebten die Menschen noch ein paar Jahre, nachdem sie sich in den Ruhestand verabschiedet hatten. Heute können sie erwarten, noch ein paar Jahrzehnte zu leben. Die offenkundige Lösung für diese wirtschaftliche Herausforderung besteht darin, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, damit die Rentner nicht mehr an Renten und Gesundheitskosten für sich beanspruchen, als sie während ihrer aktiven Zeit eingezahlt haben. In einigen Ländern geschieht das. Zum Beispiel ist das Renteneintrittsalter in Großbritannien zwischen 2004 und 2010 um ein Jahr gestiegen (63–64 für Männer, 61–62 für Frauen).[45] Zugegeben, dies ist weder einfach noch ein freiwilliger Prozess. Nach der Finanzkrise 2008 und den darauffolgenden Krisen der Eurozone wurde das Renteneintrittsalter in Griechenland erhöht. Bis dahin durften Mitglieder etlicher, zugegeben etwas exzentrisch ausgewählter Berufsgruppen (Friseure, Radiosprecher, Posaunisten) mit um die 50 in Rente gehen. Als die wirtschaftlichen Realitäten zuschlugen, wurde das Renteneintrittsalter angehoben. Aber es kann natürlich immer vorkommen, dass sich Regierungen auf der Suche nach billiger Popularität weigern, sich der ökonomischen Realität zu beugen. 2010 erhöhte Präsident Nicolas Sarkozy trotz scharfer Opposition das Renteneintrittsalter von 60 auf 62 Jahren. Zwei Jahre später setzte es sein Nachfolger François Hollande wieder zurück auf 60.

Es wird immer Protest gegen die Idee geben, bis über 60 zu arbeiten. Aber vielleicht denken einige, dass es besser ist, in einer ihnen vertrauten Gesellschaft länger zu arbeiten, als in einer fremd gewordenen zu sterben. Auch wenn häufig behauptet wird, für ältere Arbeitskräfte gebe es keine Arbeit, sollte man ernsthaft überlegen, wie die Wirtschaft so umgestaltet werden kann, dass die Produktivität der ergrauenden Mitarbeiter verbessert wird. 2012 sagte Angela Merkel

kurz und bündig: »Wenn Europa heute 7 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, etwa 25 Prozent des weltweiten BIP produziert, aber 50 Prozent der weltweiten sozialen Ausgaben finanzieren muss, dann ist es offenkundig, dass sehr hart gearbeitet werden muss, um seinen Wohlstand und seine Lebensweise aufrechterhalten zu können. Wir alle müssen aufhören, jedes Jahr mehr auszugeben, als wir verdienen.«[46]

Es gibt darauf ein weites Spektrum von Antworten, und keine ist einfach. Aber die unnötig komplexeste von allen ist der Import einer gewaltigen Menschenmasse, um die Arbeitskräfte der nächsten Generation zu bilden. Erstens, weil es bei diesem Vorgehen sehr viele unvorhersehbare Faktoren gibt. Die Geschichte der Einwanderung nach Europa seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt, dass Menschen nicht tun, was man von ihnen erwartet. Auch wenn die europäischen Regierungen so tun, als wüssten sie, wie die nächste Generation von Migranten zu den nationalen Ökonomien beitragen werde, so gibt es keine Beweise dafür, dass sie dieses Mal richtigliegen. Außerdem gibt es vorhersagbare Faktoren, die bisher vollständig vernachlässigt wurden, zum Beispiel, dass auch die Migranten alt werden. Es mag für manch einen Politiker, der heute die vielen jungen Migranten sieht, überraschend sein, aber damit wird das Problem der alternden Gesellschaft nicht gelöst. Auch die Migranten werden eines Tages ergrauen und dann – zu Recht – die gleiche Behandlung erwarten wie alle anderen auch. Die logische Schlussfolgerung ist, dass die kurzfristige Lösung ein noch größeres Problem für die Zukunft zu werden verspricht, weil sie den fortdauernden Import von immer größer werdenden Kontingenten von Migranten erforderlich macht, um – wie in einem Pyramidenschema – immer mehr Menschen die Lebensweise zu ermöglichen, an die sie sich gewöhnt haben.

Gleichzeitig hören wir aus allen europäischen Ländern, dass es Jobs gebe, die junge Europäer nicht machen wollten. Wo das zutrifft, ist es eine Konsequenz eines Wohlfahrtssystems, das es in manchen Situationen sinnvoller erscheinen lässt, lieber nicht zu arbeiten, als einen schlecht bezahlten Job anzunehmen. Das ist aber auch eine Folge dessen, dass junge Leute ein hohes Bildungsniveau haben und deshalb offensichtlich auf profane und wenig glanzvolle Tätigkeiten herabschauen. Dieses Sozialverhalten ist außerordentlich verbreitet. Deshalb wird vorgeschlagen, dass wir Menschen importieren, um die

Regale von Supermärkten aufzufüllen, um nur eine Tätigkeit zu nennen, die zum Symbol für extrem unattraktiv gewordene Jobs geworden ist. Während der britischen EU-Debatte erklärte ein EU-Anhänger und Millionär, die Migration nach Großbritannien sei notwendig, weil er nicht wolle, dass seine Tochter »Kartoffeln ernten« muss.[47] Mal abgesehen von der rassistischen Andeutung, wir seien für gewisse Arbeiten zu gut, während andere für sie besonders geeignet seien, sollten wir uns die Frage stellen, warum junge Menschen glauben, für solche Aufgaben zu fein zu sein. Auch sollten wir uns fragen, ob wir diese Haltung richtig finden. Es gibt in Europa überall junge Menschen, die arbeitslos sind. Etliche unter ihnen haben für hoch qualifizierte Tätigkeiten nicht die nötigen Fähigkeiten. Warum also Menschen für ungelernte Arbeiten importieren, wenn wir selbst so viele potenzielle ungelernte Arbeiter haben?

Manchmal wird die Massenmigration befürwortet, weil sie angeblich gut für die Rentner sei, manchmal auch, weil sie angeblich die jungen Menschen dabei unterstütze, nicht die Arbeiten verrichten zu müssen, die sie nicht mögen. Doch würde man den beiden Argumenten folgen, würde das mit jedem Jahr, das vergeht, zu noch größeren Problemen führen, weil noch mehr ältere Menschen Unterstützung brauchen und noch weniger junge Menschen arbeiten werden. Europa hat sich an diese Lage gewöhnt, und je mehr Zeit vergeht, umso schwieriger wird es, diese Gewohnheit abzulegen.

DIVERSITÄT

Mit das Erstaunlichste an den Argumenten für die Massenmigration nach Europa ist, dass sie so leicht austauschbar sind. Sobald die ökonomischen Vorteile der Massenmigration kurz widerlegt wurden, kommen die moralischen oder kulturellen Argumente. Ohne irgendwelche Konzessionen zu machen, taucht folgende Position auf: »Nehmen wir einmal an, dass uns die Massenmigration finanziell nicht wohlhabender macht. Das macht aber nichts, weil sie uns in anderer Weise bereichert. Und selbst wenn sie uns finanziell ärmer macht, was wir an ökonomischen Vorteilen verlieren, gewinnen wir an kulturellen Vorteilen.«

Dieses Argument geht davon aus, dass europäische Gesellschaften ein bisschen langweilig und farblos sind. Würde man dieses Urteil über andere Gesellschaften fällen, würde es nicht sehr freundlich aufgenommen werden. Sie unterstellt, dass andere Gesellschaften in der restlichen Welt keine Massenmigration aus anderen Kulturen brauchten, um verbessert zu werden, die europäischen jedoch durchaus, und deshalb zögen sie besondere Vorteile von solchen Bewegungen. Es ist, als gebe es ein Loch im Herzen von Europa, das gefüllt werden müsse, und sollte das nicht geschehen, stünden wir alle viel ärmer da. Neue Menschen brächten andere Kulturen, Haltungen und Sprachen mit und natürlich auch die endlos zitierte und gelobte neue und aufregende Küche.

Wie jedes Argument für die Massenmigration enthält auch dieses ein Körnchen Wahrheit. Zwar gibt es in Europa viele Sprachen, Kulturen und regionale Gerichte, aber wer möchte nicht mehr über die Welt und ihre Kulturen erfahren? Und wenn eine Kultur nichts vom Rest der Welt wissen möchte, würde sie nicht dadurch ärmer werden? Trotzdem beruht diese Behauptung auf einer Reihe von Trugschlüssen. Zum einen ist der beste Weg, die Welt und ihre Kulturen kennenzulernen, sie selbst zu bereisen und nicht die Welt nach Europa einzuladen und dann zum Bleiben zu ermuntern. Die zweite falsche Behauptung ist, dass der Wert der Migranten im gleichen Maße wie

ihre Zahl steige. Wenn also eine Person aus einem völlig anderen Kulturkreis in der Stadt ankommt, dann gewinnt die Stadt von ihrer Kultur, und wenn eine weitere Person ankommt, dann profitiert die Stadt doppelt und so weiter mit der Ankunft jeder weiteren Person. Doch die Vorteile, neue Kulturen kennenzulernen, steigt nicht automatisch mit der Zahl der Menschen aus der betreffenden Kultur. Essen ist einer dieser Vorteile, die in fast peinlicher Weise immer wiederholt werden. Aber wenn wir nur dieses eine Beispiel nehmen: Die Freude an türkischem Essen wird nicht Jahr für Jahr größer, je mehr Türken ins Land strömen. 100 000 zusätzliche Somalier, Eritreer oder Pakistanis, die nach Europa kommen, vergrößern die daraus resultierende kulturelle Bereicherung nicht 100 000 Mal. Es könnte sein, dass Europa schon genug von ihrer Küche gelernt hat und ausreichend bereichert wurde, und um indisches Essen weiterhin genießen zu können, ist es keineswegs notwendig, noch mehr Inder in unser Land zu lassen. Wenn es stimmt, dass Diversität an und für sich eine gute Sache ist, gibt es keine Erklärung dafür, warum die Migration in allen betroffenen Ländern überwiegend aus einer kleinen Gruppe von Ländern kommt. Wenn man wirklich aktiv hätte die Diversität vorantreiben wollen, hätte man in Europa nach den ersten Jahrzehnten der Massenmigration nach Menschen Ausschau halten müssen, die nicht nur aus den früheren Kolonien kommen, sondern aus Ländern, die niemals Kolonien waren und über die ein echter Mangel an Wissen vorhanden ist.

Hinter dem Bestehen darauf, Diversität sei an und für sich ein Gut, liegt allerdings eine andere Idee, die womöglich nicht ganz so präsentabel ist. Obwohl das Dokument von New Labour aus dem Jahre 2000 eine Wirtschaftsanalyse sein sollte, war es der soziale Aspekt der Migration, der einen ihrer Autoren besonders interessierte. In einem Buch mit dem Titel *Strangers and Citizens: A Positive Approach to Migrants and Refugees,* das Sarah Spencer vom Zentrum für Migrationspolitik und Gesellschaft in Oxford 1994 herausgegeben hatte, schrieb sie: »Die Zeiten, als der Besitz der britischen Nationalität auf der Vorstellung von Loyalität beruhte, sind vorbei.«[48] An anderer Stelle behaupten sie und ihre Koautoren, der Nationalstaat habe sich geändert und der moderne Staat sei »eine offene und formale Assoziation geworden, die verschiedene Lebensweisen ermögliche«, und die

Migrationspolitik müsse »auch gesehen werden … als ein Instrument, die kulturelle Diversität des Landes zu bereichern«.[49] Ein Jahr später zitierte Sarah Spencer in einer anderen Publikation bejahend die Idee, »das traditionelle Konzept der Nationalität (könne) zu einem reinen Symbol heruntergestuft werden«, und argumentierte: »Wir sind eine diverse Gesellschaft mit überlappenden Identitäten und sind und können nicht durch universelle Werte oder einzelne Loyalitäten gebunden werden. Wenn überhaupt, so sind wir durch den gegenseitigen Genuss von Rechten und Verantwortlichkeiten miteinander verbunden.«[50]

Dies ist ein radikal anderes Verständnis dessen, was ein Volk oder ein Land ausmacht, mit Folgen, die für die meisten unerträglich sein dürften. Sarah Spencer beschrieb diese Ideen 2003, als sie ihre Auffassung von Integration darlegte. Diese beinhaltete nicht, dass sich der Migrant dem Gastland anpassen müsse, stattdessen sei Integration vielmehr »ein Prozess gegenseitiger Anpassung«.[51] Wenn man sagt, die Menschen hätten Vorteile von der Migration, dann werden sie das als Positivum sehen. Wenn sie aber gesagt bekommen, dass sie sich wegen der Migration werden ändern müssen, so klingt das schon nicht mehr so gut. Deshalb wird der positive Teil der Botschaft in den Vordergrund gestellt.

Die Behauptung, die Massenmigration sei aus Gründen der Diversität ein Gut an und für sich, ignoriert ein riesiges und bisher nicht ansprechbares Problem. So, wie jede Kultur gute und interessante Seiten für sich beanspruchen kann, so hat sie auch schlechte und widerwärtige Seiten. Während die positiven Seiten von Anfang an betont und übertrieben werden, dauert es einige Jahre, bis zugegeben wird, dass es auch negative gibt, wenn es überhaupt zugegeben wird.

Man bedenke nur, wie viele Jahrzehnte es gedauert hat, bis zugegeben wurde, dass manche Gruppen von Migranten weniger liberale Ansichten vertreten als die Mehrheit der Einheimischen der Länder, in die sie eingewandert sind. Eine Gallup-Umfrage unter 500 muslimischen Männern 2009 zeigte, dass genau null Prozent unter ihnen der Meinung war, Homosexualität sei moralisch akzeptabel.[52] Darauf wird meistens erwidert, auch die Briten hätten vor ein oder zwei Generationen die gleiche Haltung gezeigt. Die unausgesprochene Schlussfolgerung ist, die Homosexuellen in Großbritannien sollten ein,

zwei Generationen Geduld haben, bis die Neuankömmlinge aufgeholt haben. Die ganze Zeit über wird ignoriert, dass dies vielleicht niemals passieren wird und die Ankömmlinge durch Bevölkerungswachstum oder andere Mittel das nationale Bild insgesamt verändern könnten. Als YouGov 2015 eine weitere Umfrage zum Thema der britischen Haltung zur Homosexualität durchführte, war eine der Fragen, ob der Befragte allgemein glaube, dass Homosexualität »moralisch akzeptabel« oder »moralisch falsch« sei.[53] Man hätte erwarten können, dass diese Umfrage die latente Homophobie in manchen ländlichen Gegenden zutage fördern, andererseits aber zeigen würde, dass die schicken, diversen, urbanen Gegenden die ganze Angelegenheit entspannt betrachteten.

Die Ergebnisse zeigten das genaue Gegenteil. Während im ganzen Land außer London 16 Prozent der Meinung waren, dass Homosexualität »moralisch verwerflich« sei, war diese Zahl in London mit 29 Prozent fast doppelt so hoch.[54] Warum das so war? Ganz einfach, weil die Hauptstadt mit der ethnischen Diversität eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Menschen mit moralischen Einstellungen importiert hatte, die der Rest des Landes als moralisch rückwärtsgewandt bezeichnen würde. Doch während die Meinungen mancher Migrantengemeinschaften über die Homosexualität »nur« um einige Generationen zurückgeblieben sind, sind die Ansichten vieler über Frauen mindestens vor mehreren Jahrhunderten aus der Mode gekommen.

Kurz nach der Jahrhundertwende begann man endlich, Geschichten, die in den Gemeinden der Sikhs und der weißen Arbeiterklasse seit Jahren kursierten, zu untersuchen, und es kam heraus, dass die organisierte sexuelle Versklavung meist minderjähriger Mädchen durch Banden muslimischer Männer pakistanischer und nordafrikanischer Herkunft in nordenglischen Städten und auch anderswo zur Realität gehörte. In jedem dieser Fälle hatte die Polizei zu viel Angst, die Vorfälle zu untersuchen, und als sich endlich die Medien der Sache annahmen, schraken auch die vor der Wahrheit zurück. Die Ausstrahlung einer Dokumentation über die sozialen Dienste in Bradford wurde verschoben, als selbst ernannte »Antifaschisten« und die lokalen Polizeichefs an den Sender Channel 4 appellierten, die Dokumentation nicht zu zeigen. Jene Teile der Dokumentation, die den

sexuellen Missbrauch von weißen Mädchen durch »asiatische« Banden zeigten, wurden als potenziell aufrührerisch bezeichnet. Insbesondere würde die Sendung so kurz vor den regionalen Wahlen der British National Party Aufwind verschaffen, hieß es. Am Ende wurde die Dokumentation mehrere Monate nach den Wahlen gesendet. Alles, was mit diesem Fall zusammenhängt, und die Details, die später folgten, weisen auf einen Mikrokosmos von Problemen und Reaktionen hin, wie sie sich allmählich in ganz Europa ausbreiten.

Wer sich mit dem Problem des bandenmäßigen Missbrauchs in diesen Jahren beschäftigte oder gar versuchte, dagegen zu kämpfen, bekam Probleme. Als die nordenglische Labour-Abgeordnete Ann Cryer sich des Themas der Vergewaltigung von jungen Mädchen in ihrem Wahlbezirk annahm, wurde sie sofort und überall als »islamophob« und »rassistisch« verunglimpft und musste zeitweise unter Polizeischutz gestellt werden. Es dauerte Jahre, bis die Zentralregierung, die Polizei, die lokalen Behörden und auch die Staatsanwaltschaft begannen, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. Als sie sich endlich damit beschäftigten, enthüllte eine offizielle Untersuchung der Missbrauchsfälle in der Stadt Rotherham, dass allein dort zwischen 1997 und 2014 mindestens 1400 Kinder sexuell missbraucht und ausgebeutet worden waren. Alle Opfer waren nicht-muslimische junge Mädchen, das jüngste war 11 Jahre alt. Alle wurden brutal vergewaltigt, manche mit Benzin übergossen und bedroht, angezündet zu werden. Andere wurden mit Schusswaffen bedroht und gezwungen, die gewalttätige Vergewaltigung anderer Mädchen mit anzusehen, als Warnung, ja niemandem etwas zu erzählen. Und obwohl fast alle Mitglieder der Verbrecherbanden aus Pakistan stammten, erklärten die Mitarbeiter der lokalen Behörden, sie seien »nervös gewesen, die ethnische Zugehörigkeit der Verbrecher zu nennen, weil sie Angst davor hatten, für Rassisten gehalten zu werden; andere erinnerten sich daran, von ihren Vorgesetzten den deutlichen Befehl erhalten zu haben, sie nicht zu nennen.« Auch die lokale Polizei handelte nicht, weil sie Angst davor hatte, des Rassismus bezichtigt zu werden und so den Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft Schaden zuzufügen.[55]

Die Vorfälle von Rotherham sowie eine ganze Serie von ähnlichen Fällen landesweit wurden zum Teil nur deshalb bekannt, weil einige Journalisten entschlossen waren, die Geschichten öffentlich zu machen.

Doch während der ganzen Zeit zeigten die Gemeinden, aus denen die Männer kamen, keine Bereitschaft, das Problem anzugehen, sondern wollten das Ganze am liebsten unter den Teppich kehren. Selbst vor Gericht, nachdem die Urteile gefallen waren, behaupteten die Familien der Angeklagten, dass es sich um ein abgekartetes Spiel der Regierung handele.[56] Als ein Moslem in Nordengland die Stimme gegen die bandenmäßige Vergewaltigung von weißen Mädchen in seiner eigenen Gemeinde erhob, berichtete er, dass er Todesdrohungen von Moslems aus ganz Großbritannien erhalten habe.[57]

Es war überall die gleiche Geschichte: Wie die Vorsitzenden Richter der Verhandlungen formulierten, wurden die Mädchen ausgewählt, weil sie einer anderen Gemeinschaft entstammten, nicht Muslime waren und als »leichte Beute« galten. Viele der Männer haben aus Pakistan und aus anderen von Männern dominierten Gesellschaften ihre Auffassungen von Frauen, vor allem über unbegleitete und »ungeschützte« Frauen, mitgebracht. Angesichts dieser offen zum Ausdruck gebrachte Haltung Frauen gegenüber hat der britische Staat versagt. Er hat aufgegeben zu verteidigen, was bis dahin als britische Norm galt, insbesondere auch den Rechtsstaat. Die freundlichste Erklärung für dieses Versagen wäre, dass die Behörden wegen der vielen ins Land strömenden Menschen aus diesen Kulturen zu nervös waren, um rote Linien zu ziehen. Aber es ging um mehr als das. Jedes Mal, wenn das Problem des bandenmäßigen Missbrauchs aufkam, schauten die Behörden weg, weil sie Konflikte mit Gemeinschaften befürchteten und Angst hatten, als Rassisten verschrien zu werden. Die britische Polizei war immer noch verwundet vom Macpherson-Bericht von 1999, in dem sie des »institutionellen Rassismus« bezichtigt wurde, und befürchtete, erneut mit ähnlichen Anklagen konfrontiert zu werden.

Überall in Westeuropa kamen ähnlich schleppend die gleichen Tatsachen ans Licht der Öffentlichkeit, häufig genau zur gleichen Zeit, als das Tabu in Großbritannien zu fallen begann. Überall konnte das lange Schweigen deshalb aufrechterhalten werden, weil sich die Behörden weigerten, Kriminalstatistiken nach Religion und Ethnie zu erfassen oder zu differenzieren. 2009 enthüllte die norwegische Polizei, dass Migranten mit nicht-westlichem Hintergrund für alle berichteten Vergewaltigungen in Oslo verantwortlich waren.[58] 2011 war das Statistische Amt des norwegischen Staates bereit zuzugeben, dass

»Migranten in der Kriminalitätsstatistik überrepräsentiert« seien. Sie gaben aber auch zu verstehen, dass dies nicht das Ergebnis kultureller Differenzen, sondern womöglich eine Folge des Übergewichts junger Männer innerhalb der eingewanderten Bevölkerung sei. Eine frühere Leiterin der Abteilung für Gewaltverbrechen in der Osloer Polizei, Hanne Kristin Rohde, bezeugte den Widerwillen der norwegischen Behörden zuzugeben, was geschah. In Bezug auf die »eindeutige statistische Verbindung« zwischen Vergewaltigungen und den Migranten, die aus Kulturen stammten, in denen »Frauen keinen eigenen Wert haben«, sagte sie: »Das ist ein großes Problem, aber es war schwer, darüber zu sprechen.« Über die Haltung den vergewaltigen Frauen gegenüber bestätigte sie: »Es ist ein kulturelles Problem.«[59]

Natürlich sind diese und ähnliche Fälle von bandenmäßiger Vergewaltigung keine typischen und repräsentativen Beispiele über das Benehmen von Migranten als Ganzes. Es sind aber Verbrechen, die am einfachsten entdeckt, geprüft und bestraft werden können. Dass es jedoch Jahre, in manchen Fällen sogar Jahrzehnte gedauert hat, bis die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden den Mut hatten, sich des Problems anzunehmen, wirft außerordentlich beunruhigende Fragen auf. Es müsste viel einfacher werden, Fälle wie diese und ebenso die Genitalverstümmelung von Frauen zu verfolgen. Und trotzdem haben westeuropäische Gesellschaften jahrelang gekämpft, um mit dem Problem fertigzuwerden. Wenn es schon schwer ist, mit diesen eklatanten Fällen zurechtzukommen, wie sollen weniger gewalttätige Verhaltensweisen, die einige Migrantengruppen mit sich bringen, unter Kontrolle gehalten werden? Wenn die in großem Maßstab stattfindende bandenmäßige Vergewaltigung von Kindern ein Jahrzehnt brauchte, um bekannt zu werden, wie lange wird es dauern, bis weniger gewalttätige und grauenvolle Verhaltensweisen ans Licht der Öffentlichkeit gelangen, wenn überhaupt?

Diese Fälle zeigen auf, dass zwar die zweifellos existierenden Vorteile der Massenmigration jedem bewusst gemacht werden, es aber sehr lange dauert, bis darüber gesprochen wird, welche Nachteile sie bedeutet. Derweil scheint ein allgemeines Einvernehmen in der Öffentlichkeit vorzuherrschen, dass wir kein schlechtes Geschäft gemacht haben: ein paar mehr Enthauptungen und sexuelle Übergriffe in Europa, dafür aber eine größere Vielfalt in der Kochkunst!

DIE MIGRATION IST WEGEN DER GLOBALISIERUNG UNAUFHALTSAM

Die finale Rechtfertigung der Massenmigration geht über Vernunft und Entschuldigungen hinaus. Selbst wenn sich alle anderen Behauptungen als falsch erwiesen haben, bleibt diese eine übrig. Sie besteht darin zu postulieren, alles andere würde nicht zählen, weil man sowieso nichts machen könne. Wir haben es nicht in der Hand. Es ist unser Schicksal.

Als die jetzige Krise ihren Anfang nahm, nahm ich in Athen an einer Diskussion über die europäische Politik in Sachen Migration teil. Während ich meine Argumente vortrug, stellte ich fest, dass die anderen Teilnehmer – unter anderem die griechische Ökonomin Antigone Lyberaki und der französische Politiker und Aktivist Bernard Kouchner – behaupteten, man könne »nichts tun«. Erst als Kouchner das Manuskript für seinen vorbereiteten Beitrag ablegte, konnte ich sehen, dass er die erste Zeile durchgestrichen hatte. Seine Rede hätte tatsächlich damit anfangen sollen, dass Europa nichts tun könne, um den sich über Griechenland ergießenden Strom aufzuhalten, wieder einmal: »Man kann nichts tun.« Die Behauptung ist weit verbreitet, doch wenn man kluge Politiker darauf aufmerksam macht, erkennen sie, wie potenziell katastrophal diese Aussage tatsächlich ist. Leitende Politiker, unter ihnen die damalige Innenministerin Theresa May, erklärten 2015, die europäischen Länder sollten versuchen, die Lebensbedingungen in den Ländern der Dritten Welt zu verbessern, um so zu verhindern, dass die Menschen zu uns kommen. Doch Tatsache ist – wie viele Studien gezeigt haben –, dass die Migration erst richtig in Gang kommt, wenn das Lebensniveau auf ein zugegebenermaßen nicht luxuriöses Niveau steigt. Wirklich armen Menschen fehlt das Geld für die Schleuser.

Natürlich existieren Versuche, dieser Ansicht einen Anschein akademischer Respektabilität zu verschaffen. In den vergangenen Jahren ist im akademischen Diskurs um die Frage der Migration eine Argumentationslinie aufgetaucht, nach der die Migration durch die

Verschärfung der Einwanderungskontrollen erst entstehen würde. Hein de Haas von den Universitäten von Oxford und Maastricht zum Beispiel besteht darauf, dass der Versuch, die Migration zu kontrollieren, nicht nur nicht funktionieren, sondern sie geradezu weiter verstärken würde, weil er die normale Zirkulation der Migranten zwischen Europa und ihren Heimatländern unterbinde. In der akademischen Welt gehört diese Richtung mit zu den beliebtesten, das Argument wird allerdings nur von Personen geäußert, die jede Form der Kontrolle über die Migration ohnehin ablehnen.

Bevor wir auf das demokratische Dynamit hinter dieser Argumentation hinweisen, betrachten wir das, was wahr daran ist. Natürlich bedeuten die Allgegenwart von Mobiltelefonen und der Massenmedien – vor allem des Fernsehens – in der Dritten Welt sowie die sinkenden Kosten des Reisens in den letzten Jahrzehnten, dass Wunsch und Gelegenheit zu reisen niemals in der Geschichte größer waren als heute. Aber wenn Globalisierung wirklich bedeutet, dass Menschen unaufhaltsam nach Europa reisen, dann ist es eine berechtigte Frage, warum das Gleiche nicht für andere Länder gilt. Wenn die ökonomische Anziehungskraft der Grund für die Migration ist, dann gibt es keine Erklärung dafür, wieso Japan zurzeit nicht eine ähnliche Migrationswelle wie Europa erlebt. 2016 war Japan die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt (nach nominalem BIP gemessen) und lag damit vor Deutschland und Großbritannien. Japan hat allerdings die Massenmigration vermieden, indem es politische Schritte unternahm, sie zu verhindern, zum Beispiel die Menschen entmutigt, im Land zu bleiben, und die Erlangung der Staatsbürgerschaft erschwert. Unabhängig davon, ob man mit Japans Politik einverstanden ist oder nicht, das Land beweist, dass selbst in diesem Zeitalter der Hyperkonnektivität eine moderne Ökonomie die Masseneinwanderung vermeiden kann. Dieser Prozess ist also keinesfalls »unvermeidlich«. Das Gleiche gilt für China: Obwohl die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, gehört es nicht zu den Zielländern von Asylbewerbern und Wirtschaftsflüchtlingen. Egal, ob das wünschenswert ist oder nicht, es ist selbst für die reichsten Länder der Welt möglich, nicht zu einem unvermeidlichen Anziehungspunkt für alle Migranten dieser Erde zu werden.

Die Menschen wollen nicht nur deshalb nach Europa kommen, weil sie Reichtum und Arbeit erwarten. Europa hat sich auch aus anderen Gründen zu einem wünschenswerten Reiseziel gemacht. Einer der wichtigen Gründe ist das Wissen, dass Migranten, sobald sie den Kontinent erreicht haben, dort auch werden bleiben dürfen. Die anderen Gründe sind die Erwartung, der Sozialstaat werde sie auffangen, egal, wie lange sie warten müssen; und egal, wie ärmlich die Zuwendungen sind, sie werden immer noch einen besseren Lebensstandard und mehr Rechte genießen als sonst wo, geschweige denn in ihren Herkunftsländern. Hinzu kommt der Glaube – und das ist wahr und sehr schmeichelhaft für die Europäer –, Europa sei ein friedlicher und gastfreundlicher Ort, mehr auf jeden Fall als andere Gegenden der Welt. Gebe es andere ähnliche Kontinente, könnten die Europäer ihren Status definieren als eine der großzügigen Gesellschaften unter vielen. Doch die Erkenntnis wächst, dass Europa tatsächlich der einzige Ort ist, wo es einfach ist hereinzukommen, aufgenommen zu werden und wo man mit großer Sicherheit auch bleiben darf. Unter diesen Umständen dürfte der Kontinent die positive Aufmerksamkeit langfristig weniger schmeichelhaft finden als kurzfristig. Es ist auf jeden Fall nicht unvermeidlich, dass Migranten aus der ganzen Welt nach Europa kommen. Sie kommen, weil sich Europa – aus guten und auch schlechten Gründen – für die Migranten der Welt attraktiv gemacht hat.

Natürlich kann etwas getan werden. Ob wünschenswert oder nicht, wenn Europa den Strom eindämmen wollte, könnte es sich für die Welt in Bewegung in vielerlei Weise weniger attraktiv erscheinen lassen und auch tatsächlich machen. Es könnte der Welt ein weniger freundliches Gesicht zeigen, Menschen, die hier nicht sein sollten, zurückschicken, aufhören mit den sozialen Wohltaten für Neuankömmlinge und zum Prinzip für die Sozialpolitik zurückkehren, dass jene zuerst bedient werden, die zuerst da waren. Wenn Migration durch Faszination erzeugt wird, dann muss es auch einen Weg geben, damit diese Faszination schwindet. Es müssten unangenehme Dinge erwogen werden, die unangenehm sind nicht zuletzt deshalb, weil sie ein Selbstbild betreffen, das uns Europäern lieb und teuer ist, und langfristig könnten die Maßnahmen sogar dazu führen, dass sich dieses Selbstbild ändert. Doch der Weg ist nicht so gefährlich, wie er zu sein

scheint. Kaum einer würde behaupten, Japan sei ein barbarisches Land, weil es strenge Migrationsregeln hat. Wie man es auch betrachten mag, die Behauptung, was Europa zurzeit mitmacht, sei unaufhaltsam, ist gefährlich, nicht nur, weil sie nicht stimmt, sondern auch, weil sich dadurch großer Ärger aufstaut.

Seit vielen Jahren ist das Problem der Migration in ganz Westeuropa an der Spitze der Sorgen der Bürger. Umfragen in allen Ländern weisen darauf hin. Wenn auf ein Problem, das für die Mehrheit alles andere in den Schatten stellt, jahrelang nicht reagiert wird, dann stauen sich Ärger und Verbitterung auf. Wenn die Antwort darauf nicht nur Ignoranz ist, sondern die Behauptung, dass man nichts dagegen tun könne, dann beginnen sich radikale Lösungen zusammenzubrauen. Im besten Fall werden diese Sorgen an den Wahlurnen zum Ausdruck gebracht. Im schlimmsten Fall auf der Straße. Es ist unvorstellbar, dass irgendein anderes Problem, noch dazu dermaßen brennend, von der Politik damit beantwortet werden würde, man könne da gar nichts tun.

Diese finale, fatalistische Antwort ist ein Ergebnis einer nie zu Ende gedachten Politik, die nun – in den Augen der Politiker und Akademiker – grundsätzlich unüberwindbar geworden ist. Eine Erwartung nach der anderen erwies sich als falsch. Was in der Realität geschah, wurde entweder gar nicht erwartet oder falsch vorhergesagt. Betrachten wir das Urteil von jemandem, der die Labour-Regierung nach 1997 in die Lage versetzte, ihre Politik eskalieren zu lassen. Nachdem Sarah Spencer aufgehört hatte für die Regierung zu arbeiten, wurde sie mit dem CBE[60] belohnt. Doch als sich die ersten Auswirkungen ihrer Bekehrungstätigkeit zeigten, machte sie ein rührseliges Bekenntnis. Sie gab zu, dass in jenen Jahren, als die Schleusen geöffnet wurden, weder sie noch ihre Kollegen »eine Integrationspolitik hatten. Wir glaubten einfach daran, dass sich die Migranten integrieren würden.«[61] All das geschah noch vor der größten Krise, die uns heute beschäftigt, aber alle Argumente von damals kehren wieder, um die gigantische, den ganzen Kontinent treffende Bewegung zu rechtfertigen.

KAPITEL 4
»WILLKOMMEN IN EUROPA«

Die Insel Lampedusa ist der südlichste Vorposten Italiens. Sie liegt näher zur Küste Nordafrikas als zu Sizilien. Die Fähre von Lampedusa nach Sizilien braucht neun Stunden. Auf Lampedusa fühlt man diese Abgeschiedenheit. Die trockenen Felsen von kaum mehr als acht Quadratkilometern erinnern mehr an die Landschaften Tunesiens oder Libyens als an die Italiens. Über Jahrhunderte war die ansonsten reizlose Insel ein nützlicher Vorposten im Mittelmeer. Der Besitz wechselte immer wieder, und ihre aufgezeichnete Geschichte handelt von abwechselnden Ent- und Neubevölkerungen. Überfälle von Piraten waren ein ständiges Problem, vor allem im 16. Jahrhundert, als Piraten aus der Türkei an die 1000 Inselbewohner gefangen nahmen und in die Sklaverei verschleppten. Im 18. Jahrhundert fand ein englischer Besucher nur einen einzigen Bewohner vor.

Die Fürsten von Lampedusa waren vernünftig genug, auf Sizilien zu bleiben, selbst nachdem die Regentin Maria Anna ihnen den Titel 1667 verliehen hatte. Aber sie ermutigten zur Besiedlung der Insel. Wenn heute der Name der Insel fällt, denkt man außer an ihr jetziges Elend noch am ehesten an den vorletzten Träger dieses Titels, an den Autor des Romans »Der Leopard« Giuseppe Tomasi di Lampedusa. Auf der Insel erinnert heute nichts mehr an ihn, nichts, was auf seinen Namen verweisen würde. Die verfallende Großartigkeit seines sizilianischen Barock scheint unendlich weit weg zu sein von diesem staubigen Felsen und den einfachen niedrigen Häusern. Zurzeit bewohnen die Insel, meist um den Hafen herum, etwa 5000 Menschen. Es gibt eine Hauptstraße mit Läden, die zum Hafen führt: die Via Roma. Dort hängen die Jugendlichen der Insel in Gruppen herum oder rasen zu

zweit mit ihren Rollern durch die wenigen Straßen der Stadt. Alte Frauen sitzen auf den Bänken rund um den zentralen Platz vor der Kirche, ständig grüßen einander die Männer, als hätten sie sich seit Jahren nicht gesehen. Das ist ein Ort, von dem jeder ambitionierte Jugendliche um jeden Preis flüchten würde. Und trotzdem riskieren täglich Tausende ihr Leben, um hierherzukommen.

Natürlich sind seit vielen Jahren Menschen aus Nordafrika geflüchtet. Und wie der Friedhof der Insel beweist, endete die Flucht nicht erst in den letzten Jahren tödlich. Neben den Gräbern der Einheimischen sind einige jener Menschen zu finden, die Lampedusa zum Ziel hatten, aber dort nie ankamen. »Migrante non identificato. Qui riposa«, besagt einer der Grabsteine, errichtet von der lokalen Regierung. »29. Settembre 2000«. Während der 2000er-Jahre kamen Boote voller Migranten regelmäßig auf Lampedusa an, und sie brachten nicht nur Menschen aus Nordafrika und Schwarzafrika hierher, sondern auch aus dem Nahen Osten und Fernost. Die Schleuser verlangten hohe Preise für die Bootsreise, aber die verzweifelten Menschen zahlten für die kurze Überfahrt. Da die Überfahrt selbst mit einem schlecht motorisierten Boot nur einen Tag dauert, galt sie schnell als eine der besten Routen in Richtung neues Leben. Wer einmal in Lampedusa ankam, war in Italien, und wer es dorthin geschafft hatte, war in Europa.

Es ist ein seltsamer erster Anblick des Kontinents. Wer die Küste erreicht, wird nicht vieles entdecken, was anders ist als der Ort, den er verlassen hat. Wer in den südlichen Hafen einläuft, sieht eine kleine Bucht, ein paar ruhige Geschäfte und Cafés, eröffnet für die italienischen Touristen, die früher hier Urlaub machten. Fischerei ist die Haupteinnahmequelle auf der Insel. Auf einer hohen Säule steht die Statue der Madonna mit dem Kind, die über die ein- und auslaufenden Schiffe wacht.

Während der 2000er-Jahre machten sich die lokalen Behörden zunehmend Sorgen über die hohe Zahl der Ankömmlinge und sahen sich gezwungen, ein Aufnahmezentrum zu eröffnen. Es war ursprünglich für 350 Menschen gedacht. Die Idee war, die Migranten schnell abzufertigen und dann mit Booten nach Sizilien oder auf das italienische Festland zu bringen, um dort ihre Asylanträge zu bearbeiten. Es hatte sich allerdings schnell gezeigt, dass das Zentrum

nicht ausreichte, denn die Zahl der Ankömmlinge stieg immer weiter. Mit 500 Menschen war das Zentrum bereits überfüllt, aber während dieser Jahre hielten sich dort manchmal bis zu 2000 Menschen auf, und so quoll das Zentrum über, und eine Zeltstadt entstand. Es sammelte sich lokaler Unmut an und drohte zum Problem zu werden.

Obwohl Italien damals schon knapp bei Kasse war, musste es die ganze Zeit die finanzielle und menschliche Last des Prozesses fast ohne Hilfe tragen. So ist es nicht weiter erstaunlich, dass die Regierung improvisierte. In dem Jahrzehnt, das das letzte unter der Herrschaft des Obersten Gaddafi in Libyen werden sollte, schlossen die Italiener ein geheimes Abkommen mit seinem Regime: Alle Afrikaner, die nicht das Recht hatten, in Italien zu bleiben, wurden deportiert. Als Details dieses Abkommens bekannt wurden, kam in allen europäischen Ländern Kritik auf. Aber die gehörte nur zu den üblichen Bedenken und Kompromissen, mit denen bald alle in Europa Bekanntschaft machen sollten. Auch was darauf folgte, dürfte alsbald allen bekannt vorgekommen sein: So gut wie jeder, der in Lampedusa ankam, blieb in Italien. Selbst jene, deren Asylantrag bearbeitet und abgelehnt, deren Einsprüche ebenfalls abgelehnt und deren Abschiebung angeordnet wurde, blieben trotzdem. Es kamen zu viele, und die zusätzlichen Kosten für die oft erzwungene Abschiebung waren zu hoch. Ab einem bestimmten Zeitpunkt, ob mit offizieller Zustimmung oder als Teil einer inoffiziellen Anerkennung des Unvermeidlichen, erschien die Rückführung der Menschen nicht nur finanziell, sondern auch diplomatisch als zu teuer. Es war einfacher zuzulassen, dass sie sich im Land zerstreuten oder nach Europa weiterbewegten, wenn sie es konnten, und wenn nicht, dann in Italien blieben und dort versuchten, ihr Überleben zu sichern. Manche fanden den Weg in die Staatsbürgerschaft. Die meisten fanden Zugang in die schwarze Ökonomie des Landes und arbeiteten häufig für Löhne, die nicht viel höher waren als in ihren Heimatländern, und oft auch für Banden aus der Heimat, die ihre Netzwerke in Europa ausbauten.

Während man im restlichen Italien hoffte, dass die Größe des Landes ausreichte, um das Problem zu verwässern, quoll das Aufnahmelager direkt hinter dem Zentrum des Hafens in Lampedusa regelmäßig über und verlangte nach Antworten. Immer mal wieder wurde die Lage gefährlich, kam es zu Kämpfen und Aufständen unter

den Lagerinsassen, meistens angefeuert durch Konflikte unter den Ethnien. Das Lager sollte ein Auffangzentrum sein, aber die Migranten fingen an, sich in der Stadt herumzutreiben, und wenn der Haupteingang bewacht wurde, riss man eben Löcher in den Zaun weiter hinten und verließ das Lager auf diesem Wege. Das Zentrum war schließlich kein Gefängnis und die Migranten keine Häftlinge. Die Frage nach ihrem wirklichen Status wurde durch Improvisation umgangen, und die Migranten wussten meist sehr genau, welche Rechte sie hatten und was die italienischen Behörden tun durften und was nicht.

Es war nur natürlich, dass die Einheimischen, die außerordentlich mitfühlend und verständnisvoll mit den Neuankömmlingen waren, hin und wieder durch die hohe Zahl nervös wurden, manchmal überstieg die Zahl der Flüchtlinge sogar die der Gesamteinwohnerschaft. Obwohl die Ladenbesitzer ihren begrenzten Warenbestand an die Neuankömmlinge verkauften oder sie sogar beschenkten, war klar, dass die Abfertigung schneller gehen musste. Insbesondere mussten die Migranten schneller nach Sizilien und auf das übrige Festland gebracht werden. Das war Lampedusa während des relativen »Rinnsals« während der 2000er-Jahre.

Von 2011 an, nach den Ereignissen, die als »Arabischer Frühling« bekannt wurden, schwoll das Rinnsal zu einer Flut an. Zum Teil flohen die Menschen wegen der Regierungswechsel und der Unruhen. Außerdem brachen die fragwürdigen Übereinkünfte mit den alten Diktatoren zusammen, die bis dahin die Tätigkeit der Schleuserbanden etwas eingedämmt hatten. Von 2011 an kamen täglich, Tag und Nacht, Tausende Menschen auf Lampedusa an. Sie kamen auf klapprigen Holzbooten, alten Fischerbooten aus Nordafrika, die von den Schleusern gekauft (oder gestohlen) wurden. Die ließen ihre Kunden den »Fahrpreis« bezahlen, auch wenn das Schiff seeuntauglich war. Bald wurde es zum Problem, was man mit all den Schiffen auf Lampedusa anfangen soll. Da man keine weitere Verwendung für die Wracks fand, wurden sie in großen Haufen im Hafen und an anderen Orten auf der Insel aufgetürmt – es entstanden riesige Friedhöfe der erbärmlichen Boote. Hin und wieder, wenn die Haufen zu groß wurden, fackelte man sie ab.

Das erste Jahr des »Arabischen Frühlings« war eine besonders schlimme Zeit für die Insel. Wurden 500 Menschen aufs Festland verschifft, kamen 1000 neue an. Ab 2011 platzte das Aufnahmezentrum immer wieder mit bis zu 2000 Menschen aus allen Nähten. Und natürlich kamen nicht alle an, die die Überfahrt in den von den Schleusern bereitgestellten, immer heruntergekommeneren Booten gewagt hatten. Auf der Insel wiesen die Behörden neue Begräbnisstätten für die Toten aus. Manche konnten identifiziert werden, andere wurden mit einem Kreuz und einer Identitätsnummer beerdigt, die dem Toten nach der Ankunft auf der Insel gegeben worden war. »Wo sind die anderen Toten?«, fragte ich einen Einheimischen. »Das Meer hat sie«, war die Antwort.

Von Beginn des syrischen Bürgerkrieges an waren viele der Ankömmlinge Syrer, unter ihnen wohlhabendere Mitglieder der Mittelklassen. Eines Tages kam eine Jacht mit gut gekleideten Syrern an Bord, sie wurden abgefertigt wie alle anderen auch. Nach 2011 kamen eher Ärmere, und ihre Zahl nahm allmählich ab. Jene, die ankamen, berichteten über eine Route über Ägypten, die unter anderem durch ein umfangreiches Tunnelsystem führte, in dem die Kinder Sauerstoffmasken tragen mussten. Die einzelnen ethnischen Gruppen kamen auf unterschiedlichen Routen, und jede Gruppe hatte andere Erwartungen und Wünsche. Die meisten wollten in Italien bleiben. Nur die Eritreer lehnten das ab, vielleicht weil sie sich an ihre früheren Kolonialherren erinnerten. Sie waren die Einzigen, die den Wunsch äußerten, weiter in den Norden Europas zu reisen.

Etwa 80 Prozent der Ankommenden waren junge Männer, unter ihnen auch Kinder und unbegleitete Minderjährige, die den Behörden die meisten Sorgen machten. Alleinstehende Kinder aus Nigeria wurden häufig verschickt, um in Europa zur Handelsware zu werden. Es kamen auch einige Frauen, denen man Arbeit versprochen hatte. Erst nachdem sie den Kontakt ihres Schleusers in Italien getroffen hatten, der ihnen Geld lieh und dessen Schuldner sie nunmehr waren, begriffen sie, dass der »Job«, den man ihnen versprochen hatte, Prostitution war. Muslimische Frauen und Mädchen machen sich allerdings nur selten allein auf den Weg, die meisten wissen, wie gefährlich die Reise für sie ist.

Wenn sie einmal auf Lampedusa angekommen sind, verhalten sich die Migranten sehr verschieden. Wer Geld hat, geht auf der Via Roma einkaufen. Die Syrer sind bekannt dafür, dass sie gleich nach der Ankunft Kleidung kaufen. Manche kaufen Alkohol. Und alle besorgen sich sofort Telefonkarten, um nach Hause zu telefonieren und ihren Familien mitzuteilen, dass sie in Europa angekommen sind, und um ihre wie auch immer gearteten Kontakte für die nächste Phase der Reise zu erreichen.

Das Übergewicht junger Männer ist immer spürbar. Sie sind hierhergekommen im Auftrag ihrer Familien und hoffen, ihnen bald Geld schicken zu können. Aber am allermeisten hoffen sie, dass ihre Familien bald werden folgen können, um wieder zusammen zu sein.

2013 war der Zustrom so groß, dass die Regierung den ungewöhnlichen Schritt unternahm, die Neuankömmlinge mit dem Flugzeug nach Sizilien oder auf das Festland zu bringen. Im Juli besuchte Papst Franziskus Lampedusa und erlebte einen ekstatischen Empfang. Er warf einen Kranz ins Meer und leitete eine Open-Air-Messe, ein kleines bemaltes Boot diente als Altar. Er nutzte den Besuch, um die »globale Gleichgültigkeit« anzuprangern, und drängte die Welt, ihr »Gewissen wiederzuentdecken«. Für die Einwohner schien der Besuch am Ende eine angemessene Anerkennung dessen zu sein, was auf ihren Schultern lastete.

Dann, am 3. Oktober 2013, sank ein Boot vor der Küste, das in Misrata in See gestochen und vor allem mit Schwarzafrikanern belegt war. Die italienische Küstenwache rettete mehr als 100 Menschen, aber über 300 waren ertrunken. Italien verkündete einen Tag der öffentlichen Trauer, die Flaggen wehten auf Halbmast, und in allen italienischen Schulen gab es eine Schweigeminute. Auf Lampedusa fand eine stille Prozession mit Kerzen statt, und fast alle Einwohner der Insel nahmen an einer Abendandacht teil. So viele Tote wurden in den Hangar des Flughafens gebracht, dass der kleine Flughafen zu einer notdürftigen Leichenhalle wurde.

Es folgte ein politischer Aufschrei nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon erklärte, die Tragödie beweise, dass wir »mehr Kanäle brauchten für die sichere und ordnungsgemäße Migration«. Im gleichen Monat sanken noch mehr Boote mit mehreren Dutzend Menschen. Nun forderte der

Ministerpräsident des nahen Malta mehr europäische Hilfe und beklagte zugleich, dass das Mittelmeer dabei sei, ein Friedhof zu werden. Endlich wurde wirklich international registriert, was um Lampedusa herum geschah. Als eine direkte Antwort darauf startete die italienische Regierung mit einiger Unterstützung die Aktion »Mare Nostrum«. Die Mission der italienischen Marine im 70 000 Quadratkilometer großen Seegebiet um Lampedusa herum war, Migrantenschiffe zu suchen und zu retten. Die Fregatten und Hubschrauber wurden von den Radarnetzwerken an der Küste unterstützt, was die italienische Regierung etwa 9 Millionen Euro im Monat kostete. NGOs kooperierten mit der Aktion und erreichten, dass sie an Bord sein durften, wenn Migrantenboote aufgefangen wurden. Diese Aktionen halfen zweifellos viele Leben zu retten, schufen jedoch auch neue Probleme. So konnten jetzt die Schleuser, die von der gesetzlosen libyschen Küste aus operierten, noch weniger brauchbare Boote einsetzen als bisher. Mit Mare Nostrum rückte die Küste Europas noch näher an Libyen heran. Alles, was die Schleuser jetzt nur noch tun mussten, war, irgendein Boot auf das Wasser zu bringen. Wenn es nicht sofort unterging, war die Chance groß, dass es auf halbem Wege auf die italienische Marine traf, manchmal sogar noch früher. Wenn das Boot seetüchtig war, schleppte es die Marine in den Hafen von Lampedusa. Normalerweise wurden die Migranten zuerst auf die italienischen Schiffe gebracht. Diese Operation – die etwas weniger als ein Jahr dauerte – wurde von vielen internationalen Organisationen begrüßt, unter anderem von der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Die italienischen Schiffe haben in diesem Zeitraum schätzungsweise 150 000 Menschen nach Europa gebracht, und die IOM war nach wie vor der Meinung, dass die Operation keineswegs noch mehr Menschen ermutigt habe, die Überfahrt zu wagen.[62]

Die Zahl der Migranten war riesig und ein Ende nicht in Sicht. Die Kosten von Mare Nostrum explodierten, sodass es für die italienische Regierung, die ohnehin mit den Krisen der Eurozone zu kämpfen hatte, zu viel wurde. Ein ganzes Jahr lang suchten die Behörden nach Hilfe, bekamen aber kaum welche, und so wurde die Aufgabe von Mare Nostrum an die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) unter dem Namen »Operation Triton« weitergegeben. Auch diese Mission suchte nach Booten, die aus Nordafrika ablegten, und

holte die Migranten entweder auf die Frontex-Schiffe oder lenkte ihre Boote nach Lampedusa oder Augusta auf Sizilien, ebenfalls der Zielhafen von vielen Schiffen. Während der ganzen Zeit stritten sowohl Frontex als auch andere Verantwortliche ab, dass von der Operation ein Anreiz für die Migranten ausgehen würde.

Aber wie konnte das sein? Auf der einen Seite des Mittelmeeres warteten Menschen aus ganz Afrika, dem Nahen Osten und sogar von Fernost, manche schon seit Monaten unterwegs, nur um an die libysche Küste zu gelangen und diese letzte Etappe ihrer Reise anzutreten. Die Aussagen der italienischen Regierung und die europäische Haltung sickerten sicherlich zu ihnen durch. Das war eindeutig ein großer Vorteil für die Schleuser. Nicht zuletzt sorgte die größere Nachfrage für höhere Preise und für noch mehr Menschen, die sie in ihre Boote packen konnten. Manche Migranten zahlten allein für die Überfahrt 4000 Euro. Doch der Handel war nur selten ehrlich. Vergewaltigungen waren alltäglich, egal, ob die Frauen mit oder ohne Begleitung reisten. Viele Migranten erreichten Libyen, nur um noch mehr Geld zahlen zu müssen, als sie schon gezahlt hatten. Besitztümer wurden ihnen weggenommen. Manche Migranten berichteten, die Schleuser hätten ihnen ihre Mobiltelefone genommen, um damit zu filmen, wie sie missbraucht und gefoltert wurden. Das Video verschickten sie dann an die Familien der Migranten mit der Forderung, noch mehr Geld zu zahlen. Die italienischen Behörden wissen durchaus, wo die sicheren Unterschlüpfe der Schleuserbanden sind, können aber so gut wie nichts gegen sie unternehmen.

Obwohl all die Ankömmlinge auf Lampedusa weltweit als »Migranten« oder »Flüchtlinge« bezeichnet werden, sind es sehr verschiedene Menschen mit verschiedener Herkunft und den unterschiedlichsten Gründen, sich auf diese Reise zu begeben. Nichts zeigt das besser als die Hierarchie, die auf den Booten entsteht. Rassismus unter den Migrantengruppen gehört zum Alltag. Tunesier und Syrer schauen verächtlich auf Schwarzafrikaner herab, und das nicht nur metaphorisch. Die besten Plätze auf dem Boot, vorne und auf Deck, werden von diesen »besseren« Gruppen aus dem Nahen Osten und Nordafrika belegt. Eritreer, Somalier und andere sitzen oder stehen im Laderaum. Geht das Boot unter, werden diese Menschen als Erste ertrinken.

Während des Sommers 2015 sprach ich mit zwei etwa zwanzigjährigen Eritreern, die still am Hafen saßen und hinaus auf die See blickten, wo sie herkamen. Während am Horizont große Kriegsschiffe kreuzten, zeigten sie mir ihr Boot, mit dem sie eine Woche zuvor angekommen waren und das jetzt zwischen den Schiffen der italienischen Behörden lag. Verglichen mit den heruntergekommenen alten Booten, die sonst von Libyen ablegen, war es einigermaßen seetauglich. Die Küstenwache hatte es entdeckt, und dann wurde es von einem Hubschrauber und Rettungsbooten in den Hafen eskortiert. Die zwei Eritreer reisten ganz unten, im dunklen Laderaum des Schiffes, das nicht sank, und so sind sie am Leben geblieben. Nach dem, was die Migranten vor und während der heimtückischen Überfahrt von Nordafrika durchgemacht haben, ist es nicht überraschend, dass sie auf Lampedusa erschöpft und traumatisiert ankommen. Manche haben Familienmitglieder auf der Reise verloren. 2015 traf ich einen Mann aus Nigeria, der im Hafen auf dem Boden saß, mit den Fäusten darauf einschlug und weinte wie ein kleines Kind. Das Boot, mit dem er kam, sank, eines seiner Kinder hatte er retten können, aber seine Frau und sein anderer Sohn ertranken vor seinen Augen.

Und trotzdem kommen sie, obwohl sie die Risiken kennen. Denn trotz all der Geschichten über sinkende Boote und das Sterben an Bord wissen sie, dass die meisten überleben, die italienischen Gewässer erreichen und europäische Bürger werden. Egal, ob sie vor politischer oder religiöser Verfolgung fliehen oder ein besseres Leben suchen, sie alle werden Asyl beantragen. Viele werden berechtigte Anliegen haben, und Italien wird verpflichtet sein, ihnen Asyl zu gewähren, entsprechend der Genfer Konvention und des Dublin-Vertrages der EU, wonach das erste Land innerhalb der EU, das der Migrant betritt und in dem er Asyl beantragt, auch verpflichtet ist, den Antrag zu bearbeiten und dem Migranten Schutz gewähren. Die bittere Wahrheit ist jedoch, dass es unmöglich ist herauszufinden, wer wer und was wahr ist. Wäre der Strom der Antragsteller über Jahre nicht so gewaltig gewesen, hätte man aufgrund von Fingerabdrücken, Interviews und allem was folgt, eine umsichtige Einschätzung treffen können. Die Hintergrundgeschichten hätten geprüft und nachvollzogen werden

können. Aber bei dem Massenansturm gab es dafür niemals eine Chance.

Zwei Faktoren machen alles noch schlimmer. Viele Migranten bringen bewusst keine Papiere mit, weil es ein Vorteil ist, nicht identifiziert zu werden. Infolge des Zeitmangels, unter dem die Behörden leiden, können die Menschen falsche Angaben über ihr Alter, ihre Identität und sogar ihre Nationalität machen. Als es bekannt wurde, dass eine bestimmte Gruppe bevorzugt behandelt werden würde, behaupteten plötzlich viele, sie seien Syrer, obwohl manche Helfer feststellten, dass sie weder einen syrischen Dialekt sprachen noch irgendetwas über das Land wussten, aus dem sie angeblich kamen.

Dieses Problem geht nicht zuletzt teilweise auf die NGOs zurück, die jede Migration nach Europa als Teil der »Grenzenlosen Welt«-Bewegung unterstützen. Als der Strom der Migranten nach 2010 anschwoll, beschlossen einige NGOs, den Migranten zu helfen, noch bevor sie in Europa ankamen. Sie versorgten sie mit leicht zugänglichen Informationen über den Aufnahmeprozess im Netz und über Apps. Mitarbeiter an der vordersten Front stellten fest, dass den Migranten immer klarer wurde, was sie erwartete. Zum Teil war das das Ergebnis der zurücksickernden Informationen in die Ursprungsländer von jenen, die es geschafft haben. Aber es war auch ein Ergebnis der Bewegung, die den Migranten beibringt, wie sie in Europa bleiben können, ungeachtet dessen, ob ihr Antrag berechtigt ist. Diese Gruppen wissen sehr genau, dass Italien weder das Geld noch die Zeit hat, jeden Antrag sorgfältig zu prüfen. Natürlich gibt es immer noch Menschen, deren Antrag abgewiesen wird, aber sie können Einspruch einlegen. Aber selbst wenn der Einspruch abgelehnt wird, passiert in der Regel kaum etwas. Es ist nicht einfach, einen Fall zu finden, in dem jemandem das Recht zu bleiben abgesprochen wurde und er in sein Ursprungsland zurückkehren musste. In sehr seltenen Fällen wurde mal ein Migrant, der Verbrechen begangen hat, in sein Heimatland zurückgeschickt. Aber selbst in einem solchen Fall sind die Hürden sehr hoch. Es ist einfacher zu erlauben, dass sich die Menschen in Italien zerstreuen, als sich an geltendes Recht zu halten. Die Wahrheit ist: Wer die Überfahrt nach Lampedusa überlebt hat, kann für immer in Europa bleiben.

Natürlich erwartet auch jene, die über ihre Asylgründe gelogen haben, ein unvergleichlich besseres Leben als das, was sie zurückgelassen haben. Von Lampedusa aus gesehen, ist es sehr einfach, sich Modelle vorzustellen, wie dieser riesige und fortdauernde Strom von Menschen fair und harmonisch über den ganzen Kontinent verteilt werden könnte. Aber die Wahrheit ist bekannt. Abgesehen von der kleinen Gruppe der frühen und wohlhabenderen Migranten, werden die meisten Ankömmlinge vor dem Bahnhof von Mailand und auf einem Parkplatz in Ravenna nächtigen. Die Glücklicheren werden für Banden arbeiten und versuchen, gefälschte Luxusartikel auf den Brücken von Venedig und in den Seitenstraßen von Neapel zu verkaufen. Wann auch immer sie einen Polizisten oder das Blaulicht eines Polizeiwagens sehen, werden sie ihre gefälschten Taschen und Sonnenbrillen aufsammeln und verschwinden. Vielleicht sind sie beschützter, freier und sicherer, als sie zu Hause waren, aber man kann nicht behaupten, sie hätten eine glänzende Zukunft.

In den letzten Jahren sind verstärkt Migranten auch auf Malta und Sizilien an Land gekommen. Allein 2014, also ein Jahr bevor die Migrantenkrise richtig begann, sind auf diesem Wege 170 000 Menschen angekommen. Jetzt heißt es, dass man das Problem lösen will, indem das Machtvakuum in Libyen geschlossen wird. Dabei wird vergessen, dass der Zustrom der Migranten selbst zu den Zeiten nicht unterbrochen wurde, als europäische Regierungen Bestechungsgelder an Gaddafi gezahlt hatten. Ebenso vergessen sie, dass die Boote auch aus Ägypten, Tunesien und Algerien kommen. Und weiter im Westen des Mittelmeeres gibt es eine weitere Route von Marokko nach Spanien. Seit Jahrzehnten kommen Migranten über diesen schmalsten Übergang von Afrika nach Europa, über die Meerenge von Gibraltar. Und obwohl Marokko die besten Beziehungen unter den nordafrikanischen Ländern mit den Ländern Europas pflegt und es deshalb die besten Voraussetzungen für ein Abkommen geben müsste, den Schleuserbanden das Handwerk zu legen, ist der Flüchtlingsstrom nach Spanien niemals unterbrochen worden. Tatsächlich war die Bewegung der Migranten auf dieser Route in den 90er-Jahren der Vorbote dessen, was kommen sollte. Damals musste man den Schleusern für die Überwindung der zehn Seemeilen 600 US-Dollar zahlen. Damals wie heute starten täglich die Boote, und die Leichen

jener, die es nicht geschafft haben (oft weil die Schleuser sie die letzte Strecke schwimmen lassen), schwemmt das Meer an die Strände von Spanien.

Damals wie heute war die Bewegung der Migranten zwar kontinuierlich, aber auch sehr verschieden. Einem Bericht von 1992 zufolge kamen von den 1547 illegalen Migranten, die von den spanischen Behörden allein auf Teneriffa innerhalb von zehn Monaten festgehalten wurden, 258 aus Äthiopien, 193 aus Liberia und 64 aus Somalia. Weiter wurde im Bericht festgestellt: »Die Nachricht über die neue Route verbreitete sich bis weit hinter Marokko, und so sind unter den Festgehaltenen nicht nur Algerier und immer mehr Schwarzafrikaner, sondern auch Menschen von den Philippinen, Chinesen und gelegentlich auch Osteuropäer.« Unter denen, die kommen, flüchten manche vor Unterdrückung, andere sind auf der Suche nach Arbeit oder einfach nach einem besseren Leben. Wie Santiago Varela, stellvertretender Innenminister Spaniens, sagte: »Nordafrika hat ein strukturelles Problem. Wir wissen nicht, wie sich dort das politische und wirtschaftliche System entwickeln wird. Es gibt außerdem einen enormen demografischen Druck.« Er verwies darauf, dass damals schon 70 Prozent der marokkanischen Bevölkerung jünger als 30 war und nach der offiziellen Statistik 17,5 Prozent keine Arbeit hatten. »Noch kann man unsere Probleme nicht mit jenen anderer europäischer Staaten vergleichen«, sagte Varela. »Aber es ist eine Warnung, was in Zukunft noch passieren kann. Spanien hat sich in kurzer Zeit von einem Land der Auswanderung in ein Land der Einwanderung gewandelt.«[63] Das war zu einer Zeit, als Nordafrikaner, die früher nach Frankreich und Belgien zogen, anfingen, stattdessen in Italien und Spanien nach Arbeit zu suchen, damals, als beide Länder keine Visa verlangten. Die Migranten konnten in beide Länder als Touristen einreisen und dann weiter in andere europäische Länder fahren. Teil der Anziehungskraft war die damalige europäische Bestrebung, die internationalen Grenzen durchlässiger zu machen und die freie Bewegung zu erleichtern, sobald einer in Europa angekommen war. Die Bemühungen in den 90er-Jahren, die illegale Einreise zu bekämpfen, wurden dadurch erschwert, dass sich Marokko geweigert hatte, Nicht-Marokkaner zurückzunehmen, die aus dem Land nach Europa gereist waren. Selbst wenn es den Behörden gelang, Boote in

der Region abzufangen, erzählte ein spanischer Beamter, »fanden sie andere Wege, um ins Land zu gelangen. Sie benutzten größere Boote und landeten ein Stück weiter weg an. Sie versuchten es in Italien und Portugal. Es gibt so viel Elend da drüben, also kommen sie wieder, immer wieder.«[64]

Obwohl die spanischen Bemühungen, die Migration aufzuhalten, erfolgreicher waren als die italienischen und griechischen, ist der Strom bis heute nicht abgeebbt. Er konzentriert sich seit 2010 auf die Enklaven von Melilla und Ceuta, extrem verlockende Ziele für jeden, der nach Europa will. Die regelmäßigen Versuche der Migranten, die Zäune und Mauern zu überwinden, die die Enklaven schützen, bedeuten Zusammenstöße mit der Polizei und immer wieder Unruhen. Trotz der Anziehungskraft der Enklaven brechen die Boote weiterhin mit dem Ziel auf, spanisches Festland oder winzige Inseln wie Isla de Alborán zu erreichen. Im Dezember 2014 legte ein Boot mit mehr als 50 Schwarzafrikanern trotz schwerer See in Nordmarokko nach Südspanien ab. Der muslimische Kapitän aus Kamerun beschuldigte einen christlichen Geistlichen, der an Bord betete, schuld am schlechten Wetter zu sein. Der Kapitän und die Crew schlugen den Geistlichen zusammen und warfen ihn über Bord. Dann durchsuchten sie die anderen Passagiere, identifizierten die Christen, schlugen sie und warfen sie ebenfalls ins Meer.[65]

Diese ist nur eine der größeren Routen, eine, die seit Jahren existiert. Neu ist nur die Zahl der Menschen, die sie nutzen. Es war jedoch ein anderer Teil der Mittelmeerregion, der in den entscheidenden Jahren der Krise die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zog.

Kapitel 5
»Es gibt nichts, was wir nicht gesehen hätten«

Ebenso wie die italienischen erreichten auch die griechischen Inseln schon seit Jahren Schiffe der Migranten. Und ebenso wie die Italiener wurden auch die griechischen Behörden mit dem Problem allein gelassen. Es hätte kaum ein unglücklicheres Land treffen können, um mit dieser Herausforderung fertigzuwerden. 2015 befand sich die griechische Wirtschaft seit sechs Jahren in einer Schuldenkrise. Während das Land mit dem von Europa, allen voran von Deutschland, erzwungenen Sparkurs kämpfte, musste es auch noch mit dem humanitären Notstand an seiner zerklüfteten Küste fertigwerden.

Wie auf den italienischen Inseln begann auch die Migration nach Griechenland, schon Jahre bevor der Rest des Kontinents überhaupt darauf aufmerksam wurde. Etliche griechische Inseln liegen nicht weit entfernt von der türkischen Küste, und das macht den Norden der Ägäis und die zwölf Inseln der Dodekanes zu einem noch einfacheren Ziel als die Inseln vor den Küsten Nordafrikas. Ebenso wie in Italien waren die griechischen Inseln ohnehin durch finanzielle und soziale Probleme belastet, als der Strom der Migranten anschwoll. Und ebenso verschoben die Behörden die Migranten weiter ins Inland in der Hoffnung, sie würden einen Weg weiter in Richtung Norden ins restliche Europa finden.

Während ihrer ganzen Geschichte war die Verwundbarkeit dieser Küstenlinie selbst nach regionalen Maßstäben außergewöhnlich. Das ist der Grund, warum die byzantinischen und osmanischen Reiche und andere so viele Schlachten um diese Inseln schlugen und sie zu

verschiedenen Zeiten besetzt hielten. Von der Nordküste von Lesbos kann man die Türkei klarer erkennen als irgendeine der anderen griechischen Inseln. Es sind nur fünf Meilen, die diesen Teil von Europa von der Türkei trennen. Man versteht, wieso die Schleuser glaubhaft klingen, wenn sie den Menschen erzählen, die Reise nach Europa sei nicht komplizierter als die Überquerung eines Flusses. Da die Überfahrt noch kürzer ist als von Nordafrika nach Lampedusa, kostet diese Reise entsprechend 1500 US-Dollar. Im Winter, wenn die See rauer werden kann, haben einige, die an die Küste gelockt wurden, sich geweigert, die Schiffe zu besteigen, als sie sahen, was für klapprige Gefährte das waren. Man sagte ihnen dann, egal, ob sie einstiegen oder nicht, den Preis von 1500 Dollar müssten sie so oder so zahlen, und dann müssten sie noch einmal 1500 aufbringen, wenn sie bereit waren, mit einem anderen Schiff zu fahren.

Nach Ablegen von der Küste brauchen die Boote zwischen 90 Minuten und zwei Stunden, um Griechenland zu erreichen. Im Gegensatz zu den Schleusern aus Libyen benutzen die aus der Türkei keine Boote aus Holz für die kurze Reise. Sie bevorzugen Boote aus Plastik, und diese kann man nicht wie auf Lampedusa auf großen Scheiterhaufen verbrennen. Sie können auf den Inseln auch nicht recycelt werden, weil sie aus einem besonders billigen Plastik hergestellt sind. Und so werden sie gesammelt und auf einem größeren Schiff aufs griechische Festland gebracht. Aber natürlich können auch diese Boote sinken, ob bei gutem oder schlechtem Wetter.

Auf die Einwohner dieser Inseln achtete die Welt genauso wenig wie auf Lampedusa, die aber reagierten mit ähnlicher Barmherzigkeit, was auch der Erinnerung an ihre eigene Geschichte geschuldet war. Viele der Familien auf diesen Inseln haben ihre eigenen Migrationserinnerungen. Als der griechisch-türkische Krieg 1922 endete, strömten von Kleinasien flüchtende Griechen auf die Inseln. Mehr als drei Millionen Griechen flohen aus Gebieten, die heute zur Türkei gehören, auf Inseln wie Lesbos, wo jeder Dritte ein Abkömmling jener Flüchtlinge ist. An Tagen, wenn am »Fluss« zwischen der Türkei und Lesbos wieder einmal eine kleine Armada von Booten aufbricht, erblicken die Migranten als Erstes wahrscheinlich den kleinen Ort Skala Skamnias an der Nordküste von Lesbos. Sein winziger Hafen, ein paar

Bars und Restaurants und die kleine Kapelle auf einem Felsvorsprung sind von Flüchtlingen von 1922 gegründet worden.

Obwohl Bewegungen und Migration seit Jahrhunderten zur Geschichte dieser Inseln gehören, ist das, was in den letzten Jahren geschehen ist, neu. Nicht nur wegen der stetig wachsenden Zahl der Ankömmlinge, sondern auch wegen der Orte, aus denen sie kommen. Obwohl nur wenige der Einheimischen auf der Unterscheidung bestehen, diese Neuankömmlinge sind keine Griechen, die vor einem Konflikt im Ausland flüchten und dabei heimkehren. Es sind Menschen, die vor fernen Konflikten fliehen und auf ihrem Weg viele sichere Länder durchquert haben. Immer mehr Menschen unter ihnen flüchten vor Armut, Arbeitslosigkeit oder Aussichtslosigkeit, sie sehen Europa als die Antwort auf ihre Probleme und Griechenland als den Weg nach Europa.

Wie im Falle der italienischen Eingangshäfen verstärkte sich der Strom auch in Richtung der griechischen Inseln im Laufe des »Arabischen Frühlings«, insbesondere ab dem Bürgerkrieg in Syrien. Aber ebenfalls wie in Italien kamen auch hier Menschen aus viel weiter entfernten Gegenden an. Aus Ländern mit Aufständen, instabilen Regierungen – wie zum Beispiel Afghanistan –, aber auch aus Ländern, die mit europäischen Mächten verbündet waren, oder aus Ländern mit angeblich stabilen Regierungen wie Pakistan. Zu diesem Strom der Menschen, die vier oder fünf Länder durchquert hatten, bevor sie die türkische Küste erreichten, gehörten auch Menschen, die den langen Weg aus Afrika kamen.

Aber selbst für Griechenland, das die Flut von Menschen schon früher erreicht hatte, war es das Jahr 2015, das alles änderte. Nicht weil in Fernost oder dem Nahen Osten oder Afrika etwas geschehen wäre, sondern weil etwas viel weiter im Norden, in Deutschland, geschah.

Über Radio- und Fernsehnachrichten erfuhren nicht nur die Menschen in Afrika und im Nahen Osten etwas über das Leben in Europa, sondern auch die Europäer etwas über die Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten. Nur wenige Dinge beeindruckten die Zuschauer der Abendnachrichten mehr als die Geschichten über die Boote, die im Mittelmeer kenterten und sanken: die Verwandlung der südlichen Küsten Europas in einen großen Friedhof. Schon seit 2011 bewegte dieses menschliche Elend die Herzen der Italiener und

Griechen, nun begann auch das restliche Europa darauf aufmerksam zu werden.

Nirgendwo sprach und sorgte man sich mehr darüber als in Deutschland. Aber was kommen sollte, entwickelte sich vor einem mehr als unglücklichen Hintergrund. Schon 2014 erreichte eine Migrationswelle das Land, die größer war als jemals zuvor. In dem Jahr stellten geschätzte 200 000 Menschen einen Asylantrag. Als Folge begannen sich einige Deutsche Sorgen wegen der Sicherheit und der Identität zu machen. Wie konnte das Land damit fertigwerden, weiterhin in einem solchen Maße Flüchtlinge und Asylsuchende aufzunehmen, wenn man schon in den Jahrzehnten davor die Grenzen weit geöffnet hatte – wie jedes andere Land in Westeuropa auch – für Menschen, die auf ehrliche oder andere Weise als Gastarbeiter ins Land kamen. Welche Folgen würde es für Deutschland haben, dass die meisten der Neuankömmlinge islamischen Glaubens waren? 2014 begann eine Bewegung, die sich Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) nannte, in Dresden und in anderen deutschen Städten gegen diesen Anstieg der Migration zu demonstrieren.

In ihrer Neujahrsansprache 2014 behandelte Kanzlerin Merkel diese Gruppe gesondert und richtete ihre besondere Kritik gegen sie. Sie sagte: »Deshalb sage ich allen, die auf solche Demonstrationen gehen: Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen!« Und weiter erklärte sie: »Eine Folge dieser Kriege und Krisen ist, dass es weltweit so viele Flüchtlinge gibt wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Viele sind buchstäblich dem Tod entronnen. Es ist selbstverständlich, dass wir ihnen helfen und Menschen aufnehmen, die bei uns Zuflucht suchen.« Auch sprach sie über das demografische Problem Deutschlands und sagte: »Die Zuwanderung von Menschen (ist) ein Gewinn für uns alle.«[66] Im folgenden Mai erklärte Innenminister Thomas de Maizière, dass die deutsche Regierung die Ankunft von 450 000 Flüchtlingen im Jahr erwarte.

Im Juli dann brach die menschliche Seite des Migrationsthemas in die deutschen Nachrichten in der Person eines 14 Jahre alten palästinensischen Mädchens herein, dessen Familie den Libanon verlassen hatte. Merkel führte in Rostock einen Bürgerdialog mit

Schülern über aktuelle Themen, und dieses Mädchen äußerte die Sorge, dass ihre Familie abgeschoben werden könnte. Die Antwort der Kanzlerin versinnbildlichte die Schwierigkeit, die entsteht, wenn natürliches menschliches Mitgefühl auf ein kompliziertes politisches Problem trifft. Sie sagte dem Mädchen, das ihr gegenübersaß: »Du bist ein unheimlich sympathischer Mensch.« Aber dann fügte sie hinzu: »Das ist manchmal auch hart.« In den Lagern im Libanon säßen noch Abertausende Flüchtlinge. Deutschland könne es nicht schaffen, allen Flüchtlingen im Nahen Osten oder in Afrika zuzurufen: »Ihr könnt alle kommen.«[67] Merkel versprach, dass die Fälle schneller bearbeitet werden würden, aber es sei klar, dass manche würden zurückgehen müssen. Und dann begriffen in einem schauerlich fesselnden Moment die Produzenten und Moderatoren des Programms sofort, dass das, was jetzt geschah, es in alle Nachrichtenprogramme schaffen würde: Während sich die Kanzlerin auf die nächste Frage vorbereitete, kam ein Geräusch von dem Mädchen. Sie begann zu weinen. Merkel ging zu ihr hin, um sie zu trösten. Es kam zu einem Wortwechsel zwischen ihr und dem Moderator, der wohl auf eine Live-Amnestie hoffte. Was die Kanzlerin dabei gewiss im Hinterkopf hatte, war die zuletzt erheblich angestiegene Zahl von Migranten aus Griechenland und Italien. Aber beeindruckt durch diese persönliche Geschichte, kritisierten viele deutsche Medien Merkel für die Kälte ihrer Antwort. Die Kälte sollte sie bald ad acta legen.

Während Griechenland und Italien den Neuankömmlingen erlaubten, weiter nach Europa vorzustoßen, erhöhte das Innenministerium die bis dahin erwartete Zahl von Migranten für 2015 auf 800 000. Das war das Vierfache der Ankömmlinge von 2014. Eine Woche später sann das Ministerium zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) darüber nach, was sie mit Menschen anfangen sollten, die über Griechenland und Ungarn nach Deutschland unterwegs waren. Würde man sie, wie es den Vorschriften entsprach, nach Ungarn zurückschicken? Man war sich einig, es nicht zu tun. Am 25. August stellte das BAMF auf Twitter fest: »Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt.« Die Botschaft ging sofort um die ganze Welt. Am letzten Augusttag machte die Kanzlerin schließlich ihre wichtigste Aussage: Vor ausländischen

Journalisten in Berlin sagte sie: »Deutsche Gründlichkeit ist super, aber jetzt ist Flexibilität gefragt.« Und zu Europa sagte sie: »Europa als Ganzes muss sich bewegen. Die Staaten müssen die Verantwortung für asylbegehrende Flüchtlinge teilen. Die universellen Bürgerrechte waren bislang eng mit Europa und seiner Geschichte verbunden. Das ist einer der Gründungsimpulse der Europäischen Union. Versagt Europa in der Flüchtlingsfrage, geht diese enge Bindung mit den universellen Bürgerrechten kaputt. Sie wird zerstört, und es wird nicht das Europa sein, das wir uns vorstellen, und nicht das Europa sein, das wir als Gründungsmythos auch heute weiterentwickeln müssen.«[68] Die deutsche Kanzlerin öffnete damit das Tor zu Europa und motivierte ihre Landsleute mit dem Spruch: »Wir schaffen das.« Deutschland sei politisch und ökonomisch stark genug, um bei dieser Aufgabe Erfolg zu haben. Die meisten Medien unterstützten sie. »Merkel, die Mutige«, titelte der *Economist* und schrieb weiter im Artikel: »Die deutsche Kanzlerin verhielt sich in der Flüchtlingsfrage mutig, entschlossen und richtig.«[69]

Obwohl es Merkel nicht zustand, allein zu entscheiden, zog sie den ganzen Kontinent mit sich, egal, ob die anderen es wollten oder nicht. In einem Europa, in dem es keine Grenzen mehr gab und die freie Bewegung zu einem doktrinären Prinzip wurde, begann die Bewegung der Massen von außerhalb überall Probleme zu verursachen. Die Nachbarn Deutschlands erlebten, wie Hunderttausende Menschen durch ihre Territorien zogen auf ihrem Wege nach Deutschland. 2015 bewegten sich etwa 400 000 Migranten allein durch Ungarn. Der Strom von Menschen motivierte auch potenzielle Migranten aus anderen Ländern Europas. Zehntausende kamen vom Balkan, die bis dahin keinen legalen Weg gefunden hatten, um nach Deutschland zu gelangen. Sie schlossen sich dem Treck an, der sich über ihre Länder in Richtung Norden ergoss. Der Strom stieß auch weiter nach Norden vor. Die schwedische Regierung bestätigte ihren Wunsch, daran teilzuhaben, und so zogen bald täglich Tausende in Richtung Dänemark, um weiter nach Schweden zu gelangen, manchmal aber auch um in Dänemark zu bleiben. Während des Jahres 2015 stellten in Dänemark 21 000 Menschen einen Asylantrag, dreimal so viele wie in den beiden Vorjahren zusammengenommen. Aber die meisten wollten weiter nach Schweden. Natürlich gab es Kritik und auch direkte Proteste gegen

diese Politik. Aber an einem entscheidenden Punkt, als diese Bewegung wegen ihrer schieren Größe Gefahr lief, entpersonalisiert zu werden, bekam sie plötzlich ein menschliches Gesicht.

Ende August 2015, als gerade die einheimische Opposition gegen Merkel anfing, ihre Stimme zu erheben, wurde in Österreich auf einer Straße ein verlassener Lastwagen gefunden mit 71 toten Migranten, ausgerechnet an dem Tag, als die deutsche Kanzlerin zu Gesprächen in Wien eintraf. Die Diskussionen waren lautstark und hatten einigen Widerhall. Und dann, zwei Tage nach der Grundsatzerklärung Merkels legte ein Plastikboot in Bodrum mit einer kurdischen Familie aus Syrien an Bord ab, die hoffte, die griechische Insel Kos zu erreichen. Das Boot sank, und unter den Ertrunkenen war ein drei Jahre alter Junge mit dem Namen Aylan Kurdi. Seine Leiche wurde bald an die türkische Küste gespült, wo er, mit dem Gesicht nach unten liegend, aufgefunden wurde. Ein Fotograf hielt das Bild fest, das schnell um die ganze Welt ging. Im Wettkampf zwischen Kopf und Herz, zwischen Realisierbarkeit und Gefühlen, der bis dahin schon tobte, übertrumpfte an einem kritischen Punkt des Geschehens das Herz alles andere. Das Bild war ein Rückschlag für die seriöse Opposition gegen Merkels Politik der offenen Türen in Europa. Die Gegner mussten erklären, wie sie in Anbetracht des Bildes vom toten Aylan so gefühllos reagieren konnten. Zeitungen, die normalerweise dafür waren, die Regeln der Migration zu verschärfen, änderten plötzlich ihren Ton, um ihn dem Bild auf ihren Titelseiten anzupassen. Manche Zeitungen und Politiker fragten, ob es nicht an der Zeit sei, Syrien zu bombardieren, um solches Leid zu vermeiden. In der Zwischenzeit eroberten Schauspieler und andere Prominente Twitter unter dem Hashtag »Refugees Welcome« und forderten, Europa möge seine Tore öffnen. Die Gegner, hieß es plötzlich, seien gleichgültig gegenüber dem Schicksal von Kindern.

Es überrascht nicht weiter, dass inzwischen auch der britische Premier David Cameron, bis dahin ein Kämpfer gegen die von der EU erzwungenen Migrantenquoten, einknickte und zustimmte, weitere 20 000 syrische Flüchtlinge (allerdings über einen Zeitraum von fünf Jahren) aufzunehmen. Überall in Europa brachen die Dämme. Kameraleute begleiteten die Ströme der Migranten, wie sie sich über Felder, Wege und Grenzen ergossen. Angela Merkel ihrerseits erklärte, es gebe »keine Begrenzung« dafür, wie viele Migranten Deutschland

aufnehmen würde, und sagte: »Als ein starkes, wirtschaftlich gesundes Land haben wir die Kraft zu tun, was notwendig ist.« In den darauffolgenden 48 Stunden berichtete die *New York Times* über eine Zunahme der Migranten aus Nigeria und anderen Ländern, die erkannten, dass sich jetzt eine Gelegenheit für sie eröffnete, europäische Bürger zu werden.

Es ist einfacher, solche Entscheidungen zu verhöhnen, als sie zu treffen, und es ist vermutlich einfacher, sie zu treffen, als es sein sollte. In allen Ländern des Kontinents steckten die Politiker in einem ähnlichen Dilemma, wie eine Person, die sieht, wie sich ein Schiff der Küste nähert. Wenn die Menschen kämpfen, um an Land zu gehen, sagt der Instinkt fast aller Beobachter – und ganz gewiss der Instinkt der modernen Europäer –, dass man den Menschen helfen sollte. Nur wenige würden sie zurück ins Meer stoßen. Nur einige Monate nachdem Merkel gesagt hatte, Politik sei »hart«, und sie versucht hatte, die Stellung vor einem vierzehnjährigen libanesischen Mädchen zu halten, beschloss sie nun, Nachgiebigkeit zu zeigen. Obwohl sie nicht nur für sich selbst, sondern für einen ganzen Kontinent entschieden hatte, ist der Impuls durchaus nachvollziehbar. Der Wunsch, alle Ankömmlinge willkommen zu heißen, war zwar kein historisch immer schon da gewesener innerer Drang, aber jetzt wurde er für die Europäer zu einer Selbstverständlichkeit, und das Gegenteil schien unvorstellbar.

Die Einwohner der Insel Lesbos sind – wie die der anderen Inseln – ein gutes Beispiel dafür. Der Haupthafen Mytilini ist eine der nächstgelegenen Punkte zur Türkei. Auch in diesem Fall sehen die Migranten, wenn sie ablegen, Europa direkt vor sich. Beleuchtet türmt sich über den zentralen Punkt des Hafens der Dom des St. Therapon, der nach dem Bischof von Zypern benannt wurde. Der Bischof wurde 632, als er eine Messe las, von islamischen Arabern niedergemetzelt. Im Dom selbst steht der Sarkophag des Bischofs Ignatios, eines führenden Gegners der osmanischen Besatzung im 19. Jahrhundert. Um den Hafen herum findet man Läden, Bars, Hotels, unter ihnen auch ein Hotel mit dem Namen Sappho, ein Name, den man überall auf Lesbos findet, kam doch die Dichterin von dieser Insel. Mit ihren 87 000 Einwohnern ist Lesbos vergleichbar mit den anderen größeren griechischen Inseln. In der Hitze des Tages macht der Geruch von Öl, Fisch und Brackwasser den Hafen weniger anziehend, als er zunächst

erscheint. Doch am Abend, wenn ein leichter Wind aufkommt, erwachen und brummen die Bars und Cafés, und aus Anlagen dröhnt Popmusik.

Wie auf Lampedusa können die Kontraste schockierend sein. Ein italienischer Helfer beschreibt eine Szene, wie sie in den Sommermonaten vorkommen kann, wenn eine Schiffsladung Migranten von der See in den Hafen gebracht wird. Auf dem Boot liegen die Leichen zwischen den Lebenden, während die Musik von Partys zu hören ist, die die wohlhabenderen Griechen, die im Sommer immer noch auf die Insel kommen, auf den Felsen und den Stränden veranstalten. In Mytilini begegnen die Migranten, die oft durch ihre eigene Version der Hölle gegangen sind, während ihrer ersten Schritte in ihrem neuen Leben Szenen, die zu den besten Seiten des schönen Lebens in Griechenland gehören.

2015 gab es eine Zeit, als täglich 8000 Menschen in Mytilini ankamen, einer Stadt, die gerade mal 30 000 Einwohner hat. Die Schiffe landeten entlang der langen Küstenstraße zwischen dem Flughafen und dem Hafen. Einige der Migranten gingen zu Fuß in die Stadt. Andere nahmen ein Taxi und baten den Fahrer, sie nach Moria zu bringen, dem Hauptempfangszentrum hinter der Stadt. Den einheimischen Fahrern war aufgefallen, dass alle, die von den Schiffen kamen, genau wussten, dass das Taxi nach Moria 10 Euro kostete.

Auf den griechischen Inseln – wie auch in Italien – fühlten sich die lokalen Behörden allein gelassen. Der Bürgermeister von Lesbos war daran nicht unschuldig. So war es auch beim Bürgermeister der weiter südlich gelegenen Insel Samos. Kooperierten sie? Nein, das Büro des Bürgermeisters sagt: Jeder ging seinen eigenen Weg. Aber auf jeder einzelnen Insel wird die Organisation zusätzlich kompliziert. Als der Zustrom anschwoll, wurde zum Beispiel das frühere Militärlager Moria auf Lesbos in ein provisorisches Aufnahmezentrum umgewandelt, das unter der Kontrolle des entsprechenden Ministeriums in Athen steht. Das andere Lager auf der Insel, Kara Tepes, steht hingegen unter der Kontrolle der lokalen Verwaltung. Wann immer man fragt, warum, seufzen die Leute nur. Auf jeden Fall war die Anstrengung, jedem Papiere für die weitere Reise auszustellen, eine Zeit lang erfolgreich. Etwa zwei Tage nach ihrer Ankunft waren die Migranten wieder im Hafen und legten erneut ab, diesmal mit einer Fähre auf dem Weg nach

Athen oder Kavala entlang der Küste von Thessaloniki. Ab dann war es den griechischen Behörden egal, ob sie sie aus den Augen verloren. Sie wussten, dass die meisten nicht in einem Land bleiben wollten, in dem die Arbeitslosigkeit schon für die Einheimischen schlimm genug war. Sie würden weiter durch Südosteuropa reisen in die Länder, von denen sie glaubten, dass sie sie aufnehmen würden: insbesondere nach Deutschland und Schweden. Als die Prozedur länger zu dauern begann, weil die Behörden von der Zahl der Migranten überwältigt wurden, brachen Unruhen aus. Im September 2015, als der Zufluss aufgrund der Einladung der deutschen Kanzlerin seinen Höhepunkt erreichte, kam es auf Lesbos zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Migranten und der lokalen Bereitschaftspolizei. Nachdem die Bearbeitung der Fälle bedeuten konnte, dass manche Migranten bis zu zwei Wochen auf der Insel verbringen mussten, zogen sie in Massen zum Hafen und riefen »Asyl!« und »Wir wollen nach Athen!«. Einige syrische Migranten bewarfen die Polizei mit Steinen und Flaschen. Andere versuchten, sie davon abzuhalten.

Während des Winters 2015/16 begann der Prozess zu stocken. Die Zahl der Ankömmlinge blieb weiterhin hoch, aber die anfängliche Begeisterung Resteuropas begann zu schwinden. Es gab eine Zeit, in der sich 20 000 Flüchtlinge in Mytilini aufhielten. Weder Moria noch Kara Tepe sind auch nur für ein Viertel davon ausgelegt. Aber die Einwohner von Mytilini wandten sich nicht gegen die Neuankömmlinge, obwohl sie zahlenmäßig fast von ihnen übertroffen wurden. Als beide Migrantenzentren aus den Nähten platzten, tauchten Zelte auf jeder grünen oder erdigen Fläche, auf Kreisverkehrsinseln und Bürgersteigen im Stadtzentrum auf. In der schlimmsten Winterzeit öffneten die Einheimischen ihre Häuser oder räumten ihre Garagen für die Migranten, um sie vor den härtesten Wetterbedingungen zu schützen.

Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei vom März 2016 milderte den Druck ein wenig und bremste den Zustrom. Das Abkommen sah insbesondere vor, dass im Gegenzug zu einer Zahlung von 6 Milliarden Euro und dem Versprechen der Visumfreiheit für Türken nach Europa Asylsuchende, die die Türkei als Transitland benutzt hatten, wieder in die Türkei abgeschoben werden können. Daraufhin nahm die Zahl der Migranten, die nach Europa

kamen, deutlich ab. So sank die Zahl der Ankömmlinge auf Lesbos während des August auf ein paar Hundert, an manchen Tagen auf ein paar Dutzend. In einer Nacht, als das Meer spiegelglatt war, schafften drei Boote die Überfahrt: Zwei erreichten den Norden der Insel, eines kam im Hafen von Mytilini an. Ein viertes wurde von der türkischen Marine aufgehalten. Migranten und Helfer sind einhellig der Meinung, dass die Marine eine Haltung des Laissez-faire gegenüber den Booten an den Tag legt, die sie hätte aufbringen und zur Rückkehr im Sinne des EU-Türkei-Abkommens zwingen müssen.

Das zweite Aufnahmezentrum auf der Insel, Kara Tepe mit einer Aufnahmekapazität von 1500, wurde von der Kommune 2015 errichtet, um Familien, Frauen und Kinder unterzubringen, mit Ausnahme der unbegleiteten Minderjährigen, die in Häusern einquartiert wurden. Im August war die Einrichtung teilweise nicht mal halb voll. Obwohl nach dem Putschversuch in der Türkei die griechischen Behörden befürchteten, dass sich der Zustrom des vorigen Sommers wiederholen könnte, blieb es verhältnismäßig ruhig. Am Eingang des Lagers ergaben sich Möglichkeiten für Dienstleistungen und für das Geldverdienen. Budenbesitzer stellten Imbisswagen und Verkaufsstände für Getränke auf. Die einzige Person, die außer mir versuchte, ins Camp zu kommen, war ein junger Mann aus dem Kongo, der im Lager von Moria untergebracht war und jetzt seine Schwester und ihre Kinder in Kara Tepe besuchen wollte. Vor dem Lager trank er Bier und rauchte, während wir in der Mittagssonne warteten. Er hatte Verbindungen zur politischen Opposition seines Heimatlandes, und so war es für ihn nicht mehr sicher zu bleiben. Er sagte, er habe studiert und in einem psychiatrischen Krankenhaus im Kongo gearbeitet. Es war ihm nicht gelungen, seine Schwester mit dem Mobiltelefon in Kara Tepe zu erreichen. Die Menschen waren hier nicht eingesperrt, aber man konnte auch nicht so einfach ins Camp hineingehen.

Im Camp selbst sieht es erwartungsgemäß aus wie in einem armen, notdürftigen Zufluchtsort. Es gibt Blechhütten für die Familien, für ärztliche Versorgung und andere notwendige Einrichtungen. Ein Fußballplatz für die Kinder ist eingerichtet worden, und es gibt ein kleines Amphitheater mit Blechdach für gelegentliche Musikdarbietungen. Alte und behinderte Menschen haben gesonderte Einrichtungen, unter anderem Behindertentoiletten, die weiter weg

aufgestellt sind, getrennt vom allgemeinen Komplex. Die meisten Menschen, hier fast 70 Prozent, kommen aus Syrien. Die nächstgrößeren Gruppen bilden die Afghanen und Iraker. Die Frau aus Athen, die im Auftrag der Kommune das Camp leitet, ist sehr stolz auf die Einrichtung und die innovative Haltung, die sie hier nach eigenem Bekunden pflegen. Die Menschen werden nicht »Flüchtlinge« oder »Migranten« genannt, sie besteht darauf, dass sie »Besucher« seien. Das Lager ist auch in anderer Hinsicht fortschrittlich, deshalb erlauben sie Journalisten bereitwillig, es zu besuchen, wenn sie die nötigen Papiere haben. Den »Besuchern« werden drei Mahlzeiten am Tag serviert, und anders als in anderen Camps wie Moria müssen sie nicht Schlange stehen. Das Essen wird ihnen zu den Türen ihrer Hütten gebracht. Sie bekommen Kleidung, wenn sie welche benötigen.

Bei all den Vorteilen, die das Camp Kara Tepe bietet, das Problem der »Besucher« im Sommer 2016 ist, dass sie hier gestrandet sind. Seit dem Ansturm 2015 haben die anderen Länder Europas ihre Grenzen geschlossen, das heißt, es besteht keine Möglichkeit, dass der Strom durch Europa wieder losgeht. Diese »Besucher« haben nicht einmal die Chance, nach Athen zu gelangen, weil die Verantwortlichen erkannt haben, dass dann ganz neue Probleme auf sie zukommen würden. So kommt es, dass dort, wo sie früher vielleicht 48 Stunden verbracht hätten und wo schon zwei Wochen zum Aufruhr führten, manche Familien schon seit Monaten hausen. Vor dem Camp kaufen ein siebzehnjähriges Mädchen und ihr achtjähriger Bruder Pommes mit Soße. Sie kommen aus Aleppo und sind schon seit vier oder fünf Monaten hier. Sie bekommen jetzt Unterricht, und man versucht ihnen einige Fertigkeiten beizubringen, es gibt zum Beispiel Musikunterricht und sogar Geigenstunden. Aber sie wissen nicht, wann und wohin es für sie und die anderen »Besucher« weitergeht.

Es ist verständlich, dass die Behörden und die NGOs, die das Camp zu führen helfen, misstrauisch sind, wenn die »Besucher« mit Journalisten sprechen. Viele sind traumatisiert, und so wie in Lampedusa weiß auch hier niemand genau, was man mit den Migranten anfangen soll und – wenn überhaupt – was es für legale oder sonstige Einschränkungen gibt. Entlang der Straße und unten am Strand ist spontan eine Zeltstadt entstanden. Auf die Mauer entlang der Autobahn hat jemand in Großbuchstaben aufgesprüht: »Flüchtlinge!

Verurteilt den Deal! Keine Person ist illegal! Welcome Refugees!« Die gleiche Botschaft steht da auch auf Spanisch. Wenn man hier mit dem Boot ankommt, wie viele Migranten es tun, ist das die erste Botschaft, die sie in Europa empfängt.

Die Zeltstadt gegenüber wird von einer »No Borders Group« organisiert. Ein junger Deutscher mit dem Namen Justus kommt, eine selbstgedrehte Zigarette rauchend, zu uns. Er komme aus Dresden, sagt er, es klingt ein wenig entschuldigend. Vor zwei Wochen eröffnete er zusammen mit einer Gruppe Gleichgesinnter aus Deutschen, Franzosen und Schweizern ein Sozialzentrum in einer verfallenden Ruine auf der anderen Straßenseite. Es sollte kein Asylzentrum, sondern ein Tageszentrum sein, um den Migranten einen Aufenthaltsort zu bieten, wo sie der Langeweile des Lagers entfliehen könnten. Doch ein paar Tage später warf sie die Bank, der das Gebäude gehört, hinaus, weil sie befürchtete, dass sie ein illegales Lager errichten wollten. Also versuchen sie, hier gegenüber dem Strand mit ein paar behelfsmäßigen Zelten das Projekt weiterzuführen. Oda, eine etwa vierzigjährige Frau aus Hannover, erklärt: »Es reicht nicht aus, zu Demonstrationen zu gehen und ›no borders‹ zu schreien. Man muss auch etwas tun.«

Diese Gruppe, die hauptsächlich aus Deutschen besteht, versucht ihr Bestes zu geben. Was sie tun, ist zusammengeschustert, unterfinanziert und eher symbolisch. Oda zeigt das Foto des Gebäudes, das sie haben verlassen müssen. An den weiß getünchten Wänden ihres ehemaligen Sozialzentrums hing bunter Schnickschnack, die Hausregeln waren mit blauer und roter Farbe auf die Wand gemalt. Das waren (mit Aufzählungspunkten versehen): »Kein Rassismus. Keine Gewalt. Kein Sexismus. Keine Homophobie.«

Oda und ihre Kollegen sagen, die etwa 50 Leute, die täglich in die Zelte der Gruppen kommen, täten es nicht wegen des Tees, des Wassers oder der etwa 300 bis 600 Portionen Essen am Tag, die sie als Ergänzung zu den Mahlzeiten ausgeben, die die Menschen in den Lagern erhalten. Was die Afghanen, Pakistanis, Marokkaner und Eritreer wollen, sei »Respekt«. Unlängst trafen sie einen Christen aus Pakistan, dessen ganze Familie von den Taliban ermordet wurde. Danach gefragt, was er sich am meisten wünsche, antwortete er: »Ein Lächeln.«

Doch die deutsche »No Borders Group« ist nicht überall willkommen. Neben den Problemen mit ihrem früheren Vermieter und den Behörden der Insel ist sie auch einigen Inselbewohnern suspekt. Nicht nur, weil ihre Anwesenheit suggeriert, die Griechen seien nicht fähig, mit der Situation fertigzuwerden. Ein Einheimischer sagt, sie seien »schlechte Menschen. Sie sind politische Aktivisten.« Andere Einheimische unterstützen sie. Manche versorgen sie mit Hilfsmitteln. Ein örtlicher Gemüsehändler beliefert sie umsonst. Und hier müssen die Menschen nicht wie in Moria in 200 Meter langen Schlangen für Essen anstehen. Beschwerden über Lebensmittelknappheit, Lebensmittelvergiftungen und andere elende Bedingungen im Moria-Camp machen verständlich, warum die Behörden niemandem erlauben, die Einrichtung zu besuchen. Ein sechzehnjähriger Afghane erzählt, dass es nicht einmal erlaubt sei, in dem Lager, in dem zurzeit 3000 Menschen leben, auch nur zu fotografieren. Der nächste Punkt, bis zu dem Nicht-Migranten vordringen können, ist der Eingang, aber selbst von hier aus wird klar, dass die Lage hier eine ganz andere als in Kara Tepe.

Das frühere Militärlager Moria ist mit bis zu vier verschiedenen Stacheldrahtzäunen auf jeder Seite begrenzt. Die gegenwärtigen Einwohner kommen von überall aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien. Die meisten kommen aus Syrien, Irak, Afghanistan und Afrika, aber auch aus Bangladesch, Myanmar und Nepal. Ein junger Eritreer beschrieb seine Route: Zuerst gelangte er in den Sudan, da nahm er ein Flugzeug in den Irak, reiste in die Türkei und von dort an die Küste von Lesbos, wo wir gerade sitzen. Die Afghanen dagegen kamen durch den Iran, manchmal durch Pakistan, bevor sie die Türkei erreichten. Alle erzählen, dass man heutzutage die Schleuser, die man bezahlt, gar nicht persönlich trifft. Alles wird über das Mobiltelefon erledigt, dort bekommen sie die Anweisungen für die einzelnen Schritte unterwegs. Ein neunjähriger afghanischer Junge erklärt ihren Weg. Sie sind jetzt seit zwei Monaten in Europa. Der Vater signalisiert, dass er uns privat sprechen möchte.

In einer Ruine an der Küste erzählt er ihre Geschichte. Sie kamen mit einem Boot aus der Türkei, das während der Überfahrt, die eine Stunde dauern sollte, zweimal kenterte. Beim zweiten Mal wurden sie von der griechischen Küstenwache aufgenommen. Er ist 31 Jahre alt

und kam mit seiner Frau, zwei Söhnen und zwei Töchtern. Die Mädchen sind fünf und eineinhalb. Gut aussehend und stark gebaut mit einer einzelnen weißen Strähne in der Mitte seines schwarzen Haares, trägt er Sportkleidung, die man ihm eindeutig nach seiner Ankunft gegeben hat. In Afghanistan arbeitete er im Bildungsministerium und war für die Schulen in der Provinz Herat verantwortlich. Als die Taliban wiedererstarkten, bekam er einen Anruf, dass er seine Stelle verlassen solle. Er weigerte sich, deshalb entführten ihn die Taliban und kerkerten ihn für drei Tage ein. Währenddessen brach man seine beiden Hände. An beiden sind große hervorstehende Beulen, aus dem Handgelenk ragen die Knochen heraus. Er schaffte es, aus dem Gefängnis zu fliehen, aber verletzte sich noch einmal, während er durch die afghanischen Berge stolperte.

Zwei Monate lang war er arbeitsunfähig. Aber danach ging er wieder zurück an die Arbeit. Daraufhin entführten ihn die Taliban erneut. Dieses Mal behielten sie ihn für 21 Tage. Er wurde wieder gefoltert, das zeigen die Narben an seiner Seite und den Armen. Sie haben ihn auch vergewaltigt, der Übersetzer sagt das so: »Sie griffen ihn von hinten an.« »Sie wissen doch, was das bedeutete?«, fragt er, um zu helfen, und sendet Signale mit seinem Gesicht, als der Mann sich wegdreht. Jede Nacht wurde er von den Taliban vergewaltigt. Während sie es taten, sagten sie zu ihm, dass er »keinen Gott« hätte. »Sie seien jetzt meine Götter, und das bedeute, dass ich jetzt alles tun müsse, was sie nur wollten.« Da war er schließlich bereit, sie zu unterstützen. Sie sagten ihm, dass er helfen solle, einen ihrer Männer in die Bildungsbehörde einzuschleusen. Sie hatten den Plan, etwas in das Wassernetz der Schulen der Gemeinden Adraskan und Gozareh mit 600 bis 700 Schülern zu tun. Wenn die Kinder vergiftet werden würden, würden die Eltern die Kinder nicht mehr in die Schule schicken, so war die Argumentation. Weil er damit einverstanden war, sie dabei zu unterstützen, erlaubten sie ihm diesmal heimzukehren.

Zu Hause beschloss er, mit seiner Familie zu fliehen. Als er in der Türkei ankam, rief er einen der Verantwortlichen an, um ihm vom Plan der Taliban zu erzählen und ihn dazu zu bringen, den Plan zu verhindern. »Ich habe alles verloren«, sagt er, »aber ich bin glücklich, dass ich das Leben der Kinder retten konnte.« Nach Hause gehen kann er nicht mehr, sagt er, »wenn die griechische Regierung mich

deportiert, werde ich mich umbringen«. Was bedeutete es für ihn, in Europa zu sein, frage ich ihn. »Ich bin glücklich, da zu sein, weil ich hier überleben kann. Weil ich hier sicher bin.« Dann wendet er sich ab. Er versucht, seine Tränen zu verbergen, die sein Gesicht herunterlaufen. Wir sitzen still. Später zeigt er noch mehr Narben auf seinem Bein von der Folter der Taliban. Wir geben uns die Hände und treffen auf der Straße zufällig auf seine Familie. Er stellt mich seiner Frau und seinen Töchtern vor, die ältere trägt eine rosa Kindermütze, die sie vermutlich von den Helfern bekommen hat. Und dann geht die Familie zusammen ins Camp.

Beim Camp von Moria treffen wir auf ein Brüderpaar aus der Region Ghazni im Südosten Afghanistans. Sie sagen, sie seien 18 und 20 und gehörten zum Stamm der Hazara, einer schiitischen Minderheit, die zu den besonderen Zielobjekten der IS in Afghanistan gehört. Die IS hat unter dieser »Häretikersekte« Massenenthauptungen durchgeführt. Aber der IS ist nur eines der letzten schrecklichen Dinge, die in ihrer Heimat geschahen. Bevor die IS kam, brannten die Taliban die Schule nieder und versuchten dann, die Brüder zu rekrutieren. Sie erzählen, dass auch die IS versucht habe, sie zu rekrutieren, als sie in ihr Gebiet kamen. Sie hatten die Wahl zwischen »schließt euch unserer Gruppe an, oder wir bringen eure ganze Familie um«. Daraufhin verließen die Jungen das Dorf und flohen nach Kabul. Ihre Eltern sind krank, so sind sie, die ältesten Jungen, dafür verantwortlich, den Haushalt zu unterstützen.

Während wir auf dem steinigen Boden sitzen, spielen die afghanischen Jungen und Männer im Staub mit ihren Händen. Ein älterer Mann von 62 Jahren, der aus der gleichen Provinz stammt wie die Jungen, hat Herzbeschwerden und hofft, sich seiner Tochter in Österreich anschließen zu können. Er ist durch den Iran gekommen, wo viele Hazara leben. Wenn Afghanistan nicht sicher ist, hätte er nicht im Iran bleiben können? »Ich kenne niemanden im Iran«, sagt er, und seine Augen füllen sich mit Tränen. »Was könnte ich im Iran machen?« Während wir miteinander reden, sammelt er kleine Haufen Staub und füllt sie in die Löcher im Boden. Und der jüngere der beiden Brüder, mit dunklen Schatten um seine tiefschwarzen Augen, nimmt kleine Kieselsteine in die Hand und schlägt damit mehrmals gegen den Boden, während wir uns unterhalten.

Die Hazara werden verfolgt, erklären sie, egal, wohin sie gehen. Selbst in Pakistan, wo viele Hazara leben, wird ihnen das Leben schwer gemacht. Die Brüder reisten illegal nach Pakistan ein, dann weiter illegal in den Iran und später illegal in die Türkei. Der Ältere erzählt, dass sein jüngerer Bruder besonders unter psychischen Problemen leide, was nicht weiter überraschend ist. Wenn der Jüngere spricht, bricht es mit Verzweiflung aus ihm heraus. »In jedem Land gibt es gute und schlechte Menschen«, sagt er. »Warum sehen uns die Europäer als Hunde und Kriminelle an? Sie sind nicht gut zu uns. Warum?« Sie sagen, sie würden Griechenland akzeptieren, aber Griechenland akzeptiere sie nicht. Die Leute schauten sie an und seien unfreundlich zu ihnen im Bus. In Moria macht die Camppolizei Geräusche mit dem Essen, als würden sie Tiere locken. Viele beschweren sich über das Camp Moria. Es soll dort Schlangen geben, die Löcher in die Zelte beißen und bereits zwei Einwohner getötet haben sollen. Aber die Verantwortlichen würden diese Tatsache vertuschen.

Irgendwann erwähnt der ältere Bruder wie beiläufig, dass die Taliban in Afghanistan seinen Bruder vergewaltigt hätten. Auf die Frage, was er unterwegs gesehen habe, antwortet der Jüngere: »Wir sind Afghanen«, sagt er. »Es gibt nichts, was wir nicht gesehen hätten. Enthauptungen. Die toten Körper. Alles.« Er würde Selbstmord begehen, sagt er, er würde es tun, wenn man ihn zurückschicke. Auf die Frage, was sie tun würden, wenn sie bleiben dürften, erzählt der ältere Bruder, dass er in Afghanistan angefangen habe, Pharmazie zu studieren. Er möchte sein Studium fortsetzen. Der Jüngere sagt, alles, was er wolle, sei, »ein Leben in dieser schlechten Lage zu finden«.

Die Afghanen sind nicht gut auf die Syrer zu sprechen. Im Wesentlichen geht es um das allgemeine Gefühl, dass die Syrer bevorzugt würden. Es stimmt, dass Kanzlerin Merkel bei ihrer Einladung 2015 insbesondere den Syrern versprach, keinerlei Beweise für ihr Asylbegehren vorbringen zu müssen. »Warum?«, wollen die Afghanen wissen. »In Syrien war seit fünf Jahren Krieg. In Afghanistan haben wir Krieg seit 15 Jahren.« Was ist an der Behauptung dran, dass Menschen nach Griechenland kämen, weil sie ein besseres Leben wollten? Einer der Afghanen, ein junger Mann, der gut Englisch spricht, antwortet: »Jeden Tag explodiert irgendwo in Afghanistan eine Bombe. Und trotzdem glaubt man, wir kämen hierher, um das Glück,

das Vergnügen zu suchen. Wir haben in Afghanistan keine wirtschaftlichen Probleme«, insistiert er, »wir können in Afghanistan durchaus Geld verdienen. Es geht um unsere Sicherheit.«

Wenn man diesen Menschen, die an solchen Orten waren, in diesen Zeiten zuhört, erscheint die Haltung, die Kanzlerin Merkel und ihre Minister 2015 zeigten, absolut berechtigt. Sie und ihre Kollegen gaben einen Teil der Antwort darauf, indem sie anerkannten, dass unser Kontinent vermutlich das einzig Richtige tut, was zivilisierte Menschen tun können, nämlich diese Menschen zu retten, sie willkommen zu heißen und für ihre Sicherheit zu sorgen. Aber die instinktive Großzügigkeit könnte sich – sowohl für die Menschen, die das Meer überqueren, als auch für den Kontinent, der versucht, sie willkommen zu heißen – als der einfachste Teil der Reise erweisen.

KAPITEL 6
MULTIKULTURALISMUS

Es geschah in Berlin am 31. August 2015, dass die deutsche Kanzlerin die seither viel zitierten Worte sprach: »Wir schaffen das!« Doch allein schon diese wenigen Worte warfen Fragen auf. Was war »das«, was sie wollte, dass es getan wird? Was waren die Ziele und Vorhaben? Gab es einen Punkt, an dem das Ziel erreicht und der Prozess abgeschlossen sein würde? Wie würde der Erfolg dieser Unternehmung aussehen? Dies allein wären schon große Fragen. Doch ihre drei kurzen Worte verlangten noch nach einer anderen ähnlich großen Frage: Wer war »wir«? Welches Wesen wurde gedrängt, das Schwer-zu-Definierende zu vollbringen? Mit ihrer Erklärung nahm Angela Merkel als gegeben an, dass ein »wir« existiert. In den Jahren zuvor ist Europa immer wieder tief in sich gegangen, um eine Antwort auf diese Frage zu finden. Die immer wieder erfolgte Rückkehr auf die Couch des Psychiaters galt keineswegs einer abstrakten Frage, sondern einer, die eine gewisse Dringlichkeit hatte und von dem Bewusstsein angetrieben wurde, dass ohne ein »wir« nichts funktionieren würde, wie es der niederländische Autor Paul Scheffer vor acht Jahren formuliert hat.[70]

Kanzlerin Merkel war sich des Problems mehr als bewusst. Fünf Jahre zuvor, im Oktober 2010, hatte Merkel eine große Rede über »die Lage der Nation« in Potsdam gehalten. Das geschah inmitten einer bedeutenden öffentlichen Debatte, die bereits seit geraumer Zeit im Gange war. Einige Wochen zuvor hatte Thilo Sarrazin, ehemals Berliner Finanzsenator und Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ein Buch veröffentlicht mit dem Titel *Deutschland schafft sich ab,* das wie eine Bombe in der konsensorientierten Gesellschaft einschlug. In dem Buch erklärte Sarrazin, wie die niedrige Geburtenrate unter Deutschen, verbunden mit einer hohen Migrationsrate – insbesondere islamischer Migration –, die deutsche Gesellschaft grundlegend verändern würde. Die wohl meisten Kontroversen rief die Feststellung hervor, dass eine hohe Geburtenrate unter weniger gebildeten und eine

niedrige unter gebildeten Menschen das Risiko für Deutschlands Nachkriegserfolg und -reichtum gefährde.

Obwohl es offenkundig war, dass sich die Migranten in Deutschland – genau wie Sarrazin behauptete – nicht integrierten, fiel die politische und mediale Elite über Sarrazin wegen seiner ketzerischen Behauptungen her. Infolgedessen wurde Sarrazin gezwungen, von seinem Posten bei der Bundesbank zurückzutreten. Und obwohl er selbst zu den politisch Linken in Deutschland gehörte, distanzierte sich seine Partei, die SPD, von ihm ebenso wie die CDU Angela Merkels. Verschiedene islamische Organisationen versuchten, ihn vor Gericht zu verklagen. Den größten Schaden aber richtete die (grundlose) Unterstellung an, Sarrazin sei Antisemit. Das Buch aber traf die Stimmung der Öffentlichkeit. Laut einer Umfrage etwa zur gleichen Zeit waren 47 Prozent der Deutschen der Meinung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Obwohl deutsche Politiker vorsorglich einen festen »cordon sanitaire« um die Debatte über Fragen von Migration, Integration und Islam errichtet hatten, verkaufte Sarrazin zwei Millionen Exemplare seines Buches, was unter anderem bewies, dass weite Teile der Gesellschaft sich nicht davon abhalten ließen, Dinge zu denken, von denen ihre politischen Vertreter nicht wollten, dass sie gedacht wurden.

Mit dem von ihr bekannten politischen Geschick entschied sich Merkel dafür, über diese Angelegenheit zu reden, zum einen, um die Menschen mit diesen Befürchtungen für ihre Partei zu erhalten, und zum anderen, um korrigierend einzugreifen, wo sie glaubte, dass Sarrazin und jene, die seiner Meinung waren, falschlagen. In ihrer Rede in Potsdam begann sie mit Verweisen auf das 1960 begonnene Gastarbeiter-Programm des Landes und die Massenbewegung der Türken und anderer Nationalitäten nach Deutschland, um hier zu leben und zu arbeiten. »Wir haben uns eine Weile lang in die Tasche gelogen. Wir haben gesagt, die werden schon nicht bleiben. Irgendwann werden sie weg sein. Das ist nicht die Realität …«[71] Die Politik habe beim Versuch, die Konsequenzen dieser Politik vorherzusehen, versagt. Im Weiteren kritisierte sie dann noch andere Fehler in der deutschen Migrations- und Integrationsdebatte.

Über die Rede wurde in der ganzen Welt berichtet. Was ihren Nachrichtenwert ausmachte, war, dass sie eine beispiellose

Zusammenfassung des Scheiterns der Integration in einem europäischen Land beinhaltete, mehr, als jemals von einem Politiker des Mainstream geäußert worden war. Man hat früher schon Ähnliches vom Rande der Politik gehört, aber niemals zuvor wurde es so entschieden vom Mainstream ausgesprochen. Zum Thema, was zwischen Deutschland und den Migranten schiefgelaufen war, sagte die Kanzlerin: »Und natürlich war der Ansatz, zu sagen, jetzt machen wir mal Multikulti und leben so nebeneinanderher und freuen uns übereinander … dieser Ansatz ist gescheitert. Absolut gescheitert.«[72] Sie betonte, dass Integration ebendeshalb so wichtig sei. Jene, die Teil der deutschen Gesellschaft werden wollten, müssten die Gesetze und die deutsche Verfassung achten und auch die deutsche Sprache lernen.

Die deutschen Medien spekulierten, dass sich die Kanzlerin mit dieser Rede für die im nächsten Frühjahr anstehenden Bundestagswahlen positionieren wolle. Eine Umfrage, die im gleichen Monat veröffentlicht wurde, zeigte, dass sich ein immer größerer Teil der deutschen Öffentlichkeit wegen der hohen Migrationsrate Sorgen machte. 30 Prozent befürchteten, dass das Land von Ausländern, die nach Deutschland kamen, um die Vorteile des Sozialstaates zu genießen, »überrannt« werde.[73] Die politische Genialität dieser Rede bestand darin, dass diese Bürger wie jeder andere auch aus der Rede heraushören konnten, was sie wollten, denn die Rede zollte auch Anerkennung den Migranten gegenüber und betonte, wie willkommen sie in Deutschland weiterhin seien. Trotzdem sprach die Feststellung – sogar zweimal zu sagen »gescheitert, absolut gescheitert« – vielen aus der Seele. Ihre Zuhörerschaft in Potsdam reagierte mit stehenden Ovationen auf diese Erklärung. Merkel wurde dafür gelobt, dass sie den Mut hatte, offen über eine so schwierige Frage zu reden. In ganz Europa wurde sie positiv gegenüber den anderen politischen Führungspersönlichkeiten hervorgehoben. Die ausländischen Zeitungen gaben zu verstehen, dass nur die deutsche Kanzlerin die Stärke und den Mut gehabt habe, eine so schwierige Wahrheit auszusprechen.

So war es nicht weiter verwunderlich, dass bald auch andere politische Führer etwas von ihrem Glanz abhaben wollten und sich allmählich in Gewässer trauten, von denen Merkel bewiesen hatte, dass sie gar nicht so kalt waren. Im darauffolgenden Februar nutzte der

britische Premier David Cameron die Münchner Sicherheitskonferenz, um Folgendes zu erklären: »Unter der Doktrin des Multikulturalismus haben wir verschiedene Kulturen ermutigt, sich von anderen Kulturen und der Hauptkultur abzusondern. Wir haben es nicht geschafft, eine Vision von einer Gesellschaft zu entwickeln, zu der sie gerne gehörten. Wir haben sogar geduldet, dass diese abgesonderten Gemeinschaften ein Verhalten zeigten, das unseren Werten diametral entgegengesetzt ist.«[74] Ein paar Tage später erklärte auch der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy in einer Fernsehdebatte, dass der Multikulturalismus »gescheitert« sei: »Die Wahrheit ist, das wir in allen Demokratien mehr mit der Identität der Neuankömmlinge beschäftigt waren als mit der Identität der Länder, die sie willkommen geheißen hatten.«[75] Bald kamen noch weitere politische Führer hinzu, wie der frühere australische Ministerpräsident John Howard und der frühere spanische Ministerpräsident José Maria Aznar.

Innerhalb weniger Monate wurde das bis dahin Unsagbare von fast jedem gesagt. In jedem Land und bei jeder Gelegenheit entspann sich eine große Debatte. Hatte David Cameron recht, als er die Sache der nationalen Sicherheit mit dem nationalen Zusammenhalt verband? Hat Merkel nur versucht, auf Druck zu reagieren und den Mitte-Rechts-Block in ihrem politischen Einflussbereich zu halten? Aus welchen Gründen auch immer, als die Debatte über das »Scheitern der Multikulturalismus« aufkam, bedeutete sie eine Art von Wendepunkt.

Doch trotz der Fruchtbarkeit dieser Debatten blieb es unklar, was diese Erklärungen zu bedeuten hatten. »Multikulturalismus« beziehungsweise »Multikulti« bedeutete vollkommen verschiedene Dinge für verschiedene Leute. Viele Jahre lang, und für viele bis zum heutigen Tag, bedeutete der Ausdruck einfach »Pluralismus« oder das Leben in einer ethnisch diversen Gesellschaft. Wenn jemand sagte, er sei ein Freund des Multikulturalismus, konnte das auch bedeuten, dass es der Person nichts ausmachte, mit Menschen verschiedener Abstammungen in einem Land zu leben. Oder man konnte den Begriff auch so verstehen, dass in Zukunft alle Gesellschaften zu großen Schmelztiegeln werden würden, zu denen alle möglichen Kulturen beitrugen: eine Art Mini-Vereinte-Nationen in einem Land. Für manche Wähler allerdings konnte die Erklärung »Multikulturalismus ist gescheitert« wie das Zugeben dessen klingen, dass die Migration seit

dem Zweiten Weltkrieg insgesamt eine schlechte Idee war und dass die Migranten gar nicht hätten kommen sollen. Sie hätte sogar wie ein Aufruf klingen können, die Masseneinwanderung zu stoppen und die entsprechende Politik zu revidieren. In jedem Land erwies sich die Möglichkeit der vielseitigen Interpretation zweifellos als politisch nützlich, ermöglichte sie doch den Politikern, Wähler zu erreichen, die sie sonst zu umwerben vermieden hätten. Es war kein Zufall, dass all diese Politiker, die den Sprung wagten, eher zur politischen Rechten gehörten und zersplitterte politische Bewegungen zusammenhalten mussten, die sonst auseinanderzudriften drohten.

Aber es gab auch einen weiteren Grund für die Verwirrung, die diese Reden hervorriefen, nämlich die schwere Definierbarkeit dessen, was Multikulturalismus wirklich bedeutete. Soweit es überhaupt eine klare Überschneidung zwischen den Reden gab, so scheint es, dass Merkel, Cameron und Sarkozy über eine besondere Form des staatlich unterstützten Multikulturalismus sprachen. Die Kritik richtete sich gewiss nicht gegen die Idee der rassisch diversen Gesellschaft oder gegen eine Gesellschaft, die Migration willkommen hieß. Was sie kritisierten, war der Multikulturalismus als staatlich geförderte Politik: die Idee, dass der Staat Menschen ermutigte, im selben Land parallele Leben zu führen, und vor allem dazu, Gebräuche und Regeln zu kultivieren, die denen der Länder widersprachen, in denen sie lebten. Diese politischen Führer scheinen so etwas wie eine post-multikulturelle Gesellschaft im Sinn gehabt zu haben, in dem die Herrschaft des Rechts und bestimmte soziale Normen für alle galten.[76] Etwas spät, um all das zu besprechen, aber immerhin, vielleicht ein wichtiger Schritt.

Viele Kritiker unter den Linken waren gegen die ganze Diskussion. Sie behaupteten, es handele sich nur um Scheinargumente, entweder weil die Probleme gar nicht existierten oder weil sie zwar existierten, aber keine Probleme seien. Doch um 2010 herum wuchsen die öffentlichen Sorgen genau deshalb, weil überall in Europa Parallelgesellschaften entstanden waren. Der Hauptgrund für die Beunruhigung waren jedoch die wachsende Zahl der Terroropfer und der verhinderten Terroranschläge, die von Menschen begangen oder vorbereitet wurden, die in Europa geboren und sozialisiert worden waren. Diese Sorgen vergrößerten die Bedenken, die aber waren auch wegen weniger oder nicht gewalttätiger Ausdrucksformen der

Fremdheit schon vorhanden – und sie wurden nicht immer nur von Minderheiten vorgebracht.

2006 erregte der niederländische Justizminister Piet Hein Donner größeren Ärger, als er in einem Interview zu verstehen gab, dass Muslime die Gesetze des Landes mittels der Demografie (das heißt, wenn sie einen genügend großen Bevölkerungsanteil gebildet hätten) durch die Gesetze der Scharia ablösen wollten. 2004 hat Donner für eine kurze Zeit vorgeschlagen, die Blasphemie-Gesetze wieder auferstehen zu lassen, um die Sorgen einiger Muslime zu zerstreuen. 2008 kam es zu einer vergleichbaren öffentlichen Empörung in Großbritannien, als der Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, eine Rede am königlichen Gerichtshof hielt, in dem er die wachsende Bedeutung der parallelen Gerichtsbarkeit im Lande ansprach. Während seines Vortrags legte der Erzbischof nahe, dass die Aufnahme einiger Elemente der Scharia in die Gesetze des Vereinigten Königreiches »unvermeidlich scheine«. Als daraufhin öffentliche Empörung hochbrandete, erklärte er, man habe ihn missverstanden. Doch als er in einem Radiointerview der BBC am darauffolgenden Tag versuchte, seine Anmerkungen klarzustellen, ging er sogar noch weiter und behauptete, dass die Idee, »es gebe ein einziges Gesetz für jedermann, und mehr sei dazu nicht zu sagen«, einigermaßen »gefährlich sei«.[77]

Nach vielen Jahren der wachsenden Sorgen über Migration und Sicherheit schien es plötzlich so, als seien die unverzichtbaren Fundamente der westlichen Zivilisation Gegenstand von Verhandlungen geworden. Manchmal sah es so aus, als stünde auch die Vergangenheit zur Disposition. Nur zwei Wochen vor der Potsdamer Rede der Kanzlerin hielt Bundespräsident Christian Wulff eine Rede zum »Tag der deutschen Einheit«. Er sagte unter anderem über den Platz des Islam in Deutschland, auch als Antwort auf die Fragen, die Sarrazin aufgeworfen hatte, dass der Islam inzwischen ebenso zu Deutschland gehöre wie das Christentum und das Judentum.[78] Es gab einen Aufschrei, auch innerhalb seiner eigenen Partei.

Es kam zu einer Gegenreaktion auf diese und ähnliche Erklärungen. Der Grund war ein breit vorhandenes Gefühl, dass im Zeitalter des Multikulturalismus von Europa erwartet werde, zu viel von sich selbst aufzugeben, während man von jenen, die neu ankamen, überhaupt nicht erwartete, dass sie irgendwas von ihren Traditionen aufgaben. Das

wäre durchaus eine Richtung gewesen, in die Europa hätte gehen können, doch Cameron, Merkel, Sarkozy und andere konservative Politiker wollten einen anderen Weg weisen. Keiner von ihnen bestritt, dass der Prozess auf Gegenseitigkeit beruhen sollte, aber sie achteten darauf zu betonen, was von den Migranten erwartet wurde: insbesondere die Beherrschung der Landessprache und die Achtung der Gesetze in den Ländern, in denen sie lebten.

Die Heftigkeit, mit der diese grundlegenden Ansprüche diskutiert wurden, zeigte, dass nichts davon seit den Nachkriegsjahren je geplant war. Man befand sich nur im letzten Teil eines improvisierten Prozesses. Selbst die Begriffe, die benutzt wurden, änderten sich permanent. Wie der Historiker und Multikulturalismus-Kritiker Rumy Hasan in seinem Buch, das zu dieser Zeit erschienen war, erklärte, war die Geschichte der Nachkriegsmigration in Großbritannien ein einziger Beweis dieser Tatsache.[79] Während der ersten Phase von 1940 bis zu den 70er-Jahren wurden nicht-weiße Einwohner aus dem Commonwealth als »farbige Migranten« bezeichnet und so deutlich vom Rest der Gesellschaft unterschieden. Während der 70er- und 80er-Jahre wurden diese Menschen als Teil der Anstrengungen, die Diskriminierung einzudämmen, in »schwarze Briten« umbenannt, und man begann sie als normale und gleiche Bürger zu betrachten. Bald darauf fing man an, das Land in dem Sinne als »multikulturell« zu bezeichnen, dass es von Menschen verschiedener Kulturen bewohnt wurde. Wie Hasan schreibt, die Bezeichnungen »multirassisch« oder »multiethnisch« wären treffender gewesen, aber da zu der Zeit der Ausdruck »Rasse« als diskriminierend empfunden wurde, schien die Bezeichnung »Multikulturalismus« der beste zur Verfügung stehende Ausdruck zu sein. Obwohl es das Ziel war, alle Menschen unter dem Schirm der Nation zu vereinen, hatte der Ausdruck am Ende die entgegengesetzte Wirkung: Statt zu einer einheitlichen Identität, zu einer farben- und identitätsblinden Gesellschaft zu führen, führte er zur Verabsolutierung von Identität.

Es sind Organisationen und Interessengruppen entstanden, die für sich beanspruchten, für bestimmte Identitätsgruppen zu sprechen. Ehrgeizige und meistens selbst ernannte Figuren, die diese Rolle für sich beanspruchten, wurden zu Vermittlern zwischen den Behörden und den jeweiligen Gemeinschaften. Sie waren nicht die Einzigen, die

von dieser Sichtweise profitierten. Lokale und nationale Politiker gehörten auch zu den Gewinnern. Ihr Leben wurde viel einfacher, denn es schien so, als reiche es aus, den Telefonhörer in die Hand zu nehmen, um zu einer bestimmten Gemeinschaft durchzukommen. Wer einmal auf der Seite einer bestimmten Gemeinschaft stand, konnte auch erwarten, die vermeintlich einheitlichen Stimmen der Gemeinschaft zu erhalten. Und in vielen Fällen lieferten die Gemeinschaften auch.

So war es unvermeidlich, dass Gemeinderäte und andere Verantwortliche ethnischen und religiösen Gruppen Geld zukommen ließen. In einigen Fällen taten sie das, um Stimmen zu gewinnen, aber manchmal waren die Motive edler, nicht zuletzt gab es die Bestrebung, damit gegen die Diskriminierung vorzugehen. Doch auch die »antirassistischen« Gruppen verfolgten politische Ziele jenseits ihrer ursprünglichen Zielsetzungen. Während sie am Anfang gegen tatsächliche Diskriminierungen vorgingen, verfolgten sie nach einiger Zeit das Ziel, ihren Einfluss, ihre Verbindungen und ihre Finanzausstattung zu vergrößern. Es war ihnen bewusst, dass sie diese Ziele nur erreichen konnten, wenn das Problem nicht gelöst wurde. Also musste es so erscheinen, als würde die Diskriminierung immer schlimmer und müsste deshalb immer stärker bekämpft werden – gerade dann, wenn die Lage besser zu werden begann. Anklagen gegen die Gesellschaft versprachen die Gelegenheit zu wachsen. Zufriedenheit starb aus.

Gleichzeitig durfte die einzige Kultur nicht gefeiert werden, die es den anderen in erster Linie erlaubt hatte, gefeiert zu werden. Um multikulturell zu werden, mussten sich die Länder selbst schlecht machen, vor allem ihre negativen Seiten hervorheben. Und so kam es, dass Länder, die offen und liberal genug waren, um die groß angelegte Migration zu erlauben, als besonders rassistisch dargestellt wurden. Während jede, aber auch wirklich jede Kultur in der Welt in Europa gefeiert werden durfte, war es verdächtig, selbst die guten Seiten Europas zu loben. Das Zeitalter des Multikulturalismus ist das der europäischen Selbstverleugnung, in der sich Gastgeberländer von sich selbst distanzierten und darauf hofften, bestenfalls als gutmütige Vertreter ihrer selbst wahrgenommen zu werden. Unter anderem aus diesem Grund schrieb der amerikanische Philosoph Samuel

Huntington in seinem letzten Buch: »Der Multikulturalismus steht seinem Wesen nach in Opposition zur europäischen Zivilisation. … Er ist also im Grunde eine antiwestliche Ideologie.«[80]

Zu diesem Zeitpunkt, teilweise als Ergebnis der Unruhen im Norden Englands unter Teilnahme junger muslimischer Männer und als Folge der Terroranschläge in New York und Washington, begann eine breitere Diskussion über Parallelgesellschaften, und es kam Kritik am Konzept des Multikulturalismus auf. In den Niederlanden waren die Dämme schon früher gebrochen. In Frankreich begann die Debatte erst nach den Krawallen in den Banlieues. In Deutschland und Schweden noch später. Doch nach 2000 tauchten überall die Kritiker des Multikulturalismus-Konsenses auf.

Einige unter denen, die den Konsens brachen, waren linke Politiker. Ihr Abfall vom Glauben hatte eine besonders starke Wirkung. Denn während man von rechten Politikern und Kommentatoren regelrecht erwartete, ein Problem mit dem Multikulturalismus zu haben und nationalistische Tendenzen zu hegen, hielt man die Linken für glaubwürdiger und unterstellte weniger angreifbare Motive. Die Ausbrüche, die am befreiendsten waren (nicht zuletzt, weil sie anderen ermöglichten, offen zu sprechen), kamen von europäischen Bürgern mit fremden ethnischen Wurzeln. In Großbritannien eröffnete die langsame Apostasie eines früheren Führers der Rassenbeziehungsindustrie, Trevor Phillips, eine Region der Diskussion, die andere bis dahin nicht zu betreten wagten. Er erkannte, dass die Rassenbeziehungsindustrie ein Teil des Problems war und dass das Land, teilweise als Folge der aufgeblasenen Widersprüche, dabei war, »schlafwandelnd in die Segregation zu driften«. Das war eine Erkenntnis, die bald viele auf dem Kontinent teilten. Einige unter den Dissidenten vom Multikulturalismus gingen in die Politik, andere blieben draußen mit meinungsbildendem Einfluss. Persönlichkeiten wie Ahmed Aboutaleb und Ayaan Hirsi Ali in den Niederlanden, Nyamko Sabuni in Schweden, Naser Khader in Dänemark und Magdi Allam in Italien waren einige von denen, die eine spürbar befreiende Wirkung hatten. Sie alle sprachen aus ihren Gemeinschaften heraus zu Ländern, die dringend solche Menschen brauchten, um das Eis zu brechen. Sie taten es mit wechselndem Erfolg.

In jedem Land brach die Kritik über die gleichen Probleme los. Die extremsten und inakzeptabelsten Vorgehensweisen in einigen Gemeinschaften waren der Grund dafür, dass die vorherrschende Orthodoxie aufgebrochen werden konnte. In jedem Land erhielten die sogenannten Ehrenmorde und die weibliche Genitalverstümmelung große Aufmerksamkeit. Das geschah, weil viele über diese Praktiken aufrichtig schockiert waren, bis dahin jedoch Angst gehabt hatten, das anzusprechen. Es hatte aber auch damit zu tun, dass dies die »weichsten« und am einfachsten artikulierbaren Probleme der multikulturellen Ära waren. Als der Widerspruch offen aufkam, waren diese Themen noch am ehesten geeignet, ein weites Spektrum von Kritikern zusammenzuführen: angefangen von linken Feministinnen bis hin zu rechten Nationalisten. So gut wie jeder konnte dem zustimmen, dass junge Frauen umzubringen falsch war. Und fast alle konnten zusammenstehen, indem sie ihr Entsetzen über die Genitalverstümmelung junger Mädchen im Europa des 21. Jahrhunderts zum Ausdruck brachten.

Während der 2000er-Jahre wuchs die Kritik an solch extremen Beispielen in allen europäischen Gesellschaften. Überall drehten sich die von Europäern gestellten Fragen um die Grenzen der Toleranz. Sollen liberale Gesellschaften die Intoleranten dulden? Oder gibt es einen Punkt, an dem selbst die toleranteste Gesellschaft »genug« rufen sollte? Waren unsere Gesellschaften zu liberal und erlaubten es Illiberalismus und Antiliberalismus zu gedeihen? Um diese Zeit herum wies Rumy Hasan darauf hin, dass sich die Ära des Multikulturalismus stillschweigend in »Mehrkonfessionalismus« verwandelt habe. Während früher die ethnische Identität im Zentrum der Multikulturalismus-Debatte stand, begann sie zurückzuweichen, und die konfessionelle Identität wurde – wie aus dem Nichts – zum entscheidenden Thema. Wo es vorher um Schwarze, karibische und nordafrikanische Menschen ging, waren jetzt die Muslime und der Islam das Hauptthema.

Wie jede andere Periode der Veränderungen seit dem Krieg kam auch diese Entwicklung nicht über Nacht. Die europäischen Regierungen brauchten Jahrzehnte, um zu erkennen, dass die Ära der »Gastarbeiter« nicht wie geplant verlaufen war. Es dauerte ebenso eine ganze Weile, bis Regierungen feststellten, dass die Migranten, wenn sie in ihrem erwählten Land blieben, Gesetze brauchten, um sie vor

Diskriminierung zu schützen. Auch das Zeitalter des Multikulturalismus brauchte einige Jahrzehnte, um sich zu erschöpfen. Doch ebenso wie im Falle der vorhergehenden Episoden, selbst als sein Tod erkannt und verkündet wurde, blieb unklar, was dies bedeutete und was an seine Stelle treten könnte.

LEITKULTUR?

Einer der wenigen Menschen, die darüber nachdachten, war Bassam Tibi. Der Wissenschaftler, 1962 aus Syrien nach Deutschland eingewandert, verbrachte Jahre damit, auf die Notwendigkeit der Integration von Minderheitsgemeinschaften in die deutsche Gesellschaft hinzuweisen. In einer zunächst entmutigenden Atmosphäre entwickelte er ein besonderes Konzept dafür, wie das geschehen könnte. Die europäischen Länder sollten statt des Multikulturalismus so etwas wie eine Leitkultur festlegen, schlug er vor. Dieses Konzept, das er in den 90er-Jahren vorstellte, befürwortete eine Form der multi-ethnischen Gesellschaft, die Menschen verschiedener Herkunft um einige gemeinsame Themen vereinigte.[81] Es würde funktionieren wie im Jazz, wo jeder das Thema kennt, um das herum gespielt wird. Wenn jedoch das Thema nicht bekannt ist, vergessen oder verloren wurde, kann das Zusammenspiel nicht funktionieren. In einer solchen Lage würde nicht nur der Zusammenhalt der Gesellschaft verloren gehen, sondern eine Kakophonie entstehen. Das war der erste Versuch, eine Lösung für das Problem Europas mit dem Multikulturalismus zu finden, insbesondere für das Problem, wie Menschen mit so verschiedenen Wurzeln, wie sie in Europa inzwischen lebten, zu einer Einheit werden konnten. Die geradlinigste Antwort war, dass sie sich nicht notwendigerweise dem gleichen historischen Erbe verschreiben müssten, aber sie sollten zumindest durch den einheitlichen Glauben an die leitenden Vorstellungen des modernen liberalen Staates wie der Herrschaft des Rechts, der Trennung von Kirche und Staat und den Menschenrechten verbunden sein. Doch während einige wenige Persönlichkeiten wie Bassam Tibi über diese Fragen nachsannen, musste der Rest der Gesellschaft selbst seinen Weg finden. Wenn dies schmerzhaft langsam geschah, so zumindest teilweise wegen der Vorherrschaft einer fortdauernden und schmerzhaften kognitiven Dissonanz.

Als man in Europa realisiert hatte, dass die Migranten bleiben würden, kamen zwei einander grundsätzlich widersprechende

Vorstellungen hoch, die es trotzdem schafften, über mehrere Jahrzehnte gleichzeitig zusammen zu existieren. Die eine war eine Idee, die sich die Europäer von den 70er- und 80er-Jahren an vorgaukelten. Sie stellten sich vor, dass sich die europäischen Länder zu einem neuen Typus multirassischer, multikultureller Gesellschaften entwickeln würden, in die jeder, der wollte, von überall her einwandern und dort leben konnte. Diese Idee bekam niemals die Unterstützung der Mehrheit, aber durchaus von Teilen der Eliten, und was noch wichtiger war: Ihre Akzeptanz wurde vorangetrieben durch die Unfähigkeit der Regierungen, den Prozess der Massenmigration, nachdem sie einmal begonnen hatte, umzukehren. Während der ersten Wellen der Migration, als noch erwartet wurde, dass irgendwann viele der Migranten wieder heimkehren würden, bereitete die misslungene Assimilation der Neuankömmlinge nur wenigen Sorgen. Tatsächlich wollte man gar nicht, dass sie sich assimilierten.

Fast in allen Ländern steckte man die Neuankömmlinge in Städte und eigene Vororte, meistens dorthin, wo sie arbeiten würden. Und selbst als es dort keine Arbeit mehr gab, kamen weiterhin Menschen aus denselben Gemeinschaften an Orte, wo Menschen mit den gleichen Wurzeln lebten. Auch wenn sie nicht dazu ermutigt wurden, gab es nur wenige Anstrengungen, sie davon abzuhalten. Regierungen wurden deshalb zwar kritisiert, aber die Migranten sonderten sich selbst mit dem absolut verständlichen Wunsch ab, ihre eigene Kultur und Gebräuche in einer Gesellschaft zu behalten, die gar keine Verbindung zu ihnen hatte.

Als man dann endlich realisierte, dass diese Menschen nirgendwo hingehen würden, entstand ein gewisser Widerstand unter Einheimischen gegen ihre Anwesenheit, aber jeder Vorschlag, die Migranten sollten ihre Lebensweise ändern, war durch bestimmte Assoziationen negativ eingefärbt. Wenn die Migranten bleiben wollten, hieß es, sollten sie sich zu Hause fühlen. Um das zu erreichen, musste eine Menge passieren. Aber es war einfacher, die abstrakten Dinge zu tun als die praktischen. Zu den abstrakten Dingen gehörte die Bemühung, die Geschichte des Gastlandes anzupassen oder zu ändern. Manchmal bestand dieser Prozess einfach darin, die Geschichte umzuschreiben und die Akzente zu ändern. In anderen Fällen beinhaltete er ihre aktive Verunglimpfung.

Eine dieser Methoden wurde vom deutschen Bundespräsidenten Wulff angewendet, indem er jede nur mögliche Erscheinung der nicht-europäischen Kultur anpries, um zumindest ihre Gleichwertigkeit mit der europäischen herzustellen. Je mehr islamistische Attentate stattfanden, umso stärker wurde der Einfluss der islamischen Neo-Platonisten gelobt und die Bedeutung der islamischen Wissenschaft gepriesen. Im gleichen Jahrzehnt, in dem die Attentate stattfanden, wurde das islamische Kalifat von Cordoba in Andalusien zwischen dem 8. und dem 11. Jahrhundert aus der historischen Versenkung hervorgeholt und zu einem großartigen Beispiel der Toleranz und des multikulturellen Zusammenlebens verklärt. Das war schon eine sorgfältig aufbereitete neue Version von Geschichte, aber gleichzeitig hatte sie auch die Funktion, die Vergangenheit zu beschwören, um ein wenig Hoffnung für die Gegenwart bereitzuhalten.

Alsbald wurde die islamische Kultur unerfüllbaren Ansprüchen ausgesetzt. Die Veranstalter einer Ausstellung mit dem Titel »1001 islamische Erfindungen«, die unter anderem im Londoner Wissenschaftsmuseum zu sehen war, beharrten darauf, dass fast alles in der westlichen Zivilisation aus der islamischen Welt stammte. Obwohl diese Behauptungen dem Verlauf der Geschichte widersprachen, entwickelten sie so etwas wie eine Aura des Glaubens. Die Menschen wollten, dass sie wahr sind, und hörten auf, sie anzuzweifeln. Es wurde zu einer Frage der Höflichkeit, oder vielmehr zu einer Notwendigkeit, zu betonen, ja übermäßig zu betonen, wie viel die europäische Kultur den Kulturen der Gemeinschaften in Not zu verdanken hat. Als 2008 Sylvain Gouguenheim, ein französischer Mediävist, in einem Essay behauptete, antike griechische Texte, von denen öfter angenommen wurde, sie seien von arabischen Moslems – des Griechischen nicht mächtig – gerettet worden, seien vielmehr von syrischen Christen bewahrt worden, entstand eine aufgeheizte Debatte, und das Ganze wurde zum Politikum. Öffentliche Petitionen und Briefe prangerten Gouguenheims »Islamophobie« an, nur weil er zu dieser Schlussfolgerung gelangt war. Einige wenige Wissenschaftler erhoben die Stimme und unterstützten ihn und sein Recht darauf auszusprechen, was seine Forschungen ergeben hatten. Von der Feigheit einmal abgesehen, war dieser Vorfall eine Demonstration dessen, dass Europas einheitliche kulturelle Vergangenheit dringend seiner

multikulturellen Gegenwart angepasst werden musste – ganz so wie es im Falle des Arguments: »Wir waren immer schon eine Nation von Migranten«.

Zur gleichen Zeit gab es jene, die diese Methode bis ins Extreme trieben. Die Kultur des Gastgeberlandes herabzuwürdigen, war ein anderer Weg, um einen Gleichstand zwischen den hereinströmenden Kulturen und der Kultur des Gastgeberlandes herzustellen. Ein ebenso berüchtigtes wie hochrangiges Beispiel dafür lieferte die schwedische Ministerin für Integration Mona Sahlin in einer Rede, die sie in einer kurdischen Moschee hielt. Die sozialdemokratische Ministerin, die zu diesem Anlass ein Kopftuch trug, erklärte ihrer Zuhörerschaft, dass viele Schweden neidisch auf die Kurden seien, weil diese eine so reiche und verbindende Kultur und Geschichte hätten, während die Schweden nur alberne Geschichten hätten wie eine Feier zur Mittsommernacht.[82] Ein anderer Weg, um die gleiche Wirkung zu erzielen, war zu behaupten, dass es so etwas wie eine europäische Kultur gar nicht gebe. 2005 fragte ein Journalist die parlamentarische Staatssekretärin der schwedischen Regierung und leitende Beamtin für Integrationsfragen, Lise Bergh, ob es sich lohne, die schwedische Kultur zu erhalten. Ihre Antwort lautete: »Tja, was ist schon schwedische Kultur? Ich denke, damit habe ich die Frage beantwortet.«[83]

Man kann auf keinen Fall allein die Migranten für die durch sie entstandenen Verwirrungen der Zeit verantwortlich machen. Es waren die europäischen Gesellschaften, die sie hereingelassen und die keine Ahnung hatten, welche Haltung sie ihnen gegenüber einnehmen sollten. Dass es sechs Jahrzehnte gedauert hat, bis die politischen Führungen von Frankreich, Deutschland und Großbritannien unter anderem erklärt haben, die Migranten sollten die Sprache der Länder sprechen, in denen sie lebten, zeigt das Problem deutlich auf. Noch wenige Jahre vorher wäre diese Forderung als rassistisch angegriffen worden – wie es auch tatsächlich geschehen ist. Es weist auf das Versagen von Deutschland mindestens so sehr wie auf das der Migranten hin, dass es bis 2010 gedauert hat, bis ein deutscher Regierungschef (Kanzlerin Angela Merkel) betonte, die Migranten sollten die Gesetze und die Verfassung Deutschlands befolgen. Und auch in diesem Falle wäre jeder, der diesen Anspruch ein paar Jahre früher erhoben hätte, in den Verdacht geraten, die niedersten

Beweggründe zu haben. Es gab viel zu viele Verwirrungen in den Jahren, bevor die multikulturelle Ära für beendet erklärt wurde und das politische Erdbeben begann.

Die Frage, ob man von den Einwanderern erwartete, sich zu assimilieren, oder ob man sie ermutigen solle, ihre eigene Kultur zu behalten, war nur eine der Verwirrungen. Wenn, wie um 2011 herum, alle Politiker des Mainstream darin einig waren, dass man einem Mittelweg folgen sollte, welche Teile der Kultur der Ankömmlinge sollten dann abgelehnt und welche angepasst werden? Wahrscheinlich war einer der Gründe für das Fehlen einer öffentlichen Diskussion das Bewusstsein darüber, wie schmerzhaft sie für die meisten Europäer sein würde. Welche Teile ihrer eigenen Kultur würden sie freiwillig aufgeben? Welche Belohnung würden sie dafür erhalten, und wann würden sie die Belohnung spürbar erleben? Es ist ziemlich sicher, dass eine solche Vorstellung in der Öffentlichkeit niemals auf Zustimmung gestoßen wäre.

Wenn das Gastland nicht bereit war, etwas aufzugeben, mussten das dann die Ankömmlinge tun? Aber welche Dinge sollten sie aufgeben, wer hat sie je benannt? Und welche Strafen waren vorgesehen, wenn einer nicht gehorchte? Zum Beispiel, was sollte mit jenen in Europa lebenden Migranten geschehen, die sich weigerten, die Sprache der Einheimischen zu lernen? Wenn es dafür keine Strafen und keine Abschreckung gab, war jeder derartige Vorschlag wertlos. Während der ganzen Zeit war auch unklar, wie viele Migranten in Europa einfach nur Rechte genießen und wie viele wirklich Europäer werden wollten. Was ist der Unterschied zwischen den beiden Haltungen, und welche Anreize können gesetzt werden, um eher dem einen als dem anderen Weg zu folgen? Wollten die Europäer jemals, dass die Ankömmlinge so werden wie sie?

Während der ganzen Zeit war die offizielle Linie die, dass jeder Neuankömmling, dem ein Pass oder Visum ausgehändigt wurde, ab dann so europäisch werden würde wie jeder andere auch. Und während der ganzen Zeit, während Regierungen über die möglichen Maßnahmen diskutierten, wie die Millionen von Menschen, die schon in Europa waren, Europäer werden könnten, grübelten die Menschen in Europa über etwas anderes nach, über ein Thema, das normalerweise

in den letzten Winkel der öffentlichen Debatte verbannt wurde, und doch immer das Potenzial hatte hervorzubrechen.

Es ging um die Angst, dass all dies nur ein Schwindel sei und dass ein Großteil dieser Pläne, wenn auch nicht alle, scheitern würde. Es war die Sorge, dass die Integration, wenn sie denn überhaupt stattfände, eine sehr lange Zeit – vielleicht Jahrhunderte – in Anspruch nehmen würde. Auf jeden Fall hat sie in Europa noch niemals stattgefunden. In dieser Frage hat die Alltagserfahrung der Europäer mehr Gewicht als jede Studie; das, was sie mit eigenen Augen sehen, ist wichtiger als jede offizielle Statistik.

»DER GROSSE AUSTAUSCH«

Es gibt Tausende Orte in Europa, deren Besuch die Angst vor dem erweckt, was der französische Philosoph und Schriftsteller Renaud Camus als den »großen Austausch« beschrieben hat. Ein Beispiel könnte der Vorort Saint-Denis am nördlichen Rand von Paris sein. Es handelt sich hier um einen der bedeutenden Orte der französischen Geschichte und Kultur. Seinen Namen hat er von der Kathedrale erhalten, die im Stadtzentrum liegt. Sie enthält die Reliquien des ersten Bischofs von Paris, des heiligen Dionysius, aus dem 3. Jahrhundert, die in der Mitte der Kathedrale aufbewahrt werden. Er ist der Schutzheilige der Stadt. Das Gebäude, das aus dem 12. Jahrhundert stammt, ist auch aus einem anderen Grund berühmt. Seit dem 6. Jahrhundert war es die Begräbnisstätte der französischen Königsfamilien. Ihre steinernen Denkmäler zeigen die sorgfältig ausgearbeiteten Ähnlichkeiten verschiedener Dynastien: der Kapetinger, der Bourbonen, der Medicis und der Merowinger. Während der Französischen Revolution wurden die Grabmäler geschändet, aber heute liegen sie wieder in der Krypta, die marmornen Grabmäler des Königs und der Königin, die von der Revolution gestürzt wurden: von Ludwig XVI. und Marie-Antoinette.

Unter anderem steht auch das Grabmal von Karl Martell in Saint-Denis, eines fränkischen Würdenträgers, der ein Jahrhundert nach dem Tode von Mohammed, als das Kalifat der Umayyaden nach Europa vordrang, die muslimischen Armeen zurückschlug. Es steht fest, dass Martells Sieg bei Tours 732 die Verbreitung des Islam in Europa verhindert hat. Hätten die fränkischen Armeen nicht gesiegt, hätte keine andere Macht die islamischen Armeen daran hindern können, den ganzen Kontinent zu erobern. Als diese Armeen 711 Europa erreichten, gab einer ihrer Anführer, Tariq ibn Ziyad, den berühmt gewordenen Befehl aus, alle Schiffe zu verbrennen, denn »wir sind nicht gekommen, um zurückzukehren. Entweder wir siegen und setzen uns fest, oder wir sterben«. Martell sorgte dafür, dass sie starben, und außer dass der Islam im Süden Spaniens Fuß fassen konnte, schaffte er es niemals, weiter nach Westeuropa vorzudringen. Edward Gibbon

schrieb ein Jahrtausend später die berühmt gewordenen Sätze, was geschehen wäre ohne den Sieg des Mannes, den man den »Hammer« nannte: »Vielleicht würde man heute in Oxford die Auslegung des Koran lehren, und von ihren Kanzeln würde man einem Volk von Beschnittenen die Heiligkeit und Wahrheit der Offenbarung Mohammeds darlegen.« Gibbon fuhr fort: »Aus sotaner Notlage ward die Christenheit errettet durch das Genie und das Glück eines einziges Mannes ...«.[84]

Wer heute die Kathedrale besucht, in dem das Grabmal von Martell steht, könnte sich fragen, ob Martell wirklich gesiegt hat, oder zumindest darüber nachdenken, dass er zwar gesiegt hat, aber seine Nachfahren verloren haben. Geht man durch den Bezirk Saint-Denis heute, sieht man eine Gegend, die mehr an Nordafrika als an Frankreich erinnert. Der Marktplatz um die Kathedrale ist eher ein Souk als ein Markt. An den Ständen werden Hijabs verschiedener Stilrichtungen verkauft, radikale Gruppen verteilen gegen den Staat gerichtete Literatur. In der Kathedrale sind zwar alle Geistlichen ältere weiße Männer, aber die Restkongregation besteht aus schwarzen Afrikanern sowie Vertretern der letzten nicht-muslimischen Einwanderung aus Martinique und Guadeloupe.

Saint-Denis ist eines der Gebiete mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil in Frankreich. Etwa 30 Prozent der Einwohner von Saint-Denis, auch als der 93. Distrikt bekannt, sind Muslime. Kaum mehr als 15 Prozent sind Katholiken. Die meisten Einwanderer kommen aus den Maghreb-Staaten und Schwarzafrika, und die Zahl der Jugendlichen nimmt zu. So verwundert es nicht weiter, dass sogar in den katholischen Schulen des Bezirkes etwa 70 Prozent der Schüler Muslime sind. Der jüdische Bevölkerungsanteil halbierte sich währenddessen. Nach Angaben des Innenministeriums stehen in diesem Bezirk etwa 10 Prozent (230) der bekannten Moscheen in Frankreich. Wenn man sie besucht, stellt man fest, dass das immer noch nicht für die Bedürfnisse der Gemeinde ausreicht. Zum Freitagsgebet quellen die wichtigsten Moscheen über, und man bemüht sich, größere Räume für die Nachfrage zu finden.

Wenn man Saint-Denis jemandem gegenüber im Stadtzentrum von Paris erwähnt, schneidet er natürlich nur Grimassen. Die Menschen wissen, dass der Bezirk existiert, und sie versuchen, niemals

hinzukommen. Mit Ausnahme des Fußballstadions Stade de France gibt es keinen Grund, auch nur in die Nähe des Bezirks zu gehen. Er trägt die Narben von Wellen der De- und Reindustrialisierung. In den letzten Jahren versuchte es die Regierung mit Social Engineering, man errichtete kommunale Büros für die Staatsangestellten, damit sie im Bezirk arbeiteten. Doch die meisten dieser dort arbeitenden Angestellten (etwa 50 000) würden niemals dort wohnen. Sie kommen in der Früh und gehen wieder am Abend. Dann werden ihre Bürogebäude sorgfältig abgeschlossen und die Zäune gesichert. Der Bezirk Saint-Denis enthält alle Migrationsprobleme Frankreichs wie ein Tropfen Wasser das Meer.

Das Gleiche kann man in den Vororten von Marseille und an anderen Metropolen feststellen. Selbst wenn man keine Lust hat, nach Saint-Denis zu fahren, können Besucher und Einheimische auf einer einfachen Fahrt mit der S-Bahn RER oder der Métro ins Stadtzentrum von Paris ähnliche Erfahrungen machen. Während die Fahrgäste der Métro meistens Weiße auf der Fahrt zur Arbeit sind, ist die RER voll mit Menschen, die entweder zu schlecht bezahlten Jobs oder scheinbar nirgendwohin unterwegs sind. Man kann nicht gleichzeitig die Leichtigkeit des Pariser Stadtzentrums und das tiefe Grollen der anderen tief unter der Erde erleben, ohne dass einen das Gefühl beschleicht, hier sei etwas nicht in Ordnung. Es ist das gleiche Gefühl, das man auf Reisen durch manche Städte im Norden Englands bekommt oder in den Vororten von Rotterdam und Amsterdam. Man erlebt es zurzeit auch im Umland von Stockholm und Malmö. Das sind Gebiete, in denen die Einwanderer leben, aber sie haben keine Ähnlichkeit mit den Bezirken der Einheimischen. Politiker tun so, als könnte man dieses Problem durch elegantere Städteplanung oder durch die Einsetzung eines besonders fähigen Wohnungsbauministers lösen. Seit 2015 hat man es in den großen Städten weiter mit der Heuchelei versucht, während einige dieser Gebiete allmählich anfingen, wie Flüchtlingslager auszusehen. Obwohl die Polizei ununterbrochen versucht hatte, die Migranten zu vertreiben, damit die Städte wieder aussahen, wie sie sollten, bewegten sich in Paris riesige Feldlager von männlichen Nordafrikanern durch die Pariser Vororte. An Orten wie Stalingrad im 19. Pariser Arrondissement stellten sie Hunderte von Zelten auf Verkehrsinseln in der Mitte der Hauptverkehrsstraßen und

neben den Fußwegen auf. Wenn die Polizei sie dort vertrieben hatte, bauten sie die Zelte einfach anderswo auf. Doch auch vor 2015 kollidierten die Theorien der sogenannten Experten und der Politiker darüber, was passieren könnte oder sollte, um die bestehenden Probleme zu lösen, mit der Realität vor ihren eigenen Augen.

Das alltägliche Bewusstsein über diese Probleme und die weitestgehende Unmöglichkeit, sie zu artikulieren, ließ viele Europäer noch viel düsterere Befürchtungen hegen. Wenn sie diese vielen Menschen und ihr grundverschiedenes Leben betrachteten, fragten sie sich, ob es denn nicht sein könnte, dass diese Menschen irgendwann zur Mehrheit werden. Ihre starke religiöse Kultur bleibe mitten in einer schwachen und relativistischen Kultur zunächst zwar für sich, aber würde sie sich später nicht in einer viel entschiedeneren Weise bemerkbar machen? Studien und Umfragen sind auch hier von nicht allzu großem Nutzen, um das Gefühl für diesen bevorstehenden Wandel einzufangen. Gelegentliche Umfragen pflegen zu »beweisen«, dass die Gemeinschaften der Migranten in die bestehenden Gesellschaften integriert seien. Doch wenn die Integration, von denen die Umfragen und die Politiker behaupten, sie habe stattgefunden, tatsächlich geschehen wäre, würden wir Zeugen einer ganz anderen Realität sein. Zum Beispiel machen Pubs im Vereinigten Königreich sehr häufig in Gegenden endgültig zu, in die pakistanische und andere muslimische Migranten gezogen sind. Wenn die Neuankömmlinge so britisch geworden wären wie jeder andere auch – wie Minister und andere insistieren –, dann blieben die Pubs offen, und die Neuankömmlinge würden ebenso lauwarmes Bier trinken wie jeder andere auch, der bis dahin in der Straße wohnte. Das Gleiche gilt für die Kirchen. Wenn die Zugezogenen »ebenso britisch wären wie jeder andere auch«, dann würden sie zwar sonntags ebenso beim Gottesdienst fehlen, aber würden sich zum Heiraten, zu gelegentlichen Taufen und einmal im Jahr zu Weihnachten durchaus einfinden. Es ist klar, dass dies nicht der Fall ist. Die Kirchen wurden ebenso wie die Pubs geschlossen und die Gebäude anderen Zwecken zugeführt.

Obwohl weiterhin so getan wird, als würden sich die abstinenten Moscheebesucher in einem nahtlosen Übergang zu den einheimischen Traditionen befinden, beweisen auch die sichtbaren Zeichen von Identität, dass die Ergebnisse ganz andere sind. Und die Gründe, die

hinter dieser unterschiedlichen Wahrnehmung liegen, sind welche, mit denen es sehr schwer ist fertigzuwerden. Die gleiche Geschichte und das gleiche Schweigen kennzeichnet die Haltung in den türkischen und nordafrikanischen Vororten von Amsterdam, in Molenbeek in Brüssel oder Wedding und Neukölln in Berlin und in noch vielen anderen Städten auf dem Kontinent. Wenn die lokalen Einwohner nicht mit der denkbar positivsten Haltung die Ankunft von Hunderttausenden aus fremden Kulturen in ihren Städten und Gemeinden begrüßten, mussten sie in jedem Falle einen sehr, sehr hohen Preis dafür bezahlen. Ganze Lebensleistungen wurden nicht nur in der Politik, sondern auch in allen anderen Bereichen des Lebens zerstört, wenn man auf die Fakten hinwies oder gar Veränderungen vorschlug. Und so bleibt den Menschen – egal, ob lokale Einwohner, Amtsträger oder Politiker – nichts anderes übrig, als die Probleme zu ignorieren oder zu lügen.

Nach einiger Zeit begannen sowohl Politiker als auch die Öffentlichkeit, die vorsätzlich optimistische Version des Geschehens zu präferieren. So wurde eine kleine oder bedeutungslose kulturelle Angewohnheit – wie das Schlangestehen oder die Beschwerden über das Wetter – herausgepickt und darauf herumgeritten. Die Tatsache, dass ein bestimmter Migrant das Schlangestehen oder das Plaudern über das Wetter gut fand, wurde als Beweis präsentiert, dass nicht nur dieser eine Migrant gut integriert war, sondern alle anderen Migranten insgesamt. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Selbstmordattentäter der Angriffe auf den Londoner Nahverkehr vom Juli 2005 in Großbritannien geborene Muslime waren, entdeckte man, dass einer von ihnen in einem Fish-and-Chips-Imbiss gearbeitet und Kricket gespielt hatte. Dessen wurde viel Aufhebens gemacht, und so blieb es ein Mysterium, wie eine sonst so perfekte britische Persönlichkeit von einem derart furchtbaren Hass getrieben sein konnte. Die Idee, dass ihm durch Fish and Chips gleich eine ganze Kultur eingeflößt worden sei, diente dazu, die unangenehme Diskussion über die tieferen Gründe hinauszuzögern.

Sowie die Ära des Multikulturalismus anfing zu bröckeln, begann ein Wettrennen, um ein Land zu finden, in dem das Experiment gelungen war. Nach den Londoner Attentaten von 2005 debattierten die Briten darüber, ob der französische Laizismus den Weg weisen könnte, um die Probleme der Integration zu lösen. Dann, nach mehreren

Terrorangriffen von gebürtigen Franzosen, diskutierte man, ob nicht das angelsächsische Modell einige Vorteile böte. Zwischendurch hielt man das skandinavische Modell hoch, das besondere Lösungen parat haben sollte, bis es auch in diesen Ländern Probleme gab. Insgesamt hatte die Öffentlichkeit längst erkannt, was die Politiker nicht sahen, nämlich dass – abgesehen von gewissen Unterschieden – alle europäischen Länder bei der Integration der Neuankömmlinge gescheitert sind.

In Frankreich kritisierte man die von den Städten verfolgte »Donut-Planungstechnik«, die die Migranten an den Stadträndern zu halten schien. Aber das gleiche Problem tauchte auch in Ländern auf, die diese Politik zu vermeiden suchten. Wenn französische Politiker die »Parallelgesellschaften« kritisierten, die in Großbritannien entstanden waren, konnte man ihnen gegenüber das gleiche kritische Argument ins Feld führen.[85] Auch wenn es in den europäischen Ländern Unterschiede zwischen den Gesetzen der Städteplanung gibt, sind sie tatsächlich nicht entscheidend. Was die Bildungssysteme mit ihren verschiedenen Betonungen von diesem oder jenem Teil des Curriculums betrifft, so sind sie nur für akademische Debatten von Bedeutung. Aber noch einmal: Keines dieser Systeme funktioniert besonders gut, und keines kann, was die aktuellen Ergebnisse betrifft, Gegenstand von Bewunderung sein.

Und so musste der Verstand der Europäer mit zwei einander widersprechenden Dingen fertigwerden. Das eine war das vorherrschende Narrativ einer Generation: dass jeder in der Welt in Europa willkommen sei und Europäer werden könne, und um Europäer zu werden, reiche es aus, sich in Europa aufzuhalten. Der andere Teil des europäischen Verstands verbrachte die letzten Jahre damit, zu beobachten und abzuwarten. Dieser Teil hat nicht nur festgestellt, dass die Zahl der Migranten eine beispiellose Höhe erreicht hat, sondern auch, dass sie Sitten mit sich gebracht haben, die, wenn sie auch nicht beispiellos waren, so doch in Europa seit langer Zeit nicht mehr existiert haben. Der eine Teil des Verstandes bestand darauf, dass sich die Neuankömmlinge schon assimilieren würden und dass selbst die am wenigsten erträglichen Züge ihrer Kultur eines Tages europäisiert werden würden. Dieser Teil des Verstandes ist Optimist. Allerdings sprechen die Ereignisse für den anderen Teil des Verstandes, und der

beginnt sich zu fragen, ob man die Zeit habe, darauf zu hoffen, dass die erwarteten Veränderungen irgendwann einmal doch noch eintreten werden.

Niemand sollte sich darüber wundern, wenn unter der Oberfläche dunkle, unterirdische Ängste aufkochen. Nirgendwo tritt das deutlicher hervor als in Frankreich, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter der gleichen Arbeitskräfteknappheit litt wie die anderen westeuropäischen Länder auch. Auch in Frankreich griff man zu der Lösung, die Grenzen des Landes für Arbeitskräfte aus der ganzen Welt zu öffnen. In den 50er- und 60er-Jahren, als die Auswirkungen der französischen Entkolonialisierung in Nordafrika spürbar wurden, sah sich Frankreich ebenso wenig wie seinerzeit Großbritannien in der Lage, den Strom der Menschen aus den ehemaligen Kolonien aufzuhalten. Der Zustrom von überwiegend armen und kaum gebildeten Arbeitern veränderte die Kultur und das Erscheinungsbild weiter Landstriche in Frankreich – wie auch anderswo.

Eine unterschwellige Antwort darauf – eine Antwort, die der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy als die »finstere Spezialität«[86] des Landes bezeichnete – war die Angst vor dem Bevölkerungsaustausch. Mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil in Westeuropa überhaupt und als Folge der bei den Wahlen immer drohenden Gefahr durch den Front National der Familie Le Pen wurden die Grenzen der Diskussion und jeder Äußerung von derartigen Befürchtungen ebenso eng gezogen wie in den anderen westeuropäischen Ländern auch. Aber es geschah in Frankreich, dass eine der am meisten beunruhigenden und zugleich prophetischen Behandlungen dieser Ängste aufkam.

DIE »FINSTERE SPEZIALITÄT«

1973 erschien ein eigenartiger Roman in Frankreich und wurde sofort zum Bestseller. Der Autor von *Le Camp des Saints* (dt.: *Das Heerlager der Heiligen),* Jean Raspail, war bereits als Autor von Reisebüchern und Romanen bekannt. Weit gereist, kultiviert und neugierig, kam ihm die Vision für sein bekanntestes Werk eines Morgens in seinem Haus an der Küste des Mittelmeeres. Wie er selbst berichtete, sah er an diesem Morgen 1972 »eine Million arme Wesen, bewaffnet nur mit ihrer Schwäche und ihrer Zahl, überwältigt durch ihr Elend, behindert durch hungernde braune und schwarze Kinder, bereit, bei uns an Land zu gehen, eine Vorhut der Massen, die überall den müden und übersättigten Westen bedrängen. Ich sah sie buchstäblich vor mir, sah das riesige Problem, das sie bedeuteten, ein Problem, das im Rahmen unserer gegenwärtigen moralischen Ansprüche nicht lösbar ist. Sie hereinzulassen würde uns vernichten. Sie abzuweisen würde sie vernichten.«[87]

Der Roman, den Jean Raspail während der nächsten 18 Monate schreiben sollte, spielt irgendwann in den kommenden Dekaden und stellt dar, wie Frankreich und auch der Rest Europas von der Massenmigration aus der Dritten Welt überschwemmt werden. Der allgemeine Katalysator für die Migration ist das wachsende Ungleichgewicht zwischen der Zahl der unter Armut leidenden Menschen in der Dritten Welt und dem immer kleiner werdenden Prozentsatz der Weltbevölkerung, die im relativen Paradies Europa lebt. Durch die modernen Medien der Kommunikation ist diese Disparität nicht mehr zu verbergen, und so wendet sich die Dritte Welt Europa zu. Eine Million Menschen besteigen eine Flotte von Schiffen, aber viele Millionen sehen zu und warten, um selbst ihre Boote zu besteigen. Alles hängt von der Reaktion Europas ab. Aus strategischen politischen Gründen (wie er später erklärte) hat Raspail entschieden, die Migration nicht aus Nordafrika, sondern aus Kalkutta stammen zu lassen. Von dort streben die Menschen auf die französische Riviera zu.

Die bemerkenswerte Eröffnungsszene des Romans zeigt einen etwas älteren, kultivierten Professor in seinem Haus an der Südküste Frankreichs. Er hört Musik von Mozart, während die Armada an Land geht. Er glaubt, allein zu sein, da die drohende Anarchie die lokale Bevölkerung zu fliehen veranlasste. Doch ein junger, hippie-ähnlicher Mann bricht in sein Büro ein. Er glorifiziert das »neue« Land, das im Entstehen begriffen sei und »neu geboren« werde. Er weist den Professor darauf hin, dass es mit ihm vorbei sei. Er sei verdorben. »Sie denken noch nach. Es gibt nichts mehr nachzudenken. Das ist auch vorbei. Hauen Sie ab!« Und der Professor akzeptiert, dass der junge Mann vielleicht recht hat. »Meine Welt wird vielleicht nach morgen früh nicht mehr leben, daher habe ich die Absicht, die letzten Minuten noch voll auszunutzen.« Und dann erschießt er den jungen Mann.[88]

In Raspails Roman ist der Katalysator für die Massenmigration eine Ankündigung der belgischen Regierung, einigen notleidenden Kindern aus der Dritten Welt die Einreise zu erlauben. Daraufhin fangen bald Mütter in Kalkutta an, ihre Kinder über den Zaun des Generalkonsuls zu werfen. Belgien versucht, die Ankündigung rückgängig zu machen, aber es ist zu spät. Die Masse stürmt das Konsulat und trampelt den Konsul zu Tode. Aus den Massen geht ein schrecklich verstümmelter Führer hervor, der die Menschen der Dritten Welt zum Aufbruch nach Europa aufruft. »Jetzt versammeln sich die Völker an den Enden der Erde. Ihre Zahl ist so groß wie der Sand am Meer«, sagt er. »Sie werden auf die Breite der Erde heraufziehen und das Heerlager der Heiligen und die geliebte Stadt umringen.«[89] Der letzte Satz ist ein Zitat aus der Apokalypse des Johannes (Kapitel 20, Vers 9) und steht auch in der Inschrift des Romans. Ein sehr passendes Zitat, denn der Roman ist wahrhaft apokalyptisch.

Er ist auch zutiefst widerlich. Die messianische Figur, die die Dritte Welt zu einer großen Armada formt und sie nach Europa führt, ist ein »Kotkneter«, eine monströse Missgestalt, ebenso monströs dargestellt. Die große, fast uniforme Masse von Menschen ist nicht minder grotesk, ihre Armut unverzeihlich, ihre Unsauberkeit allgegenwärtig. Es ist nicht schwer zu erkennen, warum die Kritiker Raspails Roman sofort und so gut wie einhellig als rassistisch verworfen haben. Aber seine unbequeme Präzision, nicht zuletzt die Darstellung des Versagens der

europäischen Gesellschaft, als die Migration beginnt, weist doch darüber hinaus.

Im Angesicht der Bedrohung der Republik Frankreich knicken alle Organe des Staates ein – ebenso wie die europäischen Nachbarn. Als klar wird, dass eine Armada unterwegs ist und dass Frankreich überwältigt werden wird, nicht mit Gewalt, sondern allein dadurch, dass Menschen an seinen Küsten landen, fällt jeder auf seine eigene Weise um. Die Politiker zögern, weil sie nicht imstande sind zu entscheiden, welchen Standpunkt sie vertreten sollen: die Armada akzeptieren oder sie aufhalten? Als einige französische Militärs den Befehl erhalten, die Boote zu torpedieren, verweigern sie den Befehl. In der Zwischenzeit drängen die Kirchenoberhäupter – geplagt vom schlechten Gewissen ob ihres weltlichen Reichtums – darauf, die Türen weit zu öffnen. Während der ganzen Zeit sind die Prominenten und die Stars der Medien damit beschäftigt, ihre Reputation dadurch aufzupolieren, dass sie diesen Augenblick als großartige Chance lobpreisen. Vielleicht schreckte Raspail davor zurück, durch einen anderen Schluss sein Buch noch weniger akzeptabel zu machen, und so erlaubt er am Ende der Armada die Landung. Frankreich weist sie nicht ab.

Obwohl das Buch in Frankreich ein Bestseller wurde, zogen die französischen Kritiker einen *cordon sanitaire* um den Roman herum, und so verschwand *Das Heerlager der Heiligen* aus dem Blickfeld. In den darauffolgenden Jahrzehnten sind etliche Übersetzungen erschienen, aber meistens in kleinen Verlagen von migrationskritischen Organisationen. Doch trotz seiner fast bis zur Unlesbarkeit reichenden Schroffheit ist von dem Buch in den tieferen Schichten des europäischen Gedankenaustausches etwas hängen geblieben. Was auch immer ihr Schicksal unter den Kritikern und Verlagen geworden sein mag, die Raspail'sche Dystopie der Zukunft Europas – den zwei Autoren des *The Atlantic* als den am meisten verstörenden Roman der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bezeichneten[90] – hatte die unbequeme Eigenschaft, immer wieder an die Oberfläche zu gelangen und gelegentlich sogar einen Durchbruch zu erzielen.

1985 war einer der seltenen Fälle, dass Raspail zum Thema seines Romans in einem Artikel für das Magazin der Tageszeitung *Le Figaro* zurückkehrte. Der Aufmacherartikel, dessen Mitverfasser der namhafte

Humangeograf Gérard-François Dumont war, fragte: »Wird Frankreich 2015 noch französisch sein?«[91] Das Titelblatt zeigte Marianne, das nationale Symbol Frankreichs, verhüllt mit einem Burka-ähnlichen Tuch. Der Artikel argumentierte aufgrund von demografischen Projektionen, die stattfindende Migration und das stärkere Bevölkerungswachstum unter den Migranten werde dazu führen, dass Frankreichs nicht-europäische Bevölkerung bald eine Größe erreichte, die das Überleben der Kultur und der Werte des Landes gefährde.

Der Artikel ist lustvoll vernichtet worden. Minister standen Schlange, um ihn öffentlich zu verdammen. Sozialministerin Georgina Dufoix erklärte, der Artikel »erinnere an die wildesten Nazi-Theorien«. Kulturminister Jack Lang bezeichnete *Le Figaro* als »ein Organ rassistischer Propaganda« und den Artikel als »grotesk und lächerlich«. Ministerpräsident Laurent Fabius erklärte vor dem französischen Parlament: »Migranten haben in großem Maße zum Reichtum Frankreichs beigetragen. Jene, die die Migration betreffenden Statistiken manipulieren, handeln gegen die ureigensten nationalen Interessen unseres Landes.«[92] Das Ministerium von Ministerin Dufoix veröffentlichte ihre eigenen Zahlen, um den Artikel zu widerlegen. Es wurde unter anderem behauptet, Raspail und Dumont hätten bei der möglichen demografischen Zukunft übertrieben, weil sie annahmen, dass die Geburtenrate der Migranten weiterhin hoch und die der Einheimischen weiterhin niedrig bleiben werde. Dabei beruhten die Projektionen von Raspail und Dumont auf einer jährlichen Netto-Einwanderung von 59 000 Menschen. Tatsächlich erreichte allein die Zahl der Asylbewerber 1989 62.000[93] (eine Verdreifachung im Verhältnis zum Anfang des Jahrzehnts). 2006 lag die Netto-Einwanderung nach Frankreich bei 193 000, 2013 bei 235 000 (zusätzlich zu einem Anwachsen der Bevölkerung um 2,6 Millionen in nur acht Jahren).[94] Was die meisten Widersprüche hervorrief, war die Vorhersage der Autoren des Artikels, dass 2015 der Islam die wichtigste Religion des Landes werden würde.

Als 1985 sein berühmtestes Buch in einer Neuauflage erschienen war, wiederholte Raspail, dass das Hauptproblem, das zu seiner Prophezeiung im *Heerlager der Heiligen* geführt hat, Wirklichkeit werden würde. Man stehe vor der Wahl, die Tür vor den Elenden der Welt zu öffnen oder zuzuschlagen: »Was tun, wenn keiner auf die

Menschenwürde zugunsten des Rassestandpunkts verzichten will? Was tun, wenn gleichzeitig jedermann – und jede Nation – das heilige Recht hat, seine Identität im Namen seiner Zukunft und seiner Vergangenheit und seiner Besonderheiten zu bewahren?«[95]

2001 landete ein Schiff vollgepackt mit kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak um vier Uhr morgens an einem Strand in Südfrankreich. Einige der 1500 Menschen auf dem Schiff gingen an Land und begannen an die Haustüren der dort Wohnenden zu klopfen. Wie durch Zufall landete das Schiff nur 50 Meter von dem Haus an der Riviera entfernt, wo fast drei Jahrzehnte zuvor Raspail seinen Roman geschrieben hatte. Als noch ein Jahrzehnt verging, waren die Medien bereit, dem *Heerlager der Heiligen* einen gewissen prophetischen Zug zu konzedieren. Als der Autor, zu der Zeit bereits 86 Jahre alt, aus Anlass einer Neuauflage seines Romans im Sender France 3 auftrat, sagte er in einem überraschend nachsichtig geführten Interview, dass die wesentlichen Züge des Romans heute vielleicht nicht mehr so kontrovers seien wie einst. Die Landung des Kurdenschiffes 2001 bezeichnete er als »ein Zeichen«. Das Einzige, wo er geirrt habe, gab er zu, sei die Zahl der Menschen, die mit ihren Booten ankamen. Es treffe zu, dass »es zurzeit keine Flotte mit einer Million Menschen gebe«. Das war im Februar 2011.

Schon lange vor 2015 haben viele Menschen in ganz Europa die umstrittene und angeprangerte Vision von Jean Raspail mit ihm geteilt. Noch bevor die Medien anfingen, täglich die ankommenden Schiffe und die Phalanx von jungen Männern zu zeigen, die zu Fuß quer durch den Kontinent marschierten, sprach Raspail eine Furcht an, die damals bereits existierte. Auch wenn diese spezielle Angst – die »dunkle Spezialität« – am stärksten in Frankreich zu spüren war, beschränkte sie sich keineswegs auf dieses eine Land. Politiker und Persönlichkeiten des Kulturlebens schienen über Jahrzehnte sicher zu sein, dass sie diese Ängste kontrollieren konnten. Man reagierte auf sie mit Ablehnung und gleichzeitigen Appellen. Einerseits verhöhnten französische Politiker die Vision Raspails als rassistisch und grundlos, zugleich jedoch wetteiferten sie miteinander in ihrer Rhetorik, wie sie den Zufluss von Migranten bremsen und Rückführungen steigern würden. Jahrelang beteiligten sich auch die sozialistischen Politiker – sie ganz besonders – an diesem Wettlauf.

Ob sie sich dessen bewusst waren oder nicht – sie waren verantwortlich für die Krise, die sie über ihr Land brachten. Jedes Jahr änderten sich die Fakten. Jedes Jahr erlebte die politische Klasse – aufeinanderfolgende Regierungen jeglicher Couleur – einen weiteren Anstieg des Anteils der im Ausland Geborenen innerhalb der Bevölkerung. Während dieser ganzen Zeit verdeckten die offiziellen Statistiken die Veränderungen, die die Bevölkerung aus eigener Erfahrung registrierte und von denen die Politiker behaupteten, sie würden nicht stattfinden. Es war kein böser Wille im Spiel. Dank eines alten Gesetzes, das Vorgänge wie unter der Vichy-Regierung verhindern sollte, wurden bis in die 90er-Jahre hinein keine Erhebungen durchgeführt, die die ethnische, rassische und religiöse Zusammensetzung der französischen Bevölkerung angezeigt hätten. Mitte der 2000er-Jahre wurde das Gesetz etwas abgemildert. Trotzdem blieb die Analyse der Bevölkerungszusammensetzung oder gar die Erstellung von Projektionen über die zukünftige demografische Entwicklung ein politisch risikobehaftetes Unterfangen, in Frankreich noch viel mehr als in anderen Ländern. Selbst als der Anteil der muslimischen Bevölkerung in die Höhe schnellte und Größenordnungen erreichte wie nirgendwo sonst in Europa und es erwartet wurde, dass sie in den kommenden Jahren weiter wachsen würde, musste jeder Demograf, der die zukünftige Entwicklung nicht untertrieben hätte, befürchten, geteert und gefedert und beschuldigt zu werden, die Rechtsextremen zu unterstützen. Der wissenschaftliche Ruf der allgemein geschätzten Demografin, Michèle Tribalat, zum Beispiel wurde schwer beschädigt, als der bestens vernetzte Demograf Hervé Le Bras sie als »Liebling des Front National« bezeichnete.[96]

Natürlich kann man behaupten, Statistiken würden nicht lügen. Aber im Falle von Migrationsstatistiken und noch viel mehr bei Projektionen tun sie es doch. Und nirgendwo mehr als in Frankreich. Es ist keine Überraschung, dass in einem Land, wo Fakten sehr elastisch geworden sind, Teile der Bevölkerung eher ihren eigenen Erfahrungen trauen als den Statistiken – mit Konsequenzen, die man sich vorstellen kann. Raspail und Dumont hatten nicht recht, als sie vorhersagten, 2015 würde der Islam die vorherrschende Religion in Frankreich sein. Zumindest nicht in der Sprache der Zahlen. Eine Ipsos-Umfrage, veröffentlicht am 4. Februar 2016 in *L'Obs,* der

führenden liberalen Publikation Frankreichs, zeigte, dass sich 33,2 Prozent der Studenten in Frankreich zum Christentum bekannten, während 25,5 Prozent Muslime waren. Keiner konnte länger leugnen, dass der Islam auf dem Vormarsch war. Die gleiche Umfrage zeigte auch, dass weniger als die Hälfte der befragten Nicht-Muslime (und nur 25 Prozent der Katholiken) ihren Glauben als »wichtig oder sehr wichtig« bezeichneten. Im Gegensatz dazu sagten 83 Prozent der jungen Muslime, dass ihr Glaube »wichtig oder sehr wichtig« für sie sei.[97]

Und natürlich waren die von Raspail vorhergesagten eine Million Ankömmlinge eine Untertreibung. Sie kamen zwar nicht auf großen Schiffen, sondern auf zahllosen kleinen Booten, in Zahlen, die seine dystopische Vision weit überstiegen. Das geschah noch vor der Migrationskrise. Als die Krise ernst wurde, hatte Frankreich bereits alle paar Jahre so viele Menschen aufgenommen. Die offiziellen Zahlen besagten, dass jährlich 200 000 Migranten nach Frankreich kamen, doch man nahm an, dass mindestens die gleiche Zahl jährlich illegal ins Land gelangte. Wie einige französische Verantwortliche in Privatgesprächen zugaben, konnte Frankreich die deutschen Zustände nur deshalb vermeiden, weil unter Migranten die weitverbreitete Auffassung vorherrschte, Frankreich sei ein rassistisches, unfreundliches Land. Ein Ruf, der sogar linken Beamten in Zeiten wie diesen willkommen ist.

2015 trug Marianne keine Burka, doch das Land erlebte Dinge, die Raspail nicht einmal in seinen schlimmsten Albträumen vorhergesehen hatte. Er hätte sich nicht vorstellen können, dass Kapitäne auf Schiffen im Mittelmeer christliche Passagiere wegen ihres Glaubens über Bord gehen lassen. Er hätte auch nicht angenommen, dass die Neuankömmlinge christlichen Priestern während der Messe die Kehle durchschneiden würden. Und auch das konnte er nicht vorhersehen: dass 2016 die noch verbliebene Kongregation von Saint-Denis, die Priester und die Grabdenkmäler der französischen Könige während der Morgenandacht am Sonntag von schwer bewaffneten Soldaten würden geschützt werden müssen. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte haben sich die Vorhersagen der Hohepriester des Unheils als untertrieben erwiesen.

KAPITEL 7
SIE SIND DA

Als Angela Merkel im Oktober 2010 ihre Rede in Potsdam über die Fehler in der Migrationspolitik hielt, schien sie eine wichtige die Vergangenheit betreffende Konzession gemacht zu haben, und sie schien sogar zu signalisieren, dass sich die Richtung der Politik, was die Beziehungen Europas zu den Migranten betrifft, in Zukunft ändern werde. Doch innerhalb von wenigen Jahren haben sich die gefeierten Äußerungen als geradezu bedeutungslos erwiesen. In der Rede hatte die Kanzlerin zugegeben, dass es Deutschland nicht gelungen war, jene, die bis dahin ins Land gekommen waren, zu integrieren. 2010 beantragten in Deutschland insgesamt 48 589 Personen Asyl.[98] Nur fünf Jahre später erlaubte Merkel bis zu 1,5 Millionen Menschen (wenn die herausgesickerten internen Schätzungen der Regierung zutreffen) innerhalb nur eines Jahres, nach Deutschland zu kommen.

Wenn der Multikulturalismus schon mit etwa 50 000 Menschen, die in Deutschland jährlich Asyl beantragten, nicht funktionierte, wie konnte man dann erwarten, mit der 30-fachen Zahl jährlich fertigzuwerden? Wenn 2010 schon nicht genug getan wurde, war das Netzwerk der Integration der deutschen Regierung fünf Jahre später so vielfach – genau genommen 30-mal – besser geworden? Und wenn Deutschland sich schon in den 60er-Jahren über die Heimkehr der Gastarbeiter in die Tasche gelogen hatte, wie sehr hat man sich nun etwas vorgemacht, wenn man glaubte, diejenigen, die 2015 Asylanträge stellten, würden jemals in ihre Heimat zurückkehren? Wenn der Multikulturalismus 2010 schon nicht funktioniert hatte, so funktionierte er 2015 noch viel weniger. Das Gleiche gilt für Großbritannien. Wenn der Multikulturalismus 2011 gescheitert war, wie Premier David

Cameron es zugegeben hatte, warum war er 2015 weniger gescheitert, als die britische Regierung einen neuen Rekord in der Netto-Einwanderung zu verzeichnen hatte?[99] Waren die Beziehungen zwischen Frankreich und seiner Migrantenpopulation 2015 besser als noch einige Jahre zuvor? Traf das in Schweden oder in Dänemark zu? In ganz Europa hat die neue Migrationswelle von 2015 noch mehr Menschen in ein Modell gespült, von dem die politischen Führer bereits zugegeben hatten, dass es gescheitert war. Seit 2010 war nichts Merkbares passiert, das dieses Modell hätte erfolgreicher machen können als in den Jahren davor.

Während der Krise führte Kanzlerin Merkel ein Telefongespräch mit Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Es wird berichtet, sie habe ihn um Rat gebeten. Israel ist das einzige Land der Welt, dem es gelungen ist, eine vergleichbare Zahl von Neuankömmlingen in einem entfernt vergleichbaren Zeitraum zu integrieren, nämlich die russischen Juden, die nach 1990 nach Israel kamen – einmal von der groß angelegten Einwanderung während der gesamten Geschichte Israels abgesehen. Wie konnte Israel so viele Menschen absorbieren und das bemerkenswert einige Land trotzdem zusammenhalten und es sogar noch einiger werden lassen? Man könnte da verschiedene Gründe nennen – nicht zuletzt die Verbindung, die durch den obligatorischen Dienst in der israelischen Armee entsteht, oder auch die von der Regierung unterstützten Integrationsprogramme. Worauf Netanjahu vielleicht aus Gründen des diplomatischen Taktgefühls nicht hinwies – was aber durchaus zutreffend gewesen wäre –, dass all die Neuankömmlinge während dieser Jahrzehnte durch ein gemeinsames Bindeglied miteinander verbunden waren, nämlich durch ihr gemeinsames jüdisches Erbe. Währenddessen durften Angela Merkel und ihre Nation in den kommenden Monaten und Jahren feststellen, dass nur wenige der Menschen, die sie 2015 ins Land ließen, deutsche Lutheraner waren.

Selbst als die Migration nach Europa exponentiell anstieg, wiederholten die Verantwortlichen die gleichen Rechtfertigungen, die sie über Jahrzehnte benutzt hatten, sie drangen überall von den Führungen der supranationalen Organisationen hinunter bis auf die Ebenen der lokalen Verwaltungen. Mitte August 2015, als sich die Kanzlerin darauf vorbereitete, die Grenzen zu öffnen, erklärte der

Bürgermeister der Stadt Goslar, dass seine Stadt die Migranten mit »offenen Armen« erwarte. Bürgermeister und CDU-Mitglied Oliver Junk wies darauf hin, dass Goslar jedes Jahr einen kleinen Teil seiner Bevölkerung verliere. Innerhalb eines Jahrzehnts habe die Einwohnerschaft von etwa 50 000 jedes Jahr um ungefähr 4000 abgenommen, verursacht durch die Abwanderung junger Menschen auf der Suche nach Arbeit und durch die niedrige Geburtenrate unter den Einheimischen. 2014 hat die Stadt 48 Migranten aufgenommen. Das sei nicht genug, erklärte nun der Bürgermeister. Die Migranten würden »die Zukunft unserer Stadt sicherstellen«.[100] Statt einen Weg zu suchen, um mehr Jobs zu kreieren und die jungen Menschen so in Goslar zu halten, glaubte der Bürgermeister, es sei eine vernünftige Politik, Goslars Bevölkerung durch eine völlig fremde zu ersetzen.

Während des gleichen entscheidenden Monats, im August 2015, nutzte der Vorsitzende der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die Seiten des *Wall Street Journal,* um ein ähnlich vertrautes Argument zu umreißen. Nach Eugenio Ambrosis »bereitet es Sorgen«, dass Europa »Schwierigkeiten« habe, die nie da gewesene Welle der Migranten, die den Kontinent in dem Jahr erreicht hatte, zu akzeptieren. Er behauptete, Europa könne mit dem Zufluss von Migranten ohne Weiteres fertigwerden. Der größte Skandal sei, meinte er, dass Europa »die am weitesten verbreiteten und intensivsten gegen die Migranten gerichteten Empfindungen seit Jahrzehnten erlebt«. Er bestand darauf, dass sich das ändern müsse, und ein Weg, dies zu erreichen, sei, das entscheidende Argument zu erklären, das er und seine Kollegen zu verbreiten beschlossen hatten: dass nämlich der Strom der Migranten eine große Chance für Europa sei. Die Migranten brächten »neue Ideen und starke Motivation« mit, sagte er. Sie würden sich »in unsere Wirtschaft und Gesellschaft einbringen und ihren Beitrag leisten, wenn sie eine faire Chance bekämen. Manchmal haben sie sogar eine bessere Arbeitsmoral als die einheimischen Europäer.« Und dann kam die schon bekannte Behauptung: »Europa wird älter und wird schon bald unter dem Mangel an Menschen im arbeitsfähigen Alter leiden … In Deutschland allein könnten bis 2020 zwei bis vier Millionen Arbeitskräfte nach Berechnungen der Boston Consulting Group fehlen. Die Migranten gefährden nicht unsere vorhandenen Sozialsysteme. Ganz im Gegenteil: Die Beiträge der Migranten werden

sicherstellen, dass die Europäer das gegenwärtige Niveau an Unterstützung auch in Zukunft werden genießen können.«[101] Das war ein weiteres Argument für den Bevölkerungsaustausch, diesmal verschleiert durch die Sprache der Vorsorge.

Selbst wenn der demografische Rückgang in Europa wirklich so ernst sein sollte, wie von Herrn Ambrosi behauptet, wäre die nächstliegende Lösung sicherlich nicht der Import von Menschen aus völlig fremden Kulturen, um die nächste Generation aufzufüllen. Wenn Herr Ambrosi und andere Verantwortliche wirklich so in Sorge sind wegen des zukünftigen Arbeitskräftemangels in Deutschland, gäbe es bestimmt vernünftigere Lösungen, als auf dem ganzen Globus nach Arbeitskräften zu suchen. Man könnte sich etwas näher an der Heimat umsehen, in Spanien, Portugal, Italien und Griechenland, wo zur gleichen Zeit 25 bis 30 Prozent der jungen Menschen unter Arbeitslosigkeit leiden. Leute, die wie Ambrosi Anhänger des freien Marktes sind, dürften mit diesen Ideen selbst nach eigenen Maßstäben keine sinnvolle Interpretation der Ereignisse liefern. Noch besorgniserregender ist, dass sie anzunehmen scheinen, nur ihre Argumente zählten und der jungen Bevölkerung Südeuropas würde das nichts ausmachen.

Und natürlich, als die Migrationswelle in Europa einen nie da gewesenen historischen Höhepunkt erreicht hatte, waren auch diejenigen zur Stelle, die behaupteten, dies sei vollkommen normal. Das einzige Land, das 2015 ähnlich viele Migranten pro Kopf der Bevölkerung wie Deutschland aufnahm, war Schweden. Allein 2015 kamen zwischen 160 000 und 180 000 Menschen (bei einer Bevölkerung von 9,8 Mio. sind das fast 2 Prozent) – eine beispiellose Zahl selbst für ein Land, das wie Schweden schon vorher viele Flüchtlinge aufgenommen hatte. Während Schweden 2004 400 Flüchtlingskinder aufgenommen hatte, musste es 2015 mit 35 000 fertigwerden, von denen jedes einzelne Zehntausende Euro pro Jahr kostete. Im Sommer 2015 strömten die Flüchtlinge nicht nur über die berühmte Öresundbrücke aus Richtung Dänemark nach Schweden (zwischen Dänemark und Schweden existierte keine Grenze), sondern auch aus Richtung Norden. Die meisten Ankömmlinge hatten keinerlei Ausweise, und das war nicht immer einem Unfall geschuldet. Die

Einwohner von Malmö bestätigten, dass Müllbehälter am Bahnhof voll waren von vernichteten Ausweisen.

Obwohl Schweden ein wahrhaft außergewöhnliches Jahr erlebte, taten die Verantwortlichen weiterhin so, als wäre nichts geschehen. Im Oktober 2015 veranstaltete die Regierung zur Unterstützung ihrer Migrationspolitik eine Konferenz mit dem Titel »Schweden zusammen«. Zu den Teilnehmern gehörten der König und die Königin sowie das ganze politische Establishment. Unter den Rednern war Ingrid Lomfors, die Leiterin des schwedischen Forums »Lebendige Geschichte« (eine Holocaust-Bildungseinrichtung). In ihrer viel gelobten Rede erklärte Lomfors drei Dinge: dass die Migration nach Schweden nichts Neues sei, dass tatsächlich jeder ein Migrant sei und dass es so etwas wie schwedische Kultur nicht gebe.[102]

Das Forum »Lebendige Geschichte« zeigte in konzentrierter Weise, wie in der Nachkriegsgeschichte der Migration die Probleme angehäuft wurden. Selbst als die Ereignisse direkt vor den Augen der Öffentlichkeit stattfanden, weigerten sich die Verantwortlichen anzuerkennen, dass etwas Neues geschah. Wenn sie es zugaben, taten sie so, als sei es eine Chance für das Land. Nirgendwo bestand die Bereitschaft zuzugeben, dass an den Vermutungen über die Folgen etwas dran sein könnte. Seit 1950 war auf dem Kontinent überall die gleiche Tendenz zu beobachten: Die Zahl der Menschen, die kommen würden, wurde unterschätzt und die Fähigkeit der Länder, sie zu integrieren, massiv überschätzt. Es gab nur wenige demütige Momente bei den Entscheidungsträgern, auf jeden Fall keine über ihr größtes und offensichtlichstes Versagen, nämlich die Weigerung festzustellen, dass die Migrantengruppen, die nach Europa kamen, nicht nur von der Mehrheitsgesellschaft abweichende Auffassungen haben könnten, sondern auch untereinander und dass diese Tatsache Konsequenzen haben würde.

Nichts demonstriert dieses Versagen in der multikulturellen und »postmultikulturellen« Ära besser, als dass die politischen und religiösen Ideologien der Neuankömmlinge nur in seltensten Fällen Gegenstand von Überlegungen und niemals zulässiger Gegenstand von Debatten waren. So kam es, dass in jedem Land, wenn überhaupt über die Nachkriegsmigration diskutiert wurde, dies als Diskussion über Rasse geführt wurde. Es wurde über die rassische Identität der

Neuankömmlinge diskutiert, und alle geäußerten Sorgen wurden mit dem Begriff des Antirassismus gekontert. Was nur sehr wenige sahen und ansprachen, war, dass der rassische Hintergrund der Neuankömmlinge eine unbedeutende Angelegenheit war, gemessen an der Wichtigkeit des Glaubensbekenntnisses. Als Marokkaner in größerer Zahl in die Niederlande kamen, diskutierte man über sie als Marokkaner. Als viele Pakistanis nach Großbritannien kamen, diskutierte man über sie als Pakistani, und das Gleiche geschah in Deutschland im Falle der Türken. Doch um die Jahrtausendwende herum begann die Periode des Multikonfessionalismus, und die Bedeutung der Rasse verblasste. In Europa begann man darüber nachzudenken, ob das Problem nicht vielmehr der Glaube sei. Das Thema war für die meisten Politiker und Kommentatoren in Westeuropa eine vollkommene Überraschung.

In den 80er- und 90er-Jahren hätte gewiss niemand vorhergesagt, dass in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts Europa von Glaubensdiskussionen getrieben sein würde. Der Kontinent wurde immer säkularer, und man dachte die Frage des Glaubens hinter sich gelassen zu haben. Es wurde zumindest anerkannt, dass nach so vielen Jahrhunderten die Angelegenheit des Glaubens im modernen Staat insgesamt als erledigt betrachtet werden durfte. Wenn jemand gegen Ende des 20. Jahrhunderts vorhergesagt hätte, dass die frühen Jahre des kommenden Jahrtausends gekennzeichnet sein würden von grassierenden Debatten über Blasphemie und dass man in Europa wegen Blasphemie wieder den Tod würde erwarten können, dann hätte die Zuhörerschaft diese Vorhersage verspottet und die geistige Gesundheit des Sprechers angezweifelt. Es ist nicht so, dass die frühen Warnungen nicht gehört worden wären. Wie hätte man sie überhören können? Das Problem war, sie wurden schlicht ignoriert.

Großbritannien erhielt eine der frühesten Warnungen. Am Valentinstag 1989 gab Ayatollah Khomeini, der politische und religiöse Führer der Islamischen Revolution und seit 1979 iranisches Staatsoberhaupt, ein Dokument heraus, einen Aufruf an alle gläubigen Moslems der Welt. Darin hieß es: »Ich gebe den stolzen muslimischen Völkern der Welt bekannt, dass der Autor der ›Satanischen Verse‹, eines Buches, das sich gegen den Islam, den Propheten und den Koran richtet, sowie alle, die an der Veröffentlichung des Buches beteiligt

waren, zum Tode verurteilt sind. Ich rufe alle aufrechten Muslime auf, diese Leute sofort hinzurichten, wo immer sie sie finden, sodass niemand mehr wagen wird, die Heiligkeit des Islam zu verletzen. Jeder Muslim, der dabei stirbt, wird als Märtyrer angesehen und kommt direkt ins Paradies.«[103] Der Leiter einer »wohltätigen Stiftung« in Teheran versprach ein Kopfgeld von 3 Millionen US-Dollar für den Mörder des britischen Schriftstellers (das Kopfgeld wurde allerdings um 2 Millionen Dollar reduziert, für den Fall, dass der Mörder kein Moslem war). Großbritannien und mit ihm die Welt lernte nun das Wort »Fatwa« kennen.

Salman Rushdie verschwand mithilfe des britischen Staates innerhalb von 24 Stunden aus der Öffentlichkeit. Bald demonstrierten Tausende britische Moslems in den Straßen, um die Anwendung der islamischen Blasphemiegesetze in Großbritannien zu erzwingen. In Bradford, im Norden Englands, wurde das Buch auf ein Stück Holz genagelt und vor einer Masse Tausender Moslems verbrannt. Ein Mann, der mittels dieser Auseinandersetzung schnell auf dem Weg war, den Status eines moslemischen Führers zu erlangen, Iqbal Sacranie (später Sir Iqbal), wurde gefragt, ob der Autor der *Satanischen Verse* den Tod verdient habe. »Den Tod vielleicht«, antwortete er, »aber das wäre zu einfach für ihn«.[104] Britanniens berühmtester Konvertit, Yusuf Islam (früher bekannt als Cat Stevens), wurde in einem Fernsehprogramm gefragt, ob er Rushdie Unterschlupf gewähren würde, wenn der vor seiner Tür stünde. Er antwortete: »Ich würde versuchen, Ayatollah Khomeini anzurufen, und ihm sagen, wo sich dieser Mann befindet.« Auf die Frage, ob er zu einer Demonstration gehen würde, wo das Ebenbild von Rushdie verbrannt werde, antwortete er: »Ich würde hoffen, es wäre der echte.«[105]

Überall in der Welt der Politik und der Kultur debattierten die Leute über diese wieder erwachte Frage der Blasphemie. Sowohl unter den Linken als auch unter den Rechten meinten einige, der Schriftsteller habe die Regeln des Anstands überschritten. Einer der traditionalistischen Torys, Lord Dacre (der Historiker Hugh Trevor-Roper), sagte einer Zeitung: »Ich würde keine Träne vergießen, wenn irgendwelche britischen Moslems, die sein Verhalten verachten, ihm in einer finsteren Straße auflauerten, und würde mich bemühen, sie zu besseren Menschen zu machen.«[106] Außenminister Sir Geoffrey Howe

betonte im Fernsehen, dass er *Die Satanischen Verse* nicht möge, weil darin rüde Äußerungen über Großbritannien stünden. Andere gruben frühere Kritiken Rushdies über Großbritannien aus und zogen daraus den Schluss, dass er selbst schuld sei. Der Prince of Wales soll in einem privaten Gespräch gesagt haben, Rushdie habe bekommen, was er verdient habe.[107] Religiöse Führer wetteiferten derweil bei den Versuchen, die Islamische Republik zu besänftigen. Der Erzbischof von Canterbury, Rober Runcie, sagte, er »verstehe die Gefühle der Moslems«.[108] Oberrabbiner Immanuel Jakobovits erklärte: »Beide, sowohl Herr Rushdie als auch der Ayatollah, missbrauchen das Recht auf freie Meinungsäußerung.«[109] Ähnliche Äußerungen kamen von der katholischen Kirche und von anderen Konfessionen.

Von der linken Seite aus erklärte John le Carré, »es existiert kein Gesetz im Leben oder in der Natur, das besagt, dass große Religionen ungestraft beleidigt werden dürfen«.[110] Der Labour-Abgeordnete Bernie Grant – einer der ersten schwarzen Abgeordneten im britischen Unterhaus – äußerte bei einer Versammlung von Labour-Abgeordneten, Weiße wollten ihre Werte der ganzen Welt aufzwingen, und obwohl er mit den Ayatollahs nicht einverstanden sei, hätten die Muslime im Iran das Recht dazu, so zu leben, wie sie wollten. Nebenbei sei das Verbrennen von Büchern »kein großes Problem für Schwarze«.[111]

Doch eine kleine, aber entschlossene Gruppe von Menschen begriff, was die Fatwa bedeutete, und unterstützte den Schriftsteller, den Ayatollah Khomeini als »blasphemischen Bastard« bezeichnet hatte.[112] Die Schriftstellerin Fay Weldon saß Cat Stevens gegenüber, als dieser seine Kommentare zu Rushdie abgab, und bemerkte verblüfft, wieso ein ebenfalls anwesender Polizeihauptkommissar nicht aufgestanden und den Sänger wegen Aufrufs zum Mord festgenommen habe. In einer später veröffentlichten Streitschrift erklärte Weldon, Großbritannien würde nun den Preis dafür zahlen, dass zu wenige Menschen den Koran gelesen hätten und sich stattdessen damit zufriedengäben, »Plattitüden über ›die großen Weltreligionen‹« zu murmeln.[113] Nach dieser Breitseite sprachen einige britische Muslime von Hassrede, und selbst der einigermaßen moderate muslimische Schriftsteller Ziauddin Sardar schrieb: »Es sieht so aus, dass Weldon zusammenfabrizieren

kann, was sie will, und eine mit Vorurteilen behaftete Schmährede produzieren darf, ganz einfach, weil Muslime Freiwild sind.«[114] Tatsächlich waren nur jene »Freiwild«, die mit Rushdie in Verbindung gebracht werden konnten. 1991 wurde Rushdies italienischer Übersetzer in seiner Mailänder Wohnung niedergestochen und zusammengeschlagen. 1993 wurde der norwegische Herausgeber der *Satanischen Verse,* William Nygard, vor seinem Haus dreimal angeschossen. In Großbritannien gab es Brandanschläge gegen zwei Buchhandlungen, die das Buch vorrätig hatten. In anderen Buchhandlungen, unter anderem in einem Londoner Kaufhaus, in dem es eine Penguin-Buchhandlung gab, wurden Bomben gelegt. 1989 sprengte sich ein junger Mann mit dem Namen Mustafa Mahmouf Mazeh in einem Londoner Hotel in die Luft und legte mehrere Stockwerke in Schutt und Asche, während er eine Bombe für Rushdie vorbereitete.

Einige realisierten sowohl in Amerika als auch in Europa, dass es hier um das Recht auf Redefreiheit ging. Zum Beispiel organisierte die damalige PEN-Vorsitzende Susan Sontag eine Veranstaltung, auf der prominente Autoren aus Rushdies Roman lasen. »Was wir brauchen, ist ein wenig persönliche Tapferkeit«, sagte sie.[115] Und obwohl es durchaus persönliche und auch regierungsseitige Tapferkeit gab, ein breiteres Verständnis dessen, was hier passierte, war nicht vorhanden. Breitseiten wie die von Weldon waren eine große Seltenheit in einer Zeit, in der man langsam realisierte, dass Rushdie nicht einfach Pech hatte, in ein Wespennest zu stechen, das unglücklicherweise bewohnt war. Nein, er stach in ein Wespennest, das vor Kurzem ins Land importiert worden war und immer größer wurde. Der britische Schriftsteller Hilaire Belloc widmete in seinem 1938 erschienenen Buch *The Great Heresies* (dt.: *Die großen Häresien)* auch Mohammed ein Kapitel mit dem Titel »Die große und fortdauernde Häresie des Mohammed«, gemessen an dem *Die Satanischen Verse* als ausgesprochen milde erscheinen. Aber Belloc musste sich nicht verstecken und jahrzehntelang unter Polizeischutz leben, weil in den Jahren um 1930 herum nur eine vernachlässigbare Zahl von Muslimen in Großbritannien lebte. Zur Zeit der Rushdie-Affäre lebten etwas weniger als eine Million Muslime im Vereinigten Königreich, eine Zahl, die sich in den darauffolgenden Jahrzehnten verdreifachen sollte. Großbritannien bekam einen Schnellkurs über die

Regeln des Islam verpasst, den jeder in den folgenden Jahren absolvieren musste.

Dank der Schutzmaßnahmen der britischen Regierung hat Rushdie überlebt, aber, wie später der Publizist Kenan Malik formulierte, das Verlagswesen und die Gesellschaft als Ganzes internalisierten die Fatwa.[116] Bücher, die vor 1989 veröffentlicht worden wären, wurden nicht mehr veröffentlicht. Das Veto der Meuchelmörder wurde entscheidend, und bald galten nicht nur Bücher, die vielleicht dem Islam kritisch gegenüberstanden, als unpublizierbar, sondern auch kriecherisch unkritische Romane. 2008 verzichtete der gleiche Verlag, der *Die Satanischen Verse* publiziert hatte, wegen Sicherheitsbedenken auf die Veröffentlichung eines Liebesromans über den Gründer des Islam mit dem Titel *Das Juvel von Medina*. Ein kleiner, unabhängiger Verlag, der den Roman als ein Zeichen gegen die Zensur veröffentlichte, wurde von drei britischen Moslems mit Brandbomben angegriffen.

Außer dass er die Gesellschaft dazu gebracht hat, die Drohung durch Gewalt zu verinnerlichen, hatte der Fall Rushdie noch eine andere bedeutende Auswirkung in Großbritannien: Er verankerte die Idee der glaubensbasierten »Gemeinschaftspolitik«. Sobald Tausende wütende Moslems auf britischen Straßen erschienen, kam die Frage auf, wer für diese Menschen sprach. Es war die Rushdie-Affäre, die dafür sorgte, dass die erste organisierte Vertretung der Muslime entstanden war. Das Aktionskomitee für Islamische Angelegenheiten (UK Action Committee on Islamic Affairs – UKACIA) wurde gegründet, um die Wut zu koordinieren und auszuschließen, dass noch einmal etwas Ähnliches wie der Fall der *Satanischen Verse* geschehen konnte. In den darauffolgenden Jahren ist daraus der Muslimische Rat Großbritanniens (Muslim Council of Britain – MCB) geworden, die größte Dachorganisation, die den Anspruch erhob, die britischen Moslems zu vertreten. Die Organisation war nicht nur politisch, sondern auch sektiererisch. Obwohl Saudi-Arabien, das im Wettbewerb mit dem Iran um die islamische Führungsrolle stand, die Gruppe unterstützte, dominierten dort die Vertreter der pakistanischen Jamaat-e-Islami-Gruppe. Dieses Gebilde begünstigte offenkundig Personen, die praktisch über Nacht aus der Obskurität zu »Sprechern der Gemeinschaft« (immer nur Männer) aufgestiegen waren. Sie

begünstigte auch die Hardliner innerhalb des Islam. Mit jeder neuen Eskalationsstufe der Krise wurde diese Richtung gestärkt und half, die liberaleren und unabhängigen Elemente innerhalb der Gemeinschaft zu beseitigen.[117]

Kurzfristig gesehen, war die Entstehung solcher Gruppen hilfreich für die Regierung. So, wie Henry Kissinger gefragt haben soll: »Welche Nummer muss ich anrufen, um Europa zu erreichen?«, so fragte die britische Regierung im Laufe der Rushdie-Krise: »Welche Nummer muss ich anrufen, um die muslimische Gemeinschaft zu erreichen?« Wenn jetzt jemand behaupten wollte, dies sei typisch linke Politik, so sei angemerkt, dass es in Großbritannien der konservative Innenminister Michael Howard war, der zur Gründung des MCB als Vermittlergruppe zur Regierung ermutigt hatte. Der angebliche Erfolg des Modells bewirkte, dass es in die westlichen Länder exportiert wurde, und sogar in Frankreich wurde – entgegen seinen Traditionen – zur Gründung einer Vertretungskörperschaft der französischen Muslime ermutigt, so entstand der Conseil Français du Culte Musulman (CFCM). In Frankreich wie in Großbritannien war der Rat eine Kreation der rechten Regierung, in Frankreich insbesondere des Nicolas Sarkozy.

Die Kehrseite hätte von Anfang an klar sein müssen, aber sie war es nicht. Dazu gehörte, dass einfache Moslems plötzlich eine religiöse Vertretung hatten, die sich zwischen sie und ihre politischen Repräsentanten geschoben hatte. Das Modell begünstigte jene, die ohnehin schon politisch aktiv und engagiert waren, und benachteiligte jene, die sich um die Gemeinschaftspolitik nicht kümmerten, weil sie mit ihrem Leben oder ihren Karrieren beschäftigt waren, zumal die Gemeinschaftspolitik sowieso schon von sektiererischen Gruppen beeinflusst war. Das Modell begünstigte die Lauten, die Extremisten, die Beleidigten und jene, die schon organisiert waren wie zum Beispiel in Jamaat – mit dem Ergebnis, dass ihre Richtung sektiererischer Politik, die in ihren Ursprungsländern oft unpopulär war, zur Hauptströmung der muslimischen Vertretungen in Europa wurde. Vier Jahre nach dem 11. September 2001 gab Rushdie ein Interview, in dem er die Bemühungen der Islamisten analysierte, mithilfe der Affäre um *Die Satanischen Verse* ihre Dominanz auszubauen und insbesondere die »fortschrittlichen« islamischen Stimmen zu verdrängen. »Die Menschen waren damals nicht daran interessiert«, erklärte er. »Aber

dann kam 9/11, und heute sagen rückblickend viele, die Fatwa sei der Prolog vor dem Hauptereignis« gewesen.[118]

Aber schon vor jenem »Hauptereignis« gab es warnende Zeichen überall in Europa, dass das 21. Jahrhundert gekennzeichnet sein würde von den Forderungen einer einzigen Religion, deren Anhänger in großer Zahl nach Europa strömten. Das Land, das in dieser Auseinandersetzung einen Vorsprung hatte, waren die Niederlande.

Kapitel 8
Unerhörte Propheten

Als in den 60er-Jahren in den Niederlanden Arbeitskräfteknappheit herrschte, kamen die Einwanderer überwiegend aus Marokko und der Türkei. Die Migranten brachten ihre Frauen und Familien mit, und um 1990 herum wuchsen ihre Gemeinschaften wegen der fortdauernden Einwanderung und ihrer höheren Geburtsraten schneller als jede andere Gruppe im Lande. Die niederländische Regierung propagierte die »Integration ohne Vorurteile gegenüber jedermanns eigener Identität«. Die wenigen, die damals der Migrations- und Integrationspolitik der Regierung öffentlich widersprachen, wurden nicht gut behandelt. In den 80er-Jahren erklärte ein politischer Einzelgänger, Hans Janmaat, dass die Niederlande voll seien, und brachte seine Ablehnung gegenüber dem Modell des Multikulturalismus zum Ausdruck, indem er forderte, dass sich die Migranten entweder assimilieren oder das Land verlassen sollten. Dafür wurde Janmaat nicht nur politisch verbannt, 1986 zündeten linksradikale Aktivisten ein Hotel in Kedichem im Süden des Landes an, in dem Janmaats kleine Partei eine Versammlung abhielt. Seine Frau musste zusammen mit einigen anderen aus dem Fenster springen, um sich zu retten. Dabei verlor sie ein Bein.

Vielleicht lag es an dem Ruf Hollands, das liberalste Land in Europa zu sein (wegen der Legalisierung von leichten Drogen und wegen der liberalen Haltung gegenüber sexuellen Minderheiten), dass in den 90er-Jahren Spannungen mit der am schnellsten wachsenden Minderheit aufkamen. Während dieser ganzen Zeit gaben etliche Politiker in Privatgesprächen zu, dass die wachsende Zahl der Muslime in Holland ein viel zu großes Problem sei, als dass eine politische Partei

es wagen könnte anzusprechen, dass die Eindämmung der Masseneinwanderung und die Integration nicht funktionierten und dass es nicht mehr ausreiche, jene, die das Problem ansprachen, zum Schweigen zu bringen. Die Redefreiheit war ein früher Konfliktpunkt. Am 5. Oktober 1990 sagte ein muslimischer religiöser Führer im Programm eines staatlich subventionierten Radiosenders in Amsterdam: »Jene, die dem Islam, den Regeln des Islam Widerstand entgegenbringen, die Allah und seinen Propheten ablehnen, dürfen umgebracht, aufgehängt, geschlachtet oder verbannt werden, wie die Scharia es vorschreibt.«

1991 hielt der Vorsitzende der holländischen liberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), Frits Bolkenstein, eine Rede und verfasste auf dieser Grundlage einen Artikel, in dem er zum Ausdruck brachte, was auch den anderen politischen Führern aller politischen Richtungen anfing Sorgen zu machen. Bolkenstein schrieb: »Der Islam ist nicht nur eine Religion, er ist eine Lebensweise. In dieser Hinsicht widerspricht seine Weltsicht der liberalen Trennung von Kirche und Staat.« Er verwies auch auf die Unterschiede zwischen der islamischen Haltung gegenüber Frauen und den holländischen Gesetzen und Gepflogenheiten. Er stellte fest, dass die neue holländische Bevölkerung nicht mehr weggehen würde, und deshalb sei die einzige Antwort auf die von ihm aufgeworfene Frage die echte und volle Integration. Aber es blieb immer noch ein finales Problem: »Das Problem ist, dass wir uns keinen Irrtum leisten können.«[119] Sowohl die Rede als auch der Artikel ernteten viel Kritik. Ministerpräsident Ruud Lubbers sagte, der Artikel sei »gefährlich«, ein Minister beschuldigte Bolkenstein, die muslimische Gemeinschaft beleidigt zu haben. Ein prominenter Journalist behauptete, er würde »rassistische Gefühle anfachen«.[120]

In einer Kultur, in der Ideen immer noch eine große Rolle spielen, machte das Buch des Soziologen Paul Schnabel, *Die Multikultur-Illusion: Ein Plädoyer für Anpassung und Assimilation,* viele dieser Probleme auch für den Mainstream akzeptabel; ebenso der Essay *Das Drama des Multikulturalismus* des Wissenschaftlers und Mitglieds der Holländischen Arbeiterpartei, Paul Scheffer.[121] Doch die Öffentlichkeit und die Politiker widersprachen weiterhin wild. Eine Umfrage aus dem Jahr 1998 zeigte, dass inzwischen etwa die Hälfte der Holländer der Meinung war, dass die westeuropäische und die muslimische

Lebensweise einander unversöhnlich gegenüberstünden.[122] Die politische Führerschaft von Bolkenstein und anderen verschaffte dem Land einen Vorsprung bei der Diskussion von Problemen, über die die anderen Westeuropäer erst ein Jahrzehnt später stolpern sollten. Trotzdem zeigte die politische Klasse ernsthaften Widerwillen, das Problem zu lösen. Am Ende war es einem Professor und populären Kritiker aus den Reihen der politisch Linken zu verdanken, dass die Diskussion darüber normal wurde.

Bevor er sich mit dem Thema des Islam zu beschäftigen begann, war nichts im Entferntesten »rechts« an Pim Fortuyn. Er war ein marxistischer, homosexueller Universitätsprofessor, ein namhafter Befürworter von Promiskuität und jeder anderen libertären Gesinnung. Erst als er sich mit dem Thema Islam zu beschäftigen begann, wurde er »rechts«. Sein 1997 veröffentlichtes Buch *Gegen die Islamisierung unserer Kultur* beschäftigte sich mit den Herausforderungen, die der Islam für die holländische Gesellschaft bedeutete.[123] Darin geht es um Probleme, mit denen bis dahin die politische Linke Wahlkämpfe zu führen pflegte.

Unter anderem darum, dass der Islam es nicht geschafft hat zu verwirklichen, was eine Errungenschaft des holländischen Christentums war: die Trennung von Staat und Kirche, die den Holländern nicht nur die Rede- und Medienfreiheit und andere Menschenrechte sicherte, sondern auch die Bewahrung der öffentlichen Räume vor der Eroberung mithilfe »heiliger Texte«. Ein anderer Einwand Fortuyns gegen den Islam war dessen Haltung gegenüber den Geschlechtern. Er forderte, dass muslimische Frauen in den Niederlanden das gleiche Recht auf Emanzipation genießen sollten wie alle anderen holländischen Frauen auch. Und er schüttete seinen Zorn über die islamische Haltung gegenüber sexuellen Minoritäten aus. Die Niederlande waren führend in der Welt mit ihren Gesetzen, die die Gleichheit zwischen Mann und Frau sowie zwischen Hetero- und Homosexuellen sicherstellten. Die Vorgänge in Ländern mit muslimischer Mehrheit zeigten in unterschiedlicher Ausprägung, dass der Islam mit diesen Prinzipien nicht vereinbar war. Doch trotz dieser offensichtlichen Konflikte versuchte die holländische Gesellschaft so zu tun, als könnten Toleranz und die Intoleranz des am schnellsten

wachsenden Teils der holländischen Gesellschaft koexistieren. Fortuyn glaubte nicht daran.

Durch seine Kolumnen und populären Auftritte in Fernsehprogrammen entwickelte sich Fortuyn nicht nur zum Meister des Ausdrucks dieser Ansichten, sondern auch des Stichelns über die Meinungen anderer. Während einer Fernsehdebatte benahm er sich einem Imam gegenüber so herausfordernd, wie er nur konnte, bis der Imam über Fortuyns Homosexualität in Wut ausbrach. Mainstream-Politiker sagten ihm auch offen, was sie über ihn dachten. Während einer Fernsehdebatte 1997 über sein Buch über die Islamisierung sagte der Politiker der Arbeitspartei und frühere Minister Marcel van Dam zu ihm: »Sie sind eine besonders minderwertige Kreatur.«[124] Es fehlte nur das Vitriol.

Zur Zeit der Angriffe vom 11. September 2001 hatte die niederländische Gesellschaft bereits mehrfach intensiv diese zentralen Fragen diskutiert, und Fortuyn begann seine Energien der Politik zu widmen. Aus der Partei, der er ursprünglich angehört hatte, wurde er ausgeschlossen, als er den Islam als eine *achterlijk* – rückständige Kultur – beschrieben hatte. Daraufhin gründete er seine eigene Partei, die Lijst Pim Fortuyn (LPF). Wegen des holländischen Wahlsystems ist es dort in Europa wahrscheinlich am einfachsten für eine neue politische Partei, ins Parlament zu gelangen. Im Vorfeld der nationalen Wahlen von 2002 stellte Fortuyn innerhalb weniger Wochen die gesamte holländische Politik auf den Kopf.

Von Kollegen nicht beschränkt, warnte er immer intensiver vor der Bedrohung der holländischen Identität, insbesondere der liberalen Identität des Landes. Er warnte, dass der Multikulturalismus nicht funktioniere und stattdessen zum Heranwachsen von Parallelgesellschaften, insbesondere muslimischer Gettos, führe. Er warnte, es sei »fünf vor zwölf« und Holland bleibe nur noch ein kleines Zeitfenster für die Umkehr. Sein angeborenes Showtalent und seine Weigerung, das Spiel der Medien mitzumachen, führten dazu, dass es im Vorfeld der Wahlen von 2002 so aussah, als seien die Holländer bereit, ihn mit der Verantwortung für das Land zu betrauen. Seine Gegner beschimpften ihn mit allem, was ihnen zur Verfügung stand. Sie nannten ihn einen Rassisten. Sie nannten ihn Hitler. Die Gemäßigteren verglichen ihn nur mit Mussolini. In einem

Fernsehinterview sprach Fortuyn kurz vor seinem Tode von den Morddrohungen, die er erhalten hatte, und sagte, wenn ihm etwas passieren sollte, müssten seine politischen Gegner, die ihn dämonisiert hätten, eine gewisse Mitverantwortung tragen.

Natürlich taten sie das nicht. Nur eine Woche vor den Wahlen, als Fortuyn nach einem Interview das Radiogebäude in Hilversum verließ, schoss ihm ein Mann um die 30 aus nächster Nähe mehrmals in den Kopf. Die Nation hielt den Atem an aus Angst, der Mörder könnte ein Moslem sein. Aber es stellte sich heraus, dass der Verbrecher ein linksradikaler Veganer-Aktivist war, der während der darauffolgenden Gerichtsverhandlung erklärte, er habe sein Opfer ermordet, weil er das Gefühl hatte, Fortuyn würde die Muslime angreifen. Die Niederlande trauerten, und in den darauffolgenden Wahlen gaben die Wähler Fortuyns Partei die Mehrheit der Sitze, ein Geschenk, für das sich die Partei mit kleinlichen inneren Kämpfen und absoluter Unfähigkeit (die wahrscheinlich eine unvermeidliche Folge ihres kometenhaften Aufstiegs war), ihrem Mandat zu entsprechen, bedankte.

Der Wunsch der Holländer, ihren Herausforderungen in den Wahlkabinen gerecht zu werden, wurde damit vereitelt. Und obwohl zu Fortuyns Nachfolgern, die sein Erbe fortführen sollten, auch Persönlichkeiten wie Geert Wilders gehörten (der die »liberale« Partei VVD ebenso verließ, um seine eigene Partei zu formen), gelang es keinem von ihnen, die Stimmen der Arbeiterschaft und der jungen Unternehmer in einem Maße für sich zu gewinnen, wie es Fortuyn gelungen war. Der Mord an dem Mann, der später zum größten Niederländer aller Zeiten gewählt werden sollte, eröffnete den Weg zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte, denn die Behauptung, Fortuyn sei ein Faschist und große Teile der holländischen Gesellschaft würden einen Faschisten unterstützen, war nicht länger aufrechtzuerhalten.

Einer, der in dem zurückgebliebenen Vakuum seine Stimme erhob, war der Filmemacher Theo van Gogh. Er und Fortuyn waren nicht nur Freunde, sie waren oft zusammen im Fernsehen zu sehen gewesen, nicht zuletzt in van Goghs Show »Eine angenehme Unterhaltung«, an dessen Ende der Moderator dem Gast einen Kaktus zu überreichen pflegte. Nach dem Mord an Fortuyn arbeitete van Gogh an einem Film über den Mord, schrieb weiter Bücher und Artikel. Sein 2003

veröffentlichtes Buch *Allah weet het Beter* (dt: Allah weiß es besser) zeigte auf dem Deckblatt van Gogh mit einer muslimischen Kopfbedeckung und dem Gesichtsausdruck eines wütenden Moslems.

In seinen Fernsehauftritten und den öffentlichen Debatten nahm es van Gogh mit den freimütigsten Islamisten in Holland auf, unter ihnen mit dem von der Hisbollah trainierten Extremisten Dyab Abou Jahjah, den er als »Zuhälter des Propheten« bezeichnete. Nach diesem Event, das beendet wurde, als Jahjah es abgelehnt hatte, mit van Gogh zusammen auf der Bühne zu sein, war aus der Begleitung Jahjahs der Satz zu vernehmen: »Wir werden das fette Schwein schnappen und ihn aufschneiden.«[125] Seit dieser Zeit war van Gogh um seine Sicherheit besorgt. Dann machte er 2004 einen kurzen Film mit dem Titel *Unterwerfung* über die Misshandlung von Frauen im Islam. Das Skript für den Film schrieb eine junge Somalierin, die nach Holland emigriert war, Ayaan Hirsi Ali. Als der Film gegen Ende August im holländischen Fernsehen gezeigt wurde, wurde die Bedrohung der Filmemacher noch stärker. Van Gogh lehnte den angebotenen Personenschutz ab. Wie ihm Nahestehende berichten, war er davon überzeugt, dass islamistische Attentäter nicht den »Dorfdeppen« attackieren würden.[126]

Dorfdepp oder nicht, ein Attentäter lauerte ihm auf, als er am 2. November 2004 in Amsterdam mit dem Fahrrad zur Arbeit unterwegs war. Mohammed Bouyeri schoss auf ihn, schnitt ihm die Kehle durch und stach mit dem Messer in seine Brust. Im Sterben noch sagte von Gogh zu Bouyeri: »Könnten wir nicht darüber reden?« Die Attacke auf van Gogh war auch eine Morddrohung gegen Ayaan Hirsi Ali, die bereits seit 2002 wegen Morddrohungen unter Polizeischutz stand und an einem geheimen Ort lebte. Jetzt wurden auch einige andere holländische Islamkritiker, unter ihnen der im Iran geborene Wissenschaftler Afshin Ellian, unter Polizeischutz gestellt. Über eine gewisse Zeit verstummten selbst die vorsichtigsten Kritiker des Islam, wie zum Beispiel der Wissenschaftler Paul Cliteur. Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und andere haben auf die harte Tour gelernt, dass Kritik am Islam, so, wie die holländische Gesellschaft es gewohnt war, jede andere Religion zu kritisieren, am Ende das ganze Leben verändern und sogar tödlich enden konnte, wenn man denn nicht unter Polizeischutz gestellt wurde. Das Land, das in der Vergangenheit den religiösen Zweifel hegte und rationale Denker wie

Spinoza hervorgebracht hatte, wurde plötzlich sehr vorsichtig, was religiöse Fragen betraf.

Diese Entwicklung verstärkte nur den Druck auf die wenigen, die nicht bereit waren, nach der Pfeife der Mörder zu tanzen. Unter denen, die bereit waren, den Extremisten gegenüber Widerstand zu leisten, war auch eine junge Holländerin somalischer Herkunft, die zehn Jahre früher vor einer Zwangsehe nach Holland geflüchtet war. Die oben bereits erwähnte Ayaan Hirsi Ali war in jeder Hinsicht eine Mustermigrantin. Sie beantragte und bekam Asyl. Während sie in Fabriken arbeitete, lernte sie Holländisch, und bald beantragte sie, zum Studium zugelassen zu werden. Sie studierte an der Universität von Leiden, während sie für andere Migranten als Dolmetscherin arbeitete. Kaum zehn Jahre, nachdem sie in den Niederlanden angekommen war, erhielt sie ihr Diplom in Politologie, begann in der Forschung zu arbeiten und wurde als Abgeordnete der liberalen Partei ins Parlament gewählt. Diese unfassbare Erfolgsgeschichte einer Migrantin war das Ergebnis von Intelligenz, Charisma, harter Arbeit und außergewöhnlichem Mut. Aber ihr schneller Aufstieg in die Regionen der Prominenz war auch dem verzweifelten Bedürfnis der holländischen Gesellschaft nach einer Erfolgsgeschichte unter Migranten geschuldet. Trotzdem verursachte es einen Schock – vor allem unter den Linken –, dass sich diese Migrantin geweigert hatte, die von ihr erwarteten Dinge zu sagen.

Hirsi Ali sollte später schreiben, dass die Attentate des 11. September 2001 sie veranlassten, »den Glauben, in dem ich erzogen wurde, auf die Wurzel des Bösen hin zu untersuchen: Steckt die Aggressivität, der Haß, im Islam selbst?«[127] Sechs Monate später las sie ein Buch über Atheismus, das sie vor vielen Jahren bekommen hatte, und wagte nun zuzugeben, dass sie nicht mehr gläubig war.[128] Sie äußerte ihre Gedanken auch öffentlich. Doch die holländischen Medien bedrängten sie, Dinge zu sagen, die sie selbst sich nicht trauten zu sagen. Ein Interviewer drängte sie, das Wort, das Fortuyn benutzt hatte, »achterlijk«, zu benutzen. War der Islam rückständig im Verhältnis zur niederländischen Gesellschaft? Offensichtlich gab es zwei Strömungen, die Hirsi Ali bedrängten. Eine, die weitestgehend von den politischen Linken kam, die wollten, dass sie Dinge sagte, für die sie sie dann attackieren konnten. Andere – sowohl unter den Linken wie den

Rechten – wollten, dass sie etwas sagte, was alle anderen so weit befreien würde, dass sie auch sagen konnten, was sie wollten. Es war schließlich viel schwieriger, eine schwarze Frau des Rassismus zu beschuldigen als einen weißen Mann. Die Bewahrer des Status quo fanden dann doch noch einen Weg für sich: Sie behaupteten, Hirsi Ali sei »traumatisiert« durch ihre angeblich außergewöhnlichen Erfahrungen und wisse deshalb nicht, was sie da sage.

Als ein Opfer von Genitalverstümmelung (ein Thema, das sie bildhaft in ihrer Autobiografie behandelte),[129] als jemand, der als Teenager geglaubt hatte, dass Salman Rushdie den Tod verdient habe, und vor einer Zwangsheirat floh, begriff sie persönlich die Herausforderungen der Integration. Sie packte die heikelsten Probleme an. Es war kein gutes Zeichen für die Zukunft, dass diese Mustermigrantin nicht nur von einem großen Teil der holländischen politischen Klasse abgelehnt wurde, auch die muslimische Gemeinschaft schüttete Gift und Galle über sie aus.

Noch am Anfang ihrer öffentlichen Karriere wurde sie von einem Freund gefragt: »Weißt du denn nicht, wie klein dieses Land ist und wie brisant deine Aussagen sind?« In ihrer Autobiografie notiert sie die Antwort: »Brisant? In einem Land, in dem Prostitution und weiche Drogen legal sind, in dem Sterbehilfe und Abtreibung praktiziert werden, in dem junge Männer im Fernsehen weinen, am Strand nackte Leute herumlaufen und im Fernsehen Witze über den Papst gerissen werden? In dem der beliebtesten Schriftsteller, Gerhard Reve, einmal fantasierte, mit Gott in Gestalt eines Esels Sex zumachen – eines Tiers, das ihm als Metapher für Gott diente? Warum sollten meine Aussagen in einem solchen Kontext auch nur ansatzweise ›brisant‹ sein?«[130] Aber so war es doch. Sie legte ihren Finger auf den wunden Punkt der niederländischen Gesellschaft. Ein Volk, das sich gerne als tolerant, offen und anständig ansah, fragte sich nun, ob Toleranz, Offenheit und Anstand nicht zu weit getrieben würden. Wie könnten sie Grenzen durchsetzen? Hirsi Ali sagte ihnen, dass es sehr wohl Grenzen gebe, und dass sie selbst der lebende Beweis dafür sei. Und so glaubte sie trotz der Drohungen gegen ihr Leben sowohl vor als auch nach dem Mord an ihrem Kollegen van Gogh daran, dass es Dinge gibt, die gesagt werden müssen, und Zeiten, »in denen Schweigen einen zum Komplizen des Unrechts macht«.[131]

Ähnliche Sorgen kamen überall in Westeuropa auf. Während der Jahrzehnte, in denen die Regierungen Migration dieses Ausmaßes zuließen, hatten es nur wenige, wenn überhaupt, erwartet, dass man in absehbarer Zeit damit beschäftigt sein würde, islamische Gesetze und die Ansprüche der europäischen Kultur und Tradition in Einklang zu bringen. Doch sowie die Migrantenpopulation anwuchs, tauchten überall die gleichen Probleme auf. Manchmal geschah das, weil man entdeckt hatte, wie es innerhalb der Gemeinschaften zuging. 2004 wurde in Marseille eine junge Frau, Ghofrane Haddaoui, gesteinigt, weil sie die Avancen eines jungen Moslems zurückgewiesen hatte. Im Vereinigten Königreich hat die Polizei zugegeben, dass sie bei etlichen verdächtigen Todesfällen von jungen muslimischen Frauen versagt hätte, weil sie glaubte, diese möglichen »Ehrenmorde« seien eine Angelegenheit der muslimischen Gemeinschaften. 2006 berichtete die British Medical Association, eine britische Ärzteorganisation, dass in Großbritannien mindestens 74 000 Frauen Opfer von Genitalverstümmelungen geworden waren.

Zur gleichen Zeit wurden Mitglieder der muslimischen Gemeinschaften Europas, die öffentlich über die negativen Aspekte ihrer Kultur sprachen oder in irgendeiner Weise gegen die eigene Gemeinschaft auftraten, immer häufiger zu Zielscheiben physischer Einschüchterung und Gewalt. Sei es die norwegische Popsängerin Deepika Thathaal, die in Oslo auf der Bühne wegen ihrer »Unanständigkeit« angegriffen wurde, oder der Kolumnist und Aktivist Nosheen Ilias in Italien, diese Menschen gehören zu Minderheiten innerhalb von Minderheiten und daher vermutlich zu den am meisten gefährdeten Menschen überhaupt. Währenddessen wuchs das Bewusstsein darüber, dass die neu in Europa Ankommenden von den früheren Migrantengruppen vielleicht doch nicht so positiv angesehen werden könnten. Während der Ära des Multikulturalismus nahm man an, dass Minderheiten ihren Minderheitenstatus mit anderen Minderheiten teilen würden. Die Idee, dass sie ihre uralten Animositäten mitbringen würden, scheint keinem Verantwortlichen gekommen zu sein. Aber so, wie die Zahlen wuchsen, brach auch diese Annahme zusammen.

2003 wurde ein Bericht der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über Antisemitismus in

Europa still zu den Akten gelegt, als darin herausgefunden wurde, dass hinter dem Anstieg des Antisemitismus der Anstieg von Attacken junger Moslems auf Juden stand. Trotz solcher und ähnlicher Versuche, die Fakten zu verschleiern, wurden immer mehr Fakten bekannt – oft auf die denkbar brutalste Weise. 2006 blickte Frankreich mit Schrecken auf einen Vorfall, als ein französischer Jude, Ilan Halimi, drei Wochen lang durch eine muslimische Gang in Paris, die sich die »Barbaren« nannte, zu Tode gefoltert wurde. Seine Folterer glaubten, Geld von Halimi und seiner Familie erpressen zu können, weil »Juden Geld haben«. Seit Beginn der Massenmigration häuften sich überall die Angriffe auf Juden. Wie eine Körperschaft, die antisemitische Angriffe in Frankreich dokumentiert, das BNVCA (Bureau National de Vigilance Contre l'Antisemitisme), berichtet, hat sich die Zahl der erfassten antisemitischen Angriffe allein zwischen 2013 und 2014 verdoppelt und stieg auf 851 Zwischenfälle innerhalb eines Jahres. Obwohl sie weniger als 1 Prozent der Bevölkerung ausmachen, richten sich fast die Hälfte der rassistischen Angriffe in Frankreich gegen Juden. Am 14. Juli 2014, dem französischen Nationalfeiertag, verbarrikadierten Migranten eine Pariser Synagoge und riefen unter anderem: »Tod den Juden.« Oder: 2012 erschoss ein muslimischer Amokläufer drei Kinder und einen Lehrer vor einer jüdischen Schule in Toulouse; ein anderer muslimischer Todesschütze erschoss vier Menschen im jüdischen Museum von Brüssel; 2015 erschoss ein anderer muslimischer Terrorist vier Juden im koscheren Supermarkt Hypercache in Paris; 2015 ermordete ein weiterer muslimischer Terrorist einen jüdischen Wachmann vor der großen Synagoge in Kopenhagen. Nach diesen Morden wurde das Problem des islamischen Antisemitismus endlich zum Gegenstand von Diskussionen.

Doch selbst nachdem das Wiederaufleben von Antisemitismus und vielen anderen alten Problemen bekannt und neue registriert wurden, kam es nur sehr langsam, um nicht zu sagen: bewusst schleppend zum Eingeständnis dessen, was hier passierte. 2013 wurde in Deutschland eine neue Partei, die Alternative für Deutschland, AfD, gegründet. Als klar wurde, dass die neue Partei gegen die Migration eingestellt ist, begannen die deutschen Medien und die politische Klasse zu behaupten, die AfD sei antisemitisch. Trotzdem waren es 2014 nicht die Anhänger der AfD, sondern hauptsächlich Migranten, die sich auf

deutschen Straßen versammelten, so in Frankfurt, Dortmund und Essen, und riefen: »Hamas, Hamas, Juden ins Gas« und »Scheißjuden«. Es war kein AfD-Politiker, sondern ein muslimischer Imam, der in Berlin-Neukölln in der Moschee Gott darum bat, die »zionistischen Juden zu vernichten. Bringe sie alle um!«[132]

In jedem Land gab es Menschen, die versuchten zu warnen. Manche wurden wie Hirsi Ali religiös erzogen, hatten aber ihre Religion verlassen. Andere wurden zwar als Muslime geboren, wollten aber innerhalb der Religionsgemeinschaft verbleiben und von innen heraus liberale Reformen vorantreiben. Auch Nicht-Muslime in Europa warnten und bestanden darauf, dass dies ihr gutes Recht sei.

Wenige taten es mit so viel Leidenschaft wie die italienische Journalistin und Autorin Oriana Fallaci. Die einzige westliche Journalistin, die jemals Rushdies iranischen Verfolger interviewen durfte, war zur Jahrtausendwende in ihren Siebzigern. In ihren jüngeren Jahren wurde sie durch ihre Interviews mit Khomeini, Gaddafi, dem Schah von Persien, Henry Kissinger und vielen anderen zur meistgefürchteten Interviewerin.[133] Ihre Begegnungen mit den Mächtigen wie auch ihre Reisen durch die Kriegsgebiete der Welt versetzten sie in eine furchtbare Wut – und die Wut gegen den Islam gehörte dazu.

Sie wuchs als Tochter von Antifaschisten in Mussolinis Italien auf. Durch ihren Vater kam sie dazu, an antifaschistischen Aktivitäten teilzunehmen. Gegen Ende ihres Lebens erinnerte sie sich an ihre Botengänge als junges Mädchen: Sie versteckte Handgranaten unter Salatblättern und brachte sie zu den Hauptquartieren der Opposition, schmuggelte Waffen und verteilte Material der Partisanen.[134] Ihr Land und ihre Heimatstadt Florenz waren von 1943 bis 1944 von den Deutschen besetzt. Sie war damals noch ein Teenager, aber sie kämpfte, wie ihre ganze Familie, um ihr Land zurückzubekommen. Wenn sie von Faschismus sprach, tat sie das aus eigener Erfahrung.

Nach vielen Jahren, in denen sie ihre kompromisslosen und brutalen Interviews geführt hatte, schrieb sie romanhafte Berichte ihres Lebens, unter anderem den Roman »Inshallah«, in dem sie ihre Erfahrungen im libanesischen Bürgerkrieg beschreibt. In den 90er-Jahren zog sie sich zurück, lebte in New York allein in einer Wohnung über ihrem Verlag und arbeitete an einem Roman über ihre Familie

und Kindheit. Das Attentat vom 11. September erweckte diesen schlafenden literarischen Vulkan in Manhattan. Innerhalb von zwei Wochen schrieb sie einen langen Essay, der die Literaturbeilage des *Corriere della Sera* füllte. Er ist ein stürmischer, tief empfundener, sintflutartiger und aufgebrachter Angriff: auf die Leute, die die Zwillingstürme zum Einsturz gebracht hatten, auf die Leute, die die Augen vor den Gefahren verschlossen hatten, auf die Moslems in aller Welt, die die Tat feierten, und auf den Islam als Religion insgesamt. Eine deutliche und leidenschaftliche Stellungnahme.[135]

Die Ausgabe des *Corriere* war bald ausverkauft, und Fallaci verwandelte die Streitschrift in ein kleines Buch, das 2002 erschienen ist. *Die Wut und der Stolz* wurde in mehr als einer Million Exemplaren in Italien und in mehreren Hunderttausend Exemplaren in Übersetzungen verkauft. Von Anbeginn an war es Gegenstand heftiger Attacken, wurde in ihrem Heimatland jedoch auch kämpferisch verteidigt von religiösen Menschen, aber auch von Atheisten wie Fallaci. Im Wechsel von Ebbe und Flut der intellektuellen und politischen Moden vergisst oder verdrängt man schnell den plötzlichen kometenhaften Erfolg von Büchern wie von *Die Wut und der Stolz*. Aber nur wenige Werke hatten eine so breite und machtvolle Wirkung auf ihre Leser und zeigten einen so starken Einfluss auch außerhalb der feinen Gesellschaft.

Nach ihren eigenen Bezeugungen richtete sich ihre Version von *J'accuse,* eine Predigt an den Westen, an jene, die Terroranschläge im Namen des Islam begehen, an die vielen und immer mehr werdenden Moslems im Westen und an diejenigen im Westen, die sich nicht trauen aufzustehen gegen diese Eindringlinge.[136] »Ich bin wütend, sehr wütend. Ich spüre eine kalte, hellsichtige, rationale Wut. Eine Wut, die jeden Abstand, jede Nachsicht ausschließt, die mir befiehlt zu antworten und vor allem auf diese Leute zu spucken.«[137] Und auf dieser Temperatur geht es weiter.

Wenn sie über den Kampf schreibt, den sie und ihre Familie in ihrer Kindheit geführt haben, vergleicht sie ihn mit der jüngsten Reaktion der Verantwortlichen auf die Besetzung des Domplatzes in Florenz durch somalische Moslems, die ihre Zelte rund um die Kathedrale aufschlugen. Das Zeltlager stand drei Monate lang dort und löste zu der Zeit heftige Kontroversen in Florenz aus. In ihrer Polemik

beschreibt Fallaci, wie sie zahllose Verantwortliche in Florenz und später in Italien kontaktiert hat, um zu erfahren, warum es nicht möglich sei, dieses Lager aus der Mitte der Stadt zu entfernen, nur um jedes Mal mit berufsmäßiger Unfähigkeit konfrontiert zu werden. Sie erzählt, wie sie am Ende einen lokalen Polizisten anrief und ihm erklärte, dass sie, wenn die Zelte nicht entfernt würden, sie eigenhändig anzünden werde, sodass er sie dann festnehmen und in ihrer eigenen Stadt inhaftieren müsse.

Italienische, europäische und westliche Schwächlinge im Allgemeinen waren ebenso die Zielscheibe Fallacis wie die Muslime. Ebenso jene, die die Welt des Westens mit der des Islam vergleichen und gleichsetzen. Während sie die Fehler und Sünden des Westens durchaus anerkannte, bestand sie darauf: »Ich will meine Kultur verteidigen, verdammt, und ihr sollt wissen, dass mir Dante Alighieri besser gefällt, als Omar Khayyam.«[138] Sie habe ebenso viel Ehrfurcht vor jedem Kunstwerk wie irgendein Moslem vor Mekka. Der kulturelle Stolz Fallacis fiel vielleicht deshalb so auf, weil er in der Zeit so selten war. Doch der glühende Stil Fallacis kippt mitunter in etwas anderes. Als sie über die Entweihung des Domplatzes durch somalische Moslems schreibt, scheint sie besessen von deren Körperfunktionen, den Exkrementen, den Strömen von Urin aus dem Camp: »Zu alldem kamen noch die widerlichen gelben Urinstreifen, die den Marmor des Babtisteriums schändeten. (Donnerwetter! Sie haben einen starken Strahl, diese Söhne Allahs!)«[139] Allerdings geriet sie richtig in Schwierigkeiten, als es um die reproduktiven Fähigkeiten der italienischen Moslems ging.

Die Fixierung auf die Zahl der nach Europa strömenden Moslems und die Zahl der Kinder, die sie mitbrachten oder dort bekamen, war nicht ohne Grund. Auch die Behauptung Fallacis nicht, dass die Migration oder »hidschra« ein erklärtes Ziel mancher muslimischer Führer war. In ihrem Buch zitiert sie islamische Führer, die damit prahlten, genau das zu tun, was sie beschreibt. Sie zitiert einen islamischen Gelehrten, der auf einer Synode im Vatikan angeblich gesagt haben soll: »Angesichts eures demokratischen Selbstverständnisses sollten wir euch angreifen, angesichts unseres religiösen Selbstverständnisses sollten wir euch beherrschen.«[140] Das sei ein »umgekehrter Kreuzzug«, sagte sie. Das veranlasst Fallaci zur

Schlussfolgerung, dass die europäischen Moslems einen Krieg führten, der »vielleicht (vielleicht?) nicht auf die Eroberung unseres Territoriums abzielt, der aber ganz bestimmt auf die Eroberung unserer Seelen abgesehen hat«.[141] Und weiter: »Darüber hinaus pflanzen sie sich unaufhörlich fort. Die Italiener bekommen keine Kinder mehr, diese Dummköpfe. Die übrigen Europäer auch nicht.« Das ist die etwas verwässerte Version, die die Verleger Fallacis veröffentlichten, als die Autorin ihr Werk in ihr eigentümliches Englisch übersetzt hatte. Aber in der Originalausgabe würzte Fallaci ihre Beobachtungen mit der Anmerkung: »Unsere ›ausländischen Arbeiter‹ vermehren sich wie die Ratten.«[142]

Moslemische Gruppen forderten in Italien, dass Fallaci unter anderem wegen »Verunglimpfung der Religion« angeklagt werde. Auch in Frankreich wurden ähnliche Anklagen versucht. Das war 2002, als es eine Flut von versuchten Anklagen gegen öffentliche Persönlichkeiten gab. In Frankreich wurde die Schauspielerin und jetzt Tierschützerin Brigitte Bardot wegen Äußerungen unter anderem gegen die Halal-Schächtung angeklagt.[143] Islamische Gruppen in Frankreich versuchten den Schriftsteller Michel Houellebecq vor Gericht zu zerren, weil er in einem Interview gesagt hatte, dass »der Islam die dümmste Religion« und der Koran »schlecht geschrieben« sei.[144]

Die Aussicht auf gerichtliche Verfolgung in ihrem Heimatland wegen Beleidigung des Islam war nicht die einzige Gefahr, der sich Fallaci nach der Veröffentlichung von *Die Wut und der Stolz* ausgesetzt sah. Als sie nach Italien heimkehrte, musste sie Tag und Nacht durch die Carabinieri beschützt werden.[145] Diese und andere in Italien gegen sie gerichtete Schandtaten bewirkten, dass sie weniger diszipliniert arbeitete als im Falle von *Die Wut und der Stolz.* Ihre darauffolgende Predigt, *The Force of Reason,* wurde in Kontinentaleuropa fast genauso oft verkauft und erlebte noch mehr Vorurteile. Ihre Argumente waren nicht ohne historische und gegenwärtige Beweise. Um ihre Ansicht, dass Moslems mit ihrer Geburtenrate die Europäer innerhalb Europas niederringen würden, zu untermauern, zitierte sie den früheren algerischen Präsidenten Houari Boumedienne, der 1974 vor den Vereinten Nationen sagte: »Eines Tages werden Millionen Männer die südliche Hemisphäre dieses Planeten verlassen, um in die nördliche

einzubrechen. Aber nicht als Freunde. Sie werden hereinbrechen und unterjochen, und sie werden unterjochen, indem sie den Norden mit ihren Kindern bevölkern. Die Gebärmütter unserer Frauen werden uns den Sieg bringen.«[146] Ein drittes Buch im gleichen Fallaci-Stil folgte.[147]

Ein lautstarker Flügel der Linken ließ kein gutes Haar an ihr wegen ihrer letzten Werke. Aber viele Millionen hörten ihr zu und verehrten sie. 2005, kurz nachdem Kardinal Joseph Ratzinger Papst geworden war, lud er Fallaci in seine Sommerresidenz ein, wo sie unter der Voraussetzung, dass von ihrem Gespräch nichts öffentlich gemacht werden würde, miteinander diskutierten. Im darauffolgenden Jahr starb Fallaci an der Krebserkrankung, gegen die sie seit Jahrzehnten angekämpft hatte. Bis zu ihrem Tod kamen immer neue juristische Angriffe gegen sie, dann wurde die Debatte um die italienische Kassandra leiser, bis aktuelle Ereignisse ihre Bücher zu neuem Leben erweckten.

Im Todesjahr Fallacis geriet der neue Papst selbst in einen Konflikt mit den Kräften, die sie verfolgt hatten. Benedikt XVI. hatte keinen Fallaci-ähnlichen Text veröffentlicht. Stattdessen hatte er in einer Rede »Über Glaube und Vernunft« an der Universität Regensburg einen einzigen Satz des byzantinischen Herrschers Manuel II. Palaiologos zitiert: »›Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, dass er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten‹.«[148] Vor diesem Zitat sagte der Papst, die Worte seien »erstaunlich schroff, für uns in unannehmbar schroffer Form« geäußert worden.[149] Gerade durch die Wiederholung machte er deutlich, dass es sich hierbei um ein Zitat handelte. Trotzdem wurde in der ganzen Welt behauptet, der Papst habe den Islam beleidigt. Es kam zu Krawallen in der muslimischen Welt, eine 65 Jahre alte Nonne wurde in Somalia ermordet. Wenige Monate vorher war es zu Protesten und Aufständen wegen einiger Mohammed-Karikaturen gekommen, die in Dänemark veröffentlicht worden waren, die Proteste wurden langsam zur alltäglichen Erscheinung. Nun wurden sie fortgesetzt gegen den Papst. Dass inzwischen jeder, angefangen mit den hingebungsvollsten Atheisten bis hin zum Oberhaupt der katholischen Kirche, Opfer der gleichen Kräfte werden konnte, war offensichtlich immer noch nicht Warnung genug.

Kapitel 9
Alarmzeichen

Überall in Europa waren auch andere Alarmsignale zu vernehmen. Anfang der 2000er-Jahre zeigte sich der amerikanische homosexuelle Autor Bruce Bawer immer besorgter darüber, dass seine homosexuellen Bekannten in Holland und Norwegen selbst in den liberalsten Städten wie Amsterdam von Muslimen zusammengeschlagen wurden. Bawer hatte sein Heimatland in den 90ern teilweise deshalb verlassen, weil er den Einfluss von christlichen Geistlichen, die die Rechte von Homosexuellen entschieden ablehnten, anwachsen sah. In Europa hat Bower realisiert, dass es noch einen anderen Typ von Geistlichen gab, von einer anderen Religion als die, an die er sich gewöhnt hatte, die nicht nur davon überzeugt waren, dass Homosexuelle nicht heiraten sollten, sondern auch davon, dass man sie von hohen Gebäuden herunterstoßen sollte. Wie Pim Fortuyn dachte auch Bower darüber nach, woher es kommt, dass eine Gesellschaft, die einmal stolz auf ihren Liberalismus war, sich mehr Sorgen darüber macht, Moslems zu verletzen, als über die Angriffe auf Homosexuelle. Die islamische Homophobie – die in den Medien der Homosexuellen kaum und in den Mainstream-Medien noch weniger eine Rolle spielte – wurde nur sehr langsam zum Thema. Doch die Gruppen für Homosexuellen-Rechte, die die katholische Kirche und andere christliche Kirchen so vehement attackierten, schienen dieses viel größere Problem aussitzen zu wollen und stattdessen Leute wie Bower anzugreifen, weil sie auf Tatsachen hinwiesen. In zwei Büchern und vielen Artikeln zeigte er die Seltsamkeit der liberalen Gesellschaften auf, die diese Bigotterie zu akzeptieren schienen, nur weil sie von Migranten kam. Es gab

offensichtlich einen Wettbewerb unter den Opfern, und dabei haben die Muslime die Homosexuellen übertrumpft.

Wie jeder frühe Warner wurde auch Bawer heftig diffamiert, häufig von den liberalen Medien der Homosexuellen und anderen, von denen man erwartet hätte, dass sie seinen Ruf erhörten. Er war nur ein Beispiel dafür, dass der Bote wenn auch nicht erschossen, so doch auf anderen Wegen zum Schweigen gebracht werden konnte.[150] Während des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts waren Warnungen in erster Linie über Fragen von Blasphemie und Redefreiheit vernehmbar.

Die Veröffentlichung einer Serie von Karikaturen über den Propheten des Islam in einer in kleiner Auflage erscheinenden dänischen Zeitung, *Jyllands-Posten,* zeigte den Krisenherd der Zeit. Ebenso wie die Rushdie-Affäre 16 Jahre davor war nun die Karikaturenkrise ein Hinweis darauf, dass die Probleme der Massenmigration die Europäer immer noch überraschten. Wenn in Dänemark in den 90er-Jahren jemand vorhergesagt hätte, dass im nächsten Jahrzehnt eine »Karikaturenkrise« dem Land die größte Aufmerksamkeit bescheren würde (ein Ausdruck, den die Leute immer öfter benutzten, ohne eine Miene zu verziehen), hätte man ihn für verwirrt gehalten.

Die »Krise« wurde tatsächlich 2005 losgetreten, als ein Redakteur der *Jyllands-Posten* erfuhr, dass ein Kinderbuchverlag keinen Karikaturisten fand, der bereit gewesen wäre, an dem Band über den Islam einer Kinderbuchreihe über die Weltreligionen mitzuwirken. Erstaunt, dass es in einer freien Gesellschaft ein derartiges Tabu gab, beschloss die Zeitung zu testen, ob sie das Tabu brechen könnte. Sie bewiesen, dass sie es konnten, aber zu einem hohen Preis. Die Karikaturen führten nicht nur zu Krawallen und Brandanschlägen auf dänische Botschaften überall in der islamischen Welt, sondern auch zu Protesten von Moslems in Europa. Die Demonstranten in London vor der dänischen Botschaft hielten Transparente mit dem Text »Freiheit, geh zur Hölle« und »7/7 kommt« und »Köpft alle, die den Islam beleidigen«. Nach mehreren fehlgeschlagenen Attentaten auf Kurt Westergaard, einen der dänischen Karikaturisten, brach am Neujahrstag 2010 ein axtschwingender Moslem, ausgebildet von al-Shabaab in Afrika, in sein Haus ein, um ihn zu enthaupten. Was ihn rettete, war das zum Schutzraum ausgebaute Bad, in das er sich mit seiner Enkelin

flüchten konnte. Ereignisse wie diese wurden schnell zur neuen Normalität in Europa. Als Folge des Vorfalls in Dänemark begannen überall in Europa »Karikaturenkrisen« auszubrechen. 2006 beschloss in Norwegen der Redakteur der christlichen Zeitung *Magazinet,* die dänischen Karikaturen zu veröffentlichen, um seinen Lesern zu zeigen, worum es bei der ganzen Aufregung ging. Der damalige norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg kritisierte nicht nur den Redakteur Vebjørn Selbekk, sondern drohte, ihn vor Gericht zu bringen. Als ein zusammengerotteter Haufen die norwegische Botschaft in Damaskus anzündete, beschuldigte der Ministerpräsident Selbekk, am Anschlag mitschuldig zu sein. Andere Persönlichkeiten der Politik und der Kultur standen Schlange, um diese »Provokation« und den mangelnden Respekt durch die Zeitung zu verurteilen. Selbekk musste sich verstecken und wurde unter Polizeischutz gestellt.

Im Jahr darauf brach die nächste Karikaturenkrise in Schweden aus, als der Künstler Lars Vilks ein Bild von Mohammed zeichnete, auch er musste sich dafür verbergen. Wie auch im Falle vom *Jyllands-Posten* gab es in den darauffolgenden Jahren mehrere Anschläge auf ihn. 2011 wurde das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* – eine der wenigen Publikationen, die die dänischen Karikaturen nachgedruckt hatten – mit einer Bombe in Brand gesteckt. 2013 bekam der dänische Journalist und Historiker Lars Hedegaard, ein prominenter Islamkritiker, an einem frühen Morgen Besuch von einem Attentäter, der ihm zweimal in den Kopf schoss. Der 70 Jahre alte Mann überlebte nur, weil die Waffe des Attentäters beim zweiten Schuss klemmte und Hedegaard ihn zur Seite stoßen konnte. Der Mann rannte weg und bekam Asyl in der Türkei.

Das sind nur einige der Angriffe, die seit 2005 stattfanden. Aber es sollten noch viele nachfolgen. Am 7. Januar 2015 schafften es Attentäter, in die Büroräume der Redaktion von *Charlie Hebdo* zu gelangen, sie umgingen die Sicherheitssysteme, ermordeten die Personenschützer, die vom Staat gestellt wurden, um den Chefredakteur zu beschützen, und massakrierten fast das gesamte Redaktionsteam an seinem Arbeitsplatz. Nicht nur lebten die Redakteure von *Charlie Hebdo* schon seit Jahren unter ständiger Bedrohung, weil sie den Propheten des Islam bildlich dargestellt hatten, sie wurden auch von muslimischen Organisationen in Frankreich jahrelang vor die französischen Gerichte

gezerrt. Nur einen Monat nach dem Massaker bei *Charlie Hebdo* – am 15. Februar – wurde eine in Kopenhagen veranstaltete Versammlung zur Unterstützung des schwedischen Karikaturisten Lars Vilks von einem in Dänemark geborenen Attentäter attackiert. Wie auch im Monat davor begann die Mordserie mit dem Karikaturisten und endete bei einer jüdischen Einrichtung – in Paris bei einem koscheren Supermarkt, in Kopenhagen bei einer Synagoge.

Die juristischen und physischen Angriffe schienen kein Ende zu nehmen, und so verzog niemand auch nur eine Miene, als das Magazin *The Atlantic* 2015 von »Europas endlosem, lähmendem Blasphemiekrieg« schrieb.[151] Trotz der Warnungen eines ganzen Jahrzehnts, angefangen mit der Rushdie-Affäre, gab es niemanden in verantwortlicher Position, der diese Richtung der Entwicklungen vorhergesehen hätte. Niemand, der die Grenzen Europas für die Massenmigration aus der Dritten Welt geöffnet hatte, hat jemals daran gedacht, dass es ein Problem mit dem Islam geben könnte. Niemand war auf die Möglichkeit dessen vorbereitet, dass die Ankömmlinge nicht nur nicht integriert werden könnten, sondern auch viele problematische soziale und religiöse Ansichten mit sich bringen würden und andere Minderheiten die ersten Opfer dieser mangelnden Weitsicht werden könnten. Niemand in verantwortlicher Position hatte erwartet, dass eine Zunahme der Migration zum Ansteigen des Antisemitismus und der Schwulenfeindlichkeit führen würde. Niemand unter denen, die die laschen Migrationsbestimmungen abgenickt hatten, konnte sich vorstellen, dass islamische Blasphemie zu einer der wichtigsten kulturellen und sicherheitspolitischen Angelegenheiten im Europa des 21. Jahrhunderts werden würde. Die zahlreichen Warner wurden entweder ignoriert, diffamiert, weggeschickt, verfolgt oder umgebracht. Nur selten, wenn überhaupt, wurde den Opfern Sympathie entgegengebracht.

Was die Politiker und Medien des Mainstream während des gesamten ersten Jahrzehnts dieses Jahrtausends tatsächlich getan haben, war, den Eindruck zu erwecken, dass diejenigen, die in Europa »Feuer« riefen, als die Brandstifter anzusehen seien. Das Ergebnis der Anstrengungen, die Menschen, die ihre Stimme erhoben hatten, mundtot zu machen – durch Gewalt, Einschüchterung oder durch die Gerichte –, war, dass drei Jahrzehnte nach der Rushdie-Affäre fast

niemand mehr da war, der es gewagt hätte, einen Roman zu schreiben, ein Musikstück zu komponieren oder auch nur eine Zeichnung anzufertigen, die die Muslime eventuell hätte verärgern können. Tatsächlich entwickelte sich alles in die andere Richtung. Politiker und so gut wie jeder andere auch vermieden dergleichen, um zu zeigen, wie sehr sie den Islam verehrten.

Natürlich, immer nach großen Terroranschlägen – in Madrid 2004, in London 2005, in Paris 2015 – mussten die Regierungen etwas tun, und es musste sichtbar werden, dass sie etwas taten. Die meisten waren immerhin imstande, sich mit den antiterroristischen Aspekten zu befassen. Aber sie blieben hoffnungslos Gefangene ihrer eigenen Politik und der ihrer Vorgänger und ihrer selbst erfundenen Sprache. Im Juni 2007 legten in der Innenstadt von London ein Arzt des Nationalen Gesundheitssystems NHS und ein anderer Moslem, ein Promotionsstudent, zwei Autobomben. Die eine Bombe platzierten sie vor einem populären Nachtklub, wo gerade »Ladies Night« stattfand. Die mit Nägeln gespickte Bombe befand sich vor der Glasfront des Klubs. Die zweite Bombe legten sie etwas weiter entfernt auf die Straße, um die Leute, die vor der ersten fliehen würden, in die Luft zu sprengen. Zum Glück bemerkte ein Fußgänger den Qualm, der aus dem ersten Wagen aufstieg, und so konnten beide Bomben entschärft werden, bevor sie explodierten. Die damals neue Innenministerin, Jacqui Smith, erklärte, dass es falsch wäre, Angriffe dieser Art als »islamischen Terrorismus« zu bezeichnen, da die Terroristen ja ihrem Glauben entgegengesetzt handelten. Deshalb wäre es richtiger, solche Ereignisse als »anti-islamische Aktivitäten« zu beschreiben.[152]

Sechs Jahre später, nachdem zwei andere britische Moslems Lee Rigby, den Trommler des Royal Regiment of Fusiliers, am helllichten Tag im Londoner Bezirk Woolwich niedergemetzelt hatten, erschien der konservative Ministerpräsident David Cameron auf den Stufen von Downing Street und erklärte: »Das war nicht nur ein Angriff auf Großbritannien und auf unsere britische Lebensweise. Es war auch ein Betrug am Islam und an den muslimischen Gemeinschaften, denen unser Land so viel zu verdanken hat. Es gibt nichts im Islam, dass eine so wahrlich grausame Tat rechtfertigen könnte.«[153] Im nächsten Jahr, als ein britischer Entwicklungshelfer in Syrien durch einen in Großbritannien geborenen Dschihadisten enthauptet wurde, sagte

derselbe Ministerpräsident: »Sie behaupten, sie täten dies im Namen des Islam. Das ist Unsinn. Der Islam ist eine Religion des Friedens. Das sind keine Muslime, das sind Monster.«[154]

Auch die Medien haben sich sehr viel Mühe gegeben, nicht wirklich anzusprechen, was geschehen war. Einen Tag nachdem Lee Rigby auf einer Straße in London von zwei den Koran rezitierenden Konvertiten ermordet worden war, nahm der *Daily Telegraph,* die wichtigste Mitte-rechts ausgerichtete Tageszeitung, das Narrativ des Ministerpräsidenten auf. Ein Kolumnist schrieb, dass »der Mann mit dem blutigen Messer keine erkennbare Agenda hatte … zumindest keine, die irgendeinen Sinn gehabt hätte«.[155] Ein anderer Autor in der gleichen Zeitung schrieb: »Für mich war der gestrige barbarische Akt des Terrors in Woolwich buchstäblich sinnlos. Nichts von dem, was passiert war, hatte irgendeinen Sinn … Da waren Messer, Helikopter, Waffen und tote Körper. Alles sinnlos.« Dann folgte eine lange Liste der Dinge, die nach Ansicht des Autors ebenfalls sinnlos waren: »Er sagte: ›unser Land‹. Aber er hatte einen Akzent wie in Südost-London, und das hatte keinen Sinn. … Gar nichts hatte einen Sinn. Gar nichts.« Und schloss folgerichtig grandios: »Gestern war ein sinnloser Tag.«[156] Ein politischer Kommentar vom anderen Ende des politischen Spektrums, vom *The Guardian,* stellte fest, dass die Ereignisse einfach »ein banaler Akt von Gewalt« gewesen seien.[157]

Weder Politiker noch die Medien überall in Europa zeigten die Bereitschaft, zu verstehen, geschweige denn öffentlich zu sagen, was hier geschehen war. Was die Presse betraf, so waren die Gründe offenkundig: eine Kombination aus Angst, Feigheit und Verinnerlichung der Bedrohung. Die Politiker ihrerseits wagten dem Problem nicht in die Augen zu sehen, weil sie es selbst über Europa gebracht hatten. In all den Jahrzehnten dachte kaum einer von ihnen über die Ideologien und den Glauben der Leute nach, die nach Europa kamen, und sie zeigten auch wenig Interesse, sie kennenzulernen. Sowohl Politiker als auch Medien verharmlosten die Unterschiede zwischen dem Islam und anderen Religionen. Und während der ganzen Zeit bestanden sie darauf, dass die Lösung des Problems – wenn es denn überhaupt eine gab – sei, das Schicksal der europäischen Gesellschaft an die Zukunft des Islam zu binden, indem man die sogenannten Moderaten unterstützte, damit ein »reformierter Islam«

die Mehrheit gewinne. Diese Entwicklung würde, insistierten die Politiker, die Lösung sowohl für Europa als auch für den Islam bringen. Es schien ihnen nicht bewusst zu sein, dass es im Islam – angefangen mit den Mu'tazila im 10. Jahrhundert bis hin zu dem iranischen Ali Dashti im 20. Jahrhundert – viele Reformbewegungen und Reformer gegeben hat, die jedoch alle durch Gewalt, Argumente und die Berufung auf die Autorität der Fundamentalisten besiegt worden waren. Die europäischen Politiker verknüpften die Sicherheit Europas mit einer Reformbewegung, die im Laufe der Geschichte immer wieder Niederlagen erlitten hatte und mit großer Wahrscheinlichkeit erneut eine Niederlage erleiden würde. Und doch waren sie von diesem Argument nicht abzubringen. In einer Rede auf dem Parteitag der Konservativen 2014 sagte die damalige Innenministerin Theresa May, was jeder andere Politiker auch sagte: Sie betonte die Friedfertigkeit des Islam und zitierte ihre liebsten Stellen aus dem Koran. Nachdem der politische Mainstream hatte erleben müssen, mit welcher Inbrunst viele Moslems ihren Glauben verteidigten, fing man an zu glauben, dass am Islam zumindest teilweise etwas Wahres dran sei und er eine Quelle von Weisheit und Wegweisung sein müsse. 2016 rief einer der wichtigsten Verbündeten von Angela Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble, zur Schaffung eines »deutschen Islam« auf.

Die Karrieren jener, die anderer Ansicht waren, gediehen nicht in der gleichen Weise. In Holland lebte Ayaan Hirsi Ali lange Zeit in Armeebaracken und sicheren Verstecken der Regierung, bis ihr die holländischen Sicherheitsbehörden schließlich erlaubten, in ein besonders geschütztes Gebäude zu ziehen. Doch ihre Nachbarn forderten gerichtlich ihren Wegzug ein, da sie in der Nähe einer solchen Unruhestifterin um ihr Leben fürchteten. Bald darauf entzog der Minister für Migration und Integration ihrer eigenen Partei, der liberalen VVD, ihre Staatsbürgerschaft aufgrund von falschen Beschuldigungen einer Fernsehstation. Das Land, das die Einwanderung von Abertausenden von Moslems zuließ, ohne von ihnen zu erwarten, dass sie sich integrierten, und den radikalsten Predigern und Schläferzellen in Europa Unterschlupf bot, entzog die Staatsbürgerschaft einer Migrantin, die gezeigt hatte, wie vollständige Integration aussieht. Hirsi Ali zog nach Amerika und wurde, wie

Salman Rushdie treffend bemerkte, »der vielleicht erste Flüchtling aus Europa seit dem Holocaust«.[158]

Europa schien zum Standpunkt gelangt zu sein, dass das Problem des Extremismus verschwinden werde, wenn nur die Leute, die auf ihn hinwiesen, verschwinden würden. Doch auch wenn die Kritiker umgebracht, in Verstecke gezwungen oder aus Europa verjagt wurden, das Problem verschwand nicht. Nicht zuletzt, weil die Migranten blieben und auch nicht vorhatten, irgendwo hinzugehen. Viele folgten dem impliziten oder ausdrücklichen Anraten ihrer Herkunftsländer, in Europa zu bleiben, aber keine Europäer zu werden. Auf einer Kundgebung 2008 in Köln sagte der damalige türkische Ministerpräsident und spätere Staatspräsident Erdogan vor 20 000 Anhängern an die in Deutschland, Belgien, Frankreich und den Niederlanden lebenden Türken gerichtet: »Ich verstehe die Sensibilität, die Sie gegenüber Assimilation zeigen, sehr gut. Niemand kann von Ihnen erwarten, Assimilation zu tolerieren. Niemand kann von Ihnen erwarten, dass Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.« Trotzdem sollten sie sich in die Politik einbringen und so an Einfluss gewinnen, so könnten die fünf Millionen in Europa lebenden Türken, statt nur Gäste zu sein, zu einem verfassungsmäßigen Element werden.[159]

In Amsterdam und in vielen anderen europäischen Städten existieren Vororte, die muslimische Enklaven sind. An sonnigen Tagen sehen die Häuser in diesen Vororten nicht schlechter aus als in jeder anderen europäischen Vorstadt. Tatsächlich sind diese Häuser von der Art, wie sie sich viele junge Paare als Einstieg in den Immobilienmarkt wünschen würden. Das sind die Orte, wo sich die türkischen Gastarbeiter vor 60 Jahren niederließen. Heute sind die Vorstädte in Amsterdam, Rotterdam und anderswo so etwas wie ein kleines Stückchen Türkei oder Marokko. Die Lebensmittelläden sind halal. Die Frauen tragen irgendeine Form von Kopfbedeckung, und das Leben ist so, wie es in der Türkei oder Marokko wäre. In einem solchen Haus in einer ruhigen, angenehmen Straße lebte Mohammed Bouyeri – und aus diesem Haus ging er ein Jahrzehnt früher los, um Theo van Gogh abzuschlachten. Es ist keine Gegend, in der man Angst haben würde. Sie ist nur anders. In den Fenstern hängen Wahlplakate. Sie zeigen alle Recep Tayyip Erdogan.

Kapitel 10
Die Tyrannei der Schuld

Als in den ersten Septembertagen des Jahres 2015 die Wellen des Meeres den Körper des dreijährigen syrischen Jungen Aylan Kurdi an einen Strand nahe dem türkischen Ort Bodrum spülten, folgten fast einhellige Reaktionen in Europa. Viele Zeitungen waren mit der Schlagzeile »Europas Schande« erschienen. Als berichtet wurde, dass die Kurdi-Familie unterwegs war, um sich weiteren Familienmitgliedern in Kanada anzuschließen, aber ihr Visumsantrag abgelehnt worden war, fing die Angelegenheit auch in Nordamerika hohe Wellen zu schlagen. Einige Wahlveranstaltungen für die anstehenden Wahlen in Kanada wurden abgesagt. Politische Gegner der Regierung von Stephen Harper schlugen Kapital aus dem angeblichen Versagen Kanadas und seiner Mitschuld am Tod des Dreijährigen, und die Harper-Regierung verlor die Wahlen.

Ein allgemeines Gefühl von Schuld und Scham breitete sich in ganz Europa und Nordamerika aus und verdrängte alle praktischen Fragen wie die, was man für die Familie Kurdi und für all jene, die nach ihnen in den Westen zu kommen wünschten, hätte tun können. So groß war dieser Ausbruch der Schuldgefühle, dass einige der relevanten Fakten vollständig verloren gingen. Nicht zuletzt die Tatsache, dass die Kurdi-Familie aus einem sicheren Staat – der Türkei – losgefahren war. Der Vater entschied sich, das Land zu verlassen, in dem er einen bezahlten Job hatte, um seine Familie nach Europa zu bringen. Der leblose Körper seines kleinen Sohnes wurde nicht in Europa, sondern in der Türkei an den Strand gespült. Und obwohl die Medien auch in der Türkei die Tragödie ein wenig betrauerten, gab es dort keine vergleichbaren Selbstprüfungen und -anklagen, wie westliche Politiker und Medien sie veranstalteten.

Obwohl auch Teile der Öffentlichkeit in der arabischen und muslimischen Welt beim Thema der Tragödie verweilten, kam es zu keiner politischen Aufregung, die mit der im Westen vergleichbar

gewesen wäre. Tatsächlich zeigte die Tragödie nicht nur das außerordentliche Missverhältnis zwischen den europäischen und nahöstlichen Reaktionen, sondern auch die Unterschiede zwischen den Haltungen zur Frage des Asyls in Europa und im Nahen Osten. Obwohl der Libanon, Jordanien und auch die Türkei viele Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten im benachbarten Syrien und im Irak aufgenommen und dafür finanzielle Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft erhalten hatten, war die Haltung im ganzen Nahen Osten gegenüber humanitären Krisen – von den Krisen weiter weg in Afrika oder Fernost ganz zu schweigen – das genaue Gegenteil von dem der westlichen Regierungen und Medien. Während die europäischen Länder den Tod eines Dreijährigen als ihre eigene Schuld ansahen, sah sich die arabische Welt und im weiteren Sinne die muslimische Umma, aus der der Junge kam, zu keinerlei Aktionen veranlasst.

Zum Beispiel haben die sechs Golfstaaten – Kuwait, Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Oman – bis 2016 keinem einzigen syrischen Flüchtling Asyl gewährt. Flüchtlingen aus Eritrea, Nigeria, Bangladesch oder Pakistan gegenüber waren sie ebenso wenig großzügig. Wenige Monate nach dem Tod Aylan Kurdis erklärte der kuwaitische Funktionär Fahad al-Shalami in einem Interview im Sender France 24, warum die Golfstaaten nicht einmal syrische Flüchtlinge aufnehmen: »Kuwait und die Golfstaaten sind sehr teuer und deshalb für Flüchtlinge nicht angemessen. Sie sind angemessen für Arbeiter. Die Transportkosten sind hoch. Die Lebenshaltungskosten in Kuwait sind hoch, während sie im Libanon oder in der Türkei wahrscheinlich niedriger sind. Deshalb ist es viel einfacher, dafür zu bezahlen, dass die Flüchtlinge dort bleiben. Und letztlich kann man Menschen, die aus einer anderen Atmosphäre und von einem anderen Ort kommen, nicht akzeptieren. Diese Leute haben psychische Probleme, sind traumatisiert.« Deshalb könne man sie nicht in die Golfstaaten versetzen, erklärte er.[160]

Seine Haltung ist nicht überraschend. Al-Shalami wollte seine Gesellschaft vor Problemen bewahren, die entstehen, wenn eine sehr große Zahl von Flüchtlingen ins Land kommt. Merkwürdigerweise stimmen die Europäer der Einschätzung zu, dass die Golfstaaten und andere Gesellschaften zu fragil seien, während sie Europa für grenzenlos formbar halten. Niemand in Europa beschuldigte die Türkei

oder Oman, schuld an Aylan Kurdis Tod zu sein. Als ein anderes Migrantenboot im Mittelmeer sank, erklärte der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy, Europa riskiere, »seine Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn wir nicht in der Lage sein sollten, diese tragischen Situationen zu verhindern«, aber niemand behauptete zur gleichen Zeit, dass die arabische oder die afrikanische Glaubwürdigkeit in Gefahr sei. Nicht einmal während der syrischen Etappe der Flüchtlingskrise kam jemand auf die Idee, die Bürgerkriegsteilnehmer wie den Iran, Saudi-Arabien, Katar oder Russland zu beschuldigen, für die humanitären Kosten des Konflikts verantwortlich zu sein. Niemand forderte den Iran auf, Flüchtlinge, die vor dem Konflikt flohen, aufzunehmen, ebenso wenig wurde Katar dazu ermutigt, einen angemessenen Anteil an Flüchtlingen aufzunehmen.

Hinter diesem Versagen liegen viele politische und strategische Prämissen. Aber die wichtigste unter ihnen ist die moralische Selbstbesessenheit Europas. Diese moralische Selbstbesessenheit begann nicht erst mit der Flüchtlingskrise. Sie steht hinter allen Themen des zeitgenössischen Europa, eine einzigartige, beständige und vielleicht am Ende auch fatale Empfindung von Schuld, ja sogar die Besessenheit von ihr.

Im April 2015, nachdem erneut ein Migrantenboot im Mittelmeer gesunken war, verstärkte die schwedische Europaabgeordnete Cecilia Wikström die schon laufende Kampagne, um Migranten »einen legalen und sicheren Weg« nach Europa zu ermöglichen. Dies bisher nicht getan zu haben, insistierte sie, würde von zukünftigen Generationen mit dem Holocaust verglichen werden. »Ich glaube, dass mich meine Kinder und Enkel fragen werden, warum wir nicht mehr für die Menschen getan haben, die vor dem IS wegliefen, vor der Gewalt in Eritrea oder sonst wo, während es uns bekannt war, dass sie zu Tausenden sterben. Die Leute werden die gleichen Fragen stellen wie nach dem Krieg: ›Wenn du es wusstest, warum hast du nichts getan?‹ In Schweden haben wir erlaubt, unsere Straßen dazu zu benutzen, um Juden in die Nazi-Todeslager zu transportieren. Heute gibt es mehr Flüchtlinge in der Welt als nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Welt brennt gerade, und wir müssen unseren Beitrag leisten.«[161]

In Deutschland hatten es die Politiker nicht nötig, in diesem Maße deutlich zu werden. Alle Deutschen, die der Erklärung Angela Merkels

auf der Sommerpressekonferenz am 31. August 2015 zuhörten, wussten ganz genau, worauf sie hinweisen wollte. »Die Welt sieht Deutschland als ein Land der Hoffnung und der Chancen, und das war nun wirklich nicht immer so.«[162] Es war ein Hinweis, der Nachhall fand und dessen Bedeutung die Menschen verstanden. In diesen entscheidenden Tagen fanden Proteste vor einem Flüchtlingszentrum statt, und ein Brandanschlag wurde auf eine Migranteneinrichtung in der ostdeutschen Stadt Heidenau verübt. Als die Kanzlerin später die Stadt besuchte, wurde sie von der Menge ausgebuht und mit Zwischenrufen gestört. Andere Deutsche sahen dem mit Entsetzen zu und wollten die andere Seite ihres Landes zeigen. In den ersten Tagen des Septembers durchquerten Hunderttausende Südeuropa, wanderten weiter über Serbien, Ungarn und Österreich nach Deutschland. Die Kanzlerin öffnete die Tore des Landes weit, und diese Landsleute nahmen die Herausforderung an. An den Grenzübergängen, an Bahnhöfen wie München und Frankfurt versammelten sich Hunderte, um die ankommenden Migranten zu begrüßen.

Die Filmaufnahmen gingen um die ganze Welt. Hier waren Massen von Menschen in Deutschland, die nicht nur helfen wollten, sondern Begrüßungspartys für die ankommenden Migranten veranstalteten. Die Migranten, die vorher mindestens einen Kontinent überquert hatten, schauten verblüfft, aber oft auch freudestrahlend, als sie an den Menschenmassen vorbeigingen, die ihnen applaudierten und zujubelten. Die Begrüßungskomitees winkten mit Luftballons und Spruchbändern, auf denen »Willkommen« und »We love refugees« stand. Als die Züge in den Stationen ankamen und die Migranten ausstiegen, wurden sie von den Einheimischen begrüßt, manche klatschten sie ab. Menschenketten von Helfern reichten ihnen Lebensmittel und Geschenke, darunter Süßigkeiten und Teddybären für die Kinder. Das war mehr als ein Ausdruck der deutschen »Willkommenskultur«, denn diese Migranten wurden nicht nur willkommen geheißen. Sie wurden gefeiert, als wären sie eine siegreiche Fußballmannschaft oder heimkehrende Kriegshelden. Einige der so Empfangenen übernahmen diesen Geist, hoben ihre Arme und ihre Fäuste, während sie an der Ehrengarde vorbeidefilierten.

Dieser Geist beschränkte sich nicht auf Deutschland. Überall in Europa wollten sich die Menschen an diesem Kraftaufwand beteiligen,

und allen waren die historischen Parallelen bewusst. Zwei britische Studenten fuhren mit ihrem Auto an die österreichisch-ungarische Grenze, um Flüchtlinge nach München zu bringen. In einem Interview sagte einer von ihnen: »Wir sind hier, weil uns die Fernsehbilder an die 40er-Jahre erinnert haben und wegen der historischen Parallelen, die uns an die Underground Railroad[163] erinnert haben. Man muss sich fragen, was man damals getan hätte, und ich möchte später erzählen können, dass ich geholfen habe, und deshalb sind wir heute da.«[164]

Diese Gefühle hatten nicht nur die Menschen rund um Deutschland herum. In ganz Europa empfand man die Parallelen zum Zweiten Weltkrieg. Die Migranten strömten aus Dänemark über die Öresundbrücke nach Schweden. Sie brauchten keine Pässe, weil es keine Grenze gab. Manchen reichte das noch nicht. Im Krieg, als die Nazis die Deportation der Juden aus Dänemark anordneten, transportierte der Widerstand in einer berühmten und heldenhaften Aktion über Nacht die ganze jüdische Gemeinschaft von 8000 Menschen über das Wasser ins neutrale Schweden. Und so kam es, dass im September 2015 eine vierundzwanzigjährige dänische Politikerin, Annika Holm Nielsen, mit ihrer Jacht auf der fünf Meilen breiten Strecke Migranten von Kopenhagen nach Malmö transportierte. Einen Mann namens Abdul, der aus Deutschland kam und den sie am Hauptbahnhof von Kopenhagen traf, transportierte sie über die böige See auf einer Reise, die unvermeidlich mit den Aktionen des Widerstandes 1943 verglichen werden musste. Nielsen selbst wollte von Symbolik nichts wissen und bestand darauf, dies sei der sicherste Weg gewesen.[165]

Natürlich wäre die Reise von Abdul nach Schweden viel sicherer, schneller und bequemer gewesen, wenn Fräulein Nielsen ihm einfach erlaubt hätte, einen Zug nach Malmö zu besteigen. Aber Gesten wie diese passten im September 2015 zum vorherrschenden Narrativ. Viele, die an den deutschen Bahnhöfen Willkommenspartys veranstalteten, wollten eindeutig zum Ausdruck bringen, dass es hier um ein Heilmittel gegen die Ereignisse der 30er- und 40er-Jahre des vorigen Jahrhunderts ging. Das geradezu hysterische Verhalten dieser Massen strahlte nicht nur Erleichterung aus, sondern war eine Art Ekstase – hier wanderten Menschen nach Deutschland *ein* und nicht von dort *aus*! Deutschland war kein Land mehr, aus dem Menschen flohen, weil

ihr Leben in Gefahr war, sondern ein Land, in das Menschen vor Krieg und Verfolgung flohen.

Dieses Verhalten war gleich in mehrfacher Hinsicht äußerst problematisch. Der Vergleich zwischen den Migranten von 2015 und den Juden der Nazi-Ära stimmt an mehreren Stellen nicht. Erstens war den verzweifelten Juden, die vor Hitler flüchteten, jedes Land recht, das sie aufgenommen hätte. Deutschlands 2015er Neuankömmlinge durchwanderten dagegen etliche Länder – darunter auch europäische –, bevor sie in Deutschland ankamen. Zweitens, auch wenn bestimmt viele Syrer geflohen waren, um ihr Leben zu retten, waren all diese Migranten – auch die Wirtschaftsflüchtlinge unter ihnen – mit den Juden in den 1930er-Jahren nicht gleichzusetzen. Eine Gleichsetzung bedeutete nicht nur, die Leiden der vor Hitler Flüchtenden zu bagatellisieren, sondern auch, dass Europa gar nicht anders konnte, als jeden aufzunehmen, der kam. Wer es nicht tat, war ein Nazi.

Ob es ihnen bewusst war oder nicht, die Deutschen und die anderen, die diese Neuankömmlinge in den Straßen und Bahnhöfen feierten, nahmen an einem historischen Prozess teil, der weit über sie selbst hinauswies. Der emotionale Akt kam mit den bekannten intellektuellen Rechtfertigungen belastet daher, wie jedes andere Argument während der Geschichte der Nachkriegsmigration auch. Einige unter denen, die im deutschen Fernsehen interviewt wurden, erklärten, dass wegen der demografischen Probleme und des Arbeitskräftemangels es »sinnvoll« sei, diese Menschen ins Land zu holen. Doch die Rationalisierungen blieben sekundär. Sie waren Erklärungen, um im Nachhinein eine bereits getroffene Entscheidung zu legitimieren. Das Entscheidende war der ursprüngliche Instinkt eines Teils der Bevölkerung und ihrer politischen Repräsentanten. Es war der vorläufig letzte, aber sichtbarste Ausdruck einer historischen Last, den viele Europäer zu tragen glaubten.

EUROPAS SCHULD

Zeitgenössische Europäer sind wahrscheinlich nicht die Einzigen, die das Gefühl haben, mit der Erbsünde geboren worden zu sein, aber sie leiden gewiss am meisten darunter. Zeitgenössische Europäer gehen davon aus – ehe es überhaupt jemand angesprochen hat –, eine spezifische historische Schuld zu tragen, nicht nur die Schuld an Kriegen und am Holocaust, sondern auch an einer Reihe von vorhergehenden Sünden. Diese beinhalten – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – auch die fortdauernde Schuld am Kolonialismus und Rassismus. Und obwohl das alles eine sehr große Last ist, sind wir nicht die Einzigen, die sie zu tragen haben. In den vergangenen Jahrzehnten traf die gleiche historische Erpressung, die das moderne Europa heimgesucht hat, auch eine Gruppe von ausgesprochen homogenen Nationen. Aber es ist bemerkenswert, dass all die Länder, die unter den gleichen Sünden zu leiden scheinen, solche sind, für deren Gründung Europäer verantwortlich gemacht werden. So bekommt man den Eindruck, als würde die Schande der Europäer kreuz und quer durch die ganze Welt verlaufen.

Für uns zeitgenössische Europäer ist der Kolonialismus nur eine unserer mittelschweren Sünden aus dem Verlauf unserer Geschichte, für Australier ist er der Gründungsmythos ihres Landes schlechthin, ihre Erbsünde. Sie werden nicht wie die europäischen Nationen beschuldigt, andere Länder wegen ihrer Reichtümer ausgeplündert zu haben, sondern sich selbst auszuplündern – sie sind ein kolonialistisches Projekt, das immer noch auf seiner Kolonie sitzt. Es heißt, der australische Kolonialismus habe zu Hause begonnen. Heute wird australischen Schulkindern beigebracht, dass ihre Nation, unabhängig von ihren heutigen Tugenden, auf Völkermord und Diebstahl gegründet worden sei. Die Tatsache, dass die ursprünglichen kolonialen Kräfte weiß und europäisch waren, macht die Sache unübertroffen schrecklicher, als wenn dunkelhäutige Völker das Land anderen dunkelhäutigen Völkern weggenommen hätten. Die Niederwerfung einer Gruppe durch eine andere und die Misshandlung

der Verlierer durch die Sieger gehört zur Geschichte fast aller Nationen auf dieser Erde. Aber für Australier ist in den vergangenen Jahrzehnten die historische Behandlung der Aborigines und anderer »erster Völker« von einem Randthema zum Kern der öffentlichen Diskussionen geworden – zur tiefsten Gründungssünde überhaupt. Es mag sonderbar klingen, aber die australische Gesellschaft hat dieses Narrativ der Sünde nicht nur begrüßt, sondern regelrecht herbeigesehnt.

Wie immer, wenn Menschen etwas wirklich herbeisehnen, führt das unterwegs zu einer gewissen Aufblähung der Wahrheit. So auch in Australien, wo die Politik von Missionaren und Regierungen, einige Kinder der Aborigines ihren Eltern wegzunehmen (die »gestohlene Generation«), zu einem »Genozid« gesteigert wurde. Diese Vorfälle standen im Mittelpunkt vieler populärer Bücher, Filme, von Regierungsuntersuchungen und wiederholten Entschuldigungen von Politikern, unter ihnen auch Ministerpräsidenten.[166] Dieser Darstellung ist schwer zu widersprechen, weil selbst die extremsten Behauptungen wohlwollend zur Kenntnis genommen werden, während der Widerspruch nur als Beweis für den Rassismus und die fortdauernde Weigerung des Verbrechers betrachtet wird, seine Sünden zuzugeben. Die Folge ist, dass heute in Australien nur diskutiert werden darf, welches Maß an Schadensersatz für dieses historische Unrecht unter den Gemeinschaften der Aborigines verteilt werden soll. Diese tief verwurzelte Schuld bewirkte, dass sich das Bild von Australien in der Welt und im Lande selbst verändert hat: Ein ehemals sonniger und optimistischer Ort wurde merklich dunkler und ist dabei, über seine Vergangenheit in Rührseligkeit zu versinken.

In den vergangenen Jahren hat sich das in solch populären Aktionen wie das »Meer der Hände« (Sea of Hands) niedergeschlagen. Hunderttausende Bürger haben gespendet und Plastikhände in den Farben der Aborigines unterzeichnet, um sie auf dem Rasen vor öffentlichen Gebäuden zu platzieren, unter anderem auch vor dem Parlament von Canberra. Ein anderes Ritual, an dem sich Tausende beteiligten, war das Absingen der Namen aus den nationalen »Entschuldigungsbüchern« (Sorry Books). Seit 1998 gibt es in Australien den Nationalen Entschuldigungstag (National Sorry Day).[167] Natürlich kann – wie jede Ursünde – auch die nicht wiedergutgemacht werden, für die die Australier sich zu entschuldigen ständig

aufgefordert werden. Viele der Menschen, die heute in Australien leben, sind gewiss Abkömmlinge von Europäern und anderen Siedlern, aber sie selbst haben kein Land geraubt und keine »Leben gestohlen«. Wenn sie Land geerbt hatten, so unterdrückten und usurpierten sie dafür keine Menschenseele. Es trifft zu, dass die wirtschaftlichen und beruflichen Möglichkeiten für Aborigines vermutlich immer noch bedeutend hinter denen von anderen Australiern zurückhängen, aber diese Tatsache stellt die Bevölkerung vor ein unlösbares Problem. Die Australier, die die Folgen ihrer Politik zu korrigieren wünschen, können und konnten auch in der Vergangenheit nicht die Quadratur des Kreises erreichen: Sie können die Aborigines nicht zur gleichen Zeit ermutigen, ihren ursprünglichen Lebensstil beizubehalten, und zugleich dazu, ein Leben wie jeder andere auch zu führen – und damit ihre eigene Kultur auszulöschen.

Die australische Vorliebe für Selbstbeschuldigungen ist kein Einzelfall mehr. Kaum hatte sich der australische Ministerpräsident Kevin Rudd 2008 bei den Ureinwohnern Australiens entschuldigt, kam wenige Monate später eine ähnliche Entschuldigung gegenüber den kanadischen Ureinwohnern vom damaligen Ministerpräsidenten Stephen Harper.[168] Beide Entschuldigungen wurden als ein Ausdruck von staatsmännischer Sühne für eine schmerzhafte Periode der Geschichte allgemein begrüßt. Es gab nur wenige Stimmen, die widersprachen und die gehört worden wären. Einige Zeit lang war es unmöglich, selbst die vorhandenen historischen Dokumente ehrlich einzuschätzen. Sowohl in Kanada als auch in Australien und anderen ähnlichen Fällen wurden die Verbrechen, für die man sich entschuldigte, aufgebauscht, als wären die Entschuldigungen eine Art Werbegeschenk. Jeder, der wegen echter Verbrechen vor einem Gericht stünde und sich beschuldigte, noch viel schlimmere Verbrechen begangen zu haben, würde als prozessunfähig betrachtet werden. Doch wenn jemand nicht einmal auf der Anklagebank sitzt und nicht schuldig ist, sondern nur für tote Vorgänger spricht, steigt vermutlich die Neigung zur Übertreibung. Politiker der Gegenwart wollen mit solchen Erklärungen punkten. Je größer die Sünde, umso größer ist die Entrüstung, je größer die darauffolgende Entschuldigung, umso größer der mögliche politische Gewinn für die zum Ausdruck gebrachte Gram. Der Politiker kann die Vorteile einer Großherzigkeit genießen ohne den

Makel, in die Sünde verwickelt zu sein: Die sich entschuldigende Person hat nichts verbrochen, und all jene, an die sich die Entschuldigung richten könnte, sind längst tot.

Es ist ein Wahn, ganz eindeutig. Ein spezifischer und allgemein verbreiteter europäischer Wahn. Das Kalkül dabei ist, solche Entschuldigungen seien vollkommen kostenlose Übungen. Nur, das stimmt nicht. Wenn sich Australien permanent für seine Vergangenheit entschuldigt, während China schweigt, entsteht – zum Beispiel bei den Kindern in Australien und auch anderswo – allmählich der Eindruck, dass Australien das Land sei, das mehr zu bereuen habe. Und während die Hochstufung großer historischer Fehler zum Völkermord eine kostenlose Übung für streitsüchtige Wissenschaftler und ehrgeizige Politiker sein mag, verstetigt sich damit auch der Eindruck eines historischen Fehlverhaltens, das allmählich nicht nur die Sicht der Welt auf dieses Land prägen wird, sondern auch das Bild dieser Nation von sich selbst.[169]

Was kann mit dieser extremen Haltung außer einem gewissen Niveau von historischer Demut erreicht werden? Selbst wenn Australien in der Sünde geboren worden sein sollte, kann heute nichts mehr getan werden, um es zu ändern – außer vielleicht Jahrhunderte nach seiner Gründung seine Bürger nach Rassen zu sortieren und jenen, von denen man annimmt, sie seien Abkömmlinge der ersten Siedler, befehlen, ihr Vermögen jenen zu übergeben, die – nach eingehender genetischer Prüfung – als Abkömmlinge der indigenen Bevölkerung gelten können. Die genetischen Codes der gemischten Rassen könnten von einem Gengericht beurteilt werden, das – je nach Untersuchungsergebnis – befehlen könnte, Teile des Vermögens herzugeben, anderen dagegen eine große Summe zusprechen oder erlauben, eine ganz bestimmte Summe zu behalten, je nach Ergebnis der DNA-Tests. Wenn Diebstahl ein Verbrechen ist, dann ist Entschädigung die einzig vorstellbare Strafe dafür.

Da wir eine so unwahrscheinliche Schlussfolgerung ausschließen können, scheint der vorläufige Konsens zu sein, dass Australiern weiterhin erlaubt ist, in Australien zu siedeln, solange sie im Zustand ständiger Reue verharren, ergänzt durch ständige Ehrerbietungen vor der Kultur der Aborigines. Dazu gehört auch die Kunst der Aborigines, von der behauptet wird, von spezieller Reinheit und tiefer Wahrheit zu

sein. Ihr kann dann das gegenwärtige Australien negativ gegenübergestellt werden. In den vergangenen Jahren ist so die australische Version des Mythos vom »edlen Wilden« entstanden.[170] Die Vergangenheit, die vor dem gegenwärtigen Zustand existierte, wird als besser oder reiner dargestellt, obwohl sie nachweislich schlechter war. Man stellt Verhaltensweisen als sympathisch dar, die normale Menschen als unsympathisch einstufen würden. Der romantische Primitivismus ist zur Mode geworden, aber bei Weitem nicht in Australien allein: Das andere Land, das sich als europäischer »Sündenbock«-Export besonders gut eignet, ist das Land, das nach ökonomischen Maßstäben das erfolgreichste auf der ganzen Welt ist.

Viele Jahrhunderte lang, nachdem er irgendwo auf den Bahamas gelandet war, dachte man, dass die »Entdeckung« Amerikas durch Christoph Kolumbus eine gute Sache sei, und man feierte Kolumbus für seine heldenhaften Taten. Vier Jahrhunderte nach seiner Ankunft auf dem Kontinent errichteten amerikanische Einwanderer immer noch spendenfinanzierte Denkmäler für ihn.[171] Als 1992 der 500. Jahrestag stattfand, hatte sich die Einschätzung schon geändert. Kolumbus war nicht mehr der Entdecker von Amerika, sondern sein Zerstörer. Es gab in Amerika offensichtlich immer mehr Menschen, die anscheinend wünschten, er hätte das Land am besten niemals entdeckt. Kolumbus wurde nicht mehr als ein erfolgreicher Entdecker und Abenteurer gesehen, sondern als Kolonialist und natürlich schuldig des Völkermords.

Zum Jahrestag waren viele Bücher erschienen, und einige erhoben die obligatorische Behauptung, dass Kolumbus' Taten die Vorläufer der Naziverbrechen seien. »Der Weg nach Auschwitz führte direkt durch das Herz der Westindischen Inseln, durch Nord- und Südamerika«, schrieb einer der Autoren.[172] Ein anderer populärer Autor verfasste ein Buch mit dem Titel *The Conquest of Paradise* (dt.: Die Unterwerfung des Paradieses), in dem er das präkolumbische Amerika sowohl real als auch metaphorisch als Garten Eden darstellte, wo der Mensch in perfekter Harmonie mit der Natur gelebt haben soll. Wogegen das fürchterliche Land, das als Kolumbus' Werk entstanden war, die Verantwortung für die »wahrscheinliche Zerstörung der Erde« werde tragen müssen.[173]

In den darauffolgenden Jahren wurde alles, was mit Kolumbus zu tun hatte, einer Überprüfung unterworfen. Selbst der nationale »Columbus Day« wurde zum Gegenstand von Angriffen. Mehrere Städte, angefangen von Seattle und Minneapolis, haben gesetzlich beschlossen, ihn in »Indigenous Peoples Day« (Tag der Ureinwohner) umzubenennen, um die Gelegenheit zu bieten, sich mit den Menschen zu beschäftigen, die vor Kolumbus da waren. Wie eine Nachfahrin der Ureinwohner einem lokalen Radiosender in Oklahoma City im Zusammenhang mit der Kolumbus-Debatte sagte: »Das ist etwas, wogegen ich schon lange gekämpft habe. Dagegen, dass unser Land, unser Staat und unsere Stadt einen Feiertag um einen Mann veranstalten, der die Ureinwohner umgebracht, versklavt und vergewaltigt und eine ganze Bevölkerung dezimiert hat.«[174] Natürlich geschah nichts von dem während ihres Lebens noch während des Lebens von irgendwem, den sie je gekannt haben konnte.

Auch in diesem Falle sind sowohl Verbrecher als auch Opfer tot, und es gibt kaum Wege, diese Gefühle zu lindern. Eine Option wäre – wie in Australien – die agrarisch-romantischen Mythen zu akzeptieren, die sich in den Nischen der postindustriellen Gesellschaften breitmachen. Diesen Mythen entsprechend war die Erschaffung der modernen Zivilisation nicht nur gleichbedeutend mit der Zerstörung einst wunderschöner Landschaften, sondern auch mit der Infektion bis dahin unverdorbener menschlicher Wesen mit der tödlichsten Sünde der Gier. Diese Idee wurde beschrieben – wenn auch nicht erfunden – durch Jean-Jacques Rousseau, gelangte jedoch erst im späten 20. Jahrhundert zu besonderer Popularität. Nach dieser Lesart waren es die Europäer, die, während sie die Welt bereisten und sie kolonisierten, zu dieser Eden-zerstörenden Spezies wurden.

Zu den Sünden, die die Europäer in der Welt verbreitet haben sollen und deren sie nun angeklagt werden, gehört auch die Ursünde Amerikas: die Sklaverei und, aus der Sklaverei hervorgegangen, der Rassismus. Es wäre eine Untertreibung zu behaupten, dass sich amerikanische Präsidenten deshalb seit vier Jahrzehnten in einem fort entschuldigt hätten. Das Land begann wegen dieser Angelegenheit einen Bürgerkrieg vor fast 200 Jahren. Dessen ungeachtet entschuldigte sich Präsident Clinton 1998 während eines Besuchs in Uganda überschwänglich für den Sklavenhandel. Wenn er oder seine Berater

geglaubt haben, die Sache sei damit erledigt, lagen sie jedoch falsch. Obwohl auf der ugandischen Seite mindestens so viele in den Sklavenhandel verwickelt waren wie auf der amerikanischen, hat sich die Idee verfestigt, dass ausschließlich die Abkömmlinge der Europäer eine ungebrochene Schuld für ihre Vorfahren tragen, und dies war sicherlich vorteilhaft für jeden außer der sündigen Nation selbst. Während sich die Lage der Schwarzen in Amerika in den vergangenen Jahrzehnten langsam besserte, steigerte sich die Rhetorik der Scham. Es gab schwarze Außenminister von beiden Parteien, schwarze Richter des Obersten Gerichts und sogar einen schwarzen Präsidenten, und trotzdem gab es sogar während der zweiten Amtszeit von Barack Obama immer lauter werdende Forderungen, es müssten »Entschädigungen« an alle schwarzen Amerikaner gezahlt werden. Tatsächlich wurde die Forderung vom Mainstream in größerem Maße akzeptiert als jemals zuvor.[175] Als ob es eines Beweises dafür bedurfte, dass wirklich nichts getan werden kann, um die Schuld der Vergangenheit zu mildern, gehörte es im sechsten Jahr der Präsidentschaft Obamas zur allgemeinen Überzeugung, dass weiße Amerikaner die Nachfahren der Schwarzen finanziell für Taten, die ihre weißen Vorfahren vor Jahrhunderten begangen hatten, entschädigen sollten. Ob auch andere ethnische Gruppen, denen auch Unrecht widerfahren war, ebenfalls entschädigt werden sollten, war nicht Gegenstand der Debatten. Nur Europäer und ihre Nachkommen erinnern sich an ihre Sünden. Also müssen auch nur Europäer und ihre Nachfahren ununterbrochen dafür büßen.

Sowohl in Amerika als auch in Australien ändert die ständige Wiederholung der Sünde die natürlichen Empfindungen der Menschen über ihre eigene Vergangenheit. Es transformiert patriotische Gefühle in Scham oder bestenfalls in zutiefst widersprüchliche Empfindungen, und das hat schlimme Folgen. Ein Land, das davon überzeugt ist, niemals etwas falsch gemacht zu haben, könnte jederzeit etwas Falsches tun. Aber ein Land, das davon überzeugt ist, nur Schlimmes oder sehr viel Schreckliches und Unverzeihliches getan zu haben, wird dazu neigen anzuzweifeln, ob es jemals in Zukunft fähig sein werde, auch etwas Gutes zu tun. Es macht das Land nervös, egal, wie weise es auch handelt. Das Bewusstsein der Ursünde in eine Nation einzupflanzen führt zu ständigen Selbstzweifeln. Das Vorhandensein einer nationalen

Ursünde suggeriert, man könne nichts Gutes tun, da schon der Anfang vom Bösen infiziert war.

Zum Schluss noch ein Land, das seine Existenz ebenfalls europäischer Schuld verdankt und deshalb häufig als in der Ursünde geboren betrachtet wird – nämlich Israel. Seit seiner Gründung 1948 wächst seine Ursünde in einem fort. Kaum jemanden bewegt es, dass die Gründung eines anderen Landes im gleichen Jahr 1948, das von Pakistan, zu unvorstellbaren Massakern und erzwungenen Umsiedlungen von Millionen Menschen geführt hat. Aber die Umsiedlung und gelegentliche Vertreibung von Tausenden Palästinensern, um den Staat Israel gründen zu können, wurde zur Ursünde des einzigen jüdischen Staates der Welt. Im Laufe der Zeit fand man eine populäre arabische Bezeichnung dafür: »nakba« – die Katastrophe. Nur sehr wenige Staaten sind entstanden, ohne dass dabei Menschen vertrieben worden wären. Viele von denen, die im 20. Jahrhundert gegründet wurden – Bangladesch zum Beispiel –, erlebten Umsiedlungen und Blutvergießen, die alles übersteigen, was in den Jahrzehnten seit der Gründung Israels zusammengenommen passiert ist. Trotzdem wird heute nur Israel ständig beschuldigt, in der Ursünde geboren zu sein. Die Bürger Pakistans und Bangladeschs können alles auf die Briten schieben, aber von ihnen selbst wird niemals erwartet, die Schuld zu empfinden, wie es von allen Europäern und ihren Abkömmlingen erwartet wird.

Natürlich, nur weil Israel verhältnismäßig neu ist, erscheinen auch die extremsten Vorschläge zur Behebung der Situation einleuchtend. Während nur wenige ernsthaft fordern, dass alle Menschen europäischer Abstammung aus Amerika vertrieben werden, ist es nicht ungewöhnlich und tatsächlich Teil der Politik vieler Länder des Nahen Ostens, dass gefordert wird, alle Abkömmlinge von Europäern aus Israel zu vertreiben und das Land jenen arabischen Volksstämmen »zurückzugeben«, die ursprünglich dort gelebt haben (und in vielen Fällen weiterhin dort leben). Und obwohl die Geschichte des Nahen Ostens mehr als jeder anderen Region gekennzeichnet ist von der Eroberung und Vertreibung von Menschen und Stämmen, ohne dass Entschädigungen durch irgendwelche Gerichte der historischen Wiedergutmachung gewährt worden wären, wenn es um die palästinensischen »Urbewohner« geht, hat man eine Antwort parat.

Und das nur, weil die Schuldfrage zu den Europäern zurückverfolgt werden kann. Und jeder, der in der Region unterwegs war, wird erfahren haben, dass es den Staat Israel nur gibt, weil die Europäer den Holocaust verursacht haben, und die Araber müssen jetzt dafür bezahlen.

Australien, Amerika und Israel sind drei sehr verschiedene Länder auf drei Kontinenten, aber vereint durch Europa. Die amerikanischen Siedler kamen aus Europa. Die Siedler von Australien kamen aus Europa. Und obwohl die Hälfte der Einwohner Israels Juden sind, die aus arabischen Ländern geflohen sind, besteht der allgemeine Glaube, dass alle Israelis aus Europa kämen. So muss man nicht unter Verfolgungswahn leiden, um festzustellen, das einheitliche »Übel« in all diesen Fällen ist nicht, dass es Menschen gibt, die in der Geschichte schlechte Dinge getan haben, sondern dass es die Europäer waren. Und wenn diese Menschen so viele üble Dinge getan haben, könnte man nicht annehmen, dass sie einfach alle böse Menschen sind?

Es ist verständlich, wenn moderne Europäer das Gefühl haben, sie seien irgendwie ansteckend. Sie sind die Einzigen auf der Welt, die nicht nur dazu fähig sind, schreckliche Dinge auf ihrem eigenen Kontinent zu tun, sondern auch in der Lage, ihre Bösartigkeit auf der ganzen Welt zu verbreiten. Die Bösartigkeit scheint zu metastasieren, und sie wird verallgemeinert. Es gibt nur wenige schlimmere intellektuelle Sünden in Europa, als wenn einzelne negative Eigenschaften auf eine ganze Gruppe verallgemeinert werden. Aber wenn es um die Europäer geht, geht das in Ordnung. Ein Europäer würde ausgeschimpft, wenn er für die Verbrechen eines Afrikaners alle Afrikaner, für die Verbrechen eines Asiaten alle Asiaten verantwortlich machen würde. Aber die Verallgemeinerung der historischen europäischen Fehler und Verbrechen auf alle Europäer ist normal und akzeptabel.

So kann man selbst in London in Debatten über die westliche Kultur ohne größere Überraschung erleben, dass dem Publikum mitgeteilt wird, dass »wir« – vor allem wir im Westen – verantwortlich seien für den Nationalsozialismus und den Holocaust.[176] Die Tatsache, dass es eine größere Wahrscheinlichkeit hat, dass die Teilnehmer einer Debatte in London von Menschen abstammen, die Nazi-Deutschland bekämpft haben – oder es gar selbst getan haben –, und daher weder Komplizen

noch verantwortlich sein können, ist vermutlich nur ein unwesentliches Detail, das vollständig ignoriert werden kann. Es ist zulässig, über den Westen und über Europa im Besonderen jede Verallgemeinerung zu treffen, wenn sie nur die finstersten Ereignisse der westlichen Geschichte zur Grundlage hat. Und obwohl jeder aufrechte Student der Geschichte weiß, dass jede Gemeinschaft, jede Rasse und jede Gruppe von Menschen nicht nur fähig ist, schreckliche Dinge zu tun, sondern sie auch getan hat, ist es vielsagend, auf welches besondere Gebilde und welche Ära man sich dabei konzentriert. Ebenso vielsagend ist es, was nicht gesehen wird und was keine besondere Aufmerksamkeit erhält.

DOPPELTE STANDARDS UND DER SIEG DER MASOCHISTEN

Das Osmanische Reich war eines der größten und am längsten existierenden Reiche in der Geschichte. Über mehr als 600 Jahre herrschte es über ein riesiges Territorium und zwang seinen Untertanen islamischen Glauben und Kultur auf und bestrafte nach seinem eigenen Rechtssystem jene, die sich dagegenstellten. Es drang durch seine Militärmacht nach Südosteuropa, in den Nahen Osten und nach Nordafrika vor, und nur die Stärke einer Koalition europäischer Armeen konnte in der Schlacht bei Wien am Kahlenberg 1683 Europa vor der Osmanischen Herrschaft bewahren.

Im Laufe des Ersten Weltkrieges fiel das Reich auseinander. Doch währenddessen verübte es eine der schlimmsten Gräueltaten in der Geschichte und tatsächlich den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Die Vernichtung der armenischen Bevölkerung Anatoliens war ein Massaker an mehr als einer Million Menschen innerhalb weniger Jahre. 1973, fünf Jahrzehnte nach dem Zerfall des türkischen Reiches, fiel die Türkei über Zypern her. Ihre Armee besetzte die Hälfte der Insel, ermordete griechische Zyprioten und vertrieb andere aus ihrer Heimat. Die Besatzung hält bis zum heutigen Tag an, obwohl die Türkei Mitglied der Nato ist und der griechische Teil Zyperns Mitglied der EU. Man kann der Auffassung sein, dass die Türkei als eine historische Macht nicht schlimmer, aber bestimmt nicht besser war als irgendein anderes Land der Welt. Es ist bemerkenswert, dass dies alles kaum erwähnt wird, dass die Türken selten oder so gut wie nie veranlasst werden, sich für die historische Rolle der Türkei schuldig zu fühlen.

Das geschieht teilweise deshalb, weil die türkische Regierung sicherstellt, dass es so bleibt. Einer der Gründe, warum die moderne Türkei im Weltmaßstab führend bei der Einkerkerung von Journalisten ist, liegt an dem Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, demnach es eine Straftat ist, »die türkische Nation zu beleidigen«. Es ist gegen

das Gesetz, den armenischen Völkermord auch nur zu erwähnen, und wer es trotzdem tut, wandert ins Gefängnis. Und obwohl einige griechische Zyprioten die anhaltende Besetzung des Nordteils ihrer Insel beklagen, hat das die britische Regierung niemals davon abgehalten, den Wunsch der Türkei nach Vollmitgliedschaft in der EU zu unterstützen.

Es ist auch nicht weiter verwunderlich, dass sich die türkische Regierung niemals für die Verbrechen des Osmanischen Reiches entschuldigt hat. Und es ist nicht überraschend, dass das Land bis heute die Erwähnung seiner jüngeren Besatzungsgeschichte und der ethnischen Säuberungen gesetzlich verbietet. Was eher schon überrascht ist, dass nur wenige von außerhalb diese Tatsachen gegen die Türken als Volk wenden. Wenn die Art, wie Geschichte in Europa heute unterrichtet und internalisiert wird, zum Ziel hat, dass sich die schlimmsten Ereignisse dieser Geschichte nicht wiederholen, dann müssen wir uns doch fragen, wer sonst noch in der Welt so handeln sollte. Welche anderen Nationen sollten wir ermutigen, sich für ihre Vergangenheit zu schämen? Und wenn es sonst niemand tut, sondern sich stattdessen sowohl auf den nationalen Stolz als auch auf die Ächtung historischer Nachforschungen verlässt, sollten wir uns dann nicht fragen, ob sich Europa nicht in einer merkwürdigen Lage befindet, weil es sich zutiefst schuldig bekennt?

Das Problem ist noch größer. Wenn historische Übeltaten heute gesühnt werden müssen, wo liegen dann die Grenzen, und wer alles ist davon betroffen? Mit der »Das Imperium schlägt zurück«-Theorie wurde oft behauptet oder angedeutet, Europa müsse alle Konsequenzen der Massenmigration erleiden und tragen, weil sie Wiedergutmachung für historische Übeltaten sei. Wenn aber die Massenmigration Wiedergutmachung für historische Übeltaten wie Imperialismus ist, warum gilt das für die moderne Türkei nicht? Hat es die Türkei nicht verdient, auch vollständig verändert zu werden? Wenn es so ist, welche Gegenden sollen wir zur Migration ermutigen? Sollten dann alle Türken, die unglücklich mit diesem Prozess sind, als »Rassisten« niedergeschrien werden? Wenn wir schon einmal dabei sind, die »Diversität« als Strafe für historische Übeltaten den Menschen aufzuerlegen, sollte die »Diversität« nicht auch über Saudi-Arabien verhängt werden? Sollte der Iran nicht gezwungen werden, als Buße für

seine Geschichte Minderheiten aus der ganzen Welt aufzunehmen? Da alle Länder, Völker und Religionen irgendwann Schreckliches getan haben und da nicht alle Rassen und Kulturen in der gleichen Weise gestraft werden, sollte uns da nicht der Gedanke kommen, dass hinter diesen letzten Ereignissen in Europa ein spezifisches, gegen den Westen und Europa gerichtetes Motiv steckt? Es ist eine merkwürdige, beunruhigende Feststellung.

Wenn der Begriff der historischen Schuld irgendetwas bedeuten soll, dann muss er beinhalten, dass eine erbliche Schande der Mittäterschaft von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird. Es trifft zu, dass manche Christen wegen eines einzigen Absatzes im Evangelium die Juden in genau dieser Weise verantwortlich gemacht haben.[177] Und es dauerte bis 1965, dass ein Papst diese Last auch formal aufhob.[178] Aber dieser Fall und ähnliche Fälle von Beschuldigungen der Nachfahren gelten in der modernen Zeit als moralisch widerwärtig. Der Fall der Juden ist besonders beunruhigend, denn er zeigt, wie lange sich eine solche Vendetta halten kann. Die Empfindung der Schuld, mit der moderne Europäer glauben beladen zu sein, begann allerdings erst in den letzten paar Jahrzehnten. Es ist eine Krankheit, die mit dem späten 20. Jahrhundert begann. Sie könnte – wie die christliche Idee von der vererbten Schuld der Juden – noch ein paar tausend Jahre anhalten. Und man ahnt es nicht einmal, wie sie dann beendet werden könnte.

In erster Linie deshalb, weil so viele Europäer wünschen, sie würde ewig halten. Schuld ist zu einem moralischen Desinfektionsmittel in Westeuropa geworden, diagnostizierte der französische Philosoph Pascal Bruckner in seinem Buch *La Tyrannie de la pénitence*.[179] Die Menschen saugen sie auf, weil sie sie mögen: Sie berauschen sich daran. Es hebt ihre Laune, sie fühlen sich erhöht. Statt einfach Menschen zu sein, die für sich selbst verantwortlich und denen gegenüber Rechenschaft schuldig sind, die sie kennen, werden sie zu selbst ernannten Vertretern der Lebenden und der Toten, Träger einer furchtbaren Geschichte und potenzielle Erlöser der Menschheit. So wird ein Niemand zum Jemand. 2006 tauchte in Großbritannien ein besonders merkwürdiges Exemplar dieses Typs auf, Andrew Hawkins.

Mr Hawkins ist ein Theaterregisseur, der in der Mitte seines Lebens entdeckte, dass er von einem Sklavenhändler aus dem 16. Jahrhundert, von John Hawkins, abstammt. 2006 wurde Andrew Hawkins von einer

Hilfsorganisation mit dem Namen »Lifeline Expedition«[180] eingeladen, mit ihr auf eine »Entschuldigungreise« (sorry trip) nach Gambia zu gehen.[181] Im Ergebnis schloss sich Hawkins 26 anderen Abkömmlingen von Sklavenhaltern an, um im Juni des gleichen Jahres durch die Straßen der Hauptstadt Banjul mit Ketten an den Händen und mit einem Joch um den Hals zu paradieren. Die Teilnehmer trugen auch T-Shirts mit der Schrift »So Sorry« und marschierten so in das 25 000 Menschen fassende Stadion der Hauptstadt ein. Weinend und auf den Knien entschuldigten sie sich auf Englisch, Französisch und Deutsch vor den etwa 18 000 Zuschauern, bevor die gambische Vizepräsidentin Isatou Njie Saidy sie in einer Zeremonie von ihren Ketten befreite.[182]

Man kann ohne Weiteres behaupten, dass, wer an einer solchen Zeremonie teilnimmt, sowohl psychisch als auch moralisch in großer Not sein muss. Mr Hawkins und seine Freunde hatten Glück, dass sie auf ihrer Entschuldigungstour durch überwiegend irritierte Gambier so gutmütig aufgenommen wurden. Nicht jeder reagiert so gutartig auf die westliche Angewohnheit der Selbstflagellation. Vor vielen Jahren, während wieder einmal ein Friedensgespräch zwischen Israel und den Palästinensern scheiterte, interviewte ein Journalist Jassir Arafat in seinem Büro in Ramallah. Gegen Ende des Interviews kam ein männlicher Assistent Arafats in das Büro des Präsidenten, um anzukündigen, dass die amerikanische Delegation eingetroffen sei. Der Journalist witterte eine Sensation und fragte den Präsidenten, wer die Amerikaner im Nachbarzimmer seien. »Es sind Amerikaner, die durch die Region reisen, um sich für die Kreuzzüge zu entschuldigen«, sagte Arafat. Dann brachen er und sein Gast in Gelächter aus. Beide wussten sehr wohl, dass die Amerikaner nichts mit den Kriegen vom 11. bis 13. Jahrhundert zu tun hatten. Aber Arafat war auf jeden Fall gerne bereit, mit jedem Nachsicht zu zeigen, der glaubte, eine solche Geste für eigene politische Vorteile nutzen zu können.

Der Wunsch, sich sündig zu fühlen, hat die europäischen liberalen Gesellschaften fest im Griff: Sie sind die Ersten in der Geschichte, die, wenn sie einen Schlag abbekommen, erst einmal fragen, womit sie das verdient haben. Die nicht zu lindernde historische Schuld setzt sich bis in die Gegenwart fort. Deshalb sind die Europäer auch dann die Schuldigen, wenn sie diejenigen sind, die misshandelt oder von noch

Schlimmerem getroffen werden. Mehrere Jahre vor der gegenwärtigen Migrationskrise wurde ein linker norwegischer Politiker, Karsten Nordal Hauken (nach eigener Bekundung Feminist, Antirassist und Heterosexueller), zu Hause von einem somalischen Flüchtling brutal vergewaltigt. Sein Angreifer wurde durch einen DNA-Test überführt und verurteilt. Nachdem er seine Strafe von viereinhalb Jahren abgebüßt hatte, sollte er in seine somalische Heimat abgeschoben werden.

Später beschrieb Hauken in den norwegischen Medien, welche Schuldgefühle ihn deshalb gequält haben. Er fühle sich tatsächlich verantwortlich dafür, dass der Vergewaltiger nach Somalia zurückgeschickt wurde. »Ich hatte ein starkes Gefühl von Schuld und Verantwortung«, schrieb er. »Ich war der Grund dafür, dass er nicht mehr in Norwegen war und stattdessen in eine dunkle und unsichere Zukunft nach Somalia geschickt wurde.«[183] Es ist eine Sache zu versuchen, seinen Feinden zu vergeben. Aber es ist noch einmal etwas ganz anderes, brutal vergewaltigt zu werden und sich dann Sorgen zu machen über die zukünftigen Lebensumstände des Vergewaltigers. Vielleicht gibt es zu einer gegebenen Zeit immer eine bestimmte Zahl von Menschen, die vom Masochismus befallen sind. Vielleicht werden die Masochisten – genauso wie die Armen – immer mit uns sein. Aber eine Gesellschaft, die Menschen mit diesen Neigungen belohnt und ihnen sagt, dass ihre Neigung nicht nur natürlich, sondern auch eine Demonstration von Tugend sei, wird eine höhere Konzentration an Masochisten produzieren.

Allerdings haben Masochisten – egal, wie viele sie auch sein sollen – ein besonderes Problem, mit dem sie fertigwerden müssen, nämlich: Was passiert, wenn sie auf einen Sadisten treffen, der sagt: »Du glaubst, du bist grauenvoll und schrecklich, mit Eigenschaften, die nicht zu sühnen sind? Stimmt, so bist du.« Es mangelt heute nicht an Masochisten, nicht in Europa und nicht in den Ländern, für die sich Europäer teilweise verantwortlich fühlen. Aber es gibt auch keinen Mangel an Sadisten, die gerne bereit sind, jeden Selbstvorwurf zu bestätigen und jede unserer Ideen über unser ganzes Elend aufzugreifen. Und das ist der andere Grund, warum – zurzeit – die Idee von der elementaren Sünde unumkehrbar ist. Die meisten Menschen möchten keine Schuldgefühle haben und wollen von anderen auch

nicht wegen ihrer Sünden angeklagt werden und schon gar nicht, wenn dies in böser Absicht geschieht. Nur die modernen Europäer sind glücklich in ihrem Selbsthass und bieten einen internationalen Tummelplatz für Sadisten.

Während die westlichen und europäischen Nationen sich selbst zerfleischen und von der Welt erwarten, sie für das Verhalten ihrer Ahnen zu zerfleischen, hat bisher keine ernst zu nehmende Behörde oder Regierung jemals anderen Völkern empfohlen, für die vererbten Verbrechen ihres Volkes Verantwortung zu übernehmen. Nicht einmal für Verbrechen, die zu unseren Lebzeiten begangen wurden. Vielleicht gibt es im Westen nur wenige Sadisten. Eher trifft es zu, dass es in den anderen Ländern zu wenige Masochisten gibt, um eine derartige Mission erfolgversprechend erscheinen zu lassen. Die mongolische Invasion des Mittleren Ostens im 13. Jahrhundert war eine der brutalsten in der aufgezeichneten Geschichte. Im Laufe der Massaker in Nishapur 1221, in Aleppo und Harem sowie der Brandschatzung Bagdads 1258 wurden nicht nur Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder abgeschlachtet, sondern auch unglaubliche Mengen an Wissen und Gelehrsamkeit vernichtet. Wenn wir heute dauernd Erzählungen über die Kreuzzüge hören, aber kaum etwas über diese Brutalitäten, dann hat das nicht nur damit zu tun, dass es schwerfallen würde, die Nachfahren der Mongolen zu finden und zu beschuldigen, sondern auch damit, dass es zweifelhaft ist, ob die Abkömmlinge für die Idee empfänglich wären, Schuld zu haben an den Verbrechen ihrer Ahnen.

Nur die europäischen Nationen lassen es zu, aufgrund ihrer schwärzesten Momente beurteilt zu werden. Diese Selbstzerfleischung ist besonders unheimlich, weil man von den Europäern gleichzeitig erwartet, jeden anderen nur aufgrund von dessen Sternstunden zu beurteilen. Während in Diskussionen über religiösen Extremismus die spanische Inquisition und die Kreuzzüge regelmäßig zum Thema werden, werden dem Andalusien und die islamischen Neo-Platonisten gegenübergestellt. Es kann kein Zufall sein, dass diese zwei Dinge – uns selbst nach unseren schwärzesten, andere jedoch nach deren hellsten Momenten zu beurteilen – Hand in Hand gehen. Es scheint so, als handle es sich bei den Vorgängen im Westen sowohl um ein politisches als auch um ein psychologisches Leiden.

Nichtsdestotrotz, auch wenn gegenwärtig die moderne europäische Schuld in seinem Endstadium angekommen zu sein scheint, ist es nicht sicher, dass es dabei bleibt. Werden junge Deutsche, die Enkel, Urenkel und Ururenkel der Generation, die in den 40er-Jahren lebte, für immer ihren vererbten Makel spüren? Oder besteht die Möglichkeit, dass irgendwann der Augenblick gekommen sein wird, in dem junge Menschen, die selbst nichts Böses getan haben, »genug mit dieser Schuld« sagen? Genug mit der Unterwürfigkeit, die ihnen das Schuldbewusstsein aufzwingt, genug mit der Idee, dass etwas einmalig Schreckliches in der Vergangenheit passiert ist, genug damit, dass die Geschichte, von dem sie niemals Teil waren, vorschreibt, was sie in der Gegenwart und der Zukunft tun oder lassen sollen. Möglich ist es schon. Vielleicht ist die Schuld-Industrie auch nur das Phänomen einer einzigen Generation und wird einst durch was auch immer ersetzt?

KAPITEL 11
DIE VORGETÄUSCHTE RÜCKFÜHRUNG

1795 schrieb Immanuel Kant über seine Vorliebe für Staaten gegenüber einer »universellen Monarchie«, »weil die Gesetze mit dem vergrößerten Umfange der Regierung immer mehr an ihrem Nachdruck einbüßen und ein seelenloser Despotism[us] nachdem er die Keime des Guten ausgerottet hat, zuletzt doch in Anarchie verfällt.«[184] Diese Ansicht wurde von den Politikern, die Europa während des letzten Vierteljahrhunderts regiert haben, offensichtlich nicht geteilt. »Grenzen«, so erklärte der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, im August 2016, »sind die schlimmste Erfindung, die Politiker je gemacht haben.« Es ist sicherlich diskutabel, ob Politiker die Grenzen tatsächlich »erfunden« haben. Aber zu dem Zeitpunkt von Junckers Erklärung war es sicherlich offenkundig, dass Politiker Grenzen verschwinden lassen konnten.

2015, als Angela Merkel die schon weit offen stehenden Tore Europas noch weiter öffnete, zog der Kontinent Junckers Ansichten denen von Kant offensichtlich vor. Jeder, der in jenem Jahr nach Europa kam, konnte feststellen, dass es, sobald man in Europa war, keine Grenzen mehr gab. Von 1995 an unterzeichneten 26 Staaten das Schengener Abkommen, das eine grenzenlose Zone entstehen ließ. Von Portugal, Spanien, Italien und Griechenland im Süden bis nach Schweden, Finnland und Estland im Norden, über Ungarn, die Slowakei, Österreich, Frankreich und Holland bedeutete dieses Abkommen, dass sich mehr als 400 Millionen Menschen frei über den Kontinent bewegen konnten, ohne auch nur irgendwo einen Pass

vorzeigen zu müssen. Es gab nur eine Voraussetzung: Die Mitgliedstaaten waren gemeinsam verantwortlich für den Schutz der Außengrenzen. Aber davon abgesehen, wurde der Kontinent ab 1995 – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und fünf anderer, kleinerer Mitgliedstaaten – zu einem riesigen grenzenlosen Gebiet. Es war der Traum von der europäischen Harmonisierung und der Integration schlechthin.

Das Schengener Abkommen sollte eine neue Ära des Friedens und der Einigkeit einläuten. Es war schwer vorzustellen, welche Nachteile die »freie und uneingeschränkte Bewegung von Menschen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital« haben könnte. Sie war gut für den Handel und gut für einen Franzosen, der einen Abend in Brüssel verbringen wollte. Was es auch immer für Kehrseiten haben mochte – das Schengener Abkommen war nicht nur die politische Erleichterung des Reisens, sondern auch eine Botschaft. Wenn es jemals einen Kontinent gegeben hat, dessen Bürger leicht davon zu überzeugen waren, dass Grenzen ein Problem bedeuteten, dann war es Europa. Es ist eine gängige Interpretation des 20. Jahrhunderts, dass zwischen 1914 und 1945 der Kontinent wegen Grenzen zweimal Krieg geführt habe. 1914 ebenso wie gegen Ende der 30er-Jahre soll das Problem von Grenzen die Katastrophe des Kontinents herbeigeführt haben. Wenn diese Konflikte, in denen Europa zweimal eine ganze Generation seiner jungen Männer verloren hatte, tatsächlich von den Grenzen verursacht wurden, wer wollte dann nicht wünschen, dass sie aufgehoben würden? Und ebenso, wenn die Nationalstaaten die Ursache des Krieges waren, wer würde nicht wünschen, sie loszuwerden?

Zu den Irrtümern dieser Argumentation gehört, dass Grenzen und nicht der deutsche Militarismus – unter etlichen anderen komplexen Faktoren – die Ursache des Ersten Weltkrieges gewesen seien. Verursacher des Zweiten Weltkrieges war die nationalsozialistische Aggression allein. Es mag bequem sein – vor allem für manche Deutsche –, alternative Erklärungen anzunehmen, aber Grenzen für die Kriege des 20. Jahrhunderts verantwortlich zu machen, ist so, wie wenn man Autos beschuldigte, Verkehrsunfälle zu verursachen. Auch wenn Grenzen oftmals zu Konflikten führen, folgt daraus nicht, dass eine grenzenlose Welt konfliktfrei sein würde. Zu guter Letzt: Vor den

Kriegen der Nationalstaaten wurde der Kontinent von Religionskriegen heimgesucht.

Doch die Fehler des Schengener Abkommens lagen nicht nur in den ihm zugrunde liegenden historischen Annahmen. Der Fehler lag in der Art, wie seine Prinzipien umgesetzt wurden. Obwohl sich die Mitgliedstaaten verpflichtet hatten, beim Schutz der Außengrenzen zu kooperieren, wurde die Aufgabe den Frontstaaten überlassen. Vom Ende der 90er- bis in die 2000er-Jahre mussten Italien, Spanien und Griechenland mit den hereinströmenden Menschen allein fertigwerden. Selbst nachdem 2004 die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gegründet worden war, trugen die südlichen Staaten die Hauptlast. Ein verzweifelter italienischer Innenminister, Angelino Alfano, musste erst seine Vertragspartner während der Lampedusa-Krise 2014 daran erinnern: »Die Grenze zum Mittelmeer ist eine europäische Grenze.«

Doch es war nicht nur die Last des Grenzschutzes für den ganzen Kontinent, die in dieser Zeit bei den Mittelmeeranrainern zur Überlastung geführt hat. Es gab (bis zum heutigen Tag) drei Änderungen des Dubliner Übereinkommens zur Regelung von Asyl, eines Abkommens, das in den 90er-Jahren eingeführt wurde. Das Ziel aller Versionen des Dublin-Abkommens war sicherzustellen, dass das Land, in dem der Migrant um Asyl bat, die rechtliche Verpflichtung hatte, den Antrag zu bearbeiten. Theoretisch sollten damit Mehrfachanträge und das Pendeln von Migranten zwischen einzelnen Staaten verhindert werden. Praktisch aber verlagerte die Dublin-Regelung die Hauptlast auf die südlichen Staaten. Wenn Schiffsladungen von Menschen ohne Dokumente in Italien oder Griechenland ankamen, so mussten sie dort und nicht in den Niederlanden oder Deutschland ihren Antrag stellen, und die Dublin-Regelung ließ für Italien und Griechenland kaum einen Ausweg zu.

Sie fühlten sich gedrängt, die Asylanträge von allen Migranten, die gelandet waren, abzufertigen. Oder sie konnten die Migranten ermutigen, nicht dort Asyl zu beantragen, wo sie gelandet waren, sondern weiter nach Norden in andere Mitgliedstaaten zu ziehen, um dort Asyl zu beantragen. Den Vorschriften von Dublin III (das 2013 in Kraft trat) entsprechend muss jener Staat den Migranten durch den Asylprozess begleiten und ihm Asyl gewähren, der den Fingerabdruck

gespeichert und den Asylantrag entgegengenommen hat. Es ist wirklich erstaunlich, dass die nördlichen Staaten, als im Süden Europas jeden Tag Tausende ankamen, tatsächlich geglaubt hatten, die südlichen Staaten würden nicht versuchen, die Dublin-Vorschriften zu umgehen. Ein Weg war, keine Fingerabdrücke von den Neuankömmlingen zu nehmen. Hätten sie es getan, wären sie verpflichtet gewesen, die Migranten durch den gesamten Prozess zu begleiten und ihnen womöglich Asyl anzubieten. Es war viel leichter, die Migranten undokumentiert, ohne Abnahme von Fingerabdrücken und unidentifiziert weiter gen Norden zu schicken. Man weiß nicht, mit wie vielen Menschen so verfahren wurde, und man wird es auch nie erfahren. Beschäftigte von der Frontlinie geben privat zu, dass es die ganze Zeit so war. Dublin III, eine Regelung, die verabschiedet wurde, um den Prozess klarer zu machen, motivierte in der Praxis Staaten dazu, ganz auszusteigen.

Hinzu kam, dass die Migranten, die 2015 kamen, wussten, dass sie in dem Land verbleiben mussten, sobald sie ihren Fingerabdruck abgaben, und so verweigerten dies immer mehr. Die griechischen und italienischen Behörden konnten sie nicht dazu zwingen, und in dem Maße, wie der Zustrom wuchs, hatten sowohl die Migranten als auch die Südstaaten immer mehr Gründe, der vorgeschriebenen Prozedur nicht zu folgen. Wenn ein Migrant den Wunsch äußerte, weiter nach Nordeuropa zu ziehen, war es also für Griechenland und Italien vorteilhafter, keine Fingerabdrücke zu nehmen.

Sowohl das Dublin-Verfahren als auch das Schengener Abkommen waren adäquat, solange die Migration nach Europa auf dem damals als normal geltenden Niveau verharrte. Aber sie zeitigten katastrophale Folgen, als die Migration die biblischen Ausmaße von 2015 annahm. Überall schienen die Gefühle die Realität zu besiegen. Die deutsche Kanzlerin, die erst wenige Monate zuvor dem libanesischen Mädchen erklärt hatte, dass Politik ein hartes Geschäft sei, fühlte sich berührt, als sie am 1. September den Film über eine Gruppe von Albanern, Syrern und Irakern an einer ungarischen Bahnstation sah, wie sie »Deutschland, Deutschland, Merkel, Merkel« riefen. Später, als sie einige Migranten persönlich begrüßte und mit ihnen für Selfies posierte, sah sie entspannt und zufrieden aus.

Zu der Zeit gab es mehrere mögliche Routen nach Norden. Von Griechenland reisten die Migranten über Mazedonien und Serbien entweder direkt nach Ungarn und von dort über Österreich nach Deutschland. Oder sie kamen von Serbien aus über Bosnien, Kroatien, Slowenien und Österreich. Wer aus Italien nach Deutschland wollte, reiste zuerst nach Norden und dann nach Westen an Genua und Ventimiglia vorbei oder auch entlang der Südküste Frankreichs. Oder er wechselte auf die andere Seite von Italien und überquerte dort die italienisch-österreichische Grenze.

Anfang September 2015 erklärten die ungarischen Behörden unter anderem, dass ihr Land von der großen Zahl von Menschen, die ermutigt wurden zu kommen, überrannt werde und die Lage außer Kontrolle sei. Die ungarische Regierung versuchte den Strom aufzuhalten, indem sie keine Züge mehr nach Deutschland weiterfahren ließ. Etwa 14 000 Menschen kamen täglich in München an, an einem einzigen Wochenende 40 000. Die deutsche Kanzlerin ließ ihren stellvertretenden Sprecher erklären, dass niemand zurückgeschickt werde. Also machten sich die Migranten zu Fuß entlang der Autobahnen und Bahngleise in Ungarn auf den Weg. Die Welt sah zu, wie lange Züge vornehmlich männlicher Migranten durch Europa zogen. Um diese Zeit, im Herbst 2015, kam der europäische Traum von einem grenzenlosen Kontinent an sein Ende. Nachdem man Jahrzehnte damit verbracht hatte, die europäischen Grenzen für Europäer einzureißen, bedeutete dieser Strom von Nicht-Europäern, dass die Grenzen wieder emporwuchsen.

Die europäischen Regierungschefs suchten sich unter anderem Ungarn aus, um es für die Wiedererrichtung von Grenzen zu kritisieren. Dabei stand das Land unter einem enormen Druck, den es nicht selbst zu verantworten hatte. 2013 hatte es 20 000 Asylbewerber registriert. Die Zahl verdoppelte sich 2014 auf 40 000. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 erreichten mehr Menschen das Land als im ganzen vorhergehenden Jahr. Bis zum Jahresende registrierte die Polizei 400 000 Migranten, die fast alle nach Deutschland oder nach Skandinavien wollten. Sie kamen aus Serbien und Kroatien, 10 000 pro Tag. Die meisten von ihnen hätten in Griechenland registriert werden müssen. Die ungarischen Behörden vermuteten, dass vielleicht einer von zehn in Griechenland korrekt

erfasst worden war. Die Griechen hatten sich nicht wie im Schengener Abkommen vorgesehen verhalten – so sahen es die Ungarn.

Im Juli 2015 begann die ungarische Regierung damit, einen schützenden Zaun entlang der serbischen Grenze zu errichten, was dazu führte, dass der Strom über die kroatische Grenze anwuchs. Daraufhin errichteten sie auch dort einen Zaun. Der Strom zog weiter zur slowenischen Grenze. Diese Hunderte Kilometer langen Zäune waren die einzige Möglichkeit für die ungarische Regierung, die Migrantenzahlen in den Griff zu bekommen. Daraufhin wurden sie unter anderem von der österreichischen Regierung scharf kritisiert. Doch bald folgten ihrem Beispiel alle anderen. Im August begann Bulgarien, einen Zaun an der Grenze zur Türkei zu errichten. Im September führte Österreich Grenzkontrollen an seiner ungarischen Grenze ein, während Deutschland vorübergehende Grenzkontrollen an seiner Grenze zu Österreich einführte.

Mitte September erklärte Ungarn den Notstand und schloss seine Grenze zu Österreich. Dann schloss Kroatien seine serbische Grenze. Alsbald begann Österreich, Grenzschutzanlagen zu Slowenien zu errichten. Worin unterschied sich dieser österreichische Zaun vom ungarischen? Einer schamhaften Erklärung der österreichischen Regierung nach darin, dass dies ein »Tor mit Seiten« sei. Bald begann auch Slowenien mit der Errichtung eines Zauns zu Kroatien und Mazedonien einen Zaun entlang seiner Grenze zu Griechenland. Zu diesem Zeitpunkt drängte sogar die Europäische Kommission Mazedonien, seine Grenze zu Griechenland im Interesse der gesamten EU zu schließen. Damit wurde Griechenland einseitig aus dem Schengen-Gebiet herausgedrängt.

Jede Maßnahme Berlins stieß eine Kettenreaktion auf dem ganzen Kontinent an. Die Ankunft von Hunderttausenden Menschen, die auf keinen Fall für sich selbst sorgen konnten, hatte absolut vorhersagbare Konsequenzen. Einige unter ihnen waren praktischer Natur: Wie soll man die Neuankömmlinge unterbringen, bekleiden und ernähren? Die Regierung in Deutschland begann den Besitzern von leer stehenden Gebäuden zu drohen, sie zu enteignen, wenn sie diese nicht an die Regierung vermieteten, um Migranten unterzubringen. Überall in Europa wuchs die Sorge, wer diese Ankömmlinge wirklich waren. Ungarische Verantwortliche schätzten, dass mindestens die Hälfte der

Menschen, die in der ersten Jahreshälfte 2015 kamen, aus dem Westbalkan, vor allem aus dem Kosovo stammten. Auch sie hatten – wie viele andere auch – keine Papiere. Etwa die Hälfte jener, die am Budapester Ostbahnhof ausharrten, behaupteten, Syrer zu sein, doch Verantwortliche und Helfer, die sie über Syrien befragten, stellten häufig fest, dass die Migranten wenig oder gar nichts über Syrien wussten. Und auch hier, wie anderswo auch, waren die meisten junge Männer.

Allmählich begann auch Kanzlerin Merkel sich Sorgen zu machen, was sie hier in Gang gesetzt hatte. Mit dem französischen Präsidenten Hollande und der Europäischen Kommission versuchte sie eine Quotenregelung durchzusetzen, doch der Plan wurde von Großbritannien bis Ungarn abgelehnt. Einer der Gründe dafür war die Erkenntnis, dass die Anzahl der Menschen, die aufzunehmen verlangt wurde, der aktuellen Situation in keiner Weise gerecht wurde. Die Europäische Kommission und Merkel versuchten die Mitgliedstaaten zu bewegen, ein Quotensystem zu akzeptieren, das nicht einmal dazu imstande gewesen wäre, mit jenen Menschenmassen fertigzuwerden, die bis dahin schon angekommen waren.

Die Regierungen, die sich weigerten, dem Druck von Merkel und der Europäischen Kommission nachzugeben, handelten dem Willen ihrer Bürger entsprechend. Zwei Drittel aller in dieser Periode befragten Ungarn sagten, dass ihre Regierung richtig gehandelt habe, als sie die von Berlin und Brüssel verlangten Quoten zurückwies. Nur einer der berühmtesten Söhne Ungarns widersprach. Der Milliardär George Soros investierte im Laufe des Jahres 2015 beachtliche Summen in die Unterstützung von Interessengruppen und Einrichtungen, die sich für offene Grenzen und die freie Bewegung von Migranten nach und in Europa einsetzten. Seine Open-Society-Stiftung informierte auf ihrer Website »Welcome 2 EU« und auf Millionen von Flugblättern die Migranten, was sie zu tun hatten, wie sie nach Europa kamen und welche Rechte sie besaßen, waren sie erst mal angekommen. Die Gruppe rief offen zum »Widerstand gegen die europäische Grenzordnung« auf.

Im Oktober 2015 kritisierte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán Soros öffentlich als einen Aktivisten, der »alles unterstützt, was die europäischen Nationalstaaten schwächt«. Und Soros antwortete

ebenfalls öffentlich, indem er bestätigte, dass die vielen Gruppen, die er unterstützte, tatsächlich für die Zielsetzungen arbeiteten, die Orbán beschrieben hatte. In einer Mail an *Bloomberg* schrieb Soros, seine Stiftungen wollten die »europäischen Werte hochhalten«, während er Orbán beschuldigte, »jene Werte zu unterminieren«. Er sagte über Orbán: »Das Ziel seines Planes ist, die nationalen Grenzen zu verteidigen, und dabei sind die Flüchtlinge ein Hindernis. Unser Ziel ist es, die Flüchtlinge zu verteidigen, und dabei sind die Grenzen ein Hindernis.«[185] Der Dialog wurde abgebrochen, bevor jemand Soros hätte fragen können, wie lange diese europäischen Werte wohl halten würden, wenn jeder, der nur wollte, nach Europa hineinspazieren könnte.

Doch dann änderte sich die Argumentation. Überall beschrieben die Medien, wie Europa unter dem Ansturm der Ankömmlinge dabei war einzuknicken, als am Freitag, den 13. November, Paris drei Stunden lang von einem koordinierten Terroranschlag erschüttert wurde. Amokschützen schossen mit Sturmgewähren auf Pariser, die in Bars und Restaurants aßen und tranken. Gleichzeitig attackierten Selbstmordattentäter das Fußballstadion Stade de France in Saint-Denis, während das Publikum – auch Präsident Hollande – einem Fußballspiel beiwohnte. Es wurden noch andere Restaurants beschossen und von Selbstmordattentätern attackiert, und drei Amokschützen drangen in das Bataclan-Theater am Boulevard Voltaire ein, wo über tausend Menschen ein Konzert der Eagles of Death Metal besuchten. Die Attentäter begannen mit Sturmgewehren auf das Publikum zu schießen und waren darauf hinaus, so viele wie nur möglich zu erschießen. Sie reihten die Behinderten in ihren Rollstühlen in einer Reihe auf und erschossen jeden einzeln. Sie suchten das Gebäude ab und machten Jagd auf Verletzte und auf die, die sich versteckt hatten. Eine junge Frau, die überlebte, beschrieb die Ereignisse nachher so: »Als ich im Blut von Fremden lag und auf die Kugel wartete, die mein Leben von 22 Jahren beenden sollte, sah ich die Gesichter von allen vor mir, die ich je geliebt habe, und flüsterte immer wieder vor mich hin, ich liebe dich, ich liebe dich, und dachte an die schönsten Momente meines Lebens.« Die Männer schossen weiter auf die Menschen im Theater, bis die Polizei ankam. Dann zündeten sie ihre

Sprengstoffgürtel. Am Ende des Abends in Paris waren 129 Menschen tot und viele hundert verletzt.

Der Islamische Staat behauptete, für die Angriffe verantwortlich zu sein. Wie auch bei allen früheren europäischen Terrorangriffen hielt der Kontinent den Atem an und dachte über Worst-Case-Szenarien nach. Allmählich sickerte durch, dass die Verbrecher aus Frankreich und Belgien stammten. Trotzdem konnte einer der Rädelsführer nach der Terrorattacke sicher nach Belgien zurückkehren. Einer der Selbstmordattentäter vom Fußballstadion besaß einen falschen syrischen Pass, der auf den Namen »Ahmad al Muhammad« ausgestellt war. Die Verantwortlichen gaben zu, dass eine Person mit diesem Namen einen Monat vor den Attentaten als Asylsuchender nach Europa eingereist war. Die Fingerabdrücke gehörten einem Mann, der diesen Namen im Oktober benutzt hatte, um nach Griechenland einzureisen. Er wurde von der griechischen Küstenwache von einem sinkenden Boot mit 70 weiteren Insassen aufgenommen. Im November reiste er von der Insel Leros durch Serbien, Kroatien, Ungarn und Österreich schließlich nach Saint-Denis. Obwohl die Erkenntnisse nur sehr langsam an die Öffentlichkeit gelangten, war nach einem Jahr klar, dass die Mehrheit der Pariser Attentäter, die Rädelsführer inbegriffen, nicht nur eine terroristische Ausbildung in Syrien erhalten hatten, sondern auch in Europa ein- und ausgingen, indem sie sich als Migranten tarnten.

Die Bereitschaft der Öffentlichkeit, solch poröse Grenzen zu akzeptieren, begann zu schwinden. Als sich die Nachrichten über die freie Bewegung der Terrorzellen aus und nach Frankreich in der Nacht der Attacken verbreiteten, schwand auch der Wunsch nach Grenzenlosigkeit innerhalb von Europa. Trotzdem beharrte Jean-Claude Juncker auf einer Pressekonferenz im türkischen Antalya: »Es gibt keinen Grund, die Flüchtlingspolitik der EU zu überdenken.« Er fuhr mit der Erklärung fort, die Pariser Attentäter seien »keine Flüchtlinge oder Asylsuchende«, sondern »Kriminelle«. Ob er es nun aber mochte oder nicht, die öffentliche und auch die politische Haltung waren dabei, sich zu ändern. Auch wenn die Vorteile eines Abendausflugs von Paris nach Brüssel immer noch offensichtlich waren, langsam wurden die Risiken eines Systems offenkundig, das es einem belgischen Moslem ermöglichte, für einen Abend nach Paris zu kommen und noch in der

gleichen Nacht ungestört nach Brüssel zurückzukehren. Die Angriffe auf Paris beschleunigten den Prozess der Umkehr, der schon im vollen Gange war. Norwegen änderte eilig seine Asylpolitik, und zwei Wochen nach den Ereignissen von Paris erklärte sogar Schweden, erneut Grenzkontrollen einzuführen. Ab jetzt mussten Menschen, die ins Land kommen wollten, irgendwelche Identitätsbeweise vorlegen. Als die stellvertretende Ministerpräsidentin, Åsa Romson von den Grünen, diese Erklärung abgab, brach sie in Tränen aus.

Präsident Hollande seinerseits kündigte an, dass Frankreich »zu Hause und im Ausland« im Krieg stehe. Das Land verstärkte sofort die Bombenangriffe gegen Stellungen des IS in Syrien. Doch der ausländische Teil war der einfachere. Zu Hause war es schon viel schwieriger. Sofort wurde auf unbestimmte Zeit der Ausnahmezustand ausgerufen, und innerhalb von zwei Tagen gab es 168 Kommandounternehmen im ganzen Land. Eine Aktion in Lyon führte zur Entdeckung eines Raketenwerfers. Eine andere in Saint-Denis endete damit, dass sich eine Frau mit einer Sprengstoffweste in die Luft jagte. Es stellte sich heraus, dass einer der Bataclan-Attentäter im Schatten der Kathedrale von Chartres gelebt hatte. So wie auch nach den Angriffen auf *Charlie Hebdo* und den koscheren Supermarkt im Januar hatten die französischen Politiker begriffen, dass sich ihre Wähler gerade besondere Sorgen wegen der Sicherheitsprobleme machten. Und es wurde ihnen bewusst, dass die französische Öffentlichkeit auch über die tieferen Probleme nachdachte, die zu dieser Lage im Lande geführt hatten.

Nicht einmal zwei Wochen nach den Angriffen erklärte Ministerpräsident Manuel Valls, dass Frankreich in den folgenden zwei Jahren nicht mehr als 30 000 Asylsuchende akzeptieren werde. Nachdem er in Paris Kanzlerin Merkel getroffen hatte, erklärte er spitz: »Es war nicht Frankreich, das ›kommt!‹ rief.« Die Kanzlerin bestand währenddessen weiterhin darauf, dass jedes Land seine Quote erfüllen müsse. Valls aber sagte zu Journalisten: »Wir können keine weiteren Flüchtlinge in Europa aufnehmen, das ist nicht möglich.« Sein Büro sagte später, es habe einen Fehler bei der Übersetzung gegeben, und eigentlich wollte er sagen, »Europa könne nicht mehr so viele Flüchtlinge aufnehmen«.

So wie in Großbritannien und anderen europäischen Ländern hatte auch die französische Öffentlichkeit recht, dieser Rhetorik und den Ankündigungen skeptisch zu begegnen. Sie hatte seit Jahrzehnten immer wieder dasselbe über Migration und Integration gehört. In dem Maße, wie der im Ausland geborene Anteil der Bevölkerung mit jedem Jahr weiter anwuchs, wetteiferten die französischen Politiker miteinander – ebenso wie ihre Kollegen in den anderen europäischen Ländern –, wer noch härtere Erklärungen abgeben kann. Während der 70er- und 80er-Jahre versuchten Valéry Giscard d'Estaing, François Mitterrand und andere in dieser Angelegenheit immer noch strenger als die anderen zu klingen. 1984 warnte der damalige Oberbürgermeister von Paris, Jacques Chirac: »Wenn man Europa mit anderen Kontinenten vergleicht, ist das Ergebnis schrecklich. Europa verschwindet demografisch. In etwa 20 Jahren leeren sich unsere Länder, und egal, wie stark wir technologisch sind, wir werden nicht imstande sein, diese Stärke zu nutzen.«

1989 sagte der sozialistische Ministerpräsident Michel Rocard in einem Fernsehinterview zur Frage des Asyls: »Frankreich kann nicht das ganze Elend der Welt willkommen heißen.« Er fuhr fort, indem er damit angab, wie viele Menschen seine Regierung abgewiesen habe, und versprach eitel noch mehr Ausweisungen in den kommenden Jahren. Genau wie bei Mitterrand vor ihm war das bei Rocard auch nichts anderes als ein cleveres linkes Manöver vor den Wahlen. All diese Ankündigungen waren nur ein politisches Spiel. Kaum eine hatte Folgen in der Realität.

1985, als Jean Raspail und Gérard Dumont in ihrem Essay die Frage stellten, wie Frankreich 2015 aussehen würde, war die französische Linke unter François Mitterrand verwirrt. Ihre Entwicklung von der stramm sozialistischen hin zur mehr marktwirtschaftlichen Ökonomie war eine Katastrophe, weil es die Klasse der gewerkschaftlich Organisierten, die ihre stärkste Basis bildete, von ihnen entfremdete. Die Linke war ohnehin schon gespalten mit den Sozialisten auf der einen und den Kommunisten des Georges Marchais auf der anderen Seite. Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1986 sah es so aus, als würde die Linke im Wahlsystem der 5. Republik nicht imstande sein zu gewinnen. Als Minister der 4. Republik wusste Präsident Mitterrand sehr gut, wie man Wahlmanöver durchführt, und so formulierte er in

der Mitte der 80er-Jahre einen Plan, der die Rechten kastrieren und ihm zum Sieg bei der Präsidentschaftswahl 1988 verhelfen sollte. Der Plan bestand darin, das sozialistische Parlament dazu zu bewegen, das Verhältniswahlrecht einzuführen und sicherzustellen, dass Migration ein großes Thema wurde.

In dieser Lage erwiesen sich Jean-Marie Le Pen und seine Anti-Migrationspartei Front National als außerordentlich hilfreich für Mitterrand, der dafür sorgte, dass Le Pen – der bis dahin aus den Medien weitestgehend herausgehalten worden war – so viel Öffentlichkeit erhielt wie nur möglich. Zum ersten Mal wurde Le Pen regelmäßig ins Fernsehen eingeladen und ermutigt, seine Ansichten zum Besten zu geben. Gleichzeitig wurde der von den Sozialisten organisierten antirassistischen Bewegung (»Touche pas à mon pote«) maximale Öffentlichkeit verschafft. Im Laufe dieses Prozesses erreichte Mitterrand, dass eine beschädigte Linke es fertigbrachte, die Rechten zu beschädigen. Er wusste, dass der Front National nur den Rechten schadete und die Wähler veranlasste, sich von ihnen abzuwenden. Hinzu kam, dass keine rechte Partei jemals eine Allianz mit dem Front National eingehen oder sich seiner Linie in Sachen Migration, nationale Identität und Patriotismus auch nur annähern konnte. Sollte sie es doch tun – das wusste Mitterrand genau –, würde man sie als Faschisten, Rassisten und Verräter der republikanischen Werte brandmarken.

Mitterrands Strategie funktionierte 1986 und 1988 so gut, dass sie von den Linken in all den darauffolgenden Jahren beibehalten wurde. In jeder Wahl war der starke Auftritt des Front National der beste Weg, die Rechten von der Macht fernzuhalten. Währenddessen betonten Mitterrand und seine Nachfolger, wie streng sie mit der Migration umgehen würden. Doch während der ganzen Zeit wuchsen die Gemeinschaften der Migranten weiter.

Manchmal versuchten auch die Politiker der Mainstream-Rechten, sich einen Namen zu machen, indem sie sich ebenfalls streng über Migration äußerten. 1993 während der Cohabitation erklärte der für die Migration verantwortliche Innenminister Charles Pasqua, Frankreich würde seine Grenzen schließen und ein Land mit »null Einwanderung« werden. Außerdem brüstete er sich mit zukünftigen brutalen Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung: »Wenn wir Flugzeuge, Schiffe und Züge voller Migranten nach Hause schicken, wird die Welt

die Botschaft verstanden haben.« Man darf bezweifeln, dass er selbst daran geglaubt hat. »Die Probleme der Migration liegen vor und nicht hinter uns«, sagte der gleiche Pasqua kurze Zeit später und gab zu, dass in nicht allzu ferner Zukunft viele Millionen junger Menschen in Afrika »keine Zukunft« haben und deshalb Richtung Norden aufbrechen würden.[186]

Die französischen politischen Debatten dieser Jahre waren einmalig und zugleich vollkommen typisch für Europa. Während dieser Jahrzehnte konzentrierten sich die großen westeuropäischen Parteien statt auf die wichtigen Probleme im Zuge der Massenmigration lieber auf kleine, symbolische Gesten. Manchmal war es pure Prahlerei. Manchmal war es auch eine besonders vorbereitete Aktion gegen illegale Migranten. Solche Aktionen sollten nicht nur den Politikern erlauben, sich als besonders scharf darzustellen, sondern auch der Öffentlichkeit, etwas Dampf abzulassen.

Im Jahr 1989 wurde zum ersten Mal in Frankreich über das Kopftuch debattiert. Der Grund: Schulmädchen in der Stadt Creil im Norden von Paris begannen, in der Schule Kopftücher zu tragen, was daraufhin von der Schulleitung verboten wurde. In der darauffolgenden Debatte empfahl die damals gerade aktuelle Regierung, die Schulen sollen selbst über ihre Politik gegenüber Kopftüchern entscheiden. Die Angelegenheit kam in den 2000er-Jahren wieder auf, als Kopftücher in der französischen Gesellschaft immer sichtbarer wurden und die Regierung glaubte, etwas tun zu müssen. Das verleitete Präsident Chirac (2004) dazu, ein Gesetz verabschieden zu lassen, das das Tragen von eindeutig religiösen Symbolen in öffentlichen Gebäuden verbot. Die französische Regierung gelangte nicht zu dieser Entscheidung wegen der Kippaträger unter den französischen Juden oder der Christen, die kleine Kreuze an ihren Halsketten trugen. Die Regierung gelangte zur Entscheidung, weil immer mehr Frauen verschleiert in der Öffentlichkeit auftraten. Als sie realisierte, dass die wachsende Zahl der Kopftücher in der Öffentlichkeit die immer größere Stärke des konservativen Islam symbolisierte, entschied sie sich, den Trend aufzuhalten und ihm Einhalt zu gebieten. Dass die anderen Religionen damit auch mit betroffen waren, schien ein Opfer zu sein, das sich lohnte.

Viele Jahre später, 2009, setzten die Bürger der Schweiz in der gleichen Art und Weise ein Zeichen für ein Ziel, das sie für erstrebenswert hielten. Die Regierung der Schweiz befragte die Bürger in einer Volksabstimmung zu der Frage einer Verfassungsänderung, die den Bau von Minaretten verbieten sollte. Sie wurde mit 57,5 Prozent gegen 42,5 Prozent gebilligt. Im darauffolgenden Jahr bekam Chiracs Nachfolger Nicolas Sarkozy die Gelegenheit, sich mit der Ganzkörperverschleierung zu befassen. 2010 wurde ein Gesetz verabschiedet, das an öffentlichen Orten wie Straßen und Einkaufszentren das Tragen von Ganzkörperverschleierung verbot. Zu guter Letzt verboten im Sommer 2016 eine Reihe von französischen Gemeinden das Tragen eines sogenannten Burkini an ihren Stränden. Obwohl das oberste Verwaltungsgericht des Landes das Verbot aufhob, dominierte das Burkini-Thema die Nachrichten im August 2016. Eine der lokalen Verwaltungen, die das Bekleidungsstück (das das Gesicht frei lässt, aber den Körper bedeckt) verboten hatten, war die von Nizza. Im Wesentlichen war das die Essenz der französischen Lösungen für die Fragen, die durch die Massenmigration gestellt wurden.

Einen Monat bevor Nizza den Burkini von seinen Stränden verbannte, fuhr ein Tunesier mit dem Namen Mohamed Lahouaiej-Bouhlel einen Lastwagen in die Menschenmenge an der Strandpromenade, die den Bastille-Tag feierte. 86 Menschen wurden an dem Abend an der Promenade des Anglais getötet und viele andere verletzt. In der Folge erklärte der IS, dass die Terroristen mit dem Anschlag seinem Ruf folgten, überall in Europa solche Anschläge zu verüben. Die französische Regierung verlängerte wieder einmal den Ausnahmezustand, der seit November des vorigen Jahres in Kraft war. Aber es ist kennzeichnend, dass in den Wochen nach einer solch barbarischen Tat die Debatte über eine islamische Badebekleidung geführt wird, die vor etwa zehn Jahren erfunden wurde. Es war verlockend, sich mit solch vergleichbar wenig bedeutenden Details zu beschäftigen, weil die großen Fragen nicht zu beantworten waren. Man kann vielleicht verhindern, dass Leute in den Besitz von Kalaschnikows gelangen, aber wie verhindert man, dass sie in den Besitz eines Lastwagens gelangen? Man kann auch die Extremisten daran hindern, ins Land zu gelangen, aber was macht man mit den Extremisten, die bereits Bürger des Landes sind?

Kapitel 12
Lernen, damit zu Leben

Das Blutbad in Nizza war Beginn und gleichzeitig Höhepunkt einer ganzen Reihe von Angriffen, die sich im August 2016 fast täglich ereigneten. Am Montag nach dem Attentat von Nizza holte ein siebzehnjähriger Asylbewerber in einem Zug in Bayern eine Axt und ein Messer hervor, rief: »Allahu Akbar« und begann die Mitreisenden abzuschlachten. Er verletzte fünf Menschen ernsthaft, bevor er von der Polizei erschossen wurde. Es sickerte durch, dass der Attentäter Treue zum IS geschworen haben soll. Es sickerte auch durch, dass er, als er in Deutschland Asyl beantragte, angab, aus Afghanistan zu stammen, Aufzeichnungen seiner Sprache wiesen allerdings auf seine pakistanische Abstammung hin. Wenn schon Frankreich schlecht imstande war, eine Diskussion über diese Angelegenheiten zu führen, so unfähig wie Deutschland war kein anderes Land. In der öffentlichen Diskussion, die auf das Attentat in der Bahn folgte, stellte Renate Künast von den Grünen die Frage, wieso die Polizei den Attentäter erschossen habe, statt ihn nur zu verletzen.

Am darauffolgenden Tag brüllte in der Nähe von Montpellier in Frankreich ein gewisser Mohamed Boufarkouch: »Allahu Akbar« und stach auf eine Französin und ihre drei Töchter (8, 12 und 14 Jahre alt) ein, offenbar weil sie »unanständig« angezogen waren. Der Verbrecher stammte aus Marokko. Wenige Tage später ermordete der Sohn iranischer Einwanderer, Ali David Sonboly, in München neun Menschen in einem Amoklauf, angefangen mit sieben Teenagern in einer McDonald's-Filiale. Seine Motive blieben unklar. Kaum einige Tage später hackte in Stuttgart ein syrischer Asylbewerber eine schwangere Frau zu Tode, wegen eines Beziehungsdramas, wie es später

hieß. Am nächsten Tag fand ein anderer syrischer Asylbewerber keinen Einlass zu einem Musikfestival in Ansbach, weil er keine Eintrittskarte hatte. Es stellte sich heraus, dass er eine Bombe mit sich führte, die mit Nägeln und Schrauben vollgepackt war. Er ließ sie vor einem Weinlokal explodieren. Kaum 24 Stunden später stürmten zwei Männer, den Namen des IS brüllend, während der Messe in eine Kirche in Rouen, nahmen die Nonnen und die Kongregation als Geiseln und schlachteten den Priester Jacques Hamel ab. Eine Nonne, die dabei war, sagte, dass die beiden 19 Jahre alten Killer lächelten, als sie die Kehle des Priesters mit einem Messer durchschnitten. Sie ließen ihn verbluten und nahmen mit ihren Handys auf, wie sie arabische Slogans über seinen sterbenden Körper riefen. Die letzten Worte des Priesters waren: »Weiche von mir, Satan.«

Einige dieser Angriffe wurden von Leuten verübt, die mit der Migrantenwelle vorangegangener Jahre nach Europa gekommen waren. Andere Täter wurden in Europa geboren. Dafür gibt es keine einfachen Erklärungen. Jene, die behaupten, der Terrorismus sei ein Ergebnis mangelnder europäischer Integrationsbemühungen, können nicht erklären, warum es sinnvoll sei, so viele neue Migranten aufzunehmen, wenn man bei der Integration der früheren Einwanderer schon so erfolglos war. Wer dagegen sich nur mit der letzten Migrationswelle beschäftigen will, kann nicht erklären, warum Menschen, die in Europa geboren wurden, Attentate verüben. Wer die Motive wegdiskutieren will, kommt an der Bandbreite der Ziele nicht vorbei. Wie soll jemand, der im Januar 2015 geglaubt hat, die ausgelassen säkulare und ungläubige Redaktion von *Charlie Hebdo* habe das Unglück selbst heraufbeschworen, erklären, womit es 18 Monate später ein Priester verdient hat, an seinem Altar abgeschlachtet zu werden. Eine 46 Jahre Pariserin, die nach den Attentaten in Paris im November 2015 interviewt wurde, fasste die Lernkurve ihrer Gesellschaft unbeabsichtigt zusammen. Indem sie das Wort »nur« etwas unvorsichtig benutzte, sagte sie: »Alle in Paris waren über diese Angriffe entsetzt. Früher waren es nur Juden, Schriftsteller und Karikaturisten.«[187]

Als wäre das nicht schon schrecklich genug für das Selbst- und Zukunftsbild Europas, wurde noch Schrecklicheres entdeckt. Die terroristischen Angriffe waren Grund genug für wachsende Beunruhigung. Aber mindestens die gleichen, wenn nicht noch

grundsätzlichere Sorgen kamen über etwas noch weniger Ansprechbares auf. Fast jeder konnte einen terroristischen Angriff erkennen, wenn er da war, auch wenn man an den Gründen herumdeuteln mochte. Aber neben den wachsenden Sorgen um die Sicherheit und der Einigkeit darüber, dass diese angesprochen werden mussten, tauchte ein anderes Thema auf, über das wieder niemand so recht sprechen wollte.

In den 2000er-Jahren waren sexuelle Angriffe auf einheimische Frauen von Migrantengangs ein offenes Geheimnis. Aber es war etwas, worüber man nichts hören wollte. Es war etwas so Niederträchtiges und Übles daran, dass es keiner ansprechen mochte. Allein schon die Andeutung, dass dunkelhäutige Männer dazu neigten, weiße Frauen zu missbrauchen, schien aus einem anrüchigen, rassistischen Kontext zu stammen, und so war schon die Vorstellung fast unmöglich und erst recht die Diskussion darüber. Die Verantwortlichen in Großbritannien hatten eine so furchtbare Angst davor, diese Verbrechen auch nur zu erwähnen, dass der gesamte Staat über Jahre versagte, sie zu verfolgen. Als das Phänomen auch auf dem Kontinent auftrat, kamen die gleichen Befürchtungen und Probleme auf.

Allein schon der Hinweis darauf, dass die meisten neu angekommenen Migranten junge Männer waren, kam 2015 einer Schändlichkeit nahe. Es war nicht möglich, die Frage zu stellen, ob diese Individuen die modernen Auffassungen über Frauen teilten, weil das schon als niederträchtige, rassistische Hetze galt. Die Angst davor, nach einem rassistischen Schema beurteilt zu werden oder als Rassist angeklagt zu werden, verhinderte, dass die Verantwortlichen und die europäische Öffentlichkeit dem Problem, das sich in ganz Europa ausbreitete, offen begegneten. Je mehr Flüchtlinge ein Land aufnahm, umso größer wurde das Problem.

Schon 2014 war in Deutschland die Zahl der sexuellen Angriffe auf Frauen und Jungen gestiegen. Unter anderen wurde in München eine zwanzigjährige Frau von einem dreißigjährigen somalischen Asylbewerber vergewaltigt und in Dresden eine fünfundfünfzigjährige Frau von einem dreißigjährigen Marokkaner; ein fünfundzwanzigjähriger Senegalese versuchte in München eine einundzwanzigjährige Frau zu vergewaltigen; ein siebzehnjähriges Mädchen wurde in Straubing von einem irakischen Asylbewerber vergewaltigt; eine Einundzwanzigjährige wurde bei Stuttgart von zwei

afghanischen Asylbewerbern vergewaltigt; und in Stralsund wurde eine Fünfundzwanzigjährige von einem achtundzwanzigjährigen eritreischen Asylbewerber vergewaltigt. Das waren Fälle, die vor Gericht gelangten, häufig jedoch war das nicht der Fall.

Hinzu kamen die Vergewaltigungen und versuchten Vergewaltigungen in den Flüchtlingsheimen. 2015 hatte die deutsche Regierung so große Probleme, die Migranten unterzubringen, dass sie anfangs keine Möglichkeit sah, eigene Heime für Frauen bereitzustellen. Mehrere Frauenrechtsgruppen schrieben an das hessische Parlament, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Folgen dieser Unterbringung »Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen sind. Wir erhalten auch immer häufiger Berichte über erzwungene Prostitution. Wir möchten betonen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt.« In den darauffolgenden Wochen wurde über weitere Vergewaltigungen in bayerischen Flüchtlingsheimen berichtet. Und ebenso wie in Großbritannien ein Jahrzehnt zuvor waren die Verantwortlichen so sehr besorgt über die möglichen Folgen der Tatsachen, dass diese in mehreren Fällen bewusst vertuscht wurden. In Detmold, wo ein Asylsuchender ein dreizehnjähriges muslimisches Mädchen vergewaltigt hatte, verschwieg die lokale Polizei den Vorfall. In einer Untersuchung des *Westfalen-Blattes* wurde behauptet, die lokale Polizei würde die Sexualverbrechen, in die Migranten verwickelt seien und die deshalb Grund zur Kritik an der Politik der offenen Grenzen der Regierung liefern würden, routinemäßig vertuschen. Aus vielen Städten, unter anderem aus einer Einrichtung in Bremen, wurde über die Vergewaltigung von Kindern berichtet.

In dem Maße, wie die Zahl der Sexualverbrechen während des Jahres 2015 stieg, wurde es für die Verantwortlichen immer schwieriger, die wachsende Zahl der Berichte über die Vergewaltigung durch zuletzt angekommene Flüchtlinge zu ignorieren. Diese beinhalteten unter anderem die Vergewaltigung einer Sechzehnjährigen in Mering, einer Achtzehnjährigen in Hamm, eines vierzehnjährigen Jungen in Heilbronn und einer zwanzigjährigen Frau in Karlsruhe. Jedes Mal hielt die Polizei still, bis lokale Medien das Schweigen brachen. Zahllose andere Überfälle wurden aus Dresden, Reisbach, Bad Kreuznach, Ansbach, Hanau, Dortmund, Kassel, Hannover, Siegen, Rinteln,

Mönchengladbach, Chemnitz, Stuttgart und anderen Städten des Landes gemeldet.

Im Juli 2015 warnte ein Schuldirektor aus dem bayrischen Pocking im Landkreis Passau die Schülerinnen der Schule, deren Turnhalle in eine Flüchtlingsunterkunft verwandelt wurde, sie sollten sich angemessen kleiden, um »Diskrepanzen« mit den Asylbewerbern zu vermeiden. »Durchsichtige Tops oder Blusen, kurze Shorts oder Miniröcke könnten zu Missverständnissen führen«, so das Schreiben. In einigen bayerischen Städten wie Mering warnte die Polizei die Eltern, ihre Kinder nicht allein auf die Straße zu lassen. Ab 2015 kamen im Tagesrhythmus die Berichte über Vergewaltigungen auf deutschen Straßen, in kommunalen Gebäuden, Schwimmbädern und an anderen Orten. Auch aus Österreich, Schweden und anderen Ländern kamen ähnliche Nachrichten. Und trotzdem blieb das Thema Vergewaltigung unter der Decke, vertuscht durch die Verantwortlichen und aus den meisten Medien – weil keine seriöse Nachricht – verbannt.

So war es eher ungewöhnlich, dass im Dezember 2015 die *New York Times* einen Bericht über Kurse veröffentlichte, die die norwegischen Behörden freiwilligen Migranten über die korrekte Behandlung von Frauen anboten. Mit diesen Kursen wollte man Norwegens immer größerem Vergewaltigungsproblem Herr werden und Migranten zum Beispiel erklären, dass es noch kein Freibrief für eine Vergewaltigung sei, wenn eine Frau sie anlächelte oder ihre Kleidung etwas von ihrem Körper sehen ließ. Diese Schulungen für Menschen, die nie zuvor eine Frau im Minirock gesehen haben (das sind die Worte der Veranstalter), nur in einer Burka, verwirrte einige unter ihnen. Ein dreiunddreißigjähriger Asylsuchender erklärte: »Männer sind schwach, und wenn jemand sie anlächelt, haben sie Schwierigkeiten, sich unter Kontrolle zu halten.« In seinem Heimatland Eritrea könne man sich eine Frau, wenn man sie wolle, einfach nehmen und werde dafür nicht bestraft.[188] Dieser Kampf der Sexualkulturen köchelte seit Jahren schon in Europa, aber es war für den Mainstream ein zu taktloses und giftiges Diskussionsthema. Erst Silvester 2015 brach es mit einer solchen Intensität durch, dass es nicht mehr ignoriert werden konnte.

Doch selbst die Ereignisse der Silvesternacht in Köln sickerten nur allmählich durch. Es begann damit, dass die Mainstream-Medien über die Ereignisse überhaupt nicht berichteten. Erst mehrere Tage danach

erfuhren der Kontinent und der Rest der Welt dank dem Internet, was geschehen war. In einer jener Nächte, an denen besonders viele Menschen die Straßen bevölkern, weil die ganze Stadt feiert, wurden auf dem zentralen Platz vor dem Hauptbahnhof und in den angrenzenden Nebenstraßen aus einer Menge von etwa 2000 Männern heraus etwa 1200 Frauen sexuell belästigt und beraubt. Bald darauf sickerte durch, dass auch in anderen deutschen Städten, von Hamburg im Norden bis Stuttgart im Süden, ähnliche Angriffe stattgefunden hatten. In den darauffolgenden Tagen, als das Ausmaß der Ereignisse bekannt wurde, versuchte die Polizei erst einmal, die Identität der Täter geheim zu halten. Erst als Videos und Fotos in den sozialen Medien und später auch in den Massenmedien veröffentlicht wurden, gab die Polizei zu, dass alle Verdächtigen wie Männer aus Nordafrika und dem Nahen Osten aussahen. In Deutschland geschah nun dasselbe wie in Großbritannien zu Beginn des Jahrhunderts: Die Angst vor den Konsequenzen, die die Identifizierung der rassischen Herkunft der Angreifer haben konnte, hatte mehr Gewicht als die Verpflichtung der Polizeikräfte, ihre Aufgaben wahrzunehmen.

Und es ging endlos, so schien es, nach diesem Muster weiter. Während des Jahres 2016 breiteten sich die Wellen der sexuellen Angriffe und Vergewaltigungen auf alle 16 Bundesländer aus. Es gab buchstäblich täglich Angriffe, die meisten Täter wurden nie gefasst. Nach Angaben von Justizminister Heiko Maas werden nur 10 Prozent der Vergewaltigungen gemeldet, und von denen, die vor Gericht gelangen, kommen gerade mal 8 Prozent zur Verurteilung. Es entstanden zusätzliche Probleme dadurch, dass die Verantwortlichen offensichtlich in konzertierten Aktionen Angaben über Verbrechen verheimlichten, bei denen man annahm, die Verdächtigen seien Migranten. Die Zeitung *Die Welt* gab schließlich zu, dass es sich um ein bundesweites Phänomen handelte.[189] Es stellte sich wie in Großbritannien zehn Jahre zuvor heraus, dass Antirassismus-Organisationen daran beteiligt waren. In diesem Fall hat sogar eine Regierungsbehörde, die Antidiskriminierungsstelle ADS, Druck auf die Polizei ausgeübt, die rassischen Identitätsmerkmale der Verdächtigen nicht öffentlich zu machen, weil dadurch ganze Menschengruppen diskriminiert werden könnten.

Dann gab noch das sonderbare Problem von einigen Frauen und Mädchen – beileibe nicht beschränkt auf Deutschland –, die die Identität ihrer Angreifer nicht preisgaben. Einer der schockierendsten Fälle war der einer vierundzwanzigjährigen Frau, die in Mannheim im Januar 2016 von drei Migranten vergewaltigt wurde. Sie selbst war Deutsch-Türkin und behauptete zunächst, dass ihre Angreifer Deutsche gewesen seien. Erst später gab die Frau zu (sie war Sprecherin einer linken Jugendorganisation), dass sie über die Identität der Vergewaltiger gelogen hatte. Sie tat es, sagte sie, weil sie nicht dazu beitragen wolle, dass der aggressive Rassismus weiter anwachse. In einem offenen Brief entschuldigte sie sich bei ihren Angreifern:

> »Ich wollte ein offenes Europa, ein freundliches. Eins, in dem ich gerne leben kann und eins, in dem wir beide sicher sind. Es tut mir leid. Für uns beide tut es mir so unglaublich leid. Du bist nicht sicher, weil wir in einer rassistischen Gesellschaft leben. Ich bin nicht sicher, weil wir in einer sexistischen Gesellschaft leben. Aber was mir wirklich Leid tut ist der Umstand, dass die sexistischen und grenzüberschreitenden Handlungen, die mir angetan wurden, nur dazu beitragen, dass du zunehmendem und immer aggressiverem Rassismus ausgesetzt bist. Ich verspreche dir, ich werde schreien. Ich werde nicht zulassen, dass es weiter geschieht. Ich werde nicht tatenlos zusehen und es geschehen lassen, dass Rassisten und besorgte Bürger dich als das Problem benennen. Du bist nicht das Problem. Du bist überhaupt kein Problem. Du bist meistens ein wunderbarer Mensch, der es genauso wie jeder andere verdient hat, sicher und frei zu sein. Danke, dass es dich gibt – und schön, dass du da bist.«[190]

Deutschland war nicht das einzige Land, in dem solche Dinge passierten. Im Sommer 2015 wurde eine junge Aktivistin, die am Grenzübergang Ventimiglia zwischen Italien und Frankreich mit der Bewegung »No Borders« zusammengearbeitet hatte, von einer sudanesischen Gang vergewaltigt. Die anderen »No Borders«-Aktivisten überzeugten sie, den Fall nicht zu melden, um der gemeinsamen Sache nicht zu schaden. Als sie den Angriff am Ende doch

noch zugab, beschuldigten sie die Frau, aus Trotz gehandelt zu haben.[191]

In Deutschland wie überall in Europa wurde es den lokalen Verwaltungen überlassen, Antworten auf die Herausforderungen, die auf sie zukamen, zu finden. Sie mussten nicht nur geeignete Unterbringungsmöglichkeiten finden, sondern auch politische Antworten. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer bekämpfte das Problem der sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen in Schwimmbädern, indem er einen syrischen Bademeister einstellen ließ. Auf Facebook schrieb er: »Die Berichte von sexuellen Übergriffen in öffentlichen Bädern gehören sicher zu den emotionalisierendsten überhaupt. Ich werde immer wieder gefragt, ob es in Tübingen auch solche Vorkommnisse gibt. Nein. Bisher nicht. Und unsere Stadtwerke haben eine großartige Präventions- und Integrationsmaßnahme ergriffen, damit das so bleibt. Wir haben einen syrischen Bademeister, der auf Arabisch und mit Autorität sagen kann, was geht und was nicht. Danke, Stadtwerke! Und gute Arbeit, Aiham!«[192] Die Menschen mussten Antworten auf die Probleme finden, die ihnen ihre Politiker beschert hatten – und das mit dem Wissen, dass, selbst wenn sich die Politik plötzlich änderte, die Auswirkungen auf die Gesellschaft unumkehrbar waren.

Was überhaupt kann eine Regierung tun, wenn sie realisiert hat, dass ihre Politik solche Wirkungen zeigt? Die Lösung der Deutschen ähnelte den Lösungen anderer Länder auf dem Kontinent: Sie beschäftigte sich mit einem spezifischen Teil des Problems. So wie die französische Regierung Burkas und Burkinis verbot, konzentrierten sich die deutschen Verantwortlichen auf den schmalen Bereich der Terrorismusbekämpfung. Sowohl vor als auch nach der Migrantenkrise zeigten die Geheimdienste beeindruckende Fähigkeiten bei der Beobachtung jener, von denen man annahm, dass sie an extremistischen Bewegungen beteiligt waren. Im Vergleich zu den Franzosen und den Belgiern wurden die Fähigkeiten der Deutschen europaweit bewundert. Der Erfolg sorgte jedoch dafür, dass die Debatte sehr eng blieb. Die deutschen Politiker ebenso wie die Verantwortlichen für Terrorismusbekämpfung konzentrierten sich auf sehr wenige Fragen, wie zum Beispiel auf den »Weg zur Radikalisierung«, was in allen Ländern ein Diskussionsthema war, aber in Deutschland zum zentralen

Thema wurde. Eine Scheinwissenschaft war entstanden, während die Politiker über die großen Probleme, die allem zugrunde lagen und die Öffentlichkeit schon lange beschäftigten, schwiegen. Denn die Öffentlichkeit wusste, was die Verantwortlichen nicht zugeben konnten: Die Radikalisierung hing mit einer bestimmten Gemeinschaft zusammen, und solange diese Gemeinschaft weiter wuchs, würde die Radikalisierung ebenfalls wachsen. Es war doch kein Zufall, dass das europäische Land mit der prozentual größten muslimischen Gemeinschaft, Frankreich, die meisten terroristischen Angriffe durch »Radikale« erleiden musste, während ein Land wie die Slowakei solche Probleme gar nicht kannte.

Die Kluft zwischen dem, was die Bevölkerung sah, und dem, was die Politiker unter Umständen sagen, geschweige denn tun konnten, war gefährlich tief geworden. Im Juli 2016 ging das Meinungsforschungsinstitut Ipsos der Frage nach, wie die Bevölkerung zur Migration steht. Die Antworten zeigten, wie wenige dachten, die Migration habe eine gute Auswirkung auf ihre Gesellschaft. Auf die Frage »Würden Sie sagen, dass die Migration im Allgemeinen eine positive oder eine negative Auswirkung auf Ihr Land hatte«, sagte ein außerordentlich geringer Prozentsatz, dass sie eine positive Wirkung gehabt habe. 36 Prozent der Briten glaubten, die Migration habe eine sehr oder ziemlich positive Wirkung, damit hatten sie noch eine vergleichbar positive Einstellung. Nur 24 Prozent der Schweden und nur 18 Prozent der Deutschen mochten sich ihnen anschließen. In Italien, Frankreich und Belgien waren es sogar nur zwischen 10 und 11 Prozent, die eine einigermaßen positive Wirkung der Migration erkennen konnten.[193]

Wie konnten die europäischen Regierungen glauben, dass nach einer solchen Welle der Migration, die schon auf mehrere Jahrzehnte ähnlicher Entwicklungen folgte, ihnen überhaupt jemand noch zuhörte, egal, wie kraftvoll und entschlossen sie über die Probleme der Migration sprachen? Mal abgesehen davon, dass für die deutsche Regierung eine Wende in der Migrationsfrage die Ablehnung ihrer gerade vor Monaten erst beschlossenen Politik bedeutet hätte, hatte sich diese Rhetorik längst abgenutzt. Egal, ob von rechts oder links, ob von Michael Howard oder Gordon Brown, von Michel Rocard oder Nicolas Sarkozy – die Rhetorik hatte ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Die Europäer erlebten, wie die Kluft zwischen Rhetorik und Realität, zwischen übertriebenen Behauptungen und der gleichzeitigen Unwahrscheinlichkeit der Behauptungen immer tiefer wurde. Sie hörten auch das Versprechen »wir schicken sie zurück« – ja, das war nicht schön –, aber sie wussten schon, dass dieses Versprechen ebenso wenig wahr war wie alle anderen auch.

1992 kamen immer mehr Boote illegal an die südlichen Küsten von Spanien. Damals war es die Politik der Regierung, alle Marokkaner, die illegal nach Spanien einreisten, nach Marokko zurückzuschicken. Die Vereinbarungen mit der verhältnismäßig freundlichen und hilfreichen marokkanischen Regierung hielten damals noch. Aber die Regierung in Rabat weigerte sich, Nicht-Marokkaner zurückzunehmen, die von Marokko aus losgefahren waren. Und obwohl diese Illegalen 40 Tage lang festgehalten werden konnten, bekamen sie ihre Ausweisungspapiere und sollten das Land innerhalb von 30 Tagen verlassen. Wie in den Jahren davor und danach auch hielt sich die große Mehrheit nicht daran und blieb. Ein Journalist, der sich mit dem Thema beschäftigte, interviewte 1992 einen Neunzehnjährigen aus Algerien. Wo wollte er hin? »Ich habe viele Familienmitglieder in Frankreich«, antwortete er. Und wie würde er da hinkommen? »Über die Berge natürlich.« Er hatte seinen Pass vorher schon an seine Verwandten geschickt, sodass der nicht konfisziert werden konnte. Fast alle, die von den spanischen Behörden zeitweilig festgehalten wurden, kamen aus Schwarzafrika, und alle erklärten, sie würden nach ihrer Freilassung weiter in Richtung Norden ziehen.[194] Schon damals kündigten spanische und marokkanische Verantwortliche immer neue Abkommen, Rahmenvereinbarungen und Lösungen an. Aber damals wie heute verschlossen Beamte auf allen Seiten die Augen vor dem Menschenschmuggel und ließen zu, dass die Migranten, wenn sie schon in Europa waren, weiter nach Norden wanderten. Alle Deals und Lösungen erwiesen sich deshalb als bedeutungslos.

Die gleiche Geschichte spielte sich in ganz Europa ab. Selbst Tony Blair, der Migration in einem Maße zuließ, dass sich das ganze Land veränderte, wollte hin und wieder Härte demonstrieren. Im Jahr 2000 gab es 30 000 abgelehnte Asylbewerber im Vereinigten Königreich, ein Drittel der 90 000 Bewerber von 1999. In dem Jahr wurden 7645 abgelehnte Bewerber abgeschoben. Man hatte entschieden, dass alle

abzuschieben unmöglich, zu spalterisch, politisch schwierig und zu teuer sei.[195] Für rechte Parteien – die Angst hatten, man würde ihnen niedere Motive zuschreiben – war der Umgang mit dem Problem noch schwieriger. Die konservative Regierung griff 2013 zu einem Trick. Das Innenministerium organisierte einige Lastwagen mit Reklameflächen und ließ sie in den sechs Bezirken herumfahren, in denen viele illegale Migranten lebten. Auf den Postern stand: »Illegal im Vereinigten Königreich? Gehen Sie nach Hause, oder Sie werden verhaftet.« – und dann folgte die Telefonnummer einer Beratungsstelle. Die Poster entfalteten sofort eine giftige politische Wirkung. Die Schatteninnenministerin der Labour Partei, Yvette Cooper, beschrieb sie als »Zwiespalt säend« und »infam«. Die Aktivistengruppe Liberty bezeichnete die Botschaft der Plakate nicht nur als »rassistisch«, sondern auch als »illegal«. Einige Monate später wurde bekannt, dass die Pilotaktion elf Illegale erfolgreich überzeugt hatte, das Land freiwillig zu verlassen. Die damalige Innenministerin Theresa May gab zu, dass die Aktion ein Fehler und zu »schroff« gewesen sei und nicht wiederholt werden würde. Natürlich war die Aktion nicht dafür gedacht, die bis zu einer Million illegalen Migranten davon zu überzeugen, nach Hause zu gehen, sondern dafür, dem Rest der Bevölkerung zu zeigen, wie entschieden ihre Regierung handelte. Bei weiteren Versuchen, illegal beschäftigte Migranten festzunehmen, kam es zu heftigem Widerstand linker Aktivisten. Aber all das war nur eine Farce und daran erkennbar, dass es in Großbritannien insgesamt nur 5000 Plätze für Abschiebungen gab und die Zahl der Abschiebungen nie höher als etwa 4000 im Jahr war. Die betrafen etwa zu einem Drittel Gefängnisinsassen, einem Drittel abgelehnte Asylbewerber und zu einem weiteren Drittel Menschen, die gegen die Einwanderungsgesetze verstoßen hatten.

Schon lange bevor die Migrationskrise ihren Höhepunkt erreicht hatte, haben die Verantwortlichen die Idee der Abschiebung aufgegeben, selbst im Falle von vollständig gescheiterten Asylbewerbern. So war es nicht weiter überraschend, dass mit der immer größeren Krise auch jene damit rechnen durften, in Europa bleiben zu dürfen, die sich keinerlei Hoffnungen auf berechtigtes Asyl machen konnten. Als sie von der Krise immer stärker überrollt wurden, begannen die deutsche und die schwedische Regierung so zu tun, als ob

sie ein System für die Abfertigung der Antragsteller hätten und so imstande wären zu entscheiden, wer bleiben darf und wer gehen muss. Ungeachtet dessen, dass sie nicht einmal ein System hatten, um zu erfassen, wer die Neuankömmlinge waren, waren sie auch nicht imstande, mit den Abgelehnten umzugehen. Mohammad Deleel, der erste Selbstmordattentäter in Deutschland, der im Juli 2016 das Attentat vor der Weinbar in Ansbach beging, wurde in Bulgarien als Flüchtling registriert und hätte nach dem Willen der deutschen Behörden schon 2014 und dann nochmal 2016 dorthin zurückkehren sollen. Genauso wie in Schweden versuchten linke Gruppen die Abschiebung aller abgelehnten Asylbewerber zu verhindern. Harald Weinberg, ein Politiker der Partei Die Linke, gab später zu, dass er gegen die Abschiebung Deleels nach Bulgarien interveniert hatte.

Im August 2016 wurden in Charleroi zwei belgische Polizistinnen von einem eine Machete schwingenden Algerier attackiert, der »Allahu Akbar« schrie. Es stellte sich heraus, dass der Angreifer Kontakte zum IS hatte. Später erklärte der belgische Staatssekretär für Asyl und Immigration Theo Francken, dass sich der Angreifer seit 2012 in Belgien aufhalte. Er erhielt zweimal einen Abschiebebescheid, aber zwischen Belgien und Algerien existierte kein Rückführungsabkommen, und in Belgien gab es keine freien Plätze für eine Sicherungsverwahrung.

Die Geschichten der Leute, die in terroristische Angriffe verwickelt waren, kamen an die Öffentlichkeit. Aber dahinter verschwanden die Geschichten von den alltäglichen Migranten, die zu Hunderttausenden blieben und einfach vergessen wurden. Im Januar 2016 enthüllten zwei Politiker das wahre Ausmaß des Desasters. In einem Interview des holländischen Fernsehens gab Frans Timmermans, Vizepräsident der Europäischen Kommission, zu, dass die Mehrheit der Menschen, die im vergangenen Jahr nach Europa gekommen waren, keine Asylsuchenden, sondern Wirtschaftsmigranten waren. Er zitierte Zahlen der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache, Frontex, und erklärte, dass mindestens 60 Prozent der Ankömmlinge von 2015 Wirtschaftsmigranten seien, die keine größere Berechtigung hätten, in Europa zu sein, als jeder andere auch. Über die Migranten aus den nordafrikanischen Staaten Marokko und Tunesien sagte er, diese

Individuen »sind Leute, von denen Sie annehmen können, dass sie keinen Grund haben, den Asylstatus anzustreben«.

Als Nächstes gab der schwedische Innenminister Anders Ygeman zu, dass von den etwa 163 000 Menschen, die im Jahr zuvor in Schweden angekommen waren, sich nur etwa die Hälfte berechtigterweise in Schweden aufhielt. Ygeman stellte die Pläne der schwedischen Regierung vor und warnte, dass es Jahre brauche, um all diese Menschen wieder zurückzuführen. Über jene, die nach Auffassung der Regierung seit 2015 nicht im Lande sein sollten, sagte er: »Wir sprechen über etwa 60 000 Menschen, aber die Zahl könnte 80 000 erreichen.« Es ist entsetzlich, wie eine Regierung zu so einer Einsicht gelangen kann, kurz nachdem sie diese vielen Menschen ins Land gelassen hat.

Die deutsche Regierung beschränkte sich darauf, ihr Rückführungsprogramm vom privaten Beratungsunternehmen McKinsey analysieren zu lassen. Vielleicht brauchte sie den frischen Blick, um das Durcheinander, das sie angerichtet hatte, zu bewerten. Aber selbst dieses Programm war zum Scheitern verurteilt. Als man versucht hatte, 300 Pakistani in ihre Heimat auszuweisen, weigerte sich Pakistan, sie entgegenzunehmen, sodass Deutschland sie zurücknehmen musste. Bis Ende Mai gab es 220 000 Menschen in Deutschland, die hätten abgeschoben werden müssen. Nur 11 300 Abschiebeverfügungen wurden vollzogen und die Menschen in andere Länder verbracht, darunter nach Bulgarien, wo sie erstmals den Boden der EU betreten hatten. Doch als Innenminister de Maizière im Parlament prahlte, dies sei viel mehr als in den vergangenen Jahren, demonstrierte er nur, wie wenig die jahrelangen Anstrengungen gebracht hatten.

Wenn die Zahlen, die Timmermans von der Frontex zitiert hatte, und die Schätzungen der deutschen Regierung über den Zufluss von 2015 richtig waren, dann hätte Deutschland allein 2015 750 000 Menschen ausweisen müssen. Niemand im bürokratischen Apparat der deutschen Regierung war je darauf vorbereitet, eine solche Aktion durchzuführen, und wird es auch in Zukunft nicht sein. Jeder in Schweden und ganz Europa wusste, dass man es nicht einmal versuchen würde. Aber die europäischen Politiker durften nicht zugeben, was jeder Migrant, der das Mittelmeer überquert hatte, wusste und was

allen Europäern ebenso klar war: Wer es nach Europa schaffte, blieb auch.

Es kommt noch etwas hinzu: Europa ist nicht nur Weltmeister darin, Menschen das Bleiben zu erlauben, sondern auch darin, ihnen behilflich zu sein, dem Staat selbst dann ein Bleiberecht abzuringen, wenn sie sich illegal dort aufhalten. 2016 hat Großbritannien es nicht einmal geschafft, einen Mann abzuschieben, der in Indien wegen zweier Bombenanschläge seit 1993 gesucht wurde. Der Gemüsehändler Tiger Hanif aus Bolton kam 1996 illegal in Großbritannien an und schaffte es, mehr als 200 000 Pfund für Rechtshilfe vom britischen Steuerzahler zu erhalten, um die Abschiebung zu vermeiden.[196] Der Wahnsinn des Kontinents hört hier noch lange nicht auf. Als die belgischen Behörden die Täter von etlichen Terroranschlägen, die belgische Staatsbürger waren, näher untersuchten, stellten sie fest, dass mehrere von ihnen, während sie ihre Taten vorbereiteten, von staatlicher Unterstützung lebten. Salah Abdeslam, der führende überlebende Verdächtige der Pariser Attentate vom November 2015, erhielt in der Zeit vor den Attentaten tatsächlich 18 000 Euro Arbeitslosengeld. Seine letzte Unterstützung erhielt er nur Wochen vor den Attentaten. Damit wären die europäischen Gesellschaften sicherlich die ersten in der Geschichte, die Leute bezahlten, um sie anzugreifen.

Diese Fälle sind natürlich nur die eklatantesten – die Leute, die es betraf, wurden bekannt, weil sie Terroristen waren. Von den Hunderttausenden, die 2015 in Italien ankamen, beantragte etwa die Hälfte Asyl im Land. Abschiebeverordnungen wurden gegen etwa 30 000 ausgesprochen, aber nicht einmal die Hälfte wurde vollzogen. Kein Mensch weiß, wo die Hälfte, die keinen Asylantrag gestellt hat, sich zurzeit aufhält. Als die Grenzen geschlossen wurden, wuchs der Druck auf diese Migranten. An der österreichisch-italienischen Grenze hinderte man die Menschen, die ganz klar keine Italiener waren, daran, nach Österreich weiterzuziehen. Das verstieß gegen die Vorschriften, war aber schon das neue Europa. Andere versuchten, den französischen Grenzschutz zu überwinden und nach Frankreich zu gelangen. Als diese beiden Routen blockiert waren, tauchte die Möglichkeit auf, die Berge in Richtung Schweiz zu überqueren. Aber die Flaschenhälse blieben und waren immer noch das Problem Italiens allein. Auch in Griechenland stauten sich die ankommenden Migranten. Wo einst der

Strom ungehindert nach Norden geflossen war, versuchten die Regierungen in Bulgarien und in den Ländern weiter nördlich, die bis dahin gültige Politik umzukehren. Es waren Griechenland und Italien, die am ehesten die Folgen zu tragen hatten. Die Griechen konnten die Migranten weder nach Norden weiterleiten noch wieder nach Hause schicken.

Und was tat die Frau, die die größte Schuld an diesem Durcheinander trug? Was hatte sie dazu zu sagen? Im September 2015 erhielt die deutsche Kanzlerin die Ehrendoktorwürde der Universität von Bern. Nach einer kurzen Rede lud man die Anwesenden ein, Fragen zu stellen. Eine Frau, etwa im gleichen Alter wie die Kanzlerin, stellte sehr höflich der Kanzlerin folgende Frage:

> »Sie haben vorhin auf die Verantwortung von dieser ganzen Geschichte mit den Flüchtlingen angesprochen. Eine der Verantwortungen ist es ja aber auch, uns hier in Europa zu schützen. Und vor allem mit Flüchtlingen aus Syrien und aus diesen Ländern kommen ja noch mehr Leute mit einem islamischen Hintergrund zu uns. Und ich glaube, was der Herr vorhin angesprochen hat, beinhaltet ja auch eine große Angst hier in Europa vor dieser Islamisierung, die immer mehr stattfindet. Wie wollen Sie Europa in dieser Hinsicht und unsere Kultur schützen?«[197]

Merkel räusperte sich und sagte dann, wegen der vielen Kämpfer aus Europa, die sich Gruppen wie dem IS angeschlossen hätten, könnten die Europäer nicht behaupten, sie hätten nichts damit zu tun. Doch das war nicht die Frage, die ihr gestellt worden war. Die Kanzlerin fuhr dann fort mit der Erklärung, Angst sei ein schlechter Ratgeber, sowohl im persönlichen als auch sozialen Leben. Und dann Bezug nehmend auf ihre eigenen früheren Anmerkungen zur Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, sagte sie: »Wenn man vier Millionen Muslime hat, finde ich, braucht man nicht darüber zu streiten, ob jetzt die Muslime zu Deutschland gehören und der Islam nicht oder ob der Islam auch zu Deutschland gehört.«

Aber was danach kam, war wirklich etwas Außerordentliches: Die Christen hätten ja alle Chancen, ihre Religion auszuleben, sagte die

Kanzlerin und fuhr dann fort:

> »Und wenn ich was vermisse, dann ist es nicht, dass ich irgendjemandem vorwerfe, dass er sich zu seinem muslimischen Glauben bekennt, sondern dann haben wir doch auch den Mut zu sagen, dass wir Christen sind, haben wir doch den Mut zu sagen, dass wir da in einen Dialog eintreten, haben wir dann aber doch bitte schön auch die Tradition, mal wieder in einen Gottesdienst zu gehen oder ein bisschen bibelfest zu sein und vielleicht auch ein Bild in der Kirche noch erklären zu können.
>
> Und wenn Sie mal Aufsätze in Deutschland schreiben lassen, was Pfingsten bedeutet, da würde ich mal sagen, ist es mit der Kenntnis über das christliche Abendland nicht so weit her. Und sich dann anschließend zu beklagen, dass Muslime sich im Koran besser auskennen, das finde ich irgendwie komisch. Und vielleicht kann uns diese Debatte auch mal wieder dazu führen, dass wir uns mit unseren eigenen Wurzeln befassen und ein bisschen mehr Kenntnis darüber haben. Und insofern finde ich diese Debatte sehr defensiv, gegen terroristische Gefahren muss man sich wappnen …
>
> Die europäische Geschichte ist so reich an so dramatischen und gruseligen Auseinandersetzungen, dass wir sehr vorsichtig sein sollten, uns sofort zu beklagen, wenn woanders was Schlimmes passiert. Wir müssen angehen dagegen, müssen versuchen, das zu bekämpfen, aber wir haben überhaupt keinen Grund zu größerem Hochmut, muss ich sagen. Das sage ich jetzt als deutsche Bundeskanzlerin.«[198]

Für ihren Mut und ihre Weisheit wurde Angela Merkel in den deutschen Medien sehr gelobt.

KAPITEL 13
MÜDIGKEIT

Wie so oft sind es die Deutschen, die das passende Wort gefunden haben: *geschichtsmüde.* Geschichtsmüdigkeit ist etwas, was moderne Europäer fast zu jeder Zeit empfinden können. Manche fühlen sie kontinuierlich, andere überkommt sie in Wellen, oft in überraschenden Momenten.[199] Unlängst, auf einem Flug nach Budapest, traf mich eine plötzliche Welle, als ich auf dem Bildschirm vor mir die Flugstrecke verfolgte. Wir flogen über Deutschland, und die interaktive Karte verortete uns in der Mitte des Dreiecks Nürnberg, Regensburg, Bayreuth.

In diesem Falle war es einfach, die verschiedenen historischen Schichten zu identifizieren: Nürnberg erinnerte ganz offensichtlich an die Prozesse der Nachkriegszeit, aber auch an die *Meistersinger;* Regensburg an die vor einiger Zeit gehaltene, so sorgfältig gearbeitete und schicksalsschwere Rede von Papst Benedict XVI.; Bayreuth erinnerte an die Höhen und Tiefen der Kultur. Aber die Welle der Gedanken brachte zwei Themen mit größerem Gewicht als alle anderen ins Bewusstsein: Sie erinnerte mich daran, wie alt unser Kontinent ist und wie viele historische Schichten sie enthält. Und darauf folgte der Grund für die Müdigkeit: die Angst davor, dass sie alle unentrinnbar und für immer da sind, nicht nur fähig, zu jeder Zeit auszubrechen, sondern auch imstande, uns unter sich zu begraben. Man muss kein Deutscher sein, um dieses Gefühl zu haben, aber es ist zweifellos hilfreich.

Es handelt sich dabei um eine bekannte Erscheinung. Seit Jahrhunderten hat Europa Begriffe entwickelt – oft auch pseudomedizinische –, um persönliche Apathie und Müdigkeit und auch verschiedene Variationen nervlicher Erschöpfung zu beschreiben. Im 19. Jahrhundert war »Neurasthenie« eine populäre Diagnose. Doch auch beim Erschöpfungszustand des 19. Jahrhunderts handelte es sich nicht allein um angegriffene Nerven, sondern auch um existenzielle

Müdigkeit. Schon lange vor den Katastrophen des 20. Jahrhunderts war sie ein Thema im deutschen Denken und der Literatur. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts schrieben Friedrich Nietzsche, Sigmund Freud, Thomas Mann und Rainer Maria Rilke darüber. In der Zeit entstand der Konsens, dass die Geschwindigkeit der Veränderungen und die Vielfalt der Belastungen unter anderem eine Entleerung des Geistes herbeiführten, was ein besonderes Charakteristikum des modernen Lebens sei. Jene, die das Problem ansprachen oder darunter litten, fanden die Lösung in vielen verschiedenen Neuerungen des physischen Lebensstils. Das umfasste alles Mögliche, angefangen von körperlichen Übungen bis hin zur Entstehung einer florierenden Sanatoriumskultur, Veränderungen der Ernährung und den Glaubenssätzen des Müsliessens. Andere suchten nach Lösungen in der Ferne und entdeckten die Quellen ihrer Apathie in einer besonderen »Europa-Müdigkeit«. Manche unter diesen Leuten schauten auf der Suche nach Antworten auf ihre Probleme in Richtung Orient. Im Orient konnten erschöpfte Europäer ihre nervösen Seelen von der erdrückenden Last ihrer Vergangenheit und Gegenwart befreien.

In den folgenden Dekaden tauchte das Problem in immer neuen Variationen auf, es verschwand nie. In der gegenwärtigen globalen und technologisch bestimmten Arbeitswelt entstand eine neue Bezeichnung: der Begriff »Burnout«. Der Ausdruck wurde womöglich deshalb so populär, weil er schmeichelhafter klingt als »Müdigkeit«, befreit er doch den Leidenden von der Implikation der Schwäche, der in den Begriffen von »Müdigkeit« und »Ennui« mitschwingt. Burnout legt unter anderem nahe, dass sich der selbstlose Leidende zu stark verausgabt hat, und das natürlich im Interesse einer guten, höheren Sache. Auch wenn der Terminus ein neuer ist, die Symptome und Ursachen der alten Erschöpfung und des neuen Burnouts sind die gleichen. Sie beinhalten, dass die Müdigkeit durch die besondere Geschwindigkeit und Komplexität der Veränderungen in der modernen Welt und im Bereich der Arbeitsbedingungen entstanden ist, und diese wiederum sind die Folgen des modernen Kapitalismus und der Informationstechnologie. Aber Burnout ist auch als Folge der Verwirrung identifiziert worden, die durch den gegenwärtigen Säkularismus entstanden ist. In den vergangenen Jahren sind in den

deutschen Medien so viele Bücher und Artikel über Burnout erschienen, dass manche sogar über »Burnout vom Burnout« klagen.

Heutzutage wird zwar akzeptiert, dass eine Person unter Burnout leidet, dass dies jedoch ganze Gesellschaften treffen kann, wird seltener angenommen. Wenn es eine Auswirkung auf die Individuen hat, in einer atomisierten Gesellschaft für wenig Anerkennung und jedes höheren Sinnes beraubt zu schuften, warum soll die gleiche Annahme nicht auch für die Gesellschaft als Ganzes gelten? Oder um es anders zu formulieren: Wenn in einer Gesellschaft eine ausreichende Zahl von Menschen unter irgendeiner Form der Erschöpfung leidet, könnte es dann nicht sein, dass die Gesellschaft, in der diese Menschen leben, ebenfalls erschöpft ist?

Schriftsteller und Denker waren früher weniger abgeneigt, diese Möglichkeit in Erwägung zu ziehen. Eines der packendsten pessimistischen Werke des deutschen Denkens aus dem frühen 20. Jahrhundert ist Oswald Spenglers *Untergang des Abendlandes,* in dem genau so argumentiert wird. Spengler ging davon aus, dass Zivilisationen – genauso wie Menschen – geboren werden, aufblühen, verfallen und sterben und dass der Westen sich irgendwo zwischen den beiden letzten Stadien befindet. Selbst wenn die übliche Ablehnung des Spengler'schen Gedankens richtig sein sollte – denn eine der bemerkenswerten Eigenschaften der westlichen Kultur ist genau das: die dauernde Furcht davor, sich im Verfall zu befinden –, bedeutet das noch lange nicht, dass der sich selbst bemitleidende Westen an einem bestimmten Punkt nicht doch dort angekommen sein könnte. Eine Generation vorher erwog Nietzsche die gleiche Möglichkeit und sah einige der gleichen Warnsignale. »… man zehrt tatsächlich an dem ererbten Kapital von Sittlichkeit, welches unsre Vorfahren aufhäuften und welches wir nicht zu mehren, sondern nur zu verschwenden verstehen«.[200]

Diese Denker lassen annehmen, dass die Deutschen des späten 19. Jahrhunderts nicht durch einen Mangel an Müsli oder frischer Luft erschöpft waren, sondern durch den Sinnverlust, durch das Bewusstsein, dass die Zivilisation nicht mehr »akkumuliert«, sondern sein schwindendes kulturelles Kapital verzehrt. Wenn das schon im späten 19. Jahrhundert der Fall war, wie viel stärker trifft das doch heute zu, in einer Zeit, in der wir von einem viel geringeren Anteil des Erbes

zehren und noch viel weiter weg von den Quellen der kulturellen Energie leben.

Über Jahrhunderte war Europas große – wenn nicht größte – Quelle der Energie der Geist seiner Religion. Er spornte die Menschen an, Kriege zu führen, und stärkte sie, sich zu verteidigen. Er inspirierte Europa zur höchsten Stufe der Kreativität. Er regte sie an, den Petersdom in Rom, die Kathedralen von Chartres und Florenz und den Markusdom in Venedig zu errichten. Er inspirierte die Werke von Bach, Beethoven und Messiaen, den Isenheimer Altar von Grünewald und Leonardos Felsengrottenmadonna.

Doch im 19. Jahrhundert erlitt diese Quelle zwei enorme Erschütterungen, von denen sie sich nie wieder erholen sollte. Es blieb eine Lücke zurück, die nie wieder geschlossen werden konnte. Noch jetzt, zwei Jahrhunderte später, sind die Auswirkungen der Bibelkritik zu spüren, die im frühen 19. Jahrhundert durch die deutschen Universitäten fegte. Als Johann Gottfried Eichhorn in Göttingen begann, die Texte des Alten Testaments mit der gleichen Akribie wie jeden anderen historischen Text zu prüfen, hatte das eine Wirkung, die bis zum heutigen Tag nicht gebührend gewürdigt wird. Europa kannte zwar auch andere große Mythen, aber die christliche Geschichte war der Gründungsmythos des Kontinents und als solcher unantastbar.

Als 1825 der junge Edward Pusey aus Oxford losgeschickt wurde, um herauszufinden, womit diese deutschen Kritiker beschäftigt waren, entschied er sich sofort, das Werk zu importieren. Im Alter erinnerte er sich seinem Biografen gegenüber daran, welche Wirkung die deutschen Entdeckungen auf ihn hatten. »Ich erinnere mich an das Zimmer in Göttingen, in dem ich saß, als mich der wahre Zustand des religiösen Denkens in Deutschland wie ein Blitz traf. Ich sagte zu mir: ›Das wird auch uns in England einholen, und wie unvorbereitet wird es uns treffen!‹«[201] Pusey war erschüttert über Eichhorns »absolute Unsensibilität« gegenüber dem, was er als den »wahren religiösen Gehalt« der Erzählung betrachtete. Nach einer gewissen Zeit erreichte die gleiche Welle der Unsensibilität – oder auch Sensibilität – das Neue Testament, nicht zuletzt durch David Friedrich Strauß und seine Studie *Das Leben Jesu kritisch bearbeitet* aus dem Jahre 1835. Am Ende erreichten die Ideen England wie jedes andere Land auch. So wie die islamischen Geistlichen heute darum kämpfen, jede Kritik von ihrem

Glauben – in dem Wissen um die Wirkung auf das Ganze – fernzuhalten, so versuchten auch die christlichen Geistlichen, die Ergebnisse der Kritik von ihrer Herde fernzuhalten. Aber sie schafften es nicht, ebenso wenig wie die Geistlichen heute die Flut der Kritik gänzlich aufzuhalten vermögen. Die Flut überschwemmte den Kontinent – genau wie es Pusey vorhergesagt hatte.

Es ging nicht nur darum, dass die Untersuchungen der deutschen Wissenschaftler neue Wege aufgezeichnet hätten. Die Bibel vor Kritik abzuschirmen, war nicht deshalb erfolglos, weil die Fragen, die die gebildeten deutschen Kritiker ausgedacht hatten, so einmalig gewesen wären. Im Gegenteil, es ging nicht, weil dieselben Fragen vielen eingefallen waren. Jetzt wurden sie laut ausgesprochen, und ab jetzt war die Bibel frei für kritische Nachfragen und Analysen wie jeder andere Text auch. Sie wurde seziert durch historische Vergleiche, durch Fragen nach den Verfassern und nach der Fehlbarkeit, und so mussten die Gläubigen nach Strauß zusehen, wie sie sich mit den neuen Entdeckungen arrangierten. Manche taten so, als sei nichts passiert oder als sei das alles nicht relevant oder als seien alle Fragen schon beantwortet. Aber die meisten Geistlichen haben erkannt, dass eine grundsätzliche Veränderung stattgefunden hatte und dass sie sich selbst ändern mussten.

Doch es waren nicht die Textexegesen allein. Der zweite Teil des Doppelschlages gegen den christlichen Glauben erfolgte 1859, als Charles Darwins »Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl« erschien. Vielleicht noch wichtiger als der Inhalt des Buches selbst war der Prozess, den Darwin damit beschleunigt hat. Wo ehemals der göttliche Entwurf Ehrfurcht gebot, kam Darwin nun mit einem völlig neuen Vorschlag, den Richard Dawkins so zusammenfasste: »Wenn genügend Zeit zur Verfügung steht, wird das nicht zufällige Überleben von erblichen Einheiten (die gelegentlich falsche Kopien produzieren) eine solche Komplexität, Diversität, Schönheit und eine so überzeugende Illusion von Planung erzeugen, dass man es von einem willentlichen, intelligenten Entwurf kaum unterscheiden kann.«[202] Über Darwins Entdeckung wird noch heute leidenschaftlich debattiert. Doch die vielen Versuche, sie zurückzuweisen, erwiesen sich immer wieder als Fehlschläge. Nach Darwin war die These eines göttlichen Planes nicht mehr zu halten. Es ging dabei nicht um eine besondere

Entdeckung oder um das Schließen einer besonders großen Lücke im Wissen der Menschheit. Es war einfach die erste umfassende Erklärung für unsere Welt, die keinen Gott brauchte. Und obwohl der Ursprung des Lebens weiterhin ein Geheimnis blieb, erschien die Idee, dass das Geheimnis des Ganzen durch die Behauptungen der Religion gelöst werden könnte, immer unwahrscheinlicher. Es war immer noch möglich, Weisheit und Bedeutung in der Heiligen Schrift zu finden, aber die Bibel war jetzt nicht mehr als die Werke von Ovid und Homer: ein Werk, das viele Wahrheiten enthielt, aber selbst nicht wahr war.

Obwohl irgendeine Version dieser Geschichte jedem in Europa bekannt ist, haben wir immer noch nicht gelernt, damit zu leben. Die Tatsachen, wie Glaube und Gläubigkeit auf dem Kontinent verloren gingen, sind häufig kommentiert und als Selbstverständlichkeit hingenommen worden. Aber über die Auswirkungen denkt man seltener nach. Selten, wenn überhaupt, hat man begriffen, was der hier beschriebene Prozess vor allem bedeutet: Europa hat seine Gründungsgeschichte verloren. Der Verlust der Religion riss nicht nur eine Lücke in die ethisch-moralische Grundlegung des Kontinents, er bewirkte sogar einen Riss in seiner Geografie. Ganz anders als die Vereinigten Staaten ist Europa eine Ansammlung von Städten und Dörfern. Kaum hat man ein Dorf verlassen, ist man schon im nächsten angekommen. Und in jeder kleinen Siedlung ist das Erste, was man sieht, der hohe Kirchturm in der Mitte der Gemeinde. Heute ist das ehemalige Herz der Gemeinden, wenn nicht ganz tot, so in Wohngebäuden umgewandelt, und die Menschen, die immer noch zur Messe gehen, fühlen, dass sie Teil einer sterbenden Bewegung sind.

Wo der Glaube noch existiert, ist er entweder vollkommen uninformiert – wie in den evangelikalen Gemeinschaften –, oder er ist verwundet und schwach. Nur an wenigen Orten hat er die Zuversicht behalten, die er früher mal hatte, und die Trends sprechen nicht für diese Enklaven. Die Flut kannte nur eine Richtung, kein einigermaßen bedeutender Strom fließt in die entgegengesetzte Richtung. Selbst Irland, das in den vergangenen Jahrzehnten einer noch am strengsten gläubigen und doktrinären Politik in Europa folgte, ist – teilweise infolge eines großen Skandals innerhalb der Priesterschaft – innerhalb eines Jahrzehnts zu einem Land geworden, in dem die Gegnerschaft zum Glauben ein mehrheitlich befolgter nationaler Trend geworden ist.

DIE TRÄUME, DIE WIR TRÄUMEN

Auch wenn wir unsere Gründungsgeschichte verloren haben, sind wir immer noch hier und leben mit den Trümmern unseres Glaubens. Nur wenige der vielen Menschen, die durch Paris ziehen, kehren in Notre-Dame zum Beten ein, doch die Kathedrale ist immer noch da. Westminster Abbey und der Kölner Dom beherrschen immer noch die Plätze, auf denen sie stehen, und obwohl sie aufgehört haben, Wallfahrtsorte zu sein, bedeuten sie immer noch etwas, obwohl wir nicht genau wissen, was. Wir können als Touristen oder Wissenschaftler, als Amateure oder Forscher die Geschichte dieser Denkmäler studieren. Aber ihre wahre Bedeutung ist unauffindbar, sie ist verloren gegangen. Natürlich sind die großartigen Trümmer, zwischen denen wir leben, nicht nur physisch, sondern auch moralisch und in der Vorstellungskraft präsent. Der englische Atheist und Theologe Don Cupitt schrieb 2008: »Niemand im Westen kann vollständig nicht-christlich sein. Man kann sich als nicht-christlich bezeichnen, aber die Träume, die wir träumen, sind immer noch christliche Träume.«[203]

Nirgendwo sonst wird die Angst über die Konsequenzen klarer empfunden, als wenn es um die Fundamente dessen geht, was wir – anstelle des Glaubens – die »europäischen Werte« nennen. Es kann schon sein, dass »die moderne, säkulare westliche Welt selbst eine christliche Schöpfung ist«, wie Cupitt schreibt.[204] Nachdem diese und ähnliche Ideen zunächst mit Schadenfreude zurückgewiesen wurden, kamen in den letzten Jahren etliche Philosophen und Historiker auf sie zurück und akzeptierten sie. Wenn das stimmen sollte, so ist das zutiefst beunruhigend. Der Nachkriegskult um die Menschenrechte, der sich anmaßt, ein Glaube zu sein, und von seinen Verehrern auch dafür gehalten wird, ist vermutlich ein Versuch, eine säkulare Version des christlichen Gewissens einzuführen. Der Versuch mag teilweise Erfolg haben. Aber diese Religion muss wegen ihrer zweifelhaften Verankerung notgedrungen Unbehagen hervorrufen. Ihre Sprache ist nur Werbung. In dem Maße, wie die Sprache der Menschenrechte

immer grandioser und die erhobenen Ansprüche immer eindringlicher werden, umso offenkundiger wird die Unfähigkeit, die Ansprüche zu verwirklichen, und umso sichtbarer wird das Versagen des neuen Glaubens.

Das offenkundige Scheitern und das Gefühl der fehlenden Fundamente beunruhigen sowohl die Individuen als auch die Gesellschaft, und sie sind auch der Grund für deren emotionale Erschöpfung. Wo einst eine umfassende Erklärung war – auch wenn sie viele Schwierigkeiten mit sich brachte –, gibt es heute nur noch umfassende Unsicherheit und Infragestellungen. Wir können unser Wissen nicht verlernen. Selbst wenn jemand bedauert, sich mit dem Glauben, der ihn einst antrieb, nicht mehr verbinden zu können, kann er nicht wieder glauben, um den Antrieb wiederzuerlangen. Europa hat von Philosophen wie John Locke gelernt, dass es nicht möglich ist, den Glauben zu erzwingen.[205] Nichtsdestotrotz machen unsere Gesellschaften immer so weiter, indem sie es im Großen und Ganzen vermeiden, diese und andere drängende Fragen anzusprechen, oder so tun, als wären sie nicht wichtig.

In Deutschland gab es nichts, was Gott hätte ersetzen können – und dort noch weniger als in anderen Gesellschaften. Da es in Deutschland teilweise die Aufgabe der Religion war, die anzustrebende Wahrheit und das Wissen zu erforschen, konnte sie in irgendeiner Form durch Philosophie und Kultur der Nation ersetzt werden. Doch auch damit war man gescheitert, sogar noch spektakulärer als mit der Religion. Von Ludwig Feuerbach und anderen nahm Richard Wagner die Idee auf, dort weiterzumachen, wo die Religion aufgehört hatte. Er glaubte daran, dass Kunst sogar mehr sein könne als eine Ersatzreligion – sie könne die bessere Religion werden. Nicht zuletzt, weil Kunst ohne die »Belastungen« der Religion existierte. Wagner schrieb dazu: »Während dem Priester alles daran liegt, die religiösen Allegorien für thatsächliche Wahrheiten angesehen zu wissen, kommt es dagegen dem Künstler hierauf ganz und gar nicht an, da er offen und frei sein Werk als seine Erfindung ausgiebt.«[206] Damit gab Wagner vor, Arthur Schopenhauers großes Rätsel über die Tragödie des Priesters, der nicht zugeben darf, dass alles, was er predigt, Metaphern sind, gelöst zu haben.

Für Wagner war die Aufgabe der Kunst, den Geist der Religion zu bewahren. Was er in seinen Essays und seiner Musik zum Ausdruck

bringen wollte, war, dass eine Stimme aus einer anderen Welt, aus dem Unterbewusstsein zu uns spricht, Fragen stellt und nach Antworten sucht. Von *Tannhäuser* bis *Parsifal* war es sein Streben und seine Errungenschaft, eine Religion zu schaffen, die für sich bestehen und sich erhalten kann. Womöglich war er viel eher als jeder andere Komponist erfolgreich damit. Doch das reichte nicht, und auch er scheiterte am Ende. Denn es gelang nicht, einen vollkommenen Zustand der Religiosität zu erzeugen, und jene, die in ihrem Leben der Wagner'schen Religion folgen, sind sehr unglückliche Menschen. Das Scheitern ist offenkundig, denn eines Tages könnte die Welt von Wagner selbst lernen – ob berechtigt oder unberechtigt –, dass Kultur allein weder glücklich noch gut macht.

Bliebe noch die Philosophie. Doch die deutsche Philosophie war fast schon die Ursache des Problems. Die Quelle der Neurasthenie des späten 19. Jahrhunderts war teilweise der Überdruss an der Philosophie. Nicht nur, weil plötzlich klar wurde, über wie vieles nachzudenken wäre, sondern auch, weil das deutsche Denken von einer solchen Schwere war, dass es leicht in Überdruss und sogar Fatalismus münden konnte. Dafür freilich gibt es viele Gründe. Dazu gehört das besondere deutsche Streben, Ideen unaufhörlich und unermüdlich bis zu ihrem Ende zu verfolgen – ungeachtet dessen, wohin das führen mag.

Für diese Bestrebung gibt es einen Ausdruck im Deutschen: der Drang nach dem Absoluten. Es ist kein Begriff, den die englische Philosophie je benutzt hätte. Aber er beschreibt zutreffend die Angewohnheit, Ideen immer weiter voranzutreiben, bis sie den scheinbar unvermeidlichen und vorbestimmten Endpunkt erreichen. Ist dieser Endpunkt einmal bekannt, was kann man dann noch tun, um ihn zu vermeiden? Es gibt eine Auslegung von Hegel, die Menschen zu diesem Verhalten veranlassen kann. Es ist die Idee, dass Geschichte eine Kraft ist, der wir uns einfach unterwerfen müssen. Diese Vision von Philosophie – und Politik – könnte man zutreffender beschreiben: nicht als den Drang nach dem Absoluten, sondern als den Sog hin zum Absoluten. Spätestens ab dem 19. Jahrhundert besteht in der deutschen Philosophie die Neigung, bestimmte Ideen und Theorien als enthüllte Wahrheiten zu präsentieren, die eine derartige Anziehungskraft ausüben, dass man ihnen nicht widerstehen kann, egal, wie schwer es sein sollte, mit diesen Wahrheiten zu leben. Die Angewohnheit, Ideen

verbissen bis zum Äußersten zu verfolgen, hat die deutsche Philosophie den meisten anderen gegenüber überlegen gemacht. Das war der Grund, warum sie über ganz Europa, aber auch Russland hinweggefegt ist und auch die amerikanischen Universitäten erobert hat. Tatsächlich gelangte die deutsche Philosophie eine Zeit lang fast zur Weltherrschaft. Und so trug sie zu ihrem Zusammenbruch bei.

Die Wahrheit war also bekannt, die Menschen mussten nur einen Weg finden, mit ihr zu leben. Es wird oft behauptet, der Tiefpunkt sei erreicht worden, als Martin Heidegger 1933 in seiner Ansprache als Rektor der Universität Freiburg seinen Zuhörern mitteilte, dass die wichtigen Zukunftsentscheidungen für ihr Land an ihrer Stelle bereits getroffen worden seien. Seiner Ansicht nach waren Entscheidungen eine Sache der Vergangenheit, denn alle wichtigen Fragen waren bereits entschieden. Übrig blieb nur die Unterwerfung.

Es ist eines der großen Probleme des Absoluten und des Strebens danach, was geschieht, wenn sie zusammenbrechen. Der falsche Liberalismus erlaubt es jedem, alles und jedes zu beschuldigen. Nicht so, wenn etwas Absolutes zusammenbricht, dann reißt der Zusammenbruch alles mit sich, nicht nur Menschen und Länder, sondern alle vorherrschenden Ideen und Theorien. Es ist nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich, dass die immer wieder zusammenbrechenden Theorien eine gewisse Müdigkeit in den hinterlassenen Trümmerlandschaften erzeugen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert, von Bismarck bis zum Zweiten Weltkrieg, machte Deutschland mehrere Zusammenbrüche durch, und jeder ließ den nächsten noch wahrscheinlicher erscheinen. Der britische Schriftsteller Stephen Spender lebte in den 30er-Jahren zeitweise in Berlin und reflektierte darüber in seinen Tagebüchern von 1939. Bevor die letzte große Katastrophe begann, dachte er über die ihm bekannten Deutschen nach: »Das Problem mit all den netten Menschen, die ich in Deutschland kannte, war, dass sie entweder müde oder schwach waren.«[207] Warum waren die »netten Leute« so müde? Essenzielle Müdigkeit ist nicht nur deshalb ein Problem, weil sie zu einem teilnahmslosen Leben führt. Sie ist ein Problem, weil sie zulässt, dass in ihrer Folge alles möglich wird.

Manche werden sicherlich anzweifeln, dass Philosophie – eine Disziplin, die nur von sehr wenigen ausgeübt wird – eine so

weitreichende Wirkung haben könne. Aber das Scheitern von Ideen und Systemen, die von ihnen erschaffen wurden, verfehlen ihre Wirkung nicht. Religiöse und säkulare Ideen fangen immer mit wenigen an, sickern aber durch viele Kanäle und finden schließlich den Weg zu einer ganzen Nation. Den meisten wird diese Haltung in Lebensfragen vertraut sein: Man weiß selbst keine Antwort, kennt aber jemanden, der sie weiß. Wenn es sich aber herausstellt, dass sich die Leute, die Antworten haben, wie Künstler, Philosophen oder Geistliche, geirrt haben, dann ist die Wirkung bestimmt nicht ermutigend. Manche Systeme erodieren allmählich, wie der Monotheismus in den meisten Ländern Westeuropas, andere können schnell als Abwege entlarvt werden, wie die Eugenik oder die Rassentheorie. Philosophische und politische Ideen können von wenigen erträumt werden, aber wenn ihre Fundamente schwinden, wird die Verwüstung umso größer sein, je populärer sie waren. So geschah es mit den populärsten Philosophien unter allen – mit Philosophien, die zu totalitären politischen Visionen wurden.

Ein Großteil des politischen Elends im 20. Jahrhundert hatte seinen Ursprung in der zeitgenössischen säkularen Bestrebung hin zum politisch Absoluten. Zu den Wesenszügen des Marxismus, die ihn tatsächlich fast zu einer Religion machten, gehörten nicht allein die ständige Berufung auf heilige Texte und die Aneinanderreihung von Propheten, sondern auch die gewohnheitsmäßigen Schismen und die innerreligiöse Kriegsführung. Der Kampf um den Titel des wahren Fackelträgers und des treuesten Interpreten des Glaubens machte einerseits die Zauberkraft des Marxismus aus, war aber auch seine letztendliche Schwäche. Die Träume von und über Marx, vom Kommunismus und Sozialismus, waren die aufrichtigsten Versuche der Zeit, eine Theorie von allem zu erschaffen und sie in die Praxis umzusetzen. Die endlose Zahl von Schriften, Pamphleten und Evangelismen, die dazu in allen europäischen Ländern produziert wurden, war ein weiterer Versuch, einen bedeutungsvollen Traum zu träumen, der die Probleme von jedermann ansprechen und lösen sollte. T. S. Eliot beschrieb das als eine Bemühung, »ein System zu erträumen, das so perfekt ist, dass keiner mehr gut sein muss«.[208]

Wie immer kam die Auflösung des Glaubens auch in diesem Fall stufenweise. Auf die Häresie des Leo Trotzki folgten die Hungersnöte in

der Ukraine und darauf die Erkenntnis vieler Kommunisten in den 30er-Jahren, dass die angeblichen Modellgesellschaften keine Modelle, sondern nur einfache Gesellschaften waren. Die Anstrengungen, die Dissidenten und andere Kritiker, die angeblich die Kräfte der Wahrheit vom Sieg abhielten, durch Säuberungen loszuwerden, waren eine Zeit lang erfolgreich. Nicht nur bestärkten sie die Gläubigen, sie überzeugten sie auch, dass es immer noch ein reines Herz gebe, zu dem man zurückkehren könne. Nach den Schauprozessen in den späten 30er-Jahren gelang es nicht mehr vorzutäuschen, dass außer dem Willen zur Macht noch etwas anderes übrig sei, und die vernünftigen Kommunisten beschlossen zu gehen.

Viele der noch Verbliebenen gingen nach der Niederschlagung der Revolution in Ungarn 1956 und des Prager Frühlings 1968. Diese Ereignisse bewiesen jedem, der es sehen und hören wollte, dass selbst das Schlimmste, was sie je gehört hatten, und noch viel mehr wahr war. Alles, was aus Russland und dem Ostblock bekannt wurde – Geschichten, die so beharrlich kamen und so ähnlich waren, dass sie nur von den kämpferischsten Gläubigen zurückgewiesen werden konnten –, zeigte: Wenn der Kommunismus ein Albtraum für die Welt war, dann war er eine Katastrophe für die Menschen, die er beherrscht hatte. 1970 schrieb Jean-François Revel in seinem bedeutenden Werk *Ni Marx, Ni Jesus* (dt.: *Uns hilft kein Jesus und kein Marx)* zu Recht: »Es gibt heute niemanden mehr, nicht einmal innerhalb der kommunistischen Parteien im Westen, der behaupten würde, die Sowjetunion könnte noch als Modell für Revolutionen in anderen Ländern dienen.«[209] Während die wahren Gläubigen bis dahin schrittweise verschwanden, gingen 1989, als die Berliner Mauer fiel, fast alle von Bord. Die Welt bewies ihnen nun das, wovor ihre eigenen Mahner sie über Jahre hinweg gewarnt hatten. Es war kaum zu glauben, was die treuen Gläubigen in ihrem Bestreben, das perfekte System zu errichten, alles getan hatten. Aber die Abermillionen von Toten, die vergeudeten Leben – der Lebenden und der Toten –, die der Kommunismus als eine Folge seiner Haupterrungenschaften hinterließ, musste jeden zurechnungsfähigen Gläubigen zum Nachdenken veranlassen. Es gab immer noch einige wahre Gläubige, wie zum Beispiel den britischen Historiker Eric Hobsbawm, aber in der Regel reagierte die Welt auf sie mit der Ablehnung, die eine Person verdient,

die auf einem Berg von Leichen steht und verspricht, mit ein paar Toten mehr könnte die Sache noch in Ordnung gebracht werden.

Im Laufe seines Zusammenbruchs enthüllte der Kommunismus nicht nur seine eigenen Schrecken, er zeigte auch die Torheit vieler Generationen von Leuten, von denen man meinte, sie gehörten zu den Klügsten und Bestinformierten auf dem Kontinent. Von den Zeitgenossen Marxens beginnend bis 1989 haben sich die gescheitesten Köpfe ihrer Zeit durch den Kommunismus anstecken lassen. George Bernard Shaw gehörte ebenso dazu wie Jean-Paul Sartre, und von allen säkularen Propheten stellte es sich heraus, dass sie Apologeten des schrecklichsten Systems ihrer Epoche waren.

Wenn es eine halbwegs annehmbare Erklärung dafür gibt, warum so viele dem Kommunismus die Treue hielten und warum das ganze Experiment so lange überlebt hat, dann die, dass es sich um eine politische Kraft handelte, der nichts entgegenzusetzen war. Auch der faschistische Traum begann – wie sein kommunistischer Bruder – als ein aufrichtiger Versuch, die ernsten Probleme der Zeit zu beantworten, insbesondere die Arbeitslosigkeit und die Not infolge der Verwüstungen, die der Erste Weltkrieg hinterlassen hatte. Er hatte nie die intellektuelle Klasse wie der Kommunismus, aber er schaffte es, einige Romantiker und Sadisten in ähnlicher Art zu entzünden. Und obwohl der Faschismus noch vor seinem kommunistischen Gegenstück – im Wesentlichen mithilfe ebenjenes Gegenstückes – zusammengebrochen war, hinterließ er eine ebenso große Zerstörung.

Italien hat die Katastrophe überlebt, teilweise deshalb, weil der italienische Faschismus ein etwas andersartiges Ungeheuer als das deutsche war und teilweise weil die treuen Gläubigen nie so überzeugt und so zahlreich waren wie bei den Verbündeten im Norden. Es war auch eher möglich, den italienischen Faschismus herunterzuspielen als eine Antwort auf das allgegenwärtige Chaos im Lande, ein Chaos, dessen Fortleben von den Planern des italienischen Nachkriegsstaates sichergestellt wurde. Auch die Italiener mussten tief in die Quellen der italienischen und römischen Geschichte eintauchen, um ihren eigenen Staat und ihre Rolle darin zu rechtfertigen. Aber diese Quellen waren von Anfang an nicht so stark vergiftet, wie es in Deutschland der Fall zu sein schien. Die berühmte und so oft gestellte Frage in Deutschland lautete, wie diese am höchsten entwickelte künstlerische Kultur in die

Barbarei abgleiten konnte, und dies war eine Frage mit einem giftigen Stachel. Denn seither besteht die Möglichkeit, dass gerade Kunst und Kultiviertheit die darauffolgende Barbarei erst ermöglicht haben: Die deutsche Kultur und Philosophie wurden nicht durch den Nationalsozialismus kontaminiert, sondern waren vielmehr der Nährboden für ihn. Eine Quelle, die immer schon vergiftet war.

Es blieben zahllose Stachel übrig, viele von ihnen wurden erst mit der Zeit entdeckt. Jetzt, nach vielen Jahrzehnten, kann man den Kampf zweier totalitärer Visionen im 20. Jahrhundert um die Gunst einer gottlosen Welt besser verstehen. Und deshalb ist es heute auch einfacher, die Angst nicht nur vor diesen Ideologien, sondern von jedweder Ideologie zu verstehen. Wenn zwei gegensätzliche Ideologien (als die sie seinerzeit galten) zu dem Desaster führen konnten, dann kann doch vermutlich jede Ideologie dazu führen. Vielleicht sind alle Ideologien und Gewissheiten das Problem?

Es ist gut möglich, dass die intellektuelle und politische Kontamination des europäischen 20. Jahrhunderts nie vergehen wird. Vielleicht sind das keine Sünden, die weggespült werden können. Aber all das, was kontaminiert wurde, muss immer noch ermessen werden. Manches ist offenkundig. Selbstverständlich gehören dazu Rassentheorien, die einige europäische Schriftsteller und Genetiker bis in die 40er-Jahre so fasziniert haben. Nach Bergen-Belsen verloren sie ihre Anziehungskraft. Andere Ideen sind mit untergegangen, die die Europäer in den seither vergangenen Jahren gut hätten brauchen können. So zum Beispiel die Idee des Nationalstaates und des Nationalgefühls zusammen mit der Ideologie des Nationalismus. Als eine Form des Hyper-Nationalismus riss der Nationalsozialismus all das mit in den Abgrund. Und irgendwo dazwischen ist auch der Patriotismus mitgerissen worden. Schon die Katastrophe des Ersten Weltkrieges ließ den Patriotismus als sinnlos und unverzeihlich erscheinen. Der Zweite Weltkrieg bewies, dass Patriotismus nur eine Quelle des Bösen selbst sein konnte.

Was alles haben diese Konflikte und der Zusammenprall der Ideologien zerstört? Wenn auch nicht die letzten Überreste der Religion, so doch die Vorstellung von einem barmherzigen Gott. Wenn die Zerstörung nicht schon im Schlamm von Flandern stattgefunden hat, so wurde sie in der von Eli Wiesel in seiner im Auschwitz-Bericht

beschriebenen Gerichtsverhandlung über Gott vollendet. Trotzdem konnten die Juden ihre Traditionen fortführen und weiter an ihr Volk glauben, auch wenn sie ihren Glauben an Gott verloren hatten. Das christliche Europa jedoch hat nicht nur den Glauben an Gott, sondern auch an sein Volk verloren. Jedwedes Vertrauen, das der Mensch zum Menschen je empfunden hat, war in Europa zerstört. So wie ab der europäischen Aufklärung der Glaube an Gott und das Vertrauen zu ihm schwanden, so wurde dies teilweise durch den Glauben an den Menschen und das Vertrauen zu ihm ersetzt. Der Glaube an den autonomen Menschen wurde nach der Aufklärung, die das Potenzial der menschlichen Weisheit betonte, immer stärker. Doch nun waren jene, die sich durch die Vernunft haben leiten lassen, ebenso lächerlich wie alle anderen auch. Vernunft und Rationalität veranlassten Menschen, die unvernünftigsten und irrationalsten Dinge zu tun. Sie gehörten nur zu einem weiteren System, das Menschen nutzten, um andere zu kontrollieren. Der Mensch selbst zerstörte den Glauben an dem autonomen Menschen.

So konnte man den Europäern durchaus verzeihen, wenn sie gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine gewisse Mattigkeit ererbt und verspürt haben. Sie hatten alles ausprobiert: die Religion und ihre Ablehnung, den Glauben und seine Ablehnung, den Rationalismus und den Glauben an die Vernunft. Sie hatten so gut wie jedes politische und philosophische Projekt begründet. Europa probierte und erlitt sie alle, und was vielleicht am verheerendsten war, sie wurden auch zu Ende geführt. Diese Ideen hinterließen Hunderte Millionen Tote, nicht nur in Europa, sondern überall in der Welt, wo auch immer eine Version dieser Ideen ausprobiert wurde. Was konnte man mit diesem Leiden, mit diesem Wissen anfangen? Ginge es um eine Person, die diese Fehler begangen hat, sie könnte entweder leugnen, sie begangen zu haben, oder vor Scham sterben. Aber was kann eine Gesellschaft tun?

Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts schien es so, als könnte die europäische »Ennui« eine gewisse Entlastung finden in dem, was als »muskulöser Liberalismus« bezeichnet wurde: eine konzentrierte, manchmal sogar gewalttätige Verteidigung liberaler Werte überall auf der ganzen Welt. Großbritannien engagierte sich da in besonderem Maße, ebenso etliche andere europäische Länder, so auch gelegentlich Frankreich. Aber die Interventionen im Irak, in Afghanistan und

Libyen im Namen der Menschenrechte hinterließen nur gescheiterte Staaten. Bevor diese Folgen erkennbar wurden, sagte mir ein Minister der deutschen Regierung, dass eines Tages auch sein Land der Tatsache würde ins Gesicht schauen müssen, dass es Werte gebe, für die man nicht nur kämpfen und sterben, sondern auch töten müsse. Eine bemerkenswerte Erkenntnis in einem so antimilitaristisch eingestellten Land. Ob ich ihn zitieren dürfe? Anonym und inoffiziell? »Sicherlich nicht«, bekam ich zur Antwort, und ich dachte darüber nach, wie wirksam eine Politik sein kann, wenn man zwar erklärt, man sei im Prinzip bereit zu kämpfen, zu sterben und zu töten, dies jedoch nur inoffiziell tut. Der Moment des muskulären Liberalismus kam und ging, und als Syrien ohne westliche Intervention anfing auseinanderzufallen, verstanden wir, dass wir die globale Lage nicht kontrollieren konnten. Und wenn man gleichermaßen beschuldigt werden konnte, ob man nun etwas tat oder nicht, war es besser, nichts zu tun. Alles, was die Europäer anfassten, zerfiel zu Staub.

IKARUS IST ABGESTÜRZT

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fand die französische Philosophin Chantal Delsol eine gespenstische Analogie für die Lage, in der wir moderne Europäer uns befanden. In ihrem Buch *Icarus Fallen* (Le Souci Contemporain) vergleicht sie den Zustand der Menschen in Europa mit dem von Ikarus, wenn er den Sturz überlebt hätte. Wir Europäer hätten versucht, die Sonne zu erreichen, kamen ihr zu nahe und stürzten zurück auf die Erde. Wir sind gescheitert und sind noch benommen, aber irgendwie haben wir überlebt, denn wir sind immer noch hier. Um uns herum liegen nur Trümmer – metaphorisch und real – von all unseren Träumen, Religionen, politischen Ideologien und anderen Bestrebungen, die sich alle im Laufe der Zeit als falsch erwiesen haben. Und obwohl uns keine Illusionen und Ambitionen übrig geblieben sind, existieren wir immer noch. Was also tun?

Es gibt mehrere Möglichkeiten. Die offenkundigste wäre, dass die Abgestürzten ihr Leben nunmehr allein den Vergnügungen widmen. Wie Delsol anmerkt, ist das keine Seltenheit unter Leuten, die ihre Götter verloren haben. »Der größte Zusammenbruch der Ideale führt in seiner Folge zu einer Art Zynismus: Wenn alle Hoffnung verloren ist, dann lass uns wenigstens Spaß haben.« Sie weist darauf hin, dass die sowjetischen Führer, nachdem sie den Glauben an ihrer eigenen Utopie verloren hatten, unter anderem genau das taten. Als sie sahen, dass das System, an das sie bedingungslos geglaubt und dem sie ihr Leben verschrieben hatten, nicht nur funktionsunfähig, sondern eine Lüge war, begann die Kaste der Elite des Sowjetimperiums – trotz des unfassbaren Elends im Lande –, sich nur noch ihren persönlichen Annehmlichkeiten und Vergnügungen zu widmen. Doch wie Delsol aufzeigt, ist unsere Lage noch problematischer als die der Sowjetführung, nachdem ihr Gott gestürzt war. »Für uns geht es nicht mehr nur um die Unmöglichkeit, unseren Gewissheiten zu folgen, die wir schon aufgegeben haben. Wir sind nicht absolute Zyniker, aber zutiefst argwöhnisch gegenüber allen Wahrheiten.«[210] Die Tatsache, dass all unsere Utopien gescheitert sind, hat nicht nur unseren Glauben

an sie zerstört. Sie hat unseren Glauben an jede Ideologie, ja an alle Ideologien zerstört.

Es scheint so, dass sich diese Weltsicht in den heutigen westeuropäischen Gesellschaften erfolgreich durchsetzt. Nicht nur die Unterhaltungs-, sondern auch die Internetindustrie sprechen zu den Bevölkerungen, als wären sie nur auf die flachsten persönlichen Vergnügungen aus. In einer berühmt gewordenen britischen Atheismus-Kampagne hieß es auf einem Bus: »Es gibt wahrscheinlich keinen Gott. Hör jetzt auf, dir Sorgen zu machen, genieß das Leben!« Auf die Frage, wie wir denn dieses Leben genießen sollen, wird gesagt: »Wie auch immer es passt.« Keiner weiß, was diese Lücke einmal ausfüllen wird, aber zurzeit scheint die Antwort zu sein, die Konsumkultur zu genießen, häufig wenig haltbare Dinge zu kaufen, um dann neuere Versionen desselben zu erwerben und die alten zu ersetzen. Wir können auch Urlaub machen und überhaupt versuchen, eine möglichst gute Zeit zu haben.

Welche die Vorteile auch sein mögen, dieser Lebensstil beruht auf einigen Voraussetzungen. Die eine ist: Es muss möglichst viele Menschen in einer Gesellschaft geben, die das erfüllt und die keinen anderen Sinn suchen. Das andere ist, dass es endlos so weitergehen können muss, denn diese Lebensweise funktioniert nur so lange, wie der wirtschaftliche Aufschwung anhält. Wenn eine der Bedingungen dafür, dass kein politischer Extremismus aufkommt, die anhaltend gute Entwicklung der Wirtschaft ist, dann müssen die Europäer sehr hart daran arbeiten, dass nichts schiefgeht. Das ist eine der Erklärungen dafür, warum das Argument, die Massenmigration sei ein wirtschaftlicher Gewinn, so populär ist. Wenn die Migranten helfen, unseren bisherigen Lebensstil zu bewahren, indem sie für die kontinuierliche Versorgung mit jungen und billigen Arbeitskräften sorgen, dann sind wir offensichtlich bereit, viele negative Auswirkungen zu akzeptieren. Wenn es dagegen der Wirtschaft nicht mehr gut geht und der europäische Lebensstandard sinkt, dann werden wir alle möglichen Untiefen, die sich auftun oder wieder auftun können, erdulden müssen. Nichtsdestotrotz, über diese Untiefen der Angst hinwegzusegeln und uns zu amüsieren, ist eine der möglichen Antworten – wenn auch nicht unbedingt die interessanteste, mit der unsere Spezies aufwarten kann.

Es ist womöglich eine schreckliche Verallgemeinerung, aber unter dieser Oberfläche der Existenz ist alles im europäischen Denken und der Philosophie eine Katastrophe. Das ist so sehr der Fall, dass, selbst wenn man sieht, wo die Denker des 19. und 20. Jahrhunderts falschgelegen haben, man mit so etwas wie Neid auf sie zurückblickt. Wie sicher waren sie ihrer Sache! Und wie noch sicherer waren ihre Vorgänger! Der riesige Abgrund zwischen ihnen und uns ist erschreckend. Denken wir an die Beschreibung von John Donnes Leben von Izaak Walton aus dem Jahr 1640. Am Ende dieses kurzen Werkes spricht der Autor über die letzten Tage seines Freundes und beschreibt seinen Körper: »Er war der Tempel des Heiligen Geistes, und nun verwandelte er sich in ein wenig christlichen Staub.« Und dann die letzte Zeile: »Aber ich werde seine Auferstehung erleben.«

Manchmal benehmen wir uns, als hätten wir immer noch die Sicherheiten unserer Ahnen. Doch wir haben keine einzige Sicherheit und nicht mal den Trost, den sie hatten. Selbst die freudlosesten deutschen Philosophen des 19. Jahrhunderts erscheinen vor Sicherheiten und Tröstungen zu strotzen, gemessen an ihren heutigen Nachfahren. Die heutige deutsche Philosophie leidet ebenso wie die Philosophie auf dem ganzen Kontinent unter den verheerenden Auswirkungen nicht nur des Zweifels – was durchaus berechtigt ist –, sondern auch unter den Jahrzehnten der Dekonstruktion. Die Philosophie hat sich selbst und alles andere auseinandergerissen, ohne zu wissen, wie man all das oder wenigstens sich selbst wieder zusammenfügt. Die Philosophen des Kontinents sind nicht vom Geist der Wahrheit und von der Suche nach Antworten auf die großen Fragen beseelt, sondern besessen davon, Fragen zu vermeiden. Die konzentrierte Anstrengung, nicht nur Ideen, sondern sogar die Sprache zu dekonstruieren, stellt sicher, dass die Philosophen nicht über die Erörterung der philosophischen Instrumente hinauskommen. Oft scheint tatsächlich die Vermeidung der großen Themen das einzige Interesse der Philosophie zu sein. An ihre Stelle ist eine Besessenheit mit den Schwierigkeiten der Sprache und mit allen feststehenden Dingen getreten. Der Wunsch, alles infrage zu stellen, um ja nicht irgendwo anzukommen, scheint das eigentliche Ziel zu sein, vielleicht werden Wörter und Ideen abgeschwächt, aus Angst davor, wohin sie führen könnten.

Vor einigen Jahren während einer Konferenz an der Universität Heidelberg wurde mir die ganze Katastrophe des modernen deutschen Denkens bewusst. Eine Gruppe Akademiker kam zusammen, um die Geschichte der europäischen Beziehungen zum Nahen Osten und Nordafrika zu diskutieren. Es wurde sehr bald klar, dass man hier nichts würde lernen können, weil nichts gesagt werden durfte. Eine Reihe von Philosophen und Historikern verbrachte ihre Zeit mit dem fleißigen Versuch, so erfolgreich wie möglich nichts zu sagen. Je weniger gesagt wurde, umso größer war die Erleichterung und der Beifall. Kein Versuch, eine Idee, einen geschichtlichen Vorgang oder schlicht eine Tatsache anzusprechen, ohne sie zuerst durch die Inspektion der modernen Wissenschaft zu jagen. Es konnte nichts verallgemeinert, nichts Spezifisches herauskristallisiert werden. Nicht nur Geschichte und Politik standen unter Verdacht. Philosophie, Ideen und Sprache wurden hinter Absperrungen gestellt, wie ein Tatort von der Polizei. Für jeden Außenstehenden waren die Klippen dieser Szene klar erkennbar. Die Aufgabe der Wissenschaftler war, die Absperrungen zu bewachen und für einige Ablenkungen zu sorgen, um die Wanderer um jeden Preis davon abzuhalten, sich zurück in den Bereich der Ideen zu verirren.

Alle relevanten Wörter wurden sofort markiert und angefochten. Das Wort »Nation« war offenkundig ein Problem. »Geschichte« war ein anderes Wort, das nach sofortiger Unterbrechung verlangte. Wenn jemand so unvorsichtig war, das Wort »Kultur« zu benutzen, verursachte er einen Stillstand. Das Wort hatte zu viele verschiedene Konnotationen, und zu groß war die Uneinigkeit, um es benutzen zu können. Es war nicht zulässig, dass es irgendetwas bedeutete. Das Ziel dieses Spiels war – denn es handelte sich um ein Spiel –, den Schein akademischer Forschung zu erwecken, während man eine fruchtbare Diskussion unterband. An vielen Universitäten und Lehrstühlen in ganz Europa wird dieses Spiel immer noch fortgeführt – zur Zufriedenheit oder Erleichterung der Teilnehmer und zur Frustration und Gleichgültigkeit von allen anderen.

Wenn eine übergeordnete Idee übrig geblieben ist, dann die, dass Ideen ein Problem sind. Wenn ein Werturteil übrig geblieben und allgemein anerkannt ist, dann das, dass Werturteile falsch sind. Wenn eine Gewissheit noch da ist, dann ist es das Misstrauen gegen

Gewissheiten. Und wenn das alles noch keine Philosophie bildet, so summiert es sich sicherlich zu einer Haltung: flach, unfähig, jeden dauerhaften Ansturm zu überleben, aber einfach anzunehmen.

Doch die meisten Menschen suchen in ihrem Leben nach irgendeiner Form von Gewissheit. Religion, Politik und persönliche Beziehungen gehören zu den wenigen Bereichen, in denen solche Gewissheiten geschaffen werden können im Chaos, das wir überall um uns herum sehen. Die meisten Menschen außerhalb Europas – innerhalb der Kulturen, die wir beeinflusst haben – teilen unsere Ängste und Zweifel, unser Misstrauen nicht. Sie misstrauen ihren eigenen Instinkten und Handlungen nicht. Sie haben keine Angst davor, im eigenen Interesse zu handeln, sie sind davon überzeugt, dass ihre eigenen Interessen und die von ihresgleichen vertreten werden sollen. Sie wollen ihr eigenes Leben vorantreiben und den Lebensstandard erreichen, den andere schon haben. Und in der Zwischenzeit haben sie auch noch eine Reihe von Ideen, oft ebenso viele wie die Europäer, aber sie gelangen zu anderen Schlussfolgerungen.

Was sind die Auswirkungen dessen, wenn sehr viele Menschen nach Europa kommen, die weder die Zweifel noch die Instinkte der Europäer vererbt bekommen haben? Keiner weiß es jetzt und wusste es jemals. Wir wissen nur, dass es Auswirkungen haben wird. Mehrere zehn Millionen Menschen mit ihren ganz eigenen Ideen und Widersprüchen auf einen Kontinent zu verpflanzen, der auch seine ganz eigenen Ideen und Widersprüche hat, muss Konsequenzen haben. Die übermütige Annahme der Anhänger der Integration, dass jeder, der hier ankommt, in absehbarer Zeit so wie die Europäer werden würde, ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil sehr viele Europäer viel zu unsicher sind, ob sie überhaupt Europäer sein wollen. Die Kultur des Selbstzweifels und des Misstrauens sich selbst gegenüber ist außerordentlich ungeeignet, andere von der eigenen Haltung zu überzeugen. Es ist eher wahrscheinlich, dass viele der Neuankömmlinge entweder an ihren eigenen Gewissheiten festhalten werden, oder – was durchaus plausibel ist – sie werden die kommenden Generationen von Europäern von ihren eigenen Gewissheiten überzeugen. Es ist ebenso plausibel, dass die Ankömmlinge den europäischen Lebensstil und die Früchte des wirtschaftlichen Aufschwungs genießen werden, solange er anhält, und trotzdem die Kultur geringschätzen oder gar verachten werden, die sie

aufgenommen hat. Sie werden sie nutzen – wie Präsident Erdogan im Zusammenhang mit der Demokratie empfahl – wie einen Bus, wenn sie ihr Ziel erreicht haben, werden sie aussteigen.

Untersuchungen des Sozialverhaltens zeigen übereinstimmend, dass die außereuropäischen Migrantengemeinschaften Ansichten über Liberale und noch mehr über Libertäre in Europa haben, die Europäer in Angst und Schrecken versetzen würden, wenn sie von ihren eigenen Gemeinschaften kämen. Der moderne europäische Liberalismus liefert den Ankömmlingen vordergründig durchaus Rechtfertigungen. Der muslimische Vater will nicht, dass seine Tochter wie die westlichen Frauen wird, weil er westliche Frauen kennt und weiß, was sie tun. Er will nicht, dass seine Tochter besessen von der Konsumkultur wird, denn er sieht all die Folgen. Was er ablehnt, prägt jedoch die Gesellschaft um ihn herum. Vielleicht wird er eines Tages auf seine eigene Art verwurzelt sein, aber er wird sich nicht dieser Gesellschaft angleichen, ebendeshalb, weil die Gesellschaft, in die er eingewandert ist, eben ist, wie sie ist. Und die Europäer tun sich schwer, ihre Werte solchen Leuten gegenüber zu verteidigen – dafür gibt es Anzeichen. In einem Land wie Großbritannien hat es zum Beispiel Jahrzehnte gedauert, bis die Ablehnung der weiblichen Genitalverstümmelung zur Mehrheitsmeinung wurde. Obwohl sie seit drei Jahrzehnten illegal ist, mussten 130 000 Frauen diese Barbarei erdulden, und das Verbrechen wird weiterhin nicht wirksam verfolgt. Wenn Westeuropa es so schwierig findet, selbst diesem so offensichtlich barbarischen Akt entgegenzutreten, ist es sehr unwahrscheinlich, dass es in Zukunft imstande sein wird, seine weniger offensichtlichen Werte zu verteidigen.

Doch selbst wenn alle Neuankömmlinge eine klare Bedrohung darstellten, selbst wenn die Europäer wüssten, dass ausschließlich Leute kämen, die sie nicht mögen werden, selbst dann wäre die Müdigkeit wieder da. Weil man gegebenenfalls eine Haltung entwickeln müsste, eine Reaktion oder sogar eine Rebellion müsste stattfinden. Aber davor steht die Ermüdung, die die Europäer schon lange empfinden, vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg. Kann es sein, dass ein noch größeres Problem im Entstehen begriffen ist, nachdem wir so große Verluste erlitten haben? Haben wir mit einem solchen Desaster und so vielen

Opfern nicht eine kleine Pause im großen Strom der Geschichte verdient?

Dass in Europa Fragen nicht gestellt und Diskussionen nicht geführt werden, kann vielleicht im Großen und Ganzen darauf zurückgeführt werden: Es ist besser, nicht zu fragen, wenn es nur schlimme Antworten gibt. Damit könnte man erklären, wieso jene, die die Massenmigration kritisieren, so vielen Angriffen ausgesetzt sind. Insbesondere erklärt es die felsenfeste Überzeugung, dass es ausreicht, die Menschen, die Feuer rufen, zum Schweigen zu bringen, dann würde das angesprochene Problem schon verschwinden.

Wer vor den Konsequenzen seiner Entscheidungen keine Angst hat, versucht nicht, selbst jene zum Schweigen zu bringen, die auch nur nach einer Pause verlangen. Aber selbst die warnenden Kritiker werden irgendwann müde und sie ganz besonders. In einem Interview für eine italienische Zeitung 2016 wurde Ayaan Hirsi Ali über die Lage in ihrer früheren Wahlheimat Holland gefragt. Was passierte mit den Leuten, die, bevor sie verjagt wurde, die gleichen Dinge wie sie ansprachen? Schweigen inzwischen all die Schriftsteller, Künstler, Karikaturisten, Intellektuellen und Journalisten? Sie antwortete: »Die Menschen in den Niederlanden, die über den Islam und verwandte Themen schreiben und reden, sind müde geworden.«[211]

DER OSTEN IST ANDERS

Aber warum ist Osteuropa so anders? Warum steht die Haltung der osteuropäischen Länder zu Grenzen, zur nationalen Souveränität, zum kulturellen Zusammenhalt und zu vielen anderen Fragen in einem solchen Gegensatz zur Haltung Westeuropas? Während der Migrationskrise und auch schon in den Jahren davor hätte kein rechter westeuropäischer Politiker auch nur die Hälfte dessen gesagt, was linke osteuropäische Politiker gesagt haben. Egal, welche Drohungen und Verwünschungen von der deutschen Regierung und der Europäischen Kommission kamen, die Visegrád-Gruppe – Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn – verfolgte eine vollkommen andere Linie als Angela Merkel und Brüssel. Sie kritisierte die Kurzsichtigkeit der Kanzlerin und hielt an ihrer Ablehnung der von Berlin und Brüssel diktierten Quotenregelung fest.

Im Januar 2016 begannen die schwedischen Behörden, die Europäische Kommission und andere öffentlich zuzugeben, dass die meisten der Menschen, die sie im Jahr davor aufgenommen hatten, nicht asylberechtigt waren. Trotzdem bestand Juncker weiterhin darauf, dass die Quotenregelung umgesetzt wurde. Die Slowakei lehnte es weiterhin ab, sich an einem System zu beteiligen, das die Regierung als »Unsinn« und »vollständiges Fiasko« bezeichnete, und bot stattdessen freiwillig 300 Grenzschützer für den Einsatz an der europäischen Außengrenze an. Der linke Ministerpräsident Robert Fico sagte verzweifelt: »Ich habe das Gefühl, dass wir in der EU rituellen Selbstmord begehen, und wir sehen dabei einfach nur zu.«[212] Die anderen Visegrád-Staaten waren mit Fico einig. Der Unterschied zu ihren westeuropäischen Partnern hätte größer nicht sein können. Wieso waren die Meinungen in zentralen Fragen im Osten und im Westen des gleichen Kontinents so verschieden?

Chantal Delsol entdeckte die Keime der Differenzen schon in den 90er-Jahren. Sie verbrachte nach dem Fall der Berliner Mauer einige Zeit in Osteuropa und hatte den Eindruck, dass Osteuropäer »uns wie Wesen von einem fremden Planeten sehen, auch wenn sie davon

träumten, in mancherlei Hinsicht so zu werden wie wir. Allmählich gelangte ich zur Überzeugung, dass ich in den osteuropäischen Gesellschaften Antworten auf meine Fragen suchen sollte … Die Unterschiede zwischen uns und ihnen führten mich zur Überzeugung, dass das Glück der letzten 50 Jahre unseren Sinn für die tragische Dimension des Lebens vollkommen ausgelöscht hat.«[213] Im Osten ist die tragische Dimension des Lebens weiterhin lebendig. Und zu keinem Zeitpunkt sind die Konsequenzen dessen klarer zum Ausdruck gelangt als während der Migrationskrise durch die Haltung führender osteuropäischer Politiker und dem Einverständnis ihrer Bevölkerungen.

Diese Länder wollten sich der Europäischen Union anschließen und befürworteten die größtmögliche Integration der europäischen Länder, die Bewegungsfreiheit und all die durch die Mitgliedschaft bedingten wirtschaftlichen Vorteile. Doch als Kanzlerin Merkel die Außengrenzen öffnete, rebellierten sie nicht nur, sondern stellten sich dem entgegen. Am 15. März, dem ungarischen Nationalfeiertag zum Gedenken an den Aufstand gegen Österreich 1848, nutzte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán seine traditionelle Ansprache, um die vollkommen andere Haltung Osteuropas zu Fragen von Migration, Grenzen, Kultur und Identität darzustellen. Er erklärte, dass die neuen Feinde der Freiheit anders seien als die Monarchie und das Sowjetsystem. Heute würde man nicht bombardiert oder eingekerkert, sondern nur bedroht und erpresst. Aber »die Völker Europas haben endlich verstanden, dass ihre Zukunft auf dem Spiel steht«. Er fuhr fort:

> »Die Völker Europas sind erwacht, sie ordnen ihre Reihen, und das Gerüst des auf Lügen errichteten Europa wankt überall. Die Völker Europas haben jetzt vielleicht begriffen, dass ihre Zukunft auf dem Spiel steht. Nicht nur der Wohlstand, das bequeme Leben und der Arbeitsplatz sind in Gefahr, sondern auch die Sicherheit und die friedliche Ordnung unseres Lebens. Die durch den Wohlstand eingeschläferten europäischen Völker haben endlich begriffen, dass die Lebensprinzipien, auf die wir Europa aufgebaut haben, in tödlicher Gefahr sind. Europa, das ist das friedliche Zusammenleben christlicher, freier und unabhängiger Nationen, gekennzeichnet von der Gleichberechtigung von Mann und Frau, vom fairen

> Wettbewerb und der Solidarität, von Stolz und Demut, von Gerechtigkeit und Barmherzigkeit.
>
> Die Gefahr ist heute eine andere als die von Kriegen und Naturkatastrophen, die von einer Sekunde auf die nächste den Boden unter unseren Füßen wegreißt. Die Völkerwanderung ist ein langsames Wasser, ein stetiger Strom, der die Ufer wegspült. Sie behauptet von sich, eine humanitäre Angelegenheit zu sein, dabei ist die Eroberung ihre wahre Natur. Was sie an Territorium gewinnt, verlieren wir. Armeen von unverbesserlichen Menschenrechtskämpfern verspüren den unwiderstehlichen Drang, uns zu belehren und zu beschuldigen. Wir sollen ausgrenzend und feindselig sein, dabei ist die Geschichte unserer Nation in Wahrheit auch die Geschichte der Aufnahme und der Verbindung von Kulturen. Wer als neues Familienmitglied, als Verbündeter oder als für sein Leben Flüchtender um Einlass bat, haben wir hereingelassen, und er konnte bei uns eine neue Heimat finden. Doch wer mit dem Ziel kam, unser Land zu verändern, unsere Nation nach seinem Bildnis zu formen, wer mit Gewalt und gegen unseren Willen kam, bekam immer unseren Widerstand zu spüren.«[214]

Für das mächtigste Land Europas war die ungarische Vision inakzeptabel. Sie stand nicht nur im Widerspruch zur gegenwärtigen Politik der deutschen Regierung, sondern auch zur gesamten Migrationspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Druck aus Berlin war gnadenlos. Doch die unversöhnlichen Differenzen zwischen Ost und West blieben. Im Mai 2016, nur einen Monat bevor sein Land die Präsidentschaft der Europäischen Union übernahm, bekräftigte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico die Ablehnung der von Berlin und Brüssel diktierten Quotenregelung durch die Slowakei. Trotz der hohen Geldstrafen, mit denen für jeden nicht übernommenen Migranten gedroht wurde, gab er nicht nach: »Es gibt keinen Platz für den Islam in der Slowakei«, erklärte er. »Migranten verändern unser Land. Wir wollen aber nicht, dass sich der Charakter unseres Landes ändert.«[215]

Auch wenn diese Länder während ihrer Geschichte die meiste Zeit aus den gleichen Quellen tranken wie die westeuropäischen Länder, ist dort ganz eindeutig eine andere Haltung entstanden. Vielleicht weil sie die Schuld, die die Westeuropäer quält, anders oder gar nicht empfinden und nicht der Meinung sind, dass alle Fehler der Welt ihnen zugeschrieben werden sollten. Vielleicht leiden sie auch nicht unter der Schwäche und der Müdigkeit, die die westeuropäischen Länder befallen hat. Oder, da sie in der Nachkriegszeit keine Massenmigration erlebt haben (aber dafür vieles andere), haben sie das Gefühl des nationalen Zusammenhalts bewahrt, das die Westeuropäer verzweifelt versuchen sich vorzustellen oder in Erinnerung zu rufen. Oder sie haben einfach angeschaut, was in Westeuropa vor sich geht, und haben beschlossen zu vermeiden, dass ihnen dasselbe passiert.

Vielleicht war es alles zusammen. Und im Hintergrund stand das Bewusstsein davon, dass die Visegrád-Staaten schon einmal unter der Erstarrung des Westens hatten leiden müssen. Sie hatten noch zu Lebzeiten ihrer Bürger die tragischen Dimensionen des Lebens durchgemacht, die ihre westlichen Verbündeten längst hinter sich gelassen hatten. Sie wissen, dass alles, was sie haben, mal aus dieser, mal aus einer anderen Richtung hinweggefegt werden kann; dass die Geschichte keinem eine Auszeit gönnt, auch wenn man glaubt, ein Recht darauf zu haben.

Währenddessen blieb der Rest des Kontinents wie schon vorher Gefangener seiner Geschichte. Als sich im Sommer 2016 ein neuer Strom von Migranten aus Lampedusa und Sizilien in Richtung Norden auf den Weg machte, schlossen Österreich und Frankreich ihre Grenzen, so gut es ging. Also entschieden sich mehr Migranten für den Weg über die Schweiz. Im Winter können die Alpenpässe tödlich sein, aber im Sommer kann man die schmalen Passstraßen entlang der italienisch-schweizerischen Grenze passieren. In jenem Sommer sprach ein Reporter der Zeitung *La Stampa* mit Einwohnern der norditalienischen Gemeinde Dumenza zwischen dem Lago Maggiore und der schweizerischen Grenze. Sie kannten die Pfade, die die Migranten nutzten, und ein älterer Dorfbewohner sagte dazu: »Das sind die gleichen Pfade, auf denen die italienischen Juden während des Krieges in die Schweiz flüchteten.«[216]

Die Migranten von heute erinnern an die Migranten von einst. Denkt man an die, die heute den Weg nach Deutschland suchen, denkt man an die, die einst den Weg in die entgegengesetzte Richtung gegangen sind. Denkt man an die Migranten heute, denkt man an die Juden von gestern. Ein unvermeidlicher Weg.

KAPITEL 14
FESTGEFAHREN

Am 19. März 2016 wurde der in Belgien geborene französische Staatsbürger marokkanischer Abstammung, der führende Kopf der Attentate vom 13. November 2015 in Paris, von der Polizei angeschossen und verhaftet. Nach den Attentaten reiste Salah Abdeslam nach Belgien, wo man in mindestens zwei Wohnungen im muslimisch geprägten Molenbeek-Viertel seine Fingerabdrücke fand. Am Ende wurde er in einer anderen Wohnung in Molenbeek verhaftet. Unmittelbar nach der Verhaftung musste die Bereitschaftspolizei in das Viertel einrücken, wo Jugendliche Abdeslam als ihren Helden hochleben ließen und die Polizei wegen seiner Festnahme mit Flaschen und Steinen angriffen. Drei Tage später, am 22. März, sprengten sich in der belgischen Hauptstadt drei Selbstmordattentäter in die Luft. Najim Laachraoui und Ibrahim el-Barkaoui zündeten ihre Selbstmordwesten in der Abflughalle des Brüsseler Flughafens, während sich Ibrahims Bruder, Khalid el-Barkaoui, in der Métro-Station von Maelbeek in der Nähe des Sitzes der EU-Kommission in die Luft sprengte. Alle drei waren wieder einmal »Einheimische«. Zu ihren Opfern gehörten 32 Menschen jedes Alters und verschiedener Nationalitäten.

Auf dem ganzen Kontinent begann die traditionelle Suche nach Erklärungen. Manche sahen die Schuld – die Attentate wurden von belgischen Staatsbürgern aus dem Molenbeek-Viertel begangen – bei der Städteplanung, andere bei der fehlenden »Gentrifikation« des Bezirks. Wieder andere beschuldigten die belgische Außenpolitik, die belgische Geschichte, Kolonialismus mit inbegriffen, sowie den Rassismus der belgischen Gesellschaft. Nach dem Anfang der Debatte veröffentlichte die *New York Times* einen nicht weiter

bemerkenswerten Artikel und zeigte darin mit dem Finger auf verschiedene politische Fehler Belgiens. Dazu wurde mit Yves Goldstein, dem 38 Jahre alten Sohn jüdischer Flüchtlinge, der jetzt Stadtverordneter in Schaerbeek und Stabschef des Ministerpräsidenten der Brüsseler Hauptstadtregion ist, ein Interview geführt. Er bestand darauf, dass es falsch sei, den Islam wegen der Angriffe zu beschuldigen. Stattdessen kritisierte er das Versagen von Leuten wie ihm, weil sie »die Radikalisierung der Jugend« nicht verhindert hätten. Er sagte: »Unsere Städte stehen vor einem großen Problem, vielleicht vor dem größten seit dem Zweiten Weltkrieg. Wie kann es sein, dass Menschen, die hier in Brüssel oder Paris geboren sind, Leute, die gewalttätig sind und Terroranschläge verüben, als Helden verehren? Das ist die echte Frage, mit der wir konfrontiert sind.«

Und dann, fast nebenbei, entschlüpfte Herrn Goldstein etwas Interessantes. Freunde von ihm, die in Schulen der überwiegend moslemischen Gegenden von Molenbeek und Schaerbeek unterrichteten, erzählten ihm, dass 90 Prozent der siebzehn- und achtzehnjährigen Schüler die Terroristen, die gerade Attentate in ihrer Stadt verübt hatten, als »Helden« bezeichnet hatten.[217] In einem Interview mit *De Standaard* sagte der belgische Sicherheitsminister Jan Jambon, dass »ein bedeutender Teil der muslimischen Gemeinschaft tanzte, als die Angriffe stattfanden«. Wie gewohnt, wurde Jambon von seinen parlamentarischen Kollegen und den Medien für diese Äußerungen kritisiert. Er erwiderte, dass er die Informationen von mehreren belgischen Sicherheitsorganen erhalten habe. Doch was er sagte und die Enthüllungen, die von Goldstein kamen, erlaubten der Öffentlichkeit bei jedem darauffolgenden Akt von Terrorismus einen Blick unter die Oberfläche. Diese Geschichten sind für den entscheidenden Sinneswandel in der europäischen Öffentlichkeit mindestens in dem Maße verantwortlich wie die Angriffe selbst. Doch obwohl die Angriffe mit Bomben, Schusswaffen und Messern Grund zu großer Sorge sind, gilt die zweitgrößte Sorge – die langfristig die größere ist – der Frage, wie die Beziehungen zwischen den wenigen Extremisten, die solche Angriffe durchführen, und der Bevölkerung gleicher Herkunft sind.

Eine Umfrage in Großbritannien aus dem Jahr 2006, nachdem die Mohammed-Karikaturen in der dänischen Zeitung veröffentlicht

worden waren, ergab, dass 78 Prozent der britischen Moslems der Meinung waren, die Verleger der dänischen Karikaturen sollten strafrechtlich verfolgt werden. 68 Prozent meinten, jeder, der den Islam beleidige, sollte strafrechtlich belangt werden. In der gleichen Umfrage kam heraus, dass fast ein Fünftel (19 Prozent) der britischen Muslime Osama bin Laden respektierte, 6 Prozent würde ihn sogar »sehr respektieren«.[218] Als neun Jahre später zwei Mitglieder von al-Qaida die Redaktionsmitglieder von *Charlie Hebdo* massakrierten, weil sie Karikaturen von Mohammed veröffentlicht hatten, sagten 27 Prozent der britischen Moslems, »eine gewisse Sympathie« für die Motive der Attentäter zu empfinden. Fast ein Viertel (24 Prozent) fand, dass Gewalt gegen Menschen, die Bilder von Mohammed veröffentlichten, gerechtfertigt sei.[219] Die BBC, die die Umfrage in Auftrag gegeben hatte, fand für die Ergebnisse eine positive Headline: »Die meisten britischen Moslems lehnen Vergeltung für Mohammed-Karikaturen ab.«

Die Kombination von Ereignissen, die hohe Aufmerksamkeit erregen, und das Bewusstsein darüber, dass es ein noch viel größeres Problem bedeutet, was unter der Oberfläche des Terrorismus liegt, zeigt, wie weit die Ansichten der Menschen von denen ihrer Regierungen abweichen. So gut wie nach jedem Terrorangriff teilten die europäischen politischen Führer der Öffentlichkeit mit, dass dies nichts mit dem Islam zu tun habe und der Islam eine friedliche Religion sei. Doch viele Menschen schienen damit nicht einverstanden zu sein.

Im Juni führte das Meinungsforschungsinstitut ComRes eine Umfrage für Radio 1 der BBC durch. Sie fragten 1000 junge Briten, welche Haltung sie den großen Weltreligionen gegenüber hätten. Als drei Monate später die Ergebnisse veröffentlicht wurden, verursachten sie einen kleinen Aufruhr. 27 Prozent der Befragten sagten, sie trauten Moslems nicht, und 44 Prozent, dass sie der Überzeugung seien, Moslems hätten nicht die gleichen Ansichten wie der Rest der Bevölkerung. Die BBC und andere Medien begannen sogleich zu überlegen, was hier schiefgegangen war und wie die Briten mit der Tatsache umgehen sollten, dass so viele Menschen so dachten. Die überwiegende Reaktion auf die Umfrage war die Sorge, warum junge Menschen so denken und wie man solche Auffassungen umbiegen könnte. Es gab auch noch andere Überraschungen bei den Ergebnissen

der Umfrage. Zum Beispiel sagten 15 Prozent, sie trauten Juden nicht, 13 Prozent trauten den Buddhisten nicht und 12 Prozent den Christen. Was genau die Buddhisten in den vergangenen Monaten getan hatten, um so viele junge Menschen zu verärgern, blieb ungefragt. Aber um herauszubekommen, warum junge Briten so antworteten, hätte es gereicht, statt ein Programm der Re-Education aufzulegen, auf das Datum der Umfrage zu achten. Sie wurde zwischen dem 7. und dem 17. Juni 2013 durchgeführt.[220]

Nur wenige Wochen vorher, am 22. Mai, wurde Lee Rigby, ein junger Soldat auf Urlaub aus Afghanistan, am helllichten Tag außerhalb der Kasernen in Südlondon von einem Auto angefahren. Michael Adebolajo und Michael Adebowale stiegen aus dem Auto, zerrten ihr junges Opfer in die Mitte der Straße und zerhackten seinen Körper mit Macheten. Sie versuchten auch, ihn zu enthaupten, konnten aber seinen Kopf nicht ganz abtrennen. Während sie auf die Polizei warteten, hielt Adebolajo die Machete immer noch in seinen von Blut triefenden Händen und brüllte in eine Kamera, warum sie diese Tat begangen hatten. Nachdem er verhaftet worden war, fand die Polizei einen blutverschmierten Brief bei ihm. Er war an seine Kinder adressiert und enthielt die Rechtfertigungen seiner Tat. Der Brief wurde während der darauffolgenden Gerichtsverhandlung vorgelegt. Darin stand unter anderem: »Meine geliebten Kinder, ihr solltet wissen, dass es meine Pflicht ist, die Feinde Allahs zu bekämpfen.« Und er fuhr fort: »Verschwendet nicht eure Zeit damit, endlose Diskussionen mit den Feiglingen und den Narren zu führen, wenn das bedeutet, dass dadurch eure Begegnung mit den Feinden Allahs auf dem Schlachtfeld verzögert wird.« Der Brief endete mit etwa zwei Dutzend Hinweisen auf Abschnitte im Koran als religiöse Untermauerung für den Inhalt des Briefes.[221]

Könnte es nicht sein, dass die jungen Menschen, die an der BBC-Umfrage teilgenommen und angeblich Vorurteile über große Gruppen von Menschen hatten, nicht Frömmler waren, sondern einfach nur die Nachrichten verfolgt hatten? Wäre nicht die Zahl jener, die Juden oder Christen misstrauten, nicht viel höher gewesen, wenn jüdische Extremisten oder christliche Fundamentalisten einen britischen Soldaten am helllichten Tage abgeschlachtet hätten? Man kann es beklagen, so laut wie man will, aber die Befragten, die den Islam und

die Muslime mit Gewalt assoziierten, taten das genau deshalb, weil sich der Islam in ihren Straßen mit extremer Gewalt verbunden hatte.

Eine ähnliche Geschichte kam auf, als eine Schule im schottischen Dundee die Schüler aufforderte, Wörter aufzuschreiben, die sie mit Muslimen verbinden. Die meisten Kinder nannten »Terroristen«, »Angst« und »9/11«. Die schockierten Lehrer riefen daraufhin das örtliche muslimische Zentrum an und baten darum, dass jemand vorbeikommen möge, um die Ansichten der Schüler zurechtzubiegen. Schnell wurde eine wohltätige Organisation ins Leben gerufen, die muslimische Frauen in die schottischen Schulen schickte, um die Auffassungen der Schüler über den Islam und Muslime zu korrigieren. Eine Reportage über eine solche Veranstaltung wusste zu berichten, dass zwei Kopftuch tragende muslimische Frauen den Kindern erklärten, dass die Flugzeugentführer von 9/11 »nichts mit dem Islam zu tun hatten«.[222]

Unglücklicherweise für jene, die sich in der Re-Education engagiert haben, wurden ihre Bemühungen durch das wachsende öffentliche Bewusstsein zunichtegemacht. Weder dem so gut wie ganzen politischen Establishment noch den Medien war es gelungen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie das Problem übertreiben würde. Teilweise weil mit dem Internet eine vielfältige Informationsquelle zur Verfügung stand, teilweise ganz einfach wegen der Ereignisse selbst. Wenn man sich heute überlegt, was das europäische politische Establishment sagt und was die Öffentlichkeit denkt, ist der Unterschied verblüffend.

Eine Umfrage, die 2013 in Holland durchgeführt wurde, ergab, dass 77 Prozent der Befragten der Meinung waren, ihr Land sei durch den Islam nicht bereichert worden. Etwa 73 Prozent meinten, es gebe einen Zusammenhang zwischen dem Islam und den Terroranschlägen, und 68 Prozent antworteten, dass es in Holland »genug« Islam gebe. Die Befragten gehörten keiner bestimmten Partei an, und die hier geschilderten Ansichten unterstützte eine Mehrheit unter den Anhängern aller holländischen Parteien.[223] Aber die gleichen Meinungen wurden überall auf dem Kontinent registriert. Im gleichen Jahr – also zwei Jahre vor den Pariser Terroranschlägen 2015 – sagten 73 Prozent der Befragten, dass sie den Islam negativ beurteilten,[224] und 74

Prozent, dass der Islam intolerant sei.[225] Dazu muss man wissen, dass 10 Prozent der französischen Bevölkerung Muslime sind.

In der oben erwähnten Umfrage sagten 55 Prozent der holländischen Wähler, dass sie keine weitere muslimische Einwanderung in ihr Land wünschten, 56 Prozent der Deutschen sagten, Muslime strebten nach politischer Einflussnahme, und 67 Prozent der Franzosen waren der Meinung, der Islam sei mit den Werten der französischen Gesellschaft »nicht vereinbar«.[226] Eine Umfrage im Jahr 2015 zeigte, dass nur 30 Prozent der Bevölkerung in Großbritannien der Behauptung zustimmten, der Islam sei mit den Werten der britischen Gesellschaft »vereinbar«.[227] Eine andere Befragung, die in etwa zur gleichen Zeit durchgeführt wurde, stellte fest, dass nur etwa ein Fünftel der Briten (22 Prozent) mit der Aussage einverstanden war, dass die islamischen und britischen Werte »im Allgemeinen kompatibel« seien.[228]

Es ist überall das gleiche Bild. Eine Umfrage aus dem Jahr 2012 in Deutschland zeigte, dass 64 Prozent den Islam mit Gewalt assoziierten und sogar 70 Prozent mit Fanatismus und Radikalismus. Nur 7 Prozent der Deutschen vermochten die Religion mit Offenheit, Toleranz und der Achtung der Menschenrechte in Verbindung zu bringen.[229] Wie der amerikanische Wissenschaftler Daniel Pipes, ein Experte des zeitgenössischen Islam, feststellte, die Umfragen zu diesem Thema zeigten eine immer weiter ansteigende Kurve. Keine einzige Umfrage zeigt, dass die Sorgen geringer wurden. Es ist eine Einbahnstraße. 2010 sagte nicht einmal die Hälfte (47 Prozent) der Deutschen, dass sie mit der Aussage, »der Islam gehört nicht zu Deutschland«, einverstanden sei. Bis Mai 2016 stieg die Zahl der Deutschen, die mit der Aussage einverstanden waren, auf 60 Prozent.[230]

All das geschah, während die ganze westeuropäische politische Klasse den Menschen ununterbrochen zu erklären versuchte, dass sie nicht recht hatten. Tatsächlich ist die häufigste Reaktion der führenden politischen Klasse die, dass Menschen, die so denken, zu wenig Erfahrung mit der Diversität, insbesondere mit dem Islam, hätten, denn andernfalls würden sie nicht so denken. Die Umfragen allerdings zeigen das genaue Gegenteil. Je größer der Anteil des Islam in einer Gesellschaft, umso größer sind Ablehnung und Misstrauen.

Es gab noch einen anderen gemeinsamen Zug in den Reaktionen der politischen Klassen: ihr Beharren darauf, dass man sich, um das Problem zu lösen, vor allem mit der öffentlichen Meinung beschäftigen müsse. Sie bekämpften in erster Linie nicht das, was die öffentliche Meinung ablehnte, sondern die widerspenstige Öffentlichkeit selbst. Ein Musterbeispiel gefällig? Hier ist eines:

2009 gab es in der Stadt Luton eine Begrüßungsparade anlässlich der Heimkehr des Royal Anglian Regiment aus Afghanistan. Luton ist eine der Städte, in der die weißen Briten eine Minderheit sind (45 Prozent), und diese Stadt hat eine besonders große muslimische Einwohnerschaft. Viele der zahlreichen Zuschauer aus der Stadt ärgerten sich über Mitglieder der islamistischen Gruppe Al-Muhajiroun, die Parolen riefen und protestierten, während die Soldaten durch das Stadtzentrum marschierten. Unter anderem beschimpften sie die Soldaten als »Babykiller« und »Mörder«. Aufgebrachte Menschen aus der Bevölkerung versuchten ihnen entgegenzutreten, doch die britische Polizei verteidigte die Islamisten und drohte deren Gegnern, sie zu verhaften. In den darauffolgenden Wochen begannen einige Einwohner, den antiislamistischen Protest zu organisieren, doch sie wurden daran gehindert, zum Rathaus zu marschieren, was allerdings einige Zeit zuvor Al-Muhajiroun-Mitgliedern erlaubt worden war. Und obwohl Al-Muhajiroun seine Protestflugblätter ungestraft in Moscheen verteilen durfte, wurden die Einheimischen von der Polizei daran gehindert, ihre Flugblätter zu verteilen.

Aufgeschreckt durch diese Doppelmoral, formierte sich in den nachfolgenden Wochen eine Gruppe, die unter dem Namen »English Defence League« (EDL) bekannt wurde. In den Jahren darauf organisierte sie Proteste in mehreren Städten überall im Vereinigten Königreich, die häufig mit Gewalttätigkeiten endeten. Dies geschah zum Teil – wie der Hauptorganisator Tommy Robinson zugab – wegen der Leute, die solche Proteste anziehen, aber es geschah auch deshalb, weil überall organisierte Gruppen von »Antifaschisten«, der meistens auch viele Moslems angehörten, erschienen waren und die gewalttätige Auseinandersetzung suchten. Die »antifaschistischen« Gruppen genossen die Unterstützung der führenden Politiker, unter anderen auch des Ministerpräsidenten. Sie hatten vorher schon »antifaschistische« Kundgebungen organisiert, auf denen einer der

späteren Mörder von Lee Rigby gesprochen hatte. Das Wichtigste an der EDL waren nicht die Aktionen, die sie organisiert hatten, sondern die Haltung der Behörden ihnen gegenüber. Zu keinem Zeitpunkt wurde von der lokalen Polizei, den Behörden, der nationalen Polizei und Regierung auch nur in Erwägung gezogen, dass die EDL irgendwie recht haben könnte. Nicht nur verbündeten sich die Verantwortlichen mit den EDL-Gegnern, auch wenn diese Gruppen selbst extremistisch waren und Gewalttaten verübten, darüber hinaus strebten hochrangige Regierungsvertreter ein Verbot der EDL an.

Eines Tages wurde der Anführer der EDL festgenommen, weil er versucht hatte, mit einem Begleiter durch den überwiegend muslimischen Bezirk Tower Hamlets in London zu spazieren. Ein anderes Mal wurde er festgenommen, weil eine Kundgebung die dafür vorgesehene Zeit um drei Minuten überschritten hatte. Von Anbeginn wurde alles unternommen, um der Führung der Gruppe das Leben schwer zu machen. Von dem Augenblick an, als Robinson die Gruppe ins Leben gerufen hatte, wurden seine Bankkonten eingefroren. Seine Wohnung und die seiner engeren Familienmitglieder wurden von der Polizei durchsucht, seine Ordner und Computer mitgenommen. Als eine Unregelmäßigkeit bei der Tilgung seiner Hypothek gefunden wurde, stellte man ihn vor Gericht, und er wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.[231] Hinzu kamen ständige Bedrohungen durch islamistische Gruppen. Muslimische Gangs haben die Führer der EDL wiederholt angegriffen, und es gab auch ernst zu nehmende Versuche, sie umzubringen. Im Juni 2012 hielt die Polizei ein Auto an, in dem sechs Islamisten einer terroristischen Zelle saßen. Im Fahrzeug fand sie Bomben, abgesägte Schrotflinten, Messer und einen Brief, in dem die Queen geschmäht wurde. Die Männer waren unterwegs zu einer Demonstration der EDL, wo sie ein Attentat ausführen wollten, aber weil nur wenige teilnahmen, wurde die Demonstration vorzeitig beendet. Wie auch in anderen Fällen gab es wenig öffentliche Sympathie für die EDL, weil man meinte, die EDL sei selbst an den Angriffen schuld. Als eine Antwort auf den durch Moslemgangs und der EDL entstandenen problematischen Ruf ihres Stadtteils ersann die lokale Stadtverwaltung ein Event mit dem Namen »Love Luton«. Die Festivität mit Essensständen und Stelzenläufern war eine Feier der »Diversität« und des »Multikulturalismus«.

In verschiedenen Versionen spielte sich die gleiche Geschichte überall in Europa ab. In Dresden war 2014 eine Bewegung mit dem Namen Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) entstanden. Ihre Anliegen waren denen der EDL und anderer gängiger Protestbewegungen ähnlich. Sie sprachen sich gegen radikale Muslime und die Masseneinwanderung aus, betonten allerdings, dass sie Einwanderung nicht prinzipiell ablehnten, so sprach sich zum Beispiel Pegida für legale Einwanderung aus. Pegidas Protest richtete sich gegen die undifferenzierte muslimische Einwanderung und gegen Hassprediger, Salafisten und andere Extremisten. Wie auch im Falle der EDL gehörten zu den Gründungsgrundsätzen der Gruppe nicht nur die Gegnerschaft zum Islamismus, sondern auch zum Nationalsozialismus, um sich von Anfang an gegen die Versuche zu wehren, sie mit den Schrecken der Vergangenheit in Verbindung zu bringen. Obwohl in den Medien immer wieder behauptet wurde, diese Verbindung existiere, wuchs die Teilnehmerzahl der Pegida-Proteste bis Dezember 2014 auf über 10 000 an, und die Bewegung fing an, sich in ganz Deutschland zu verbreiten. Im Gegensatz zur EDL, die hauptsächlich Mitglieder der Arbeiterklasse anzog, war es Pegida gelungen, ein sehr viel breiteres Spektrum der Bürger anzusprechen. Schließlich breitete sich die Bewegung in andere Teile Europas aus, allerdings in viel kleinerem Umfang.

Die Reaktion der deutschen politischen Führung war identisch mit der ihrer britischen Kollegen. Obwohl – oder gerade weil – einer von acht Deutschen in Umfragen erklärte, dass er an einer Pegida-Demonstration teilnehmen würde, wenn sie in seiner Stadt stattfinde, ging der ganze deutsche Staat auf die Bewegung los. Auf dem Höhepunkt der Bewegung gingen an einem Montag vor Weihnachten etwa 17 000 Menschen in Dresden auf die Straße. Es war eine außerordentliche Reaktion der Kanzlerin auf eine Bewegung, die nur einen verhältnismäßig geringen Teil der deutschen Bevölkerung mobilisiert hatte, dass sie in ihrer Neujahrsbotschaft ausdrücklich auf Pegida einging. Das Jahr 2014 war für die Deutschen ein außerordentliches Jahr, doch lange nicht so außerordentlich wie das, in das Merkel sie noch führen sollte. Die offiziellen Migrantenzahlen waren mit 200 000 schon 2014 das Vierfache von vor zwei Jahren und damit die höchsten in den letzten 20 Jahren.

Die Kanzlerin nutzte am 31. Dezember 2014 ihre Neujahrsansprache nicht etwa dazu, diese Ängste zu zerstreuen, sondern um jene zu kritisieren, die sie empfanden. »Es ist selbstverständlich, dass wir ihnen helfen und Menschen aufnehmen, die bei uns Zuflucht suchen«, sagte sie in Bezug auf die Migranten und warnte die deutsche Öffentlichkeit vor Pegida. Ihrer Ansicht nach diskriminierten Organisationen wie Pegida Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder Religion. »Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen!«[232] Am darauffolgenden Montag hielt Pegida eine Protestveranstaltung in Köln. Der Dom informierte im Voraus, dass an dem Gebäude alle Lichter ausgemacht werden würden, um damit gegen die Veranstaltung zu protestieren. Als in der Silvesternacht ein Jahr später Hunderte Frauen in den gleichen Straßen, die die Domverwaltung dem protestierenden, spazieren gehenden Pegida-Demonstranten vorenthalten wollte, von Migranten belästigt, vergewaltigt und beraubt wurden, leuchteten die Lichter des Doms hellauf. Nur wenige werden den Symbolcharakter dieses Gegensatzes nicht bemerkt haben.

Die Angewohnheit, die sekundären Symptome eines Problems statt die primären Probleme selbst aufzugreifen, hat viele Quellen. Nicht zuletzt geht es darum, dass es unendlich einfacher ist, die meist weißen Menschen zu kritisieren, insbesondere wenn sie der Arbeiterklasse angehören, als dunkelhäutige Menschen, was auch immer ihre Abstammung sein mag. Aber es ist nicht nur einfacher, es hilft auch, den Kritiker zu erhöhen. Jede Kritik am Islamismus und der Massenmigration – sogar die Kritik am Terrorismus und an Vergewaltigungen – kann als ein Ausdruck von Rassismus, Xenophobie oder Bigotterie ausgelegt werden. Egal, wie unwahr die Beschuldigung auch sein mag, sie kann von überallher kommen und wird immer einen moralischen Makel transportieren. Im Gegensatz dazu kann sich jeder, der andere als Rassisten oder Nazi kritisiert, als Antirassist und Anti-Nazi in der Position des Richters und des Geschworenen erhöht fühlen. Auch was die Beweismittel betrifft, sind die Standards verschieden.

Dafür ein Beispiel: Der Vorsitzende des Islamischen Zentrums Luton, Abdul Qadeer Baksh, ist auch der Schulleiter der lokalen Schule,

verkehrt mit den lokalen Politikern, zu denen auch Abgeordnete gehören, arbeitet mit den Behörden im Lutoner Rat der Religionen, einer religionsübergreifenden Organisation, zusammen. Er glaubt daran, dass der Islam seit 1400 Jahren im Krieg »mit den Juden« stehe, dass in einer idealen Gesellschaft Homosexuelle umgebracht würden, er befürwortet das Abhacken der Hände von Dieben und das Auspeitschen von Frauen, den Strafgesetzen des islamischen »hudud« folgend (auch Hadd-Strafe genannt). Doch keine dieser – leicht zugänglichen, bekannten oder erfahrbaren – Tatsachen machten ihn zu einem Ausgestoßenen. Die lokale Polizei stürmte niemals die Häuser seiner Verwandten, um einen Vorwand für seine Verhaftung zu suchen. Ganz im Gegensatz dazu steht die Geschichte von Tommy Robinson, dem Gründer der EDL. Von Anfang an war der Wunsch offensichtlich, ihm die Beschuldigung, ein Rassist und ein Nazi zu sein, anzuhängen, egal, was er tat. Die Islamisten, gegen die die EDL und andere ähnliche Bewegungen protestierten, waren unschuldig, selbst wenn sie schuldig waren, während jene, die sich gegen sie stellten, auch dann für schuldig befunden wurden, wenn sie unschuldig waren. Die europäischen Regierungen versuchten zu vermeiden, die Islamisten schuldig finden zu müssen, und gingen dem aus dem Weg, indem sie die Bewegungen, die sich gegen sie stellten, für schuldig erklärten. Die meisten Medien folgten dem. Das augenfälligste Beispiel dafür war das Bestreben, jeder gegen die Massenmigration gerichteten Bewegung Antisemitismus vorzuwerfen, während man den aktuellen Antisemitismus des primären Problems, gegen das das sekundäre Problem protestierte, zu ignorieren. Während sich so gut wie alle deutschen Medien beeilten, der Pegida-Führung und den Mitgliedern Antisemitismus vorzuwerfen, waren die Medien ebenso zögerlich wie die Regierung, wenn es darum ging, den Antisemitismus unter Salafisten und anderen, gegen die Pegida protestierte, zu benennen. Erst nachdem die Schleusen vor dem Zustrom von Migranten 2015 geöffnet worden waren, haben Mitglieder der Regierung und einige Medien zugegeben, dass der Antisemitismus insbesondere unter Migranten aus dem Nahen Osten ein Problem sein könnte.

Aber in diesem Falle geht es nicht allein um ein Versagen der Politik, sondern auch der Öffentlichkeit. Beim westeuropäischen Antifaschismus gibt es ein Missverhältnis zwischen Angebot und

Nachfrage: Die Nachfrage nach Faschisten übersteigt bei Weitem das aktuelle Angebot. Eine der Grundpfeiler der europäischen Nachkriegspolitik war der Antifaschismus, die Entschlossenheit, ein Aufkommen des Faschismus nie wieder zuzulassen. Vielleicht ist das die einzige noch übrig gebliebene Gewissheit heute. Je weiter der Faschismus in der Geschichte versank und je weniger Faschisten zu entdecken waren, umso mehr brauchten die selbst ernannten Antifaschisten den Faschismus, um den Anschein von Tugend und ihre Zielsetzung zu behalten. Also hat es sich als politisch nützlich erwiesen, Leute, die keine Faschisten waren, als solche zu beschreiben, ebenso wie es sich als politisch nützlich erwiesen hat, Leute als Rassisten zu beschreiben, die keine waren. In beiden Fällen war es zulässig, den Begriff so weit auszudehnen wie nur möglich. Und in beiden Fällen musste jeder, der dieser Übel beschuldigt wurde, einen hohen politischen und sozialen Preis zahlen. Trotzdem mussten jene, die andere Leute unberechtigterweise beschuldigt hatten, keinerlei politischen oder sozialen Preis dafür bezahlen. Es ist eine kostenlose Übung, die nur politische und persönliche Vorteile bringt.

Es muss allerdings auch festgehalten werden, dass es keinen vergleichbaren »antikommunistischen« Eifer jemals in Westeuropa gegeben hat, oder wenn doch, dann wurde er als »Hexenjagd« verunglimpft. Und hin und wieder waren die Antifaschisten sogar im Recht – was Europas sozialen Problemen noch eine weitere Schicht hinzufügt. In den Vereinigten Staaten ziehen so gut wie alle populären Protestbewegungen, auch jene, die mit Migration oder Islam zu tun haben, exzentrische oder auch wahnsinnige Leute mit Zeichen der Verrücktheit an. Aber sie werden selten oder nie von Anfang an aus lauter Nazis bestehen. Als der holländische Geert Wilders sich 2004 von der Volkspartei für Freiheit und Demokratie abspaltete und seine eigene Partei gründete, weil die VVD den Eintritt der Türkei in die EU unterstützt hatte, bekam seine Partei bei den nächsten Wahlen 2006 neun von 150 Sitzen im holländischen Parlament. Umfragen zeigten, dass seine Partei die populärste im Land war. Trotz der wachsenden Zahl der Abgeordneten ist Wilders tatsächlich das einzige Mitglied seiner Partei. Weder einfache Menschen noch die Abgeordneten durften Mitglieder der Partei werden, womit Wilders auf umfangreiche finanzielle staatliche Unterstützung verzichtet hatte, denn die staatliche

Unterstützung wächst in Holland mit der Zahl der Mitglieder. Der einzige Grund, warum Wilders die Partei in dieser Weise organisierte, war, erklärte er einmal privat, weil bei einer Mitgliederpartei die wenigen Skinheads, die es in Holland gibt, sich als Erste der Partei angeschlossen hätten, und ihretwegen wären dann andere wiederum nicht bereit gewesen, in die Partei einzutreten.[233] Er wollte nicht zulassen, dass eine kleine Gruppe von Neonazis die politischen Perspektiven eines ganzen Landes zerstörte.

So musste Tommy Robinson viel Zeit damit verbringen, tatsächliche Nazis aus der EDL herauszuhalten, ohne dass er dafür je eine Anerkennung erhalten hätte. Auch wurde es kaum bekannt, dass er, als er 2011 wegen Körperverletzung verurteilt wurde, tatsächlich einem Neonazi einen Kopfstoß verpasst hatte. Wenn Medien und Politik von einer Bewegung behaupten, sie sei rechtsextrem, dann wird sie gerade deshalb auch Rechtsextreme anziehen, selbst wenn die Verantwortlichen aufrichtig versuchen, solche Leute von der Bewegung fernzuhalten.[234] Aber es trifft natürlich zu, dass es kleine Bewegungen von tatsächlichen Rassisten und Faschisten in Europa gibt.

Wer die Konsequenzen der Massenmigration kritisiert, wird schnell als Rassist, Nazi oder Faschist aus den Diskussionen verbannt. Was aber werden die politische Klasse und die Medien tun, wenn sie erkennen, dass die Ideen, die sie aus der Politik zu verbannen versucht haben, tatsächlich der Meinung der Mehrheit entsprechen?

Kapitel 15
Die Gegenreaktion im Zaum halten

Ein Weg zu einer Antwort könnte sein zu überlegen, was »einfache« Menschen tun oder sagen könnten, die die Massenmigration in ihre Gesellschaften und einige der daraus resultierenden negativen Konsequenzen ablehnen. Wie würde eine anständige Bewegung, die diese Sorgen zum Ausdruck bringt, aussehen? Dürften Menschen aus der Arbeiterklasse zu ihren Mitgliedern zählen? Müssten denn alle, die damit zu tun haben, einen Universitätsabschluss haben? Oder dürften auch Leute, die keine akademische Ausbildung haben, ihre Sorgen über die Entwicklung ihres Landes äußern, ohne Nazis genannt zu werden? 2014 hätte Angela Merkel einen solchen Prozess starten können, wenn sie in ihrer Neujahrsansprache am 31. Dezember nicht die Kaltherzigkeit von Pegida verurteilt hätte, sondern die besonders widerwärtige Kaltherzigkeit der Salafisten und anderer Radikaler, gegen die Pegida opponierte, und sie hätte den Deutschen stattdessen erklären können, wie sie eine Antwort auf ihre Sorgen finden könnten, ohne alle Flüchtlinge an ihren Grenzen abzuweisen. So wie die Kanzlerin reagierte das ganze deutsche politische Establishment auf die neue Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die Ansichten der AfD und ihrer Anhänger zu attackieren, gleichzeitig aber die Gründe für ihre Sorgen weiterhin massiv zu verstärken, ist eine zutiefst kurzsichtige Politik. Doch alle Äußerungen von Sorgen zu verfolgen, aber keine ihrer Ursachen einzudämmen, wurde in dieser Zeit zu einer europäischen Angewohnheit und zu einem Zeichen weiterer heraufziehender Probleme. Die westeuropäischen Mainstream-Medien taten das Gleiche. Sie internalisierten wie alle anderen die Rushdie-Fatwa, die Lektionen

aus den Angriffen wegen der dänischen Karikaturen und auf *Charlie Hebdo* sogar noch stärker als die Bevölkerung, denn sie wussten, welche physischen und rufschädigenden Risiken es zur Folge hat, wenn man sich mit islamischen Angelegenheiten beschäftigt. Deshalb verstecken sie sich hinter dem »guten Geschmack«, und schließlich gibt es zu jeder Zeit einfachere Themen, bei denen man Zuflucht suchen kann. »Die Erstarkung des Rechtsextremismus« ist ein solches Thema. Es wird behauptet, der Rechtsextremismus nehme zu, während er – wie in Großbritannien im letzten Jahrzehnt – dabei ist, zusammenzubrechen. Diesem machtvollen Thema kann man noch etwas Farbe beimischen, wenn man behauptet, »der Rechtsextremismus sei auf dem Vormarsch«. Die Überschrift »Der Rechtsextremismus ist in ganz Europa auf dem Vormarsch« ist in den letzten Jahren bis zum Überdruss verbreitet worden, völlig unabhängig davon, ob die betreffenden Leute Rechte waren oder nicht. Es ist, wie der Schriftsteller Mark Steyn 2002 zur Zeit von Pim Fortuyns Auftauchen schrieb: »›Schwule Professoren auf dem Vormarsch‹ klingt lange nicht so aufregend.«[235]

Die Obsession mit der angeblichen Allgegenwart des europäischen Rassismus führt dazu, dass die Tagesnachrichten von dem Thema beherrscht werden. An jedem beliebigen Tag, willkürlich ausgewählt in jedem beliebigen westeuropäischen Land, kann man Überschriften finden wie auf der Titelseite der holländischen Tageszeitung *De Volkskrant* im Sommer 2016: »Hoe racistisch is Nederland?« (Wie rassistisch sind die Niederlande?)[236] Die Antwort ist in der Regel: sehr. Die Schuld für jeden Misserfolg bei der Integration oder Assimilation wird den Europäern in die Schuhe geschoben. So werden die Europäer beschuldigt, an ihrem Schicksal selbst schuld zu sein, eine legitime Gegenwehr bleibt ihnen versagt, und die Ansichten der Mehrheit werden nicht nur als gefährlich, sondern auch als marginal dargestellt. Unter allen europäischen Ländern, die damit experimentierten, ist Schweden einer der interessantesten Fälle, nicht zuletzt deshalb, weil dort in Europa der politische und mediale Konsens am unbeugsamsten erzwungen wird. Trotzdem oder gerade deshalb ändert sich die Politik in diesem Lande schneller als sonst irgendwo.

Auf den ersten Blick mag die Lage in Schweden anders erscheinen als in den anderen europäischen Ländern. Es ist das einzige Land, das

2015 eine vergleichbar hohe Zahl an Migranten aufgenommen hat wie Deutschland, aber im Gegensatz zu Deutschland muss Schweden keine vergleichbare Last der Geschichte tragen. Im Gegenteil, es präsentiert sich – mit den Begriffen seiner politischen Klasse ausgedrückt – als eine liberale, wohlwollende »humanitäre Supermacht«. Mit einer Bevölkerung von kaum zehn Millionen ist dieser nördlichste Vorposten Europas berühmt für seinen Sozialstaat, hohe Steuern und hohe Lebensqualität. Doch die Situation, in die das Land mit der Migration geraten ist, ist dieselbe wie überall sonst auch.

Wie alle anderen westeuropäischen Länder hat auch Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg angefangen, Migranten als Arbeitskräfte aufzunehmen. Gelegentliche Wellen von Flüchtlingen während der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa – vor allem 1956 und 1968 – überzeugten viele Schweden, dass sie diese Leute nicht nur aufnehmen, sondern auch erfolgreich integrieren konnten. Während dieser Zeit festigte sich der Ruf Schwedens als sicherer Hafen für Asylsuchende und half dabei, sowohl das Selbstbildnis als auch den Ruf des Landes weltweit auf Hochglanz zu polieren.

Doch hinter dieser Fassade verbirgt sich auch eine andere Wahrheit. Auf den ersten Blick mag es so erscheinen, als würde Schweden aus aufrichtigen und uneigennützigen Gründen der puren Gutherzigkeit Migranten aufnehmen. Dabei manifestiert sich in der schwedischen Gesellschaft die Sünde Europas nur subtiler als bei den südlichen Nachbarn. Da Schweden nur eine minimale koloniale Vergangenheit hat, gibt es keine ernsthafte Hinterlassenschaft kolonialer Sünde, unter der das Land leiden könnte. Weil es während des Zweiten Weltkrieges neutral blieb, kann es auch nicht unter militärischen Sünden leiden. Und doch fühlt man sich wegen dieser Jahre schuldig. Obwohl Schweden seine Neutralität als moralisch gerechtfertigt versteht, erscheint diese absichtliche Neutralität umso schändlicher, je mehr Zeit seit den 40er-Jahren vergangen ist. Und es wird immer offensichtlicher, dass Schweden nicht so neutral geblieben ist wie behauptet. Nicht nur weil man den Zügen, die mit Nazis und Versorgungsgütern in Richtung des damals besetzten Norwegens beladen waren, erlaubt hatte, durchs Land zu fahren, sondern auch weil man Deutschland mit Rohstoffen versorgt hatte, die den Nazis erlaubten weiterzukämpfen.

Die Nachkriegszeit brachte weitere Verletzungen für das Selbstbildnis des Landes. Die Auslieferung von Soldaten aus den baltischen Republiken, die gegen die Sowjetunion gekämpft hatten, war eine kleine, jedoch bedeutende Episode. Daraus haben die Schweden gelernt, dass die Abschiebung von Flüchtlingen ebenso ein moralischer Makel sein kann wie deren Abweisung und dass Flüchtlinge in Schweden, wenn sie einmal da sind, bedingungslos gut sind. So dachten sie zumindest eine Zeit lang.

Schwedens Stolz darauf, ein sicherer Hafen für Asylsuchende zu sein, begann sich in den 90er-Jahren zu ändern, als das Land Zehntausende Flüchtlinge der Balkankriege aufnahm. Es passierte zum ersten Mal, dass Flüchtlinge bedeutende soziale Probleme mit sich brachten. Bosnische Gangs tauchten regelmäßig in den Nachrichten auf. Trotz dieser Warnsignale wuchsen die Migrantenzahlen in den darauffolgenden eineinhalb Jahrzehnten exponentiell. Das schnelle Wachstum der schwedischen Bevölkerung – auch wegen des Wachstums durch die höhere Geburtenrate der Migranten – führte zu den üblichen Engpässen bei der öffentlichen Versorgung. Den offiziellen Zahlen nach hatte Schweden 1969 8 Millionen Einwohner, und man erwartete bis 2017 einen Anstieg auf 10 Millionen (den damaligen Wachstumsraten entsprechend) und auf 11 Millionen bis 2024. Wenn das Bevölkerungswachstum den Annahmen entsprechend verläuft, müssten jährlich 71 000 neue Wohnungen gebaut werden, um die Bedürfnisse des Landes bis 2020 zu befriedigen, oder 426 000 neue Wohnungen im gesamten betrachteten Zeitraum.[237]

Obwohl allgemein angenommen wird, dass die Menschen in Schweden – ebenso wie ihre politischen Eliten – immer schon die Migration befürwortet haben, zeigen die Fakten etwas anderes. 1993 brach die Zeitung *Expressen* eines der großen Tabus der schwedischen Politik und veröffentlichte die Ergebnisse einer der seltenen Umfragen über die aktuellen Ansichten der Bevölkerung. Unter dem Titel »Werft sie raus!« enthüllte das Blatt, dass 63 Prozent der Schweden wünschten, dass die Migranten heimkehrten. Ein begleitender Artikel des Chefredakteurs Erik Månsson merkte an: »Die Schweden haben eine feste Meinung über die Migration und die Flüchtlingspolitik. Jene, die an der Macht sind, haben eine andere. Das passt nicht zusammen. Die Meinungsbombe wird explodieren. Deshalb werden wir von heute an

darüber schreiben. Wir werden sagen, wie es in Wirklichkeit ist. Svart på vitt, Schwarz auf Weiß. Noch bevor die Bombe explodiert.« Und als wollten sie unter Beweis stellen, dass er recht hat, feuerten die Besitzer von *Expressen* den Chefredakteur.

Als Anfang des neuen Jahrzehnts die Migration nach Schweden anfing immer stärker zu werden, wurde die politische Diskussion nicht nur durch die Uniformität der politischen Klasse, sondern auch durch die politische Uniformität der schwedischen Medien im Zaum gehalten. Vielleicht mehr als in jedem anderen europäischen Land behandelten die schwedischen Medien Diskussionen über die Migration mit Verachtung und zugleich mit dem Sinn für eine drohende Gefahr. Untersuchungen über die politischen Sympathien schwedischer Journalisten zeigten, dass 2011 fast die Hälfte (41 Prozent) mit der Grünen Partei sympathisierte. Die Parteien, die dem noch am nächsten kamen, waren die Linkspartei mit 15 Prozent, die Sozialdemokratische Partei mit 14 und die liberalkonservative Moderate Sammlungspartei mit ebenfalls 14 Prozent. Nur 1 Prozent der Journalisten sympathisierte mit den Schwedendemokraten, was innerhalb der statistischen Fehlergrenze liegt.[238]

Doch 2016 führte diese von den Journalisten so verachtete Partei, die bei den letzten Reichstagswahlen 2014 noch 13 Prozent erreicht hatte, plötzlich die Meinungsumfragen mit bis zu 29 Prozent an.[239] Wie sie das erreicht hat, ist beispielhaft für das moderne europäische Dilemma. Als die Partei in den 80er-Jahren gegründet wurde, war sie zweifellos eine rassistische und nationalistische Bewegung. Ihre Politik und ihre Verbindungen entsprachen den waschechten rechtsradikalen Bewegungen in Europa, dazu gehörte zum Beispiel die Befürwortung der rassischen weißen Suprematie. Die Partei wurde wie die British National Party (BNP) in Großbritannien behandelt und hatte keinen bedeutenden Einfluss auf die Politik. In den 90er-Jahren gab es eine ernsthafte Anstrengung, die Partei zu reformieren, indem man unter anderem die Leute hinauswarf, die Verbindungen zu Neonazi-Bewegungen hatten. In den 2000er-Jahren dann tauchten vier in den 70ern geborene junge Männer auf, die antraten, den schwedischen Status quo aufzubrechen.

Jimmie Åkesson und seine Kollegen hatten die Wahl, entweder eine neue Partei zu gründen oder eine schon bestehende zu übernehmen.

Sie entschieden sich für die zweite Variante und arbeiteten in den 2000er-Jahren daran, die noch verbliebenen Rechtsradikalen aus der Partei zu drängen und sie in eine zwar nationalistische, aber nicht mehr rassistische Bewegung umzuformen. Aber man glaubte nicht an ihre Aufrichtigkeit. Politiker und die Medien beschrieben die Schwedendemokraten weiterhin als rechtsradikal, rassistisch und xenophob und bezeichneten ihre Mitglieder als Neonazis. 2010 zog die Partei mit 5,7 Prozent erstmals in den Reichstag ein. Die anderen Parteien waren entsetzt und behandelten die neuen Abgeordneten wie Parias, verweigerten jede Zusammenarbeit mit ihnen und wollten nicht einmal mit ihnen reden.

Aber in den auf die Wahlen folgenden Jahren rückten die Fragen von Einwanderung und Identität, die von den Schwedendemokraten gestellt wurden, immer mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Bis dahin aber litt das Land schon unter den gleichen Symptomen wie der Rest Westeuropas, wohl noch schlimmer als irgendwo sonst. Die Kultur der Selbstverleugnung war besonders stark. 2006 sagte der damalige konservative Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt von der Moderaten Sammlungspartei: »Nur die Barbarei ist authentisch schwedisch. Jede weitere Entwicklung kam von außen.« Die Kirchen verstärkten die politischen Ansichten des Mainstream. Die Erzbischöfin der schwedischen Kirche, Antje Jackelén, zum Beispiel bestand zusammen mit anderen prominenten Kirchenvertretern darauf, man müsse bei der Migrationspolitik des Landes daran denken, dass »Jesus selbst ein Flüchtling war«.

Währenddessen war es vorhersehbar, dass die Zahl der antisemitischen Angriffe exponentiell ansteigen würde. So wie die muslimische Bevölkerung in der Stadt Malmö immer weiter anwuchs, begann die Zahl der jüdischen Einwohner Malmös – das einst als sicherer Hafen galt – abzunehmen. Jüdische Einrichtungen, unter ihnen die Synagoge des jüdischen Friedhofs, wurden mit Brandbomben attackiert, sodass die jüdische Bevölkerung Malmös bis 2010 unter Tausend sank. Innerhalb nur eines Jahres wurde jeder zehnte jüdische Bewohner der Stadt Opfer von Belästigung. Nichtjüdische Einwohner fingen an, eine Kippatragende Juden zu Gottesdiensten und anderen religiösen Ereignissen zu begleiten.

Trotz der Warnzeichen aus dem ganzen Land beschleunigte sich die Einwanderung nach Schweden ab 2010 noch weiter. Potenzielle Migranten aus der ganzen Welt sahen in Schweden ein besonders wünschenswertes Einwanderungsland, da dort die Neuankömmlinge nicht nur mit Wohnungen und Sozialhilfen, sondern auch mit einem besonders attraktiven Familienzusammenführungsprogramm erwartet wurden. Bei den Wahlen von 2014 konnten die Schwedendemokraten ihren Stimmanteil verdoppeln und wurden zur drittstärksten Partei des Landes mit fast 13 Prozent. Und obwohl jeder sehen konnte, was in dem Land geschah, verdoppelten die schwedischen Medien ihre Anstrengungen, alle Themen zu vermeiden, die die Schwedendemokraten in ihren Anliegen hätten bestärken und ihre Unterstützung hätte vergrößern können. Die Folgen waren vorhersehbar tragisch.

Im Sommer 2014 fand das »Wir sind Stockholm«-Musikfestival statt wie immer. Außer dass während der Veranstaltung Dutzende Mädchen, manche gerade 14, von Migrantengangs – insbesondere aus Afghanistan – umzingelt, belästigt und vergewaltigt wurden. Die örtliche Polizei vertuschte den Vorfall, in ihrem Bericht über das fünftägige Festival fanden die Vorfälle keine Erwähnung. Niemand wurde verurteilt, und die Medien erwähnten die Vergewaltigungen auch nicht. Ähnliche organisierte Migrantengangs tauchten auf weiteren Musikfestivals 2015 in Stockholm, Malmö und anderen Städten auf. Die Zahlen waren erschütternd. Während die Polizei 1975 insgesamt über 421 Vergewaltigungen registrierte, stieg die Zahl der berichteten Vergewaltigungen 2014 auf 6620.[240] Um 2015 hatte Schweden fast die meisten Vergewaltigungen in der Welt, nur überholt von Lesotho. Wenn die schwedischen Medien über das Thema berichteten, taten sie es bewusst verzerrt. Zum Beispiel schrieben sie, nachdem ein Mädchen auf der Fähre von Stockholm nach Abo, Finnland, vergewaltigt worden war, es seien »schwedische Männer« gewesen, während es in Wahrheit Männer aus Somalia waren. Es war die gleiche Geschichte wie überall in den Nachbarländern. Eine dänische Studie aus dem Jahr 2016 zeigte, dass somalische Männer mit einer 26-mal größeren Wahrscheinlichkeit eine Vergewaltigung begehen werden als dänische Männer im gleichen Alter.[241] Und trotzdem wurde das Thema weder in Schweden noch anderswo zur Sprache gebracht.

Erst nach den Angriffen auf Frauen in Köln in der Silvesternacht 2015/16 und dem Vertuschungsskandal in Deutschland begannen die schwedischen Medien über die Ereignisse auf den schwedischen Musikfestivals und anderen Events der letzten Zeit zu berichten. Allmählich wurde die Vertuschung durch die Polizei öffentlich bekannt, und auch die Vertuschungen durch die schwedische Presse wurden dank vieler Webmagazine und Blogs enthüllt. All das passierte vor dem Hintergrund der täglichen Ankunft weiterer Migranten.

Selbst nach diesen Maßstäben ist das, was die Schweden 2015 durchgemacht haben, einmalig in der Geschichte des Landes. Im September 2015, nach der Grenzöffnung von Kanzlerin Merkel, kamen an manchen Tagen bis zu 10 000 Menschen, und so war das Land für eine gewisse Zeit wie gelähmt. Während allein in jenem Jahr 162 000 Menschen Asylanträge stellten, kam eine unbekannte Zahl von Menschen ins Land und verschwand dort spurlos. Einwohner von Malmö fanden in den Waschküchen ihrer Mietshäuser Migranten, die sich dort eingerichtet hatten. Die Stadt hatte ohnehin schon die wenigsten Steuerzahler von allen Städten im Lande; es gab Stadtteile wie Rosengård, wo kaum noch Menschen lebten, die keine Migranten waren. In manchen Bezirken hatten nur 15 Prozent der Einwohner Arbeit. Diese Gebiete wurden besser versorgt als etliche der von Arbeitern bewohnten europäischen Gegenden, und so haben viele Schweden ihre Ersparnisse in Häuser dort investiert, bevor sie zu ausschließlich von Migranten bewohnten Siedlungen wurden. Aber die Aussichten der Integration waren damals schon düster. Bereits vor 2015 sprach in der örtlichen Schule seit 14 Jahren kein einziges Kind mehr Schwedisch als erste Sprache, weigerten sich Ambulanzen und Feuerwehr, ohne Polizeibegleitung in die Gegend zu fahren, weil sie von den Einwohnern angegriffen wurden.

Als die Verantwortlichen in einigen Städten durch die hohe Konzentration von Migranten langsam beunruhigt wurden, versuchten sie es mit einer anderen Taktik. Sie entschieden, die Ankömmlinge in weit entfernte Städte und Gemeinden – zum Teil im hohen Norden – zu schicken. Sie siedelten 200 Migranten im Dorf Undrom in der Region Sollefteå mit 85 Einwohnern an, verbrachten 300 Migranten nach Trensum in der Karlshamn-Region mit 106 Einwohnern. Die Einwohnerschaft anderer Gemeinden verdreifachte sich über Nacht.

Natürlich sind die Migranten nicht nach Schweden gekommen, um in isolierten und fremden Gebieten zu wohnen, und oft musste die Polizei sie aus den Bussen, die sie dorthin gebracht hatten, herauszerren. Doch die schwedischen Politiker bestanden weiterhin darauf, dass es in dem Land genug Platz gab, um Migranten unterzubringen. Erst nachdem sie ihre Politik der Migration intensiviert hatten, realisierten sie die Fallen, in die sie geraten waren. Das Budget des darauffolgenden Jahres sah 50,4 Milliarden Schwedische Kronen als direkte Kosten der Migration vor – was aber nur einen Teil der wahren Kosten ausmachte. Es zeigt die wahren Verhältnisse, wenn man die Migrationskosten mit dem 2016er-Budget des Justizministeriums – 42 Milliarden Kronen – oder des Verteidigungsministeriums – 48 Milliarden Kronen – vergleicht. Schweden ist in finanzieller Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung, denn es hatte trotz der globalen Krise einen Haushaltsüberschuss, während es jetzt, im Aufschwung, mit einem Haushaltsdefizit wird rechnen müssen.

In Anbetracht der Realitäten begannen selbst die eindeutigsten humanitären Begründungen zu verblassen. Unter den Neuankömmlingen von 2015 befanden sich besonders viele unbegleitete Minderjährige ohne Dokumente. Unter ihnen waren auch Kinder, aber wie die Sozialarbeiter berichteten, behaupteten drei von fünf dieser »Kinder«, ihr Geburtstag sei am 1. Januar. Und natürlich war die überwiegende Mehrheit – 92 Prozent – männlichen Geschlechts. Es gehörte zur Politik der schwedischen Verantwortlichen, diese Fakten zu ignorieren, selbst wenn sie ihnen buchstäblich ins Gesicht sprangen. Aber im August 2015 ermordete ein Asylsuchender, dessen Antrag abgelehnt wurde, in einem Ikea-Kaufhaus in Västerås mit einem Messer zwei Schweden. Allmählich waren einige Schweden mit ihrer Geduld am Ende.

Im Oktober wurden die Asylzentren von Munkedal, Lund und einem Dutzend anderen Orten von Einheimischen angezündet. Die Regierung beschloss daraufhin, die Orte von Asylzentren in Zukunft geheim zu halten. Doch als im nächsten Januar eine Sozialarbeiterin in einem Asylzentrum von einem jugendlichen Migranten, von dem sich später herausstellte, dass er erwachsen war, erstochen wurde, verdüsterte sich die Stimmung der Öffentlichkeit weiter. Während das Problem der sogenannten No-go-Gebiete der Bevölkerung auf den Nägeln brannte,

verneinten die Verantwortlichen wütend, dass es sie überhaupt gebe, obwohl die örtlichen Einwohner und die Mitarbeiter der Rettungsdienste sehr wohl wussten, dass diese dort regelmäßig angegriffen wurden.

Im August wurde ein acht Jahre alter Junge aus Somalia, der aus Birmingham kam und seine Verwandten in Göteborg besuchte, während eines von Gangs ausgeübten Granatenangriffs getötet. Ein Jahr davor tötete eine Autobombe ebenfalls in Göteborg ein dreijähriges Mädchen. Die Gewalttätigkeiten von ethnischen Gangs gehörte inzwischen zum Alltag. 2016 sickerte durch, dass 80 Prozent der Polizisten wegen der Gefahren, denen sie immer häufiger in den zunehmend gesetzlosen von Migranten dominierten Gegenden ausgesetzt sind, darüber nachdachte, den Dienst zu quittieren.

Wie in allen anderen Ländern wurden die Migranten auch in Schweden von der Regierung und den Medien als Ärzte und akademisch gebildete Menschen dargestellt. In Wirklichkeit importierte man eine große Zahl von unqualifizierten Menschen, die die Sprache der Einheimischen nicht beherrschten, in ein Land, das für Unqualifizierte nur sehr wenig Verwendung hatte. Allmählich machte die Regierung unwillig die Grenzen etwas dichter, aber die politische Führung und die Verantwortlichen der Gemeinden bestanden weiterhin darauf, dass es keine Grenzen geben dürfe und dass die Einwanderung keine Grenzen brauche. Erzbischöfin Jackelén bestand darauf, dass Jesus die Begrenzung der Einwanderung durch die Regierung nicht gutheißen würde.

Im Sommer 2016 war ich in Schweden und besuchte eine Regionalkonferenz der Schwedendemokraten in Västerås, im Zentrum des Landes. In der Art einer Wissenschaftskonferenz versammelten sich mehrere Hundert Parteimitglieder und lauschten einen Tag lang den Reden. Die Parteiführer mischten sich unter die Mitglieder, und obwohl sich alle darüber einig waren, Nationalisten zu sein, gab es nicht die geringsten Zeichen für Rassismus oder Extremismus. Es gab viele Gespräche unter den Parteiführern und Mitgliedern darüber, wie man die Migrationspolitik der Regierung aufhalten könnte, aber die junge Führung war sowohl privat als auch öffentlich bemerkenswert gemäßigt. Privat fragten sie den Besucher nach Viktor Orbán und anderen europäischen Führern, die – wie sie – Gegner der Massenmigration

waren. Wie waren sie wirklich? Mit wem könnte man sich verbünden, wer war ein Extremist? Diese Partei, die die schwedischen und europäischen Medien als »rechtsextrem« und »faschistisch« abstempelten, machte sich tatsächlich Sorgen über echte Rechtsradikale und Faschisten wie jeder andere auch.

Unabhängig von ihren Ansichten sind die letzten Erfolge der Partei nicht weiter erstaunlich. Die Politik des Landes wurde inzwischen in aller Eile wegen der sich schnell ändernden demografischen Bedingungen geändert. Nach Untersuchungen des schwedischen Ökonomen Tino Sanandaji (selbst kurdisch-iranischer Abstammung) waren 1990 3 Prozent der Einwohner Schwedens nicht-europäischer Abstammung. Bis 2016 ist diese Zahl auf 13–14 Prozent gestiegen und steigt jetzt um ein bis 2 Prozent jährlich. In Malmö, der zweitgrößten Stadt Schwedens, sind fast die Hälfte der Bewohner keine ethnischen Schweden. Nach Sanandajis Vorhersagen werden innerhalb einer Generation andere Städte eine ähnliche Entwicklung durchmachen, und Schweden werden zu Minderheiten in allen größeren Städten werden: teilweise als Ergebnis der Migration, teilweise als Folge der höheren Geburtenrate der Migranten und teilweise deshalb, weil Schweden die Gebiete verlassen, in denen die Migranten eine Mehrheit bilden. Ein interessanter Aspekt des schwedischen Verhaltens ist, dass, während die Flucht der Weißen weiter andauert, der durchschnittliche Schwede immer noch sagt, es sei wichtig, in einer multikulturellen Umgebung zu leben. Tatsächlich sagen jene, die aus den multikulturellen Umgebungen weggezogen sind, überdurchschnittlich häufig, dass es wichtig sei, damit zu leben.[242]

Wie überall auf dem Kontinent existiert auch in Schweden eine Kluft zwischen dem, was die Menschen wirklich denken, und dem, was sie glauben denken zu müssen. Und während die Europäer sich bezüglich ihrer Einstellung kontinuierlich, aber mit verschiedenen Geschwindigkeiten, in die gleiche Richtung bewegen, treffen ihre politischen Führungen weiterhin Entscheidungen, die dazu führen, dass diese Bewegungen noch beschleunigt werden. Schweden ist nur ein extremes Beispiel für diesen Trend.

Im Jahr 2016, während Europas politische und soziale Plattentektonik in Bewegung geraten war, setzte die politische Führung ihre Politik erbarmungslos fort. Im Sommer verlangsamte der Deal mit

der Türkei den Migrantenfluss durch Griechenland mit dem Ergebnis, dass sich die Bewegung nach Italien verstärkte. Im August rettete die italienische Küstenwache an einem einzigen Tag 6500 Migranten in den libyschen Küstengewässern. Die Küstenwache führte mehr als 40 Rettungsaktionen nur 12 Meilen vor der libyschen Hafenstadt Sabratha durch. Die Passagiere – mehrheitlich aus Eritrea und Somalia – jubelten, als man sie aufnahm. Inzwischen sorgten die Schleuser nicht mal mehr für ausreichend Treibstoff, um auch nur halbwegs nach Lampedusa gelangen zu können. Da sie wissen, dass die Rettungsboote der Europäer sie schon viel früher aufnehmen würden, nehmen sie nur so viel Treibstoff an Bord, wie für das Erreichen der rettenden Schiffe notwendig ist. Die Europäer übernehmen von dort an.[243]

Und doch machten die Politiker weiter und importierten immer mehr Menschen in ein System, das sie selber als gescheitertes Modell ansahen. Derweil änderte sich die Haltung der Öffentlichkeit überall in Westeuropa. Im Juli 2016, weniger als ein Jahr nach der grandiosen Geste von Kanzlerin Merkel, glaubte nur noch rund ein Drittel der Deutschen (32,3 Prozent) an das Konzept der »Willkommenskultur« und an die Richtigkeit der fortgesetzten Massenmigration. Ein Drittel der Deutschen war der Meinung, dass die Migration die Zukunft des Landes bedrohe, ein Drittel glaubte, dass es sich um Wirtschaftsmigranten und nicht um Flüchtlinge handele. Schon vor dem ersten Selbstmordattentat im Sommer 2016 hatte mehr als die Hälfte der Deutschen große Angst vor dem Terrorismus als Folge der Einwanderung. Vielleicht am interessantesten war der Befund, dass 41 Prozent der Deutschen ohne Migrationsgeschichte forderten, wer neu dazugekommen sei, »sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben«. Unter den Deutschen mit ausländischen Wurzeln vertraten sogar 51,5 Prozent diese Ansicht. Mit anderen Worten, Merkel verlor sogar die Unterstützung der Bürger mit Migrationshintergrund für ihre Migrationspolitik.[244]

Im nächsten Monat sank ihre Zustimmungsrate von 75 Prozent (April 2015) auf gerade mal 47 Prozent.[245] Inzwischen lehnte eine Mehrheit die Politik der Kanzlerin ab. In den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2016 verwies die erst vor drei Jahren gegründete Partei Alternative für Deutschland die Partei Angela Merkels auf Platz drei. Das Ereignis wurde metaphorisch als Erdbeben

bezeichnet, in Wirklichkeit war es nur ein kleineres Beben und signalisierte keine größere Veränderung. Die westeuropäischen Bevölkerungen waren mehrheitlich von Anfang an gegen die Massenmigration. Doch keine der politischen Führungen, egal, welcher Richtung, machte sich die jemals die Mühe, darüber nachzudenken oder im Ergebnis ihre Politik zu ändern. Obwohl Kanzlerin Merkel den Prozess der Massenmigration beschleunigte, war ihre Aktion nur Teil eines jahrzehntelangen Kontinuums auf dem Kontinent. Die Auswirkungen waren gelegentlich von erschütternder Klarheit.

Am 19. Dezember 2016, an einem der letzten Einkaufstage vor Weihnachten, entführte ein 24 Jahre alter Tunesier, Anis Amri, einen Lastwagen, ermordete dessen polnischen Fahrer und fuhr das Fahrzeug in den gut besuchten Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz an der Berliner Gedächtniskirche. Zwölf Menschen starben im Blutbad, rund 60 wurden verletzt. Nachdem er aus dem Lastwagen entkommen war, flüchtete Amri durch halb Westeuropa. Er schaffte es, als meistgesuchter Verbrecher des Kontinents über Holland nach Frankreich einzureisen und durch Frankreich zu fahren, obwohl sich das Land im zweiten Jahr des Ausnahmezustandes immer noch in hoher Alarmbereitschaft befand. Von dort reiste Amri weiter nach Italien, wo ihn in Mailand zwei Polizisten nach seinem Ausweis fragten. Er griff nach einer Waffe und schoss einen der italienischen Polizisten an, bevor ihn der zweite Polizist erschoss. Es wurde bekannt, dass Amri – der vor dem Angriff der IS die Treue geschworen hatte – 2011 als Migrant in Lampedusa ankam. Weil er keine italienische Aufenthaltsgenehmigung erhielt, zündete er auf Sizilien ein regierungsbetriebenes Flüchtlingsheim an, weshalb er ins Gefängnis kam. 2015, nachdem er aus dem Gefängnis entlassen worden war, reiste er nach Deutschland, wo er sich unter mindestens neun Namen als Asylsuchender registrieren ließ. Das Versagen der deutschen Behörden beim Informationsaustausch, kombiniert mit den lockeren Grenzkontrollen an den europäischen Außengrenzen und den fehlenden innereuropäischen Grenzen, dienten den Zielen Amris ganz ausgezeichnet. Das gleiche System diente den Besuchern des Weihnachtsmarktes weniger gut.

Während es Gräueltaten mit vielen Opfern wie die vom Breitscheidplatz bis auf die Titelseiten schafften und die europäischen Medien für kurze Zeit mobilisierten, änderten sich die ganze Zeit über

die Tatsachen vor Ort und veränderten allmählich den ganzen Kontinent. Allein 2016 kamen nach Angaben der deutschen Behörden 680 000 Neuankömmlinge in Deutschland an. Die fortgesetzte Massenmigration, die hohen Geburtenraten unter den Einwanderern und die niedrigen unter den einheimischen Europäern sorgen dafür, dass sich die jetzt schon stattfindenden Veränderungen noch beschleunigen werden. Die Deutschen zeigten bei Wahlen, dass selbst Merkel zu den Sterblichen gehört. Doch bis dahin trug sie schon dazu bei, dass der Kontinent und eine ganze Gesellschaft verändert wurden, mit Konsequenzen für viele kommende Generationen.

Kapitel 16
Das Gefühl, die Erzählung habe sich abgenutzt

Man kann ruhig zugeben, wenn unsere Feinde etwas richtig erkannt haben. Heute machen die Gegner der europäischen Kultur und Zivilisation dem Kontinent viele Vorwürfe. Sie sagen, unsere Geschichte sei besonders grausam, obwohl sie nicht grausamer oder sogar viel weniger grausam war als die von anderen. Sie behaupten, wir verfolgten nur unsere eigenen Interessen, während es zweifelhaft ist, ob es jemals eine Gesellschaft in der Geschichte gab, die so unwillig gewesen wäre wie unsere, ihre eigenen Interessen zu verteidigen, und sich so willig zeigte, die Ansichten ihrer Gegner zu übernehmen. Und wir sind die einzige Kultur der Erde, die so offen für Selbstkritik und für das Zugeben unserer Ungerechtigkeiten ist, dass wir imstande sind, unsere größten Gegner reich zu machen. Aber es könnte sein, dass unsere Kritiker in einer einzigen Sache auf etwas gestoßen sind. Sie können es nicht genau benennen, und wenn doch, empfehlen sie die denkbar übelsten Heilmittel. Aber es lohnt sich, das Problem zu untersuchen, nicht zuletzt, um eine Antwort zu finden.

Es geht um ein Problem, das man einfacher fühlen als nachweisen kann, aber es geht ungefähr so: Das Leben in liberalen Demokratien ist bis zu einem gewissen Grade dünn und flach, und insbesondere im modernen Westeuropa hat es seinen Sinn und sein Ziel verloren. Damit will ich nicht sagen, dass unser Leben vollkommen sinnlos geworden sei, und auch nicht, dass die von der liberalen Demokratie gebotene Gelegenheit, unsere eigene Vorstellung von Glück zu verwirklichen, ein fehlgeleitetes Konzept sei. Im Alltag erfahren die meisten Menschen eine tiefere Bedeutung und Liebe durch ihre Familien, Freunde und viele andere. Aber es bleiben Fragen offen, die immer schon von zentraler Bedeutung waren und auf die die liberale Demokratie allein keine Antwort weiß und auch keine wissen muss.

Was tue ich hier? Was ist der Sinn meines Lebens? Hat es eine Bestimmung außer sich selbst? Diese Fragen haben seit jeher die Menschen umgetrieben, sie wurden immer gestellt und werden immer noch gestellt. Doch für Westeuropäer scheinen sich die Antworten, an denen wir seit Jahrhunderten festhalten, abgenutzt zu haben. Wir können glücklich sein mit dieser Feststellung, aber wir sind viel weniger glücklich darüber, dass die Erzählung über uns selbst abgenutzt ist und wir trotzdem immer noch Antworten auf die alten Fragen suchen. Doch heute solche Fragen zu stellen, kommt fast schon schlechtem Benehmen gleich, und nicht nur die Räume, wo solche Fragen gestellt – geschweige denn beantwortet – werden können, sind immer seltener geworden, auch die Ambition, sie zu beantworten, ist im Schwinden begriffen. Wenn die Menschen die Antworten nicht mehr in Kirchen suchen, dann hoffen wir für sie, dass sie genug Sinn darin finden, gelegentlich eine Kunstgalerie oder einen Buchklub zu besuchen.

Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas sprach einen Aspekt der Frage 2007 an, als er an einer Diskussion in der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München mit dem Titel »Ein Bewusstsein von dem, was fehlt« teilnahm. Er versuchte die Lücke im Zentrum unserer postsäkularen Zeit zu identifizieren. Er erinnerte sich daran, wie er den Beerdigungsgottesdienst für seinen Freund, den Schweizer Schriftsteller Max Frisch, in einer Kirche in Zürich besucht hatte. Frisch hinterließ Anweisungen für den Gottesdienst, denen man sehr genau folgte. Der Sarg war aufgebahrt, und zwei Freunde hielten Ansprachen. Aber es gab keinen Priester und keinen Segen. Die Asche sollte »irgendwo« verstreut werden, und es sollte kein »Amen« geben. Habermas interpretierte diese Entscheidung so:

> »Max Frisch – ein Agnostiker, der jedes Glaubensbekenntnis verweigerte – hat offenbar die Peinlichkeit nichtreligiöser Bestattungsformen empfunden und durch die Wahl des Ortes öffentlich die Tatsache dokumentiert, dass die aufgeklärte Moderne kein angemessenes Äquivalent für eine religiöse Bewältigung des letzten, eine Lebensgeschichte abschließenden rite de passage gefunden hat.«[246]

Die Herausforderung, der Max Frisch gegenüberstand, ist unausgesprochen überall im gegenwärtigen Europa präsent, ebenso wie die unbeantworteten Fragen auch. Vielleicht sind wir dieser Diskussionen einfach überdrüssig, weil wir an die Antworten nicht mehr glauben, und so haben wir uns entschieden, dem alten Spruch zu folgen, nämlich lieber zu schweigen, wenn wir nichts Freundliches zu sagen haben. Es kann aber auch sein, dass wir uns des existenziellen Nihilismus, der unserer Gesellschaft zugrunde liegt, sehr wohl bewusst sind, aber wir finden ihn beschämend. Was auch immer die Erklärungen sein mögen, die Veränderungen der letzten Jahrzehnte in Europa und ihre exponentielle Beschleunigung in den vergangenen Jahren machen es unumgänglich, jetzt diese Fragen anzusprechen. Die Ankunft von Millionen Menschen mit vollkommen verschiedenen – tatsächlich konkurrierenden – Verhaltensweisen gegenüber dem Leben und seinem Sinn verleiht diesen Fragen eine besondere Dringlichkeit. Die Dringlichkeit ist nicht zuletzt dadurch gegeben, dass Gesellschaften – ebenso wie die Natur – keine Lücken dulden.

Gelegentlich scheinen Mainstream-Politiker zu erkennen, dass einige der Ängste, die nun allmählich an die Oberfläche dringen, diesen Fragen tatsächlich eine gewisse Dringlichkeit verleihen. Aber die Erkenntnisse kommen in Form eines schrecklichen, erschöpften Fatalismus. Zum Beispiel sagte der belgische Justizminister Koen Greens am 25. April 2016, nur einen Monat nach den Terroranschlägen in Brüssel, vor dem Europäischen Parlament, dass Muslime in Europa bald in der Überzahl gegenüber den Christen sein würden. »Europa realisiert das nicht, aber das ist die Realität«, sagte er vor dem Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Sein Kabinettskollege, Innenminister Jan Jambon, fügte hinzu, dass seiner Einschätzung nach die überwiegende Mehrheit der etwa 700 000 Muslime in Belgien die Werte des Landes teilten. »Ich habe schon tausendmal gesagt, das Schlimmste, was wir tun könnten, wäre, den Islam zu unserem Feind zu machen. Das wäre wirklich das Schlimmste.«

Irgendwo in der Tiefe spüren wir, dass, anders als in anderen Gesellschaften – und zu denen gehören zurzeit auch die Vereinigten Staaten –, in Europa sehr leicht alles anders werden könnte. Da wir uns seit Jahren »am Unterlauf des Christentums« befinden, wie der

Philosoph Roger Scruton formulierte, ist es sehr wahrscheinlich, dass unsere Gesellschaften entweder vollständig jeden Halt verlieren oder auf sehr andersartige Ufer getragen werden. Auf jeden Fall lagen sehr beunruhigende Fragen unter der Oberfläche unserer Gesellschaften, schon bevor sie anfingen, sich so schnell wie jetzt zu verändern.

Da ist zum Beispiel das Dilemma, das der deutsche Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde in den 60er-Jahren formulierte: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.«[247] Es kommt nur selten vor, dass in unseren Gesellschaften auf diesen Widerspruch hingewiesen wird. Was ist zu tun, wenn wir erkennen, dass unsere Freiheiten in der Tat ungewöhnlich und tatsächlich durch einen Glauben begründet sind, den wir hinter uns gelassen haben? Eine mögliche Antwort wäre – die bis zum Ende des letzten Jahrhunderts vorherrschte –, diese Geschichte zu negieren, darauf zu bestehen, dass das Existierende normal sei, und die tragischen Aspekte der Zivilisation und des Lebens zu vergessen. Intelligente und kultivierte Menschen verstanden es als ihre Pflicht, die Kultur, in der sie aufgewachsen sind, nicht etwa zu unterstützen und zu verteidigen, sondern sie vielmehr zu verneinen, sie anzugreifen oder sie auf andere Weise madig zu machen. Während dieser ganzen Zeit war ein neuer Orientalismus um uns im Anwachsen: Zwar denken wir schlecht von uns selbst, sind aber bereit, ausnehmend gut über absolut jeden anderen zu denken.

Irgendwann im vorigen Jahrzehnt begann der Wind der Meinungen zunächst nur sanft in die entgegengesetzte Richtung zu wehen. Man begann widerwillig zu bestätigen, was die Renegaten und Dissidenten der Nachkriegszeit behaupteten, dass nämlich westliche Gesellschaften einiges der Religion, welcher sie entsprangen, zu verdanken hätten. Die Anerkennung war nicht das Ergebnis der veränderten Beweislage: Denn die Beweise lagen immer schon offen da. Was sich verändert hat, war das wachsende Bewusstsein darüber, dass andere Kulturen, die nunmehr immer häufiger unter uns leben, nicht unsere Leidenschaften, Vorurteile und Annahmen teilen. Der Versuch, so zu tun, als wenn das, was im modernen Europa geglaubt und gelebt wurde, das Normale sei, erlitt mehrfach schwere Schläge. Durch einige ziemlich überraschende Lernerlebnisse – hier ein Terrorangriff, dort ein »Ehrenmord«, ein paar Karikaturen anderswo – wuchs das

Bewusstsein darüber heran, dass nicht jeder, der in unsere Gesellschaften einwandert, unsere Ansichten teilt. Sie teilen nicht unsere Ansichten über die Gleichberechtigung der Geschlechter. Sie teilen nicht unsere Ansichten über den Vorrang der Vernunft gegenüber der Offenbarung. Und sie teilen nicht unsere Ansichten über Freiheit und Freiheitlichkeit. Um es anders zu formulieren: Es stellte sich heraus, dass die ungewöhnliche europäische Übereinkunft, von den antiken Griechen und Römern entworfen, katalysiert durch die christliche Religion, verfeinert durch das Feuer der Aufklärung, eine ganz besondere Erbschaft ist.

Obwohl viele Westeuropäer lange Zeit damit verbracht haben, sich dieser Erkenntnis und ihren Implikationen zu widersetzen, die Erkenntnis kam nichtsdestotrotz. Und obwohl manche noch durchhalten, ist es fast überall möglich geworden anzuerkennen, dass die Kultur der Menschenrechte – zum Beispiel – mehr den Predigten des Jesus von Nazareth zu verdanken hat als – sagen wir – Mohammed. Ein Ergebnis dieser Entdeckung war der Wunsch, vertrauter mit unseren Traditionen zu werden. Doch eine Frage zuzulassen bedeutet noch lange nicht, die Antwort gefunden zu haben. Denn die Frage, ob diese gesellschaftliche Einrichtung ohne Bezug zu dem Glauben, der ihre Entstehung ermöglicht hat, aufrechtzuerhalten ist, ist in Europa weiterhin virulent und von großer Bedeutung. Nur weil man Teil einer Tradition ist, bedeutet das noch lange nicht, dass man auch glauben wird, was die Begründer dieser Tradition glaubten, selbst wenn man deren Ergebnisse befürwortet und bewundert. Die Menschen können sich nicht zum aufrichtigen Glauben zwingen, und vielleicht ist das der Grund dafür, warum wir diese tiefer gehenden Fragen meiden. Nicht nur deshalb zögern wir mit den Fragen, weil wir an die üblichen Antworten nicht glauben, sondern auch weil wir spüren, dass sich die Antworten vielleicht ändern. Denn wie lange kann eine Gesellschaft überleben, wenn sie sich von ihren Gründungsquellen und ihrem ursprünglichen Antrieb getrennt hat? Möglicherweise sind wir dabei, es herauszufinden.

Eine neuere Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pew Research zeigte, dass die Verbindung zum Christentum in Großbritannien unter fast allen Ländern am schnellsten zurückgeht. Um 2050 wird die Verbindung zum Christentum nur noch für ein

Drittel der Gesellschaft gelten, das heißt, sie wird zum ersten Mal zum Glauben einer Minderheit. 2010 waren es noch fast zwei Drittel, die sich dem Christentum verbunden fühlten. Zugleich wird Großbritannien die drittgrößte muslimische Gemeinschaft in Europa haben, größer als Frankreich, Deutschland oder Belgien. Der Demografie-Experte Eric Kaufmann schrieb 2010, dass am Ende des Jahrhunderts selbst in der Schweiz 40 Prozent der Vierzehnjährigen Muslime sein werden.[248] Natürlich muss das Vorhergesagte nicht unbedingt eintreten. Ob zum Beispiel immer mehr Christen sich vom Glauben abwenden, die Muslime jedoch nicht, ist möglich oder auch nicht. Aber diese Statistiken rechnen noch gar nicht mit der weiter anhaltenden Massenmigration und erst recht nicht mit einer derartigen Zunahme wie in den letzten Jahren. Wie auch immer, diese Bewegungen werden – wie in Europa oder in den Vereinigten Staaten, wo bis 2050 mehr Muslime als Juden leben werden – ernsthafte Auswirkungen haben. Demografische Studien zeigen, dass ethnische Schweden noch zu Lebzeiten dieser Generation zu einer Minderheit in ihrem Land werden, was die faszinierende Frage aufwirft, ob die schwedische Identität diese Generation überleben wird. Das ist eine Frage, mit der jedes andere westeuropäische Land ebenfalls konfrontiert werden wird. Europa ist stolz auf seine »internationalen Metropolen«, aber wie werden die Menschen auf »internationale Länder« reagieren? Wie werden wir uns selbst sehen? Und wer oder was werden »wir« sein?

Die Fragen des Sinns anzusprechen beziehungsweise wenigstens ihre Berechtigung anzuerkennen, ist inzwischen so ungewöhnlich, dass die Vermeidung als teilweise gewollt erscheint, obwohl unsere Probleme die Angewohnheit, sich ablenken zu lassen, ebenso befördert haben wie das Gefühl des Ennui. Trotz der beispiellosen Gelegenheit, die sie hätten, liefern die Medien und die sozialen Medien nur Klatsch und endlose Reaktionen auf etwas. Wer auch nur für kurze Zeit in die populäre Kultur eintaucht, versinkt in unerträglicher Oberflächlichkeit. Sollte das wirklich die Spitze europäischen Strebens und europäischer Errungenschaften sein? Überall um uns herum treffen wir auf weitere Zeugnisse der Oberflächlichkeit. Wo unsere Vorfahren einst die großen Bauwerke von Saint-Denis, Chartres, York, San Giorgio Maggiore, die Sankt-Peter-Basilika in Rom und den Escorial errichtet haben,

wetteifern heute die Gebäude nur darin, höher, glänzender und neuer zu sein. Öffentliche Gebäude werden nicht errichtet, um zu beeindrucken, sondern um zu bedrücken. Die europäischen Wolkenkratzer lenken den Blick weg von den edleren Skylines, die jetzt klein erscheinen. Das große Gebäude, das in London an die 2000er-Jahrtausendwende erinnern sollte, war nicht mal eine feste, mit dem Ziel der Haltbarkeit errichtete Struktur, sondern ein riesiges Zelt. Der Millennium Dome war die größte Membrankonstruktion der Welt. Wenn es stimmt, dass der Prüfstein einer Zivilisation die hinterlassenen Bauwerke sind, werden unsere Nachfahren ein sehr düsteres Bild von uns haben. Wir sehen aus wie Menschen, die den Wunsch zu beeindrucken verloren haben, weil wir nichts mehr besitzen, womit wir irgendwen beeindrucken könnten.

Gleichzeitig begnügt man sich am oberen Ende unserer Kultur – bestenfalls – damit zu sagen, dass die Welt komplex sei und wir einfach die Komplexität begrüßen sollen, statt nach Antworten zu suchen. Im schlimmsten Fall sagt man, dass alles ganz hoffnungslos sei. Natürlich leben wir in einem Zeitalter des außerordentlichen Wohlstands, der uns auch in der Verzweiflung ein komfortables Gefühl erlaubt. Aber das muss nicht immer so bleiben. Selbst heute, während die Sonne der Konjunktur noch hell leuchtet, gibt es Menschen, die die Lücke in unserer Kultur sehr wohl empfinden und einen eigenen Weg suchen, sie zu füllen.

Ich bin schon seit Jahren immer wieder betroffen, wenn ich von Menschen höre, die zum Islam konvertieren. Und die Begründungen ähneln alle einander. Es geht fast immer um eine Geschichte, die jeder junge Mensch erzählen könnte. Meistens gehen sie so: »Ich habe ein bestimmtes Alter erreicht« – meistens Ende 20 oder Anfang 30 – »und ich war in einem Nachtklub, ich betrank mich und dachte, es muss mehr im Leben geben als das.« Und fast nichts in unserer Kultur erwidert: »Doch es gibt mehr.« Da sie diese Stimme nicht hören, fangen die jungen Leute an zu suchen und finden den Islam. Dass sie sich für den Islam entscheiden, ist eine Geschichte für sich. Warum wenden sich diese jungen Männer und Frauen – es sind meistens Frauen – nicht dem Christentum zu und finden zu ihm? Das hängt sicher zum Teil damit zusammen, dass die meisten Zweige des europäischen Christentums ihr Vertrauen in ihre Mission oder auch nur in die eigene

Botschaft verloren haben. Für die schwedische Kirche, für die anglikanische Kirche, für die Lutheraner in Deutschland und für die anderen Zweige der europäischen Christenheit ist die Botschaft des Glaubens zu einer Form linker Politik, zu Aktionen für die Diversität und zu sozialen Projekten verkommen. Diese Kirchen befürworten die »offenen Grenzen«, sind aber sehr vorsichtig, wenn es darum geht, die Texte zu zitieren, die sie einst als Offenbarung predigten.

Aber es gibt noch andere Gründe. So existiert noch keine kritische wissenschaftliche Analyse der Wurzeln des Islam, wie das beim Christentum der Fall ist. Tatsächlich gibt es im Westen nur wenige Menschen, die über die Ursprünge des Koran arbeiten und ernsthafte Koranwissenschaft betreiben – wie zum Beispiel Ibn Warraq und Christoph Luxenberg –, die aber ihre Werke unter Pseudonymen veröffentlichen. Und ebenso wie jeder sein Leben in Gefahr bringt, der sich in der islamischen Welt der Blasphemie schuldig gemacht hat, müssen auch in Europa die Kritiker der Quellen und des Gründers des Islam entweder ihre Studien aufgeben oder sich verstecken oder wie Hamed Abdel-Samad in Deutschland unter ständigem Polizeischutz leben. Das hilft bestimmt für einige Zeit, den Islam zu beschützen und die Kritik seiner Quellen und Glaubenssätze aufzuhalten. Seit 1989 sind die Texte, Ideen und Bilder des Islam selbst in Westeuropa so stark der Kontrolle und Selbstkontrolle unterworfen, dass es verständlich ist, wenn ein politisch und religiös bewusst gewordener junger Mensch zur Schlussfolgerung gelangt, dass das Einzige, was unsere Gesellschaft für heilig hält und vor Kritik und Lächerlichmachung beschützt, die Behauptungen und Lehren von Mohammed seien.

Aber die Arbeit der »Blasphemie-Polizei« wird die Welle der Kritik nicht für immer aufhalten können. Es zeigt sich bereits ein größerer Appetit auf kritische Wissenschaft über die Ursprünge des Islam, und das Internet hat es einfacher als jemals zuvor gemacht, diese Ansichten zu verbreiten. Der Däne und frühere Extremist Morten Storm fiel vom islamischen Glauben ab und stieg bei al-Qaida aus, als er in einem Anfall von Wut seinen Computer einschaltete und »Widersprüche im Koran« in die Suchmaschine eingab und zu lesen begann. »Die ganze Konstruktion meines Glaubens war ein Kartenhaus, eine Schicht war auf die nächste aufgebaut. Entfernte man eine, brach alles zusammen.«[249] Storm war kein typischer Moslem, aber die Furcht, die

er verspürte, in die Ursprünge und die Bedeutung des Islam einzutauchen, und zugleich der Drang, es zu tun, empfinden viele Muslime. Viele kämpfen gegen diesen Drang an, werden gegen ihn weiter ankämpfen und werden auch versuchen, andere zurückzuhalten, weil sie wissen, was seine Befriedigung ihrem Glauben antun würde. Man konnte einen kurzen Blick auf diese Furcht erhaschen, als der führende Geistliche Yusuf al-Qaradawi in einem Interview 2013 erklärte, hätte man die Todesstrafe für das Verlassen der Religion aufgehoben, »würde der Islam heute nicht mehr existieren«. Solche Führer wissen, was alles noch passieren kann, und sie werden mit allen Mitteln für ihren Glauben kämpfen. Wenn sie dennoch scheitern – was geschehen wird –, dann bleibt zu hoffen, dass der Islam sich ebenso von der wortwörtlichen Interpretation wegbewegt und zu einem ähnlich verwundbaren und entschärften Zustand findet wie die anderen Weltreligionen. Das wäre die Lösung eines Problems, doch auch wenn dadurch Westeuropas Probleme etwas gelindert würden, gelöst werden würden sie deshalb noch nicht.

Der Wunsch nach einer radikalen Veränderung und das Gefühl der Leere – wie bei den Konvertiten – wären immer noch da. Es gebe immer noch das Verlangen und die Suche nach Gewissheiten. Doch diesem eindeutig angeborenen Verlangen widersprechen fast alle Anschauungen und Bestrebungen unserer Zeit. Die Sinnsuche ist keineswegs neu. Neu ist, dass sich fast nichts in der modernen europäischen Kultur als Antwort anbietet. Nichts ist da, was sagen würde: »Hier ist ein gedankliches, kulturelles, philosophisches und religiöses Erbe, das die Menschen über Jahrtausende genährt hat und auch für dich erfüllend sein könnte.« Schlimmstenfalls bekommt man nur das Bekenntnis des Nihilisten zu hören: »Deine Existenz ist bedeutungslos in einem bedeutungslosen Universum.« Wer an dieses Bekenntnis glaubt, ist nicht imstande, irgendetwas zu erreichen. Gesellschaften, die dem zustimmen, verspüren ebenso wenig die Verpflichtung, irgendetwas zu erreichen. Während es verständlich ist, dass manche Individuen nihilistisch eingestellt sind, als ein gesellschaftliches Bekenntnis ist der Nihilismus fatal.

Wir suchen an den falschen Stellen nach Antworten. Politiker zum Beispiel wollen natürlich ein möglichst breites Publikum ansprechen und verbreiten deshalb ihre Gedanken in Form derartiger

Allgemeinplätze, dass ihre Reden am Ende so gut wie nichts bedeuten. Sie reden auch so, als gebe es keine Anliegen, die man diskutieren müsste, und befassen sich lieber mit organisatorischen Fragen. Manche Aspekte der Organisation, wie die Bildung, sind tatsächlich wichtig. Aber nur wenige Politiker umreißen eine tiefere Vision dessen, was ein bedeutungsvolles Leben ist oder sein könnte. Vielleicht ist es auch besser so. Auch wenn immer wieder suggeriert wird, dass Bildung, Wissenschaft und die bloße Zugänglichkeit von Information jeden tieferen Drang in uns abgetötet haben, treiben uns diese Fragen und das Bedürfnis nach Antworten trotzdem um, auch wenn wir so tun, als wäre das nicht der Fall.

Die Art, wie die Wissenschaft, die wichtigste Stimme unserer Zeit, zu uns spricht, ist selbst schon entlarvend. In der Einleitung zu seinem 1987 auf Deutsch erschienenen Buch *Der blinde Uhrmacher* schreibt Richard Dawkins: »Dieses Buch ist in der Überzeugung geschrieben, dass unsere eigene Existenz zwar früher einmal das größte aller Rätsel war, heute aber kein Geheimnis mehr darstellt, da das Rätsel gelöst ist. Gelöst haben es Darwin und Wallace …«.[250] Genau hier befindet sich die Kluft zwischen der anerkannten säkular-atheistischen Welt unserer Kultur und der Realität, wie Menschen leben und ihr Leben erfahren. Dawkins kann das Gefühl haben, dass unser Mysterium gelöst sei – und in der Tat hat die Wissenschaft gewisse Teile dessen aufgelöst –, trotzdem fühlen sich die meisten von uns nicht »gelöst«. Wir leben und erfahren unsere Existenz nicht als »gelöste« Wesen. Im Gegenteil, wir erfahren uns, wie es auch unsere Vorfahren taten, als zerrissene und widersprüchliche Wesen, verletzlich durch uns selbst und eine Welt, die wir nicht verstehen können.

Und auch wenn keine intelligente Person das heutige Wissen über unsere Verwandtschaft mit dem Tierreich infrage stellen wird, begrüßen es nur wenige, wenn man in ihnen nichts als bloße Tiere sieht. Der verstorbene atheistische Schriftsteller Christopher Hitchens pflegte sich seinem Publikum als »Säugetier« vorzustellen. Doch auch wenn es anregend sein mag, uns unsere Abstammung und den Stoff, aus dem wir gemacht sind, in Erinnerung zu rufen, trotzdem wissen wir, dass wir mehr als Tiere sind, und lebten wir wie Tiere, würde dieses Etwas, das wir sind, entwürdigt. In der gleichen Weise wissen wir, dass wir mehr sind als Konsumenten. Es ist unerträglich, über uns zu

sprechen, als wären wir bloße Zähne im wirtschaftlichen Rad. Wir rebellieren nicht, weil wir das alles nicht sind, sondern weil wir wissen, dass wir nicht *nur* das sind. Wir wissen, dass wir etwas anderes sind, aber wir wissen nicht, was.

Religiöse Menschen finden dieses Gerede natürlich frustrierend, weil für wahre Gläubige die Frage immer sein wird: »Warum glaubst du nicht einfach?« Doch diese Frage ignoriert den wahrscheinlich unwiderruflichen Schaden, den Wissenschaft und historische Kritik den wörtlichen Ansprüchen der Religion zugefügt haben. Und sie ignoriert die Tatsache, dass Menschen zum Glauben nicht gezwungen werden können. Währenddessen fürchten sich die Glaubenslosen in unserer Gesellschaft zutiefst vor Debatten, die irgendwelche Konzessionen an die Religiösen machen und zulassen würden, dass die glaubensbasierte Diskussion in die öffentlichen Räume zurückkehrt.

Das mag ein Fehler sein, nicht zuletzt weil es Menschen ermutigt, Krieg gegen jene zu führen, deren Leben und Auffassungen – ob sie es mögen oder nicht – vom gleichen Baum stammen wie ihre. Es gibt keinen Grund, warum die Erben der jüdisch-christlichen Zivilisation und der Aufklärung in Europa so viel Zeit, wenn überhaupt, damit verbringen, Krieg gegen jene zu führen, die den Glauben behalten haben, dem so viele ihrer Auffassungen und Rechte entsprungen sind. Ebenso sinnlos ist es, wenn die – unter sich meist uneinigen – Europäer die Anhänger der jüdisch-christlichen Zivilisation und der Aufklärung als feindliche Lager betrachten, nur weil sie dem Buchstaben nach nicht an Gott glauben. Nicht zuletzt deshalb, weil wir in nächster Zeit viel eindeutigeren Gegnern nicht nur unserer Kultur, sondern unserer ganzen Lebensweise gegenüberstehen könnten. Wahrscheinlich schrieb deshalb gegen Mitte des 20. Jahrhunderts Benedetto Croce (und wurde unlängst von Marcello Pera wiederholt), dass wir uns alle als Christen bezeichnen sollten.

Solange die Nicht-Religiösen nicht bereit sind, für statt gegen die Quellen zu arbeiten, denen ihre Kultur entsprungen ist, ist kein Ausweg in Sicht. Denn es ist nicht erkennbar – egal, wie sehr man es auch versuchen mag –, dass es gelingen könnte, ein vollkommen neues Glaubenssystem zu erfinden. Da bisher jedoch niemand dieses völlig neue Glaubenssystem erfunden hat, verlieren wir unsere Fähigkeit, über Wahrheiten und Sinn zu sprechen. Und nicht nur das, wir verlieren

auch unsere Metaphern. Die populäre Kultur ist voll von »Engeln« und »ewiger« Liebe. Kerzen und anderes Strandgut der Religion sind ebenso präsent. Aber die Sprache und die Ideen sind ohne Bedeutung. Es sind leere Metaphern, ohne einen Bezug: Es sind Symptome einer leer gewordenen Kultur.

Doch nicht nur der Beitrag der Religion zu unserer Kultur löst Fragen ohne Antworten aus. Viele Jahre lang war es die Überzeugung von Menschen, die sich selbst irgendeinem Zweig des Liberalismus zugeordnet haben, dass die Errungenschaften der Aufklärung – der Triumph der Rationalität, der Vernunft und der Wissenschaften – so attraktiv seien, dass es ihnen gelingen müsse, jedermann von diesen Werten zu überzeugen. Tatsächlich kam im späten 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts für viele Menschen der Glaube an dem Fortschritt einem religiösen Bekenntnis nahe; man war davon überzeugt, dass sich die Menschheit auf einer aufsteigenden Bahn befinde, nicht nur angetrieben durch den technologischen Fortschritt, sondern auch durch den ihn begleitenden Fortschritt des Denkens. Die Überheblichkeit wuchs, weil wir »aufgeklärter« waren als unsere Vorfahren, mehr darüber wussten, wie wir hierhergelangt sind und woraus das Universum um uns herum besteht, und deshalb glaubten wir auch, dass wir deren Fehler vermeiden könnten. Die Anziehungskraft des Wissens, erworben durch Wissenschaft, Vernunft und Rationalismus, schien so selbstverständlich zu sein, dass man wie im Liberalismus annahm, das Leben sei eine Einbahnstraße. Wenn die Menschen nur anfingen, einmal in diese Richtung zu marschieren und die Vorteile dieses Weges zu genießen, war es unvorstellbar, dass irgendwer – der die Freuden dieses Weges erfahren hat – beschließen könnte, in die entgegengesetzte Richtung gehen zu wollen.

Doch in dieser Ära der Massenmigration mussten die Leute, die daran glaubten, feststellen, dass sich zunächst nur wenige, dann auch größere Gruppen tatsächlich in die entgegengesetzte Richtung aufmachten. Ein ganzer Strom floss in die andere Richtung. Leute in ganz Europa, die geglaubt hatten, dass die Schlacht um die Anerkennung der Evolution in Europa vorbei war, mussten erkennen, dass viele der nach Europa kommenden Menschen nicht an die Evolution glaubten und entschlossen waren, daran festzuhalten, die Theorie der Evolution sei unwahr. Jene, die glaubten, das System der

Menschenrechte – zum Beispiel die Rechte der Frauen, Homosexuellen und religiösen und ethnischen Minderheiten – seien eine Selbstverständlichkeit, mussten nun erkennen, dass es eine immer größer werdende Gruppe von Menschen gab, für die nicht nur nichts von dem selbstverständlich war: Sie hielten diese Rechte sogar für grundsätzlich falsch und töricht. Allmählich begann das Bewusstsein unter den Liberalen zu wachsen, dass am Ende womöglich wieder mehr Menschen gegen die angenommene Richtung der Geschichte marschieren könnten als in die andere und dass sich infolgedessen die Marschrichtung für alle ändern und die Liberalen zu einer Minderheit werden könnten.

Doch selbst wenn diese Angst vorhanden sein sollte, bewirkte sie keineswegs eine Änderung der liberalen Instinkte. Während Liberale in westeuropäischen Demokratien Jahre damit verbracht hatten, immer extremere Nischenaspekte der Frauen- und Schwulenrechte zu diskutieren, befürworteten sie weiter den Import von Millionen Menschen, die diesen Bewegungen das Existenzrecht grundsätzlich absprachen. Und während in den letzten Jahren vor allem die Rechte der Menschen mit nicht-binären Geschlechtsidentitäten und der Transgender das überragende Thema für Leute waren, die in Kategorien des sozialen Fortschritts dachten, kämpften diese zugleich dafür, dass weitere Millionen Menschen nach Europa gebracht wurden, die nicht einmal daran glaubten, dass Frauen die gleichen Rechte wie Männer genießen sollten. War das eine Demonstration des Glaubens an die Werte der Aufklärung? Werte, so stark und überzeugend, dass sie nach einer gewissen Zeit die Eritreer und Afghanen, die Nigerianer und Pakistani zur Umkehr bewegen würden? Wenn das so sein sollte, müssten sie von den täglichen Nachrichten der letzten Jahre vom Gegenteil dieser Annahme überzeugt worden sein.

Diese Erkenntnis muss furchtbare Schmerzen verursachen. Was wiederum in verschiedene Richtungen führen kann. Es kann zur Verleugnung der Realitäten führen – zum Beispiel zur Behauptung, unsere Gesellschaften seien mindestens so »patriarchal« und unterdrückerisch wie die der Einwanderer. Oder dem Beharren auf »Fiat justitia ruat caelum« (»Der Gerechtigkeit soll Genüge geleistet werden, und wenn der Himmel einstürzt«), was eine edle Überzeugung ist, bis die ersten Trümmer herabfallen. Es gibt natürlich auch jene, die

Europa und das, was sie sind und je waren, so hassen, dass sie buchstäblich jeden begrüßen, der kommt und es übernimmt. Während der Migrantenkrise war ich in Berlin und sprach mit einem Intellektuellen, der mir erklärte, dass die Deutschen Antisemiten und mit Vorurteilen beladen seien und allein schon deshalb verdienten, ersetzt zu werden. Er dachte nicht einmal daran, dass einige der Menschen, die ins Land gebracht wurden, die Deutschen des frühen 20. Jahrhunderts – ganz abgesehen von den heutigen – womöglich als leuchtende Vorbilder erscheinen lassen könnten.

Wahrscheinlicher ist die immer stärker werdende Anerkennung dessen, dass die Menschen und ebenso ihre Überzeugungen nun mal unterschiedlich sind und dass unsere eigenen Werte keineswegs universell gelten. Das allerdings könnte zu noch mehr Schmerzen führen. Wenn es stimmt, dass die Bewegungen für Menschenrechte, die dem sozialen Fortschritt des 20. Jahrhunderts entsprangen, und das Streben nach Vernunft und Rationalismus, das sich seit dem 17. Jahrhundert in ganz Europa ausgebreitet hat, nicht ein gemeinsames Gut der ganzen Menschheit sind, dann bedeutet das, dass es sich hierbei nicht um ein universelles System handelt, sondern um eines, das nicht anders ist als alle anderen auch. Ein solches System muss nicht zwangsläufig siegreich sein, es kann tatsächlich hinweggefegt werden wie vorher so viele andere auch.

Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass für viele Menschen der Zusammenbruch dieses Traumes mindestens so schmerzhaft ist oder werden wird wie der Verlust der Religion für die ehemals Gläubigen. Die liberale Postaufklärung hatte immer schon etwas von der Aura einer Religion. Nicht dass sie die gleichen Ansprüche für sich erhoben hätte, aber sie übernahm die gleichen Bilder. Sie hatte ihre eigenen Mythen, zum Beispiel das Bild vom intellektuellen Erweckungserlebnis nach der langen und chaotischen Zeit, in der einige spezielle Denkschulen existierten. Aber vor allem hatte sie auch ihren eigenen Mythos der Allgemeingültigkeit. Vielen Menschen im heutigen Westeuropa wurden diese Mythen eingeimpft, oder man glaubte an sie wegen ihrer quasi-religiösen Anziehungskraft. Sie stellen etwas dar, wofür man kämpfen und auch leben kann. Die Mythen geben dem Leben einen Sinn und eine Struktur. Auch wenn sie kein Jenseits versprechen wie die Religionen, sie können – fast immer

fälschlicherweise – die Vorstellung von einer Aura der Unsterblichkeit durch die Bewunderung der Kollegen erwecken.

Anders gesagt, die Menschen lassen sich den liberalen Traum ebenso schwer wegnehmen wie die Religion, weil er die gleichen unersetzbaren Eigenschaften besitzt. In Zeiten von Frieden und Ruhe werden die Ansichten solcher Leute als harmlos angesehen, und die Ungläubigen werden die anderen in Ruhe lassen. Aber in dem Moment, in dem dieser Glaube anfängt, das Leben aller anderen zu beschädigen, kann auch der Moment kommen, in dem man diese Gläubigen weniger großzügig und mit ökumenischem Verständnis behandelt. Wie auch immer: Die große Lücke, die von der verschwindenden Religion zurückgelassen wurde, könnte sogar noch größer werden durch das Verschwinden von Europas letztem nicht-religiösen Traum. Und danach, jedes Traumes beraubt, bleibt immer noch der Drang übrig, Antworten auf die unbeantworteten Fragen zu finden.

DIE LETZTE KUNST

Die augenfälligste Antwort – die aus dem 19. Jahrhundert – macht sich am ehesten durch ihre Abwesenheit bemerkbar. Warum kann Kunst – ohne die »Belastungen« der Religion tragen zu müssen – nicht dort weitermachen, wo die Religionen aufgehört haben? Die Antwort darauf liegt in den Werken jener, die immer noch diesem Ruf folgen wollen. Fast all diese Arbeiten haben die Aura einer zerstörten Stadt. Solch niedergestreckte Vorgänger wie Wagner lassen die Idee ähnlicher Bestrebungen sinnlos, wenn nicht gefährlich erscheinen.

Vielleicht war es genau diese Erkenntnis, die so viele zeitgenössische Künstler veranlasst hat, jeden Versuch einer Verbindung zu dauerhaften Wahrheiten, zu Schönheit und Wahrheit aufzugeben und der Öffentlichkeit einfach zu verkünden: »Ich liege mit euch im Sumpf.« Im 20. Jahrhundert änderten sich die Ziele der Künstler und die Erwartungen des Publikums. Dies wurde offenkundig in der Art, wie sich die Annäherung des Publikums von Bewunderung (»ich wünschte, ich könnte das auch«) zu Verachtung (»auch ein Kind könnte das«) bewegte. Die technische Ambition der Künstler wurde viel schwächer und verschwand oft vollständig. Und ihre moralischen Ambitionen bewegten sich auf der gleichen Bahn. Man kann die Schuld daran Marcel Duchamp und seiner Skulptur »Brunnen« (ein Urinal) in die Schuhe schieben, aber die große Gefolgschaft innerhalb der künstlerischen Kultur des Kontinents legt nahe, dass Duchamp nur dorthin führte, wo die anderen längst hinwollten. Wenn man heute durch Museen wie die Tate Modern in London streift, wird nur noch eines augenfälliger als der Mangel der technischen Fähigkeiten, nämlich der Mangel an Ambitionen. Die mutigeren Arbeiten erzählen von Tod, Leiden, Grausamkeiten und Schmerz, aber nur wenige sagen mehr über diese Themen aus, als auf die Tatsache ihrer Existenz hinzuweisen. Auf keinen Fall liefern sie Antworten auf die dargestellten Probleme. Jeder Erwachsene weiß, dass es Leiden und Tod gibt, und wenn nicht, werden sie davon bestimmt nicht in einer Kunstgalerie überzeugt. Doch die Kunst der Gegenwart scheint jede Anstrengung aufgegeben zu

haben, etwas in uns zu entzünden. Insbesondere hat sie den Wunsch aufgegeben, uns mit etwas wie dem Geist der Religion oder den Wonnen der Erkenntnis zu verbinden – Aristoteles nannte es »anagnorisis« –, in uns das Gefühl zu erwecken, dass wir gerade einer Wahrheit begegnet sind, die schon immer auf uns gewartet hat.

Es kann sein, dass dieses Gefühl nur entsteht, wenn man auf eine grundlegende Wahrheit stößt, doch für die Künstler und alle anderen scheint die Sehnsucht nach Wahrheiten verdächtig oder sogar unerfüllbar geworden zu sein. Wer in irgendeinen beliebigen Tempel der modernen Kultur geht, wird Massen von Menschen sehen, die auf der Suche nach etwas herumirren, ohne zu wissen, wonach sie suchen. Und doch gibt es immer noch Kunstwerke, die Menschen an etwas Großes erinnern. Einmal, als ich ziellos und unbeeindruckt durch eine Kunstgalerie streifte, hörte ich die Klänge von »Spem in Alium« von Thomas Tallis aus dem 16. Jahrhundert und machte mich auf den Weg zur Quelle der Töne. Und da begriff ich, warum unter anderem die anderen Teile der Galerie so leer waren. Jeder strebte wie ich zur gleichen »Sound-Installation« von Janet Cardiff. Sie bestand aus 40 Lautsprechern in einem Oval, und jeder Lautsprecher gab die Stimme eines Sängers in einem Chor wieder. Fasziniert standen die Menschen im Zentrum des Ovals. Paare hielten sich an den Händen, ein Paar saß umschlungen da. Das Ereignis fand statt, bevor das Werk von Thomas Tallis in den sadomasochistischen Romanen von E. L. James eine Rolle spielte.[251] Wer weiß, was nach dem Erscheinen der Romane geschehen wäre.

Es war tief bewegend, aber auch erschreckend, dass die Menschen das Erlebnis für eine Leistung von Janet Cardiff hielten und nicht von Thomas Tallis. Trotzdem fand »anagnorisis« an der Stelle statt. Man weiß es nicht, wie viele unter den Versammelten den Text oder die Bedeutung des Musikstücks kannten, aus dem die Sound-Installation entstanden war. Und trotzdem geschah etwas Merkwürdiges, Unzeitgemäßes. Eine der wenigen zeitgenössischen Kunstwerke, die eine ähnliche Wirkung entfalten, ist die Skulptur von Antony Gormley, mit dem Titel »Another Place« (Ein anderer Ort). Sie besteht aus hundert gusseisernen, lebensgroßen menschlichen Figuren, die auf Crosby Beach bei Liverpool auf das Meer hinausblicken. Die ganze Installation, die auf Wunsch der lokalen Einwohner dort für immer

bleiben soll, kann am besten gewürdigt werden, wenn sich die Ebbe einstellt und die Figuren der sinkenden Sonne hinterherblicken. Die Gründe für die Bewunderung sind teilweise die gleichen wie bei der Musik. Hier ist ein Bild, das im Alltag die Erinnerung an eine Geschichte (in diesem Falle an die Wiederauferstehung) aus dem Herzen unserer Kultur weckt. Sie ist keine Antwort, aber zumindest eine Erinnerung.

Solche Werke sind jedoch nichts weiter als der künstlerische Ausdruck von Ernst-Wolfgang Böckenfördes Problem. Was die Wirkung erzeugt, ist etwas, was früher geschah, nicht die dem Werk innewohnende Größe. Wenn solche Werke Erfolg haben, geschieht das wohl, weil sie parasitär sind. Sie saugen den Sinn, den sie haben, aus einer Tradition, zu der sie sich nicht bekennen und die sie auch nicht aufrechterhalten können. Doch diese Werke versuchen zumindest die großen Fragen der Religion anzusprechen. Ihre Antworten mögen verschwommener und ihre Zuversicht ängstlicher sein als früher, aber immerhin sprechen sie die gleichen Bedürfnisse und die gleichen Wahrheiten an. Die größere und originellere Spannung kommt in die europäische Kunst, wenn sie sich mit dem grundlegenden Trauma des Kontinents befasst. Das gehört zu einer anhaltenden Tradition, ist aber auch der Punkt an ihrem Ende.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg gab es einen Strang in der europäischen Kunst und Musik – in Deutschland stärker als anderswo –, der von Reife zu Überreife und schließlich zu etwas ganz anderem voranschritt. Die letzten Züge der österreichischen und deutschen romantischen Tradition – vertreten durch Gustav Mahler, Richard Strauss und Gustav Klimt – schienen fast sich selbst zu zerstören, als sie an den Gipfel der Reife gelangten, wonach nichts mehr folgen konnte als der vollständige Zusammenbruch. Nicht nur, dass sie todesbesessen waren, auch fühlte sich die Tradition an, als könnte sie nicht weiter gedehnt und erneuert werden, ohne zu reißen. Und so riss sie, als der Modernismus und dann der Postmodernismus folgten. Es gibt das Gefühl, dass seitdem jede erfolgreiche Kunst, insbesondere die deutsche, nur als eine Existenz in den Trümmern, die das Ergebnis dieser Explosion sind, fortexistieren durfte. Einen anderen Ausweg fand keiner.

Seit dem Krieg verbrachten die bedeutenden visuellen Künstler in Deutschland ihre Karrieren damit, in den Trümmern der Katastrophe ihrer Kultur zu arbeiten. Egal, ob sie gefeiert wurden, weil sie das Thema in Angriff nahmen, oder es taten, um gefeiert zu werden. Es ist auf jeden Fall bemerkenswert, dass die bedeutendsten deutschen Künstler in diesem Desaster untergetaucht verharrten. Die Karriere des 1932 geborenen Gerhard Richter ist ein Beispiel dafür. Sie begann erst richtig 1960 mit einer Serie von Ölgemälden, die er nach Fotos gemalt hatte. Einige waren einfacher zu interpretieren als andere. Zu den offensichtlichen und berühmtesten gehört ein Bild mit dem Titel »Onkel Rudi« (1965), das nach einem Foto entstanden ist, das einen leicht schiefen Mann in einer Naziuniform zeigt. Die anderen zeigten ähnlich unheilverkündende Themen, auch wenn der Zuschauer nicht genau wissen konnte, was wirklich dargestellt wurde. Das Bild »Herr Heyde« (1965) stellt einen älteren Mann dar, der mit einem Polizisten an seiner Seite ein Gebäude betritt. Aber selbst wenn wir nichts über die Namen wissen, müssen wir nicht gesagt bekommen, dass Werner Heyde ein SS-Arzt war, der nach fast 15 Jahren auf der Flucht gefasst wurde und sich schließlich im Gefängnis erhängte. Andere Bilder wie die »Familie Liechti« (1966) verwischen die Linien. Schauen wir hier auf eine Familie der Verbrecher oder der Opfer? Auch sie lebten in jenen Zeiten. Irgendetwas musste mit ihnen passiert sein. Nebst seinen technischen Fähigkeiten ist es Richters Verdienst, durch diese unbedeutenden Fotos gezeigt zu haben, dass sowohl über dem, was sie zeigen, als auch über der Zeit, in der sie entstanden sind, eine schwere Wolke hängt. Wie ein Nebel hängt die Schuld über der ganzen Kultur.[252]

Das Gleiche gilt für die Werke von Anselm Kiefer. Er wurde 13 Jahre nach Richter geboren, in dem Jahr, in dem der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Sein Werk ist noch offensichtlicher dem Wunsch gewidmet, eine große Kultur unter den Trümmern seiner Selbstzerstörung zu dokumentieren. Sein gewaltiger »Innenraum« (1981) ist – wie die Werke Richters aus den 60er-Jahren – eine offensichtliche Dokumentation des Horrors. Wenn man zum ersten Mal auf das Bild schaut, wird man aufgrund der Großartigkeit des Raumes und seines verfallenen Zustands – das Glasdach ist zersplittert, und die Wände der großen Halle sind eingerissen – schlussfolgern, dies sei ein Nazi-Raum. Wenn man genauer hinsieht, wird man feststellen, dass es sich

tatsächlich um den von Alber Speer entworfenen Mosaiksaal in Hitlers Reichskanzlei handelt. Aber das Gefühl, dass es sich hier um einen großartigen Anblick (das Bild ist etwa neun Quadratmeter groß) eines Raumes handelt, in dem etwas Schreckliches geschehen ist, ist ganz offensichtlich. Seine jüngeren Arbeiten wie »Erdzeitalter« (2009) sind auch sorgfältig erschaffene Schilderungen des sozialen Niedergangs. In diesem Falle häufen sich weggeworfene Leinwände zwischen Müll und verbogenem Metall. Es sieht aus wie nach einer Katastrophe. Es kann kaum etwas getan werden, als darüber nachzudenken, dass alles vergänglich ist, alles zerstört und fast nichts gerettet werden kann.[253]

Was nach diesem Punkt am Ende der Tradition kommen wird, kann niemand sagen. Ein Grund dafür, warum es den Künstlern so schwerfällt, die Katastrophe hinter sich zu lassen, könnte das Wissen über die Fehlentwicklungen der Politik und der Kunst sein, aber auch die Angst (fast sicher auch aus Gründen der Selbstheroisierung), dass die politische Fehlentwicklung eine Folge der Fehlentwicklung der Kunst sein könnte. Auch das könnte ein Grund der Schweigsamkeit und der Angst sein.

Zurzeit bleibt die Welt der Hochkultur Teil des umfassenden europäischen Tatorts. Künstler und andere mögen in den Trümmern versuchen herauszubekommen, was geschehen ist. Aber sie wissen, dass jede Fortsetzung der Tradition die glimmende Asche entzünden und die Wiederkehr des Verbrechens heraufbeschwören kann. Die einzige mögliche Antwort ist zu schlussfolgern, dass alles, was geschehen ist, gegen die Kunst passiert sei, mit anderen Worten: Die Kunst habe keinen Einfluss auf die Kultur gehabt. Wenn es aber so ist und die Kunst nichts herbeiführen kann, dann ist eine abschließende Analyse der Kunst ohne jede Bedeutung. Das ist zumindest eine Erklärung dafür, warum die Kunstwelt gegenwärtig das gleiche Spiel der oberflächlichen Dekonstruktion spielt, wie es auch in der Welt der Hochschulen geschieht. Und es erklärt auch, warum die oft aus New York importierte, ironische, naive und scherzhaft unehrliche Kunst so viele Galerien füllt und für so gewaltige Summen verkauft wird.

Die drei Richtungen in der gegenwärtigen Kunst – die parasitäre, die gespenstische Endpunkte setzende und die absichtlich unehrliche – sind keine Verirrungen der Kultur. Sie repräsentieren die Kultur nur zu gut. Die Erste kann sich nicht selbst erhalten, die Zweite kommt mit so

einer unterdrückerischen Gewalt daher, dass man sich wünscht, sie wegzuwerfen, und die Dritte hat keine Aussage. Die Ergebnisse sehen wir überall um uns herum. Gehen Sie egal in welche Stadt, die in diesem Buch erwähnt wurde, und Sie werden überall erleben, wie man Sie hinters Licht führt. Obwohl in einigen Städten immer noch die üblichen Konzerte aufgeführt werden, versucht man überall den Veränderungen zu entsprechen, die um uns herum stattfinden. In Malmö fand an einem Abend nur ein einziges Konzert statt, und zwar ein Fusion-Konzert, das etwas mit Falafel zu tun hatte und wahrscheinlich auf seine Art das Richtige war. Kultur sollte die Gesellschaft widerspiegeln, und die Gesellschaft hat sich geändert. Das Konzertprogramm widerspiegelt das genauso wie die sich leerenden Synagogen. Beides sind Demonstrationen dessen, was geschieht, und sind ein angemessenes Spiegelbild der Zeiten, in denen wir leben.

Dieser Übergang von einer Kultur zu etwas anderem ist die größte denkbare Widerlegung aller Annahmen der vorhergehenden Generation. Entgegen allen Vorhersagen und Erwartungen haben sich die Leute, die nach Europa kamen, nicht unsere Kultur angeeignet und sind nicht Teil von ihr geworden. Sie brachten ihre eigene mit. Und sie taten es zu einem Zeitpunkt, als unsere eigene Kultur die Zuversicht verloren hatte, für sich sprechen zu können. Tatsächlich haben viele Europäer mit einer gewissen Erleichterung die Befreiung von sich selbst begrüßt, veränderten sich bereitwillig, verwässerten sich selbst oder veränderten sich vollständig.

DEPRESSIVE KLARHEIT

Natürlich weiß niemand, was als Nächstes auf uns zukommt. Es kann sein, dass dieser Zustand noch eine sehr lange Zeit anhält. Oder es ändert sich alles, und etwas anderes füllt das spirituelle und kulturelle Vakuum aus – mit einer atemraubenden Geschwindigkeit. Einer der Gründe, warum sich Michel Houellebecq als der emblematische Autor unserer Zeit erweisen könnte, ist nicht nur, weil er Chronist und Beispiel des vollständigen Nihilismus ist, sondern auch, weil er kraftvoll und überzeugend dargestellt hat, was darauf folgen könnte.

Für Houellebecq und seine Charaktere ist das Leben ein einsames und sinnloses Geschäft, ohne Bedeutung, Freude oder Trost, bis auf die wenige Male, wenn sie – meistens von Prostituierten – einen geblasen bekommen. Die Tatsache, dass dem Chronisten dieser Existenz von seinen Kollegen unter anderen Auszeichnungen auch der Prix Goncourt verliehen wurde, ist weniger erstaunlich als die Tatsache, dass ein Schriftsteller wie er so populär werden konnte. Seit fast zwei Jahrzehnten sind seine Bücher sowohl im französischen Original als auch in Übersetzungen Bestseller. Wenn sich Bücher so gut verkaufen – insbesondere wenn sie kein dummes Zeug, sondern Qualitätsliteratur sind –, müssen sie etwas über unsere Zeit aussagen. Vielleicht sind sie nur eine extreme Darstellung unserer gegenwärtigen Existenz, aber nicht einmal die Frische von Houellebecqs Nihilismus hätte für diese Anziehungskraft ausgereicht – wenn er seinen Lesern nicht wenigstens einen Funken abstoßender Selbsterkenntnis geboten hätte.

In seinem ersten großen Roman *Elementarteilchen* (1998) umriss er die Grundszene, indem er eine Gesellschaft und ein paar Lebenswege zeigte, die keinem einzigen Ziel folgen. Familienbeziehungen, wenn sie überhaupt existieren, sind vergiftet. Tod und die Angst vor ihm füllen den Raum, der einst Gott gehörte. Irgendwann legt sich Michel, einer der beiden Hauptheiden, für zwei Wochen ins Bett und starrt den Heizkörper an. »Wie kann eigentlich eine Gesellschaft, so fragte er sich, ohne Religion weiterbestehen?«[254] Darauf folgt keine Erkenntnis, nur weiteres Anstarren des Heizkörpers.

In dem Zustand, der als »depressive Klarheit« beschrieben wird, gibt es – außer Sex – keine Momente von Freude. Christiane, mit der der andere Hauptheld, der Halbbruder von Michel, Bruno eine stockende, bedeutungslose Konversation führt, unterbricht irgendwann das Schweigen, indem sie vorschlägt, eine Orgie auf einem Nudistenstrand zu besuchen. Der Zustand der Kultur hat sie überwältigt und unter ihrer eigenen Sinnlosigkeit begraben. Wir lesen dazu: »Inmitten des Selbstmords der westlichen Welt war es klar, dass sie keine Chance hatten.«[255] Obwohl die Freuden des Konsums bei Weitem nicht ausreichen, können sie doch immerhin ablenken. Während Bruno die Beerdigung oder Einäscherung des Körpers seiner Mutter vorbereitet, spielt er Tetris auf seinem Gameboy. »Game over«, heißt es da, und es spielt »eine heitere kleine Melodie«.

Zwar wiederholt *Plattform* (auf Deutsch 2002) die Themen und Charaktere von *Elementarteilchen,* aber hier konzentriert sich der Autor auf etwas Bestimmtes. Wieder bringt drastischer Sex in zahlreichen Wiederholungen und Variationen das einzige Licht in die Dunkelheit. Valerie, eine Frau, die alle sexuellen Wünsche des Haupthelden Michel zu erfüllen bereit ist, ist eine engelhafte Figur, eine Quelle der Hoffnung. Doch auch unter diesen Umständen sind die Genitalien nicht mehr als eine »magere Kompensation« für all das Unglück, den Mangel und die Sinnlosigkeit des Lebens. In *Plattform* allerdings erobert eine andere Weltsicht die Charaktere Houellebecqs.

In *Plattform* gibt Michel seinen Job im öffentlichen Dienst auf und will mit Valerie in Thailand einen Sexklub für Urlauber eröffnen. Er hasst die Dekadenz dieses touristischen Unterfangens und die Menschen, die daran teilnehmen, während er selbst Teilnehmer ist. Eines Tages stürmen Terroristen – die die zur Schau getragene Dekadenz ebenso hassen, aber ihre eigenen Ansichten darüber haben, wie man damit umgehen sollte – den Strand und massakrieren viele Touristen, darunter auch Valerie. Nach den Terrorangriffen von Bali 2002 sah man in diesem Szenario so etwas wie eine Vorhersage. Auch wenn Houellebecq damit ein gewisses Ansehen errang, wurde es von dem Ärger, den er sich mit dem Buch in Frankreich einhandelte, konterkariert. Nach dem Massaker schildert der Hauptheld seine Verachtung des Islam so:

> »Man kann allein dadurch am Leben bleiben, dass man von einem Gefühl der Rache erfüllt ist; viele Menschen haben so gelebt. Der Islam hatte mein Leben zerstört, und der Islam war sicherlich etwas, was ich hassen konnte. In den folgenden Tagen bemühte ich mich, die Muslime zu hassen. Es gelang mir ganz gut, und ich begann, wieder die Nachrichten aus aller Welt zu verfolgen. Jedes Mal, wenn ich erfuhr, dass ein palästinensischer Terrorist, ein palästinensisches Kind oder eine schwangere Palästinenserin im Gazastreifen erschossen worden war, durchzuckte mich ein Schauder der Begeisterung bei dem Gedanken, dass es einen Moslem weniger gab. Ja, man konnte auf diese Weise leben.«[256]

Wegen dieses Abschnitts und anderer Erklärungen in Interviews sowie auch wegen Aussagen in *Elementarteilchen* (wo einer der Protagonisten den Islam als die »die dümmste, falscheste und obskurste aller Religionen« beschreibt) wurde Houellebecq in Frankreich zum Gegenstand juristischer Verfahren. Ob deshalb oder wegen seines häufig zitierten Wunsches, seine Steuern zu minimieren, verließ er danach Frankreich, um für einige Zeit in Irland zu leben.

Vielleicht hat ihn die Dummheit aus Frankreich vertrieben. Denn schließlich konnte jeder, der seine Bücher wirklich gelesen hat – und nicht nur die Auszüge, von denen man annahm, sie würden beleidigend klingen –, wissen, dass seine Romane unendlich schärfer die moderne westliche Welt kritisieren und verachten als die Empfindungen und Behauptungen des Islam oder der Muslime. Houellebecqs Verachtung zielt in alle Richtungen, auf Homo- und Heterosexuelle, auf Chinesen und jede andere Nationalität. Houellebecq wegen Grobheiten gegen Muslime vor Gericht zu stellen, war eine Demonstration des Spiels mit Trümpfen der Empfindlichkeiten, aber auch ein Zeichen von literarischer Ignoranz. Nicht nur, weil man einen Autor wegen seiner Ausdrucksweise vor Gericht zerrte, sondern auch deshalb, weil Houellebecqs Hohn und Verachtung weit über das Gewinsel und die Anklagen von Interessengruppen hinausgehen. Seine Wut richtet sich gegen dieses ganze Zeitalter und die Spezies Mensch als Ganzes.

Doch egal, welche Akrobatik, egal, welches Feuerwerk die Literatur dieser Art aufführt, muss sie irgendwann reifen, oder sie verläuft im Sande. Der Beweis dafür, dass Houellebecq nicht im Sande verlaufen würde, kam mit *Karte und Gebiet* (auf Deutsch 2011), die Geschichte eines Künstlers, der zu märchenhaftem Reichtum kommt durch seine vollkommen einmalige Kunst. Der Reichtum ermöglicht ihm, sich von der französischen Gesellschaft abzusondern, die in einer nahe liegenden Zukunft zu einem Themenpark für superreiche Chinesen und Russen geworden ist. Der Roman ist nicht nur die Untersuchung der traditionellen Houellebecq'schen Themen (gestörtes Familienleben, leerer Sex, Einsamkeit), sondern auch eine tiefsinnige Satire der modernen Kultur. Dazu gehört auch ein urkomisches und verheerendes Selbstporträt – eine Erinnerung daran, dass die wildesten Kritiker ihren Blick immer auch auf sich selbst richten. Der Künstler im Roman besucht den betrunkenen Schriftsteller Michel Houellebecq in seiner fernen und unschönen irischen Zuflucht.

Das Selbstporträt ist bemerkenswert genau. Ein zügelloser Alkoholiker, depressiv und abschweifend: Das Porträt Houellebecqs in *Karte und Gebiet* zeigt ein fast verletzend ausgetrocknetes Leben. Es ist auch ein Leben, das Feinde produziert. Ein merkwürdiges Detail ist, dass der Houellebecq des Romans irgendwann tot aufgefunden wird – enthauptet, gehäutet und verstümmelt. 2016 klang diese Szene überhaupt nicht mehr amüsant.

Unterwerfung erschien auf Französisch am 7. Januar 2015. Schon davor jedoch sorgte der Roman für eine Kontroverse unter Kritikern und Politikern. Die Handlung des Romans führt in die französische Politik im Jahr 2020. Präsident François Hollande beendet eine katastrophale zweite Amtszeit. Marine Le Pens Front Nationale führt in den Umfragen für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Die UMP der republikanischen moderaten Rechten bricht ebenso zusammen wie die Partei der Sozialisten. Doch kurz davor ist eine neue Partei entstanden – eine muslimische Partei unter der Führung eines moderaten Islamisten, unterstützt durch die wachsende muslimische Bevölkerung Frankreichs. Je näher das Endergebnis rückt, umso klarer wird es für die Parteien des Mainstream, dass sie den Front Nationale von der Macht nur fernhalten können, wenn sie sich mit den Islamisten zusammenschließen. Sie tun es, und die Islamistische Partei gewinnt

die Präsidentschaftswahlen. Die Islamisten benutzen einige biegsame Altlinke als Tarnung und beginnen damit, Frankreich umzugestalten, nicht zuletzt, indem sie die Kontrolle über die Bildung übernehmen und – mithilfe der finanziellen Unterstützung aus der Golfregion – die Universitäten, darunter die Sorbonne, in islamische Institutionen umwandeln. Am Ende sieht sogar der Hauptheld des Romans – ein lasterhafter Forscher von J.-K. Huysmans, einem Romancier des 19. Jahrhunderts – ein, dass es sich lohnt, zum Islam zu konvertieren.

In den wenigen öffentlichen Äußerungen Houellebecqs über das Buch bemühte er sich stets, seine Bewunderung für den Islam zu betonen. Vielleicht war das ein Beweis dafür, dass die Einschüchterungen und Drohungen der Gedankenpolizei doch Wirkung zeigen. Unter denen, die Houellebecq angegriffen und lächerlich gemacht haben, war auch das damals außerhalb Frankreichs noch kaum bekannte satirische Wochenmagazin *Charlie Hebdo.* Das Magazin, das auf eine lange Tradition der linken, säkularen, antiklerikalen Bilderstürmerei zurückblicken kann, gelangte zeitweilig zu einer gewissen internationalen Bekanntheit, nachdem es wiederholt bereit war, den Propheten des Islam darzustellen. Nach dem dänischen Karikaturenstreit 2005 war es fast die einzige Publikation, die es wagte, die Karikaturen zu drucken. Das Magazin hielt trotz Angriffen, juristischer Bedrohungen und eines Brandbombenanschlags an seinen Prinzipien fest, wie es auch im Falle seiner Kritik am Papst, Marine le Pen und anderen getan hatte.

In Erwartung des neuen Romans war an diesem Januarmorgen die typische, hässliche Karikatur eines scheußlichen, gnomartigen Houellebecq auf der Titelseite des Magazins zu sehen, als sich zwei islamistische Attentäter ihren Weg in das Pariser Büro von *Charlie Hebdo* bahnten und zehn Redakteure und zwei Polizisten erschossen. Als die im Jemen ausgebildeten französischen muslimischen Attentäter das Büro verließen, hörte man sie schreien: »Wir haben den Propheten Mohammed gerächt!« und »Allahu Akbar!« Unter den Opfern des Angriffs auf die morgendliche Redaktionskonferenz war auch der Ökonom Bernard Maris, ein enger Freund Houellebecqs.

Daraufhin strichen Houellebecqs Herausgeber seine Werbetour, und der Autor selbst versteckte sich. Seitdem wird er von Personenschützern begleitet. Doch obwohl der französische Staat hilft, für seine Sicherheit

zu sorgen, unterstützt er ihn keineswegs. Gleich nach dem Attentat auf *Charlie Hebdo* sagte der damalige sozialistische Ministerpräsident Manuel Valls in einer Rede: »Frankreich ist nicht Michel Houellebecq … es ist nicht Intoleranz, Hass und Angst.« Ganz offensichtlich hat der Ministerpräsident den Roman nicht gelesen – außer er hat ein Vorabexemplar erhalten. Doch auch wenn der Roman provokativ sein sollte, geht das den Ministerpräsidenten nichts an. Allerdings ist *Unterwerfung* keineswegs bloße Provokation. Und es ist ein unendlich feinfühligeres und ausgeklügelteres Buch als Jean Raspails *Das Heerlager der Heiligen* und andere Dystopien dieser Art.

Das Leben des Hauptheldens François ist nicht nur ausgetrocknet in der üblichen Houellebecq'schen Art, es braucht auch in schmerzhafter Weise Entlastung. Während sich die französische Gesellschaft und Kultur um ihn herum zersetzt, bekommen zwei Ereignisse eine besondere Bedeutung. Das erste findet statt, als seine jüdische Freundin beschließt, Frankreich zu verlassen und sich ihrer Familie in Israel anzuschließen. Nach einer athletischen sexuellen Übung zum Abschied fragt sie ihn, was er machen werde, da es jetzt danach aussehe, dass die Universität, wenn die Moslempartei an die Macht kommt, schließen werde. »Ich küsste sie sanft auf die Lippen und sagte: ›Für mich gibt es kein Israel.‹ Kein tiefer Gedanke, aber so war es.« Tatsächlich ist das ein sehr tiefer Gedanke.

Aber der tiefere, spirituelle Sinn des Romans liegt in den Meditationen von François über den Gegenstand seiner wissenschaftlichen Arbeit. Houellebecq nimmt (wie die meisten seiner literarischen Kritiker) an, dass seine Leser das Werk Huysmans' nicht kennen, aber viele werden das Buch *Gegen den Strich* gelesen oder zumindest davon gehört haben. Es ist eines der wichtigsten Texte der französischen Dekadenz im 19. Jahrhundert. Am Anfang des Romans ist François von seiner Begeisterung für Huysmans gelangweilt, wie viele Wissenschaftler es sind, wenn ihre erste Liebe von immer wiederkehrenden Vorträgen und Fragen verschüttet wurde. Doch Huysmans' ständige Anwesenheit im Roman ist wichtig, weil im Laufe der Handlung François nicht nur seine Leidenschaft für ihn wiederentdeckt, sondern auch der zentralen Herausforderung von Huysmans' Leben entgegentritt. Wie viele der zeitgenössischen Dekadenten jener Zeit in Europa findet Huysmans am Ende zum

Katholizismus. François versucht, diesen Weg nachzuzeichnen, während um ihn herum alles zerfällt, Gewalt bricht zunächst nur andeutungsweise, dann vereinzelt aus, und schließlich gehören erschreckende Gewaltausbrüche zum Alltag.

François besucht sogar das Kloster, in dem Huysmans zum Glauben fand und in dem er als junger Wissenschaftler nach seinem literarischen Idol gesucht hatte. Er sitzt vor der gleichen Madonna, und seine Gedanken streben dem gleichen Ziel zu. Doch er schafft es nicht: Er mag zwar zu der gleichen Quelle zurückgekehrt sein und sich geöffnet haben, aber er bringt es nicht fertig, den notwendigen Schritt zum Glauben zu gehen. Und so kehrt er zurück nach Paris, und dort erklärt ihm die neue, islamische Führung der Universität – nachdem sie ihm eine großzügige Rente gewährt hat – den Sinn des Islam. Und nicht nur den Sinn, dass er seine Karriere wieder aufnehmen könne, wenn er konvertiere, sondern auch den Sinn, den er für alle anderen Aspekte seines Lebens haben würde. Er könnte mehrere Frauen haben (bis zu vier und – wenn er es möchte – auch viel jüngere, als er bisher bevorzugte). Und er wäre natürlich zum ersten Mal in seinem Leben Teil einer sinnhaften Gemeinschaft. Er könnte weiterhin die wenigen Freuden seines bisherigen Lebens genießen und würde viel mehr an Annehmlichkeiten gewinnen, als er es sich jemals würde vorstellen können. Im Gegensatz zum beschwerlichen Weg zum Katholizismus ist der Sinn des Islam von praktischer Natur, und die Bekehrung zu ihm ist in einer Gesellschaft, die reif für die Unterwerfung ist, unabweisbar.

Schon bevor *Unterwerfung* erschien, kam die Frage auf, ob die darin enthaltene Vision plausibel sei. Seitdem ist ein Teil der Frage bereits beantwortet worden. Viele kleine Details stimmen genau. Zum Beispiel wie kurz vor den Wahlen die französischen Medien und Politiker des Mainstream bewusst wichtige Ereignisse verschleiern. Die französischen Leser werden sich dabei gewiss an die Ereignisse im Dezember 2014 erinnern, als muslimische Terroristen mit Autos in Menschenmengen fuhren und dabei »Allahu akbar« schrien. Medien und Politiker stellten diese Terrorakte als bedeutungslose Verkehrsunfälle dar. Dann ist da noch das Porträt der Führer der jüdischen Gemeinde, die ihren Feinden schmeicheln und mit ihnen verhandeln, während alle Zeichen dafür sprechen, dass ihre Gemeinde gerade vernichtet wird. Und natürlich ist da noch die besonders

realistische Darstellung der Klasse der Politiker aller Couleur, die vor allem als Antirassisten gesehen werden wollen und die am Ende ihrer Schmeicheleien das Land der übelsten und am schnellsten wachsenden rassistischen Bewegung der Zeit überlassen.

Noch wichtiger als die politische Analyse im Buch ist die soziale Diagnose. Wenn es einen Grund gibt, warum Houellebecq weit über die meisten zeitgenössischen Autoren hinausragt, dann ist es der, dass er die Tiefe und die Kraft der Fragen realisiert, denen Westeuropa gegenübersteht. Die glücklichste Fügung seiner Karriere ist es, dass seine Arbeiten gerade zu einem Zeitpunkt ihre größte künstlerische Reife erreichten, zu dem die Gesellschaft dabei ist, von dem Zustand der Überreife in etwas anderes umzukippen. Noch mehr Dekadenz und Barbarei oder Erlösung? Und wenn Erlösung, wessen und welcher Art?

Kapitel 17
Das Ende

Seit der großen Entscheidung von Kanzlerin Merkel ist inzwischen einige Zeit vergangen, und immer noch beharren Politiker, Medien, Stars und Prominente darauf, dass Europa weiterhin die Migranten der Welt aufnehmen müsse. Wer dem widerspricht – die Mehrheit der Bevölkerungen mit inbegriffen –, wird als hartherzig und mutmaßlicher Rassist abgetan. Und obwohl es als ausgemacht gilt, dass die Lage in Europa katastrophal ist, nehmen die Patrouillen im Mittelmeer weiterhin Tausende Menschen auf. Tatsächlich bestätigten selbst die Agenturen der EU, dass die Zahl der Migranten, die im Juli 2016 in Italien ankamen, um 12 Prozent höher lag als im Juli 2015. Ein Jahr nach dem, was man damals als den Höhepunkt der Krise bezeichnete, wurden vor der Nordküste Afrikas innerhalb von nur 48 Stunden mehr als 10 000 Menschen aufgenommen. Wann immer die Medien über diese Ereignisse berichteten, wurde davon gesprochen, dass diese Migranten im Mittelmeer »gerettet« oder »in Sicherheit gebracht« worden seien. Allerdings fuhren die europäischen Schiffe mittlerweile immer näher an die nordafrikanische Küste heran und nahmen Menschen aus Booten auf, die nur wenige Minuten zuvor von der Küste abgelegt hatten. In Wirklichkeit wollte man damit zum Ausdruck bringen, dass die Migranten nicht aus der Seenot, sondern vor der furchtbaren Lage »gerettet« oder »in Sicherheit gebracht wurden«, die sie in erster Linie dazu veranlasst hatte, die Boote zu besteigen. Aber wie vorher auch, solche Details spielten keine Rolle.

Zu den uninteressanten Details gehörte ebenso, dass im Strom nach Italien sich so gut wie überhaupt keine Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien mehr befanden. Es waren fast ausschließlich junge Männer aus

Schwarzafrika. Ein anderes Thema, das eventuell mehr Interesse verdient hätte, war, dass das, wovor diese Männer flohen, sehr wahrscheinlich nicht schlimmer war als das, wovor in den kommenden Monaten und Jahren Hunderte von Millionen anderer auch werden fliehen wollen. Und sobald die Migranten »gerettet« waren, verloren die so gütigen Europäer, die die Fortsetzung dieser Politik forderten, jegliches Interesse an den Neuankömmlingen. 2015 – die Migrantenkrise war auf ihrem Höhepunkt – hatten viele Persönlichkeiten in Großbritannien, angefangen von dem Anführer der Scottish National Party (SNP) über den Innenminister im Schattenkabinett der Labour Party bis hin zu vielen Schauspielern und Rockstars, angeboten, eine Flüchtlingsfamilie aufzunehmen. Mehr als ein Jahr später hat keiner von ihnen das Versprechen wahr gemacht. Wer während der Krise Großzügigkeit und guten Willen gezeigt hat, konnte einfacher von anderen erwarten, auch gütig zu sein, zumal man doch gezeigt hatte, dass man auf der Seite der Armen und Unterdrückten dieser Erde stand. Die Konsequenzen dieser Güte überließ man freilich anderen.

Die aktuellen Details blieben beunruhigend und weiterhin schlecht geregelt. Im September 2016, einen Monat nachdem ich auf Lesbos war, haben Migranten im Camp Moria die Anlage niedergebrannt. Der zündende Funke könnte alles gewesen sein. Menschen steckten dort seit mehr als einem halben Jahr fest, nachdem die anderen europäischen Länder, die weiterhin betonten, wie wichtig die Rettungsaktionen seien, ihre Grenzen schlossen und Griechenland mit den Folgen der Rettung allein ließen. Es gab Gerüchte unter den Lagerinsassen, dass eine Rückführung in die Türkei unmittelbar bevorstehe. Andere erzählten, dass es die langen Schlangen bei der Essensausgabe waren, die zum Abfackeln des Camps geführt hätten. Es hätte aber auch die Folge innerethnischer Gewalt sein können. Auf einem Video, das das Niederbrennen des Camps zeigt, sind »Allahu Akbar«-Rufe zu hören.

In der Woche, nachdem Moria niedergebrannt war, war ich wieder in Deutschland. Überall waren die Folgen der Entscheidung, die die Kanzlerin im Jahr davor getroffen hatte, sichtbar. Zum Fernsehprogramm gehörte auch eine Stand-up-Comedy-Show, in welcher Migranten-Stars einige wenige Zuschauer unterhielten. Die Migranten gaben dem über Deutschland ergießenden Strom ein

menschliches Gesicht, und ihre Zuschauer bemühten sich verzweifelt, die Erfahrung zu mögen. Aber TV-Star zu sein gehörte nicht zur Realität für die überwiegende Mehrheit der Neuankömmlinge. Im Untergeschoss einer evangelischen Kirche in einem Berliner Außenbezirk begegnete ich 14 Flüchtlingen, die auf Etagenbetten hausten. Alle waren Männer um die 20, die meisten kamen aus dem Iran. Einer gab zu, 1200 US-Dollar für die Überfahrt nach Griechenland gezahlt zu haben. Zuerst ging er nach Norwegen, aber dort gefiel es ihm nicht. Sie behaupteten, zum Christentum konvertiert zu sein, und deshalb soll ihnen die Kirche Obdach angeboten haben. Vielleicht stimmte das sogar, aber das Konversionsgeschäft war zu der Zeit schon eine allgemein bekannte Gaunerei. Die Behauptung, man sei zum Christentum konvertiert, sorgte dafür, dass der Asylantrag fast immer genehmigt wurde.

In Berlin hatte ich Gelegenheit, mit einem Mitglied des Bundestages zu sprechen, der einer der wichtigen Unterstützer von Kanzlerin Merkel war. Er stellte das Problem als ein rein bürokratisches dar. Das Fehlen von Wohnungen zum Beispiel war »keine Katastrophe, sondern eine Aufgabe«. Wie konnte das Land für bessere Integration sorgen? Die Migranten erhielten zu der Zeit 60 Stunden Unterricht über deutsche Werte. Der Abgeordnete meinte, vielleicht sollte man das auf 100 Stunden erweitern. Besonders bemerkenswert war seine Ansicht, die ich seit Jahren in Deutschland immer wieder gehört habe, dass es die Deutschen seien, mit denen man Probleme habe. Die Leute, die sich wegen der Veränderungen in ihren Regionen Sorgen machten, würden zu viel Zeit mit Blogs verbringen und zu wenig in der Realität. Und als ich ihn über die Kriminalität von Migranten befragte, vertrat er die Meinung, Flüchtlinge seien weniger kriminell als der durchschnittliche Deutsche.

Eine Million Menschen innerhalb eines Jahres aufzunehmen, sei »keine große Sache«, wie der Abgeordnete sagte. Stellen Sie sich vor, sagte er, es säßen 81 Menschen in einem Raum. Und dann klopft jemand an der Tür. Er erzählt uns, dass er, wenn er draußen im Flur bleibe, umgebracht werde. Was macht man da? Natürlich lassen wir ihn herein. Und was machen Sie, fragte ich, wenn, nachdem Sie den 82. hereingelassen haben, wieder einer an der Tür klopft? Muss auch der 83. hereingelassen werden? Selbstverständlich, sagte der Abgeordnete.

Offensichtlich gibt es keine Zahl, bei der die Tür nicht weiterhin geöffnet werde. Also ändern wir die Gesprächsrichtung. 2015 erhielten Asylsuchende aus Syrien in Deutschland Vorrang. Warum, stelle ich die Frage, die mir die Afghanen auf Lesbos gestellt hatten, erhalten nicht auch Afghanen Priorität? Und wieso nicht auch die anderen? Es bestehe doch kein Zweifel, dass die Lage in Eritrea und anderen afrikanischen Ländern sehr schlecht sei. Was ist mit den Leuten aus Fernost, aus Myanmar und Bangladesch, die ich getroffen hatte? Warum erhalten sie nicht auch die gleiche Priorität?

Der Abgeordnete wurde zunehmend verzweifelt in Anbetracht von Fragen, die er für rein theoretisch hielt. Sie bezögen sich auf keine reale Situation, sagte er, und bedürften deshalb keiner Antwort. Außerdem kämen die Menschen nicht mehr in so großer Zahl nach Deutschland, es sei also nicht notwendig, über derartige Szenarien nachzudenken. Dies war – das muss ich zugeben – der Blitzschlag-Moment meiner Reisen. Denn dieser deutsche Abgeordnete wusste wie jeder Zeitungsleser auch, dass der Zustrom der Migranten nicht deshalb dünner wurde, weil der Bedarf abgenommen hätte. Er ist dünner geworden, weil die europäischen Regierungen – und die deutsche Regierung insbesondere – die Spielregeln geändert hatten. Es hatte zwei Gründe, warum 2016 die Zahl der Migranten um mehrere Hunderttausend niedriger war als ein Jahr zuvor. Erstens wegen des Deals, den die EU (unter Führung Deutschlands) mit der türkischen Regierung Anfang des Jahres geschlossen hatte: Man bezahlte die Türken dafür, dass sie die Migranten im Land behielten und die Boote daran hinderten, in Richtung Griechenland abzulegen. Und zweitens, weil die europäischen Grenzen in manchen Fällen in aller Stille, in anderen mit einigem Lärm wieder zugingen. Nicht alle, die Entscheidungen in diese Richtung trafen, wurden von den Deutschen entmutigt. Die Schließung der mazedonischen Grenze war für die deutsche Regierung besonders hilfreich. Sie verursachte zwar einen Flaschenhals für die Migranten, die in Griechenland angekommen waren, stellte aber auch sicher, dass diese nicht mehr in den Zahlen wie vor einem Jahr sich in Richtung Deutschland und weiter aufmachen konnten.

Unzufrieden mit dieser Kasuistik, bedrängte ich weiter meinen Abgeordneten. Er und seine Kollegen mussten doch wissen, dass der

Zustrom wegen dieser zwei Gründe abebbte. Wenn sich Deutschland so sehr um die Unterdrückten, Heimgesuchten und Kriegsgeschädigten kümmerte wie behauptet, dann gebe es doch offenkundige Lösungen für deren schweres Schicksal. Deutschland muss doch nicht Griechenland den Preis dafür zahlen lassen. Warum schickt Deutschland nicht eine Flotte von Flugzeugen los und bringt die Migranten von den griechischen Inseln direkt nach Berlin? Wenn das führende Land Europas die Wiedererrichtung von Grenzen wirklich so verabscheut, wie offiziell behauptet wird, dann darf es doch nicht zulassen, dass Grenzen sein humanitäres Engagement behindern. Eine große Zahl von Charterflügen von den Rändern Europas in sein Zentrum wäre die klare Antwort.

Das wollte mein Gesprächspartner dann doch nicht, und jetzt wurde klar, dass sogar die glühendsten Anhänger Merkels vor dieser Entscheidung zurückschreckten. Das war der entscheidende Punkt. Ihn kümmerte das Schicksal aller Migranten, er verurteilte alle Grenzen, und gleichzeitig tat er so, als habe sich der Zustrom aus eigener Dynamik abgeschwächt. Auf diese Art fanden sein Gewissen und sein Überlebensinstinkt zu einer Koexistenz. So zu tun, als würden die Migranten einfach nicht mehr kommen, während man die Politik, die sie aufgehalten hat, unterstützt. Es war möglich, humanitär und an der Macht zu bleiben. Er einigte sich auf einen Pakt mit sich selbst, und damit begannen sich viele Deutsche zu arrangieren.

Merkwürdigerweise verbreiten sich Nachrichten aus Deutschland nicht mehr sehr weit. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass die Kosten der Berichterstattung sehr hoch sind, selbst wenn nur ein angestellter Korrespondent in einer europäischen Stadt stationiert ist. Eine andere ist das abnehmende Interesse an Nachrichten und eine zunehmende Präferenz für Klatsch und Unterhaltung. Über Wahlen wird natürlich immer noch berichtet, ebenso über große Ereignisse. Aber auf einem Kontinent, der gerne so tut, als wäre er vollständig vernetzt, erreichen die wirklichen Nachrichten selten die anderen Länder. Doch jeder, der Deutschland und die Nachrichten eines normalen Tages kennt, die selten die Medien außerhalb des deutschen Sprachraumes erreichen, wird wissen, dass das Land einem Desaster täglich näher rückt.

Hier nur die Nachrichten eines einzigen Tages im September 2016. Auf den Titelseiten und in den Nachrichtenkanälen des Fernsehens

wird der Brandbombenanschlag auf eine Moschee in Dresden behandelt. Kein ungewöhnliches Ereignis, keiner wurde verletzt, und die Schäden am Gebäude sind nicht erheblich. So schlimm, wie es ist – die Medien wissen, wie sie eine solche Geschichte aufbereiten müssen. Sie deuten auf die Folgen von Fanatismus und insbesondere von jeder Sorte gegen Migranten gerichteten Fanatismus hin. Dann folgen in viel geringerem Umfang Berichte über andere, nicht minder alltägliche Geschichten. In einem kleinen Dorf gab es gewalttätige Zusammenstöße zwischen einer deutschen Motorradgang und Migranten. Die Migranten überwältigten die Motorradfahrer, noch bevor die Polizei eintraf. Ernsthafte Gewalt konnte gerade noch abgewendet werden.

Eine andere Geschichte betraf ein Flüchtlingszentrum einen Tag vorher. Am Abend des 27. September rief ein Migrant die Polizei in Berlin an und sagte, er habe gesehen, wie ein anderer Migrant ein Kind in den Büschen missbraucht habe. Drei Polizisten fanden daraufhin einen 27 Jahre alten Pakistani immer noch in den Büschen, wie er ein sechsjähriges irakisches Mädchen vergewaltigte. Einer der Polizisten brachte das Mädchen in Sicherheit, während die anderen beiden dem Mann Handschellen anlegten und dabei waren, ihn in ihren Wagen zu bringen. Währenddessen kam der Vater des missbrauchten Mädchens, ein 29 Jahre alter Iraker, aus dem Flüchtlingszentrum gerannt, mit einem Messer in der Hand. Die Polizei rief Halt, aber er wollte sich rächen und hielt nicht an. Daraufhin erschoss einer der Polizisten den Vater. In Artikeln, die sich mit dem Vorfall beschäftigten, wurde die verfahrenstechnische Frage gestellt, ob die Polizei »angemessen« gehandelt habe.[257] Aber keiner hielt es für nötig festzuhalten, dass es diese Geschichten über unwiderruflich und willkürlich veränderte Leben sind, die das neue Deutschland kennzeichnen.

Im gleichen September, kurz vor den jüdischen Feiertagen Rosch Haschana und Jom Kippur, wurden die Ergebnisse einer neuen Umfrage unter europäischen Juden veröffentlicht, die die Einstellung jüdischer Gemeinden von Großbritannien bis zur Ukraine untersucht. Einer der Befunde: 70 Prozent der europäischen Juden würden es vermeiden, in die Synagoge zu gehen, obwohl ihr Schutz überall auf dem Kontinent verstärkt wurde. Die Angst vor Antisemitismus und

Terrorangriffen hielt 2016 die Mehrheit der Juden auf dem Kontinent davon ab, ihren Glauben zu praktizieren.[258]

Endlich hatte die deutsche Bevölkerung im September die Gelegenheit, bei fünf Landtagswahlen ihre Meinung darüber zum Ausdruck zu bringen, was ihre Kanzlerin dem Land angetan hatte. In Berlin erreichte die CDU das niedrigste Ergebnis mit 17,5 Prozent. Währenddessen bekam die AfD 14,1 Prozent und zog damit zum ersten Mal ins Parlament der Hauptstadt ein. Der neuen Partei gelang es, in vielen Regionen des Landes präsent zu sein. Die besonders guten Ergebnisse der AfD in Ostdeutschland versuchte man damit zu erklären, dass dort verhältnismäßig schlechtere sozioökonomische Verhältnisse vorherrschten. Andere Faktoren – wie zum Beispiel die Möglichkeit, dass die dortigen Einwohner sich an etwas erinnern, was ihre westlichen Mitbürger vergessen haben – wurden in den Medien so gut wie nie thematisiert. Was die Kanzlerin getan hatte, wurde für gut erklärt, und jeder, der anders dachte – sollte es auch die Mehrheit der Bevölkerung sein –, hatte das anscheinend aus irgendwelchen merkwürdigen und vorübergehenden Gründen noch nicht eingesehen.

Die Wahlergebnisse haben bewirkt, dass die berühmteste Tochter Ostdeutschlands zu einigen Konzessionen bereit war. Sie gab eine Erklärung ab, die in den Medien der Welt als »mea culpa« interpretiert wurde. Tatsächlich waren die Worte, nachdem ihre Partei in Berlin eingebrochen war, alles andere als das. »Wenn ich könnte, würde ich die Zeit um viele, viele Jahre zurückspulen«,[259] sagte sie, dann hätte sie sich und die ganze Regierung sowie alle Verantwortlichen besser auf die Situation vorbereiten können, die sie im Spätsommer 2015 unerwartet getroffen habe.[260] Aber natürlich hat die Situation sie nicht unerwartet getroffen.[261] Wie jedes andere westeuropäische Land hat auch Deutschland seit Jahren Erfahrungen mit der Massenmigration sammeln können. Seit Jahrzehnten wurden die Grenzkontrollen vernachlässigt, die abgelehnten Asylbewerber nicht nach Hause geschickt, die Neuankömmlinge nicht integriert. Das war so offenkundig, dass Merkel selbst es 2010 noch zugab. Wären die Reden über das gescheiterte »Multikulti« mehr als nur leere Worte gewesen, hätte gerade Deutschland hervorragend auf den Integrations-»Tsunami« fünf Jahre später vorbereitet sein können. Aber das war es nicht – weil es eben nur leeres Gerede war.

Im September 2016 gab Angela Merkel zu, dass die Formulierung »Wir schaffen das« »beinahe zu einer Leerformel geworden« sei. Aber das war wieder nur ein Spiel mit Worten, wie ein Abgeordneter und Parteikollege der Presse gegenüber zugab. Er sagte: »Die Regierungspolitik war richtig, aber wir müssen unsere Kommunikation verbessern.« Die Behauptung, hier habe so etwas wie Selbstkritik stattgefunden, war nur zur Beruhigung der Wählerschaft gedacht. Denn Merkel sagte auf der Pressekonferenz auch: »In der Abwägung war es absolut richtig, aber es hat letztendlich dazu geführt, dass wir eine Zeit lang nicht ausreichend Kontrolle hatten.« Die Ursache für das schlechte Abschneiden der CDU sei nicht etwa die falsche Flüchtlingspolitik, sondern »dass manch einem Richtung, Ziel und Grundüberzeugungen ihrer Flüchtlingspolitik nicht ausreichend klar geworden sind«. »Die Wiederholung dieser Situation will niemand, auch ich nicht«, versprach sie.

Doch es sah danach aus, als hätten die Deutschen wieder einmal nur die üblichen Lektionen und die von vor 80 Jahren von der Geschichte gelernt. Als sich die drohende Wahlschlappe seiner Partei und der hohe Stimmengewinn der AfD vor den Landtagswahlen abzuzeichnen begannen, drohte der sozialdemokratische Oberbürgermeister Berlins, man würde dies in der ganzen Welt als »Zeichen des Wiederaufstiegs der Rechten und Nazis in Deutschland« werten – und das in Berlin, nicht irgendeiner Stadt, sondern jener, die sich »von der Hauptstadt Adolf Hitlers und Nazideutschlands« zum Symbol der Freiheit entwickelt hat.[262] Es war die gleiche Warnung, die überall in Westeuropa nach jedem Vorkommnis wiederholt wurde.

Im Monat der Landtagswahlen in Deutschland und ein Jahr nachdem die Deutschen ihre Grenzen geöffnet hatten, erklärte die britische Regierung, sie werde eine weitere Sicherheitsmauer in Calais, in der Nähe des dortigen riesigen Migrantenlagers, errichten lassen. Die einen Kilometer lange Mauer sollte das Eingangstor nach Großbritannien schützen und vor allem die Migranten daran hindern, Lastwagen, die ins Vereinigte Königreich unterwegs waren, zu besteigen. In einer Reaktion auf dieses Vorhaben sagte die französische Senatorin und stellvertretende Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Nathalie Goulet: »Es erinnert mich an die Mauer, die um das Warschauer Getto im Zweiten Weltkrieg gebaut

wurde.« Mit der permanenten Verunglimpfung, dass Grenzen mit Nazis zu tun hätten, geht auch die bekannte Einbildung daher, dass Grenzen nur noch etwas Historisches seien. »Immer wieder wurden Mauern während unserer Geschichte errichtet«, fuhr Goulet fort, »aber entweder fanden die Menschen einen Weg, sie zu umgehen, oder sie scheiterten. Schauen Sie sich die Große Mauer von China an. Heute gehen dort Touristen spazieren und fotografieren.«[263]

Calais blieb in Großbritannien weiterhin eines der wichtigsten Diskussionsthemen. Da sich in dem Camp meistens nicht mehr als 6500 Menschen aufhielten, schien es eine einfache Lösung für das Problem zu geben. Alles, was man brauchte, war ein einmaliges großzügiges Angebot – versuchten die Aktivisten und Politiker aller Seiten zu argumentieren –, und das Camp könnte aufgelöst werden. Das war Europas große Schwäche im Kleinen. Wenn man diese Menschen nur nach Großbritannien ließe, wäre das Problem gelöst – zumindest schien es so. Nur selten wurde daran gedacht, dass das Camp, nachdem es sich einmal geleert hatte, sich vielleicht wieder füllen würde. 6500 Menschen – das war die tägliche Migrationsrate nach Italien. Die französische und die britische Regierung stritten weiter darüber, wer für die gegebene Situation in Calais verantwortlich war. Währenddessen warfen Migranten Tag und Nacht Feuerwerkskörper auf die Straßen, vor Autos und Lastwagen, in der Hoffnung, die Fahrzeuge würden anhalten, und sie könnten auf sie hochklettern und als blinde Passagiere die Fahrt durch den Kanaltunnel schaffen.

Alle Diskussionen über Calais waren wie alles andere seit Jahrzehnten kurzsichtig und auf kurzfristige Lösungen aus. Als die britische Regierung zustimmte, eine bestimmte Zahl von unbegleiteten Minderjährigen aus dem Camp aufzunehmen, erschienen Fotos von den Neuankömmlingen in den Zeitungen. Einige der »Kinder« sahen ausgesprochen erwachsen aus. Manche waren mindestens 30. Ein Abgeordneter der Konservativen, David Davies, wies auf diese Tatsache hin und schlug vor, die Zähne der Betreffenden zu prüfen, um ihr Alter festzustellen. Alle Medien und Politiker fielen über ihn her. Moderatoren von Talkshows nutzten die Gelegenheit, um ihn einzuladen und dann niederzubrüllen. Andere Abgeordnete sagten, er sei so abscheulich, dass sie sich schämten, im gleichen Parlament wie er zu sitzen. Allmählich entwickelte sich die Diskussion in die Richtung,

ob es rassistisch sei, die Zähne von Menschen zu prüfen. Ein Alterstest, der bis dahin auf dem ganzen Kontinent genutzt wurde, war jetzt plötzlich unfassbar barbarisch. Der Konsens, der übrig blieb, war, alle Migranten einzuladen. Wer eine Begrenzung vorschlug, war schlecht. Das Gleiche galt für jene, die die Durchsetzung der bestehenden Gesetze vorschlugen. Wie so oft in der Vergangenheit wog die Regierung ab, was dafür und was dagegen sprach, die Stellung zu halten, und beschloss, sie nicht zu halten.

Natürlich hatten die Migranten, die in Calais versuchten, nach Großbritannien durchzubrechen, vorher schon alle diesbezüglichen Gesetze der EU gebrochen, um überhaupt dahin zu gelangen. Sie haben keinen Asylantrag in ihrem Einreiseland gestellt, kümmerten sich nicht um die Dublin-Regelung, sondern zogen weiter nach Nordfrankreich. Die britische Regierung dachte, als sie sie aufnahm, sie täte etwas Gutes. In Wirklichkeit hat sie Menschen belohnt, die Regeln gebrochen und so andere Migranten überholt hatten, die es eher verdient hätten, hereingelassen zu werden. Diese Präzedenzfälle häuften sich über die Jahre, und sie waren äußerst unklug. Überall spielte sich die gleiche Geschichte ab: Auf der Seite der Migranten zu sein, war, auf der Seite von Engeln zu sein. Wer dagegen für die Menschen Europas sprach, war auf der Seite des Teufels. Und die ganze Zeit existierte die Vorstellung fort, Europa ließe nur einen mehr ins Zimmer, wie der deutsche Abgeordneter sagte. Ob diesem einen im Korridor wirklich der Tod drohte, interessierte nicht mehr. Wenn er fror, arm oder nur ärmer war als die Leute im Zimmer, durfte er hereinkommen. Europa sollte nicht mehr damit behelligt werden, jemanden abzuweisen. Und so blieb die Tür offen, und jeder, der wollte, konnte kommen.

KAPITEL 18
WAS HÄTTE SEIN KÖNNEN

Mit einer guten politischen und moralischen Führung hätte alles anders kommen können. Kanzlerin Merkel und ihre Vorgänger hätten nicht ohne Unterstützung und Hilfe dagestanden, wenn sie von Anfang an andere Schritte unternommen hätten.

Sie hätten damit beginnen können, sich die Frage zu stellen, die in Europa nicht gestellt wurde: Sollte Europa ein Ort sein, wohin jeder kommen und wo jeder für immer bleiben kann? Sollte es ein Hafen für jeden sein, der vor einem Krieg flüchtet? Ist es die Aufgabe der Europäer, jedem in der Welt, der es gerne möchte, einen besseren Lebensstandard auf diesem Kontinent anzubieten? Die Bevölkerungen Europas hätten auf die beiden letzten Fragen sicherlich mit »nein« geantwortet. Was die erste Frage betrifft, wären sie innerlich zerrissen. Das ist der Grund, warum die Befürworter der Massenmigration – ebenjene, die alle drei Fragen mit »ja« beantworten würden – es so bequem fanden, die Grenzen zwischen Kriegsflüchtlingen und den vor etwas ganz anderem Flüchtenden zu verwischen. Was ist denn am Ende der große Unterschied zwischen der Flucht vor Krieg und der Flucht vor Hunger, fragen diese Leute.

Wenn Kanzlerin Merkel, ihre Zeitgenossen und ihre Vorgänger die Antworten auf diese Fragen durchdacht hätten, bevor sie anfingen, den Kontinent zu transformieren, hätten sie unter vielen anderen großen Philosophen bei Aristoteles Rat suchen können. Von ihm hätten sie lernen können, warum diese Fragen so komplex zu sein scheinen. Sie wollten einen Ausgleich finden, nicht zwischen Gut und Böse, sondern zwischen konkurrierenden Tugenden, in diesem Falle zwischen Gerechtigkeit und Barmherzigkeit. Wenn diese Tugenden miteinander

in Widerspruch zu geraten scheinen, so geschieht das, meint Aristoteles, weil eine von beiden missverstanden wurde. Während der ganzen Ära der unkontrollierten Migration schien die Barmherzigkeit zu gewinnen. Sie ist die Tugend, der zu huldigen am einfachsten ist, sie zeigt den schnellsten kurzfristigen Nutzen, und ihr wird in der nutznießenden Gesellschaft am meisten gehuldigt. Freilich, es ist nur selten gefragt worden, wie barmherzig es ist, Menschen dazu zu ermutigen, sich aufzumachen, um einen Kontinent mit wenigen Unterkünften und Jobs zu erreichen, in denen niemand sie haben will. Doch die Gerechtigkeit hatte auch ihre Ansprüche, auch wenn sie – als die Gesetze des Kontinents nichts galten – in den Hintergrund gedrängt wurde. Auch wenn das Verlangen nach Einhaltung der Regeln von Dublin III und der Gesetze, die die Abschiebung von gescheiterten Asylsuchenden regeln, nicht mehr als Papierkram zu sein schien, hätte es doch ein Verlangen nach einer höheren Gerechtigkeit geben müssen. Doch wenn der Begriff der Gerechtigkeit eine Rolle spielte, dann nur als Gerechtigkeit den Neuankömmlingen gegenüber. Die abwesende Partei, deren Verlangen nach Gerechtigkeit niemals in Erwägung gezogen wurde, waren die Bevölkerungen Europas. Hier ging es um Menschen, denen etwas angetan wurde und deren eigene Ansprüche – in den wenigen Fällen, in denen sie überhaupt geäußert werden konnten – nicht gehört wurden.

Während der großen Migrationsbewegungen haben sich Merkel und ihre Vorgänger über den Anspruch dieser Menschen auf Gerechtigkeit hinweggesetzt. Die Liberalen in Europa konnten sich zu Recht gekränkt fühlen über die Art und Weise, wie auf ihren Gesetzen herumgetrampelt und ihre liberalen Gesellschaften scheinbar endlos verändert wurden: Es sind Veränderungen, die die sorgfältig ausbalancierten Ökosysteme, aus denen diese Gesellschaften bestehen, gefährden. Liberale in Europa hätten sich zu Recht fragen können, ob Gesellschaften, die das Produkt von langen politischen und kulturellen Entwicklungen sind, mit solchen Migrationsraten noch aufrechtzuerhalten sind. Die ständige Bedrohung von sexuellen, religiösen und ethnischen Minderheiten infolge der Migration hätte viel mehr Liberale alarmieren müssen wegen der Möglichkeit, dass ihr Streben nach einer »liberalen« Einwanderungspolitik am Ende zum Verlust der liberalen Gesellschaft überhaupt führen könnte.

Ein Verlangen nach einer anderen Art von Gerechtigkeit hätte ebenso von den mehr konservativ Denkenden kommen können. Sie hätten sich auf Edmund Burke berufen können, der im 18. Jahrhundert zur zentralen konservativen Einsicht gelangt war, dass Kultur und Gesellschaft nicht den Annehmlichkeiten jener dienen, die zufällig gerade leben. Sie bilden einen tiefen Pakt zwischen den Toten, den Lebenden und den zukünftig Geborenen. Es ist egal, wie sehr man sich wünscht, von einer endlosen Versorgung mit billigen Arbeitskräften, von einer vielseitigen Küche und/oder der seelischen Erlösung einer Generation zu profitieren, dieser Weltsicht entsprechend hätte man trotzdem nicht das Recht dazu, eine Gesellschaft vollständig zu transformieren. Weil das, was man geerbt hat, ein Gut ist, das weitergegeben werden sollte. Selbst wenn man zur Einsicht gelangte, dass einige der Anschauungen und Teile des Lebensstils der Ahnen verbesserungswürdig seien, folgt daraus noch lange nicht, dass man der nächsten Generation eine chaotische, zersplitterte und bis zur Unkenntlichkeit veränderte Gesellschaft hinterlassen soll.

Schon vor 2015 scheiterte Europa am einfachsten Teil der Migrationsproblematik. Von den Anfängen der Nachkriegszeit bis zu den seismischen Erschütterungen unseres Jahrhunderts machte man sich daran, aus persönlicher Bequemlichkeit, Denkfaulheit und politischer Unfähigkeit heraus die Natur der europäischen Gesellschaften zu verändern. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass Europa auch am schwierigeren Teil der Problematik scheiterte. Diesem Problem sah sich Kanzlerin Merkel in ihrer Live-Diskussion in der Person eines libanesischen Mädchens gegenüber, und diesem gegenüber kapitulierte sie dann in Anbetracht von namenlosen Millionen, die nach Europa strebten. (Eine Kapitulation übrigens, die genau andersherum verlief wie das Verhalten von den meisten Menschen, die zwar Massen verabscheuen, aber den Einzelnen bedauern.) Sie hat die Tugenden missverstanden. Sie hätte barmherzig den Bedürftigen gegenüber und zugleich nicht ungerecht den Bevölkerungen Europas gegenüber sein sollen. Wie könnte das überhaupt erreicht werden?

Die erste Möglichkeit wäre, zu den Wurzeln des Problems zurückzukehren, zur prinzipiellen Frage, für wen Europa da sein soll. Jene, die daran glauben, dass es für die ganze Welt da sein sollte, haben

nie erklärt, warum man sich das als Einbahnstraße vorstellen sollte. Warum ist es Kolonialismus, wenn die Europäer hinausgehen in die Welt, und warum ist es gerecht und fair, wenn der Rest der Welt nach Europa kommt? Sie haben auch nie ein anderes Ziel der Migration definiert, als dass Europa in einen Ort transformiert werde, der der ganzen Welt gehört, während die anderen Länder die Heimstätte ihrer eigenen Bevölkerungen bleiben durften. Die Anhänger dieser Idee waren nur erfolgreich, weil sie die Öffentlichkeit belogen und ihre Ziele verborgen haben. Hätten die Führer Westeuropas in den 50er-Jahren und zu irgendeinem Zeitpunkt danach der Öffentlichkeit erklärt, dass das Ziel der Migration sei, das Konzept Europas grundsätzlich zu ändern und es zur Heimat der Welt zu machen, dann wären die Völker Europas aufgestanden und hätten ihre Regierungen gestürzt.

Schon vor der Migrationskrise der vergangenen Jahre waren die wahren Flüchtlinge die größte Herausforderung. Ebenso wie die Öffentlichkeit hatten die Politiker widersprüchliche Ansichten über diese Flüchtlinge – widersprüchliche Ansichten nicht nur untereinander, sondern auch für sich selbst. Niemand konnte zulassen, dass ein Kind im Mittelmeer ertrinkt, aber es konnte auch nicht zugelassen werden, die Tore für die Welt zu öffnen, wenn sie vor unseren Küsten stand. Im Sommer 2016 sprach ich mit zwei Männern aus Bangladesch in Griechenland. Einer von ihnen, ein 26-Jähriger, kam durch Indien, Pakistan, Iran und der Türkei nach Lesbos. Er sagte, er habe »überall Tote« gesehen. Die Reise kostete ihn 15.000 Euro, und er sagte, er habe Bangladesch verlassen müssen, weil er mit der Opposition zu tun gehabt habe. »Mein Vater ist Bankmanager«, sagte er, »es geht mir nicht um das Geld. Es geht um das Leben.« Jeder liebe sein Vaterland, aber »neun von zehn Leuten sind hier, weil sie leben wollen«. Die Tatsachen sagen etwas anderes, dass nämlich die wirtschaftliche Anziehungskraft das Entscheidende ist. Doch selbst wenn jeder, der nach Europa kommt, zu Hause vom Tode bedroht wäre, gibt es keinen praktikablen Weg, wie Europa all diese namenlosen Millionen aufnehmen könnte. Das bedeutet, dass selbst eine Korrektur der Kriterien für die Einwanderung nach Europa auf einem Irrtum beruht.

Manche sagen, es handele sich nicht um eine europäische, sondern um eine weltweite Krise, und selbst das Reden über eine europäische Krise sei eine eurozentrische Betrachtungsweise. Es gibt aber keinen

Grund, warum Europäer nicht eurozentrisch fühlen und sprechen sollten. Europa ist die Heimat der Europäer, und sie sind ebenso berechtigt, eurozentrisch zu empfinden, wie Amerikaner, Inder, Pakistanis, Japaner und alle anderen berechtigt sind, heimatzentrisch zu denken. Die daraus folgende Behauptung, wir sollten unsere Energien darauf konzentrieren, die Probleme der Welt zu lösen, ist nur eine Ablenkung. Es steht nicht in der Macht Europas, die Probleme Syriens zu lösen. Noch weniger steht es in unserer Macht, die Lebensstandards in Schwarzafrika zu erhöhen, alle Konflikte der Welt zu lösen, liberale Rechte weltweit einzuführen und die Probleme der politischen Korruption weltweit zu beheben. Jene, die behaupten, diese Probleme seien lösbar durch die Europäer, sollten gleich einen detaillierten Plan vorlegen, wie sie die Probleme Eritreas lösen möchten. Oder Eritrea wenigstens auf der Karte finden.

Alle, die an der Macht sind und den aufrichtigen Wunsch haben, den Migranten zu helfen, könnten mehrere politische Wege gehen. Sie könnten zum Beispiel der Politik Priorität einräumen, Migranten in der Nähe des Landes unterzubringen, aus dem sie fliehen. Fachleute für Migrationsfragen wie Paul Collier und David Goodhart haben schon vor der Migrantenkrise die Wichtigkeit dieser Politik erklärt.[264] Sie vermeidet die kulturellen Herausforderungen, die entstehen, wenn man Menschen ermutigt, ans andere Ende eines anderen Kontinents zu reisen. Es erlaubt ihnen auch einfacher zurückzukehren, denn alle Desaster, vor denen sie geflohen sind, gehen einmal zu Ende. Während der Syrienkrise haben die Türkei, der Libanon und Jordanien viele Flüchtlinge aufgenommen. Großbritannien und andere Länder haben mit großen Summen dazu beigetragen, die Lage in den Flüchtlingslagern und an anderen Orten, wo syrische Flüchtlinge lebten, zu verbessern. Politische Maßnahmen wie zum Beispiel Colliers Idee, Migranten dafür zu bezahlen, dass sie in anderen Ländern des Nahen Ostens arbeiten (wo aus Gründen der lokalen Empfindlichkeiten die Arbeitsgesetze häufig unterbinden, dass Flüchtlinge arbeiten), wäre eine konstruktive Lösung. Solche Vorschläge beruhen auf der Ansicht, dass es für einen Syrer besser ist, in Jordanien zu arbeiten, als Arbeitsloser irgendwo in Skandinavien zu sein.

Darüber hinaus ist das Geld, das ein Land wie Schweden ausgibt, um Migranten in Schweden unterzubringen, Verschwendung, selbst

wenn heutige und zukünftige Migranten die einzige Sorge der schwedischen Regierung wären. Die Wohnungsnot in Schweden – die wie auch im Vereinigten Königreich überwiegend durch die Migration entstanden ist – erzeugt große Probleme für die Regierung. Nicht zuletzt finanzieller Natur. In südeuropäischen Ländern wie Italien oder Griechenland gibt es die Möglichkeit, die Migranten vorübergehend in Zelten unterzubringen. Wegen des kalten Klimas in Schweden kostet es das Fünfzig- bis Hundertfache, Flüchtlinge in Zelten unterzubringen. Wie Tino Sanandaji zeigte, würden die Kosten für die provisorische Unterbringung von 3000 Migranten in Schweden in Zelten vollkommen ausreichen, um das größte Flüchtlingslager in Jordanien (mit etwa 100.000 syrischen Flüchtlingen) zu finanzieren.[265]

Eine andere Entscheidung, die die politischen Führer Europas hätten treffen können, wäre sicherzustellen, dass Asylanträge außerhalb von Europa bearbeitet werden. Aus juristischen und organisatorischen Gründen ist es sinnlos, herausfinden zu wollen, wer ein legitimer Asylsuchender ist und wer nicht, wenn sich die Migranten schon innerhalb Europas befinden. Das war die Politik der australischen Regierung, als im vergangenen Jahrzehnt immer mehr Migrantenboote vor allem aus Indonesien in Richtung Australien ablegten. Ähnlich wie in Europa, als im Mittelmeer immer mehr Boote sanken, kam es auch dort zu einer Aufwallung der öffentlichen Sympathien gegenüber den Migranten. Obwohl die zu überwindende Wasserstraße breiter ist als das Mittelmeer und die Migrantenzahlen keine vergleichbare Größe erreichten, griff die australische Regierung zu Notmaßnahmen, die zur schnellen Abnahme der Boote führten. Auf den Inseln Nauru und Manus vor der Küste Papua-Neuguineas wurden Aufnahmezentren eingerichtet, wo die Asylanträge bearbeitet werden. Schiffe der australischen Marine lokalisierten und schickten die Boote zurück, die versucht hatten, illegal nach Australien zu gelangen.

Die Lage Europas ist nicht mit der von Australien vergleichbar, aber privat sagten australische Verantwortliche von Anfang an, dass auch Europa irgendwann auf diese Weise mit der Krise würde umgehen müsse. Wenn der politische Wille vorhanden ist, warum sollte es dann nicht möglich sein, mit verschiedenen nordafrikanischen Regierungen Vereinbarungen zu treffen, solche Einrichtungen auf ihrem Territorium aufzustellen. Ein Gebiet in Libyen zu »leasen«, dürfte irgendwann

möglich werden. Es könnte auf jeden Fall in Marokko und Tunesien funktionieren, und die französische Regierung könnte helfen, Algerien von den Vorteilen einer Kooperation zu überzeugen. Auch Ägypten könnte als Teil der Kooperationspakete mit Europa Anreize erhalten. Die Antragsteller in Afrika abzufertigen, hätte nicht nur eine entmutigende Wirkung wie im Falle Australiens. Es würde auch den Europäern endlich eine Atempause verschaffen.

Eine andere Lösung wäre, mit einem konzertierten europäischen Kraftaufwand die Abschiebung all jener zu organisieren, deren Asylanträge abgelehnt wurden. Das ist einfacher gesagt als getan: Millionen Menschen halten sich derzeit in Europa auf, die kein Recht darauf haben. Manchen, die für Gangs gearbeitet haben oder die das Leben in Europa aus anderen Gründen doch nicht so anziehend wie erwartet gefunden haben, wäre eine Unterstützung für die Heimkehr willkommen. Trotzdem wäre es ein gigantisches Unterfangen. Aber es wäre immer noch besser, als so zu tun, als würde man abschieben, während man keinerlei Absichten hat, es wirklich zu tun – wie es die schwedische und deutsche Regierung über Jahre demonstriert haben. Regierungen fanden es sehr angenehm, die sympathische Sprache der Inklusion zu benutzen, aber im Interesse ihrer Bevölkerungen und der legitimen Asylsuchenden müssen sie auch die Sprache der Exklusion anwenden.

Ein anderes Element einer vernünftigen Asylpolitik, die die Zuversicht der Bevölkerung wiederherstellen könnte, wäre ein System des vorübergehenden Asyls. Wenn Kanzlerin Merkel während der kritischen Monate von 2015 die europäischen Länder gebeten hätte, eine gewisse Zahl von legitimen und korrekt geprüften Flüchtlingen aus Syrien aufzunehmen, bis dort wieder Stabilität einkehrt, hätte sie sicherlich bedeutend mehr öffentliche und politische Unterstützung erfahren. Der Grund, warum sie kaum welche bekam und warum die Öffentlichkeit und die Regierungen Merkels Quotensystem ablehnten, war, dass alle wussten, dass ein solches Asyl für immer ist. Es ist schwer, die schwedische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die syrischen Migranten nur so lange in ihrem Land bleiben werden, bis sich die Lage dort stabilisiert hat, wenn in Schweden Zehntausende Asylsuchende vom Balkan leben, wo seit zwei Jahrzehnten Frieden herrscht.

Das vorübergehende Asyl hat offensichtlich seine eigenen Probleme. Das Leben der Menschen geht ja auch in der Fremde weiter. Die Kinder gehen in die Schule, und viele andere Aspekte des Lebens normalisieren sich, was die Rückkehr von ganzen Familien in ihre Ursprungsländer natürlich erschwert. Aber gerade deshalb sollten die europäischen Regierungen bei der Durchführung ihrer Politik Strenge walten lassen. Wenn Menschen Asyl beantragen und es erhalten, müssen sie verstehen, dass die Regelung zwar wohlwollend, aber nicht dauerhaft ist. Viel Vertrauen ins Asylsystem und in die Regelungen der Migration insgesamt könnte auf diese Art wiederhergestellt werden.

Damit das gegenwärtige Migrationsproblem beendet und die Herausforderungen, die schon bestehen, abgewendet werden, müssten die politischen Führer Europas zugeben, was sie in der Vergangenheit falsch gemacht haben, zum Beispiel dass es, wenn sich Europa wegen seiner alternden Bevölkerung Sorgen macht, sinnvollere Lösungen dafür gibt als der Import der nächsten Generation aus Afrika; dass Diversität in kleinem Maßstab zwar ihre Vorteile haben mag, im großen jedoch unwiderruflich das Ende von Gesellschaft, wie wir sie kennen, bedeuten würde. Sie könnten auch betonen, dass sie nicht vorhaben, unsere Gesellschaft grundlegend zu verändern. Es wären schmerzhafte Eingeständnisse und Konzessionen der politischen Klasse, doch die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der europäischen Bevölkerung wäre ihr sicher.

Die Menschen Europas haben mehrheitlich die Migranten mit ausnehmender Freundlichkeit aufgenommen, obwohl sie gegen die Massenmigration eingestellt waren. Lange bevor die Politiker ihnen mitteilten, dass es akzeptabel sei, Sorgen wegen der Migration zu haben, wussten sie das. Noch bevor Soziologen nachwiesen, dass Migration das »soziale Vertrauen« schwächt, wussten sie, dass es so war. Noch bevor die Politiker es zugaben, kämpften sie darum, ihre Kinder in die überfüllten lokalen Schulen zu bekommen. Ihnen wurde gesagt, dass der Gesundheitstourismus kein Problem sei, selbst als sie in langen Schlangen auf Termine in den Wartezimmern der Arztpraxen warteten, weil sie mit Menschen aus anderen Ländern überfüllt waren.

Die Menschen wussten schon lange vor ihren politischen Führern, dass die Vorteile, die die Migranten zweifellos mitbrachten, nicht unendlich waren, und sie registrierten, lange bevor es akzeptabel wurde,

dies auch zu sagen, dass Migration in diesem Maßstab ihre Länder von Grund auf verändern würde. Sie stellten fest, dass einige der größeren Schlachten des 20. Jahrhunderts über Rechte im 21. Jahrhundert wegen ihrer vielen neuen Gegner neu ausgefochten werden müssen. Ihnen war bekannt, dass der Islam, was den sozialen Liberalismus betrifft, der »schwächste Schüler« in der Klasse ist. Eines der Ergebnisse dieses Umstands ist, dass jetzt, als Europa glaubte, viele dieser Themen erledigt zu haben – zum Beispiel die Trennung von Staat und Kirche –, die gesamte Gesellschaft dem Tempo dieses schwächsten Schülers folgen muss. Daher die aufbrandenden Diskussionen darüber, ob Frauen in der Öffentlichkeit ihr Gesicht verbergen oder von ihren Ehemännern vor eigene spezielle Gerichte gebracht werden dürfen, sofern sie eines bestimmten Glaubens sind.

Die ersten ankommenden Migranten taten Europa gut, indem sie eine andere Kultur, frische Lebendigkeit und eine neue Küche mitbrachten. Aber was brachte der zehnmillionste Ankömmling mit, das anders war als vorher? Die europäischen Bevölkerungen haben viel schneller als ihre Politiker erkannt, dass die Vorteile nicht unendlich waren. Lange vor den Politikern wussten die Menschen Europas, dass man mit den Völkern der Welt auch deren Probleme importiert. Und im Gegensatz zu den Behauptungen der Antirassismus-Industrie zeigte es sich, dass die Einwanderer nach Europa oft mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten zur einheimischen Bevölkerung und untereinander aufwiesen und dass die Unterschiede mit der Zahl der Migranten anwuchsen.

Es gibt nicht nur Probleme zwischen den Minderheiten und ihrer Wahlheimat, sondern auch unter den Minoritäten selbst. Es war nicht der von den Antirassisten und anderen permanent entdeckte Horror der »Islamophobie«, der in Großbritannien die meisten Muslime umgebracht hat, sondern andere Muslime infolge von Konflikten der Glaubenslehre. Es gab einen einzigen Fall, in dem ein ukrainischer Neonazi nach wenigen Stunden Aufenthalt in Großbritannien einen Moslem umgebracht hat. Aber die meisten ernsthaften Angriffe auf Muslime kamen von Glaubensgenossen. Viele Muslime der Ahmadiyya, einer Minderheitensekte, kamen gerade deshalb nach Großbritannien, weil sie in ihrem Heimatland Pakistan verfolgt wurden. Aber es war ein sunnitischer Moslem, der vor Ostern 2016 von Bradford nach Glasgow

reiste und dort den Ahmadiyya angehörenden moslemischen Ladenbesitzer Asad Shah mehrfach in den Kopf stach, weil er ihn für einen Abtrünnigen und Ketzer hielt. Und es waren keine unzivilisierten weißen Rassisten, sondern andere Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft in Schottland, die die Familie des ermordeten Ladenbesitzers zwangen, das Land zu verlassen. Es sind heutzutage in Großbritannien fast nie weiße Rassisten, die offen zum Mord an Minderheiten aufrufen, sondern viel mehr Geistliche aus Pakistan, die durch das Vereinigte Königreich touren und vor Tausenden von britischen Bürgern zum Mord an Muslimen aufrufen, mit denen man nicht einverstanden ist. Diese Konflikte unter Minderheiten geben einen Vorgeschmack auf die Intoleranz, die noch kommen wird.

Noch beunruhigender für die Mehrheit ist die Beobachtung, dass viele unter denen, die nach Europa kamen, mit Begeisterung darangehen, die europäischen Gesellschaften zu verändern – auch wenn sie nicht den Wunsch hegen, jemanden zu verletzen oder umzubringen. Politiker können das Problem nicht ansprechen, weil sie selbst dazu beigetragen oder zumindest geholfen haben, es zu verleugnen. Es kann nicht unbemerkt bleiben, wenn eine Muslimin mit syrischen Wurzeln wie Lamya Kaddor auf dem Höhepunkt der Migrantenkrise im deutschen Fernsehen der Nation mitteilt, dass in Zukunft Deutschsein nicht mehr bedeuten werde, »blaue Augen und blondes Haar« zu haben, sondern darin bestehen werde, einen »Migrantenhintergrund« zu haben. Einer Äußerung dieser Art werden zurzeit nur die Deutschen applaudieren. Aber die Mehrheit der Europäer wird die allgemeine Fröhlichkeit in Anbetracht der radikalen Veränderungen ihrer Gesellschaften nicht begrüßen, und die politischen Akteure würden gut daran tun, diese Tatsache anzuerkennen und zuzugeben, dass die daraus folgenden Ängste nicht unbegründet sind.

Als Teil der notwendigen Konzessionen wäre es auch weise, die Definition dessen auszuweiten, was als Mainstream-Politik akzeptabel ist. Parteien der rechten und linken Mitte fanden es in den vergangenen Jahrzehnten extrem nützlich, alle, die sich außerhalb ihres engen Konsenses befanden, als Rassisten, Faschisten oder Nazis zu bezeichnen, auch wenn sie wussten, dass es nicht so ist. Sie haben es geschafft, sich als die Mitte und als Antifaschisten darzustellen und gleichzeitig alle Gegner mit den Verbrechen des vorigen Jahrhunderts

zu beschmutzen. Die Situation in Europa jedoch ist komplex. Es gibt Parteien, die faschistische oder rassistische Ursprünge haben. Vlaams Belang in Belgien, Front National in Frankreich und die Schwedendemokraten haben eine Geschichte, zu der auch der Rassismus gehört hat. Aber alle haben sich in den letzten Jahrzehnten – in unterschiedlicher Weise – verändert. Es ist nützlich für den politischen Mainstream zu behaupten, dass sich nur diese Parteien auf unserem Kontinent niemals ändern würden oder unfähig seien, sich zu ändern, dass sie lügen und ihr wahres Gesicht verbergen, selbst wenn sie sich vor Jahren schon geändert haben. Man muss auch den Rechtsextremen zubilligen, dass sie sich gemäßigt haben, ebenso wie man es vielen sozialistischen und linksradikalen Parteien erlaubt hat, sich dem Mainstream anzuschließen und im Laufe dieses Prozesses ihre Ansichten zu mäßigen. Diesen nationalistischen Parteien muss erlaubt sein, ihren Platz in der politischen Debatte einzunehmen, ohne dass man sie bis in alle Ewigkeit der Sünden ihrer Vergangenheit beschuldigt.

Die Entwicklung des Front National von Jean-Marie Le Pen bis hin zu seiner Tochter Marine Le Pen zum Beispiel ist von Bedeutung. Ein treuer Anhänger rassistisch-nationalistischer Politik würde es heute viel schwerer haben, sich der Partei anzuschließen, als zu Zeiten von Marines Vater. Natürlich gibt es weiterhin schwerwiegende Fragen um die Ränder der Partei herum. All diese Parteien haben Schwierigkeiten mit Holocaust-Leugnern und Vertretern ähnlich extremistischer Positionen, die sich ihnen anschließen wollen. Das geschieht zum Teil deshalb, weil alle Medien und die ganze politische Klasse den Menschen einhämmern, diese Parteien stünden dafür – wie zum Beispiel im Falle der EDL in Großbritannien oder Pegida in Deutschland –, und so werden die wahren Extremisten ermutigt, sich ihnen anzuschließen. Es stimmt, dass es in diesen Parteien Mitglieder mit widerlichen Ideen gibt, aber das gilt für die linken und rechten Parteien des Mainstream ebenfalls. Man kann nicht über all diese Parteien, die bei den Wahlen oft mehr Stimmen als andere Mainstream-Parteien bekommen, behaupten, sie seien ausschließlich Nazis, Faschisten und Rassisten, zumal jeder erfahrene Politiker in diesen Ländern weiß, dass auch deren Wähler nicht ausschließlich aus Nazis, Faschisten und Rassisten bestehen.

Es wird notwendig sein, den politischen Konsens zu erweitern und nachdenkliche und eindeutig nicht-faschistische Parteien – die man früher als rechtsextrem beschrieben hatte – am Tisch der Politik zu akzeptieren. Es wäre nicht nur töricht, Leute zu marginalisieren, die Jahre damit verbracht haben, vor Ereignissen zu warnen, die gerade dabei sind, sich zu bewahrheiten. Es wäre auch töricht, so weiter zu verfahren, weil man dann die wirklich faschistischen Parteien – wie Jobbik in Ungarn, Ataka in Bulgarien oder die Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi) in Griechenland – und die, die in Zukunft bestimmt noch entstehen werden, nicht mehr genau bezeichnen kann, weil man das Etikett schon allen möglichen Parteien aufgeklebt hatte. Die Sprache des Antifaschismus ist in Europa frühzeitig inflationiert worden. Warnungen vor dem Faschismus sollten in Europa ganz besonders sorgfältig gehandhabt werden. In den letzten Jahren haben sie sich abgenutzt und sind so alltäglich geworden, dass sie fast jede Bedeutung verloren haben. Die politische und mediale Elite tut weiterhin so, als seien die Ansichten der Bevölkerungsmehrheit inakzeptabel, während die verhältnismäßig kleine Minderheit der Befürworter der Massenmigration und ein extremistischer Rand die einzig legitimen Ansichten im Mainstream der europäischen Politik bilden. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Das Problem des Rassismus könnte in Zukunft in anderer Weise gehandhabt werden. Eine Möglichkeit, die dauernde unseriöse Nutzung des Begriffes einzudämmen, wäre sicherzustellen, dass die sozialen Kosten einer falschen Anklage mindestens so hoch sind wie die Kosten für den, der wirklich im Sinne der Anklage schuldig ist. Oder die Europäer werden dermaßen genug vom Prozess der Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen in alle Richtungen haben, dass in den kommenden Jahren eine implizite Übereinkunft darüber entstehen wird, dass der Rassismus, egal, wie unangenehm er auch sein mag, eine der vielen üblen Ansichten ist, die manche Menschen anziehend finden, aber keine Grundlage ist für politische und kulturelle Positionierungen.

Jede Lösung der Krise müsste nicht nur eine neue Haltung zu unserer Zukunft, sondern auch eine ausgewogenere Haltung zu unserer Vergangenheit entwickeln. Keine Gesellschaft kann überleben, die ihre Ursprünge fortlaufend unterdrückt oder in anderer Weise bekämpft. So

wie auch keine Nation überleben kann, die jede Kritik an ihrer Vergangenheit unterdrückt, so kann auch keine überleben, die alles Positive an ihrer Vergangenheit unterdrückt. Es mag sein, dass sich Europa durch seine Vergangenheit müde und abgenutzt fühlt. Aber es könnte seiner Vergangenheit auch mit etwas Nachsicht und nicht nur mit Selbstvorwürfen begegnen. Auf jeden Fall muss sich Europa weiterhin mit der Großartigkeit und dem Elend seiner Geschichte beschäftigen. Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen eine umfassende Lösung für dieses schwierige Problem zu präsentieren. Was mich persönlich betrifft, habe ich das starke Gefühl, dass Europas Schicksal wesentlich davon abhängt, welche Haltung wir gegenüber den Kirchenbauten und den anderen großen kulturellen Gebäuden, die in unserer Mitte stehen, entwickeln. Ob wir sie hassen, sie ignorieren, uns auf sie einlassen oder sie verehren – davon wird viel abhängen.

Es lohnt auch, sich mit der Frage zu beschäftigen, was passiert, wenn die Blase platzt und der Lebensstandard der nächsten europäischen Generation plötzlich zurückgeht, entweder weil der Rest der Welt Europa einholt oder weil die Schulden, die aufgehäuft wurden, um den »normalen« Lebensstandard der Europäer aufrechtzuerhalten, jedes akzeptable Niveau überstiegen haben. So angenehm es auch war, wenn es vorbei ist, wird es offenkundig, dass das Leben eines bloßen Konsumenten ohne Bedeutung und Zielsetzung ist. Eine Lücke in der menschlichen Erfahrung wird offenkundig, die noch jede Gesellschaft in der Geschichte versucht hatte anzusprechen und die von etwas anderem ausgefüllt wird, wenn unsere eigene Gesellschaft sie nicht irgendwie selber schließt. Eine Gesellschaft, die sich allein den Vergnügungen widmet, kann ihre Anziehungskraft schnell verlieren. Eine Gesellschaft, die sich allein durch die Bars und Nachtklubs, Genusssucht und Anspruchsdenken definiert, hat keine tiefen Wurzeln und keine große Überlebenswahrscheinlichkeit. Aber eine Gesellschaft, deren Kultur aus der Kathedrale, dem Schauspielhaus, dem Sportplatz, dem Einkaufszentrum und Shakespeare besteht, hat wenigstens eine Chance.

Doch es bleibt bei dem Widerwillen, diese tieferen Probleme anzusprechen. Am Ende steht der Fatalismus, insbesondere das Gefühl, dass wir schon alles ausprobiert haben. Warum sollte man damit wieder anfangen? Das mag einer der Gründe dafür sein, warum die Appelle an

die Europäer, ihren Glauben wieder zu erobern – selbst durch führende Kirchenpersönlichkeiten –, nicht im ermahnenden Tonfall der Vergangenheit, sondern im Geiste der Klage und der Niederlage erhoben werden. Als Papst Benedikt XVI. die Europäer anflehte, sich zu benehmen, »als würde Gott existieren«, anerkannte er etwas, was seine Vorgänger nicht bereit waren zu akzeptieren: dass es heute Menschen gibt, die nicht mehr glauben können, dass aber die Kirche trotzdem versuchen sollte, einen Zugang zu ihnen zu finden. Dieser Appell veranlasste die sterbende Oriana Fallaci mehr als alles andere, an Papst Benedikt zu glauben, obwohl sie an Gott nicht glaubte. In einem anderen Fall richtete sich der Appell des Papstes darauf, die große Kluft zwischen Religion und Philosophie zu überbrücken, insbesondere rief er dazu auf, dass Religion und Philosophie, die keine Feinde seien, wenigstens in einen Dialog miteinander treten sollten.[266]

Der Grund für diese Appelle ist das Bewusstsein, dass die Europäer keine neue oder bessere Kultur erfinden werden. Und auch eine Anerkennung dessen, dass die modernen Europäer von ihrer Schulzeit an kaum die Kultur feiern, die Gläubige und Ungläubige der früheren Generationen gleichermaßen gefördert hat und möglicherweise das Gleiche auch für diese Generation tun wird. Eine wachsende Zahl von Gläubigen und Nichtgläubigen beginnen zu erkennen, dass es in den möglicherweise großen Konvulsionen der kommenden Jahre nicht ausreichen wird, uns von allem loszusagen. Diese Praxis ist ein besonderer Teil der französischen Tradition und auch der Grund dafür, warum das Land, wenn es das Tragen von Kopftüchern und Burkas verbietet, sich damit entschuldigen muss, dass es auch das Tragen von jüdischen und christlichen Symbolen verbietet. Gewiss werden das viele Menschen für sinnvoll halten, aber es besteht auch das Risiko, dass man im Laufe dieses Strip-Pokers all seine Kleider verliert, der Gegner jedoch in voller Montur erscheint. Wahrscheinlich werden islamistische Radikale weiterhin in Frankreich bleiben, trotz des Verbots, in gewissen öffentlichen Gebäuden Kopftücher zu tragen, und ebenso wahrscheinlich ist es auch, dass Juden – gefangen zwischen den Islamisten und der von ihnen provozierten Säkularisierung – das Land verlassen werden. Keine der beiden Möglichkeiten ist wünschenswert.

Wenn die Kultur, die Westeuropa geformt hat, in Zukunft keine Rolle mehr spielen wird, gibt es mit Sicherheit Kulturen und

Traditionen, die ihren Platz einnehmen werden. Die Wiederbelebung unserer Kultur durch einen tieferen Sinn muss nicht die Form einer Bekehrungsmission annehmen, es kann ein bewusstes Streben sein. Es kann natürlich sein, dass die Ebbe des Glaubens, die im 19. Jahrhundert begonnen hat, zu Ende geht und eine neue Flut entsteht. Aber egal, was passiert, die Wiederherstellung unserer Kultur wird nicht möglich sein, solange die Religiösen glauben, ihr größtes Problem seien jene, die vom gleichen Stamm abgespalten sind, während die auf dem säkularen Arm sich endgültig vom Stamm absägen wollen. Viele empfinden die Pein dieser Spaltung und des Mangels an Sinn. Es ist eine Spaltung in unserer Kultur, die zu beenden die Arbeit einer ganzen Generation erforderlich machen wird.

Kapitel 19
Und was tatsächlich sein wird

Es lohnt sich – in Abwägung der gegenwärtigen Leistungen europäischer Politiker und der Haltung der Bevölkerungen – zu überlegen, welche Szenarien wahrscheinlicher sind als die im vorigen Kapitel skizzierten. Wahrscheinlicher als grundsätzliche Kehrtwenden ist die europaweite Fortsetzung der gleichen Politik wie bisher für die kommenden Jahrzehnte. Nur selten gab es innerhalb der politischen Klasse die Erkenntnis, dass ihre Taten in den Jahrzehnten der Massenmigration in irgendeiner Weise zu bereuen seien. Es besteht keine Intention zur Umkehr. Und es gibt viele Beweise dafür, dass sie eine Umkehr, auch wenn sie sie wollte, nicht vollziehen könnte. Die Ereignisse seit 2015 haben bloß einen lang anhaltenden Prozess beschleunigt.

Je länger sich die Migranten in einem Land aufhalten, umso schwieriger wird es, auch nur einen von ihnen auszuweisen, und die meisten von uns wollen ja gar nicht, dass die Mehrheit oder auch nur viele von ihnen ausgewiesen werden. Aber mit jedem Neuankömmling verschiebt sich das Gleichgewicht der Standpunkte über das zukünftige Europa. Die Ankömmlinge haben Kinder, denen ihre Wurzeln bewusst sind und die deshalb noch viel stärker als der Rest der Bevölkerung gegen jede Einschränkung der Einwanderung sein werden. Immer mehr Menschen, die selbst einen Migrationshintergrund haben, werden keiner politischen Partei ihre Stimme geben, die eine Begrenzung der Einwanderung vorschlägt. Sie werden solchen Parteien gegenüber misstrauisch sein, wie moderat deren Programme auch sein mögen. Einmal von dem Eigeninteresse abgesehen, ist es für jemanden,

der selbst nach Europa eingewandert ist, sehr schwer einzusehen, warum nach ihm nicht noch andere kommen sollen. Die Grenze zwischen legaler und illegaler Einwanderung wird weiter verwischt. So wird es mit jedem Tag, der vergeht, schwerer, eine ausreichend große Gruppe in der Bevölkerung zu finden, die gegen die Massenmigration eingestellt ist und eine Umkehr verlangen oder zumindest fordern würde, die Massenmigration nicht fortzusetzen. Und so werden mit der Zeit noch in diesem Jahrhundert zuerst die großen Städte und dann ganze Länder zu jenen »Nationen von Migranten«, von denen wir eine Zeit lang behauptet haben, dass wir sie immer schon gewesen seien.

Politiker, die bereit wären, gegen diese Entwicklung zu argumentieren, werden weiterhin durch den ungeheuren Preis abgeschreckt, den sie dafür zahlen müssten. In Dänemark und anderen europäischen Ländern leben Politiker, die die Massenmigration – und insbesondere die Einwanderung bestimmter Gemeinschaften – ablehnen, fortdauernd unter Polizeischutz, sie wechseln laufend ihren Schlafplatz und leben oft auf Militärstützpunkten. Selbst wenn jemand es auf sich nehmen wollte, dass seine Karriere vernichtet und sein Name beschmutzt wird, um für die Europäer zu sprechen, wer wird es tun, wenn dieses Leben die unvermeidliche Konsequenz ist? Und was, wenn die Lage noch schlimmer wird? Zurzeit sind die meisten Politiker weiterhin nur um der persönlichen Beliebtheit willen bereit, für kurzfristige Vorteile den »mitfühlenden«, »großzügigen« und »offenen« Kurs zu verfolgen, egal, ob dies zu langfristigen nationalen Problemen führt. Sie werden wie schon seit Jahrzehnten weiterhin davon überzeugt sein, dass es vorteilhafter ist, diese schwierigen Anliegen vor sich herzuschieben, sodass erst ihre Nachfolger mit den Konsequenzen konfrontiert werden.

Sie werden weiterhin sicherstellen, dass Europa der einzige Ort in der Welt bleibt, der der ganzen Welt gehört. Es zeichnet sich schon ab, was für eine Art Gesellschaft das sein wird. Mitte des 21. Jahrhunderts wird China immer noch aussehen wie China, Indien wie Indien, Russland wie Russland und Osteuropa wie Osteuropa. Westeuropa wird im besten Fall aussehen wie eine vergrößerte Version der Vereinten Nationen. Viele Menschen werden das begrüßen und dabei ihr Vergnügen haben. Nicht alles wird katastrophal. Viele werden es genießen, in diesem Europa zu leben. Sie werden die preiswerten

Dienstleistungen genießen, zumindest so lange, wie die Neuankömmlinge mit denen, die schon länger hier leben, um immer schlechter bezahlte Arbeitsplätze konkurrieren. Es wird endlos neue Nachbarn und neue Mitarbeiter und viele Diskussionsthemen geben. Die internationalen Städte entwickeln sich zu so etwas wie internationalen Ländern oder etwas Ähnlichem. Aber das wird nicht mehr Europa sein.

Vielleicht werden die europäische Lebensweise, die Kultur und die europäischen Auffassungen in kleinen Enklaven überleben. Dieses Muster zeichnet sich jetzt schon ab. Es sind ländliche Regionen, in denen Migranten nicht gerne leben und in die sich die Einheimischen zurückziehen. Wer die Mittel dafür hat, wird seinen europäischen Lebensstil noch eine Weile länger aufrechterhalten können – wie es jetzt schon der Fall ist. Die weniger Vermögenden werden akzeptieren müssen, dass sie nicht in ihrer eigenen, sondern in der Heimat der Welt leben. Und während man die Neuankömmlinge ermutigen wird, ihren Traditionen und Lebensstilen treu zu bleiben, wird man den Europäern, deren Familien seit Generationen hier leben und die einen immer kleineren Teil der Bevölkerung bilden, weiterhin erklären, dass ihre Traditionen unterdrückerisch und überholt seien. Das ist keine Science-Fiction. Es ist die gegenwärtige Situation in großen Teilen Westeuropas und das, was uns die demografischen Projektionen über die Zukunft des Kontinents sagen.

Obwohl es unseren Gesellschaften viel besser als befürchtet gelungen ist, die Einwanderer zu integrieren, sind wir deshalb immer noch kein großer Schmelztiegel, der bei gleichbleibendem Ergebnis endlos weiter nachgefüllt werden kann. Um zur Analogie mit dem Schiff des Theseus zurückzukehren: Ein Schiff bleibt nur so lange ein Schiff, wie es als solches wiedererkannt wird. Wenn das Schiff repariert werden muss, sollte man Teile verwenden, die erkennbar zum Rest passen. Doch die europäischen Gesellschaften sind immer weniger als solche erkennbar, und die Chancen, das Ganze zu bewahren, verschwanden, als die Entscheidung zum Krieg gegen den eigenen Entwurf gefallen war. Die Teile, die man dem Schiff hinzufügte, waren nicht sorgfältig gewählt und passten nicht zur alten Form. Der Entwurf und die Unfähigkeit der Regierungen rissen das Schiff auseinander,

und alles, was dabei im Weg stand, wurde mit dem Stemmeisen entfernt. Aber man nannte es immer noch Europa.

Die politische Führung Europas wird trotzdem weiter um die gescheiterten und widersprüchlichen Ideen kreisen und die gleichen Fehler wiederholen. Deshalb war mir die Analogie, die mir der Abgeordnete im Deutschen Bundestag präsentierte, so wichtig. Er verglich Europa mit einem Zimmer, in das man der Person, die im Flur einer tödlichen Gefahr ausgesetzt ist, erlauben muss, hereinzukommen und sich uns anzuschließen. Politiker von Großbritannien bis Schweden betonen, dass unser Zimmer ein großes Territorium sei, das wir problemlos zubetonieren können, um die Bedürftigen der Welt unterzubringen. Aber unsere Gesellschaften funktionieren nicht auf diese Weise. Jede intelligente Politik über Einwanderung und Integration hätte in Betracht ziehen müssen, dass das europäische Schiff zwar gelegentlich Menschen in Not von den Meeren um uns herum einsammeln kann, aber wenn wir zu viele Menschen zu schnell an Bord nehmen oder welche mit bösen Absichten, dann werden wir unser Schiff womöglich zum Kentern bringen, das einzige Schiff, das wir, die Völker Europas, besitzen.

Während der Migrantenkrise waren es nicht nur Aktivisten und Befürworter der »offenen Grenzen«, die daran glaubten, dass es vernünftig sei, die ganze Welt bei uns aufzunehmen. Es gehörten Mitglieder der griechischen Regierung und der Regierungsparteien in ganz Europa dazu. Viele fanden keine vernünftigen moralischen Argumente, um den Ankömmlingen aus aller Welt den Weg zu versperren. Andere suchten verzweifelt nach Entschuldigungen. Nach dem britischen Volksentscheid, die EU zu verlassen, erinnerte Daniel Korski, der frühere Politikberater David Camerons, daran, dass die EU-Partner noch vor der Abstimmung versucht hatten, das Land zu überzeugen, noch mehr Migranten aufzunehmen, und zwar unter anderem mit dem Argument, dass die Migranten mehr Steuern zahlten, als sie öffentliche Dienstleistungen konsumierten. Selbst auf dem Höhepunkt der Krise verließ man sich auf alte und längst widerlegte Lügen. Noch schlimmer war, was Korski noch sagte: »Wir waren nie imstande, diesen Argumenten zu widersprechen«, man suchte zwar nach Gegenargumenten, aber »es gab keine harten Beweise«.[267] Wenn sie nur genauer hingesehen hätten! Denn die

Argumente waren überall um sie herum. Sie hätten die Schulen ihrer Umgebung besuchen können. Oder die Notaufnahmen jedes beliebigen Krankenhauses, und sie hätten sich fragen können, ob die Neuankömmlinge für all das schon bezahlt hätten. Das waren die Fragen, die die Menschen in Großbritannien stellten. Nur dass ihre politischen Vertreter unbekümmert und daran uninteressiert waren oder alles leugneten.

Die Politik, die einheimische Briten schon zu einer Minderheit in ihrer Hauptstadt gemacht hatte, beschleunigte unvermeidlich die Veränderungen der Demografie des ganzen Kontinents. Die »finstere Spezialität« der Franzosen erwies sich als die finstere Entdeckung Europas. Man versprach den Menschen ihr ganzes Leben lang, die Veränderungen seien nur vorübergehend, dass sie gar nicht real seien oder dass sie gar nichts bedeuteten, und nun stellten die Europäer fest, dass sie noch zu ihren Lebenszeiten zu Minderheiten in ihren eigenen Ländern werden würden. Und es war egal, ob das Land berühmt für seinen Liberalismus oder für seinen feuerspeienden Konservativismus war – die Richtung der Entwicklung war überall dieselbe. Als das Wiener Institut für Demografie bestätigte, dass bis zur Mitte dieses Jahrhunderts die Mehrheit der Österreicher unter 15 Jahren Muslime sein würden, erwartete man von den Österreichern – wie von jedem anderen Volk in Europa –, ihr kulturelles Ende entweder zu ignorieren oder zu wünschen, es wäre nicht so. Der finstere Brecht'sche Witz schien wahr zu werden: Den politischen Eliten passte ihre Bevölkerung nicht, und sie lösten das Problem, indem sie das Volk auflösten und an ihrer Stelle ein neues Volk ernannten.

Noch schlimmer ist, dass dies alles getan wurde unter der lächerlichen Annahme, alle Kulturen seien gleich, aber die europäischen Kulturen seien weniger gleich als die anderen. Und dass eine Person, die die deutsche Kultur der eritreischen vorzog, im besten Fall eine veraltete oder uninformierte Meinung hatte, aber nach der viel häufiger anzutreffenden Auffassung durch und durch rassistisch war. Dass all dies im Namen der Diversität geschah, die mit jedem Jahr immer weniger divers wurde, hätte das deutlichste Alarmzeichen sein müssen.

Die einzige Chance, damit das funktioniert, wäre gegeben, wenn die neuen Europäer aus Afrika oder von sonst wo in der Welt ebenso

schnell lernen würden, Europäer zu werden, wie jeder andere Europäer in der Vergangenheit auch. Vielleicht hatte es ein wenig dies betreffende behördliche Nervosität gegeben. Einige Jahre lang war in Großbritannien die Jahresliste der populärsten Babynamen in der nationalen Statistik Gegenstand von Streitigkeiten. Immer wieder rückten die verschiedenen Varianten des Namens »Mohammed« weiter nach vorne. Die Behörden verteidigten ihre Praxis, die »Mohammeds« getrennt von den »Muhammads« und anderen Schreibweisen aufzulisten. Erst 2016 wurde klar, dass die Differenzen unerheblich waren, denn tatsächlich war der Name in England und Wales in all seinen Varianten zum populärsten Namen für Jungen geworden. Zu diesem Zeitpunkt änderte sich die offizielle Linie in »na und?«. Man ging davon aus, dass die Mohammeds der Zukunft genauso englisch und walisisch werden würden wie die Harrys oder Dafydds der vorhergehenden Generationen. Mit anderen Worten: Großbritannien wird britisch bleiben, auch wenn die meisten Männer Mohammed heißen, ebenso wie zum Beispiel Österreich auch dann Österreich bleiben wird, wenn auch dort die meisten Männer Mohammed heißen. Wie unwahrscheinlich diese Annahme ist, muss nicht besonders betont werden.

Tatsächlich scheinen alle Beweise in die andere Richtung zu gehen. Wer daran zweifelt, sollte nur die Lage der Minderheiten innerhalb der Minderheiten betrachten. Welche Muslime sind in Europa den größten Gefahren ausgesetzt? Sind es die Radikalen? Werden die Anführer der Salafisten, Khomeinis, der Muslimbrüderschaft oder der Hamas in Europa bedroht, oder mussten sie auch nur um ihren Ruf zu fürchten? Nichts weist darauf hin. Selbst Gruppen, deren Mitglieder Europäer enthaupten, werden in Europa ihren eigenen Ansprüchen folgend als »Menschenrechtsaktivisten« bezeichnet, die nur die weitverbreiteten Ungerechtigkeiten in unseren rassistischen und patriarchalen Gesellschaften bekämpfen. Das ist der Grund dafür, warum mehr britische Muslime für den IS gekämpft haben als in den britischen Streitkräften.

Die Menschen, die den größten Gefahren ausgesetzt sind und die meiste Kritik innerhalb der muslimischen Gemeinschaften und auch unter breiteren Kreisen der Bevölkerung ernten, sind tatsächlich die stärksten Anhänger der Integrationsversprechen des liberalen Europa.

Es waren nicht die muslimischen und nicht-muslimischen Verfolger von Ayaan Hirsi Ali, die die Niederlande verließen, sondern sie selbst. In den Niederlanden des 21. Jahrhunderts glaubte sie stärker an die Prinzipien der Aufklärung, als es die Holländer inzwischen taten. In Deutschland sind es nicht die Salafisten, die unter Polizeischutz leben müssen, sondern ihre Kritiker wie Hamed Abdel-Samad, dessen Leben nur deshalb in Gefahr ist, weil er seine demokratischen Rechte in einer freien und säkularen Gesellschaft ausübt. Und auch in Großbritannien sind es nicht jene, die den Mord an Abtrünnigen überall im Lande in vollen Moscheen predigen, die den Zorn der Muslime auf sich ziehen und um ihre Sicherheit bangen müssen. Nein, es ist ein progressiver Pakistaner mit muslimischer Herkunft wie Maajid Nawaz, ein Aktivist und Kolumnist. Sein einziger Fehler war, an ein Großbritannien zu glauben, das sich als eine Gesellschaft präsentiert, die immer noch die Prinzipien der Gleichheit vor dem Recht und des einen Rechts für alle hochhält. In Frankreich ist es ein Autor mit algerischen Wurzeln, Kamel Daoud, der einen Artikel in der *Le Monde* publizierte, in dem er offen über die sexuellen Angriffe in Köln schrieb, und der dafür von einer Meute von Soziologen, Historikern und anderen als »islamophob« kritisiert und als Vertreter des europäischen Rechtsextremismus bezeichnet wurde.[268] In jedem westeuropäischen Land sind es hier geborene oder eingewanderte Muslime, die für unsere eigenen Ideale – unter anderem für das Recht auf Redefreiheit – kämpfen, die von ihren Glaubensbrüdern gegeißelt und von den einst so höflichen europäischen Gesellschaften fallen gelassen wurden. Die Behauptung, dass dieses Verhalten langfristig eine soziale Katastrophe verursachen werde, ist eine Untertreibung.

Vorhersagen sind nicht möglich. Aber überall in Europa sind neue Entwicklungen zu beobachten, die die Richtung anzeigen, in die die Reise geht. In ihrer Außenpolitik war Europa jahrelang außerstande, eine koordinierte Strategie zu entwickeln. Und jetzt, dank unserer Migrationspolitik, ist die internationale Politik zur Innenpolitik geworden. Infolgedessen kann Europa auf der Weltbühne weder mit harter noch mit sanfter Macht Kritik hervorbringen. Im Juni 2016, als die UN Eritrea anklagte, gegen die Menschenrechte zu verstoßen, demonstrierten Tausende Eritreer vor dem UN-Gebäude in Genf.[269] Den Schweizern wurde ebenso wie allen anderen in Europa gesagt, dass

Eritreer vor einer Regierung in die Schweiz flohen, unter der sie nicht leben könnten. Und doch tauchten nun Tausende von ihnen auf, um eine Regierung zu unterstützen, die von Europäern kritisiert wurde. 2014 sickerten die Ergebnisse einer Untersuchung durch, die enthüllte, dass Militärstrategen glaubten, ein »immer multikulturelleres« Großbritannien, eine »immer multikulturellere Nation« bedeute, dass jedwede militärische Intervention im Ausland unmöglich werde.[270] Die Regierung würde immer weniger Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren, wenn britische Truppen in Länder entsandt würden, »aus denen Bürger des Vereinigten Königreiches oder ihre Familien stammen«.

Im Inneren gibt es das Potenzial für extreme Zuspitzungen. Nur um eine Konsequenz dessen zu nennen, dass das Ziel nicht »Farbenblindheit« und echte Integration, sondern »Diversität« und »Unterschiede« sind: Das Europa des 21. Jahrhunderts ist von der Rasse besessen. Statt zu verschwinden, bekommt das Thema von Tag zu Tag mehr Gewicht. Egal, ob Politik, Sport oder Fernsehprogramme, nicht einmal eine Reality-Show, nichts ist immun gegen die Obsession mit der Rasse. Wenn ein Nicht-Weißer, Nicht-Europäer irgendwo gut abschneidet, wird er oder sie als ein großes Vorbild und Musterbeispiel gelungener Integration gefeiert. Wenn die Person in einer Talentshow abgewählt wird, beginnt eine weitere nationale Debatte über Rassismus und darüber, ob die Person aus ethnischen Gründen abgewählt wurde. Aber im Ernst: Niemand weiß, wohin das auf lange Sicht führen wird.

So sollte man zum Beispiel annehmen, dass die Rassenwidersprüche in Großbritannien spätestens seit den 80er-Jahren bedeutend abgenommen hätten. Doch dank der Internationalisierung der Gesellschaft kann niemand die Konsequenzen von Ereignissen, egal, wo sie in der Welt stattgefunden haben, vorhersagen und ihre Auswirkungen auf die Politik im Inneren des Landes. Zum Beispiel als die US-amerikanische Bewegung Black Lives Matter (BLM), die 2012 begann, als mehrere unbewaffnete Schwarze von Polizisten erschossen wurden, sich in Großbritannien und anderen europäischen Ländern auszubreiten begann. Was auch immer die positiven und negativen Seiten der BLM-Bewegung in Amerika sein mögen, es bestehen so gut wie überhaupt keine Gründe für eine derartige Bewegung in Großbritannien. Ich beobachtete 2016, wie mehrere Tausend

Protestierende der BLM-Bewegung mit den erhobenen Fäusten der Black-Power-Bewegung und BLM-Slogans wie »Hände hoch, nicht schießen« durch das Londoner Stadtzentrum marschierten. Während der ganzen Zeit wurden sie von britischen Polizisten begleitet, die, wie jeder weiß, keine Waffen tragen. Wie komödiantisch diese Atmosphäre auch war, sie verflüchtigte sich wenige Wochen später, als sich an einem der heißesten Nächte des Jahres eine große Menschenmenge in Hyde Park versammelte und BLM-Slogans rief. Am Ende des Abends wurde ein Polizeibeamter niedergestochen, vier weitere verletzt. An anderer Stelle griff der Protest auf eine der belebtesten Straßen über, wo ein Mann von drei mit Macheten bewaffneten Männern angegriffen wurde. Seit Jahren waren das die gewalttätigsten Ausschreitungen in der Hauptstadt.

Niemand kann sich vorstellen, woher ähnliche Bewegungen in der Zukunft kommen werden. Aber wenn viele Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt in großer Nähe zueinander leben und verschieden starke Ressentiments hegen, dann ist es wahrscheinlich, dass alle möglichen Probleme der Welt irgendwann auch diese Gemeinschaften heimsuchen werden. Und die Welt wird immer Probleme haben. Währenddessen ist es nicht sicher, dass die Bevölkerungen Europas für immer dem Rassenproblem widerstehen werden. Wenn jede andere Gruppe und Bewegung in der Gesellschaft Rassen identifizieren kann und offen darüber spricht, warum nicht auch die Europäer? So wie die Europäer nicht zwangsläufig bis in alle Ewigkeit von unserer historischen und erblichen Sündhaftigkeit überzeugt sein werden, so ist es auch möglich, dass wir irgendwann sagen werden, es könne nicht sein, dass Rassenpolitik für alle, nur nicht für uns gilt.

Zurzeit sieht es so aus, dass alles weitergehen wird wie bisher. Es ist weiterhin die Verpflichtung der Europäer, die Probleme der Welt dadurch zu lösen, dass man Menschen aus vielen Teilen der Welt aufnimmt. Und wenn wir meinen, es sei »genug«, werden wir gegeißelt und fühlen uns von dieser Geißelung betroffen: eine Antwort, die viele andere Nationen und Despoten glücklich als Ermutigung auffassen. Kein westeuropäisches Land hat eine bedeutende Rolle bei der Destabilisierung des Regimes in Syrien gespielt oder die Verlängerung des Bürgerkrieges verursacht. Doch jene Länder, die das taten – Katar

oder die Vereinigten Arabischen Emirate –, leisten keinerlei humanitäre Hilfe. Der Iran – dessen Hisbollah-Miliz mit anderen Milizen zusammen in Syrien seit 2011 für iranische Interessen kämpft – hat Europa sogar gescholten, nicht mehr für die Flüchtlinge zu tun. Im September 2015 erdreistete sich der iranische Präsident Rohani sogar, dem ungarischen Botschafter wegen angeblicher Unzulänglichkeiten seines Landes in der Flüchtlingskrise Lektionen zu erteilen. Gleichermaßen auch Saudi-Arabien, das seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges seine eigenen Anhänger im Lande unterstützt. Nicht nur, dass Saudi-Arabien keinen einzigen Syrer zum saudi-arabischen Bürger gemacht hat. Es erlaubte nicht einmal, dass die 100.000 klimatisierten Zelte für Flüchtlinge genutzt werden, die sonst nur für fünf Tage im Jahr für die Pilger des Hadsch aufgebaut werden. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise gab es ein einziges Angebot aus Saudi-Arabien, nämlich 200 neue Moscheen in Deutschland für die Neuankömmlinge zu bauen.

Außer dass das Wohlwollen der Europäer weiterhin ausgenutzt wird, kann nur eines mit einiger Sicherheit vorhergesagt werden: Die Stimmung der Bevölkerung wird sich weiter verschlechtern. Obwohl die neuere Geschichte beweist, dass Politiker die öffentliche Meinung jahrzehntelang missachten können, ist nicht gesagt, dass dieser Zustand endlos weitergehen kann. Eine typische Umfrage von 2014 fand heraus, dass nur 11 Prozent der britischen Befragten dafür war, dass die Bevölkerung des Landes weiter wächst.[271] Trotzdem wuchs die Bevölkerung in den darauffolgenden zwei Jahren in atemraubendem Tempo weiter. Seit 2010 ist die Zahl der Menschen in Großbritannien, die außerhalb des Landes geboren wurden, um 1,4 Millionen gewachsen. Im gleichen Zeitraum sind 940.000 Kinder von Müttern auf die Welt gebracht worden, die selbst im Ausland geboren wurden. Und das in einem Land, das die schlimmsten Konsequenzen der Krise 2015 vermieden hat.

Wie lange können sich Regierungen vor den Konsequenzen ihrer Taten und ihrer Tatenlosigkeit drücken? In manchen Ländern werden sie so weitermachen. In anderen werden sie zynisch und innerhalb von kürzester Zeit die Richtung ändern. Während der Krise sprach ich mit einem Politiker der französischen rechten Mitte, der kaum noch einen Unterschied zwischen der Migrationspolitik seiner Partei und des Front

National entdecken konnte. Auf die Frage, wie er mit bestimmten Herausforderungen umgehen würde, die Menschen, die bereits französische Staatsbürger geworden sind, betreffen, antwortete er mit bemerkenswerter Ungeniertheit, dass man sich »wahrscheinlich genötigt sehe, gewisse Teile der Verfassung zu ändern«. Vielleicht werden zynische Vereinnahmungen von Themen aus politischen Gründen alltäglich. Anstelle irgendeiner sinnvollen Politik haben deutsche Politiker schon vorgeschlagen, dass Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft, die mit ausländischen Terroristen zusammenarbeiten, ihre deutsche Staatsbürgerschaft verlieren sollen. Dänemark hat ein Gesetz erlassen, das den Behörden erlaubt, Wertgegenstände der Migranten zu konfiszieren, um die Kosten ihrer Anwesenheit im Lande zu decken. Und überall wird die Frage, was man mit Menschen tun soll, die den Staat unterminieren, in zahlreichen Runden immer wieder diskutiert. Im Moment lehnen alle Staaten den Rechtsbruch ab, diese Leute zu Staatenlosen zu erklären, aber man hat das Gefühl, dass sich Europa nur noch einen größeren Terrorangriff entfernt von der vollständigen Änderung der Spielregeln befindet.

Vielleicht wird auch in der nächsten Zeit in einem europäischen Land eine der Parteien an die Macht gelangen, die früher als »rechtsextremistisch« beschrieben wurden. Vielleicht wird etwas später eine Partei an die Macht kommen, die noch weiter rechts steht. Es steht fest: Wenn die Politik eine schlimme Wendung nimmt, geschieht das, weil die Ideen schlecht geworden sind. Und die Ideen werden schlecht, weil die Rhetorik immer schlimmer geworden ist. Nach den Ereignissen in Köln und nach ähnlichen Attacken konnte man beobachten, wie an den Rändern die Sprache verrohte. In den Straßen begann man über alle Ankömmlinge als »rapefugees«[272] zu sprechen. In Paris traf ich einen gewählten Funktionär, der alle Migranten als »Refu-Dschihadisten« bezeichnete. Das waren beleidigende und keineswegs witzig gemeinte Bezeichnungen, benutzt von jemandem, der aus erster Hand wusste, dass zumindest ein Teil der Ankömmlinge vor Vergewaltigung und Dschihad geflohen war. Doch dieser Verfall der Sprache scheint – nach der Periode der Unaufrichtigkeit von der anderen Seite – unvermeidlich zu sein. Wenn man nur lange genug gegen jeden offensichtlichen Beweis behauptet, alle Ankömmlinge seien

Asylsuchende, dann erzeugt man eine Bewegung, die glaubt, keiner von ihnen sei es.

In gewisser Weise ist es geradezu erstaunlich, dass eine solche Bewegung nicht schon entstanden ist. Die ganze Zeit entwickelt sich die öffentliche Meinung unvermeidlich in eine Richtung. 2010 beklagte sich die politische Klasse lauthals darüber, dass 47 Prozent der Deutschen dächten, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. 2015 stieg die Zahl der Muslime weiter an und ebenso die Zahl der Leute, die meinten, der Islam gehöre nicht zum Land, und zwar auf 60 Prozent. Im darauffolgenden Jahr sagte schon fast zwei Drittel der Bevölkerung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, und nur 22 Prozent glaubten, er sei integraler Teil der deutschen Gesellschaft.[273] Im Februar 2017, als der neue amerikanische Präsident versucht hatte, vorübergehende Reisebeschränkungen für Bürger von sieben unstabilen islamischen Ländern zu erwirken, veröffentlichte Chatham House, eine namhafte britische, politische Denkfabrik, eine Untersuchung der diesbezüglichen Meinungen in Europa. 10 000 Menschen wurde die Frage gestellt, ob sie mit folgender Aussage einverstanden waren oder sie ablehnten: »Jedwede Einwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern sollte gestoppt werden.« Die Mehrheit in acht von zehn Ländern – Deutschland inbegriffen – war mit der Aussage einverstanden. Großbritannien war eines der beiden Länder, in dem der Wunsch nach Beendigung weiterer muslimischer Einwanderung eine Minderheitenmeinung blieb. Hier waren es nur 47 Prozent, die mit der Aussage einverstanden waren.[274]

Während die Europäer nicht stark genug an ihre eigene Erzählung glauben und ihrer Geschichte nicht trauen, wissen sie zugleich, dass andere Erzählungen in ihre Länder strömen, die sie nicht wollen. Das Gefühl, dass es keine Optionen mehr gibt, wächst. Man hat jeden Ausweg schon probiert, und es scheint unmöglich zu sein, sie erneut zu wagen. Wahrscheinlich wäre Deutschland das einzige Land in Europa, das den Kontinent aus der Stagnation führen könnte. Doch schon vor dem 20. Jahrhundert hatten die Europäer jeden Grund, die deutsche Führerschaft zu fürchten. Heute fürchten sich junge Deutsche noch mehr davor als ihre Eltern. Und so setzt sich das Gefühl, führerlos Getriebene zu sein, weiter fort.

In der Zwischenzeit tun die gewählten Verantwortlichen und Bürokraten alles, um die Situation so schnell und so schlecht wie nur möglich zu machen. Im Oktober gab es eine öffentliche Versammlung in Kassel. 800 Migranten sollten dort in den folgenden Tagen ankommen, und besorgte Bürger trafen sich, um den Verantwortlichen Fragen zu stellen. Wie die Videoaufnahme des Treffens zeigt, waren die Bürger ruhig, höflich, aber besorgt. Und dann erklärt ihnen der Regierungspräsident Walter Lübcke ganz ruhig, dass jeder, der mit dieser Politik nicht einverstanden sei, »dieses Land jederzeit verlassen« könne. Man hört auf der Aufnahme, wie die Leute laut Atem holen, entsetzt lachen, rufen und schließlich vor Wut schreien.[275] Eine ganz neue Bevölkerung wird in ihr Land gebracht, und dann sagt man ihnen, wenn ihnen das nicht gefalle, könnten sie jederzeit gehen? Begreifen die Politiker wirklich nicht, was geschehen kann, wenn sie europäische Bürger so behandeln?

Offensichtlich nicht. Und auch die Neuankömmlinge begreifen es nicht. Im Oktober veröffentlichten sowohl *Der Freitag* als auch die *Huffington Post* einen Artikel, geschrieben vom damals 18 Jahre alten syrischen Migranten Aras Bacho. In dem Artikel beklagt er sich:

> »Wir Flüchtlinge und die Deutschen haben die Wutbürger satt … Aber es gibt immer diese Hetze von arbeitslosen Wutbürgern, die ihre ganze Zeit im Internet verbringen und warten, bis ein Beitrag über Flüchtlinge im Internet auftaucht. Dann geht es mit unverschämten Kommentaren los … Wir Flüchtlinge und die Deutschen wollen mit euch Wutbürgern nicht in demselben Land leben. … Deutschland passt nicht zu euch, warum lebt ihr hier? Warum seid ihr nicht in einem anderen Land? Wenn das euer Land ist, liebe Wutbürger, dann benehmt euch ganz normal. Ansonsten könnt ihr einfach aus Deutschland flüchten und euch eine neue Heimat suchen. Geht am besten nach Amerika zu Donald Trump, er wird euch sehr lieb haben. Wir haben euch satt!«[276]

In der Neujahrsnacht 2016, am ersten Jahrestag der Vergewaltigungsattacken in Köln, fanden ähnliche Angriffe in mehreren europäischen Städten statt, unter anderem in Innsbruck und

Augsburg. Die Polizei von Köln wurde von Abgeordneten der SPD und Grünen heftig kritisiert, weil sie angeblich »racial profiling« unter denen, die auf den Domplatz wollten, durchführte, um ähnliche Gewalttaten wie im Jahr davor zu verhindern. Ein Jahr nachdem Deutschland aufgewacht ist und einen Teil der Realität erkannt hat, sind die Zensoren zurückgekehrt und haben die Kontrolle übernommen. In der gleichen Nacht brannten in Frankreich 1000 Autos, 17 Prozent mehr als im Jahr davor. Das französische Innenministerium erklärte, es habe keine »größeren Vorkommnisse« gegeben.

Europa verändert sich Tag für Tag, und mit jedem Tag wird die Möglichkeit einer weichen Landung als Antwort auf die Veränderungen unwahrscheinlicher. Eine ganze politische Klasse war nicht imstande zu erkennen, dass wir, die Einwohner Europas, das Europa, das uns gehörte, lieben. Wir wollen nicht, dass schwache, sich selbst hassende, boshafte, müde Politiker, die sich selbst aufgegeben haben, unsere Heimat in einen völlig anderen Ort verwandeln. Wir Europäer sind zwar scheinbar unendlich mitfühlend, aber nicht grenzenlos. Die Öffentlichkeit mag viele widersprüchliche Dinge gleichzeitig wollen, aber sie wird es den Politikern nicht verzeihen, wenn sie – ob zufällig oder bewusst – unseren Kontinent vollständig verändern. Manche werden es still bedauern. Andere werden weniger still sein. Als Gefangene ihrer Vergangenheit und der Gegenwart, haben die Europäer keine anständigen Antworten für die Zukunft. Und so wird es schließlich zur tödlichen Explosion kommen.

NACHWORT*

Mein Buch, *Der Selbstmord Europas,* ist im Vereinigten Königreich am 4. Mai 2017 erschienen. Sechs Wochen vorher, am 22. März, pflügte der zweiundfünfzigjährige, in Großbritannien geborene und zum Islam konvertierte Khalid Masood mit einem Auto über die Westminster-Brücke und tötete dabei einen amerikanischen und einen rumänischen Touristen sowie zwei Briten. Dutzende wurden durch den Aufprall des Wagens verletzt, einige stürzten von der Brücke in die Themse. Nachdem er mit dem Mietwagen in das Schutzgeländer des Parlaments gekracht war, rannte Masood los und lief durch das Eingangstor des Parlaments. Dort erstach er einen der diensthabenden Polizeibeamten, Keith Palmer, bevor er von der Polizei erschossen wurde. Masoods letzte telefonische Botschaften verrieten, dass er glaubte, sich im »Dschihad« zu befinden.

Sofort danach verfiel die britische Presse in die üblichen Klischees. In einem weitverbreiteten Artikel erklärte ein britischer Journalist in der *New York Times,* dass am Morgen nach dem Anschlag »London zwar noch nicht ganz zur Normalität, aber doch zur geschäftlichen Betriebsamkeit zurückgekehrt (sei). Ich fuhr durch den Süden der Stadt, Richtung Chelsea und später über King's Cross, und die Londoner setzten ihr Leben wie an jedem anderen Tag fort.« Und weiter: »Dieses Verhalten zeigt etwas Tieferes als bewusste Todesverachtung, glaube ich. Die 8,6 Millionen Einwohner der Megapolis würden niemals einem Mann erlauben, sie zu zwingen, sich zu verstecken. Eine Lachnummer, wie man im Osten der Stadt sagen würde.«[277] Man fragt sich, wann der Autor zuletzt einen Ostlondoner Pub voller Cockneys besucht und das aufgeschnappt hat.

Zwei Wochen nach dem Westminster-Attentat und noch vor der Beerdigung des Polizeioffiziers Keith Palmer wurde ein nationaler

»Gottesdienst der Hoffnung« in Westminster Abbey zelebriert, direkt dem Ort gegenüber, wo der Polizist niedergestochen wurde. In seiner Predigt während des ökumenischen Gottesdienstes sprach John Hall, der Dekan von Westminster, von einer »verblüfften« Nation. »Was konnte einen Mann dazu veranlassen, ein Auto zu mieten, damit von Birmingham nach Brighton und London zu fahren und es dann mit hoher Geschwindigkeit gegen Menschen zu lenken, die er nie getroffen hatte, die er nicht einmal kannte, gegen die er keinen persönlichen Groll hegte, die zu hassen er keinen Grund hatte, und dann weiter zum Tor des Westminster-Palastes zu fahren, um dort noch jemanden umzubringen? Wahrscheinlich werden wir es niemals wissen.« Weitere »verblüffende« Ereignisse sollten bald folgen.

Am Montag, den 22. Mai, waren Tausende junger Frauen dabei, ein Konzert der amerikanischen Popsängerin Ariana Grande in der Manchester Arena zu verlassen. Salman Abedi, ein Zweiundzwanzigjähriger, dessen Eltern in den 90er-Jahren auf der Flucht vor dem Gaddafi-Regime nach England gekommen waren, wartete im Foyer und zündete dort eine mitgebrachte Bombe, die mit Schrauben, Muttern und Metallsplittern gefüllt war. 22 Menschen, Kinder und ihre Eltern, waren sofort tot. Mehrere hundert wurden verletzt und erlitten Verletzungen, die sie ein Leben lang zeichnen würden. Der IS behauptete, Abedi sei einer seiner Soldaten.

Nach Manchester erfuhr die neue europäische Tradition, nach jedem Terrorangriff John Lennons »Imagine«[278] abzusingen, eine Veränderung. Eine neue Manchester-Version entstand, als die Menschenmenge während eines Gedenkgottesdienstes nach dem Attentat anfing, den Hit der Gruppe Oasis aus den 90ern zu singen: »Don't look back in anger« (Schau nicht zurück im Zorn). Das Lied passte perfekt zur Stimmung, die die Politiker und Medien bestärken wollten. Bald verschwanden die Geschichten von den Toten und Verstümmelten aus den Medien. Diese mochten nicht von jungen Frauen berichten, denen Nägel und Schrauben aus den Köpfen und Wirbelsäulen operiert werden mussten. Stattdessen kaum 24 Stunden nach dem Attentat die Botschaft: »Don't look back in anger«.

Keiner fragte: Warum eigentlich nicht? Warum sollten Menschen nicht zornig sein, wenn ihre Töchter in die Luft gejagt werden, nur weil sie ihre Lieblingspopsängerin an einem Montagabend erleben wollten?

Warum sollten sie nicht wütend sein, wenn der junge Abedi 22 Menschen umgebracht hat, einen Menschen für jedes Jahr, das ihm dieses Land geschenkt hatte? Zwei Wochen nach dem Attentat kam Ariana Grande in Begleitung von anderen Popstars – unter anderen Justin Bieber – zurück nach Manchester und veranstaltete ein Popkonzert mit dem Titel »One Love«. Man gedachte erst einmal der Tragödie, aber dann begann die Party, und die Leute fingen an, Spaß zu haben. Manche feierten dieses Verhalten als ein Zeichen des Widerstands gegen den Terror. Nur wenige merkten an, dass auch dieses Mal, wie einen Monat zuvor im Falle des »Gottesdienstes der Hoffnung«, die Toten noch nicht einmal beerdigt waren, als alle anderen einfach weitermachten, als wäre nichts geschehen.

Unerbittlich ging es so weiter. In der Nacht vor dem »One Love«-Konzert in Manchester war wieder London dran. Am Samstagabend, den 3. Juni, fuhren drei Männer einen Kleinlastwagen auf der London Bridge in eine Gruppe von Fußgängern. Dann stiegen sie aus und begannen auf die Hälse und Körper der Fußgänger einzustechen. Sie schienen vor allem Frauen zu verfolgen. Danach rannten sie los und hieben wahllos auf Touristen und Einheimische in den Pubs und Straßen von Borough Market ein. Sie brüllten unter anderem: »Das ist für Allah.« Acht Menschen wurden ermordet und mehrere ernsthaft verletzt, bevor die bewaffnete Polizei die drei Männer erschoss. Später wurden sie als Youssef Zaghba (22), Khuram Butt (27) und Rachid Redouane (30) identifiziert. Zaghba und Redouane waren Marokkaner. In der darauffolgenden Untersuchung stellte sich heraus, dass Redouane unter einem falschen Namen nach Großbritannien eingereist war. Er hatte angegeben, Libyer zu sein, außerdem war er fünf Jahre älter, als er behauptet hatte. Sein Asylantrag, den er unter seiner falschen libyschen Identität gestellt hatte, wurde abgelehnt, ebenso seine weiteren Anträge. Er tauchte daraufhin unter und lebte fortan unter seiner wahren marokkanischen Identität. Khuram Butt wurde in Pakistan geboren und kam 1988 als sogenannter minderjähriger Flüchtling ins Vereinigte Königreich. Seine Familie kam hinterher und beantragte Asyl wegen »politischer Verfolgung«.[279]

Nach den Terroranschlägen der drei Männer wurden die Londoner Bürger, die an diesem Abend die Kneipen und Cafés bevölkerten, im Rahmen der polizeilichen Sicherungsmaßnahmen aufgefordert, die

Hände auf den Kopf zu legen und hintereinander in einer Reihe das Gebiet zu verlassen, während die Waffen der Polizei auf sie gerichtet waren, für den Fall, dass weitere Angriffe stattfinden sollten. Obwohl andauernd von der Widerstandskraft Londons geredet wird, sahen die Menschen an diesem Abend eher wie Besiegte aus, die in Gefangenschaft marschierten. In den Tagen danach wurden überall in Großbritannien um die Sehenswürdigkeiten und um gefährdete Verkehrsknotenpunkte herum Schutzbarrieren, Mauern und Poller errichtet. Die traditionelle Forderung der Bewegung für offene Grenzen lautet immer: »Baut Brücken, nicht Mauern!« Diese Leute sollten London heute besuchen. Ende 2017 waren alle Londoner Brücken mit Mauern versehen.

Trotzdem redeten Premier Theresa May und andere Politiker weiterhin von »Widerstandskraft« gegen den Terror. Allerdings konnte die oppositionelle Labour-Partei bei den Parlamentswahlen daraus ein wenig Kapital schlagen, indem sie behauptete, die Terroranschläge seien zum Teil die Folge von Sparmaßnahmen bei der Polizei. Auf den Stufen von Downing Street No. 10 erklärte daraufhin die Premierministerin, man habe zu viel Toleranz gegenüber dem Extremismus gezeigt, nach diesen Angriffen gelte: »Genug ist genug.« Sie ging nicht weiter ins Detail und versprach, einen Beauftragten zu ernennen, der sich näher mit der Frage des Extremismus beschäftigen sollte.

Ansonsten hieß es, Ruhe bewahren und weitermachen, den Geist des Blitzkrieges wiederbeleben und Ähnliches. Die Erklärungen klangen noch hohler, als Ahmed Hassan am 15. September 2017 während der Hauptverkehrszeit die District Line der Londoner U-Bahn bestieg und dort eine Bombe hinterließ. Es stellte sich heraus, dass der achtzehnjährige Iraker 2015 illegal eingereist war und seitdem bei Pflegeeltern lebte. Er hatte die Bombe, die er im Zug platzierte, tatsächlich im Haus seiner Pflegeeltern zusammengebaut. Zum Glück der vielen Schulkinder und anderer Reisender in der U-Bahn explodierte der Zünder, ohne die Bombe selbst zu zünden. Das führte zu einer panischen Massenflucht aus dem Wagen, mehrere Dutzend Menschen erlitten kleinere Brandwunden und andere Verletzungen. Diesmal mussten keine toten Körper in Leichensäcken abtransportiert werden.

Es gibt keinen Grund, warum die Londoner Bevölkerung irgendeinen »Geist des Blitzkrieges« entwickeln sollte. Wie die Volkszählung von 2011 zeigt, haben die meisten Familien, die heute in London wohnen, während des Blitzkrieges nicht einmal in Großbritannien gelebt. Es gibt keinen Grund, warum Leute, nur weil sie das gleiche Gebiet bevölkern, die Erinnerungen der vorherigen Generation der dort Lebenden in sich aufgesogen haben sollten.

Als bedürfe es eines Beweises dafür, dass der »Geist des Blitzkrieges« von der heutigen Bevölkerung Londons nicht im Geringsten aufgesogen worden war, entfaltete sich im November des gleichen Jahres, als all diese Terrorangriffe stattfanden und darüber hinaus andere vereitelt wurden, ein Ereignis, über das noch weniger nachgedacht wurde als über die Toten der Terrorangriffe. Am frühen Freitagabend des 24. November gab es Berichte, dass in der U-Bahn-Station Oxford Circus Schüsse gefallen seien. Es folgte eine Massenflucht, Hunderte Menschen flohen in panischer Angst durch die belebtesten Straßen Londons oder verbarrikadierten sich in den größeren Kaufhäusern. Der Popsänger Olly Murs schickte an seine fast acht Millionen Follower einen Tweet aus dem Kaufhaus Selfridges. »Jeder raus aus Selfridges, Schüsse!! Ich bin drinnen.« Er schickte noch hinterher: »Ich weiß nicht, was wirklich geschieht! Ich bin in einem Büro … aber die Menschen schreien und rennen in Richtung der Ausgänge!« Die Polizei erklärte, sie würde auf einen terroristischen Zwischenfall reagieren. In den sozialen Medien und in den Onlineausgaben der führenden Zeitungen erschienen Berichte, in denen behauptet wurde, dass ein Fahrzeug in der Oxford Street in die Menge gefahren sei, Blut und tote Körper seien überall.

Innerhalb einer Stunde stellte sich heraus, dass alles Unsinn war. Es gab weder einen Angriff mit einem Fahrzeug noch Amokläufer, noch Tote oder Blut. Tatsächlich wurden 16 Leute verletzt – unter ihnen eine Person schwer –, aber es handelte sich um eine Massenpanik, ausgehend von der Haltestelle Oxford Circus und Umgebung. Es gab Berichte, wonach sie durch eine Auseinandersetzung unter Gangs in Gang gesetzt worden sei. Aber auch das erwies sich als falsch. Einen Tag nach dem Zwischenfall meldeten sich zwei Männer bei der Polizei, die befürchteten, dass sie ungewollt die Panik verursacht haben könnten, aber sie wurden bald darauf ohne Anklage entlassen. Am 26. Dezember

ereignete sich ein ähnlicher Vorfall. Am verkaufsoffenen »Boxing Day«[280] gab es falsche Berichte, denen zufolge auf der Oxford Street Schüsse gefallen seien. Wieder flüchteten die Menschen in Panik in die Läden und Nebenstraßen der Umgebung.

Ereignisse wie diese – zum Beispiel ähnliche Vorfälle nach den Terroranschlägen im November 2015 in Paris – verschwinden schnell aus den Nachrichten, und niemand schreibt mehr über sie. Doch sie weisen darauf hin, dass die Öffentlichkeit nicht so stoisch ist, wie es Meinungsmacher und Politiker gerne behaupten. Im Gegenteil, die Menschen sind so nervös, dass ein geringfügiger Zwischenfall eine Massenpanik verursachen kann.

Der einzige Vorfall, dessen Folgen diesem Trend widersprachen, ereignete sich am 19. Juni 2017 vor einer Moschee in der Nähe von Finsbury Park. An diesem Abend fuhr der siebenundvierzigjährige vierfache Familienvater Darren Osborne aus Cardiff seinen Van in eine Menschenmenge vor der Moschee, die sich in der Nachbarschaft einer muslimischen sozialen Einrichtung befindet. Ein Mann, der vorher schon zusammengebrochen war, starb, fast ein Dutzend Menschen wurden verletzt. Der Vorfall hatte einige bemerkenswerte Aspekte. Der offenkundigste war die Angst, dass die oft beschworene Gegenreaktion nunmehr zur Realität geworden sein könnte. Doch am auffälligsten war, wie die gleichen Leute, die nach jedem islamistischen Angriff bemüht waren, so präzise und so wenig verallgemeinernd wie nur möglich zu sein, sich nun völlig anders verhielten. Nach diesem Angriff verteilten die islamischen Organisationen und die Mainstream-Medien die Schuld so breit wie nur möglich. Auf ganze Gemeinschaften, auf Individuen, die mit dem Angriff nichts zu tun hatten und so etwas niemals befürworteten, und gegen jeden, gegen den sie einen Groll hegten. »Don't look back in anger« war kein Thema mehr.

Die meisten Menschen werden der Meinung sein, dass die meisten Muslime gesetzestreue, anständige Bürger sind. Doch die gleiche Annahme scheint für den Rest der Bevölkerung nicht zu gelten: Man sieht sie gerade nur einen Schritt von einer Pogromstimmung entfernt. Vielleicht sind die unterschiedlichen Standards in der Anwendung der Unschuldsvermutung der Grund, warum überall in Westeuropa die Bewegung der sogenannten Identitären entstanden ist. Es ist noch zu früh, um beurteilen zu können, worin diese Bewegung gegenwärtig

besteht, und noch weniger kann man sagen, wohin sie sich entwickeln wird. Was alle befürchten, ist, dass ihre Ideen und Aktionen irgendwann genau jene Reaktionen rechtfertigen könnten, gegen die sie ursprünglich entstanden sind.

Der Zufall wollte es, dass ich 2017, zur Zeit der ersten Terrorangriffe im Vereinigten Königreich, gerade dabei war, an einem der neuen Grenzzäune entlangzuwandern. Obwohl der Massenandrang vorbei war, waren die Verantwortlichen viel wachsamer als 2015. Grenzschützer an der ungarisch-serbischen Grenze zeigten mir die neue Drohnentechnologie, die sie nutzten, und beschrieben ihre Anstrengungen, die Grenzen ihres Landes Tag und Nacht zu sichern. Natürlich hätte keine Grenze Khalid Masood zurückhalten können. Der Attentäter von der Westminster-Brücke war im Vereinigten Königreich geboren. Doch die Frage nach der Notwendigkeit von Grenzen – oder zumindest nach einer funktionsfähigen Migrationspolitik – gehört immer noch zu den Debatten auf den politischen Schlachtfeldern. Während sich die Straßen von immer mehr Städten in Europa in echte Schlachtfelder verwandeln.

Am 7. April 2017 war Stockholm dran. Am Nachmittag stahl ein abgelehnter Asylbewerber aus Usbekistan einen Lastwagen und fuhr damit in die Menge in einer der belebtesten Einkaufsstraßen Stockholms. Den Berichten nach zielte der Fahrer insbesondere auf Familien. Fünf Menschen starben, viele andere wurden verletzt. Der Verbrecher hatte 2014 in Schweden Asyl beantragt. Doch die schwedischen Behörden fanden schnell heraus, dass er keinen Asylgrund hatte. Er hätte das Land spätestens 2016 verlassen müssen, doch er tauchte unter.

Am 17. August traf es Spanien. 14 Menschen wurden getötet und mehr als 100 verletzt, als Younes Abouyaaqoub, ein zweiundzwanzigjähriger Marokkaner, einen Lastwagen in die Menge der Spaziergänger auf der belebten La Rambla in Barcelona lenkte. Er ermordete eine weitere Person, als er auf der Flucht versuchte, ihren Wagen zu stehlen. Es stellte sich heraus, dass er Mitglied einer Terrorzelle war, deren Mitglieder später im nicht weit entfernten Cambrils mit einem Fahrzeug in eine Gruppe von Fußgängern fuhren, eine Frau umbrachten und sechs weitere Menschen verletzten. Andere Mitglieder der Zelle kamen um, als sie die Nacht zuvor in einem Haus

in Alcanar eine Bombe zusammenbauen wollten. Später wurde berichtet, dass die Zelle noch weitere spektakuläre Angriffe geplant hatte, unter anderem hatte sie vor, Antoni Gaudís Meisterwerk, die Kathedrale Sagrada Familia, zu sprengen. Einen Monat später stürmte eine Spezialeinheit der spanischen Polizei zur Terrorismusbekämpfung (Grupo Especial de Operaciones) die Kathedrale und sperrte die ganze Gegend ab, nachdem ein verdächtiges Fahrzeug gemeldet worden war.

Nur einen Tag nach dem Terroranschlag in Barcelona wurden zwei Frauen im finnischen Turku mit einem Messer attackiert und umgebracht, acht andere wurden verletzt. Der Mörder, der »Allahu Akbar« schrie und bewusst Frauen angriff, gehörte wieder zu der größten Gruppe der unlängst nach Europa Eingewanderten: Er hatte nicht mehr Recht darauf, sich in Europa aufzuhalten, als sonst irgendeiner auf der Welt. Abderrahman Bouanane reiste 2016 unter einem falschen Namen nach Finnland ein und behauptete, ein minderjähriger Flüchtling zu sein. Es stellte sich heraus, dass er 22 Jahre alt war und aus dem absolut friedlichen Marokko stammte. Obwohl sein Asylantrag abgelehnt wurde und er unter verschiedenen falschen Identitäten in Finnland blieb, wurde er nicht ausgewiesen. Und so veränderte sich das Leben von noch mehr Familien für immer.

Im Dezember 2017 fasste Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft der Europäischen Kommission, die aktuelle Politik des politischen Mainstream in einem Artikel mit dem Titel »Die Migranten Europas sind hier, um zu bleiben« zusammen. Es sei Zeit, der Wahrheit ins Auge zu sehen, forderte er: »Wir können und werden die Migration niemals aufhalten.« Er rühmte, dass »die EU im letzten Jahr mehr als 700 000 Menschen Schutz geboten« habe, was, wie er sagte, nicht nur ein »moralisches Gebot«, sondern auch »eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit für unseren alternden Kontinent« sei. »Am Ende brauchen wir nur die Bereitschaft, Migration, Mobilität und Diversität als die neuen Normen zu akzeptieren und unsere Politik entsprechend zu gestalten. Der einzige Weg, unsere Asyl- und Migrationspolitik zukunftssicher zu machen, ist in erster Linie, die Art, wie wir denken, zu ändern.« Er erkannte auch Fehler und stellte fest: »Natürlich bleibt in der Europäischen Union noch eine Menge zu tun. Wir müssen unser Versprechen erfüllen, Tausende Migranten in den kommenden

Monaten aus Libyen zu evakuieren, entweder durch Umsiedlung oder durch freiwillige Rückkehr.«[281]

Bald darauf versprach die italienische Regierung, dieses Versagen der EU zu korrigieren. Schon im gleichen Monat wurden die ersten Migranten aus Libyen nach Rom geflogen, während der Innenminister des Landes versprach, weitere 10 000 Menschen im kommenden Jahr auszufliegen, um sie vor den Schleusern zu retten. Marco Minniti ging sogar nach Libyen, um dort die ersten Migranten zu treffen, die ausgeflogen werden sollten. Er erklärte: »Das ist ein historischer Moment, da wir den ersten humanitären Korridor geschaffen haben, um Migranten zu retten und ihnen den Flüchtlingsstatus im Sinne der UN zu verleihen und sie so aus dem Griff von Kriminellen zu retten.« Um den Migranten zu helfen, ihnen die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer zu ersparen und die Schleusergangs zu umgehen, nahm die EU den Schleusern die Arbeit ab, indem sie Flugzeuge statt Schiffe nutzte. Ein Jahr vor dieser Ankündigung hatten die italienischen Behörden durch verdeckte Ermittlungen Beweise dafür gefunden, dass etliche Nichtregierungsorganisationen aktiv mit den Schleusern zusammenarbeiteten, indem sie Treffpunkte und -zeiten vereinbarten und den Schleusern sogar Schiffe zurückbrachten. Die Öffentlichkeit reagierte auf diese Enthüllungen mit Wut, war jedoch nicht überrascht.

Natürlich behaupteten Minniti und andere Vertreter der italienischen Behörden, dass nur echte Flüchtlinge nach Italien kommen würden. Aber die Vorgeschichte aller westeuropäischen Länder legte nahe, dass diese Behauptung – wie so vieles andere auch – pure Fantasterei war. Minniti versprach auch, dass Migranten, die in Italien nichts zu suchen haben, in größerem Maßstab ausgewiesen würden. Auch bei dieser Behauptung hatte die europäische Öffentlichkeit gute Gründe, skeptisch zu sein. Tatsächlich zeigen die Zahlen, die zur gleichen Zeit in Großbritannien veröffentlicht wurden, dass nur einer von fünf unbegleiteten, vorgeblich minderjährigen Migranten, die über ihr Alter gelogen hatten, ausgewiesen wurde. Eine Studie der Nationalen Forensischen Medizinagentur (Rättsmedicinalverket) in Schweden untersuchte das wirkliche Alter von 8000 Menschen, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Schweden gekommen waren. Dabei ging es nur um Fälle, in denen Zweifel über das Alter bestanden. Es stellte sich heraus, dass von den

8000 Flüchtlingen 6600 über 18 Jahre waren. Was wird mit ihnen geschehen? Dasselbe wie mit allen anderen: Sie werden bleiben.

Dass die europäischen Verantwortlichen so lax damit umgingen, wen sie hereinlassen – und so wenig über die möglichen Folgen nachdachten –, hatte mit der Zeit überaus hässliche Folgen. Vor allem zeigte sich eine unumkehrbare Tatsache: Wenn man Menschen aus aller Welt importiert, importiert man mit ihnen die Probleme der ganzen Welt und erzeugt womöglich noch neue. Ereignisse, die irgendwo in der Welt stattfinden, haben nun Folgen innerhalb Europas.

Im Dezember 2017 kündigte der amerikanische Präsident an, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen zu wollen. Experten und Gegner des Präsidenten warnten sofort, dass dies zum Aufstand der »arabischen Straße« führen werde. Tatsächlich blieb die arabische Welt bemerkenswert ruhig. Am Freitag nach der Ankündigung des Präsidenten musste ein enttäuschter Journalist der BBC vor dem Jerusalemer Damaskus-Tor stehend berichten, dass mehr Journalisten da seien als protestierende Palästinenser. Aber während die »arabische Straße« ruhig blieb, fand der Aufruhr in Westeuropa statt.

Nach der Erklärung des US-Präsidenten versammelten sich muslimische Massen vor der amerikanischen Botschaft in London und riefen unter anderem: »Khaybar, khaybar, ya yahud, Jaish Muhammad, sa yahud.« Was so viel bedeutet wie »Juden, denkt an Khaybar, die Armee des Mohammed kommt wieder«. Das ist ein Ruf, der an das Abschlachten der Juden bei Medina durch die Armeen Mohammeds im 7. Jahrhundert erinnert. In Amsterdam, im jüdischen Viertel der Stadt, zertrümmerte ein mit einer Kufiya bekleideter Mann mit einer Palästinenserfahne in der Hand das Schaufenster eines koscheren Restaurants. In Schweden wurde es noch hässlicher. In Malmö riefen die Menschenmassen: »Wir werden die Juden erschießen.« In Göteborg stürmten 20 maskierte Männer die Synagoge mit Molotowcocktails. Die 20 bis 30 jungen Juden im angrenzenden Gemeindezentrum schafften es, unverletzt zu entkommen. Zwei Tag später wurde neben der Friedhofssynagoge in Malmö eine Bombe gefunden. Wie in Berlin wurde auch in Stockholm die israelische Fahne verbrannt, und ein Sprecher nannte die Juden »Affen und Schweine«. Der Sprecher der jüdischen Gemeinde in Malmö sagte: »Man traut sich nicht mehr, den

Davidstern an einer Kette um den Hals zu tragen. Es ist ein ständiger Kampf um ein normales Leben.«[282]

Seit dem Erscheinen dieses Buches kamen weitere Details über die darin beschriebenen verhängnisvollen Entscheidungen ans Tageslicht. Ein Journalist der Tageszeitung *Die Welt* enthüllte einige von Merkels Gedanken im August 2015, nicht zuletzt ihre Angst davor, dass Bilder, die deutsche Grenzschützer zeigen, wie sie den Ansturm der Migranten abwehren, um die Welt gehen könnten.[283] Unterdessen beschrieb ein früherer europäischer Regierungsverantwortlicher die Gespräche während einer Krisensitzung im Oktober 2015 in Brüssel. Er zitiert Merkel mit dem Satz: »Wir saufen ab.« Und weiter: »Heute schon kommen so viele Flüchtlinge aus Österreich. Was wird erst morgen.« Danach merkte sie noch an, dass sie aus einem Land stamme, in dem man mit Mauern leben musste. Sie wolle nicht, sagte sie, dass in ihrer Biografie stehe, sie habe neue Mauern bauen lassen.[284]

Auf der politischen Ebene hat die Politik dieser Generation von europäischen Politikern schon zu einigen absehbaren Konsequenzen geführt. Bei den Wahlen zum holländischen Parlament im März 2017 hat es die regierende VVD, Volkspartei für Freiheit und Demokratie, geschafft, die stärkste Partei zu bleiben, obwohl es in den Umfragen vor den Wahlen so aussah, als würde es die Partei von Geert Wilders schaffen, die VVD auf den zweiten Platz zu verdrängen. Eine neue Partei, das Forum für Demokratie, hat Wilders einige Stimmen abgenommen. Aber am auffallendsten war, dass man, je näher der Wahltag rückte, die Wahlrhetorik der VVD umso weniger von der von Wilders unterscheiden konnte. In einer Anzeige, die in den holländischen Zeitungen veröffentlicht wurde, warnte Ministerpräsident Mark Rutte – der wiedergewählt werden wollte – die Einwanderer, dass sie sich normal benehmen oder das Land verlassen sollten.

Dann, wenige Tage vor den Wahlen, kam es zu einem merkwürdigen Streit zwischen der türkischen und der holländischen Regierung. Einige türkische Politiker, unter ihnen auch einige Minister, wollten nach Holland reisen, um dort für ein »Ja« in der anstehenden türkischen Volksabstimmung, die Präsident Erdogan einen weiteren Machtzuwachs sichern sollte, zu werben. Die holländischen Verantwortlichen stellten sich dagegen, dass türkische Politiker in ihrem

Land Wahlkampf führten, untersagten dem Flugzeug des türkischen Außenministers die Landung und verwiesen einen anderen Minister des Landes. Die kurzfristige Härte zahlte sich aus, und die Partei Wilders wurde bei den Wahlen an die zweite Stelle verwiesen.

Im darauffolgenden Monat schaffte es Marine le Pen in die Stichwahl zur französischen Präsidentschaftswahl. Sie wurde von Emmanuel Macron besiegt, der mit einem ungewöhnlichen Wahlkampf, in dem er keine Unterstützung von den Mainstream-Parteien erhalten hatte, einen Durchbruch erzielte. Vielleicht wurden die Chancen seiner Gegner die ganze Zeit überschätzt. Vielleicht hatte er nur Glück, dass er bei der Abstimmung einem Mitglied der Le-Pen-Familie gegenüberstand. Auf jeden Fall glaubten einige, dass mit der Wahl von Macron der Status quo in der europäischen Politik am ehesten erhalten bleiben würde. Während der Feierlichkeiten haben wahrscheinlich nur wenige die langfristige Entwicklung im Blick gehabt: Während der Vater von Marine le Pen 2002 nur 17,8 Prozent der Stimmen erhalten hatte, schaffte seine Tochter 2017 33,9 Prozent.

Schließlich müssen die deutschen Wahlen im September all jenen zu denken gegeben haben, die immer noch davon ausgingen, die europäische Politik könne so weitermachen wie bisher. Vor den Wahlen versuchte sogar Merkels Innenminister Thomas de Maizière, auf den Seiten der *Bild-Zeitung* den gleichen Streich zu spielen, den die holländische VVD genutzt hatte, um an der Macht zu bleiben. »Wir sind nicht Burka«, sagte er, während er verzweifelt versuchte, die Taktik und den Erfolg des holländischen Ministerpräsidenten nachzuahmen. Trotz dieser Anstrengungen wurde die deutsche Kanzlerin zwei Jahre nach ihrer verhängnisvollen Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, von den deutschen Wählern schwer gedemütigt. Ihre Partei erreichte das schlechteste Ergebnis seit 1949. Und obwohl die CDU weiterhin stärkste Partei blieb, wurde die deutsche Parteienlandschaft erschüttert, indem die nur vier Jahre alte AfD mit 94 Sitzen zur drittstärksten Kraft im Bundestag wurde. Wenn erneut eine große Koalition zustande kommt, wird die AfD zur stärksten Oppositionspartei. Alexander Gauland, einer der Parteiführer, erklärte gleich nach der Verkündung des Wahlergebnisses, dass die AfD Frau Merkel »jagen« werde und die Partei »unser Land und unser Volk zurückholen« wolle.[285] Die Schwesterpartei der CDU, die bayerische CSU, konnte sich mit ihrer

Forderung nach einer schärferen Gangart in der Flüchtlingsfrage nicht gegen Merkel durchsetzen. Und die SPD erklärte nach einer katastrophalen Wahlniederlage, nicht mehr mit der CDU koalieren zu wollen. Als im November die ersten Koalitionsverhandlungen scheiterten, war die Rede von Neuwahlen, aber niemand wusste, wie dabei ein bedeutend anderes Ergebnis herauskommen sollte. Während ich diese Zeilen schreibe, ein halbes Jahr nach den Wahlen, war Angela Merkel immer noch nicht imstande, eine Koalition zu formen, und Deutschland steht ohne Regierung da. (Mittlerweile sind die Koalitionsgespräche abgeschlossen.)

Der Worte freilich gab es genug, wie schon so oft davor. Am ersten Jahrestag des Attentats auf dem Berliner Weihnachtsmarkt versprach Merkel, »dass wir alles Menschenmögliche tun, nicht nur die Sicherheit zu gewährleisten«.[286] Das waren aber nur leere Worte. Der damalige Attentäter kam aus Tunesien. Kein Politiker setzte sich für Maßnahmen ein, die hätten sicherstellen können, dass eine solche Person nicht nach Europa gelangen oder sich dort aufhalten kann. Sie sicherten nur den Pollerherstellern Aufträge und verwandelten jeden Weihnachtsmarkt in Westeuropa in einen umzäunten und von bewaffneten Polizisten bewachten Albtraum. Mark Steyn fasste diese Absurdität zusammen, indem er fragte: »Wenn freie Länder so unansehnliche Sicherheitskontrollen brauchen, warum haben sie diese nicht entlang der nationalen Grenzen installiert, statt um jeden einzelnen Ort herum innerhalb dieser Grenzen?«[287]

In gewisser Weise waren die Veränderungen, die in Österreich im Monat darauf stattfanden, noch bemerkenswerter als die Ergebnisse der Wahlen in Deutschland. Der junge Außenminister des Landes, Sebastian Kurz, schaffte es mit seiner Österreichischen Volkspartei (ÖVP), zur stärksten Kraft im Parlament zu werden, nachdem er im Wahlkampf zu den Fragen von Einwanderung und Integration einen festen Standpunkt vertreten hatte. Seine Partei gewann 62 Sitze und formte eine Regierung mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die 51 Sitze für sich erobert hatte. Die Rückkehr einer Partei in die Regierung, die im Allgemeinen als »rechtsextrem« bezeichnet wird, erweckte internationale Aufmerksamkeit. Diese Wahlergebnisse bewiesen zwei Dinge: zum einen, dass die österreichische Öffentlichkeit ein härteres Vorgehen in Sachen Einwanderung und den Fragen von

Identität wünschte, zum anderen, dass eine Mainstream-Partei sich einer Nicht-Mainstream-Partei bedienen konnte, um mit ihrer Unterstützung zu regieren. Für die Zukunft der europäischen Politik waren die österreichischen Wahlen und die so entstandene Koalition die wichtigsten Ereignisse der Post-2015er-Ära. Wenn dieses neue Arrangement funktioniert, könnte es ein Vorbild für den politischen Mainstream in Europa werden. Wenn es aber auch nur ein bisschen schiefgeht, wird man das als Warnsignal verstehen.

Die mittel- und osteuropäischen Länder haben ihren Konfrontationskurs fortgesetzt. Die Visegrád-Gruppe der vier Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ist stärker geworden. Da sie weiterhin jede Form von Quotenregelung ablehnen und weder rückblickend noch in Zukunft bereit sind, jene Politik gutzuheißen, die zur Katastrophe von 2015 geführt hat, werden sie von Brüssel immer stärker bedrängt. Im Dezember 2017 kündigte die Europäische Kommission an, Polen, Ungarn und Tschechien beim Europäischen Gerichtshof zu verklagen, da sie nicht bereit seien, die von Brüssel und Berlin eingeladenen Migranten aufzunehmen. Die EU droht mit Sanktionen und heftigen Geldstrafen. Während ich diese Zeilen schreibe, haben die Osteuropäer trotz alledem nicht nachgegeben.

Seit dem Erscheinen dieses Buches haben mich viele Verantwortliche in diesen Ländern auf einen Konflikt hingewiesen, der irgendwann aufbrechen wird. Eine große Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt die Mitgliedschaft in der EU. Aber eine große Mehrheit ist auch mit der ablehnenden Haltung ihrer jeweiligen Regierungen bezüglich der Migrantenquoten einverstanden. Eine Mehrheit lehnt es auch ab, herumkommandiert zu werden. Manchmal kommt man eine sehr lange Zeit mehr schlecht als recht miteinander aus. Aber eine Kommission, die Europa zu vereinigen und nicht zu spalten wünschte, würde die Mitgliedstaaten nicht erpressen, damit sie die Zeche für Berlins Fehler bezahlen. Insbesondere dann nicht, wenn Berlin jedes Zeichen von Reue vermissen lässt und alle Zeichen darauf hindeuten, dass es fähig ist, die nicht eingestandenen Fehler zu wiederholen. Die mittel- und osteuropäischen Staaten sehen, was in den Ländern Westeuropas geschieht, und wollen nicht so werden wie diese. Sie sehen, wie die Bürger von Malmö protestieren und die schwedische Regierung auffordern, mehr zur Verfolgung der vielen

Vergewaltigungen in der Stadt zu tun.[288] Sie sehen, dass in Berlin in der Silvesternacht am Brandenburger Tor eine »Sicherheitszone« für Frauen eingerichtet werden musste, damit sie das neue Jahr ohne Angst, vergewaltigt zu werden, feiern konnten. Nur die Verantwortlichen in Deutschland besaßen die Dreistigkeit zu leugnen, dass dies wegen der letzten Migrationswelle geschehen musste. Tatsächlich zeigt eine Studie, die sich auf Daten aus dem Bundesland Niedersachsen stützt, dass mehr als 90 Prozent des Anstiegs der Gewaltkriminalität auf junge, männliche Migranten zurückzuführen ist.[289] Wer möchte diese Probleme haben, wenn er sie noch nicht hat?

***

Von dem Augenblick an, als *Der Selbstmord Europas* im Vereinigten Königreich erschienen war, eroberte das Buch die Bestsellerlisten. Es blieb fast 20 Wochen lang unter den ersten zehn Titeln der Sachbuch-Bestsellerliste der *Sunday Times* und war einer der Bestseller des Jahres. Für die meisten Autoren wäre dies eine ungetrübte Freude. Doch in diesem Fall war es nicht so. Als ich erfuhr, dass das Buch den ersten Platz auf der Bestsellerliste der *Sunday Times* erklommen hatte, hielt ich mich in Frankreich auf und bekam besorgte Anrufe von Freunden und Kollegen aus London, weil gerade die Terrorangriffe auf der London Bridge und im Borough Market stattgefunden hatten.

Sowohl die Kritiker als auch die Leser nahmen das Buch freundlich auf. Es hat mich erschüttert, dass etliche gerade im Amt befindliche sowie frühere Politiker zugaben, damit absolut einverstanden zu sein. Die Rezeption von hochgestellten Politikern war tatsächlich so, dass ich mich mehrmals sehr wundern musste, wieso die Dinge so schiefgehen konnten, wenn doch so viel Einverständnis herrschte. Das zeigte mir etwas, was ich schon lange vermutet hatte, dass es nämlich einfacher ist, die Dinge so zu belassen, wie sie sind, und darüber zu lamentieren, als kurzfristig einen politischen Schlag zu erleiden, aber langfristig im Interesse unserer Gesellschaft zu handeln. Das Echo auf das Buch war auch im Ausland positiv, insbesondere in den USA und in Australien. In beiden Ländern sagten mir Politiker und Leser oft: »Da geht es um uns, nicht wahr?« Ja, natürlich.

Es ist unvermeidlich, dass es in einem Buch von dieser Länge auch Fehler gibt. Nachdem die gebundene Ausgabe erschienen war, habe ich erwartet, dass sich Leser melden würden, um zu sagen, dass die Statistiken und Zahlen (obwohl sie den Fakten entsprechen) in dieser oder anderer Weise in die Irre führten. Ich erwartete, dass die Zahl der Migranten, die in Europa aufgenommen wurden, oder die in Zukunft erwarteten Zahlen in Zweifel gezogen würden. Ich rechnete auch damit, dass manche protestieren würden, ich hätte aus ihren Erklärungen die »Rosinen herausgepickt« oder sie aus dem Kontext gerissen zitiert.

Doch alle Fakten in diesem Buch sind richtig, und niemand hat versucht, ihnen zu widersprechen oder sie zurückzuweisen. Nur einer, Jonathan Portes, protestierte dagegen, wie er im Buch beschrieben worden war. Er gehörte zu denjenigen, die die Politik der offenen Türen der Labour-Regierung nach 1997 besonders förderten – eine Politik, die seine Nachfolger längst bereut haben. Über das Social-Media-Portal seines Lehrstuhls im King's College in London ließ er erklären, dass die Beschreibung seiner Person und seiner Verwicklung in die entsetzlich schädliche Politik verfälscht und voller Fehler sei. Er wies jedoch weder die Fakten zurück, noch leugnete er das Desaster. Er widersprach vielmehr seiner Verbindung zu Sarah Spencer als »Wissenschaftler« und erklärte, dass er zwar vorher und nachher wissenschaftlich tätig gewesen sei, jedoch nicht zum zitierten Zeitpunkt. Er wies auch zurück, dass er ein Experte in Migrationsfragen sei. Dementsprechend ziehe ich meine Behauptung zurück, dass er ein Wissenschaftler und Experte in diesen Fragen sei.

Es gibt immer noch Menschen, die versuchen, so zu tun, als sei das, was wir durchmachen und in den kommenden Jahren noch durchmachen werden, ganz normal. Oder dass es aufhören werde. Nur selten werden den Europäern, wenn sie die Realität um sich herum sehen, Konzessionen gemacht. Im November 2017 veröffentlichte das Pew-Meinungsforschungsinstitut eine neue Studie, die in erschütternder Weise die Behauptungen in diesem Buch bestätigt und jeden, der damit leben muss, noch mehr alarmieren wird. Die Studie zeigt, in welchem Maße die muslimische Bevölkerung Europas anwachsen wird, selbst wenn keine weitere Zunahme der Migration wie in den vergangenen Jahren stattfindet. Zum Beispiel wird Schweden (das 2016 einen muslimischen Bevölkerungsanteil von 8 Prozent hatte)

im Jahr 2050, sollte die muslimische Einwanderung vollständig eingestellt werden, einen muslimischen Bevölkerungsanteil von 11 Prozent haben, 21 Prozent bei einer »geordneten« Einwanderung und 31 Prozent, wenn alles weitergeht wie bisher.[290] Selbst der *Guardian* berichtete über diese Geschichte unter dem Titel: »Die muslimische Bevölkerung könnte sich in einigen Ländern der EU verdreifachen, zeigt ein Bericht.«[291] Für die Leser dieser Zeitung muss das ein Schock gewesen sein. Wie konnte ihre liebste linke Zeitung so aufrührerisch rassistisch geworden sein?

In diesem Buch wird behauptet, dass es fortdauernde Bemühungen gebe, die europäische Öffentlichkeit davon abzuhalten, ihren eigenen Erfahrungen Glauben zu schenken. Diese Täuschungsversuche werden ihr Ziel nicht erreichen. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als würden wir nicht gerade die bedeutendste Veränderung unserer Kultur erleben. Schweden war 1950 eine ethnisch homogene Gesellschaft, in die kaum Einwanderung stattfand. In einem Jahrhundert wird es ein vollkommen veränderter Ort sein. Und noch während der Lebenszeit der meisten unter uns werden sich dieses Land und die meisten anderen Länder Westeuropas bis zur Unkenntlichkeit verändert haben – auch für jene, die erst seit Kurzem zu seinen Einwohnern zählen. Vielleicht geht alles gut. Vielleicht sterben die Leute aus, die sich noch erinnern, wie Schweden, Deutschland oder Großbritannien einst waren. Vielleicht. Vielleicht entsteht aber auch eine neue Welt voller neuer Probleme.

Douglas Murray,
26. Januar 2018

* Bei diesem Nachwort handelt es sich um das Vorwort der englischen Taschenbuchausgabe, die im Juni 2018 erscheinen wird.

Danksagung

Mein Dank geht an Robin Baird-Smith und Jamie Birkett vom Bloomsbury Verlag. Ebenso an meinen Agenten Matthew Hamilton von Aitken Alexander Associates. Dieses Buch wurde noch unter seinem Vorgänger Gillon Aitken in Auftrag gegeben und ist eines der letzten Bücher überhaupt, die er vermittelte. Er war ein legendärer Agent und ein kluger Freund, den ich sehr vermissen werde.

Während der Jahre, in denen ich die Themen dieses Buches recherchiert habe, gab es viele Menschen, die mich ausnehmend freundlich und hilfsbereit unterstützt haben. Ich kann sie, da es so viele sind und sie von mehreren Kontinenten stammen, nicht alle aufzählen. Aber insbesondere möchte ich mich bei den Redakteuren aller Publikationen bedanken, die mich bei diesen Recherchen unterstützt haben. Ebenso danke ich all den Freunden, Familienmitgliedern, Kritikern und Kollegen, die bereitwillig mit mir diskutiert haben.

Ich widme dieses Buch einem besonderen Freund und Berater – Stanley.

Anmerkungen

Vorwort

1 Stefan Zweig, *Die Welt von gestern – Erinnerungen eines Europäers,* Anaconda, 2013, S. 525.

2 »Merkel confronts Facebook's Zuckerberg over policing hate-posts«, *Bloomberg,* 26.9.2015.

3 Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa,* http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost_exhortations/documents/hf_jp-ii_exh_20030628_ecclesia-in-europa.html.

4 Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 12 (8. Februar 1996), http://www.helmut-kohl.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=1607.

5 Ebenda.

Kapitel 1: Der Anfang

6 Hansard (Titel der protokollarischen Aufzeichnungen der Sitzungen des britischen Parlamentes sowie der Parlamente verschiedener Staaten) vom 2. Dezember 2002. Blunkett sprach über den *Times*-Journalisten Anthony Browne.

7 Office for National Statistics (ONS), 2011 Census, siehe https//www.ons.gov.uk/census/2011census.

8 Guy Goodwin in BBC News, 11.12.2012.

9 Ken Livingstone während der Konferenz »World civilisation or clash of civilisations?«, London, 20. Januar 2007.

10 David Miles, *The Tribes of Britain*, Weidenfeld & Nicolson, 2005, S. 236.

11 Simon Heffer, *Like the Roman: The Life of Enoch Powell*, Weidenfeld & Nicholson, 1998, S 467 ff.

12 Der vollständige Text in: *Reflections of a Stateman: The Writings and Speaches of Enoch Powell*, Bellew Publishing, S. 373 ff.
13 Ebenda.
14 BBC-Dokumentation »Rivers of Blood«, 2008.
15 Zum Beispiel im Commenwealth Immigration Act von 1962.
16 Franks Report, 1972.
17 »Ray Honeyford, Rassist or right«, BBC, 10. Februar 2012.
18 Andrew Neather, *Evening Standard*, 22.10.2009.
19 Tom Bower, *Broken Vows: Tony Blair and the Tragedy of Power,* Faber & Faber 2016, S. 171 ff.
20 Hugh Muir, »Hideously diverse Britain: The immigration »conspiracy«, *The Guardian*, 2.3.2011.
21 Bower, *Broken Vows,* a.a.O., S. 175 ff.
22 Zahlen des ONS.
23 Ebenda, Migration Statistics Quarterly Report, November 2015.

Kapitel 2: Wie wir süchtig nach Einwanderung wurden

24 http://www.charles-de-gaulle.de/4-juni-1958-rede-in-algier.html.
25 Diese Aussage vom März 1959 wurde später von seinem Kollegen und Vertrauten Alain Peyrefitte in *C'état de Gaulle* (1994) zurückgenommen. Die Aussage ist weiterhin umstritten.
26 Boris Johnson, »Kauen wir nicht an der Migration rum, sondern bringen wir die Saat der Integration aus«, *The Telegraph,* 17.12.2012.
27 BBC News, 11.12.2012.
28 Yougov Umfrage für die *Sunday Times,* 13./14. Dezember 2012.
29 BBC Newsnight, 11.12.2012.
30 Untersuchung des Rotherham Gemeinderates, 4.2.2015, von Louise Casey.
31 Robert Winder, *Bloody Foreigners: The Story of Immigration to Britain,* Little Brown, 2004, S. 2.
32 Barbara Roches' Rede beim TEDxEastEnd, am 3.10.2011, »The British Story of Migration«.
33 BBC, *Question Time*, 13.12.2012.

34 Projektionen des Nationalen Statistikamtes ONS, auf den Zahlen von 2014 beruhend.

35 David Coleman, »Uncontrolled Migration Means Finis Britanniae«, *Standpoint,* Juni 2016, Nr. 83.

Kapitel 3: Selbstrechtfertigungen

36 »Migration: an economic and social analysis«, November 2000, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/61131/migrationreportnov2000.pdf.

37 Peter Sutherland und Cecilia Malmström, *Europe's Migration Challenge,* Project Syndicate, 20.7.2012.

38 Siehe zum Beispiel auch in BBC News: »›Recent immigrants to UK‹ make net contribution«, 5.11.2013.

39 Professor Christian Dustmann und Dr. Tommaso Frattini, »The fiscal effects of immigration to the UK«, University College London, Centre for Research an Analysis of Migration, 27.11.2013.

40 Dustmann und Frattini, »The fiscal affects of immigration to the UK«, *The Economic Journal*, Vol. 124, Ausgabe 580, November 2013, insbesondere Tabelle 5.

41 Peter Sutherland und Cecilia Malmström, *Europe's Migration Challenge,* Project Syndicate, 20.7.2012.

42 Für diese und andere Informationen zu den Fertilitätsraten siehe Eurostat, »Total fertility rate 1960–2014« (live births per woman).

43 Eurostat.

44 Population Trends, Sommer 2002, ONS.

45 ONS, »Average age of retirement rises as people work longer«, 16.2.2012.

46 »Merkel warns on cost of welfare«, *The Financial Times*, 16.12.2012.

47 Richard Reed, in: *The Daily Express*, Debatte, 3.6.2016.

48 Sarah Spencer (Hg.), *Strangers and Citizens: A Positive Approach to Migrants and Refugees,* Paul and Company, 1994, S. 340.

49 Ebenda, S. 104.

50 Sarah Spencer, *Migrants, Refugees and the Boundaries of Citizenship*, IPPR Pamphlet, 1995.

51 Sarah Spencer (Hg.), *The Politics of Migration*, Blackwell, 2003, S. 6.

52 »Muslims in Britain have zero tolerance of homosexuality, says poll«, *The Guardian*, 7.5.2009.
53 ICM-Umfrage »Half of all British Muslims think should be illegal, poll finds«, *The Guardian,* 11.4.2016.
54 YouGov Survey, fieldwork, 23.–24.2.2015.
55 Alexis Jay, *Independent Inquiry into Child Sexual Exploitation in Rotherham* (1997–2013).
56 Zum Beispiel vor Old Bailey in London nach der Operation-Bullfinch-Verhandlung.
57 Mohammed Safiq von der Ramadan-Stiftung.
58 »Innvandrere bak alle anmeldte overfallsvoldtekter i Oslo«, *VG Nyheter*, 15.4.2009. siehe: https://www.vg.no/nyheter/innenriks/innvandrere-bak-alle-anmeldte-overfallsvoldtekter-i-oslo/a/561939/
59 »Norway offers migrants a lesson in how to treat women«, *The New York Times*, 19.12.2015.
60 Most Excellent Order of the British Empire, entspricht etwa dem deutschen Bundesverdienstkreuz.
61 Tom Bower, *Broken Vows: Tony Blair and the Tragedy of Power,* Faber & Faber, 2016, S. 175.

Kapitel 4: »Willkommen in Europa«

62 IOM: »IOM applauds Italy's life-saving Mare Nostrum operation: ›Not a migrant pull-factor‹«, Presseerklärung, 31.10.2014.
63 »Aliens find a European getaway at Spanisch coast«, Reportage von Alan Riding, *The New York Times,* 18.10.1992.
64 Ebenda.
65 Der Fall kam in Spanien zwei Jahre später vor Gericht. Siehe: »Muslim migrant boat captain faces murder charges for pushing Christians overboard«, *The Telegraph*, 19.9.2016.

Kapitel 5: »Es gibt nichts, was wir nicht gesehen hätten«

66 Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin. 31.12.2014: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neujahrsansprache-angela-merkel-2014-im-wortlaut-a-1010884.html.

67 https://www.welt.de/politik/deutschland/article144067863/Merkel-trifft-auf-weinendes-Palaesti-nensermaedchen.html.

68 https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferen-zen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html.

69 *The Economist*, 5. September 2015.

Kapitel 6: Multikulturalismus

70 Paul Scheffer, *Het land van aankomst*, De Bezige Bij, 2007 (dt. *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt,* Carl Hanser 2008/2016).

71 Siehe: http://de.euronews.com/2010/10/18/deutschlands-verspaetete-integrationsdebatte.

72 Ebenda.

73 Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Oktober 2010.

74 David Cameron, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 5.2.2011.

75 »Sarkozy: Le multiculturalisme ›un chec‹«, *Le Figaro*, 10.2.2011.

76 Einer der besten Beiträge zur Diskussion des Multikulturalismus als Ideologie findet sich in Rumy Hasan, *Multiculturalism: Some Inconvenient Truth,* Politico's, 2010.

77 «Sharia law in UK is unavoidable«, *BBC News*, 7.2.2007.

78 Christian Wulff, »Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit«, Bremen, 3. Oktober 2010, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html.

79 R. Hasan, *Multiculturalism: Some Inconvenient Truths,* Politico's 2010.

80 Samuel P. Huntington, *Who Are We? Die Krise der amerikanischen Identität,* Goldmann, 2006, S. 218–219.

81 Bassam Tibi, »Multikultureller Werte-Relativismus und Werteverlust«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 27–36, 1996.

82 Zitiert in einem Kommentar von Karen Jespersen in *Berlingske Tidende, 19.2.2005.*

83 Hege Storhaug, *But the Greatest of These is Freedom*, 2011, S. 282f. (auf Norwegisch erschienen 2006).
84 Edward Gibbon, *Verfall und Untergang des Römischen Reiches*, Band VI, Kapitel LII, Seite 22, Verlag Projekt Gutenberg, 2012–2016.
85 Zum Beispiel Nicolas Sarkozy in seinem Buch: *Tout pour La France*, Plon, 2016.
86 Bernard HenriLévy in einem Gespräch mit dem Autor, 12.7.2016.
87 Jean Raspail, *Le Camp des Saints*, Nachwort aus dem Jahr 1982.
88 Jean Raspail, *Das Heerlager der Heiligen*, übers. von Erich Kopp, Hohenrain-Verlag, 1985, S. 25.
89 Ebenda, S. 47.
90 Matthew Connelly und Paul Kennedy, »Must it be the West against the Rest«, *The Atlantic*, Dezember 1994.
91 *Le Figaro Magazine*, 26.10.1985.
92 »French aricle sets out furor on immigrants«, *The New York Times,* 3. November 1985.
93 OFPRA (Office Français de protection des réfugiés et apatrides).
94 INSEE (Institut national de la statistique et des études économiques).
95 Jean Raspail, *Das Heerlager der Heiligen*, übers. von Erich Kopp, Hohenrain-Verlag, 1985, Vorwort des Verfassers.
96 »Le tabou des statistiques ethniques«, *Le Point*, 18.2.2016.
97 Ipsos-Umfrage, ausgeführt für Le Centre National de la Recherche Scientifique sowie Sciences Po, Grenoble.

Kapitel 7: Sie sind da

98 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), aktuelle Zahlen zu Asyl, Dezember 2010.
99 ONS, Migration Statistics Quarterly Report, November 2015.
100 »Get rid of the immigrants? No, we can't get enough off them, says German Mayor«, *Guardian,* 6.8.2015.
101 Eugenio Ambrosi, »Europe can cope with the influx of migrants«, *The Wall Street Journal*, 15.8.2015.
102 Das Video der Konferenz auf https://www.youtube.docm/watch?v=YNXECcltt9U, letzter Zugriff Dezember 2017.
103 http://www.deutschlandfunkkultur.de/empoerung-ueber-satanische-verse932.de.html?dram:article_id=130352.

104 Salman Rushdie, Joseph Anton: *A Memoir,* Jonathan Cape, 2012, S. 143.
105 Die Kommentare wurde abgegeben im BBC-Programm *Hypotheticals* im Mai 1989. Das Video des Programms ist im Internet mal da und mal nicht, kann aber auf YouTube angeschaut werden.
106 Hugh Trevor-Roper, in: *The Independent*, 10.6.1989.
107 Rushdie, Anton: a.a.O., S. 252.
108 Ebenda, S. 152.
109 Ebenda, S. 186.
110 Korrespondenz zwischen Salman Ruschdie, John le Carré und anderen in *The Guardian,* 18.–22.11.1997.
111 Tony Benn, *The Benn Diaries*, Arrow Books, 1996, Eintrag vom 15. Februar 1989, S. 616f.
112 Rushdie, Anton: a.a.O., S. 147.
113 Fay Weldon, *Sacred Cows: A Portrait of Britain, post-Rushdie, pre-Utopia*, Chatto & Windus, CounterBlasts, Nr. 4,1989, S. 4.
114 Ziauddin Sardar, *Desperately Seeking Paradise: Journays of a Sceptical Muslin,* Grants Books, 2004, S. 285.
115 Zitiert nach Christopher Hitchens, *Hitch 22,* Atlantic Books, 2010, S. 271.
116 Kenan Malik, *From Fatwa to Jihad*, S. 197.
117 Eine Diskussion des Themas gibt es in: Malise Ruthven: *A Satanic Affair, Salman Rushdie and the Rage of Islam*, Chatto & Windus, S. 68 ff., S. 107.
118 Shikha Dalmia, »The Iconoclast«, ein Interview mit Salman Rushdie, *Reason,* 1.8.2005.

Kapitel 8: Unerhörte Propheten

119 Frits Bolkenstein, »On the collapse oft the Soviet Union«, Rede anlässlich der Liberal International Conference, 6.10.1991; und Frits Bolkenstein, »De integratie von minderheden«, *De Volkskrant,* 12.10.1991.
120 Frits Bolkenstein, *Breakthrough: From Innovation to Impact*, Owls Foundation, 2014, S. 211.
121 Paul Scheffer, »Het multiculturele drama«, *NRC Handelsblad,* 29.1.2000.

122 Umfrage im Buch von Paul Sniderman und Louk Hagedorn, *When Ways of Life Collide – Multiculturalism and its Discontents in the Nederlands*, Princeton University Press, 2007, S. 22.
123 Pim Fortuyn, *De Islamisering van onze cultur,* Karakter Uitgevers BV, 2001.
124 Zu sehen auf YouTube, https//www.youtube.com/watch?v=tMxS_xSKujU.
125 Berichtet von Jort Kelder, in: Ian Buruma, *Murder in Amsterdam*, Atlantic, 2006, S. 100.
126 Berichtet von Hans Teeuven im Gespräch mit dem Autor, 12.3.2016.
127 Ayaan Hirsi Ali, *Ich klage an. Plädoyer für die Befreiung der muslimischen Frau,* Piper, 2005, S. 7.
128 Ebenda, S. 26.
129 Ayaan Hirsi Ali, *Mein Leben, meine Freiheit. Die Autobiografie*. Piper, 2006, S. 52 ff.
130 Ebenda, S. 404.
131 Ebenda, S. 10.
132 »Germany investigating Iman who urged God to ›destroy the zionist Jews‹«, *Haaretz*, 23.7. 2014.
133 Oriana Fallaci, *Interviews with History and Conversations with Power,* Rizzoli, 2011.
134 In u.a. Riccardo Nencini, *Oriana Fallaci,* Edizioni Polistampa, 2008, S. 18 ff.
135 Aufschlussreich für die Diskussion über das Vorhandensein dieser Ansichten schon zu einem früheren Zeitpunkt in ihrem Leben: Santo L. Arico, *Oriana Fallaci*, Southern Illinois University Press, 1998.
136 Oriana Fallaci, *Die Wut und der Stolz*, List 2002.
137 Ebenda S. 51.
138 Ebenda, S. 83.
139 Ebenda, S. 132.
140 Ebenda, S. 97.
141 Ebenda, S. 81.
142 Ebenda, S. 139.
143 »Brigitte Bardot unleashes colourful diatribe against Muslims and modern France«, *AFP*, 12.5.2003.
144 »Calling Islam stupid lands author in court«, *The Guardian*, 18.9.2002.

145 Siehe O. Fallaci, *The Force of Reason*, S. 287.
146 Ebenda, S. 56.
147 *Oriana Fallaci intervista Oriana Fallaci*, Rizzoli, 2004.
148 Siehe *Glaube, Vernunft und Universität: Erinnerungen und Reflexionen.* http://w2.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2006/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20060912_university-regensburg.html.
149 Ebenda.

Kapitel 9: Alarmzeichen

150 Bruce Bawer, *While Europa Slept*, Doubleday, 2006, und: *Surrender*, Doubleday, 2009.
151 Jeffrey Goldberg, »Is it time for the Jews to leave Europe?«, *The Atlantic*, April 2015.
152 »Tories attack Islamic terrorism ›rebranding‹«, *The Daily Telegraph*, 18.1.2008.
153 David Cameron, *Statement on Woolwitch incident*, 23. 5.2013.
154 David Cameron, *Statement on the killing of David Haines*, 14.9.2014.
155 Fraser Nelson, »Woolwich was a case study in the banality – and the idiocy – of evil«, *The Daily Telegraph,* 23.5.2013.
156 Dan Hodges, Woolwich attac: confusing, horrific, bizarre – the horror that made literally no sense, *The Daily Telegraph*, blogs, 23.5.2013.
157 Simon Jenkins, »Woolwich attack: This echo chamber of mass hysteria only aids terrorists«, *The Guardian*, 23.5.2013.
158 Salman Rushdie und Sam Harris, »Abandoned to fanatics«, *The Los Angeles Times*, 9.10.2007.
159 Deutscher Wortlaut der Rede siehe: https://www.welt.de/debatte/article1660510/Das-sagte-Ministerpraesident-Erdogan-in-Koeln.html, veröffentlicht am 11.02.2008.

Kapitel 10: Die Tyrannei der Schuld

160 France 24 auf Arabisch, 17.3.2015.
161 »Swedes will compare this to the Holocaust«, The Local, 20.4.2015, https://www.thelocal.se/20150420/children-in-sweden-will-compare-

this-to-the-holocaust.

162 https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html.

163 Das Buch *Underground Railroad* von Colson Whitehead beschreibt, wie Gegner der Sklaverei in Amerika Sklaven in die Freiheit nach Norden geschmuggelt haben.

164 »Migrant crisis: British student drives Syrians to Munic«, *BBC News,* 6.9.2015.

165 »Refugee crisis: Danish yachtswoman smuggles refugee on her boat vom Copenhagen to Malmo«, *The Independent*, 8.9.2015.

166 Zum Beispiel die Entschuldigung von Ministerpräsident Kevin Rudd, 13.2.2008.

167 Ashraf H. A. Rushdie, *A Guilted Age: Apologies for the Past,* Temple University Press, 2015, S. XI.

168 Prime Minister Stephen Harper's apology on behalf of Canadians for the Indian Residential Schools system, 11.6.2008.

169 Chantal Delsol, »Historical forgiveness in question«, *Hungarian Review,* Vol. 3, Nr. 3, S. 72-80.

170 Zum Beispiel Roger Sandall, *The Culture Cult,* Westview Press, 2001.

171 Zum Beispiel das Denkmal am Columbus Circle in New York.

172 David Stannard, *American Holocaust: Columbus and the Conquest of the New World*, Oxford University Press, 1992, S. 246.

173 Kirkpatrick Sale, *The Conquest of Paradise: Christopher Columbus and the Columbian Legacy*, Alfred A. Knopf, 1991, S. 369.

174 »More cities celebrating ›Indigenous Peoples Day‹ amid effort to abolish Columbus Day«, *The Washington Post*, 12.10.2015.

175 Ta-Nehisi Coates, »The case for reparations«, *The Atlantic*, Juni 2014.

176 So geschehen während der »Intelligence Squared«-Debatte in London am 9.10.2007, als die Autoren Charles Glass und William Dalrymple dies behaupteten.

177 »Da rief das ganze Volk: Sein Blut – über uns und unsere Kinder!« Matthäus 27,25, Einheitsübersetzung.

178 Papst Paul VI., »Nostra Aetate«.

179 Pascal Bruckner, *La Tyrannie de la pénitence: Essai sur le masochisme occidental,* Grasset & Fasquelle, 2006.

180 Der Verein »Lebenslinien-Entdeckungsreisen« organisiert Reisen, »um die Vergangenheit zu heilen«.

181 Andy Beckett, »Heirs to the slavers«, *The Guardian*, 3.12.2006.
182 »My ancestor traded in human misery«, *BBC News*, 23.6.2006.
183 Karsten Nordal Hauken, »Jeg ble voldtatt av en mann«, *NRK,* 6.4.2016.

Kapitel 11: Die vorgetäuschte Rückführung

184 Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden,* Kant Werke, Band 11, S. 226.
185 »Orbán accuses Soros of stoking refugee wave to weaken Europe«, *Bloomberg,* 30.10.2015.
186 *The Atlantic*, Dezember 1994.

Kapitel 12: Lernen, damit zu leben

187 »Swallow fears and shop, Parisians told«, *The Times,* 21.11.2015.
188 »Norway offer migrants lesson in how to treat women«, *The New York Times*, 19. Dezember 2015.
189 »Polizei fühlt sich bei Migrantenkriminalität gegängelt«, *Die Welt,* 24.1.2016.
190 https://michael-mannheimer.net/2016/02/17/mannheim-vergewaltigte-sozialistin-be-dankt-sich-bei-fluechtlingen/.
191 »Attivista stuprata da un migrante«, *Corriere Della Sera*, 25.9.2015.
192 https://www.welt.de/politik/deutschland/article157434933/Palmer-ist-stolz-auf-syrischen-Bade-meister.html.
193 Ipsos Mori migration and refugees poll, 11.8.2016.
194 »Aliens find a European gateway at Spain's coast«, *The New York Times,* 18.10.1992.
195 Tom Bower, *Broken Vows: Tony Blair and the Tragedy of Power,* Faber & Faber, 2016, S. 173.
196 »Terror suspect protected«, *The Sun*, 8.8.2016.
197 http://www.bild.de/politik/inland/angela-merkel/muessen-wir-angst-vor-dem-islam-ha-ben-42495812.bild.html.
198 Ebenda.

Kapitel 13: Müdigkeit

199 Siehe u. a. Byung-Chul Han, *Müdigkeitsgesellschaft*, Matthes & Seitz, 2010.
200 Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen,* Hofenberg, 2016, S. 147.
201 H. P. Liddon, *The Life of Edward Bouverie Pusey*, Longmans, 1893, Band 1, S. 73 ff.
202 Richard Dawkins, »Why Darwin Matters«, *The Guardian*, 9.2.2008.
203 Don Cupitt, *The Meaning of the West: An Apologia for Secular Christianity*, SCM, 2008, S. 67.
204 Ebenda.
205 John Locke, *Ein Brief über Toleranz*, Meiner, 1996, S. 53 ff.
206 Richard Wagner, *Über Staat und Religion / Religion und Kunst,* Vollständige Neuausgabe, hg. von Karl-Maria Guth, Berlin 2015, S. 27.
207 Stephen Spender, *New Selected Journals* 1939–1995, Faber & Faber, 2012, S. 13, 8.9.1939.
208 T. S. Eliot, *Choruses from the Rock* (VI) (»By dreaming of systems so perfect that no one will need to be good«).
209 Jean-François Revel, *Uns hilft kein Jesus und kein Marx,* Droemer Knaur, 1973, S. 21.
210 Chantal Delsol, *Icarus Fallen: The Search for Meaning in an Uncertain World,* ISI Books, 2003, S. 46.
211 Interview mit Ayaan Hirsi Ali, *Il Foglio*, 13.1.2016.
212 Fico: »EU's migration policy is ›ritual suicide‹«, *EurActiv*, 26.1.2016.
213 Chantal Delsol, preface to the English edition of *Icarus Fallen*, S. XX.
214 Viktor Orbán, Festrede am 15. März 2016, Nationalfeiertag, http://www.kormany.hu/hu/a-miniszterelnok/beszedek-publikaciok-interjuk/orban-viktor-unnepi-beszede (Übersetzung aus dem Ungarischen).
215 »Fico sieht keinen Platz für den Islam in der Slowakei«, *Der Standard, 16.5.2016.*
216 »Refugees and migrants stuck in Italy open up new route«, *The Daily Telegraph*, 22.7.2016.

Kapitel 14: Festgefahren

217 »Blaming policy, not Islam, for Belgium's radicalised youth«, *The New York Times*, 7.4.2016.
218 National Opinion Poll, vom TV-Sender Channel 4 in Auftrag gegeben, 4.8.2006.
219 ComRes-Umfrage für BBC Radio 4, *Today*, 25.2.2015.
220 ComRes, BBC: »Young People and Prejudice«-Untersuchung, 24.9.2013.
221 Das Original des Briefes unter http://www.bbc.couk/news/uk_25298580.
222 »Muslim project aims to break down barriers and educate youngsters on the human side of Islam«, Daily Record, 27.11.2013.
223 Die Umfrage wurde von der Partei für die Freiheit BVV in Auftrag gegeben und vom Institut Maurice de Hond im Juni 2013 durchgeführt.
224 Harris Interactive, »Le Regard des sur la religione musulmane«, April 2013.
225 »Les crispations alarmantes de la société Française«, *Le Monde,* 24.1.2013.
226 Harris Interactive, »Le Regard des Français«.
227 Survation Poll, erhoben im April 2015.
228 YouGov Cambridge Poll, erhoben im März 2015.
229 Institut für Demoskopie Allensbach, November 2012.
230 »Für fast zwei Drittel der Bürger gehörte der Islam nicht zu Deutschland«, WDR, 12.5.2016.
231 Interview Douglas Murrays mit Tommy Robinson, *Spectator,* 19.10.2013.
232 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neujahrsansprache-angela-merkel-2014-im-wortlaut-a-1010884.html.
233 Interview des Autors mit Geert Wilders, März 2008.
234 Interview des Autors mit Tommy Robinson, *The Spectator*, 19.10.2013, sowie Tommy Robinson: *Enemy oft the State*, The Press News, 2015.

Kapitel 15: Die Gegenreaktion im Zaum halten

235 Marc Steyn, »Gay professors on the march«, *The Daily Telegraph*, 11.5.2002.

236 *De Volkskrant*, 4.6.2016.
237 Eva Jacobsson, »Boverket: Bristen ännu värre än väntat«, *Hem & Hyra,* 1.4.2015.
238 Studie der Abteilung Journalismus, Medien und Kommunikation der Universität Göteborg, 2011.
239 http://www.deutschlandfunk.de/schwedendemokraten-anti-asyl-als-politisches-konzept795.de.html?dram:article_id=346339.
240 Zahlen des Schwedischen Beirats für Kriminalitätsverhütung – Brottsförebyggande rådet – Brå.
241 Fredric Morenius, »Våldtäkt och förövarens nationella bakgrund«, 12.8. 2016, https://fredricmorenius.wordpress.com/2016/08/12/valdtakt-och-forovarens-nationella-bakgrund/.
242 Erico Matias Tavares, »Sweden on the brink? – Interview mit Dr. Tino Sanandaji«, 21.2.2016, https://www.linkedin.com/pulse/sweden-brink-interview-dr-tino-sanandaji-erico-matias-tavares.
243 »Thousands of migrants rescued off Libya«, *BBC News*, 30.8.2016.
244 »Bye bye Willkommenskultur?«, *Die Zeit*, 7.7.2016, http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgesche-hen/2016-07/fluechtlinge-willkommenskultur-deutschland-akzeptanz-studie.
245 Umfrage im Auftrag der ARD.

Kapitel 16: Das Gefühl, die Erzählung habe sich abgenutzt

246 Jürgen Habermas, »Ein Bewusstsein von dem, was fehlt«, *Neue Zürcher Zeitung online,* 10. 2. 2007, https://www.nzz.ch/articleevb7x-1.11087. Letzter Zugriff Februar 2018.
247 Ernst-Wolfgang Böckenförde, »Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation« (1967), in: *Recht, Staat, Freiheit,* Suhrkamp, 1991, S. 112.
248 Eric Kaufmann, *Shall the Religious Inherit the Earth?,* Profile Books, 2010, S. 182.
249 Morten Storm mit Paul Cruickshank und Tim Lister: *Agent Storm, My Life inside al-Quaeda and the CIA,* Viking, 2014, S. 117-119.

250 Richard Dawkins, *Der blinde Uhrmacher. Ein neues Plädoyer für den Darwinismus*, dtv, 1987, S. 6.
251 E. L. James ist das Pseudonym der britischen Bestsellerautorin Erika Leonard, die die Trilogie *Shades of Grey* geschrieben hat.
252 Siehe Dietmar Eger, *Gerhard Richter, Catalogue Raisonné,* Band 1, 1962–1968, Hatje Cantz, 2011
253 Siehe Richard Davey, *Kathleen Soriano, Christian Weikop, Anselm Kiefer,* Royal Academy, 2014.
254 Michel Houellebecq, *Elementarteilchen*, List, 2006, S. 176.
255 Ebenda, S. 263.
256 Michel Houellebecq, *Plattform*, DuMont, 2002, S. 328.

Kapitel 17: Das Ende

257 »Tödliche Schüsse in Berliner Flüchtlingsheim«, *Die Welt,* 29.9.2016, https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article158435069/Toedliche-Schuesse-in-Berliner-Fluechtlingsheim.html.
258 »European Jews are too afraid to go to synagogue on religious holidays due to fears of anti-Semitic attacks«, *The Daily Mail*, 20.9.2016.
259 Alle Zitate Pressekonferenz zum Ergebnis der Landtagswahlen 2016 aus *Die Welt*, 19.9.2016, https://www.welt.de/politik/deutschland/article158248079/Wenn-ich-koennte-wuerde-ich-die-Zeit-zurueckspulen.html.
260 »Merkel admits she would turn back the clock on refugee policy«, *The Financial Times,* 19.9.2016.
261 Seitdem die englische Ausgabe dieses Buches 2017 erschienen ist, wissen wir aus einer anderen Quelle, die der Autor seinerzeit nicht kennen konnte, dass diese Behauptung Merkels nicht den Tatsachen entsprach. Siehe dazu Robin Alexander: Die Getriebenen, Berlin 2017. Anm. d. Ü.
262 *Der Tagesspiegel*, 15.9.2016, http://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-nazi-vergleich-vor-berlin-wahl-michael-muellers-gefaehrlicher-alarmismus/14553616.html.
263 »Trump wants border wall, but Britain is building one in France«, *NBC News*, 12.9.2016.

Kapitel 18: Was hätte sein können

264 Paul Collier, *Exodus. Immigration and Multiculturalism in the 21. Century*, Allan Lane, 2013; David Goodhart, *The British Dream: Successes and Failures of Post-war Migration*, Atlantic Books, 2013.
265 Erico Matias Tavares, »Sweden on the brink?«, Interview mit Dr. Tino Sanandaji, 21.2.2016, https://www.linkedin.com/pulse/sweden-brink-interview-dr-tino-sanandaji-erico-matias-tavares.
266 Joseph Ratzinger und Marcello Pera, *Without Roots. The West, Relativism, Christianity and Islam*, Basic Books, 2006 (dt. *Ohne Wurzeln Der Relativismus und die Krise der europäischen Kultur*).

Kapitel 19: Und was tatsächlich sein wird

267 Daniel Korski, »Why we lost the Brexit vote«, *Politico*, 20.10.2016.
268 *Le Monde,* 31.1.2016.
269 »It's bad in Eritrea, but not that bad«, *The New York Times,* 23.6.2016.
270 »Multicultural Britain rejecting foreign conflict, MoD admits«, *The Guardian,* 23.1.2014.
271 YouGov-Umfrage, Mai 2014.
272 Rapefugees: Eine Zusammensetzung aus »rape« – vergewaltigen und »refugees« – Flüchtlinge. Anm. d. Ü.
273 »Umfrage zeigt: Das denken die Deutschen wirklich über den Islam«, *Focus*, 5.5.2016.
274 »What do Europeans think about Muslim immigration«, *Chatham House*, 7. .2017.
275 Das Video ist auf YouTube unter dem Titel »Erstaufnahme Asyl RP Lübcke Kassel Lohfelden, 14.10.2015 zu sehen, https://www.youtube.com/watch?v=KdnLSC2hy9E, letzter Zugriff Februar 2018. (»… Es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten. Und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlasse, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen)
276 »Die Wutbürger sollen Deutschland verlassen«, in *Der Freitag. Das Meinungsmedium*, 12.10.2016, abrufbar unter:

https://www.freitag.de/autoren/aras-bacho/die-wutbuerger-sollten-deutschland-verlassen.

Nachwort

277 Matthew d'Ancona, »London Pride, Undaunted«, *New York Times*, 23.3.2017.

278 Gemeint ist der Text: »Imagine there's no countries / It isn't hard to do / Nothing to kill or die for / And no religion too«.

279 »Attacks in London and Manchester, March-June 2017«, Independent Assessment of MI5 and Police International Reviews (Unclassified) by David Anderson QC, Dezember 2017.

280 In der ursprünglichen Bedeutung war Boxing Day der Tag, an dem Arbeitgeber ihre Mitarbeiter beschenkten. Heute ist er ein beliebter Einkaufstag.

281 Dimitris Avramopoulos, »Europe's migrants are here to stay«, *Politico,* 18. Dezember 2017, https://www.politico.eu/article/europe-migration-migrants-are-here-to-stay-refugee-crisis/.

282 Paulina Neuding, »The uncomfortable truth about Swedish anti-Semitism«, *New York Times*, 14.12.2017.

283 Robin Alexander, *Die Getriebenen*, Siedler Verlag, 2017.

284 Bruno Maçães, *The Dawn of Eurasia: On the Trail of the New World Order,* Allen Lane, 2018, S. 247f.

285 *Süddeutsche Zeitung*, 24.9.2017, http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-gau-land-wir-werden-frau-merkel-jagen-1.3681269.

286 Tagesschau, 19.12.2017, https://www.tagesschau.de/inland/berlin-breitscheidplatz-gedenken-103.html,

287 Mark Steyn, Market Forces, www.steynonline.com, 19.12.2016.

288 »Demonstrators call for Swedish government to do more to combat rape«, *The Local*, 20.12.2017.

289 »Germany: migrants may have fuelled violent crime rise«, *BBC News Website*, 3.1.2018. Siehe auch: http://www.deutschlandfunk.de/niedersachsen-bestimmte-fluechtlingsgruppen-laut-studie.1773.de.html?dram:article_id=407337.

290 »Europe's growing Muslim population«, Pew Research Center, 29.11.2017.

291 »Muslim population in some EU countries could triple, report says«, *The Guardian,* 29.11.2017.

Register

THILO SARRAZIN

FEINDLICHE ÜBER-NAHME

Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht

SPIEGEL Bestseller

FBV

Feindliche Übernahme

Sarrazin, Thilo
9783960922957
450 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Das Zurückbleiben der islamischen Welt, die Integrationsdefizite der Muslime in Deutschland und Europa sowie die Unterdrückung der muslimischen Frauen sind eine Folge der kulturellen Prägung durch den Islam. Das zeigt Thilo Sarrazin in seinem neuen Bestseller. Auch Deutschland muss sich diesen Tatsachen stellen, wächst doch der Anteil der Muslime in Deutschland und Europa durch Einwanderung und anhaltend hohe Geburtenraten immer weiter an. Bei einer Fortsetzung dieses Trends sind die Muslime hier auf dem Weg zur

Mehrheit. Unsere Kultur und Gesellschaft lassen sich nur schützen, indem die weitere Einwanderung von Muslimen gestoppt und die Integration der bei uns lebenden Muslime mit robusten Mitteln vorangetrieben wird. Denn alle Tendenzen, den Islam zu reformieren, sind bisher weitgehend gescheitert. So gibt es in keinem Land, in dem Muslime in der Mehrheit sind, Religionsfreiheit und eine funktionierende Demokratie. Stattdessen leidet die islamische Welt als Ganzes unter einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum, und ihre Fanatisierung nimmt ständig zu. Thilo Sarrazin spannt einen Bogen von den Aussagen des Korans zur mentalen Prägung der Muslime, von da weiter zu Eigenarten und Problemen muslimischer Staaten und Gesellschaften und schließlich zu den Einstellungen und Verhaltensweisen von Muslimen in den Einwanderungsgesellschaften des Westens.

Gebt uns Freiheit!

Blaschzok, Markus
9783862486724
300 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Die Deutschen leben in einer Scheinwelt, die ihnen Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand vorgaukelt. Kaum ein anderes Volk ist so desinformiert, so manipuliert und lebt so fernab der politischen sowie der ökonomischen Realität. Die Mainstreammedien setzen alles daran, die Wahrheit zu verschleiern und den um sich greifenden wirtschaftlichen Niedergang schönzureden. Opposition gibt es nicht, alles ist "alternativlos". Die Deutschen sehen lethargisch zu, wie die Europäische Zentralbank ihr Vermögen in ganz Europa verteilt. Markus

Blaschzok zeigt als Experte der Österreichischen Schule der Nationalökonomie logisch, wissenschaftlich fundiert und doch einfach die wahren Ursachen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergangs auf. Aus dieser Analyse liefert er nicht nur Lösungen, sondern enttarnt wirtschaftliche und politische Mythen sowie Scheinlösungen, die gezielt gestreut werden, um die öffentliche Meinung nur noch weiter in die Irre zu leiten, weg von der ökonomischen und individuellen Freiheit.

RICH DAD
POOR DAD

WAS DIE REICHEN IHREN KINDERN
ÜBER GELD BEIBRINGEN

FBV

ROBERT T. KIYOSAKI

Rich Dad Poor Dad

Kiyosaki, Robert T.
9783862486335
240 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Warum bleiben die Reichen reich und die Armen arm? Weil die Reichen ihren Kindern beibringen, wie sie mit Geld umgehen müssen, und die anderen nicht! Die meisten Angestellten verbringen im Laufe ihrer Ausbildung lieber Jahr um Jahr in Schule und Universität, wo sie nichts über Geld lernen, statt selbst erfolgreich zu werden. Robert T. Kiyosaki hatte in seiner Jugend einen "Rich Dad" und einen "Poor Dad". Nachdem er die Ratschläge des Ersteren beherzigt hatte, konnte er sich mit 47 Jahren zur Ruhe setzen. Er hatte gelernt, Geld für sich

arbeiten zu lassen, statt andersherum. In Rich Dad Poor Dad teilt er sein Wissen und zeigt, wie jeder erfolgreich sein kann.

Bargeldverbot

Horstmann, Ulrich
9783960923985
160 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Nicht nur die andauernde Niedrigzinsphase ist eine große Gefahr für Sie als Sparer, sondern auch das immer stärkere Zurückdrängen von Bargeld. In Italien und Frankreich sind bereits Bargeldzahlungen ab 1000 Euro illegal und viele Deutsche Banken haben neben Tageslimits schon Wochenlimits eingeführt. Selbst in Deutschland wird eine 5000-Euro-Grenze diskutiert und seitens der EU soll es bereits konkrete Pläne für eine vollständige Bargeldabschaffung geben. Welche krassen Folgen ein Verbot von Bargeld hätte und wie Sie

ELON MUSK

Tesla, PayPal, SpaceX

Wie Elon Musk die Welt verändert

–

Die Biografie

Nominiert für die Shortlist!

SPIEGEL Bestseller

FBV

Ashlee Vance

Elon Musk

Vance, Ashlee
9783862487233
384 Seiten

Titel jetzt kaufen und lesen

Elon Musk ist der da Vinci des 21. Jahrhunderts. Seine Firmengründungen lesen sich wie das Who's who der zukunftsträchtigsten Unternehmen der Welt. Alles, was dieser Mann anfasst, scheint zu Gold zu werden. Mit PayPal revolutionierte er das Zahlen im Internet, mit Tesla schreckte er die Autoindustrie auf und sein Raumfahrtunternehmen SpaceX ist aktuell das weltweit einzige Unternehmen, das ein Raumschiff mit großer Nutzlast wieder auf die Erde zurückbringen kann. Dies ist die persönliche Geschichte hinter einem der

größten Unternehmer seit Thomas Edison, Henry Ford oder Howard Hughes. Das Buch erzählt seinen kometenhaften Aufstieg von seiner Flucht aus Südafrika mit 17 Jahren bis heute. Elon Musk gilt als der "Real Iron Man" – in Anlehnung an einen der erfolgreichsten Comichelden der Welt. Es ist die gleichsam inspirierende, persönliche und spannende Geschichte eines der erfolgreichsten Querdenker der Welt. In einem Umfang wie noch kein Journalist zuvor hatte Ashlee Vance für diese Biografie exklusiven und direkten Zugang zu Elon Musk, seinem familiären Umfeld und persönlichen Freunden. Mit 16 Seiten exklusiven und persönlichen Bildern aus Elon Musks persönlichem Fotoalbum.